

# **Elitenformierung und Elitenwandel im Prozess der sudanesischen Nationenbildung**

Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades Doctor philosophiae  
(Dr. phil.)

vorgelegt dem Rat der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der  
Friedrich-Schiller-Universität Jena

von Dipl.- Soz. Päd./Dipl.-Soz. Arb.(FH); Master of Politics (MPol.)  
Melha Rout Biel

Geboren am 01.Januar 1963 in Bantio

## **Gutachter:**

1. Erster Gutachter: Prof. Dr. Heinrich Best
2. Zweiter: Prof. Dr. Karl Schmitt

Tag des Kolloquiums: 14.02.2007

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>BEDEUTENDE ABKÜRZUNGEN .....</b>	<b>5</b>
<b>1. EINFÜHRUNG UND ÜBERBLICK .....</b>	<b>7</b>
<b>2. GEOGRAPHISCHE LAGE UND ZUSAMMENSETZUNG DER BEVÖLKERUNG .....</b>	<b>8</b>
<b>3. VORGEHENSWEISE UND METHODISCHES KONZEPT .....</b>	<b>16</b>
<b>4. BEGRIFFSVERSTÄNDNIS UND THEORETISCHE KONZEPTE ZU STAAT, NATION, DEMOKRATISCHEN UND DIKTATORISCHEN STAATSFORMEN.....</b>	<b>20</b>
4.1 DER STAAT .....	20
4.2 DIE NATION .....	21
4.3 DIE WESTLICHE STAATENBILDUNG IN AFRIKA.....	30
4.4 DAS KONZEPT DES „FAILED STATE“ .....	35
4.5 DEMOKRATISCHE UND DIKTATORISCHE STAATSMODELLE.....	37
4.5.1 <i>Die Diktatur</i> .....	37
4.5.2 <i>Die Demokratie</i> .....	37
<b>5. THEORETISCHES VERSTÄNDNIS UND KONZEPTE VON ELITEN .....</b>	<b>42</b>
5.1 GESCHICHTLICHE ENTSTEHUNG DES BEGRIFFES ELITE.....	42
5.2 MERKMALE VON ELITEN .....	44
5.2.1 <i>Politische Elite</i> .....	47
5.2.2 <i>Wirtschaftselite</i> .....	49
5.3 FORMEN VON ELITEN.....	52
5.4 DIE ELITENBILDUNG – AUSWAHLPROZESSE UND SELEKTIONSFORMEN .....	53
5.5 FUNKTIONEN VON ELITEN .....	56
5.6. EUROPÄISCHES VERSTÄNDNIS VON ELITEN - DIE ELITENBILDUNG IN FRANKREICH UND GROBBRITANNIEN IM KURZEN VERGLEICH .....	57
5.7 AFRIKANISCHES VERSTÄNDNIS VON ELITEN .....	59
5.8 EINFLUSS DER STAATS- UND NATIONENBILDUNG AUF DIE ELITENSTRUKTUR .....	63
5.9 DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER SUDANESISCHEN ELITE ANHAND DES MODELLS „CONFIGURATION OF NATIONAL ELITE“ VON HIGLEY UND LENGYEL .....	65
<b>6. DER PROZESS DER ELITENBILDUNG IM SUDAN .....</b>	<b>68</b>
6.1 DIE VORMODERNEN SUDANESISCHEN GESELLSCHAFTEN „BILAD AL- SUDAN“ .....	69

6.1.1 Politische und gesellschaftliche Situation der vormodernen sudanesischen Gesellschaften.....	69
6.1.2 Merkmale der Eliten im vormodernen Sudan.....	75
6.2 DIE ÄGYPTISCH- TÜRKISCHEN HERRSCHER IM SUDAN.....	76
6.3 ANTIKOLONIALE BEWEGUNG UNTER MUHAMMAD AHMED IBN ABDALLAH (MAHDI) .....	80
6.3.1 Der Mahdi- Aufstand und die Gründung des modernen Staates im Nordsudan.....	81
6.3.2 Die Mahdi- Revolution und Auswirkungen auf die Etablierung der Eliten .....	84
6.4 DIE ANGLO – ÄGYPTISCHE KOLONISATION DES SUDANS .....	85
6.4.1 Die Rolle des Christentums während der britisch- ägyptischen Kolonialherrschaft...	95
6.4.2 Bildung als ein Merkmal der modernen Eliten.....	100
6.4.3 Vorbereitung des Sudans auf die Unabhängigkeit .....	116
6.5 DER MODERNE SUDAN UND SEINE REGIERUNGEN AB 1953.....	119
6.5.1 Zusammensetzung der Regierung unter Premierminister Ismail Al-Azhari.....	119
6.5.2 Einfluss der Bildungspolitik ab 1956 auf die Entwicklung der sudanesischen Elite .	122
6.5.3 Der Sudan unter General Ibrahim Abboud (1958 – 1964) .....	124
6.5.4 Arabisierung und Islamisierung der Bildungspolitik und Eliten unter General Ibrahim Abboud.....	126
6.5.5 Die Ära von General Gaafar Mohammed El Numeiri von 1969 bis 1985 .....	127
6.5.6 Das Bildungssystem und die Elitenbildung unter General Numeiri.....	132
6.5.6 Übergangszeit nach Präsident Numeiri .....	145
6.5.7 Kabinett von Saddig Al-Mahdi .....	146
6.5.8 Der Sudan unter Hassan Ahmed Al-Bashir.....	148
6.5.9 Die Entstehung einer neuen Bildungselite ab 1989.....	149
<b>7. DIE ENTSTEHUNG DER MODERNEN ELITE IM SUDAN.....</b>	<b>152</b>
7.1 DAS SYSTEM DER SUDANESISCHEN STAMMESFÜHRERSCHAFT.....	157
7.2 KOMMUNIKATION ZWISCHEN DER SUDANESISCHEN ELITE.....	164
7.3 AUSWIRKUNGEN VON KRIEG UND MILITARISIERUNG AUF DIE SUDANESISCHE ELITENBILDUNG .....	170
7.4 DIE SUDANESISCHE WIRTSCHAFTSELITE.....	181
<b>8. DER SUDAN NACH DEM FRIEDENSVERTRAG VOM JANUAR 2005 .....</b>	<b>187</b>
8.1 DER SÜDSUDAN IN DEN JAHREN 1991 - 2002.....	187
8.2 KOMMISSIONEN FÜR DEN FRIEDEN .....	190



8.3 DIE BILDUNG DER REGIERUNGEN DES SUDANS UND SÜDSUDANS .....	191
8.4 DIE ROLLE DER SUDANESISCHEN ELITE BEI DER ERARBEITUNG DES FRIEDENSVERTRAGES	200
8.5 BESTANDTEILE DES FRIEDENSVERTRAGES VOM JANUAR 2005 (CPA).....	204
8.5.1 Vereinbarung über die Sicherheitsordnung während der Übergangszeit.....	205
8.5.2 Vereinbarung über die Verteilung von Reichtum während der Übergangszeit .....	206
8.5.3 Vereinbarung über die Machtteilung in der Übergangszeit.....	207
8.5.4 Vereinbarung über die Lösung des Abyei- Konfliktes.....	209
8.5.5 Vereinbarung über eine dauerhafte Waffenruhe und Implementierung der Sicherheitsordnung.....	210
8.5.6 Regelung des finanziellen Systems .....	210
8.5.7 Die Rolle der Internationalen Gemeinschaft im sudanesischen Friedensprozess .....	211
8.6 DAS FRIEDENSABKOMMEN CPA ALS EINE FORM DES „SCHWEIZERISCHEN POLITISCHEN MODELLS DER KONSENSDEMOKRATIE“ ? .....	218
8.6.1 Das konföderale Modell der Schweiz.....	218
8.6.2 Schlussfolgerungen für den sudanesischen Friedensprozess.....	221
8.7 MINDERHEITEN, DEREN INTERESSEN DURCH DAS CPA BISHER NICHT AUSREICHEND BERÜCKSICHTIGT WURDEN .....	228
8.7.1 Die Kopten als besondere Minderheit im Sudan.....	228
8.7.2 Die Beja- Volksgruppe .....	230
8.7.3 Die Volksgruppe von Darfur .....	232
<b>9. ERGEBNISSE UND SCHLUSSFOLGERUNG .....</b>	<b>245</b>
9.1 NATIONENBILDUNG UND DER ELITENKOMPROMISS ALS GRUNDSTEIN FÜR DEMOKRATIE ..	245
9.2 NATIONENBILDUNG IN AFRIKA AM BEISPIEL SUDAN.....	255
9.3 KANN DIE STAATSKRISE IM SUDAN ALS INSTITUTIONELLES WANDLUNGSPROBLEM BETRACHTET WERDEN? .....	263
9.4 SCHLUSSFOLGERUNG FÜR DIE SUDANESISCHEN ELITEN.....	267
9.5 AUSBLICK UND PERSPEKTIVEN FÜR DEN SUDAN.....	274
<b>10. LITERATURVERZEICHNIS .....</b>	<b>277</b>
<b>11. ANHANG</b>	

## **Danksagung**

Die Durchführung dieser Dissertation (Abhandlung) wäre ohne ein Mitwirken von zahlreichen Personen und Institutionen nicht möglich gewesen. Für diese Hilfe möchte ich mich besonders herzlich bedanken. Mein Dank gilt, ohne eine Wertung der Reihenfolge, nachfolgenden Personen:

Herzlichen Dank gilt dem Vizepräsidenten der Regierung von Südsudan, Dr. Riek Machar Teny Durghon, für die Unterstützung während meiner Forschungsreise nach Khartoum and Juba. Durch Dr. Machar war es mir möglich gewesen, bedeutsame Informationen unter anderen zu den Friedensverhandlungen und Abkommen (CPA) zu erhalten. Außerdem möchte ich mich bei zahlreichen Ministern sowohl in der Regierung der Nationalen Einheit (GNU) und der Regierung von Südsudan (GOSS) und vor allem Dr. Barnaba Marial Benjamin, Dr. John Luk Jack und Staatsminister a.d., Herr Makec Teny Youk bedanken.

Auch die University of Reading U.K., The Library of Khartoum University verdient besonderen Dank für das Informationsmaterial über die politische und soziale sudanesishe Geschichte.

Der Thüringer Landes- und Hochschulbibliothek möchte ich ebenfalls meinen Dank aussprechen. Das gilt auch für das Hamburger Institut für Afrikakunde. Ich bin sehr dankbar, dass das Land Thüringen und vor allem die Friedrich-Schiller-Universität Jena mich ausgebildet hat.

Ich danke auch den Mitarbeitern des Instituts für Politikwissenschaft und Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena und insbesondere Prof. Dr. Knill, Prof. Dr. Opelland und Dr. Markus Kaim für ihre Ermutigung und Empfehlung, eine Promotion an einer deutschen Universität anzustreben.

Meinem Doktorvater Prof. Dr. Heinrich Best danke ich außerordentlich, da er mich sowohl hinsichtlich der Zulassung zur Promotion als auch bei allen Fragen unterstützte. Prof. Karl Schmitt vom Institut für Politikwissenschaft der F.S.U. Jena bin ich ebenfalls sehr dankbar für die Betreuung meiner Dissertation.

Schließlich danke ich Frau Jana Neukirchner und Frau Antja Nesler für Ihre unermüdliche Unterstützung bei dieser Arbeit (Korrekturlesen).

## **Bedeutende Abkürzungen**

### *A/ Parteien an der GONU im Sudan*

NCP	National Congress Party
SPLM	Sudan People Liberation Movement
SPLA	Sudan People Liberation Army
SSDF	South Sudan Defence Forces
SAF	Sudanese Armed Forces
DUP	Democratic Unionist Party
USAP	Union of Sudan African Parties
UDSF	United Democratic Salvation Front
SSDF	South Sudan Democratic Forum
NDA	National Democratic Alliance

### **B/**

CPA	Comprehensive Peace Agreement
CPC	Ceasefire Political Commission
IGAD	Intergovernmental Authority for Development
IGAD	Partners Forum
JDB	Joint Defence Board
JIU	Joint Integrated Unit
GOS	Government of Sudan
GOSS	Government of South Sudan
GNU	Government of National Unity
NIF	National Islamic Front
NRF	National Revenue Fund
NPC	National Petroleum Commission
NSCS	New Sudan Council of Churches
OAG	Other Armed Group

AJMC	Area Joint Military Committees
ABC	Abyei Boundaries Commission
AU	African Union
MDTF	Multi-Donor Trust Fund
UNAMS	United Nations Advance Mission in Sudan
UNMISUD	United Nations Mission in Sudan
TF	Trust Fund <sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Rogier, Emeric: Designing an Integrated Strategy for Peace, Security and Development in Post-Agreement Sudan, April 2005, S.6-7.

## 1. Einführung und Überblick

Diese Dissertationsarbeit untersucht Elitenformung und -wandel im Prozess der sudanesischen Nationenbildung. Angesichts des herrschenden Krieges im Land<sup>2</sup>, der seit der Unabhängigkeit des modernen Staates Sudan bis heute andauert, wird der Versuch unternommen, die Rolle der Elite bei den Kriegen und Unruhen im Land herauszufinden<sup>3</sup>. Dabei ist die Entwicklung von Eliten und deren Transformierung das Ziel der Untersuchung. Außerdem beschäftigt sich die Arbeit mit den Kommunikationsmitteln zwischen Eliten. Um diesen Entwicklungsprozess genauer nachvollziehen zu können, werden die historischen Entwicklungen, etwa wie die Kolonialära<sup>4</sup> vorgestellt und deren Rolle bei der Entwicklung von sudanesischen Eliten bearbeitet. Dabei wird die Zeit von Muhammad Ali Pasha bis 2005 behandelt. Die vorliegende Untersuchung wird sich auf politische und wirtschaftliche Elite beschränken.

Die Arbeit gliedert sich in neun Kapitel. Der erste Teil besteht aus einer Einführung in das Thema und den zu Grunde liegenden theoretischen Annahmen. Der Hauptteil beschäftigt sich mit dem Prozess der Nationenbildung im Sudan von den ersten Anfängen bis zur Gegenwart. Hierbei wird in größere Zeitabschnitte unterteilt. Die einzelnen Zeitabschnitte werden dann nach den folgenden Kriterien untersucht: erstens der gesellschaftlichen und politischen Lage (zu der Zeit), der politischen Führungselite und den jeweiligen Faktoren, die in dieser Etappe der Entwicklung Einfluss auf die Elitenformierung hatten, so etwa der Zugang zu Bildungsmöglichkeiten, der Einfluss der Religion und die Kriegs- oder Friedenssituation. Weiterhin werden einzelne Führungspersönlichkeiten als Vertreter der Elite herausgegriffen und biographisch kurz vorgestellt.

Dieses Vorgehen ermöglicht einen Zugang zu den Faktoren, die die Formierung der Eliten beeinflussen und zeigt die Nationenbildung sowie den Wandel der Eliten über die verschiedenen Epochen. Die wichtigsten Ergebnisse und Thesen werden im Anschluss zusammengefasst.

---

<sup>2</sup> Biel, M. R.: Der Sudan zwischen Krieg und Frieden, 2004.

<sup>3</sup> Faath, Sigrid / Mattes, Hanspeter, 2001, S. 8 ff.

<sup>4</sup> Salih, Mohammed, 2004, S. 172 ff.

## 2. Geographische Lage und Zusammensetzung der Bevölkerung

Sudan Landkarte 2005



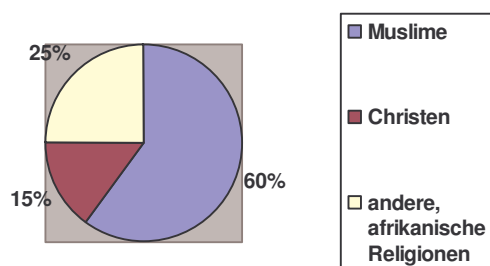
Der moderne Sudan, der infolge der Kolonialgeschichte entstand, ist das größte Land Afrikas. Es ist zehnmal größer als die Bundesrepublik Deutschland. Aufgrund seiner Größe teilt sich der Sudan mit zehn Ländern die Grenze. Im Norden des Landes befinden sich die Nachbarländer Ägypten und Libyen. Östlich liegen das Rote Meer, die Republik Eritrea und Äthiopien. Im

Süden des Landes grenzt der Sudan an Kenia, Uganda und die Demokratische Republik Kongo. Im Westen befindet sich die Zentralafrikanische Republik und die Republik Tschad.<sup>5</sup>

Nach der Volkszählung vom Mai 1983 lag die Zahl der Einwohner bei 25 Millionen. Allerdings wurde in den Nuba- Bergen und im Südsudan aufgrund des dortigen Krieges im Jahr 1983 keine Volkszählung durchgeführt, so dass man davon ausgehen muss, dass die Einwohnerzahl über 30 Millionen betrug. Heute leben ca. 31 Millionen Menschen im Sudan.<sup>6</sup> Die Sudanesen lassen sich auf 19 Ethnien mit 597 Untergruppen zuordnen. Insgesamt leben 600 Stämme<sup>7</sup> im Sudan. Sie sprechen 119 Sprachen, wobei die Amtssprachen Arabisch und Englisch sind.<sup>8</sup>

Die Bevölkerung besteht hauptsächlich aus Afrikanern und Arabern. Die Einwohnerzahl des christlichen Südens wird auf fünf bis zehn Millionen Menschen geschätzt. Die Mehrheit der Einwohner sind nilotische Stämme wie die Nuer und Dinka. Der Norden wird von circa 15 Millionen Menschen bewohnt. Es handelt sich bei dessen Bewohnern um Nuba, Beja, Fur und Araber. Fünfzig Prozent der Bevölkerung im Norden sind Muslime und neunzig Prozent sind Afrikaner. Christliche Minderheiten zählen auch zu den Einwohnern des Nordens.<sup>9</sup> Sie stammen von Arabern, Afrikanern, Griechen und anderen Europäern ab, die vor der Kolonialisierung in den Sudan gegangen und nach der Unabhängigkeit geblieben waren.

Im Jahr 1993 lag die Zahl der Bevölkerung im Sudan bei schätzungsweise 29 Millionen. Im Folgenden werden Angaben über die Zusammensetzung der Religions- und ethnischen Zugehörigkeit der Bevölkerung nach Wittrock dargestellt. So definieren sich 60 Prozent der Bevölkerung als Muslime, 25 Prozent als Anhänger traditionell afrikanischer Religionen, 15 Prozent als Christen, 40 Prozent als Araber und 60 Prozent als Afrikaner.<sup>10</sup>



<sup>5</sup> Biel, M. R.: Modernisierung der Bildung und Verwaltung im Sudan, Ein Land zwischen Bürgerkriegen, Diktaturen und Fremdherrschaft, Studien zur Entwicklungsökonomie, Münster 2004, S.9.

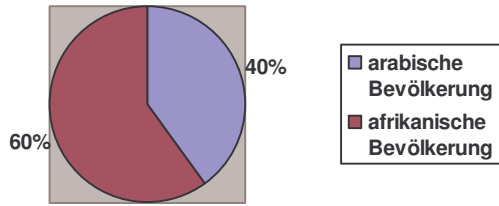
<sup>6</sup> Vgl. Sudan auf einen Blick, April 2003

<sup>7</sup> Vgl. Eprile, Cecil: War and Peace in the Sudan 1955-1972, London 1974, S.24 .

<sup>8</sup> Vgl. Biel, M.R., 2004, S. 9.

<sup>9</sup> Vgl. Stiftung Wissenschaft und Politik, 1980, S.81-82.

<sup>10</sup> Vgl. Wittrock, M., 1999, S. 380.



Nach einer Schätzung von 1973 wurden folgende ethnische Zugehörigkeiten der sudanesischen Bevölkerung festgestellt:

Volksgruppe	Anteil an der Gesamtbevölkerung
Arabisierte Afrikaner im Nord- und Zentralsudan	40 Prozent
Südsudanesen	30 Prozent
Fur im Westen in Darfur	10 Prozent
Nuba in Westen	3 Prozent
Nubier im Norden	10 Prozent
Beja im Nordosten	7 Prozent

(Tabelle 1)

Demnach sind 60 Prozent der Einwohner des Sudans Afrikaner, 40 Prozent sind arabisierte Afrikaner.



## Religionsgruppen der sudanesischen Bevölkerung

Die sudanesische Bevölkerung kann wie folgt in die drei großen Religionsgruppen des Sudans eingeteilt werden:

- 14 Millionen Muslime
- 5 Millionen Christen
- 5 Millionen Anhänger von afrikanisch- traditionellen Religionen
- 7 Millionen Menschen können nicht eindeutig einer Religionsgruppe zugeordnet werden.

Hinzu kommt, dass

- 72,9 % der Bevölkerung Analphabeten sind.
- Das entspricht bei den Frauen einer Quote von 88,3 % und bei den Männern von 57,3 % Analphabeten.

Die Daten sind umstritten, da andere Quelle besagen, dass die Zahl der Afrikaner im Sudan bei über 80 Prozent liegt und die Zahl der Christen zwischen 25- 30 Prozent. Nicht zuletzt bezeichnen sich viele Sudanesen sowohl als arabisch als auch als muslimisch bzw. als christlich geprägt und gleichzeitig als Anhänger traditioneller afrikanischer Religionen. Mehrfachnennungen und unscharfe Trennungen sind daher möglich.

Der Begriff "Arab" gilt dabei im sudanesischen Verständnis für diejenigen, die die arabische Sprache sprechen und ursprünglich aus dem arabischen Raum stammten. Zahlreiche Afrikaner bezeichnen sich jedoch auch als Araber, da sie seit Jahren die Islamische Kultur und Religion praktizieren und Arabisch sprechen. Die Mehrheit der Araber im Sudan entstammt arabisierten Völkern wie den Nuba, Dinka, Shilluk, Fur oder Beja. Die Mehrzahl der Einwohner Sudans, vor allem im Norden des Landes, bekennt sich zum Islam. Daneben glauben zahlreiche Menschen an christliche und afrikanische Religionen. Seit Januar 2005 gelten Arabisch und Englisch als Amtssprache<sup>11</sup> des Sudan.<sup>12</sup>

Obwohl die Bevölkerung im Sudan als multi-ethnisch und multikulturell zu charakterisieren ist, wird sie häufig kulturell und politisch in zwei große Gruppen unterteilt: Der Norden sieht sich

---

<sup>11</sup> Vgl. Tetzlaff, Rainer, 1998, S. 298.

<sup>12</sup> Vgl. das CPA, auch Naverisha-Abkommen (CPA) genannt, das zwischen der Regierung Sudan und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung der SPLM am 09.01.05 in Kenia, Naverisha unterzeichnet wurde.

mehrheitlich als Araber und islamisch geprägt. Der Süden versteht sich hingegen als afrikanisch, christlich und als Anhänger von traditionellen einheimischen Religionen. „Der Sudan wird als Staat unter den Staaten an der Trennungslinie zwischen dem arabischen Norden und der schwarzafrikanischen Subsahara ein Fall sui Generis bezeichnet. Spricht man vom arabisch-muslimischen Norden und dem schwarzafrikanischen Süden christlich-anämischer Religion, so handelt es sich um das Ergebnis eines langen Entwicklungsprozesses, der auch den jetzigen Zustand nur recht vereinfacht charakterisiert. Seit der Sudan im Jahre 1956 selbständig wurde, beherrscht das Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Teilen des Landes seine Innen- und Außenpolitik.“<sup>13</sup> Allerdings muss festgestellt werden, dass die muslimischen Araber am Nil das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben im Sudan seit zahlreichen Jahren dominieren.<sup>14</sup>

*"They hold the main government posts in the capital city, the majority of seats in all the parliaments, and the senior positions in the armed forces. They lead the educational institutions, trade unions, industries, and businesses. Arabs wield a disproportionate influence over policy-making and over the cultural identity of the country. It is not surprising that they have, therefore, tried to shape the identity of the country in their own image: Arab culturally and Muslim in its religion."*<sup>15</sup>

Die Bevölkerungsgruppen des Sudans können genauer in folgende Gruppen unterschieden werden:

- Südsudanesen: 34 Prozent der Gesamtbevölkerung.
- Die arabisierte Bevölkerung im Nordsudan: 40 Prozent.
- Nichtarabisierte Bevölkerung 26 Prozent.<sup>16</sup>

Aufgrund von Ähnlichkeiten in Sprache und Kultur unterteilt man den multikulturellen Sudan häufig in folgende Gruppierungen:<sup>17</sup>

### Im Süden

---

<sup>13</sup> Vgl. Stiftung Wissenschaft und Politik, 1980, S.80.

<sup>14</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 15.

<sup>15</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 15.

<sup>16</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 17.

<sup>17</sup> Albino, 1970, S. 4 ff.

- Nilotische Völker/ Stämme („Nilotic“<sup>18</sup>): Diese bestehen aus Nuer, Dinka, Shilluk, Anouak, Acholi, Bor Beldanda, Jur, Shilluk Low und Pari.
- Nilotisch- hamitische Völker (“Nilo-Hamitic“): Bari, Kuku, Pojulu, Kakwa, Nyangwara, Mundari, Nyepo, Lokoyo, Luluba, Latuko, Logit, Lango, Toposa, Domjiro, Jiye und Mourle.
- Die dritte Gruppe sind die Völker mit der Bezeichnung „Sudanic“: Azande, Muru, Ndogo, Sere, Mundo, Biri, Baka und Feroge.

#### Im Norden

- „Ja’aliyin Arab“: Danagla Arabs, Hassaniya, Kawahla, Gima, Husainat.
- „Juhayna Arab“: Jamala (Kababish, Shukriya) Baqqara (Silaim, Hawazma, Misiriya, Humr, Ta’aisha, Rizaigat, Bani Rashid, Rashaida, Habaniya).
- “Gezira Arab”: Mesellimiya, Halawin, Rufa’a.
- “Zibaidiya Arab”.
- “Hawawir Arab”: Hawawit, Jellaba, Hawara, Korobat.
- arabisch- nubische Volksgruppen: Shaiqiya, Manasir, Rubatab, Mirifab.
- christliche Araber: Kopten, Syrier mit orthodoxem Glauben.

#### Nichtarabisierte Bevölkerung:

- Beja: Beni Amer, Amarar, Bisharin und Hadendowa.
- Darfur: Fur, Daju, Zaghawa, Beigo, Berti, Masalit, Gimr und Tama.
- Nuba: Nyimang, Temein, Katla, Tima, Tegali, Koalib- Moro, Tulishi, Keiga, Miri, Kadugli, Korongo, Talodi- Meseikin, Lofofa und 40 weitere Gruppen.
- Nubier.
- Fallata: Fulani, Hausa, Kanuri und Songhai. Sie stammten aus Westafrika und sind durch den Besuch von islamischen Städten in Saudi Arabien im Sudan geblieben.<sup>19</sup>

Aus dieser Kurzbeschreibung der Bevölkerungsgruppen des Sudans kann man erkennen, welche Schwierigkeiten die Schaffung einer gemeinsamen Nationenbildung darstellt. Aufgrund der Schwierigkeiten und problematischen Geschichte im Sudan versuchen viele Gruppen, an ihren eigenen Kulturen, Sitten und Sprachen festzuhalten. Dennoch werden die Eliten Kompromisse benötigen, um die zukünftigen Herausforderungen sinnvoll für das Land zu lösen.

---

<sup>18</sup> Die Niloten werden als die Ureinwohner des Sudans betrachtet.

<sup>19</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 17.

„Der Sudan - einst eine von Briten und Ägyptern verwaltete Kolonie - wurde am 1. Januar 1956 ein unabhängiger souveräner Staat. Aber die Freiheit war nicht, wie in den meisten afrikanischen Kolonien, die Folge einer nationalen Bewegung von Freiheitskämpfern, sondern das Ergebnis eines internationalen Übereinkommens zwischen Großbritannien, Ägypten (das zusammen mit Großbritannien seit Beginn des Jahrhunderts ein `Kondominium´ über den Sudan errichtet hatte) und einer kleinen Schicht sudanesischer Honoratioren, Politiker und Intellektueller, die teilweise selbst als Produkt der Kolonialherrschaft entstanden war.“<sup>20</sup>

Während der britischen Kolonialherrschaft wurden die ethnischen Identitäten in den verschiedenen sudanesischen Regionen besonders behandelt. Dies wurde durch die „*Indirect Rule*“ und durch „*Native Administration*“<sup>21</sup> realisiert. „*Over time ethnic identities that were relatively fluid hardened and became politicized; contrasting perspectives became entrenched. Contested images of the Sudan were held firmly by elites of the varying groups by the 1960s.*“<sup>22</sup> Die Grenzen des modernen Sudans wurden nach der Eroberung des Sudans durch die Kolonialmacht Großbritannien im Jahr 1898 festgelegt. Vor dem 19. Jahrhundert war der Sudan als „bilad al-sudan“ oder als das „Land der Schwarzen Bevölkerung“ bekannt.

Diese kulturellen und ideologischen Unterschiede bestimmten in den letzten vierzig Jahren maßgeblich den Konflikt zwischen Nord- und Südsudan. Mittlerweile hat der Sudankonflikt erhebliche Dimensionen angenommen, seit mehr als zwei Jahren finden auch heftige Kämpfe zwischen den arabischen Muslimen und schwarzafrikanischen Muslimen im Bundesland Darfur statt. Auch im Osten des Landes gibt es Unruhen. Das Handeln der Regierung Sudans und ihrer Milizen in Darfur kann als „Völkermord“<sup>23</sup> betrachtet werden. „10.000 Tote sind bereits zu beklagen, eine Million<sup>24</sup> Menschen auf der Flucht (...).“<sup>25</sup> Mehr als eine Million Sudanesen von Darfur sind über die Grenzen zum Tschad geflohen, um Schutz zu suchen.

„The Sudan entered the twenty-first century mired in no tone, but may civil wars. What had been seen in the 1980s as a war between North and South, Muslim against, Arab against African, has, after nearly two decades of hostilities, broken the bounds of any North-South conflict. Fighting

---

<sup>20</sup> Teztlaff, Rainer, 1998, S. 297.

<sup>21</sup> Native Administration war ein System der „Indirect Rule“. Dadurch wurden den Stammesführern und einflussreichen Persönlichkeiten im Sudan bestimmte Kompetenzen und Entscheidungsfreiheit gewährt und konnten damit neben der Kolonialverwaltung mitregieren.

<sup>22</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 25.

<sup>23</sup> Langenau, Lars, 21.05.2004.

<sup>24</sup> Annan warnt vor Katastrophe im Westsudan, 07.04.2004.

<sup>25</sup> Langenau, Lars, 21.05.2004.

has spread into theatres outside the southern Sudan and beyond the Sudan´s borders. Not only are Muslims fighting Muslims, but `Africans` are fighting `African`.”<sup>26</sup>

„Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1956 wird der Sudan von Armut, Unterentwicklung, Misswirtschaft und Bürgerkriegen heimgesucht. Im Schatten des Irak-Krieges eskaliert der Konflikt im März/ April 2003. Die afrikanische Bevölkerung der Darfur-Region leidet seither unter massiven Menschenrechtsverletzungen seitens der Regierungstruppen und der verbündeten Milizen arabischer Bevölkerungsgruppen, die mit willkürlichen Verhaftungen, Überfällen, politisch motivierten Morden, Vergewaltigungen<sup>27</sup>, Brandschatzungen, Plünderungen, Vertreibungen und Bombardements Terror und Willkür verbreiten. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) in Deutschland hat jüngst vor einem übereilten Friedensschluss nach dem Willen der US-Regierung gewarnt.“<sup>28</sup>

Nach Johnson schufen die postkolonialen sudanesischen Regierungen eine Ungleichentwicklung im Sudan<sup>29</sup>, die zu Unruhen im Land führte.<sup>30</sup> „The Sudan was the first African Territory administered by Britain to be granted independence after World war Two. The Sudan´s civil war, also the first in post-colonial Africa, began, with the Torit Mutiny, a few months before independence was attained on 1 January 1956. Both the timing and the terms of the Sudan´s independence were less product of nationalist mobilization than of international diplomacy, arising out of the Sudan´s de facto status as a colony of two countries. Britain was forced to take the issue of self-determination for the Sudan seriously when Egypt raised the issue of the Sudan´s future status after the war.”<sup>31</sup>

Der Sudan befindet sich seit der Gründung in einer Krise, deren Ausgang noch ungewiss ist. Bei diesen Unruhen und Krisen spielen verschiedene Faktoren wie die Kolonialvergangenheit, die Verteilung von Ressourcen, Religion, Politik, Bildung, Elite und Armut eine Rolle.

In dieser Dissertationsforschung werden nachfolgend diese Faktoren untersucht. Damit soll eine Lücke gefüllt werden, um einerseits die Entwicklung des Landes, insbesondere die Formierung einer Nation und die Entstehung der verschiedenen Eliten besser zu verstehen, andererseits, um die daraus gewonnenen Ergebnisse für die weitere Stabilisierung und den Aufbau des Landes zu nutzen.

---

<sup>26</sup> Johnson, Douglas H., 2003, S. Xii

<sup>27</sup> Gesellschaft für bedrohte Völker, 2004.

<sup>28</sup> Amnesty International, Arbeitsgruppe Sudan, Mai 2004.

<sup>29</sup> Vgl. Flint, Julie / De Waal, Alex, 2005, S. 17.

<sup>30</sup> Johnson, Douglas H., 2003, S. 1.

<sup>31</sup> Johnson, Douglas H., 2003, S. 21.

Hierbei interessiert vor allem, ob man von der Etablierung zweier unterschiedlicher Eliten innerhalb des Sudans (nord- und südsudanesische Eliten) ausgehen muss und welchen Einfluss diese auf die Entwicklung des Landes tatsächlich nehmen konnten. Wichtig erscheint mir auch die Analyse des Beitrages der Eliten zum Beginn bzw. in der Fortsetzung des Krieges sowie ihre Rolle in den Bemühungen um die Beendigung des Krieges als auch in den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen seit dem Friedensvertrag vom Januar 2005. Dies ist deshalb so bedeutsam, da in den letzten vierzig Jahren mit nur kurzen Unterbrechungen im Sudan Krieg geführt wurde, v.a. zwischen dem Süden und Norden des Landes. Für die lange Kriegsdauer werden die Eliten in beiden Landesteilen nicht unerheblich verantwortlich gemacht, auch wenn der Süden den Widerstand und Kampf unter anderem mit der Benachteiligung der südsudanesischen Einwohner in der Gesellschaft und der politischen Führung des Staates begründet.

Die vorliegende Dissertation beschäftigt sich im Wesentlichen mit nachfolgenden Fragestellungen:

- Welche historischen Faktoren spielen bei der Elitenbildung im Sudan eine Rolle?
- Kann man von einer einheitlichen sudanesischen Elite sprechen?
- Welche Rolle spielt Bildung bei der Elitenformierung im Sudan?
- Wie kommunizieren die Eliten im Süden und Norden des Sudan miteinander?
- Welchen Anteil tragen die Eliten im Sudan an der Fortführung der Kriege im Sudan?
- Kann der seit fast 40 Jahren andauernde Konflikt zwischen dem Norden und Süden des Sudans als Konflikt der Eliten verstanden werden?
- Welche Rolle spielt die sudanesischen Elite bei der Entwicklung des Landes nach der Unabhängigkeit?
- Welche Perspektiven für Eliten sind im Zuge der weiteren politischen Entwicklungen zu erwarten?

### **3. Vorgehensweise und methodisches Konzept**

Diese Arbeit berücksichtigt umfangreich verschiedene historische Quellen und wissenschaftliche Publikationen, die sich mit der Historie des Sudans und der Etablierung der sudanesischen Eliten beschäftigt haben. Im Folgenden soll der aktuelle Stand der Forschung im Kurzen dargestellt werden.

Wichtig erscheint mir die Arbeit von Khalid<sup>32</sup> „The Government They Deserve: The Role of the Elite in Sudan´s Political Evolution“(1990). Zum ersten Mal in der Geschichte des sudanesischen Konflikts wurde das Thema Elite von einem „Insider“ vorgestellt. Bedeutung kommt der Untersuchung von Holt<sup>33</sup> (1961) „A Modern History of the Sudan, From the Funj Sultanate to the Present Day“ zu. Holt bearbeitete die Entwicklung der „Nation Sudan“. Die Arbeit von Daly<sup>34</sup> (1989) „Imperial Sudan, The Anglo-Egyptian Condominium, 1934-1956“ beleuchtet den sudanesischen „Nationbildungsprozess“ hervorragend und stellt den Aufbau des Staates seitens der Kolonialmacht England und die Entwicklung der sudanesischen Nationalistischen Politik in den Jahren 1934 bis 1956 dar. Da die Entwicklungen im Sudan durch die Bürgerkriege zwischen der arabischen Minderheit und der afrikanischen Mehrheit einerseits und den Religionen Islam und Christentum andererseits geprägt ist, war die Untersuchung von Fadl Hasan<sup>35</sup> (1966) „The Arabs and the Sudan, From the Seventh To the Early Sixteenth Century“ hilfreich, um die Problematik zu verstehen. In der Arbeit wird die Ankunft der Araber von Ägypten in den Sudan, die Kriege zwischen den Nuba, Funj und den Arabern sowie die Islamisierung des christlichen Sudans durch die Araber ausführlich behandelt. Die im Jahr 1986 vorgelegte Arbeit von Daly<sup>36</sup> „Empire on The Nile, The Anglo-Egyptian Sudan 1898-1934“ zeigt die Entwicklung des wieder besetzten Landes durch Großbritannien und Ägypten und die Gründung des modernen Sudans im Jahr 1956 auf. Dabei werden nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Entwicklungen und die Entwicklungen im Bereich der Bildung als wichtige Grundlage für die Etablierung einer Elite im Sudan charakterisiert. In seiner Arbeit beschrieb Daly die Rolle der christlichen Missionare in Bildung und Gesundheit im Sudan und vor allem im Südsudan. Bis heute ist umstritten, über welches Identitätskonzept der Sudan als Gesamtes verfügt. Dies ist neben der Frage der unterschiedlichen Religionszugehörigkeiten eine Ursache der Konflikte im Sudan. Ist der Sudan hinsichtlich seiner Kultur ein arabischer oder afrikanischer Staat? Diese Frage bleibt bis heute unbeantwortet. Lesch<sup>37</sup> (1998) geht in seiner Arbeit „The Sudan-Contested National Identities<sup>38</sup>“ diesem Problem nach und betrachtet neben der historischen Vergangenheit (Legacies) auch die Versuche, den sudanesischen Bürgerkrieg zu lösen. Al-Afif Mukhtar (2004) untersucht die Frage der Identität im Nordsudan mit “The Crisis of Identity in Northern Sudan, A

---

<sup>32</sup> Khalid, Mansour, 1990

<sup>33</sup> Holt, P.M., 1965.

<sup>34</sup> Daly, M.W.: Imperial Sudan, 1991.

<sup>35</sup> Fadl Hasan, Yusuf, 1967.

<sup>36</sup> Daly, M.W.: Empire on The Nile, 1986.

<sup>37</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998.

<sup>38</sup> Nach Francis Deng Identities: Is seen as a function of how people identify themselves and are identified by others in terms or race, ethnicity, culture, language, and religion (Deng 1995).



Dilemma of a Black People with a White Culture<sup>39</sup>“. Die Untersuchung von Abdel Ghaffer M. Ahmed<sup>40</sup>(2002) „Anthropology in the Sudan, Reflections by a Sudanese Antropologist“ beschäftigt sich mit der so genannten Stammeselite („Tribal“ Elite), aber auch mit der „modernen Elite“ im Sudan. Auch die Arbeit von Guy Arnold<sup>41</sup>(1999) „Historical Dictionary of Civil Wars in Africa“ ist bedeutsam für die vorliegende Dissertation, denn sie gibt einen anschaulichen Überblick über den Konflikt im Sudan. Mit der Integration der vor der Kolonialzeit entstandenen unabhängigen Staaten des heutigen Sudans und den daraus resultierenden Konflikten, zum Beispiel der Darfur- Konflikt, haben sich Flint und De Waal<sup>42</sup> (2005) „Darfur A Short History of A Long War“ auseinandergesetzt. In diesem Beitrag wird die Geschichte der Königreiche Darfur, die Zusammensetzung der verschiedenen Stämme bis zum aktuell herrschenden Krieg vorgestellt. Außerdem zählt die Arbeit<sup>43</sup> von Prunier (2005) „Darfur, The Ambiguos Genocide“ zu den wichtigen Forschung in Bezug auf die politischen, wirtschaftlichen und historischen Entwicklungen im Sudan und vor allem in Darfur. Prunier stellt die Beziehungen zwischen Darfur vor und nach der Integration der Region in den Bundesstaat Sudan vor und schildert den dortigen Konflikt zwischen arabischen und afrikanischen Muslimen. Dabei verweist Prunier als Ursache der Konflikte auf die Benachteiligung der Region und ihrer Bevölkerung durch die Kolonialverwaltung und durch die arabische Elite.

Zur Beziehung zwischen Süden und Norden des Sudan erweist sich die Arbeit von Akol Ruay „The Politics of Two Sudans, The South and the North 1821-1969“ als bedeutsam. Dabei geht es um die Politik der britischen Verwaltung im Sudan, in der der Südsudan als unabhängiger Staat vom Norden behandelt wurde. Akol Ruay<sup>44</sup> beschäftigt sich in seiner Arbeit mit der Politik der Post- Kolonialregierung gegenüber dem Südsudan.

Aus europäischer Sicht beschrieb Tetzlaff<sup>45</sup> (1993) „Staatswerdung im Sudan, Ein Bürgerkriegsstaat zwischen Demokratie, ethnischen Konflikten und Islamisierung“ in seiner Untersuchung die Problematik der Schwierigkeit der Gründung einer Nation im Sudan. Kok<sup>46</sup> behandelt die Rolle der sudanesischen Regierungen im Krieg „Governance and Conflict in the Sudan, 1985 bis 1995“. Zur besten Arbeit in Bezug auf Beziehungen und Vereinbarungen

---

<sup>39</sup> Al-Afif Mukhtar, Al-Baqir, 2004.

<sup>40</sup> Ahmed, Abdel Ghaffer M., 2002.

<sup>41</sup> Arnold, Guy, 1999.

<sup>42</sup> Flint, Julie/ De Waal, Alex, 2005.

<sup>43</sup> Prunier, Gerard: Darfur, The Ambiguos Genocide, 2005.

<sup>44</sup> Akol Ruay, Deng D., 1994.

<sup>45</sup> Tetzlaff, Rainer, 1993.

<sup>46</sup> Kok, Peter Nyot,1996.



zwischen Nord- und Südsudan gilt die Arbeit von Alier<sup>47</sup> (1990) „Southern Sudan, Too Many Agreements Dishonoured“. Zu den neuen Veröffentlichungen und wichtigen Forschung über den Sudankonflikt zählt die Untersuchung von Adar<sup>48</sup>, Yoh und Maloka (2004) „Sudan Peace Process: Challenges and Future Prospects“.

Zu Beginn der Dissertation recherchierte ich umfangreich über die vorhandenen Veröffentlichungen und bezog dabei auch führende Forschungseinrichtungen wie das Hamburger Institut für Afrikakunde, das Institut für Afrikanistik der Universität Bayreuth, die Durham University und das Mainzer Archiv mit ein. Trotz einer ansehnlichen Anzahl historischer Analysen und Beiträge fällt auf, dass in den bereits genannten Untersuchungen und Publikation die Entwicklung des Konfliktes und die Rolle der Elite in den letzten vergangenen Jahren nicht untersucht wurden. Da es insbesondere zu dem Untersuchungszeitraum von 1983 bis 2005, in dem wesentliche Entwicklungen stattfanden, bisher kaum Analysen gibt, musste ich mir durch Interviews aktiver politischer Akteure behelfen.

Hilfreich für die Datengewinnung sind die Verbindungen des Verfassers unter anderem zu Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch, politischen und gesellschaftlichen Akteuren in Afrika, vor allem im Sudan. So führte ich im April 2004 Interviews und Gespräche sowohl mit im Ausland als auch im Land ausgebildeten Sudanesen verschiedener Fachgebiete durch. Während einer Studienreise in den Sudan (Februar 2006) konnte der Verfasser Gespräche mit Mitgliedern des vor wenigen Monaten gebildeten „Government of National Unity (GOU)“ in Khartoum und Mitgliedern des „Government of Southern Sudan (GOSS)“ führen. Diese Gespräche waren sehr bedeutsam und bereicherten die Analyse der vorliegenden Untersuchung. Allerdings sollen sie als Hintergrundinformationen dienen. Vor allem bildeten der ausgehandelte Friedensvertrag (CPA) vom Januar 2005 und die Rolle der Eliten im Nord- und Südsudan bei der Aushandlung des Friedenabkommens zentrale Gesprächsinhalte. Ferner ging es um die Frage, ob dieses Abkommen einen dauerhaften Frieden für den Sudan ermöglichen und unterstützen kann. Aufgrund der Gespräche mit hochrangigen politischen Akteuren erhielt der Verfasser auch partiell Zugang zu bisher nicht veröffentlichten politischen und militärischen Daten, insbesondere von Akteuren sowohl von der Regierung des Sudans als auch von der Regierung des Südsudans (ehemalige so genannte „Befreite Gebiete“ des Sudans).

---

<sup>47</sup> Alier, Abel, 1990.

<sup>48</sup> Adar, Korwa G., Yoh, John G. Nyuot, Maloka, Eddy, 2004.

## **4. Begriffsverständnis und theoretische Konzepte zu Staat, Nation, demokratischen und diktatorischen Staatsformen**

Bevor man sich mit dem sudanesischen Staat beschäftigen und die Frage der Nationenbildung betrachten kann, erweist es sich als erforderlich, die Begriffe zu analysieren und sich zu einigen, in welchem Sinn sie zu verwenden sind.

### **4.1 Der Staat**

Der Begriff Staat ist eine europäische Erfindung. In Afrika entstanden parallel dazu auch staatliche Gebilde, die jedoch weniger den europäischen Modellen eines Staates entsprachen. Mit der Kolonialisierung übertrugen die Europäer ihr Verständnis von Staat und Nation auf Afrika und damit auch auf den Sudan. Der Begriff Staat wurde vom Terminus „Status“ abgeleitet. Er wurde im 18. Jahrhundert gebraucht, um einen bestimmten Zustand einer Person oder Sache zu beschreiben. Im Lauf der Zeit wurde der Terminus Status von einer Person auf das rechtliche Zusammenleben von Menschen übertragen. Nach diesem Verständnis kann von einem Staat im völkerrechtlichen Sinne erst die Rede sein, wenn der Staat mit souveräner Herrschaftsgewalt ausgerüstet ist und keine andere als die Völkerrechtsordnung für das Verhalten von Menschen in einem bestimmten Bereich wirksam wird. Hierzu muss diese Herrschaftsgewalt langfristig gewährleistet oder angelegt sein.<sup>49</sup>

Der Staat im klassischen Sinne wird mit seinen politischen Organisationen als Rechtseinheit betrachtet und ist für die Zuordnung aller Verhältnisse und Bereiche im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben zuständig.

Als typisches Staatsmodell werden drei Kernelemente vorausgesetzt. Die nachfolgenden Elemente bilden die politische Einheit eines Staates und müssen unbedingt vorhanden sein. Diese sind:

- Der Staat muss über ein Staatsgebiet verfügen, in dem sein Staatsvolk oder seine Staatsbürger leben können. Das Staatsgebiet ist das Land, wo sich der staatliche Verband in einem abgegrenzten Gebiet befindet.<sup>50</sup>

---

<sup>49</sup> Vgl. Kern, 1949, S.22

<sup>50</sup> vgl. Cicero, 1991, S. 48

- Das Volk bzw. Staatsvolk ist die Bezeichnung der dort lebenden Menschen und muss dem Staat angehören. Das Volk ist ein Element des staatlichen Verbandes. Das Staatsvolk ist der Zusammenschluss von vielen Menschen, die durch Anerkennung einer Rechtsordnung und gemeinsamen Nutzen verbunden sind. Wichtige Voraussetzung eines solchen Zusammenschlusses ist die natürliche Geselligkeit der Menschen.<sup>51</sup>
- Es muss eine Staatsgewalt vorhanden sein. Bei dieser Staatsgewalt handelt es sich um die Fähigkeit des Staates, unter die sich alle Einwohner bzw. das Staatsvolk unterordnen muss. Keiner davon darf sich dieser Staatsgewalt entziehen. Ausnahmen gibt es bei Austritt aus diesem Staat, beispielsweise bei der Annahme einer anderen Staatsbürgerschaft. Der westliche moderne Staat hat jedes Recht des Individuums gesetzlich gewährleistet und ein begrenztes Gebiet dieser Freiheit von seiner Gewalt zu Seite gestellt.<sup>52</sup>

In der Vorstellung des europäischen Nationalstaates gibt es zwei Modelle der Staatenbildung:<sup>53</sup>

1. Kulturstaat. Dieses Modell findet sich beispielsweise in Deutschland und Italien. In diesem Modell des Staates hat die Bevölkerung eine gemeinsame Sprache, gemeinsame Kultur, gemeinsame Sitten und eine gemeinsame historische Vergangenheit bezüglich der Nationenbildung.
2. Staatsnation. Dieses Modell der Staatsnation ist nach französischem Vorbild entwickelt und beinhaltet eine strikte Trennung von Religion und Staat. Damit wurde der Einfluss der Religion auf die französische Politik relativ eingeschränkt.

## 4.2 Die Nation

Der Begriff Nation ist nicht klar zu definieren. Die Unklarheit in der Definition hängt mit der Überschneidung der Begriffe Staat bzw. Volk zusammen. Ursprünglich kommt der Begriff aus dem Lateinischen und bedeutet soviel wie „geboren werden“. Im Lateinischen spricht man von „Nasci“ oder „geboren werden“. Nation kann als Gruppe eines Volkes verstanden werden. In der Antike wurden unter dem Begriff Nation folgende Merkmale verstanden: Sprache, Herkunft und gemeinsame Sitten und Gebräuche. Dabei ging es um die Vorstellung, dass die Nation die Menschen vereinigen soll. In der romanischen Definition bedeutet der Begriff Nation „heimisch“.

---

<sup>51</sup> vgl. Cicero, 1991, S. 48

<sup>52</sup> vgl. Cicero, 1991, S. 127

<sup>53</sup> vgl. Dann, 1994, S. 36 / Smith, 1991, S. 5ff.

Bis zum Jahr 1884 definierten die Spanier den Begriff Nation (*nacion*) als die Gesamtheit von Einwohnern eines Landes, einer Provinz oder eines Königreiches. Nation wird auch als Herkunft bzw. Abstammung definiert.<sup>54</sup> Wenn man von einer Nation spricht, muss eine historische Bindung und stabile Gemeinschaft von Menschen gegeben sein. Voraussetzung dafür ist die Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums und Wirtschaftslebens. Weiterhin muss sie eine kulturelle Gemeinschaft haben. In diesem Sinne kann man von einer Nation sprechen.<sup>55</sup>

Der Prozess einer Staats- und Nationsbildung ist ein langfristiger Prozess, der immer nur schrittweise fortgeführt und gepflegt werden kann. Dafür müssen die Voraussetzungen zu seiner Realisierung geschaffen werden. Stein Rokkan hat sich mit der Entstehung bzw. Gründung der Europäischen Staaten und Nationen beschäftigt. Da die staatlichen Gründungsprozesse in vielen modernen afrikanischen Staaten eng mit den Europäern verbunden sind, ist die Arbeit von Rokkan für Afrika sehr interessant.

Was heißt Nation gestern und heute? In der frühen Zeit, wie beispielsweise im Mittelalter, hatte der Begriff Nation eine andere Bedeutung. So verstand man damals in Frankreich unter Nation beispielsweise „die Gesamtheit der Personen mit demselben *pays de naissance*“. Bei diesen Personen handelte es sich um Personen, die innerhalb desselben historischen Raums geboren waren.“<sup>56</sup> Nach der französischen Revolution kam dem Begriff Nation eine andere Bedeutung zu. Sie ist somit wie folgt zu verstehen: „*Nation sollte alle Personen umfassen, die innerhalb des Gesamtterritoriums des französischen Staates lebten und den Dialekt der Ile-de-France verstanden. Die Nationenbildung betonte daher die wechselseitige Verstehbarkeit der Dialekte innerhalb des größeren Territoriums: Die Strategie bestand darin, größere Identität mit dem Zentrum zu schaffen, indem man die Kommunikation zwischen lokalen Gemeinschaften mit unterschiedlichen Dialekten einer als gemeinsamen definierten Sprache verstärkte.*“<sup>57</sup>

Die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie waren bei der Staatsbildung bedeutsam. Dabei spielen Schlüsselmerkmale wie Abhängigkeit, Unterschiedlichkeit und Entfernung eine Rolle. Dies dient nicht zuletzt der Integration, Ressourcenverteilung und der Gewährleistung von Sicherheit sowie der Kontrolle der Nations- und Staatsgrenzen. Nach Rokkan begann der Prozess der Bildung von Nationalstaaten im Mittelalter. „*Der Nationalstaat ist einer der zentralen Innovationen Europas, das Resultat einer Entwicklung über viele Jahrhunderte. Obwohl dieses*

---

<sup>54</sup> Vgl. Hobsbawm, Eric J., 1992, S. 25-26.

<sup>55</sup> Vgl. Hobsbawm, Eric J., 1992, S. 16

<sup>56</sup> Rokkan, Stein, 2000, S. 208-209.

<sup>57</sup> Rokkan, Stein, 2000, S. 209.

*Modell auf die ganze Welt ausstrahlte, hat es in keiner anderen Region (mit der wichtigen Ausnahme von Japan) eine vergleichbare kulturelle Homogenität und historische Verwurzelung erreicht. In großen Teilen (West-) Europas ging der Prozess der Staatsbildung dem der Nationalbildung voraus. Hier setzte der Prozess der militärisch-administrativen Zentrumsbildung und der territorialen Konsolidierung schon im Hochmittelalter ein, während die Nationenbildung im engeren Sinne erst später begann.*<sup>58</sup>

Im Fall der französischen Nationenbildung wurden folgende Faktoren als hilfreich für die Nationenbildung charakterisiert:

- (1) Wehrpflicht,
- (2) Einführung der Schulpflicht für alle Kinder der Republik,
- (3) Gründung eines nationalen französischen Transports- und Kommunikationswesens,
- (4) Gründung eines nationalen Arbeitsmarktes.<sup>59</sup>

Rokkan entwickelte eine „Typologie der Bedingungen der Staats- und Nationenbildung in Europa“ vom 16. bis zum 18. Jahrhundert. Diese Typologie gründet sich nach Rokkan auf die Variablen Staat, Wirtschaft und Kultur. Er stellte fest, dass diesen Variablen unterschiedliche Werte im europäischen Raum zukommen. Nach Rokkan ist das Makromodell der europäischen politischen Entwicklung oder des modernen Europas das Resultat der Fragmentierung und Reorganisation von Europa nach dem Zerfall des Weströmischen Reiches. Ihm zu Folge entstand ein neues europäisches System, das als Territorialstaaten bezeichnet wurde. Danach kam es zur Transformation der europäischen Territorialstaaten zu demokratischen Nationalstaaten. Die Bildung von Staats- und Nationenbildung wurde in dieser Zeit begünstigt, da der Zerfall des Römischen Imperiums multi-ethnisch und religiös begründet war. Der neue Großraum Europa mit seiner differenzierten religiösen und kulturellen Identität wurde in eine neue Form der politischen Organisation ethnischer Heterogenität geführt, in dem National- und Staaten als System vollzogen wurden.

Zu den wichtigsten Voraussetzungen bzw. Bedingungen für einen Prozess der Staaten- und Nationenbildung zählen nach Feststellung von Rokkan:

---

<sup>58</sup> Rokkan, Stein, 2000, S. 88.

<sup>59</sup> Vgl. Rokkan, Stein, 2000, S. 88.

- (1) Die politische Ebene: militärisch-administrative Struktur und die verallgemeinerte Staatsbürgerschaft.
- (2) Kulturelles System: Hier waren Kommunikationsmittel oder Sprachen wie Latein und Griechisch bedeutsam, da diese als Elitensprachen galten.
- (3) Das Christentum als Staatsreligion war ein wichtiger Integrationsfaktor innerhalb der Bevölkerung und der verschiedenen Völker oder Volksgruppen, da Staat und Religion während der römischen Herrschaft vereinigt waren.

Im 19. Jahrhundert wurde die Idee von Staatsbürgerschaft im Rahmen der Entwicklung von Nationalstaaten schrittweise deutlicher als bisher. Dabei spielte die politische Partizipation eine Rolle, die sich durch Wahlen und Repräsentation niederschlug. Rokkan sprach in seiner Arbeit von „Staatsbürgerschaft“ oder „citizenship“ und von der so genannten „Grundeinheit Bürger“ oder „Unit Citizen“. Die Staatsbürgerschaft wurde schon während des Römischen Reiches praktiziert. Die Mitglieder des Römischen Reiches wurden durch klare Regeln bestimmt:

- Die römische Bürgerschaft<sup>60</sup> und
- Die Gemeinschaft, die dem christlichen Glauben angehörte oder getauft werden musste.

Mit der französischen Revolution wurde die „Plebiszitäre Repräsentation“ eingeführt. Damit wurde die bisher praktizierte Vertretung des einzelnen Bürgers nach Haushalt und Besitz durch einheitliche Vertretung des einzelnen Bürgers in der Nationalversammlung ersetzt. Schrittweise kamen folgende wichtige Rechte und Pflichten für die einzelnen Bürger hinzu:

1. Zivile Rechte wie Gleichheit vor dem Recht,
2. Freiheit der einzelnen Person,
3. Rede-, Gedanken- und Glaubensfreiheit und Recht auf Besitz sowie Vertragsfreiheit,
4. Politische Rechte wie das aktive und passive Wahlrecht sowie soziale Rechte.<sup>61</sup>

Zu den oben genannten Rechten zählen weiterhin das Recht auf Beteiligung an wirtschaftlichem Wohlstand und Sicherheit, Recht auf volle Teilhabe an sozialer Erbschaft und das Recht auf zivilisiertes Leben gemäß dem in der Gesellschaft vorgesehenen oder praktizierten Standard.<sup>62</sup>

Die Staats- und Nationenbildung wurden, vor allem in Westeuropa, von den folgenden „Schlüsselvariablen“ begünstigt:

1. Die stärksten der frühen Staaten lagen in zentralen Territorien, da dort der Besitz von Land höher konzentriert war, zum Beispiel in England, Frankreich und Spanien.

---

<sup>60</sup> Vgl. Flora, Peter/ Kuhnle, Stein/ Urwin, Derek, 1999, S. 149.

<sup>61</sup> Vgl. Rokkan, Stein, 2000, S. 92-93.

<sup>62</sup> Vgl. Rokkan, 2000, S. 93.

2. Der geringe Grad an Geldwirtschaft und die zunehmende Urbanisierung im Osten ermöglichte den Landbesitzern eine wichtige Stellung in Sachen Nahrungsmittellieferanten und Arbeitskräften und begünstigte damit als wichtige Ressource den Aufbau des Staatsapparates.
3. Die Interaktion zwischen städtischen und ländlichen ökonomischen Ressourcen trug zum Prozess der Staatsbildung bei.
4. In dem protestantischen Norden wurden Staatskirchen eingerichtet und waren das zentrale Organ der Nationenbildung. Volkssprachen wurden in den Staatskirchen legitimiert und gefördert.
5. In dem katholischen Süden Europas wurde der Prozess der Nationenbildung<sup>63</sup> verlangsamt, allerdings durch Latein als über- ethnische Elitensprache beibehalten. Nach der französischen Revolution unterstützte die Katholische Kirche die Integration von peripheren Nationalismen z.B. in Polen, Belgien und Irland.
6. Dialekte, die in bestimmten Regionen als bedeutsam für die Nationenbildung galten, wurden verstärkt, z.B. in Portugal, Dänemark, Schweden, England, Frankreich und den Niederlanden.
7. In Ländern wie Deutschland und Italien, in denen sprachliche Homogenisierung früher praktiziert wurde, diente diese als Grundlage für die spätere politische Vereinigung.
8. In den Ländern, in denen multilinguale Strukturen herrschten, wurden zwei oder mehrere Sprachen innerhalb des Staatsgebiets bzw. Territoriums amtlich anerkannt und praktiziert. Das ist beispielsweise der Fall in der Schweiz, in Belgien und Spanien.
9. Staaten, die schon eigene Sprachen aufgebaut hatten und sich von Peripherien abspalten konnten, praktizierten eigene Sprachen. Beispiel dafür sind Norwegen, Island, Luxemburg und Finnland.<sup>64</sup>

Die Entwicklung von Standardsprachen in Europa begünstigte die Staaten- und Nationsbildung. Durch die Standardsprachen konnte beispielsweise landesweit zeremoniell vermittelt werden. Dadurch konnte eine territoriale Identität des Staates bekräftigt oder herbeigeführt werden. Viele frühere europäische Eliten erkannten die Wichtigkeit von Standardsprachen und unterstützten diese deshalb. Die Entwicklung von schriftlicher Kommunikation war ebenfalls sehr bedeutsam, da darüber die Grundlagen durch die Schulen weiter an neue Generationen vermitteln werden konnten. Obwohl die Entwicklung der Sprachen durch Eliten gefördert wurde, waren ein existierendes Zentrum und ein Netzwerk von Zentren sehr hilfreich für die Entwicklung der

---

<sup>63</sup> Vgl. Rokkan, 2000, S.105.

<sup>64</sup> Vgl. Rokkan, Stein, 2000, S.105.



Standardsprachen. Anfänglich hatten in Europa nur die Eliten ein Vorrecht auf das Schreiben. Die Sprache war für die Eliten ein besonderes Symbol für die Vermittlung von territorialer Identität.<sup>65</sup>

Die Einführung von Schulpflicht in den protestantischen Staaten ermöglichte die Etablierung von Standardsprachen. Außerdem waren die Medien hilfreich bei der Erreichung von Massenbildung, zum Beispiel auch durch religiöse Zeremonien. Wenn man die europäischen Einigungsprozesse betrachtet, hat Haller festgestellt, dass die Europäisierung des Kontinents vor allem von den Eliten betrieben wurde. Diese Feststellung zeigt, welche wichtige Rolle die Eliten bei der Umwandlung einer Gesellschaft oder bei Entscheidungen, die die Massen betreffen, einnehmen.<sup>66</sup>

In den heutigen Gesellschaften gibt es die Vorstellung, dass die Nation homogen sein soll. Dazu zählen die gemeinsame Sprache, staatliche Wertvorstellung und Geschichte. In der Spätmittelalterzeit wurde die Nation als ein landsmannschaftlicher Zusammenhang bezeichnet.

Nation wurde auch als Synonym für Stamm und Volk verwendet. Im Lauf der Zeit wurden die Wertvorstellungen mehr betont und prägten nicht nur das Verständnis von Nation, sondern rechtfertigten diese. Somit wurde die Ausbildung von Nationalstaaten beschleunigt. Es entwickelten sich die so genannten „Territorialstaaten“ und zunehmend ein Gegensatz zwischen Herrscher und Nation. In der neusten Zeit wurden Merkmale wie „abgrenzbare“ Großgemeinschaft als >>Nation<< nach Außen betrachtet. In diesem Zusammenhang muss eine Nation der Bevölkerung ein Gemeinschaftsgefühl der Zugehörigkeit als Gruppe, regionalem Bevölkerungsteil und Individuum gewährleisten. Die Nation muss die räumliche Ausdehnung der Nation, Vorstellungen und die innere Ordnung bestimmen. Der Begriff Nationalstaat wurde geschaffen und die nationale Bewusstseinsbildung und Konsolidierung sowie die Nationalstaatsbildung nahm Prägung. Anlass für diesen Prozess war die französische Revolution. Außerdem unterstützte diese Entwicklung den Prozess der Entkolonialisierung“.<sup>67</sup>

### Bedingungen für Nationenbildung in Europa

- Die Staatsgründung führte zur Bildung von Nationen in Europa.<sup>68</sup>

---

<sup>65</sup> vgl. Rokkan, Stein, 2000, S. 213.

<sup>66</sup> Haller, Max, 2003, S. 337 ff.

<sup>67</sup> Vgl. Holtmann, E., 1991, S. 375-376.

<sup>68</sup>



- Der Prozess der Gründung von militärischen und Verwaltungszentren sicherte eine Konsolidierung und das Territorium.
- Die Französische Revolution beschleunigte die Demokratisierung; die Einführung staatsbürgerschaftlicher Rechte wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit führte zu einer weiteren Aufklärung.
- Industrialisierung und Allgemeinbildung (Lesen und Schreiben) verbreiteten sich.
- Die Einheit von Religion und Kultur wurde schriftlich festgehalten.
- Die Nationsbildung erleichterte eine Demokratisierung.
- Gemeinsame Identität.
- In Frankreich, aber auch in vielen europäischen Staaten, wurde der Begriff Nation als Gruppen von Menschen, die in demselben Staat oder derselben Nation leben und dieselbe Sprache/ Dialekt sprechen („Ile de France“ oder die französische Sprache), definiert.<sup>69</sup> Im Lauf der Staatsgründung wurden Institutionen gegründet, die die Aufgaben übernahmen, Ressourcen für die Entwicklung und Beibehaltung gemeinsamer Verteidigung, innerer Sicherheit, Politik, Wirtschaft und kultureller Einheit auf der Ebene der Eliten abzusichern.

#### Die Standardisierung der Nationsbildung entstand durch:

- Die Rekrutierung von Bürgern für die nationale Armee, Schulpflicht, Massenmedien usw.,
- Gleiche Rechte für alle Bürger bei politischer und gesellschaftlicher Partizipation,
- Die Zulassung von Opposition, Gründung von Parteien, Massenpartizipation an der aktuellen Politik, Gewährleistung von Wahlorganen,
- Die Verteilung von Ressourcen auf der nationalen Ebene,
- Gewährleistung sozialer Bürgerschaft, z. B. Finanzierung von Wohlfahrtsleistungen u.a. durch Steuern und Verteilung der Steuern.<sup>70</sup>

Gründe für die Entstehung von „Nationalstaaten in Westeuropa“ wurde von Karl Deutsch wie nachfolgend beschrieben:

- (1) Industrialisierung,
- (2) Wirtschaftswachstum,
- (3) Kapitalakkumulation,

---

<sup>69</sup> vgl. Flora, Peter 1999, S.64ff.

<sup>70</sup> vgl. Flora, Peter 1999, S. 83.

- (4) Soziale Mobilisierung wegen der gesellschaftlichen Modernisierung,
- (5) Verkehrs- und Kommunikationsstruktur,
- (6) Nationales Bewusstsein,
- (7) Sicherung des nationalen Einheitsstaates nach innen und außen.

Da dieses europäische Modell einer Nation für die so genannten Entwicklungsländer von Europa auf die anderen Länder wie den Sudan übertragen wird, muss der Sudan die oben genannten Merkmale erfüllen, um von einer Nation sprechen zu können. Die Nationenbildung im Sudan hat damit einen langen Weg vor sich.<sup>71</sup>

In der Nation sollen die Menschen mit ihrer kulturellen und politischen Eigenständigkeit zusammengefasst werden. Auf diese Eigenständigkeit wird mit dem Begriff „Souveränität“ verwiesen. Dazu zählt die gemeinsame Geschichte, Kultur, Tradition und Sprache.<sup>72</sup> Nation soll die zentrale Rolle bei der politischen und sozialen Integration als gesellschaftliche Kräfte des Landes spielen. Dieser Prozess der „Nation- Bildung“ wird als besonders wichtige Phase auf dem Weg zu ökonomischer Entwicklung und zur Herstellung demokratischer Strukturen angesehen.<sup>73</sup>

Benedict Anderson formulierte folgende Definition: „Die Nation wird als *souverän* vorgestellt, weil ihr Begriff in einer Zeit geboren wurde, als Aufklärung und Revolution die Legitimität der als von Gottes Gnaden gedachten hierarchischen dynastischen Reiche zerstörten. Dieser Begriff erlangte seine Reife in einem historischen Moment, als selbst die frommsten Anhänger jeglicher Universalreligion mit dem lebendigen Pluralismus solcher Religionen und dem Auseinandertreten von ontologischen Ansprüchen jeden Glaubens und seiner territorialen Ausdehnung konfrontiert waren.“<sup>74</sup>

Er beschrieb die Nation als Gemeinschaft und meinte damit, dass es bei einer solchen Gemeinschaft keine Ungleichheit und Ausbeutung geben sollte<sup>75</sup>.

Unter dem Begriff Nation wird eine Gesellschaft bezeichnet, die eine gemeinsame geschichtliche Herkunft hat und damit eine politische Willensgemeinschaft bilden will.

Es ist festzustellen, dass sich alle Staaten, vor allem die in Afrika, als Nationalstaaten verstehen, obwohl dieser Typus im Kern nicht vorhanden ist. Gemeinschaftssolidarität, Rechtsgleichheit sowie Konsens aller Mitglieder über Gestaltung der Politik sind die entscheidenden Merkmale

---

<sup>71</sup> Vgl. Holtmann, E., 1991, S. 382.

<sup>72</sup> Vgl. Brockhaus, 1996, S. 387.

<sup>73</sup> Vgl. Brockhaus, 1996, S. 389.

<sup>74</sup> Anderson, 1998, S. 16.

<sup>75</sup> Anderson, 1998, S. 16.

eines Nationalstaats. Anthony D. Smith unterscheidet den Nationenbegriff in das westliche Modell, wo die erwähnten Merkmale zu finden sind und in das nichtwestliche Modell.<sup>76</sup> Smith spricht von folgendem Modell:

1. "Civil Model of the Nation". Dieses Modell der Nation hat ein historisches Territorium und einen demokratischen Verfassungsstaat als Ordnungsprinzip und ist Kernelement des Westens.
2. „Ethnic Conception of the Nation“. Dieses Modell ist kein westliches Modell der Nation, sondern in vielen kolonialisierten Ländern anzutreffen. Dabei steht das demokratische Verfassungsprinzip nicht an der ersten Stelle, sondern die ethnische und religiöse Zusammensetzung. Diese führt oft zu Unzufriedenheit und ethnischen Kriegen.

Wenn man das westliche Modell einer Nation analysiert, muss man fünf wesentliche Elemente feststellen:

- Ein historisches Territorium,
- Gemeinsame Mythen und historische Erinnerung,
- Gemeinsame Massenkultur (mass public culture),
- Gemeinsame gesetzliche Rechte und Pflichten für alle Mitglieder der Nation (z.B. Grundgesetz und Bürgerliches Gesetzbuch in Deutschland),
- Eine gemeinsame Ökonomie mit territorialer Freizügigkeit für alle Angehörigen der Nation.<sup>77</sup>

So besitzt eine Nation tiefe historische Wurzeln der Zuneigung zueinander, die aus einer inneren Überzeugung begründet und gepflegt werden müssen, ohne die Existenz der ethnischen Differenzen, die ein sine qua non der Nation darstellt, zu leugnen oder zu verwerfen.<sup>78</sup> Das europäische bürgerliche Modell der Nation ist Resultat eines langen Prozesses der Herausbildung der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft. Dieser lange Prozess war besonders deshalb erfolgreich, in dem der Gebrauch von physischer Gewalt durch den Staat verfassungsrechtlich verankert worden und auf ihn konzentriert ist.“

---

<sup>76</sup> Smith, 1991

<sup>77</sup> Langewiesche, 2000, S. 18 / Smith, 1991

<sup>78</sup> Langewiesche 2000, S. 19.

### 4.3 Die westliche Staatenbildung in Afrika

Der moderne Staat im afrikanischen Kontext unterscheidet sich vom charakterisierten europäischen Modell eines Staates. Von einem nationalen Staat im europäischen Kontext kann man in Afrika nur ansatzweise sprechen. Im afrikanischen Staatsmodell findet weder das Modell eines „Kulturstaates“<sup>79</sup> noch einer „Staatsnation“ in ihrer Begrifflichkeit praktische Anwendung. Trotzdem betrachten sich alle Staaten in Afrika als nationale Staaten entsprechend der europäischen Verfassungsstaaten.

Auf dem afrikanischen Kontinent gab es vor der europäischen Eroberung, ca. im 15. Jahrhundert, Staaten und Nationen. Diese können allerdings nur schlecht mit der europäischen Staats- und Nationsbildung verglichen werden, wenn wir ein modernes Verständnis von Staat und Nation zu Grunde legen.

Die Staats- und Nationengründung in Afrika unterlag im Vergleich zu den europäischen Staaten grundsätzlich anderen Bedingungen und Voraussetzungen. In Afrika wurde in den überwiegenden Fällen die Bildung von Nationalstaaten durch Zwang von außen herbeigeführt. *„In den ehemaligen Kolonialgebieten Europas wurden Ethnien und Völker politisch zusammengefügt, die nicht unbedingt zusammengehörten oder eigentlich nicht zusammen in einem zentral gelenkten Staat moderner Prägung (mit zentraler Bürokratie, einheitlicher Sprache, denselben Feiertagen etc.) leben wollten. Der Sudan gehört in diese Kategorie der mit einem Fluch beladenen Ländern, die >>Staaten<< sein müssen, ohne eine staatlich verfasste Bevölkerung, ein Staatsvolk von Bürgern zu haben.“*<sup>80</sup>

Die meisten afrikanischen Staats- und Nationenbildungen sind durch koloniale Eroberungen entstanden. Integrationsmaßnahmen wie Standardsprachen usw. wurden nicht unterstützt oder gefördert.

Die grundsätzlich anderen Rahmenbedingungen im Vergleich zur europäischen Staats- und Nationsbildung liegen vor allem in folgenden Gesichtspunkten:

- Die Staatsgründung kam durch die Kolonialbesatzung nach Afrika.
- Gemeinsame Sprachen und Kultur fanden nur wenig Verbreitung und Unterstützung.
- Wenig Bemühen um die Herstellung von gemeinsamen staatsbürgerschaftlichen Rechten.

---

<sup>79</sup> Als Kulturstaat kann ein Staat bezeichnet werden, deren Bevölkerung einer gemeinsamen Sprache, Kultur und historischen Vergangenheit haben.

<sup>80</sup> Tetzlaff, Rainer: Staatswerdung im Sudan, ein Bürgerkriegsstaat zwischen Demokratie, ethnischen Konflikten und Islamisierung, Münster 1993, S.57 ff.

- Wenige aktive politische Partizipation.
- Medien wurden nicht für die Aufklärung, sondern fast ausschließlich für die Unterstützung der herrschenden Klasse verwendet.
- Oppositionsparteien wurden nur eingeschränkt zugelassen.
- Es fehlt in vielen afrikanischen Ländern an einer gemeinsamen Identität.
- Die Verteilung von Ressourcen auf der nationalen Ebene wurde nur beschränkt zugelassen.
- Demokratisierung ist nur bedingt gewährleistet, z.B. im Sudan.

„Dabei leiden die meisten dieser Staaten unter den historischen Konstruktionsfehlern und dem Legitimationsdilemma ihrer politischen Ordnung. Das Ordnungsprinzip der afrikanischen Gesellschaften vor dem Beginn der Kolonien wurde als ´primitiv´ verworfen und durch die europäische anstaltstaatliche Konstruktion ersetzt (Schlichte 1996, S. 82), ohne die Spielregeln des europäischen Spielprinzips in einem wichtigen Punkt zu gebrauchen. Denn der europäische Staat hat Probleme der politischen Unzufriedenheit und sezeptionistische Tendenzen<sup>81</sup> durch mehr Beteiligung der Bevölkerung an der Entscheidungsfindung im Staat gelöst. Damit wurde die (Nicht) Heraushaltung des Staates aus ideologischen und weltanschaulichen Auseinandersetzungen der Akteure in der Verfassung festgelegt. Dagegen kennt kein afrikanischer Staat in der übernommenen Konstruktion weder friedliche Machtausübung und Einbindung sezeptionistischer Tendenzen im Staat am Staat durch mehr Beteiligung noch die Herausbildung des Staates aus ideologischen und weltanschaulichen (Sudan) Streiten, sondern der Staat tritt oft nicht als einheitlich auf. Die Akteure unterscheiden sich in der Regel in die Guten, die rechtmäßigen Söhne des Landes (Regierende) und schlechten, die Sezeptionisten, die mit Gewalt zur Unterordnung bewegt werden müssen.“<sup>82</sup>

Zahlreiche Autoren sind einstimmig der Auffassung, dass die heutigen Probleme Afrikas auf Fehlstart und Geburtsfehler basieren.<sup>83</sup> Grundlage dieser Geburtsfehler der afrikanischen Staaten war die Besetzung des Kontinents und seine Aufteilung durch verschiedene europäische und asiatische Kolonialmächte (Osmanisches Reich im Fall von Nordafrika und dem Sudan).

---

<sup>81</sup> Zu sezeptionistischen Tendenzen kommt es, wenn die Mehrheit der Bevölkerung eines Staates nicht an den Entscheidungen beteiligt wird. Das ist oft der Fall in einigen afrikanischen Staaten wie beispielsweise im Sudan. Sezeptionistische Tendenzen bezeichnen den Wunsch nach Abspaltung von dem herrschenden System oder Staat.

<sup>82</sup> Akok, 2001, S. 20 - 21.

<sup>83</sup> Thompson, 2000, S. 12

Ein politischer Prozess der Staatenbildung von politischen Verbänden im Einklang mit gesellschaftlichem Handeln und deren innerer Dynamik fand auf dem afrikanischen Kontinent nicht statt. Afrika bekam seine staatliche Form als Erbe der kolonialen Fremdherrschaft. Aufgrund der Aufteilung Afrikas ohne Rücksicht auf die ethnischen und religiösen Zusammensetzungen sind die afrikanischen Staaten in Konflikte mit sich geraten und insbesondere in wirtschaftliche und ökonomische Probleme. Dabei gerieten die von den Kolonialmächten etablierten Systeme nach der Unabhängigkeit aufgrund der Ressourcenknappheit und Instabilität zur Disposition. Damit entstanden für die Nationenbildung Probleme. Auch die während der Kolonialära praktizierte Politik „Teile und Herrsche“ wurde von zahlreichen afrikanischen Führern nicht nur weiterhin praktiziert, sondern verschärft. Hier wird ethnische oder Stammeszugehörigkeit bevorzugt. Diese Gründe begünstigten die Staatskrisen in Afrika. In vielen Staaten Afrikas wird die staatliche Gewalt zur Unterdrückung der eigenen Staatsbürger ausgeübt mit dem Ziel, Macht zu erhalten und das herrschende politische System zu legitimieren.<sup>84</sup> Wenn solche Regierungen durch Wahlen oder Putsch die Macht erhalten, entziehen sie sich in aller Regel der zivilen Kontrolle. Das Mitspracherecht der Bevölkerung wird als Verrat angesehen. Im Fall des Sudan sind häufige Vorwürfe und Beschuldigungen wie die Komplizenschaft mit Imperialisten oder Antiislamismus an der Tagesordnung.

Wie oben erwähnt, ist der afrikanische Staat ein Produkt des europäischen Kolonialismus und ist nicht mit dem europäischen Vorbild oder Muster gleichzusetzen. Der afrikanische Staat basiert auf den „Klientelismus“.<sup>85</sup> Dieses Klientelismusprinzip ist im Sudan sehr deutlich zu erkennen und wird an späterer Stelle noch ausführlicher dargestellt. Die willkürlich zusammengesetzten Grenzen in Afrika sind von den Kolonialmächten zugunsten der jeweiligen Kolonialinteressen festgelegt worden. Die ethno -kulturelle oder linguistische Zusammensetzung der Bevölkerung wurde nicht berücksichtigt, Volksgruppen und sogar Familien auseinandergerissen.

Dem gegenüber wurde die Staats- und Nationenbildung im früheren Europa von anderen Bedingungen ermöglicht:

- Sprachen wurden als sehr wichtig für Eliten betrachtet, als Symbol für die Gewährleistung von gesamtterritorialer Identität.
- Die Expansion von starken Zentren, zum Beispiel von den Römern in andere Teile Europas, geschah durch kriegerische Besatzung. Es erfolgte Migration innerhalb der europäischen

---

<sup>84</sup> Akok, 2001, S. 21.

<sup>85</sup> Schlichte, 1996, S. 98

Machtzentren.

- Die Einführung und Entwicklung von Sprachen auf nationaler und lokaler Ebene organisierte alle Vereinbarungen über gemeinsame Grammatik und Vokabular sowie das Schrifttum.
- Religion wurde als Mittel und Symbol für die Verbreitung von Sprachen als Massenbildung bestimmt.
- Schulen wurden früh in den lokalen Sprachen in den Zentren gegründet.<sup>86</sup>
- Wirtschaftliche Zentren wurden erfolgreich gegründet und gefördert. Dies führte zu Ansiedlungen von einer großen Anzahl von Menschen, die das wachsende System kennen lernten und sich integrierten.
- Die Entwicklung des Buchdrucks durch Gutenberg half bei der Verbreitung der Massenkommunikation zwischen Menschen im europäischen Raum.

Die beschriebenen Prozesse wurden maßgeblich durch die Mitwirkung von folgenden Gruppen realisiert:

- ❖ Händler und Industriebesitzer in großen Zentren,
- ❖ Ausgebildete Eliten in den Kirchen, Universitäten und Schulen,
- ❖ Vereinigungen von Landbesitzern und militärisch- administrative Beamten.

Diese drei wesentlichen Gruppen halfen den wirtschaftlichen, kulturellen und militärisch-administrativen territorialen Zentren, die Macht der Regierenden zu festigen.<sup>87</sup>

Das Thema Staatszerfall ist seit den 1990er Jahren ein bedeutsames Thema in der entwicklungs- und sicherheitspolitischen Diskussion geworden. Der Staatszerfall wird in vielen der so genannten Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Lateinamerika als Entwicklungshemmnis angesehen.<sup>88</sup>

Nach Mair bezeichnet der Begriff „Staatszerfall“ einen „(...) Prozess, in dem die staatliche Ordnung immer mehr zerfällt. Staatszerfall oder vielleicht besser der Verfall staatlicher Struktur ist in Afrika keineswegs ein neues Phänomen. Nach der Unabhängigkeit waren die ehemaligen Kolonien fast durchweg schwache Staaten, deren Steuerungskapazitäten kaum ausreichten, um im gesamten Territorium staatlichen Vorgaben Geltung zu verschaffen, das Gewaltmonopol

---

<sup>86</sup> Vgl. Flora, Peter/ Kuhnle, Stein/Urwin, Derek: State Formation, Nation-Building, and Mass Politics in Europe, Theory of Stein Rokkan, Oxford 1999, S.170 ff.

<sup>87</sup> Vgl. Flora, Peter, 1999, S. 110.

<sup>88</sup> Vgl.Hein, Wolfgang 2005:Vom Entwicklungsstaat zum Staatsverfall, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28-29/2005, S.6-11.



durchzusetzen und eine Grundversorgung mit Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen zu gewährleisten“<sup>89</sup>.

Der erste Staat Afrikas, der nach der Unabhängigkeit seine staatliche Ordnung verlor, war Somalia. Weitere Prozesse des zunehmenden Staatszerfalls fanden in den 1990er Jahren in den afrikanischen Ländern Demokratische Republik Kongo, Sierra Leone, Angola, Burundi und dem Sudan statt. Der Staatszerfall ist begleitet von massiven Gewaltausbrüchen bis hin zum Bürgerkrieg.<sup>90</sup>

In Afrika begann ab dem Jahr 1990 eine umfassende politische Neuordnung auf den zwei Ebenen innerstaatliche und zwischenstaatliche Dimension. Auf der innerstaatlichen Ebene werden Demokratisierung und Staatszerfall betrachtet. Auf der zwischenstaatlichen Ebene wurden verstärkt Bemühungen zu friedlicher und grenzüberschreitender Kooperation unternommen. Zugleich nahm die wachsende Neigung zu militärischen Interventionen in den Nachbarstaaten zu.

Gründe der Einleitung zur Demokratisierung waren unter anderem:

- Die Unzufriedenheit der breiten Bevölkerung und vor allem der städtischen Mittelschichten mit der Entwicklungsbilanz der Staaten nach der Unabhängigkeit und insbesondere den herrschenden autoritären Regimen/ Eliten in zahlreichen afrikanischen Ländern.
- Die Bindung westlicher Entwicklungshilfe an politische Auflagen und die wachsende Unfähigkeit afrikanischer Führer, die politische Loyalität ihrer Gefolgschaft durch Postenvergabe und Mitteltransfer zu entlohnen<sup>91</sup>.
- Einige autoritäre Führer Afrikas hatten sich als äußerst geschickt bei der Manipulation des demokratischen Prozesses gezeigt, so dass es ihnen trotz Wahlen gelang, an der Macht zu bleiben. Nur zwei Staaten in Afrika konnten als „Konsolidierte Demokratien“ bezeichnet werden. Diese sind Botswana und Mauritius.

### Staatszerfall und Nationsbildung

Die Kolonialvergangenheit trägt mit zu den Prozessen des Staatszerfalls in Afrika bei und erschwert den Prozess der Nationenbildung. Die Bürgerkriege der 1950er und 1990er Jahre und

---

<sup>89</sup> Mair, Stefan,: Einführung in die politischen Rahmenbedingungen 2001, S.13.

<sup>90</sup> Mair, Stefan,: a.O.2001, S.13.

<sup>91</sup> Vgl.Mair, Stefan: Einführung in die politischen Rahmenbedingungen, 2001, S.11.



neuerlich im Sudan sind keine neuen Erfindungen der Nachkolonialzeit in Afrika, sondern hängen eng mit der historisch-institutionellen Struktur zusammen.

Gero Erdmann sieht einen Zusammenhang zwischen ethnischen Konflikten, Staatszerfall, und Nationenbildung in Afrika. Die Rahmenbedingungen skizziert er wie folgt:

- (1) Koloniale Grenzziehung,
- (2) Verfehlte Nationenbildung und mangelnde Einführung in die politischen Rahmenbedingungen,
- (3) Ethnokratie (staatliches Herrschaftsmonopol ist ethnisch zuweisbar),
- (4) Soziale und wirtschaftliche Verarmung (ethnisch zuweisbar),
- (5) Bedrohung kollektiver Identitäten bis hin zu
- (6) Demokratisierungstendenzen.<sup>92</sup>

Auch im Sudan wird als eine wesentliche Ursache des seit den 1950er Jahren herrschenden Bürgerkrieges die fehlende Staatsbildung bzw. Nationenbildung sowie der bedrohende Staatszerfall angesehen. Zentrales Problem ist die arabisch- islamische Herrschaft und die Unfähigkeit der Elite, ein akzeptables System für die Mehrheit der Bevölkerung zu etablieren.

#### **4.4 Das Konzept des „Failed State“**

In Afrika gibt es hingegen viele Staaten wie den Sudan, der seit langem als klassisches Beispiel für einen so genannten „Failed State and nation building“ gilt. Das Land sucht nach „kultureller Identität und der passenden politischen Ordnung.“<sup>93</sup> Als „Failed State“ wird ein Staat bezeichnet, der nicht in der Lage ist, Grundsicherheiten eines Staates für seine Staatsbürger wie z.B. Sicherheit der körperlichen Unversehrtheit zu gewährleisten. „Failed State“ wird definiert als ein Staat “(...) by patterns of governmental collapse within a nation which often bring demands (because of the refugees they foster, the human rights they abridge and their inability to forestall and disease) which threaten the security of their surrounding states and region.”<sup>94</sup> “Failing States are invariably the product of a collapse of the power structures providing political support for law and order, a process generally triggered and accompanied by anarchic forms of internal violence.”<sup>95</sup>

---

<sup>92</sup> Erdmann, Gero: Menschenrechte und Ethnische Konflikte 2001, S.33.

<sup>93</sup> Tetzlaff, Rainer, 1993, S. 1.

<sup>94</sup> Purdue University, 19.06.2004.

<sup>95</sup> www.disinfopedia.org/wiki vom 19.06.2004.

Diese Situation eines „Failed State“ im Sudan macht es sehr schwer, den Nationsbildungsprozess weiter zu führen, da die herrschende Staatsführung, vor allem die arabische, aber auch afrikanische Elite, es bisher nicht vermocht haben, ein vernünftiges und überzeugendes gesamtsudanesisches Konzept zu vereinbaren und durchzusetzen.

Seit mehr als 21 Jahren hat die Regierung Sudans die Kontrolle über 40 Prozent des Staatsterritoriums verloren. Im Süden des Landes kontrollierten die Rebellen 80 Prozent des Südsudans, 20 Prozent der Nuba- Berge und 15 Prozent des Osten des Landes. Im Prinzip hat man zwei Regierungen im Sudan. Der Krieg im Sudan zählt zu den „Neuen Kriegen“<sup>96</sup> unserer Zeit. Roth beschrieb diesen Krieg: „Es handelt es sich um neue Form von Gewalt, die sich auf der ganzen Welt manifestiert zu haben scheint >>Neue Kriege<<. Neu in diesem Zusammenhang bedeutet, dass sich die Kriege von unseren konventionellen Vorstellungen von Krieg unterscheiden. Die Neuen Kriege entpuppen sich als >>Staatenzerfallkriege<<, da sie, im Gegensatz zu früher, nicht mehr zur Staatenbildung beitragen.“<sup>97</sup>

„Nach 37 Jahren Völkermord und einem gescheiterten Friedensvertrag von 1972 braucht der Sudan nicht einen schnellen Frieden, sondern einen gerechten und dauerhaften Friedensschluss.“<sup>98</sup>

Nach Peterson zählt der Sudan zu den vielen „Failure States in Africa“. In seinem Beitrag „African Security Review“ beschrieb Peterson die Situation wie folgt: „The North-South, African-Arab, Christian-Muslim divisions generally attributed to Sudan obscure the host of contradictions that present genuine opportunities for peaceful negotiations and political accommodation. Geopolitical realities, including American’s campaign against terrorism and the lucrative potential of oil, seem to have persuaded the Sudanese government-which still espouses a fundamentalist Islamic ideology-to moderate its policies.“<sup>99</sup> Peterson fügte hinzu, dass der Sudan von Anfang an von vielen Beobachtern zum Scheitern verurteilt wurde.<sup>100</sup>

In Fall des Sudans ist es zu hoffen, dass durch die Bildung der Regierung der Nationalen Einheit, der Bildung von neuen Institutionen im Land auf Grundlage des *Comprehensive Peace Agreement (CPA)* vom Januar 2005 und der Zulassung von neuen Eliten zu einer Demokratisierung des Landes beigetragen werden kann. Wie Stein Rokkan (2000) und Peter Flora (1999) feststellten, nehmen die Eliten großen Einfluss auf die Gestaltung der Institutionen.

---

<sup>96</sup> Münkler, H., 2002, S. 157.

<sup>97</sup> Roth, Maria, Biel, M.; Majak, W., 2005, S. 45.

<sup>98</sup> Amnesty International, Arbeitsgruppe Sudan, 2004.

<sup>99</sup> Peterson, Dave, 2002, S. 60.

<sup>100</sup> Peterson, Dave, 2002, S. 60.

## **4.5 Demokratische und diktatorische Staatsmodelle**

Es gibt verschiedene Arten von Herrschaftsmodellen, wie beispielsweise die Demokratie oder die Diktatur.

### **4.5.1 Die Diktatur**

Die Herrschaftsform der Diktatur wird bis heute noch in vielen afrikanischen, arabischen und lateinamerikanischen Staaten ausgeübt. Unter einer diktatorischen Herrschaft ist die Durchführung von ordentlichen Wahlen durch das Volk in der Regel nicht vorgesehen. Unter einer Diktatur versteht man die Herrschaft einer Person oder einer Gruppe, die sich die Macht im Staat aneignet, sie monopolisiert und ohne Einschränkung ausübt. Die seit circa 15 Jahren herrschende militärische Diktatur<sup>101</sup> im Sudan ist nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen ein rücksichtsloses, menschenverachtendes Regime.

### **4.5.2 Die Demokratie**

Die Demokratie wird circa seit dem 18. Jahrhundert in zahlreichen europäischen Staaten praktiziert. Bei dieser Art der Herrschaftsform soll die Gewaltherrschaft vom Volk ausgehen. Die Übertragung der Herrschaft soll durch Wahlen stattfinden.

Nach Fikentscher wird der Begriff „Demokratie“ als die Regierungsform verstanden, bei der sich die Regierten selbst regieren. Dabei handelt es sich um Bürger, die sich regieren, da die Regierenden von den Bürgern bestimmt werden. „In einem demokratischen Land hat das aus den Bürgern bestehende Volk immer die Regierung, die es verdient, weil es diese Regierung einsetzt.“<sup>102</sup>

Marschall definiert demokratische Parlamente wie folgt: „(...) sind Vertretungskörperschaften mit der Aufgabe der Volksvertretung. Sie sind das Ergebnis aus freien und allgemeinen sowie

---

<sup>101</sup> Neumann, Franz, 1986, S. 224 und S.227 ff.

<sup>102</sup> Fikentscher 1993, S.12.

gleichen und geheimen und regelmäßigen Wahlen. Die Parlamente setzen sich aus einer Vielzahl an individuellen Repräsentanten zusammen. Diese verfügen über ein freies Mandat.“<sup>103</sup>

Das Gegenteil von demokratischen Regierungsformen sind „nichtdemokratische“ Regierungsformen, die als Diktaturen bezeichnet werden.

Es gibt drei Hauptformen von Demokratie:

- Die Konsensdemokratie,
- Die Duale Demokratie und
- Die Korporative Demokratie.

(1) Die Konsensdemokratie wird insbesondere in so genannten Stammesgesellschaften ausgeübt. Hier werden Entscheidungen einstimmig verabschiedet. Methoden wie Überredung oder feierliche Ansprachen werden bei der Beschlussfassung angewendet. Es wird ausgehandelt, bis alle Beteiligten ihre Zustimmung geben. Bei der Konsensdemokratie muss jeder seine Zustimmung geben, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Bei diesem System ist trotz des großen Konsenses auch festzustellen, dass in der Wirklichkeit sich meistens nur die starken Persönlichkeiten durchsetzen.

„Das Konsensprinzip ist eine radikale Grundform der Demokratie. Sie ist aber kein Ideal. Zwar geht es auch in der Konsensdemokratie darum, eine Ordnungsform für das Begründen und Treffen allgemein verbindlicher Entscheidungen unter Beteiligung aller Bürger zu finden.“<sup>104</sup>

(2) Die Duale Demokratie wird als ein Unterfall der Moiety- Ordnung bezeichnet. Dabei geht es um die Ordnung, die sich in manchen Stämmen findet und dort verschiedenen Zwecken sozialer Ordnung dient. Dieses System wird in „Tewa- Pueblos“ im Norden von New Mexiko praktiziert und funktioniert dergestalt, dass der Volksstamm in zwei politische Hälften geteilt wird. Jede übernimmt im regelmäßigen Wechsel die Regierung für eine bestimmte festgelegte Zeit. Nach dem Ende dieser vereinbarten Periode muss sie die Regierungsgeschäfte auf die anderen übertragen. Nachteil dieses Systems ist der Zwang zur Rücksichtnahme auf die jeweils andere Hälfte und Zusammenarbeit zwischen den beiden Moiety- Hauptleuten. Bei der Dualen Demokratie können Entscheidungen schneller gefasst werden als bei Konsensdemokratie. Hier müssen sich die Moiety- Hauptmänner abstimmen.<sup>105</sup>

---

<sup>103</sup> Marschall, Stefan, 2005, S.60.

<sup>104</sup> Fikentscher 1993, S. 13.

<sup>105</sup> vgl. Fikentscher 1993, S. 14.

(3) Die Korporative Demokratie wählt in einer Mitgliederversammlung Funktionäre. Alle berechtigten Mitglieder des Systems nehmen teil, stimmen ab und die Mehrheit gewinnt die Wahl. Diese müssen nach Ende ihres Amtes Rechenschaft gegenüber der Versammlung ablegen. Es gibt zwei Arten der Korporativen Demokratie. Eine beinhaltet Grundrechte. Das heißt, sie ist mit Grundrechten ausgestattet. Man spricht auch von Grundrechtendemokratie. Diese wird als „Athener Demokratie“ bezeichnet. Die Grundrechtendemokratie kann direkt praktiziert werden, wie in der Schweiz. Dabei wirkt jeder Bürger unmittelbar an der Entscheidungsfindung mit (Dorfplatzdemokratie).

Die zweite Ausübung dieser Demokratie ist die indirekte. Hier werden Abgeordnete gewählt, die den Willen der Wähler im nächsthöheren Gremium vertreten. Es handelt sich um die so genannte „repräsentative Demokratie“. Diese Art der Demokratie wird als Präsidialdemokratie, zum Beispiel in den USA, oder als eine „Parlamentarische Demokratie“, wie zum Beispiel in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland, praktiziert.

Der Unterschied beider Systeme liegt hauptsächlich im Grad der Gewaltenteilung. Zum Beispiel sind bei der Präsidialdemokratie in den Vereinigten Staaten von Amerika die drei Staatsgewalten, nämlich Parlament, Regierung und Justiz sehr strikt voneinander getrennt. Dort ist die Regierung vom Parlament unabhängig. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika braucht keiner Partei anzugehören und kann, wenn er einer angehört, gegen die Mehrheit der eigenen Partei im Parlament regieren. Wechsel der Mehrheit im Parlament haben keine unmittelbaren Folgen für den Präsidenten. Bei der Parlamentarischen Demokratie ist dies anders. Der Ministerpräsident wird aus Vertretern der stärksten Partei oder einer Parteikoalition im Parlament gewählt. Der Ministerpräsident und sein Kabinett haben die Befugnis, einen Ausschuss der stärksten Partei bzw. Parteienkoalition zu bilden. Bei Wechsel der Mehrheitsverhältnisse im Parlament müssen auch die Regierung ausgewechselt oder neue Wahlen durchgeführt werden. Da die Ministerpräsidenten auf die Parlamentsmehrheit angewiesen sind, haben sie im Vergleich zum Präsidenten einer Präsidialdemokratie Beschränkungen hinsichtlich der Legitimität. Parlamentarische Demokratien sind im Vergleich zu Präsidialdemokratien oft Regierungswechseln unterworfen<sup>106</sup>.

---

<sup>106</sup> vgl. Fikentscher 1993, S. 15 – 17.

In den westlichen Gesellschaften spricht man häufig auch von so genannten „Massendemokratien“. Dabei meint der Begriff der Massendemokratie: „Eine Herrschaftsordnung der Massendemokratie setzt in hohem Maß die Bildung von Minderheitsgruppen voraus, um funktionieren zu können. Diese Eliten fungieren dabei als Konzeptoren des politischen Willens. Sie stellen die faktischen sozialen und politischen Medien des Herrschaftssystems dar, welche gerade durch ihr politisches Verhalten für das Funktionieren der Kontrolle durch die breiten Massen sowohl wie für die Herstellung der nötigen Resonanz der politischen Entscheidungen unter diesen Massen verantwortlich sind. Diese Eliten sind also für das Funktionieren des politischen Systems schlechthin entscheidend, und dies umso mehr, als die Auswahl der Spitzenführung des Staates in jedem Falle ausschließlich in ihrer Hand liegt.“<sup>107</sup>

### Betrachtungen von Immanuel Kant zu Recht, Frieden und Demokratie

Kant schrieb in seiner Friedensschrift vom „ewigen Frieden“. Dieser Frieden könnte nur erreicht werden, wenn folgende Voraussetzung angewendet werden:

- Schaffung einer republikanischen Verfassung,
- Vollzug der Gewaltenteilung, d.h. Trennung von exekutiven, judikativen und parlamentarischen Organen.<sup>108</sup>

Nach Kant ist der Staat mit praktizierender republikanischer Verfassung für den Frieden unabdinglich. Dort sind die Menschen in einer „Freiheit der Glieder einer Gesellschaft“. Diese Verfassungsform sichert und unterstützt den Frieden.

Grundlage für eine republikanische Verfassung ist die Einführung von Demokratie. Diese Herrschaftsform grenzt sich eindeutig zu anderen möglichen Herrschaftsformen aus seiner Zeit ab, insbesondere zur Monarchie und Aristokratie. Seit der Französischen Revolution wurde in Europa die Forderung nach demokratischen Verfassungen lauter. Dies mündete in die Einführung des „allgemein gleichen Wahlrechts“ und der schrittweisen Ersetzung der damaligen konstitutionellen Monarchien in Westeuropa durch moderne Demokratien. Zu dieser Entwicklung schrieb Rohrauer:

„Der ihnen zugrundeliegenden Demokratiebegriff enthält neben den Prinzipien der Volkssouveränität und der Beschlussfassung durch Mehrheitsentscheidung auch solche, die in der Antike nicht mit ihm verbunden waren: Gewaltenteilung (in gesetzgebende, vollziehende und

---

<sup>107</sup> Stammer, Otto, 1951, S. 15.

<sup>108</sup> Rohrauer, Monika, 2004, S. 38.

rechtsprechende Gewalt), Repräsentativsystem, garantierte Grundrechte, Rechts- und Wohlfahrtsstaatlichkeit, allgemeines und gleiches Wahlrecht, Minderheitenschutz, Parteienpluralismus. Diese Prinzipien sollen die Idee sichern, dass die Staatsgewalt als Entscheidungsgewalt nicht nur auf das Volk als Legitimationsspende und Bezugspunkt zurückgeführt werden kann, sondern auch ihre konkrete Ausübung von den Bürgerinnen und Bürgern konstituiert, legitimiert und kontrolliert wird. Statt der Ausübung politischer Macht im Sinne des Volks oder für das Volk ist Demokratie die Herrschaft des Volkes durch das Volk.“<sup>109</sup>

Die Herrschaft wird von denjenigen praktiziert bzw. ausgeübt, die ihr zugleich unterworfen sind: „Das Volk gibt sich seine Gesetze selbst und kann nur durch diese gebunden. Das Ideal der Demokratie folgt dem staatstheoretischen Begriff der >>Politischen Gerechtigkeit<<. Nach diesem Begriff heißt jene Staatsform demokratisch, in der alle öffentliche Gewalt von den ihr Unterworfenen, dem Volk, ausgeht. Dabei wird jede substantiellere Idee der Demokratie dem gegenseitigen und öffentlichen Austausch von Gründen (darüber, was wir tun sollen) einen zentralen Stellenwert einräumen. Diese über die reinen Verfahren der Abstimmung und des Mehrheitsprinzips hinausgehenden Anforderungen an die Demokratie werden unter dem Begriff >>deliberative Demokratie<< diskutiert. Durch über die Mehrheitsregel hinausgehende Deliberation sollen die Ergebnisse qualifizierter, demokratischer, legislativer Prozesse für alle davon Betroffenen legitimiert werden.“<sup>110</sup>

Wichtige Aufgabe eines Rechtssystems ist der Schutz der Menschenrechte gegenüber dem Staat. Das Recht muss dabei folgendes absichern:

„Jeder Mensch soll sich zu jeder Zeit auf bestimmte Rechte berufen können - allein aufgrund seines Daseins als Mensch.“<sup>111</sup> Hierbei geht es auch um die Möglichkeit, diese Rechte einzuklagen. Damit ist ein unabhängiges judikatives Organ notwendig. Zu den Menschenrechten zählt man

1. Das Recht auf Freiheit,
2. Das Recht auf Leben,
3. Das Recht auf Besitz.

Der Staat hat damit die Pflicht, diese Rechte zu schützen. Mit der Wahrnehmung der Aufgabe des Staates, seine Bürger zu schützen, erhält jeder Mensch die Möglichkeit, sein Leben nach eigener

---

<sup>109</sup> Rohrauer, Monika, 2004, S. 88.

<sup>110</sup> Rohrauer, Monika, 2004, S. 88 - 89.

<sup>111</sup> Rohrauer, Monika, 2004, S. 77.

Einsicht zu führen und dabei mit Gerechtigkeit rechnen zu können. Hier kann man von „Freiheit und Gerechtigkeit“ sprechen, solange die Rechte und Freiheiten von anderen Menschen durch die Ausübung eigener Rechte nicht verletzt werden. Es geht um die Bewahrung der „Naturrechte“, die jeder Mensch von Geburt her in Anspruch nimmt. Dieses Naturrecht wird mit „Recht auf Freiheit, Gleichheit und Eigenständigkeit“ zusammengefasst. Im Jahr 1776 wurde in den Vereinigten Staaten von Amerika die sogenannte „Virginia Bills of Rights“ verabschiedet. Es folgte die „Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte“ und die Französische Revolution im Jahr 1789. Damit wurden Menschenrechte weltweit nicht nur in mehreren Verfassungen festgeschrieben, sondern als friedensfördernde Rechte anerkannt und angesehen<sup>112</sup>. Seitdem gilt Folgendes:

„Als Menschenrechte werden vor allem die politischen Freiheitsrechte (oder Grundfreiheit) begriffen: Recht auf Gleichheit, Unversehrtheit, Eigentum, Meinungs- und Glaubensfreiheit, Widerstand gegen Unterdrückung. Seit dem 19. Jahrhundert erfolgte eine schrittweise Ausdehnung der Menschenrechte in den sozialen Bereich; zu den sogenannten >>sozialen Rechten<< zählen: Recht auf Arbeit, Bildung, soziale Sicherheit.“<sup>113</sup>

## **5. Theoretisches Verständnis und Konzepte von Eliten**

### **5.1 Geschichtliche Entstehung des Begriffes Elite**

Elite stammt vom lateinischen Begriff „eliger“ und ist gleichzusetzen mit dem Terminus „auswählen“. Die Franzosen nennen ihn „élite“. Im Lauf der Sprachentwicklung bildete sich dann „Elite“ und bezeichnet eine „Auswahl“. In zahlreichen romanischen Sprachen gibt es stammverwandte Worte mit den Begriffen Elite oder Auswahl.<sup>114</sup> Bei Eliten handelt es sich um eine gesellschaftlich herausgebildete Minderheit, die die Spitzen- oder Führungspositionen nach verschiedenen relevanten politischen und ökonomischen sowie sozialen Merkmalen einnimmt.<sup>115</sup> Die Zuordnung der jeweiligen Gruppen zur Elite ist einem historisch-politischen sowie sozial-ökonomischen Wandel unterworfen. Die Sozialisten in der DDR bezeichneten ihre Elite als „Kader“, „politische bzw. privilegierte Klasse“ oder „Spitzen der Gesellschaft“.<sup>116</sup>

---

<sup>112</sup> Rohrauer, Monika, 2004, S. 78.

<sup>113</sup> Rohrauer, Monika, 2004, S. 79.

<sup>114</sup> vgl. Dreitzel, Hans P., 1962, S. 11.

<sup>115</sup> Vgl. Reinhold, Gerd / Lamnek, Siegfried / Recker, Helga, 1991, S. 119.

<sup>116</sup> Vgl. Imbusch, Peter / Hradil, Stefan, 2003, S. 22 ff.



Im europäischen Kontext war für die Auswahl der Elite bzw. Oberklassen die soziale Herkunft, d.h. Blut und Besitz und damit Zugang zur Bildung, entscheidend.<sup>117</sup> Die Industrielle Revolution in Europa brachte neue Auslese Kriterien, da damals Fachleute in verschiedenen Bereichen benötigt wurden und ausgebildet werden mussten. Bedeutsam waren damals vor allem Bereiche wie

- Wirtschaft,
- Wissenschaft,
- Politik,
- Verwaltung,
- Militär.

Die Industrielle Revolution war Anlass für die Elitenbildung in den westlich- industriellen Staaten. Durch die Industrialisierung wurde die Bildung von technischen, wirtschaftlichen und bürokratischen Eliten vorausgesetzt. Durch den Bedarf an Eliten in allen Bereichen bildeten sich Eliten in allen sozialen und gesellschaftlichen Bereichen heraus.<sup>118</sup>

Hier wurden Leistungen als Schlüssel für diese Spitzenposition verlangt. Die Spitzenpositionen in den Bereichen wurden durch hohes Einkommen begleitet. Mit Leistungswissen gelangt man zu Machtstellungen. Das bedeutet, dass, wer Erfindungen vorweisen, technische Lösungen anbieten oder sportliche Leistungen erbringen kann, zu den sog. Leistungsträgern und damit zur Elite zählt. Die industrielle Gesellschaft wurde durch die Auswahlkriterien einer hierarchischen Gesellschaft gemessen an Leistungsqualifikation.<sup>119</sup>

„Anteil und Bedeutung der eigenen Arbeit in der Gesamtgesellschaft entscheidet über Status und Position.“<sup>120</sup> An der Spitze dieser Hierarchie stehen die Eliten, vorbildhaft für die Masse der Gesellschaft und zugleich immer stärker beteiligt an der faktischen Herrschaft über diese Masse.<sup>121</sup> „Gerade die erste Phase der Industrialisierung brachte überall einen Typ des Unternehmers hervor, der sich auf Grund seiner persönlichen Leistung hocharbeitete. Zahlreiche berühmte Industrielle begannen ihre Laufbahn als kleine Handwerksmeister mit wenigen Gesellen. Die Erfindung von Maschinen und die oft rücksichtslose Ausbeutung einer industriellen Reservearmee verhalf ihnen zu jenem Erfolg, den sie doch ohne das

---

<sup>117</sup> Vgl. Kraus, Beate, 2001, S. 10.

<sup>118</sup> Dreitzel, 1962, S. 75.

<sup>119</sup> Vgl. Dreitzel, 1962, S. 73.

<sup>120</sup> Dreitzel, 1962, S. 73.

<sup>121</sup> Dreitzel, 1962, S. 73.

unternehmerische Geschick in der Ausnutzung von Marktchancen und in der betrieblichen Organisationsleitung nicht erreicht hätten."<sup>122</sup>

Der Begriff Elite findet sein heutiges Verständnis im 19. Jahrhundert. „Er diene zur Unterscheidung des Bürgertums von einer neuen >>Lohnabhängigen Schicht<<. Diese, durch die Industrialisierung und Demokratisierung gestärkte Arbeiterschicht verlangte die Vorzüge der Demokratie und der gesellschaftlichen Teilhabe auch für sich zu beanspruchen, wodurch sich das Bürgertum, welches dabei war, seine Position in einem alten, ständischen System zu verbessern, bedroht sah. >>Die Masse wurde zum Schreckensbild, die Herrschaft der Eliten zum rettenden politischen Konzept und die Antithese von Masse und (elitärem) Individuum zum zentralen Topos der politischen Philosophie<<. Der Begriff der Masse wurde als Gegenpol zur Elite und bedeutet einer Dualität.“<sup>123</sup> Unter der Elite versteht man also die Auslese der Besten, die an Funktionen und an Macht und Einfluss herausragen und diese übernehmen. Diesen Prozess nennt man die „Elitenbildung“.

## 5.2 Merkmale von Eliten

Beate Kraus nennt zwei theoretische Ansatzpunkte der modernen Elitenkonzeption. Diese sind erstens der Begriff der Leistung, zweitens politische Entscheidungen und die Ausübung politischer Macht.<sup>124</sup> In allen Gesellschaften, von den primitivsten im Aufgang der Zivilisation bis zu den vorgeschrittensten und mächtigsten gibt es zwei Klassen, eine, die herrscht, und eine, die beherrscht wird. Es gibt in jedem Staatswesen eine zweischichtige Struktur, d.h. sowohl in republikanischen als auch in monarchischen Systemen. Die herrschende Schicht (Elite) kann als diejenige ausgewählte Gruppe verstanden werden, die dazu befähigt ist, mit ihrem Ordnungsbild eine Lebensgemeinschaft zu durchdringen. Sie ist in der Lage, die Lebensgemeinschaft auszurichten und zu führen<sup>125</sup>. Die beherrschte Schicht ist die Mehrheit der Gesellschaft. „Die erste (Klasse) ist immer die weniger zahlreiche, sie versieht alle politischen Funktionen, monopolisiert die Macht und genießt deren Vorteile, während die zweite, zahlreiche Klasse von der ersten befehligt und geleitet wird.“<sup>126</sup> In den Sozialwissenschaften versteht man unter den Eliten diejenigen, die über Macht und Einfluss verfügen.

---

<sup>122</sup> Dreitzel, 1962, S. 48.

<sup>123</sup> Vgl. Rehhahn, K., 2004, S.15.

<sup>124</sup> Vgl. Kraus, Beate, 2001, S. 10.

<sup>125</sup> Hewitt, Christopher J., 1974, S. 45.

<sup>126</sup> Vgl. Stammer, Otto, 1951, S. 7.

Die Elite ist die Minderheit und herrscht über die Mehrheit der Gesellschaft oder Nation. Grundlage ihrer Macht, ihres Einflusses und damit der Herrschaft ist der Besitz von

- Größeren Ressourcen,
- Fähigkeiten,
- Organisationskapazität,
- Ansehen,
- Obere Rangpositionen,
- Reputation und
- Voten in Entscheidungsprozessen.<sup>127</sup>

Mit dem Begriff Elite wird eine auserlesene Minderheit assoziiert, die eine besondere soziale und sittliche Qualität nachweisen muss. In den Augen der Gesellschaft gilt die Elite als "geschlossene Gruppe von besonderer sozialer, geistiger und politischer Qualität"<sup>128</sup> und wird oft als privilegierte bzw. dominierende Schicht angesehen.

Arnold Vaatz definierte Eliten als diejenigen, die in einer Disziplin mehr als der größere Teil seiner Mitmenschen leisten.<sup>129</sup> Elite ist eine Gruppe von Menschen, der man angehört, wenn man in einer bestimmten Disziplin besser ist als andere." Diese Definition muss aus meiner Sicht jedoch kritisch bewertet werden.

Zum Beispiel hatten die Liberalen in Europa/ Deutschland folgende Vorstellungen zu Eliten:

Elite sollen nach ihrer Meinung diejenigen sein, die über Vermögen oder Besitz und Bildung verfügen. „(...) Gruppe von Menschen, die über Bildung oder Besitz verfügt und aus fest gegründeter sozialen und freiheitlicher Weltanschauung ihr Leben gestaltet, mit hervorragenden fachlichen Qualitäten ihrer Lebensgemeinschaft dient und mit einer Souveränität im Bereich des Geistigen begabt ist.“<sup>130</sup> Zu den fachlichen Qualifikationen der Eliten zählen die akademischen und kaufmännischen Laufbahnen sowie die Offizierslaufbahn.<sup>131</sup>

Um sich als Elite behaupten zu können, müssen bestimmte Merkmale nachgewiesen werden. Diese Merkmale werden als Leistungsqualifikation bezeichnet und treten ein, wenn sie durch die

---

<sup>127</sup> Vgl. Leggewie, Claus, 1997, S. 23 - 25.

<sup>128</sup> Stammer, Otto, 1951, S. 1.

<sup>129</sup> Vaatz, A., 1997, S. 51.

<sup>130</sup> Knoll, Joachim, 1957, S. 13.

<sup>131</sup> Vgl. Knoll, Joachim, 1957, S. 13.

Gesellschaft anerkannt werden. Zu diesen Merkmalen zählen besonders Macht und Prestige. Diese beiden Faktoren gehören zur Charakteristika der Elitenpositionen. Dazu muss die jeweilige Elite diese Möglichkeiten innehaben. In diesem Zusammenhang definierte Dreitzel: „(...) eine Elite bilden diejenigen Inhaber der Spitzenpositionen in einer Gruppe, Organisation oder Institution, die auf Grund einer sich wesentlich an dem persönlichen Leistungswissen orientierenden Auslese in diese Positionen gelangt sind, und die Kraft ihrer Positions- und Rolle die Macht oder den Einfluss haben, über ihre Gruppenbelange hinaus zur Erhalten oder Veränderung der Sozialstruktur und der sie tragenden Norman unmittelbar beizutragen oder die auf Grund ihres Prestiges eine Vorbildrolle spielen können, die über ihre Gruppe hinaus das Verhalten anderer normativ mitbestimmt.“<sup>132</sup>

Eliten besitzen nach Knoll die politischen Funktionen, monopolisieren staatliche und wirtschaftliche Macht und genießen die Vorteile dieser<sup>133</sup>. Frances und John Wakeford definierten Elite als Menschen, die aus verschiedenen Gründen über einen hohen Status und über Besitz verfügen.<sup>134</sup> "The Term Elite: Functional, mainly occupational, groups which have Status (for whatever reasons) in a society."<sup>135</sup> Hewitt beschrieb Elite als: "Elite is used to describe those who occupy the leading positions in organizations or institutions. Political Elites are those who occupy such positions in the State, that is the elected political representatives and the top civil servants."<sup>136</sup>

Nach sozialwissenschaftlichen Beschreibungen wird Elite als "Personenkreis“ verstanden, der regelmäßig Einfluss auf gesamtgesellschaftlich bedeutende Entscheidungen unternehmen kann. Elite besetzen höhere hauptzentrale Institutionen und Organisationen im Bereich

- Politik,
- Verwaltung,
- Wirtschaft,
- Massenmedien,
- Gewerkschaften,
- Wissenschaft,
- Militär und Kultur.<sup>137</sup>

---

<sup>132</sup> Dreitzel, Hans P., 1962, S. 71.

<sup>133</sup> Vgl. Adam, Konrad, 1997, S. 63.

<sup>134</sup> Vgl. Frances und John Wakeford, 1974, S. 185 - 187.

<sup>135</sup> Frances und John Wakeford, 1974, S. 187.

<sup>136</sup> Hewitt, Christopher J., 1974, S. 45.

<sup>137</sup> Vgl. Adam, Konrad 1997, S. 63.

Dreitzel, Hans P. definiert Elite als die Inhaber von Spitzenpositionen in der Gesellschaft. An dieser Stelle handelt es sich um so genannte „ausleseorientierte Leistung“.<sup>138</sup>

In den westlich- demokratischen Gesellschaften zählen folgende Gruppierungen zu den Eliten:

- (1) Führende Gruppen des demokratischen Staates,
- (2) Regierungsgremien,
- (3) Führende Fraktionsgruppen der Parlamente,
- (4) Gruppen der höheren Ministerialbürokratie,
- (5) Intellektuelle Brain-Trusts politischer Führungsspitzen,
- (6) Richterkollegien,
- (7) Führende Gruppen der Provinzialverwaltungen und der größeren Selbstverwaltungen,
- (8) Politisch wirksame Einflussgruppen der Offiziere von Polizei und Heer und die ihnen zugeordneten höheren Verwaltungsfunktionäre,
- (9) Führende Gremien der politischen Parteien.

Die genannten Gruppierungen sind führend auf ihrem Gebiet und zählen zu den Eliten, da sie Einfluss nach oben und nach unten besitzen.<sup>139</sup>

### **5.2.1 Politische Elite**

Politische Elite wird unter anderem als Machthaber eines Staatswesens definiert. Dazu gehören führende Schicht und sozialen Gruppen, das heißt Regierungsmitglieder, hohe Verwaltungsbeamte, Militärbefehlshaber, politisch einflussreiche Familien aus dem Adel bzw. dem Königshaus und Leiter mächtiger Wirtschaftsunternehmen<sup>140</sup>. Denn die sozialen Gruppen stellen normalerweise die Führer einer Gesellschaft auf<sup>141</sup>. Der Unterschied zwischen politischer und anderer Elite besteht darin, dass die andere Elite im Vergleich zu den politischen weniger Macht ausüben kann. Steiner (2002) versteht Eliten als „gesamtgesellschaftliche Führungsgruppen, die sich durch hervorragende Befähigung und Qualifikation (Sachkompetenz) auszeichnen.“<sup>142</sup> Entscheidungs- und Einflussbereich sind die Politik und vor allem: Exekutive,

---

<sup>138</sup> Vgl. Dreitzel, Hans P., 1962, S. 68 ff.

<sup>139</sup> Vgl. Stammer, Otto, 1951, S. 21 - 22.

<sup>140</sup> Vgl. Bottomore, T.B., 1966, S. 14-15.

<sup>141</sup> Vgl. Bottomore, T.B., 1966, S. 13.

<sup>142</sup> Steiner, Helmut, 2002, S. 101.

Legislative, Justiz, Parteien, Verbände, staatliche Verwaltung, Diplomatie sowie Generalität. Hinzu kommen die Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Medien und Kirchen.

Unter politischer Elite versteht man denjenigen Personenkreis, der besondere politische Entscheidungen treffen kann bzw. Einfluss auf politische Entscheidungen hat. Dabei geht es um die politische Elite, die aufgrund von Wahlen bedeutsame Positionen im Staat bekleiden. Diese politische Elite gilt als politische Repräsentanten.<sup>143</sup> Hinzu kommen höhere Beamte in der öffentlichen Verwaltung.

Dazu zählen im weiteren Sinn die folgenden Personen:

- (1) Parlamentarische Spitzen,
- (2) Minister,
- (3) Vertreter der Interessengruppen,
- (4) Verwaltungsbeamte,
- (5) Exponenten,
- (6) Manchmal auch Parteipolitiker ohne Mandat.<sup>144</sup>

Allerdings trifft dies auf die politische Elite im Sudan nicht richtig zu, denn üblicherweise wird die politische Elite ordentlich gewählt oder offiziell befugt, die Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten. Andere Vertreter der politischen Ebene, beispielsweise in den afrikanischen Staaten, erlangen die Führung während der Kriege oder durch Staatsstrieche.

Unter dem Begriff der Machtelite, politischen Klasse oder Funktionselite kann man folgende Gruppierungen zusammenfassen:

- Mitglieder der Regierung,
- Die Legislative, die Judikative,
- Die höchsten Beamten der staatlichen Verwaltung,
- Militär,
- Soziale Gruppen,
- Verbandsführer,
- Wirtschaftsführer,
- Herren der Kirche und
- Die Leiter der Massenmedien.<sup>145</sup>

---

<sup>143</sup> Hewitt, Christopher J., 1974, S.45.

<sup>144</sup> Vgl. Von Beyme, Klaus, 1997, S. 39ff.

<sup>145</sup> Vgl. Kraus, Beate, 2001, S. 15.

## 5.2.2 Wirtschaftselite

Als Wirtschaftselite wird derjenige Personenkreis verstanden, der die Kontrolle über das Kapital eines Landes verfügt. Dadurch sind sie in der Lage, den Markt zu beeinflussen oder zu bestimmen<sup>146</sup>.

Zu der Wirtschaftselite zählt man unter anderem die Vorsitzenden der großen Wirtschaftsunternehmen eines Landes, so genannte Topmanager. Management wird zum einen als Institution verstanden und setzt sich aus Managern, Unternehmern und Leitenden Angestellten zusammen. Wenn von dem Management die Rede ist, betrifft dies alle Positionen der Unternehmenshierarchie, die mit Anweisungsbefugnis betraut sind. Also sind Manager diejenigen Mitarbeiter, die Führungsaufgaben oder Vorgesetztenfunktionen wahrnehmen. Als Manager wird derjenige Mitarbeiter bezeichnet, der die Aufgaben des Managements erfüllt oder realisiert<sup>147</sup>

Von Managern werden zahlreiche Eigenschaften verlangt, die sie in Auswahlverfahren nachweisen müssen. Manager müssen über folgende Fähigkeiten und Kenntnisse verfügen:

- Führung,
- Organisation,
- Kontrolle,
- Planung,
- Personaleinsatz.

Dazu kommen weiterhin

- Technische Kompetenz,
- Soziale Kompetenz,
- Konzeptionelle Kompetenz,
- Entscheider,
- Vorgesetzter,
- Vernetzer,

---

<sup>146</sup> Pahl, R.E. / Winkler, J.T., 1974, S. 45.

<sup>147</sup> Vgl. Rehhahn, K., 2004, S. 7-8.

- Radarschirm,
- Sender,
- Sprecher.

Alle diese genannten Faktoren werden unter den Begriffen

a) Funktionen, b) Rollen und c) Kompetenzen von Managern zusammengefasst.<sup>148</sup>

Um in den Kreis der Wirtschaftselite aufgenommen zu werden, gibt es bestimmte Persönlichkeitsmerkmale, die bei der Bewerbung um eine Spitzenpositionen in der Wirtschaft nachgewiesen werden müssen. Dazu zählt v.a. die soziale Herkunft der Bewerber. Bevorzugt werden Kandidaten aus Familien mit höheren Positionen in den Bereichen Wirtschaftsunternehmen, akademische und freiberufliche sowie höhere Beamte, leitende Angestellte. Viele kommen aus dem etablierten Bürgertum.

Die soziale Herkunft spielt in fast allen Gesellschaften sowohl in traditionellen (primitiven Gesellschaften) als auch in den modernen Gesellschaften eine nicht unerhebliche Rolle. Hartmann untersuchte diesen Faktor und stellte fest, dass die Spitzenpositionen in den großen deutschen Unternehmen von Personen besetzt werden, die in deutlich überdurchschnittlichem Maß aus Familien der „Oberschicht“ und „oberen Mittelschicht“ kommen. Die dritte Gruppe der Spitzenmanager formt sich aus dem formalen Bildungsniveau.

Nach einer Untersuchung von circa 50 großen deutschen Industriekonzernen in Bezug auf soziale Herkunft wurden folgende Ergebnisse festgestellt<sup>149</sup>:

Spitzenmanager stammen zu 80 bzw. 69 Prozent aus Unternehmerfamilien, Leitenden Angestellten, Angehörigen freier Berufe und höheren Beamten. Sie verfügen zu 75 bzw. 89 Prozent über einen akademischen Titel.<sup>150</sup> Bei der Oberschicht verfügen 75 Prozent der Wirtschaftselite über einen Hochschulabschluss. 45 Prozent der Hochschulabsolventen stammen aus den Reihen der oberen sozialen Schicht. Die Elitegruppe aus der Oberschicht hat das stabilste soziale Rekrutierungsmuster in der deutschen Wirtschaftselite. Man kann sagen, dass soziale Herkunft und Bildung die Karriere als Topmanager bestimmen. Insbesondere ist erkennbar, dass die Söhne von Unternehmern und höheren Führungskräften bei Topmanagementpositionen überrepräsentiert sind. Dabei geht es um Söhne von

- Vorstandsmitgliedern,

---

<sup>148</sup> Vgl. Rehhahn, K., 2004, S. 4.

<sup>149</sup> Hartmann, Michael, 1996, S. 12.

<sup>150</sup> Vgl. Hartmann, Michael, 1996, S. 12.



- Geschäftsführern und
- Direktoren.<sup>151</sup>

Hartmann stellt weiter fest, dass so genannte Topmanager weiterhin eine Selbstsicherheit und Selbstverständlichkeit im Auftreten und Verhalten mitbringen müssen. Dies scheinen Kinder aus sozial besser gestellten Familien leichter zu erlernen: „Kinder aus gut betuchten Familien haben die Möglichkeit, die Welt breiter zu erleben. Das gilt für Theaterbesuche, das gilt für Kinobesuche, das gilt für Auslandsaufenthalte und andere Dinge. Durch die Bildung der Eltern ist so ein Kind schneller breiter gebildet und gewinnt auch schneller Interesse an Dingen, die die Eltern nicht interessieren, wo sie auch nichts wissen, wo das Kind auf einmal eine Hürde erreicht, wo es selbständig in neue Denkverhalten und Themen reinkommt.“<sup>152</sup>. Es gibt drei wesentliche Faktoren, die nach Hartmann diesen Kindern aus „gutem Elternhaus“ Vorteile verschaffen:

1. Artikulation,
2. Selbstverständlichkeit,
3. Unternehmerisches Familienumfeld. Solche Kinder gehen mit Dingen selbstverständlicher um, zum Beispiel bei Betriebsversammlungen oder Vorstandssitzungen.<sup>153</sup>
4. Auslesefaktor bei der Bewerbung zum Top-Manager

Zu den wichtigen Voraussetzungen für einen Job als Top-Manager gilt Folgendes:

- (1) Schul- und Hochschulausbildung,
- (2) Zusatzqualifikation, zum Beispiel Ableistung einer Lehre, Erfahrungen im Ausland sowie Fremdsprachenkenntnisse,
- (3) Berufliche Erfahrung und Nachweis von früheren Erfolgen.<sup>154</sup>

Für die Bewerbung um eine Position als Top-Manager ist es nach wie vor erforderlich, einen Universitätsabschluss nachzuweisen: „Wer heute noch meint, ohne Studium in den Vorstand eines Handelsunternehmens kommen zu können, der irrt. Das werden die absoluten Ausnahmen sein. Wenn Sie in ein Top- Unternehmen wollen - ohne abgeschlossenes Studium keine Chance.“; „Ja, de facto muss man studiert haben. Es ist fast nicht möglich, oben anzukommen, wenn man nicht studiert hat.“<sup>155</sup>. Die Erforderlichkeit eines Hochschulabschlusses bei der

---

<sup>151</sup> Vgl. Hartmann, Michael, 1996, S. 186.

<sup>152</sup> Hartmann, Michael, 2001, S. 191.

<sup>153</sup> Vgl. Hartmann, Michael, 2001, S. 191.

<sup>154</sup> Vgl. Hartmann, Michael, 1996, S. 86 - 87.

<sup>155</sup> Hartmann, Michael, 1996, S. 88.

Bewerbung um die Position eines Top- Managers bzw. in der Wirtschaftselite ist kein deutscher Sonderfall. Es wird international verlangt. Auch im Sudan gilt der Hochschulabschluss als eine wichtige Voraussetzung für die Aufnahme in den Kreis der (wirtschaftlichen) Elite.

Erfahrungen haben allerdings gezeigt, dass bei der Auswahl der Top-Manager nicht nur Hochschulstudium, Auslandsaufenthalte oder Kenntnisse von Fremdsprachen entscheidend sind, sondern auch die bisherige berufliche Laufbahn, Leistungen und Erfolge der Bewerber. Hierbei entscheidet vor allem die Kontinuität der Karriere, das Wechseln zwischen verschiedenen Unternehmensbereichen, Unternehmen und Branchen sowie das Image der Firmen, in denen der Kandidat tätig war. Nach Vorstellung der Entscheidungsträger in den Wirtschaftsunternehmen muss die berufliche Karriere Konstanz und Plausibilität aufweisen.<sup>156</sup> Grundlage der Beurteilung der Persönlichkeit des Kandidaten ist der schriftliche Lebenslauf einschließlich Informationen zu z.B. Aktivitäten wie Ableistung eines Wehrdienstes, Familienstand und die bisherige Erfolgsbilanz. Informationen über die berufliche Laufbahn werden eingeholt, Referenzen, Einschätzungen ehemaliger Kollegen und Geschäftspartner. Bei Bewerbern aus derselben Organisation werden weiterhin Beurteilungen durch den Vorgesetzten, Kollegen und Mitarbeiter einbezogen<sup>157</sup>. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Bewerber um Positionen in der Wirtschaftselite viele Nachweise erbringen müssen. Das ist kein deutscher Sonderfall.<sup>158</sup>

### 5.3 Formen von Eliten

Eliten können nach bestimmten Charakteristika unterschieden werden. Diese sind wie Folgende:

- Geburtseliten. Diese Gruppen von Eliten werden durch Bluts- bzw. familienbestimmte Herkunft festgelegt. Sie haben nur wenig Wahl, sich dieser Stellung zu entziehen. Das ist z.B. der Fall bei königlichen Häusern.
- Werteliten. Diese Gruppen werden durch soziale Persönlichkeitsmerkmale anerkannt und ausgelesen. Die Wertelite gilt als privilegierte bzw. dominierende Schicht einer bestimmten Gesellschaft.<sup>159</sup> Stammer hielt zu den Werteliten fest: „Wir konnten bereits darauf verweisen, dass Werteliten als Vehikel der despotischen Herrschaft, in den Systemen totalitärer Staatsgesellschaften durchaus am Platz sind. Gleichwohl erfolgt die Bildung derartiger Eliten in einzelnen dieser Systeme, vor allem in ihren Anfangsstadien,

---

<sup>156</sup> Vgl. Hartmann, Michael, 1996, S. 101.

<sup>157</sup> Vgl. Hartmann, Michael, 1996, S. 108 - 109.

<sup>158</sup> Vgl. Hartmann, Michael, 1996, S.12 - 13.

<sup>159</sup> Vgl. Stammer, Otto, 1951, S. 1.

nicht durchweg nach Maßgabe bestimmter Qualitäten, sondern sehr oft nach Opportunität und persönlicher Einschmelzungsbereitschaft.“<sup>160</sup>

- Machteliten. Diese Eliten nehmen höchste Positionen auf einer Herrschaftsebene ein und sind daher leicht zu charakterisieren.
- Leistungseliten wurden aufgrund ihrer persönlichen Leistungen in den Elitenkreis aufgenommen.
- Funktionseliten sind diejenigen Personengruppen, die sich aufgrund ihrer besonderen Stellung in der Gesellschaft zugehörig zu Eliten definieren.
- Positionseliten. Diese Personengruppen definieren durch ihre Position den elitären Status.<sup>161</sup> Honoratioren sind nach Max Weber gebildete, unabhängige und sozial angesehene Schichten.

„Die gesellschaftliche Integrationsform der Eliten ist dabei verschieden. Einerseits sind es locker gefügte Einflussgruppen, die nur durch bestimmte begrenzte Zielsetzungen im Prozess der politischen Meinungsbildung geformt sind und welche in ihrer Verbindung untereinander nur durch die Technik zeitweiliger Absprachen zusammengehalten werden. Zum anderen handelt es sich um straff organisierte und den vollen persönlichen "Einsatz" ihrer Mitglieder verlangende Geheimgruppen oder etwa um offiziell in ihrer Führungsfunktion anerkannte, einem eigenen Organisationsapparat zugeordnete Verantwortungsgruppen.“<sup>162</sup>

#### **5.4 Die Elitenbildung – Auswahlprozesse und Selektionsformen**

Elitenbildung vollzieht sich durch so genannte Leistungsqualifizierung. In jeder Gesellschaft bzw. in jedem Sozialsystem gibt es verschiedenen Eliten, zum Beispiel die so genannte lokale und nationale Elite. Dabei ist die Kraft ihrer Positionen abhängig von Macht und Einfluss.

In demokratischen Gesellschaften findet die Elitenbildung, im Vergleich zu totalitären Staatsgesellschaften, anders statt. In Demokratien ist die Elitenbildung als ein sozialer und politischer Integrationsvorgang zu verstehen, da er innerhalb der politischen Willensbildung stattfindet. Dabei werden weder bestimmte Organisationsformen bzw. Organisationsmittel

---

<sup>160</sup> Stammer, Otto, 1951, S. 9.

<sup>161</sup> Vgl. Reinhold, 1991, S. 119.

<sup>162</sup> Stammer, Otto, 1951, S. 24.

bevorzugt noch eingesetzt.<sup>163</sup> Die Elitenbildung in demokratischen Systemen erfolgt innerhalb der ganzen Breite der Gesellschaft. Deshalb wird von der Elite erhöhte politische und soziale Verantwortung verlangt. Das ist der größte Unterschied zwischen demokratischen und totalitären Eliten.<sup>164</sup>

Eliten können nach Gruppen und Leistungen unterscheiden werden:

- A) Nach den Quellen ihrer Macht,
- B) Nach den Reichweiten ihres Einflusses,
- C) Nach dem Grad ihres Interesses.<sup>165</sup>

Es gibt verschiedene Stufen der Eliten. Diese Stufung richtet sich nach dem Qualifikationsgrad der Eliten. An erster Stelle gelten Leistungs- und Erfolgskriterien. Die Auslese vollzieht sich nach Leistungsbereich, Institution und Gruppe der Selektionsprozesse.

Zu den Formen der Selektionsprozesse von Eliten gehören:

1. Delegation,
2. Berufung,
3. Selbstergänzung,
4. Protektion.

Bei der Delegation werden Inhaber von Elitenposition aus der so genannten "Muttergruppe" gewählt und damit offizielle Mandatsträger. Diese Form der Selektion findet meist in demokratischen Gruppen als Mehrheitsentscheidung statt. Dagegen wird bei der Berufung nicht eine Mehrheitsentscheidung angestrebt, sondern die Entscheidung der Auslese durch eine Minderheit getroffen. Dieses Verfahren wird als "die typische Selektionsform" einer geistigen Elite betrachtet. Bei der Selbstergänzung spielt weder die Mehrheit noch die Minderheit eine Rolle, sondern objektive Merkmale des Erfolgs. Dieser Erfolg wird an den Regeln der Gruppen (Gruppennormen) gemessen. Protektion beinhaltet die Auswahl von Eliten nicht nach Gruppennormen und dem Willen der Gruppenmehrheit oder herrschenden Minderheit, sondern nach subjektiver persönlicher Bevorzugung oder individueller Willkür. Da dieser Prozess der Selektion nicht die Interessen der Gruppe berücksichtigt, spricht man manchmal von einer „illegitimen“ Elite.<sup>166</sup>

---

<sup>163</sup> Stammer, Otto, 1951, S. 23.

<sup>164</sup> Stammer, Otto, 1951, S. 27 - 28.

<sup>165</sup> vgl. Dreitzel, Hans P., 1962, S. 68 - 69.

<sup>166</sup> Vgl. Dreitzel, 1962, S. 103 - 104.

Knoll sprach von gewöhnlichen Formen der Elitenbildung. „Die charismatische Auslese, die die Erwählung und Weihe von einem Höheren herleitet, wie sie idealtypisch im theokratischen Staat verwirklicht wird. Im Fall der charismatischen Herrschaft“, so erklärt Max Weber, "wird dem charismatisch qualifizierten Führer als solchem Kraft persönlichen Vertrauens in Offenbarung, Heldentum oder Vorbildlichkeit im Umkreis der Geltung des Glaubens an dieses Charisma gehorcht."<sup>167</sup> Charismatische Eliten basieren auf einer Vertrauen ausstrahlenden Autorität und müssen daher über besondere Eigenschaften verfügen wie Ausstrahlung, Ansehen, Vorbildlichkeit u.a.m. Der Prozess der charismatischen Elitebildung und Herrschaftsausübung passiert in der Regel durch ein Bestellungsverfahren. Sie werden von oben aus der Gefolgschaft gebildet.<sup>168</sup>

In einer Demokratie findet der Prozess der Elitenbildung entweder durch

1. Selektion,
2. Delegation,
3. Wechsel statt.

D.h. Eliten werden entweder aus den Muttergruppen delegiert, beispielsweise durch die Spitzen berufen, oder die Eliten können sich selbst ergänzen. Bei Selbstergänzung werden nachfolgende Eliten auf ihre Rolle vorbereitet. Das ist der Fall bei königlichen Familien, in denen der Nachwuchs auf die kommende Verantwortung vorbereitet wird, zum Beispiel durch den Besuch von angesehenen Schulen und Hochschulen sowie der schrittweisen Wahrnehmung bestimmter öffentlicher Aufgaben. Bei politischen Umwälzungen und sozialen Zusammenbrüchen erfolgt der Einstieg in den Kreis der Elite bzw. deren Auslese auch manchmal durch Zufall.

Elitenbildung findet auch durch Auswechslung ganzer „Führergarnituren“ statt. Das kann der Fall sein zum Beispiel bei Parteienführung. Solche Wechsel haben Vor- und Nachteile. Der Nachteil ist, dass andere Eliten in den Konkurrenzkampf um den Einfluss auf die politische Willensbildung eintreten können. Vorteilhaft ist, dass neue Eliten Chance erhalten könnten, sich auf der politischen Bühne zu präsentieren.<sup>169</sup>

In der demokratischen Ordnung vollzieht sich die Elitenbildung oder Selektion durch die "politische Willensbildung" in einer Konkurrenzsituation. Es gibt große Unterschiede bei der Auslese der Elite in einem demokratischen oder totalitären/ diktatorischen Staatssystem.

---

<sup>167</sup> Knoll, Joachim H., 1957, S. 12.

<sup>168</sup> Vgl. Knoll, Joachim H., 1957, S. 12.

<sup>169</sup> Vgl. Stammer, Otto, 1951, S. 24 - 25.

Stammer schrieb dazu: „Ein Problem der Elitenbildung macht nun allerdings in Demokratien wesentlichen größere Schwierigkeiten als in totalitären Systemen: die Koordinierung dieser Gruppen zur Erzielung eines möglichst großen politischen Erfolges für das System. Da die Koordinierung von Eliten in der Demokratie und im Bereich der Interessenkämpfe und der Auseinandersetzungen der gesellschaftlichen Muttergruppen erfolgt, auf welche die Eliten bezogen sind, kommt es hier immer wieder zu Disproportionalitäten zwischen den Eliten. Daraus aber kann sich dann ein Zustand der Desintegration durch ungehemmte Elitenkonkurrenz, eine Lahmlegung der ganzen Apparatur der Demokratie ergeben. Hier liegt wohl die größte Schwäche der demokratischen Systeme. Erst im Zustand der Desintegration des Systems haben demokratiefeindliche esoterische Eliten die Chance, sich zu entwickeln. Daraus resultiert aber, dass ein demokratisches System den Kampf gegen die Desintegration durch esoterische Eliten, gegen Elitenmonopolstellungen aller Art nur dann mit Erfolg führen kann, wenn die Koordinierung der unter demokratischen Kriterien gebildeten Eliten zu sachlicher Kooperation und zu sachlicher Gegnerschaft zwischen diesen Gruppen führt. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass die Koordinierung der Eliten bei freier Konkurrenz ihrer Herausbildung als das Kernproblem der politischen Integration in demokratischen Systemen angesehen werden muss.“<sup>170</sup>

Im Sudan wird die Elitenbildung durch Berufung und Protektion praktiziert. Die Protektion und Berufung bietet den Entscheidungsträgern in nichtdemokratischen Gesellschaften die Möglichkeit, Merkmale der „*Leistungsqualifizierung*“ umzugehen. Gute Beziehungen spielen dann die ausschlaggebende Rolle. Wer gute Beziehungen zu den Entscheidungsträgern hat, kann zum Elitenkreis berufen werden.

## 5.5 Funktionen von Eliten

Eliten und ihrem Handeln werden zahlreiche Funktionen zugeschrieben.

Einige dieser Zuschreibungen sind:

- Die Eliten sollen eine Rolle bei der Entwicklung und dem Fortschritt spielen. Dabei soll es sich nicht nur um wirtschaftliche, sondern auch um politische und soziale Fortschritte in der Entwicklung einer Gesellschaft handeln.
- Eliten sollen Vorbildfunktion und Leistungserbringer sein sowie Wissen haben. Damit würden sie die Rolle eines integrierenden Symbols mit ihrer Führungsrolle verbinden.<sup>171</sup>

---

<sup>170</sup> Stammer, Otto, 1951, S. 28.

<sup>171</sup> Vgl. Dreitzel, Hans P., 1962, S. 158.

Die Stellung als Elite bedeutet nicht nur Einfluss und Macht, sondern auch Vorteile und die Bevorzugung durch den Staat und die Gesellschaft. So werden Prominente oder Mitglieder der Oberschicht häufig als Botschafter für soziale Zweck beauftragt, z.B. bei der UNICEF, UNO usw.

Häufig herrscht die Meinung, dass, wer es einmal nach oben geschafft hat und durch die Gesellschaft als Elite anerkannt ist, es leichter hat. Als Oberschicht bzw. Beste und Tüchtigste der Gesellschaft kann man fast alles erreichen. Gunter Gebauer hat in seiner Studie zur Sportelite in Deutschland und Frankreich festgestellt, dass die Sportelite aufgrund ihrer Anerkennung als öffentliche Persönlichkeiten bevorzugt wird. Ihre Bemühungen in anderen Bereichen außerhalb des Sports, z.B. im Studium und der Berufsausbildung, wird im Vergleich mit Nichteliten massiv unterstützt.

Folgende Maßnahmen wurden auf staatlicher Ebene zur Unterstützung der Sportelite unternommen:

- Die Sportelite hat besondere Zugangsvoraussetzungen für Universitäten.
- Die Einstellung in den Öffentlichen Dienst wird für die Sportelite erleichtert und vorteilhaft gestaltet.
- Die Höchstalter für Aufnahmen in den Öffentlichen Dienst sind aufgehoben.
- Sie haben speziellen Zugang zur Sportlehrerausbildung.
- Die Sportelite wird für Tätigkeiten beim Militär bevorzugt und erleichtert eingestellt.
- Der Staat organisiert Abkommen mit privaten und öffentlichen Sektoren, um Arbeit und Karriere für die Sportelite zu erleichtern.<sup>172</sup>

## **5.6. Europäisches Verständnis von Eliten - Die Elitenbildung in Frankreich und Großbritannien im kurzen Vergleich**

Die Elitenbildung in Großbritannien und Frankreich sind für den Sudan besonders interessant, weil die moderne Elitenbildung im Sinne der „pfadabhängigen Entwicklung von Institutionen“ bis auf die Kolonialgeschichte und ihre Hinterlassenschaften zurück reichen.

Die Elitenbildung in Frankreich bezieht sich nach wie vor auf die „Oberschicht“. Dies liegt in der Tradition der Elitenbildung des Landes begründet, die im 18. Jahrhundert begann und sich

---

<sup>172</sup> Gebauer, Gunter / Braun, Sebastian, 2001, S. 73.

seitdem trotz großen Einschränkungen und Anpassungen fortsetzt. Spitzenpositionen in Staat und Wirtschaft werden in Frankreich immer noch in Institutionen wie den Grande Ecoles ausgebildet und vorbereitet. Die Auswahl für die Aufnahme in diese Schulen bestehen nur Wenige. Zum Beispiel bestanden bei einer Aufnahmeprüfung von 2.000 Bewerbern nur 7 Prozent der Kandidaten diese Prüfung. In den 1960er Jahren stammten 80 Prozent der Studierenden der Grande Ecoles aus den Familien von Unternehmern, Freiberuflern, leitenden Angestellten und höheren Beamten. Von den Bewerbern aus der Gruppe Arbeiter, Angestellte (ohne Leitungsfunktion) oder Bauern konnte sich nur einer von 49 Bewerbern durchsetzen und wurde zum Studium zugelassen. Dies zeigt, dass Frankreich nach wie vor von der „Oberschicht“ beherrscht wird<sup>173</sup>.

Auch für Großbritannien ist festzustellen, dass mehrere Top-Manager soziale Hintergründe der Oberschicht nachweisen, z. B. aus der Reihe von leitenden Direktoren stammen. Diese Top-Manager konnten ebenfalls den Besuch von so genannten exklusiven Bildungseinrichtungen nachweisen. Die „Public Schools“ und „Oxbridge“ zählen zu den angesehenen öffentlichen Schulen des Landes. Der Besuch dieser Schulen ist ein Schlüssel für die zukünftige Karriere. Wer an der Oxford und Cambridge Universität studiert hat, gilt als "Internationale Elite" und kann überall Spitzenpositionen erreichen<sup>174</sup>.

In der britischen Gesellschaft zählen folgende Positionen zu elitären Berufen:

- Mitglieder der britischen Regierung (Kabinet),
- Beamte der höheren Dienste,
- Staatsminister,
- Richter,
- Geschäftsleute,
- Vorsitzende von industriellen Bereichen/ Firmen,
- Mitglieder der Aufsichtsräte der nationalen Firmen,
- Armee- Generäle,
- Direktoren der „Bank of England“,
- Bischöfe der „Church of England“,
- Rektoren und Dekane der Universitäten,

---

<sup>173</sup> Vgl. Hartmann, 1996, S. 156 - 159.

<sup>174</sup> Vgl. Hartmann, 1996, S. 163 - 165.



- Direktoren der Rentenversicherungen,
- Gouverneure der BBC,
- Eigentümer der sieben großen britischen Tageszeitungen,
- Richter bei Oberverwaltungsgerichten<sup>175</sup>,
- Direktor von Oxbridge Colleges,
- Direktor von Clarendon Schools,
- Mitglieder der Gewerkschaften (Trade Unions Council T.U.C.),
- Mitglieder der Königsfamilie,
- Mitglieder des Parlaments in beiden Kammern.<sup>176</sup>

Mitglieder der britischen Elite haben in der Regel die Hochschule erfolgreich absolviert. Der Besuch von folgenden Universitäten gilt als Zugangsvoraussetzung für die Aufnahme in die Elite:

- Cambridge,
- Oxford,
- London,
- Andere britische Universitäten,
- Universitäten im Ausland,
- Militäarakademien (Sandhurst oder Woolwich),
- Dartmouth College,
- Cranwell,
- Technische Colleges.

## 5.7 Afrikanisches Verständnis von Eliten

Eliten gibt es in jeder Gesellschaft und Staatsform. Allerdings bestehen Unterschiede zwischen den Eliten in den so genannten Industriestaaten/ „entwickelten Ländern“ und denen zum Beispiel in Afrika.

Traditionell galten in Afrika in den meisten Gesellschaften die Söhne der Häuptlinge und „rechten“ Männer und Frauen als Elite. Wer Geld und Vermögen (z.B. auch Rinder, Frauen und

---

<sup>175</sup> Vgl. Frances und John Wakeford, 1974, S. 188.

<sup>176</sup> Giddens, Anthony: Elites in the British Class Structure, 1974, S. 1ff.

Kinder) besaß, konnte damit innerhalb der Gesellschaft Einfluss nehmen und damit Macht ausüben.

Mit der Kolonialisierung wurden diese Auswahlverfahren der Elite durch die Kolonialmächte zum Teil modifiziert. Europäische Systeme der Auswahlkriterien wurden in Afrika und im Sudan eingeführt. Z.B. fand auch das europäische Bildungssystem seinen Niederschlag in Afrika.

Während der Kolonialzeit wurden die ersten afrikanischen Eliten in westlichen Schulen innerhalb und außerhalb des afrikanischen Kontinents ausgebildet. Die erste afrikanische Elite entstammt den Missionarsschulen. Sie wurde politisch, wirtschaftlich und sozial westlich ausgebildet und geprägt. Daloz sprach daher von der "westernized indigenous elite".<sup>177</sup>

Nach der Unabhängigkeit übernahmen diese Ausgebildeten die Führung in Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Sie versuchten, das Kolonialsystem mit einigen Änderungen weiter zu führen. In der europäischen Elitenforschung glaubte man, dass die afrikanische Elite mit europäisch-amerikanischen Vorstellungen arbeiten würde. Das ist zum Teil richtig. Allerdings sind die Bindungen, in der sich Elite in Europa bzw. Amerika und Afrika befinden, andere, und dies führt zu unterschiedlichen Rollen der Elite.

Diese Rolle und Stellung der politischen Elite war für viele junge ausgebildete Afrikaner attraktiv und so kam es zu einer Expansion in den 1960er Jahren. In einigen Ländern entstanden militärische Eliten. So übernahmen auch ehemalige Kolonialoffiziere die Rolle einer Elite.<sup>178</sup>

Aufgrund dessen bietet sich heute ein uneinheitliches Bild hinsichtlich der Eliten in Afrika. Nach Daloz gibt es große Uneinigkeit unter den afrikanischen Eliten und vor allem in den südlich der Sahara gelegenen Ländern. Es ist selten festzustellen, dass afrikanische Politiker und höhere Beamte in öffentlichen Ämtern nicht gleichzeitig auch Geschäftsleute sind. Daloz führt dazu aus, dass in Afrika Reichtum und das Führen von Geschäften als Qualifizierung für die Bekleidung eines politischen Amtes betrachtet werden.<sup>179</sup> „Leaders usually aim at posing as Big Men, controlling as many fields of activities and networks as possible. They endeavour to be surrounded by the greatest possible number of supporters and clients. This ‘Big Man’ model applies to all types of elites including other important categories in sub-Saharan Africa, like ‘traditional rulers’, some religious and even top military leaders.“<sup>180</sup>

---

<sup>177</sup> Daloz, Jean-Pascal, 2003, S. 273.

<sup>178</sup> Daloz, Jean-Pascal, 2003, S. 273.

<sup>179</sup> Vgl. Daloz, Jean-Pascal, 2003, S. 271.

<sup>180</sup> Daloz, Jean-Pascal, 2003, S. 271.

Daloz stellte weiterhin fest, dass die afrikanische Elite autoritäre Funktionen wie militärische, religiöse, politische und administrative Verwaltungsfunktionen in sich vereinigen und ausüben können. Dies kann beispielsweise für Staaten wie Sudan, Simbabwe, Kongo, Äthiopien u.a.m. nachgewiesen werden, die von militärischen und zivilen Regimen regiert werden. Bis heute gibt es nur in wenigen afrikanischen Staaten, v.a. südlich der Sahara, eine Arbeitsteilung zwischen der politischen, administrativen und wirtschaftlichen Elite.

„Generals in power behave more or less like their civilian counterparts. The major traditional rulers are often businessmen and in many Western or Central African Countries, many higher civil servants aspire to chieftaincy titles (often bought with the money they accumulated by means of their bureaucratic functions). In Sub-Saharan Africa, the differentiation between political, administrative, and economic elites remains far from being manifest.“<sup>181</sup> Im europäischen Kontext ist dies wiederum selten festzustellen: "Numerous books and articles stated that they would develop along the lines of Western democratic and capitalist Nations. The idea was that countries started at a low level of (economic, social and political) development. Then, through a unilinear and cumulative process they were to follow the path trodden by those who were simply more advanced.“<sup>182</sup>.

#### Eliten in den Entwicklungsländern

Die modernen Eliten in den so genannten Entwicklungsländern können als Hinterlassenschaft der Kolonialsysteme betrachtet werden. Unter dem Begriff Entwicklungsländer wurden ab den 1950er Jahren die

- Afrikanischen Staaten,
- Arabischen Staaten,
- Staaten des Mittleren Ostens und Nordafrikas,
- Asiatischen Staaten und
- Lateinamerikanischen Staaten zusammengefasst.

Die meisten dieser Staaten entstanden mit den „Wandlungen dieser Gesellschaftsstruktur“, die mit dem Aufstieg und Fall der Eliten verbunden war. So entstand in diesen Staaten während der Kolonialzeit Elite, die sich im Lauf der Geschichte stark dafür engagierte, die Unabhängigkeit dieser Staaten von den Kolonialmächten zu erreichen.

---

<sup>181</sup> Daloz, Jean-Pascal, 2003, S. 283, 295.

<sup>182</sup> Daloz, Jean-Pascal, 2003, 2003, S. 272.

Bei dem Industrialisierungsprozess in den Kolonialgebieten gab es zu Beginn fünf so genannte „Idealtypen“ von Eliten, die die Führung der Kolonialverwaltungen übernahmen. Diese waren:

1. Eine dynastische Elite,
2. Der Mittelstand,
3. Die revolutionären Intellektuellen,
4. Die Kolonialbeamten und
5. Die nationalistischen Führer.

Vor allem die Kolonialbeamten brachten einige Voraussetzungen für die industrielle Entwicklung der Staaten mit. Sie errichteten eine brauchbare Verwaltung, Rechtssprechung, führten ein modernes Erziehungswesen ein und förderten das moderne Bankwesen und den Handel, aber auch moderne Industrien in Afrika und Asiens.<sup>183</sup>

In einigen afrikanischen Staaten wie Ghana war der Mittelstand nach der Unabhängigkeit von gut ausgebildeten Kräften dominiert. So gingen die meisten dieser Ausgebildeten 1954 in die Politik und bildeten auch im Parlament und der Regierung die politische und wirtschaftliche Elite des Landes. Die ersten Parlamentswahlen in Ghana zeigten ein interessantes Bild des Elitenbildungsprozesses in Afrika. So lag der Anteil der Lehrer bei 29 Prozent, kaufmännische Angestellte bei 18 Prozent, die freien Berufe bei 17 Prozent; Buchhalter waren mit 16 Prozent ebenso wie die sonstigen Berufe mit 20 Prozent im Parlament Ghanas vertreten. Diese „nationalistische politische Elite“, die aus dem neuen Mittelstand hervorging, dominierte auch die Parlamentswahlen von 1957. 1957 wurden folgende Ergebnisse erzielt: Lehrer 22 Prozent, Regierungsbeamte 27 Prozent, Angehörige der freien Berufe 21 Prozent, andere 30 Prozent.

In diesem Zusammenhang kann festgestellt werden, dass diejenigen Gruppen, die die Kolonialverwaltung ersetzt haben und Zugang zu modernen Bildungsmöglichkeiten hatten, in Ghana, aber auch in Afrika insgesamt als eine Gruppierung der Elite erhalten geblieben ist. Jedoch fand auch eine gewisse Auswechslung der Eliten statt. Nicht nur in Ghana, beispielsweise auch im Sudan, in dem Staatsstreiche durch die Armee eine dominante Rolle spielten.

---

<sup>183</sup> Vgl. Bottomore, T.B., 1966, S. 94 - 98.

## 5.8 Einfluss der Staats- und Nationenbildung auf die Elitenstruktur

John Higley und György Lengyel (2000) stellten in ihrer Studie fest, dass Elitentransformation und Staatsbildung zusammen hängen. Denn die Eliten haben Einfluss auf die Institutionenbildung. Zugleich haben die Institutionen Einfluss auf die Bildung und Zugangsvoraussetzungen von Elite.

Seit der Unabhängigkeit des Sudans im Jahr 1956 befindet sich das Land in politischen Krisen und Konflikten. Diese hängen zum Teil mit den Schwierigkeiten der Staats- und Nationenbildung zusammen, die vor der Entlassung des Landes in die Unabhängigkeit begonnen haben. Die Postkolonialelite war und ist nicht in der Lage, die politischen, aber auch mittlerweile wirtschaftlichen und sozialen Konflikte zu lösen, weil unter der Elite keine Einigung zu Fragen der Identität, der Sprachen und Macht- sowie Ressourcenverteilung besteht. Dabei spielt die Uneinigkeit („Disunity“) der Elite eine bedeutsame Rolle. Diese Zerstrittenheit hat großen Einfluss auf die Suche nach einem dauerhaften Konsens bei der Staats- und Nationenbildung im Sudan. Seit 1954 unterstand der Staat Sudan verschiedenen Regimen. Die meisten von ihnen waren so genannte instabile Demokratien („unconsolidated Democracy“<sup>184</sup>).

Die Ursachen der mangelnden Regierbarkeit im Sudan sind nach Rainer Tetzlaff auf folgende Faktoren zurückzuführen:

1. Politische Verteilungskonflikte im historischen Kontext von state-building und nation-building,
2. Zwangsvereinigung der beiden ungleichen Landstriche und Kulturräume (Süden und Norden des Sudans)<sup>185</sup>,
3. Scharia- Frage als ein zentrales Hindernis für eine nationale Konsensbildung im Sudan,
4. Uneinigkeit über das Verhältnis von Staat und Religion: Islamische Republik oder säkularer pluralistischer föderalistischer Staat,
5. Verständigungs- und Wertebasis ging aufgrund von Misstrauen verloren,
6. Hegemoniestreben des Nordens über den Südsudan,
7. Kompromissunfähigkeit zwischen religiösen Konkurrenten im Norden z.B. bei der Anwendung der Scharia (islamisches Recht),
8. Zwang zu muslimischer Identität des Landes.

---

<sup>184</sup> Vgl. Higley, John/ G. Lengyel, 2000, S. 6-7.

<sup>185</sup> Vgl. Tetzlaff, 1993, S. 68ff.

Diese Gründe führten zur Unregierbarkeit des Sudans in den vergangenen fünfzig Jahren. Sie verhindern einen positiven Prozess der Staats- und Nationenbildung.<sup>186</sup>

Deshalb ist zu hoffen, dass das Comprehensive Peace Agreement (CPA) vom Januar 2005 zu einer wirklichen Konsensdemokratie führen kann. Die Grundlagen sind durch das CPA gelegt. Es liegt jetzt an der Umsetzung des CPA und des Darfur Peace Agreement (DPA).

Ob aufgrund der positiven Entwicklungen im Sudan durch das CPA und DPA eine Konsensdemokratie umzusetzen ist, hängt von vielen Faktoren ab, u.a.:

- Implementierung des CPA in vollem Umfang,
- Implementierung des DPA in vollem Umfang,
- Respekt für Menschen- und Freiheitsrechte für alle Bevölkerungsgruppen,
- Absicherung des Friedens durch die Internationale Gemeinschaft,
- Wiederaufbau von Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft,
- Wiederaufbau von Schulen, Hochschulen und Universitäten, insbesondere im Süden, Osten und Westen des Landes („marginalisierte Gebiete“).

Dies könnte bedeuten, dass die seit 1956 herrschenden islamischen Eliten ihre dominante Position teilweise verlieren und anderen Bevölkerungsgruppen den Zugang zur Macht eröffnen müssen. Das könnte zu einem Konsens führen und damit zu einer Staats- und Nationenbildung mit einer neuen Identität und Orientierung.

Seit der Unterzeichnung des sudanesischen Friedensvertrages im Januar 2005 befinden sich der sudanesischer Staat und seine Gesellschaft insgesamt in einem Zustand der institutionellen und gesellschaftlichen Transformation. Allein die Bildung der „Regierung der Nationalen Einheit“ in Khartoum im September 2005 macht die Umwandlung des Landes auf die Strassen von Khartoum bemerkbar. So entwickeln sich neue politische und wirtschaftliche Eliten. Die seit 1989 an der Macht herrschende islamische Elite ist seit dem CPA nicht mehr der einzige Akteur im Land. Allein die Ernennung von mehr als 16 Botschaftern aus dem Südsudan ist einzigartig in der sudanesischen politischen und historischen Landschaft.

Die Regierung der Nationalen Einheit „Government of National Unity“ wird maßgeblich die „Operation of Institutions“ beeinflussen und diese könnte zu einer friedlichen Entwicklung des

---

<sup>186</sup> vgl. Tetzlaff 1993, S. 184 ff.

Landes führen, da Institutionen die Einigung und Meinungsunterschiede zwischen Eliten beeinflussen.

*„Institutions- limit elite unity or disunity, Differentiation, and circulation, but these elite configurations, in turn, influence the operation of Institution.“<sup>187</sup>*

Perthes stellt fest, dass Elite einen großen Beitrag zur Gestaltung von Institutionen leisten kann<sup>188</sup>. „Nicht die allgemeine Legitimierung von Macht und Herrschaft ist die besondere Leistung demokratischer Institutionen, sondern die Vermittlung von Konsensus über die Ausübung von Macht und Herrschaft durch ganz bestimmte Personen und Gruppen“<sup>189</sup>.

Im Sudan wurden in den 1960er Jahren demokratische Wahlen durchgeführt und Institutionen ins Leben gerufen. Allerdings blieben alle aus unterschiedlichen Gründen erfolglos und konsensunfähig. Z.B. fehlte es am demokratischen Konsens innerhalb der Eliten. Auch nach dem in Kenia 2005 vereinbarten Friedensvertrag zwischen Süd- und Nordsudan, in dem die Macht- und Ressourcenverteilung zum ersten Mal in der Geschichte des Landes fairerweise gewährleistet ist, wird es darauf ankommen, ob die Parteien und deren Eliten im Land in der Lage sein werden, ihre Konsensfähigkeit unter Beweis zu stellen. Denn das CPA sieht die Demokratisierung des Landes in drei Jahren vor. Bei der Niederlage einer der beiden Koalitionsparteien des Friedensvertrags von Kenia, nämlich der „Sudan People Liberation Movement (SPLM)“ und der „National Congress Party (NCP)“ ist es sehr wichtig zu sehen, ob die nachfolgende Regierung des Sudans die Vereinbarung respektiert und weiter umsetzt. Das CPA kann nur durch eine Regierung durchgesetzt werden und ist ein langfristiges Projekt.

Beobachter der sudanesischen Politik stellten zu Recht die Frage, ob der Sudan sich von einer „Öl- Diktatur“ („Oil- Dictatorship“) in eine „Öl- Demokratie“ („Oil- Democracy“) transformieren lassen wird. Die Umsetzung des Friedensvertrages 2005 wird dies in der Zukunft beurteilen lassen. Seit 1999 zählt Sudan zu den wichtigen Öl ausführenden Ländern. Die islamische Elite hat seit 1999 die Öleinnahmen nur unter sich aufgeteilt, so dass man von einer „Öl- Diktatur“ sprechen kann.

## **5.9 Die Beziehungen zwischen der Sudanesischen Elite anhand des Modells „Configuration of National Elite“ von Higley und Lengyel**

Ein Erklärungsversuch für die Beziehungen zwischen den Eliten bietet das Eliten- Modell von

---

<sup>187</sup> Higley, John / Lengyel, György, 2000, S. 1.

<sup>188</sup> Perthes, Volker, 2004, S. 301 ff.

<sup>189</sup> Best, Heinrich, 2003, S. 369.

Higley und Lengyel (2000). Higley und Lengyel versuchten in ihrem Modell „Configuration of National Elite (and Associated Regime Types)“ die Beziehungen von Eliten zu erklären. Dabei untersuchten sie Eliten anhand verschiedener Faktoren, im Einzelnen auf den Ebenen Einheit (Unity), Uneinigkeit/ Zerstrittenheit/ Meinungsunterschiede (Disunity), Unterschiede (Differentiation) und Reproduktion (Reproduction) und Circulation von Eliten. In diesem Zusammenhang interessant sind vor allem die beiden ersten Faktoren. Nach Higley und Lengyel gibt es zwei Arten oder Dimensionen von der Einheit bzw. Verschiedenheit von Eliten. Diese sind normative und interaktive Eliten.

- Die normativen Eliten haben gemeinsame Werte und Glauben bzw. Ziele sowie ungeschriebene Regeln. Diese Regeln beziehen sich auf den Zugang (Political access), Wettbewerb (competition) und Abhängigkeit.
- Bei der interaktiven Dimension von Eliten geht es um Wege, Zugang und Netzwerke, bei denen Eliten den garantierten Zugang zu wichtigen Entscheidungen an der Macht erhalten.
- Währenddessen beschreibt die Ebene der Elitendifferenzierung (Differentiation) die Unterschiede zwischen den einzelnen Elitengruppen, z.B., dass einzelne Elitengruppen sozial heterogen (heterogeneous), multi-organisiert und relativ selbständig oder unabhängig von Staat und von einander sind. Diese Klassifizierung oder Spezialisierung wird durch die Funktionen der einzelnen Elitengruppen begründet, z.B. in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Militär, Religion, Bildung, Medien, Kunst und andere. Diese Bereiche haben jeweils ihre eigenen Organisationen, geschriebenen und ungeschriebenen Regeln.<sup>190</sup>

### Elite- Einheit und Unterschiede<sup>191</sup>

Anhand des von Higley und Lengyel formulierten Modells kann die Elite im Sudan wie folgt analysiert werden:

1. Sie ist schwach.
2. Sie ist geteilt und zerstritten zunächst auf politischer Ebene zwischen Fundamentalisten, Kommunisten und Gemäßigten Gruppierungen.
3. Sie ist ebenfalls geteilt anhand ihrer Religionszugehörigkeit und der beiden Landesteile Süd- und Nordsudan.

---

<sup>190</sup> Vgl. Higley, John, Lengyel, György, a.O.O.2000,S.2-3.

<sup>191</sup> Higley, John/ Lengyel, György, 2000, S.6-7.



4. Es besteht nur noch wenig Vertrauen untereinander und seitens großer Teile der Bevölkerung.
5. Ihre Netzwerke sind geteilt (segmented).
6. Im Sudan gibt es keine konsolidierte Demokratie aufgrund der Fragmentierung und Konsensunfähigkeit der Eliten.

#### Geteilte Elite (Divided Elite)

- Die Teilung der Elite ist besonders stark zwischen der Elite des Süd- und Nordsudans erkennbar.
- Sie ist tief geteilt in fast allen Angelegenheiten des Landes.
- Ihr Netzwerk beschränkt sich hauptsächlich auf ihre politischen Verbündeten und Anhängerschaft.<sup>192</sup>

Die Krise der sudanesischen Gesellschaft kann als Krise der Elite, insbesondere der politischen und Wirtschaftselite beschrieben werden. Vor der Unabhängigkeit waren sich die Eliten innerhalb des Nordsudans nicht einig. Dies wurde beispielsweise an der Frage der Unabhängigkeit deutlich. Die Khatmiyya- Gruppe<sup>193</sup> unter der Demokratischen Partie (DUP) wollte die Vereinigung des Sudans mit Ägypten. Die Ansar<sup>194</sup> war für Unabhängigkeit von Großbritannien und von Ägypten und lehnte die Forderung der DUP ab.

Zwischen den südsudanesischen und nordsudanesischen Eliten sind die Meinungsunterschiede noch größer. Hier gab es keine Einigung zwischen den Eliten im Süden und Norden. Der Süden forderte einen islam- freien Staat und die Beteiligung an der Macht. Bei Nichterfüllung dieser Forderung wollte er die Unabhängigkeit vom Norden. Diese Forderung nach Unabhängigkeit wurde von der Ansar und der DUP sowie anderen Parteien und Gruppen im Nordsudan abgelehnt. In dieser Frage herrschte Einigung zwischen den Eliten verschiedener Parteien des Nordens.

Ein anderer Streitpunkt zwischen den sudanesischen Eliten ist die Frage der kulturellen Identität des Sudans. Im Norden wird eine arabische und islamische kulturelle Identität angestrebt. Dagegen will der Süden die Afrikanisierung der sudanesischen Kultur und auch andere Religionen, wie das Christentum und traditionelle afrikanische Glauben, berücksichtigt haben.

---

<sup>192</sup> Higley, John / Lengyel, György, 2000, S. 7.

<sup>193</sup> Khatmiyya ist eine politische Bewegung im Sudan. Sie entstand um circa 1900. Die Anhänger sind Mitglieder der Democratic Unionist Party (DUP) und der Marghaniye- Familie.

<sup>194</sup> Anhänger der Mahdi und die UMMA-Partei im Sudan

## 6. Der Prozess der Elitenbildung im Sudan

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit dem Prozess<sup>195</sup> der Bildung der sudanesischen Eliten. Dabei sollen die einzelnen historischen Epochen der Nationenbildung des Sudans jeweils kurz skizziert und daraus abgeleitet die jeweilige Etablierung der sudanesischen Eliten betrachtet werden. Das geschieht bezugnehmend auf die Erkenntnis von Higley und Lengyel, dass sowohl die Prozesse der Staats- und Nationenbildung die Transformation der Elitenstruktur beeinflusst als auch umgekehrt die Elitenstruktur die Bildung von Institutionen und staatlichen Strukturen gestaltet.

Untersucht werden sowohl die politischen und wirtschaftlichen Eliten im Norden und im Süden des Sudans. Dabei wird auf die Fragen eingegangen, worin sich die sudanesischen Eliten im Norden und im Süden unterscheiden und ob man von einer einheitlichen sudanesischen Elite sprechen kann.

Bei der Bildung der sudanesischen Elite sind vier wesentliche Faktoren bedeutsam: Die sudanesische Elite gilt als unkontrollierte Herrschaft. Ihre Bildung ist in der Regel kein demokratischer Vorgang und dient damit nicht einem sozialen und politischen Integrationsvorgang. Sie bedienen sich der staatlichen Ressourcen, verletzen teilweise die Menschenrechte und werden kaum zur Rechenschaft gezogen. Die Ergebnisse ihres Tätigwerdens für die Entwicklung des Landes, z.B. durch die Schaffung von Arbeit und Innovation usw., sind kaum wahrnehmbar.

Von Eliten wird ein Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen und der Integration erwartet. Diese Erwartungen sind auch im Sudan anzutreffen. So erwartet man von den sudanesischen Eliten einen Beitrag zur Beilegung des Bürgerkrieges und zur Etablierung eines dauerhaften Friedens und der Teilhabe aller sudanesischen Bürger an den Ressourcen des Landes, eine Integration aller Bevölkerungsgruppen in die Gesellschaft sowie die Gewährleistung und den Schutz der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte.

Obwohl im Sudan kein demokratisches System etabliert ist, ist der seit fast 40 Jahren andauernde Bürgerkrieg zwischen dem Norden und Süden des Landes zum Teil auf die Konkurrenz der Eliten und die militärische und diktatorische Herrschaft und Funktionalisierung der sudanesischen Eliten zurückzuführen.

---

<sup>195</sup> Der Begriff Prozess stammt aus der lateinischen Sprache und bedeutet Fortgang oder Entwicklung oder auch Verlauf eines Vorganges. In diesem Sinne geht es um den Entwicklungsprozess der sudanesischen Nationbildung, vgl. Brockhaus, Die Enzyklopädie, in vierundzwanzig Bänden, Zwanzigste, überarbeitete und aktualisierte Auflage, 5. Band, F. A. Brockhaus Leipzig / Mannheim 1996, S.389.

## 6.1 Die vormodernen sudanesischen Gesellschaften „Bilad al- Sudan“

### 6.1.1 Politische und gesellschaftliche Situation der vormodernen sudanesischen Gesellschaften

Der heutige Nordsudan wurde im Altertum bis in die römische Zeit unter verschiedenen Namen bekannt. Er wurde als „Kusch“, „Nubien“ oder „Äthiopien“ bezeichnet. In der neuen Zeit wurde der Begriff „Äthiopien“ nicht mehr für den Nordsudan verwendet, sondern ausschließlich für das abessinische Königreich. Der Begriff „Sudan“ oder „Bilad al – Sudan“ wurde erst im 7. und 8. Jahrhundert nach Christus gebraucht. Bilad al- Sudan war die arabische Bezeichnung des Sudans und wurde von arabisierten Ägyptern für das Land südlich von Assuan bzw. für das „Land der Südländer“ bzw. „Land der Schwarzen“ benutzt, d.h. für das Land, in dem die afrikanische Bevölkerung lebt.

Während der Pharaonenherrschaft in Ägypten ab 1570 vor Christus nahm das Reich der Ägypter zunehmend Einfluss nördlich des Sudans, vor allem in Grenzstädten von Assuan bis Alt-Dongola. Um 750 vor Christus entstand das unabhängige starke sudanesische „Königreich von Napata“ mit dem Zentrum in der heutigen Stadt Meroe. Bis heute kann man die Großen Pyramiden aus dem Königreich der Meroe bewundern. Später zerfiel Napata in zwei Teile und spaltete sich in das alte „Königreich Napata“ im Norden und in das neue Königreich südlich der Stadt Atbara<sup>196</sup>.

Die vormodernen Gesellschaften im Sudan bestanden aus verschiedenen Königreichen, die zum Teil unabhängig voneinander waren. So gab es Beja am Roten Meer, die Nuba an der Grenze zu Ägypten, das Shilluk Königreich am Weißen Nil und die Fur, um einige Beispiele zu nennen. Alle diese Gebiete wurden durch die arabischen Händler als „Bilad Al- Sudan“<sup>197</sup> oder als das „Land der Schwarzen“ bezeichnet.<sup>198</sup> Bereits ca. 2000 bis 1400 vor Christus entstanden die ersten sudanesischen Reiche, so u.a. das Nubische Reich. Das Nubische Reich wurde im Jahr 1100 vor Christus von ägyptischen Pharaonen bis Wadi Halfa besetzt. Später wurde es 1500 vor Christus von Ägypten kolonisiert. 850 vor Christus entstand das Reich Kusch auf dem Gebiet des heutigen Nordsudans. Der König von Kusch hatte Ägypten in der Zeit zwischen 750 und 656 erobert. Die

---

<sup>196</sup> Vgl. Hermann, 1995, S. 46.

<sup>197</sup> Vgl. Beshir, 1968, S.1.

<sup>198</sup> Vgl. Holt, 1961, S. 3 ff.

Zeit von 300 vor Christus bis 350 nach Christus war von zahlreichen Konflikten zwischen den christlichen und islamischen benachbarten Reichen in Nordafrika und der arabischen Halbinsel gekennzeichnet. Der Krieg von 325 bis 346 zwischen dem Reich Axum unter König Ezana und dem Reich Kusch führte zum Untergang des Kusch- Reiches. Im Laufe der Christianisierung von Nordafrika ab dem 2. Jahrhundert wurde auch das Nubische Reich von byzantinischen Mönchen missioniert. Schrittweise etablierte sich ab 543 die christliche Religion im Nubischen Reich. Ab dem 6. Jahrhundert begann die Islamisierung von Nordafrika. Kriege und Angriffe des Islams auf die christlichen Nuba wurden trotz des Widerstands des Christentums im Nuba- Reich bis 1323 forciert.

„Der Angriff gegen das Nubische Reich unter Führung eines muslimischen Gouverneurs aus Ägypten in den Jahren 641 und 642 hatte schwere Folgen für das christliche Nubien.“<sup>199</sup> Im Jahr 646 wurde das Nuba- Reich gezwungen, einen so genannten „Vertrag im Namen Allah“ zu unterschreiben. Der Vertrag zwischen Nubien und dem islamischen Reich der Ägypter sollte den Krieg der beiden Reiche beenden und ein friedliches Nebeneinander ermöglichen. Der Vertrag beinhaltete unter anderem folgende Bedingungen: „Ihr bezahlt dem Imam der Moslems in Assuan jährlich 360 Sklaven, die nicht krank, behindert, alt oder jung sind. Männer genauso wie Frauen. Falls ihr die Sklaven behaltet, einen Moslem tötet oder die 360 Sklaven nicht bezahlt, ist dieser Vertrag ungültig. Dann sind wir Feinde und Allah richtet über uns.“<sup>200</sup> Der Vertrag zwischen dem Nubischen Reich und dem arabisch- islamischen Ägypten wurde für 600 Jahre eingehalten. Das bedeutet, dass das nubische Reich in diesem Zeitraum 360 Sklaven jährlich abliefern musste.<sup>201</sup> Saeed schrieb über die Auswirkungen dieses Vertrages: „Mit diesem Vertrag wurde die Sklaverei für die Bevölkerung des Nubischen Reiches, welches in etwa dem Territorium des heutigen Nordsudan entsprach, zu einem wesentlichen und v. a. leidvollen Bestandteil ihrer Geschichte. Diese historische Verwurzelung führte über Jahrhunderte hinweg zu der traumatischen Erfahrung ständiger Unterdrückung. Solche Erfahrungen, die sich durch die Ereignisse der folgenden Entwicklungen immer mehr im Bewusstsein der Menschen manifestierten, müssen bei der Betrachtung der gegenwärtigen Situation im Sudan unbedingt berücksichtigt werden.“<sup>202</sup>

Nach der Auflösung des Friedenvertrages von 646 zwischen dem Nubischen und dem arabisch- islamischen Ägyptischen Reich wurde das Nubische Reich von mehreren islamischen Mächten

---

<sup>199</sup> Saeed, O., 2002, S. 79.

<sup>200</sup> Saeed, O., 2002, S. 79.

<sup>201</sup> Saeed, O., 2002, S. 79.

<sup>202</sup> Saeed, O., 2002, S. 79.

angegriffen. Diese Angriffe führten zur Expansion des Islams im inneren Territorium von Nubien.

Im 13. Jahrhundert entstanden mit dem Zerfall der Nubischen Reiche im Nordsudan neue Konstellationen im Territorium des alten Reiches der Nuba. Circa im 15. Jahrhundert entstanden verschiedene kleine Sultanate (Reiche) im Norden und Westen sowie im Zentralsudan. Diese kleinen Reiche waren nicht zentralisiert, sondern lose Allianzen, die zwischen den Handelszentren und den von Arabern bewohnten Städten lagen. In den meisten dieser Reiche wurde durch die Machthaber ein Tribut von den Peripherien in ihrem Gebiet gefordert. Diese Praxis wurde von den späteren Kolonialmächten übernommen. Die Kolonialmächte kooptierten weiterhin auf lokaler Ebene Personen, die für die Abgaben zuständig waren und diese Abgaben an die Kolonialverwaltung weiterleiten mussten. Auch nach Abstieg des Nubischen Reiches wurden die Handelszentren von der Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung beherrscht und weitergeführt. Auf der lokalen Ebene wurden die Handelszentren von den Arabern dominiert.<sup>203</sup>

„Ganz im Gegensatz zur offiziellen Historiographie des modernen Sudan handelte es sich also um ein System, in dem ‘Africans were rulers and Arabs were subalterns’.“<sup>204</sup>

Zu den Aufgaben der neuen Sultanate gehörte auch die Kontrolle über die Handelswege, unter anderem zum Roten Meer, die sehr wichtig für die Handelsverbindungen mit dem Ausland, zum Beispiel für den Überseehandel nach Indien, waren. Da die verschiedenen sudanesischen Sultanate<sup>205</sup> in der Zeit ziemlich reich waren, nahm der Handel zu, so dass zahlreiche schriftkundige Sufi- Lehrer ab dem 16. Jahrhundert in die Sultanate des Sudans einwanderten. Dort ließen sie sich nicht nur geschäftlich nieder, sondern gründeten auch verschiedene Bruderschaften. Im Laufe der 200- jährigen Geschichte der sudanesischen Funj- Sultanate gab es keine vergleichbare Einwanderung von Sufi- Lehrern. Diese Sufi-Lehrer und ihre Orden spielten bei der Islamisierung des Nordsudans eine bedeutende Rolle, da diese Orden von der „schriftunkundigen Bevölkerung“ geführt wurden. Bei dem frühen Zusammenbruch der Funj- Sultanate im 18. Jahrhundert bekannte sich die Mehrheit der Menschen in den Sultanaten zu einem der Sufi- Orden. Diese Orden hatten den Menschen Einheit und politische Sicherheit vermittelt.<sup>206</sup> Die Mehrheit der Muslime gehörte dem Sufi-Orden an, der zu den Anhängern der Mahidiya gehörte.

---

<sup>203</sup> Wittrock, 1999, S. 381.

<sup>204</sup> Wittrock, 1999, S. 381.

<sup>205</sup> Bei dem Sultanat handelt es sich um ein Königreich, das unter einem islamischen Sultan geführt wurde. Sultan war ein im Osmanischen Reich verbreiteter islamischer Titel.

<sup>206</sup> Vgl. Wittrock, 1999, S. 381 - 382.

In der Zeit zwischen 1323 und 1500 kam das gesamte Reich der Nubier unter Islamisierung. Diese Expansion des Islams und seines Einflusses führte zur Ablösung des Funj- Sultanats um 1800.

Das christliche Nubische Königreich konnte diese militärischen Konflikte nur bis zum 14. Jahrhundert überleben. Es musste schrittweise die Islamisierung und Arabisierung durch Immigranten aus Ägypten akzeptieren. Heute behaupten einige der arabisierten Nubier ihre Verwandtschaft zum Propheten Unkel Abbas. Die früheren Immigranten aus den arabischen Inseln wanderten hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen in den Sudan. Der Sudan bot in dieser Zeit wirtschaftliche Vorteile. Um ihre Zukunft abzusichern, heirateten die neuen Zuwanderer afrikanische Frauen von den Nuba und Beja. Die arabischen Zuwanderer waren größtenteils Männer. Zunächst waren sie in der Landwirtschaft und Tierzucht beschäftigt. Später begannen sie, Sklaven zu suchen. Das schwarze Königreich Funj Sultanat, das von 1504 bis 1821 existierte, akzeptierte die Islamisierung und Arabisierung der Einwohner. Die Beja nahmen den Islam an, gaben allerdings ihre Kultur nicht auf. Im Westen existierte das starke muslimische Sultanat in Darfur. Dieses Sultanat bestand von 1600 bis 1916. Während des Darfur Sultanats und der Funj- Herrschaft verbreiteten die arabischen religiösen Lehrer (Faqis) die Lehre des Sufismus. Viele dieser Faqis erlangten wirtschaftlichen und politischen Einfluss. Alle Mitglieder des Sufismus oder „sufi brotherhood“ wurden von Steuern befreit. Außerdem bekamen sie kostenlos Land zur Verfügung gestellt. Eine der „sufi brotherhood“ oder „Tariqa“ war die „Khatmiyya“. Sie wurde durch Muhammad Uthman Al- Mirghani gegründet und gilt heute nicht nur als politische Partei, sondern auch als einflussreiche religiöse Gruppierung im Sudan. Khatmiyya<sup>207</sup> arbeitete mit der türkisch- ägyptischen Kolonialherrschaft eng zusammen und verschaffte sich dadurch Vorteile.

#### Das 14. Jahrhundert und die Elitenentwicklung im Sudan

Das Jahr 1400 gilt im Sudan als wichtige Etappe in der Entwicklung der sudanesischen Elite. Hier wurde eine zentrale Regierung oder zentrales Regime gegründet, das seine Macht in mehreren Regionen des Landes etablierte und dadurch Macht und Autorität über die traditionelle

---

<sup>207</sup> Khatmiyya ist die Bezeichnung für eine auf dem Islam basierende Bewegung im Nordsudan. Ihre Anführer stellt die Marginini Familie. Khatmiyya stellen auch die zweitgrößte politische Partei im Sudan, die Demokratische Unionspartei (DUP).

Elite erreichte. Die arabische Invasion und die Entwicklung der Islamisierung des Sudans, vor allem im Norden, begannen mit der Akzeptanz innerhalb der Mehrheit der Bevölkerung der afrikanischen Stämme der Nuba und Funj. Die Einführung eines zentralen Staates wurde mit Unterstützung der arabischen Stämme durchgesetzt. Im Rahmen dieses Nationenbildungsprozesses erklärten sich verschiedene Eliten in verschiedenen Regionen bereit, das neue Staatssystem zu unterstützen. Im Gegenzug erhielten die alte und neue Elite bestimmte Vorteile. So durften einige einen Teil der erhobenen Steuern von der Bevölkerung für sich behalten. Einige erhielten produktives Land und durften es an ihre Verwandtschaft oder Anhänger weiter geben. Im Zentrum des Sudans konnten zwei Typen von Eliten festgestellt werden:

- 1) Die religiöse Elite.
- 2) Die politische und Wirtschaftselite.

#### Die Herrschaft des Funj- Königreiches

Das Funj- Königreich wurde von 30 Herrschern regiert und hatte seinen Regierungssitz in Sennar (Sinnar). Sennar befindet sich im Nordsudan. Die meisten Herrscher waren Muslime.

Eine Übersicht über die Herrscher des Funj- Königreiches ist dem Anhang zu entnehmen. Während der Funj- Herrschaft, aber auch später unter der türkischen Herrschaft setzte sich die Oberschicht im Zentralsudan aus folgenden drei Gruppierungen zusammen:

- 1) Religiöse Führer,
- 2) Händler,
- 3) Führende Familien (Leading Families).

Während des Funj- Staates war die religiöse Elite die mächtigste Elite des Landes. Die politische und wirtschaftliche Elite verloren in dieser Zeit umfangreich an Einfluss und Stellung. Sie wurden durch eine Elite aus Händlern ersetzt. In dieser Zeit wurden Handelszentren und wichtige Verbindungsstraßen zwischen dem Sudan und Ägypten, dem Roten Meer bis hin nach Saudi Arabien ausgebaut. Dadurch gewannen die Händler an Einfluss und etablierten sich als Elite<sup>208</sup>

„The religious elite had economic as well as religious power and managed at the appropriate time to develop political power by acting as mediators. Toward the end of funj rule the number of religious factions increased leading to conflicts of interest among their leaders and a lack of effective support for the central authority. The Funj king tended to depend more and more on the

---

<sup>208</sup> Vgl. Ahmed, Ghaffer M., 2002, S. 74.



merchants for support; and with the growth of trade this proved to be very effective. The dominance of merchants continued under Turkish rule as well.”<sup>209</sup>

Im Sudan wird teilweise der Begriff der "Major Elite Group" benutzt. Diese Gruppe der Eliten stammt aus den führenden Familien mit (laut eigener Auskunft) arabischer Herkunft, die sich u.a. direkt auf das Reich Funj bezieht. Sie beanspruchen die Führung im Sudan mit der Begründung, dass ihre Großväter das afrikanische „Funj- Reich“ unter die arabische Kontrolle und Herrschaft gebracht hätten. Später, während der türkischen Herrschaft im Sudan, wurden diese Leading Families nicht nur der türkischen Verwaltung angegliedert, sondern auch bevorzugt. Sie wurden ermächtigt, Steuern von der Bevölkerung zu erheben und kleine Konflikte der Einwohner unter ihrer Herrschaft zu lösen.

Die Regierungen im Sudan<sup>210</sup> sorgten während der verschiedenen Epochen dafür, dass die Zusammenarbeit mit den genannten Gruppierungen der Elite gepflegt und fortgesetzt wurde. Der religiösen und wirtschaftlichen Elite (z.b. Händlern) wurde erlaubt, große Teile des Landes zu besetzen, v.a. entlang des Nils. Sie durften Ländereien ohne Schwierigkeiten erwerben.

Der Einfluss des Islams ermöglichte die Einwanderung in das Nubische Land. 1640 wurde das islamische Reich in Darfur durch Sulaiman Solong errichtet. Dieses islamische Reich in Darfur begann in sich zu fallen, durch militärische Expansion des Osmanischen Reiches 1821, aber wird erst 1916 von der britischen Kolonialverwaltung in den heutigen Sudan integriert.<sup>211</sup> Eine Übersicht über die von 1650 bis 1889 regierenden Sultane von Darfur ist dem Anhang beigelegt.

„Das heutige Staatsgebiet des Sudan unterlag seit dem 7. Jahrhundert einem südwärts ausgerichteten Prozess der Islamisierung und Arabisierung, dessen Ausgangspunkt das islamische Ägypten bzw. das Osmanische Reich und dessen Träger, einwandernde arabische Stämme, Händler, religiöse Bruderschaften und Missionare waren.“<sup>212</sup> Nach der Eroberung des Teils des heutigen Nordsudans durch Muhammad Ali Pasha im Jahr 1820 wurde das in der Zeit herrschende Beja- Königreich (1504 bis 1821) untergraben und es begann ein neues Kapitel in

---

<sup>209</sup> Ahmed, Ghaffer M., 2002, S. 74 - 75.

<sup>210</sup> Human Right Watch: The Impact of the Comprehensive Peace Agreement and the New Government of National Unity on Southern Sudan, 2006, S. 26 ff.

<sup>211</sup> Vgl. Saeed, O., 2002, S. 80.

<sup>212</sup> Saeed, O., 2002, S. 80.



der Geschichte des „Bilad Al-Sudan“.<sup>213</sup> Im Osten des Sudans befand sich das Darfur <sup>214</sup>Reich, das von 1898 bis 1916 existierte.<sup>215</sup>

Neben den genannten Königreichen am Nil wurde der Süden des heutigen Sudan von nilotischen Stämmen und Banto, wie zum Beispiel der Nuer, Dinka und Bara, beherrscht. Diese Völker sind königlos. Mit der Invasion von Ägypten durch die arabischen Muslime unter der Führung von Amr Ibn Al-As in der Zeit zwischen 639 und 641 wurde Sudan zum Teil für Fremde bekannt. Die Eroberung der ägyptischen Stadt "Byzantine" durch die Araber bot die Möglichkeit der Begegnung an die angrenzenden zwei Königreiche der Nuba, nämlich Nobadia und Makuria an. Zwischen 651 bis 652 begannen die Araber mit einer Invasion des nubischen Territoriums in Aswan. Ziel der so genannten "Muslim Army" war die Eroberung der Hauptstadt des Nuba-Königreichs Dongola.<sup>216</sup> Der vormoderne Sudan hatte andere Territoriumsgrenzen.

### **6.1.2 Merkmale der Eliten im vormodernen Sudan**

Im vormodernen Sudan finden sich Merkmale der Eliten, die am Beispiel einzelner Königreiche analysiert werden. In dem Königreich der Shilluk im Süden des Sudans zählen zu den Eliten neben den Mitgliedern der königlichen Familie als „Stammesführung“ auch die engen Mitarbeiter und insbesondere die Berater der königlichen Familie sowie Häuptlinge und ihre Assistenten. Diese Amtsträger wurden alle vom König „Reth“ ernannt und entlassen. Der Reth, der immer männlich sein musste, war gleichzeitig der religiöse Führer des „Shilluk Königreichs“. Der Nachfolger des Königs konnte nur aus der königlichen Familie kommen, nicht aus anderen. Das galt auch für die Vererbung von Material oder Ressourcen der königlichen Familie. Dieses System der Vererbung galt auch für die Berater des Königs. Jede Person im Shilluk Königreich war verpflichtet, Geld oder Steuern an den König abzuführen. Der Einfluss des Königs und seiner Berater beschränkte sich allerdings nicht nur auf das Shilluk- Gebiet, sondern ging auch darüber hinaus.

In königlosen Gesellschaften, wie es verschiedene sudanesishe Stämme waren, unterschied sich die Struktur der Elite entsprechend. So gab es Menschen, die mit Auftrag der Gemeinschaft befugt waren, Streitigkeiten und Probleme innerhalb der Stämme zu lösen. Diese Personen wurden für einen bestimmten Zeitraum berufen und dann wieder abberufen. Sie verfügten zwar

---

<sup>213</sup> Vgl. Lobban Jr., 2002, S. XI.

<sup>214</sup> Vgl. Prunier, Gerard, 2005, S. 8 ff.

<sup>215</sup> Vgl. Holt, 1965, S. 9.

<sup>216</sup> Vgl. Holt, 1965, S. 16 ff.

über eine hohe Autorität, konnten aber die Erben ihrer „Ämter“ nicht selbst bestimmen.<sup>217</sup> Heute spricht man von „Stammesfürsten“, wenn man diese Personen bezeichnen möchte. Nach der Besetzung des Sudans durch Turkiyya (1820 bis 1884) und durch Großbritannien (1898) wurde ein so genanntes „Häuptlingstum“ durch die „Native Administration“ im ganzen Sudan eingeführt. Die Erben dieser Gruppen von Häuptlingen, die durch das neue Kolonialsystem entstanden sind, sind bis heute im Sudan noch spürbar. Bis heute zählen ihre Söhne zu der Elite des Landes, unabhängig, ob sie aus dem Süden, Westen oder Norden des Sudans stammen.

## 6.2 Die ägyptisch- türkischen Herrscher im Sudan

Ab dem Jahr 1811 wurden die in Ägypten herrschenden Mamelucken durch den türkischen Statthalter in Ägypten, Muhammad Ali Pasha, militärisch niedergeschlagen und mussten in den Sudan und zwar nach Dongola, fliehen. Allerdings stellte die Anwesenheit von Mamelucken im Sudan eine Gefahr für die Herrschaft Pashas in Ägypten dar und musste deshalb beseitigt werden. So startete Muhammad Ali eine große militärische Offensive gegen die Mamelucken im Sudan.<sup>218</sup>

Die Besetzung des Sudans durch türkisch- ägyptische Streitkräfte hing zum Großteil mit der Ausdehnung des Osmanischen Reiches auf Nordafrika zusammen. Diese begann mit der Einnahme von Ägypten und 1820/21 des Nordsudan. Diese Ausdehnung beendete die einzelnen sudanesischen Reiche und stellte die Bevölkerung unter Kolonialherrschaft.

Um das Jahr 1821<sup>219</sup> stand ein großer Teil des heutigen Sudans, insbesondere der Norden des Landes, unter Herrschaft des Osmanischen Reiches „*The Ottoman Empire*“<sup>220</sup>. In der Zeit 1820/21 wurden zum ersten Mal die Königreiche Nubien, Sennar und Kordofan besetzt.

Muhammad Ali Pasha wurde zum Vizekönig oder Khediven von Ägypten ernannt und als Nachfolger von Ismail Pasha in Ägypten bestimmt. Damit wurde auch der Nordsudan Muhammad Ali Pasha<sup>221</sup>, dem damaligen Gouverneur von Ägypten, unterstellt. Ein Präsidialsystem gab es in der Zeit nicht.

---

<sup>217</sup> Vgl. Makec, John Wuol, 2001, S. 28 - 31.

<sup>218</sup> Vgl. Stein, 1998/99, S. 15.

<sup>219</sup> Vgl. Akok, Garang, 2001, S. 29.

<sup>220</sup> Vgl. Norris, Malcolm, 1983, S. 49 - 74.

<sup>221</sup> Pasha (Turkish), title of honour; is a highest ranking title conferred on military personal and civilians during Turko-Egyptian rule over the Sudan from 1821 to 1885 and the early period of the Condominium from 1898 to 1956, in: Beasley, Ina/ Starkey, Janet, Before the wind changed. People, places and education in the Sudan, Oxford, 1960.

*„The modern history of the Sudan may be said to have commenced with its invasion in 1821 by the expedition sent for its conquest by Mohammed Ali Pasha, under the command of his son Ismail Pasha. Egypt was at that date part of the Turkish Empire, and Mohammed Ali, himself an Albanian from European Turkey, had been appointed Pasha of Egypt by the Turkish Sultan in 1806, and was engaged in a life-long effort.“*<sup>222</sup> Im Jahr 1821 wurde die Turkiyya<sup>223</sup>–

Kolonialzeit mit der Invasion des Teiles von Sudan unter dem Funj- Reich begründet, da das Funj- Reich keinen großen Widerstand gegen die Kolonialmacht geleistet hatte. Dagegen leisteten verschiedene andere Volksgruppen des Landes Widerstand gegen die Turkiyya. Gründe des Widerstands lagen nicht allein in der Invasion des Sudans, sondern erfolgten auch wegen der

- Höhe der Steuern, die in Form von Vieh erbracht werden musste und
- Sklaven, die Dienste in der Armee von Muhammad Ali in Ägypten leisten mussten.

Zum ersten Mal wurde der Versuch unternommen, eine zentrale Verwaltung nach Vorbild des Osmanischen Reiches zu gründen. Turkiyya ist die Bezeichnung der Kolonialzeit, in der Sudan von Muhammad Ali Pasha im Auftrag des Osmanischen Reiches von 1821 bis 1885 beherrscht wurde. Zunächst schufen die Turkiyya Militärstationen, Telegraphverbindungen und führten zum ersten Mal ein Steuersystem im Norden ein. Außerdem wurden Verwaltungsstrukturen und Schulen weiter aufgebaut. Kommunikation und Sicherheit wurden verbessert. Diese Maßnahmen der Turkiyya- Kolonialregierung gaben Anreize an die Entwicklung der Wirtschaft. Außenhandel wurde intensiv betrieben. Die Politik der Turkiyya stieß auf großen Widerstand im Sudan, vor allem bei der nichtmuslimischen Bevölkerung, wie zum Beispiel den Stämmen Dinka, Shilluk, Ingessana und Beja sowie Nuba<sup>224</sup>, da die Nichtmuslime mehr Steuern in Form von Sklaven und Tieren zahlen mussten. Die Turkiyya- Verwaltung wurde bei der Jagd von Sklaven durch private arabische Armeen unterstützt. Dieser Prozess der Versklavung ist als „Ghazwas“ bekannt. Damit ist das Erbeuten von Elfenbein, Sklaven und Vieh gemeint. Die Sklaven wurden in Sammelstellen (Zaribas) gebracht und später nach Libyen, Ägypten und Arabien weiter gebracht. Von dort wurden sie nach Europa und Amerika transportiert. Zahlreiche Sklaven blieben im Nordsudan für den eigenen Gebrauch. Diese mussten in der Landwirtschaft arbeiten. Die Mitarbeit der Araber an der Versklavung und dem Verkauf von Sklaven belastete die Beziehungen zwischen Nord- und Südsudan und trägt bis heute zum gegenseitigen Misstrauen

---

<sup>222</sup> Corbyn, E. N., 1946, S. 7.

<sup>223</sup> Turkiya wurde der Name für das türkisch- ägyptische Regime im Sudan in der Zeit vom 1821 bis 1881, das sich selbst als ein formeller Teil des Ottomanischen Reiches betrachtete.

<sup>224</sup> Vgl. Henderson, K.D.D., 1946, S. 7.

zwischen beiden Landesteilen bei. So bezeichnet der Begriff „Jallaba“ muslimische arabische Händler<sup>225</sup>. Mit der Turkiyya begann der Nationalbildungsprozess.

1863 und 1879 fiel das Nilbecken des Sudans ebenfalls unter Muhammad Ali Pasha Herrschaft. Später kamen die südsudanesischen Provinzen von Bahr el Ghazal und 1916 das Königreich Darfur hinzu. Im Jahr 1821 verlor das Königreich Darfur Teile seines Reiches, genauer Kordofan, an die türkisch- ägyptischen Besatzer. 1874 bis 1898 wurde Darfur durch die Mahdi-Bewegung<sup>226</sup> von den türkisch- ägyptischen Herrschern erobert und zum „Mahdi- Staat“ annektiert. Trotz der Besetzung von Darfur durch die britisch- ägyptische Kondominium-Herrschaft war Darfur ein unabhängiges Königreich unter „Sultan“ Ali Dinar bis 1916.

Ab 1840 begannen die türkisch- ägyptischen Truppen mit der Kolonialisierung des gesamten Nordsudans, auch, um ihre Herrschaft nach Südsudan zu erweitern.<sup>227</sup> „Unter dieser Herrschaft ‘blühte’ der Sklavenhandel erneut auf und v. a. die Bevölkerung aus dem Süden des Landes hatte darunter zu leiden.“<sup>228</sup> Ab 1825 wurde die heutige sudanesishe Hauptstadt Khartoum zum Handelszentrum, insbesondere für den Sklavenmarkt, entwickelt.

Muhammad Ali Pasha<sup>229</sup> hatte mehrere Gründe und Ziele zur Eroberung des Sudans. Muhammad brauchte den Reichtum des Sudans. Denn der Sudan hatte Gold und Sklaven. Vor allem die Sklaven waren für Muhammad Ali sehr wichtig, da er Soldaten zum Ausbau seiner Macht und der Eroberung weiterer Territorien benötigte. Ali wollte ein „ägyptisch- arabisches Empire“ gründen, das unabhängig vom osmanischen Sultan in Konstantinopel, der Hauptstadt des Osmanischen Reiches, war. Die Ziele von Muhammad Ali im Sudan wurden in einem Brief dokumentiert, den er an seine Generäle schrieb: "You are aware that the end of all our efforts and this expense is to precure Negroes. Please show zeal in carrying out our wishes in this capital matter. It impermissible for Muslims to enslave Muslims, the raids for slaves had to be directed to the pagan<sup>230</sup> hinterlands of the White Nile and the Nuba Mountains from which about ten thousand slaves were annually exported to Egypt. A great camp was set up in Aswan to receive the captive. There they were vaccinated, clothed, and instructed in the fundamentals of Islam. A

---

<sup>225</sup> Vgl. Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 26.

<sup>226</sup> Madhi bezeichnete sich als Messias, der den Auftrag hätte, die Welt durch den Islamischen Glauben zu erneuern.

<sup>227</sup> Vgl. Saeed, O., 2002, S. 81.

<sup>228</sup> Saeed, O., 2002, S. 81.

<sup>229</sup> Vgl. Neil (Nhail), 1990, S. 11.

<sup>230</sup> Der Begriff Pagan bezeichnet so genannte Ungläubige.

certain proportion was absorbed in domestic slavery; but, in accordance with his instructions, all able-bodied males were recruited into the Viceroy's, French-trained army."<sup>231</sup>

Ali stieß jedoch auf heftigen Widerstand der Stämme des Südsudans und konnte sein Reich im Inneren Afrikas nicht durchsetzen. 1874 wurde die Ausbreitung der Herrschaft Muhammad Alis mehrfach unterbrochen<sup>232</sup>.

Die Gouverneure der türkisch- ägyptischen Herrschaft „Tarikh al-Sudan“<sup>233</sup>, die ab 1821 begann, sind im Anhang aufgeführt.

Während ihrer Kolonialzeit konnte die türkisch- ägyptische Kolonialmacht eine moderne Verwaltung in den von ihnen kontrollierten Gebieten einführen. Sie unterschied zum ersten Mal die Verwaltung in verschiedene Ebenen und führte dafür spezielle Begriffe ein, wie

- Hikimdar oder Generalgouverneur mit Sitz in Khartoum,
- Mudir oder Gouverneur für die Provinzen,
- Kaschef, der für Verwaltung der Gemeinde zu ständig war,
- Kaimakahn, der für die Ortschaft verantwortlich war.

In der Verwaltung befanden sich unterschiedliche Nationalitäten. So ist bekannt, dass auch Positionen wie Hikimdare und Mudire mit Briten, Tscherkessen, Türken, Griechen, Österreichern und anderen Nationalitäten besetzt wurden.<sup>234</sup> Die Besetzung einer Position in der osmanischen Verwaltung im Sudan erfolgte durch Ernennung durch den Sultan oder durch einen Bevollmächtigten Muhammad Alis. Als wichtigste Voraussetzungen für die Aufnahme in das Kolonialsystem zählten Loyalität zu dem System, Erfahrungen in der Verwaltung, Steuer-, Sprachkenntnisse, z.B. Türkisch und Englisch sowie Ausbildung/ Kenntnisse im Gesundheitswesen. Außerdem war die Zugehörigkeit zum Islam sehr hilfreich.

Amtssprache der Verwaltung war Türkisch. Aufgrund ihrer Erfahrungen mit Steuern wurden fast ausschließlich christliche Kopten aus Ägypten für Steuerangelegenheiten eingestellt.

Die türkisch- ägyptische Armee im Sudan und Ägypten bestand aus:

- Türken,
- Albanern,
- Bosniern,
- Griechen und
- Tscherkessen.

---

<sup>231</sup> Abdel-Rahim, Muddathir, 1986, S. 14.

<sup>232</sup> Vgl. Lobban Jr., 2002, S. 329 - 330.

<sup>233</sup> Die Zeit der Türkischen Herrschaft wird im Sudan als Tarikh al-Sudan bezeichnet.

<sup>234</sup> Vgl. Stein, 1998/99, S. 15,16.

Dazu gehörten nordafrikanische militärische Einheiten und Sklaventruppen.

Die türkisch- ägyptische Herrschaft konnte als Ära der Unterdrückung und Versklavung im Sudan bezeichnet werden. Sie ist auch die Zeit, in der vormoderne Strukturen im Sudan beseitigt wurden und Grundlagen des „modernen Sudan“ eingeführt wurden.

Mit Errichtung eines so genannten „Protectorats über Ägypten“ gelang es Großbritannien, einige Teile des Sudans unter seinen Einfluss zu stellen. 1874 bis 1898 kam auch ein Großteil des Südsudans unter türkisch- ägyptische Besetzung.

### **6.3 Antikoloniale Bewegung unter Muhammad Ahmed Ibn Abdallah (Mahdi)**

Da die türkisch- ägyptische Herrschaft eine brutale und ausbeuterische Politik betrieb, entstand bereits im Jahr der Besetzung eine Widerstandsbewegung unter der Führung von Muhammad Ahmed Ibn Abdallah, bestehend aus einer islamischen Gruppierung gegen die Türken und Ägypter im Sudan. Um 1881 ließ sich diese Bewegung als „antikoloniale Bewegung“ einstufen. Muhammad Ahmed Ibn Abdallah (Mahdi) war in der Lage, zahlreiche Anhänger unter der Bevölkerung im Norden des Sudans zu rekrutieren. Bei der Mobilisierung seiner Anhänger spielte die Religion Islam eine wichtige Rolle. Gleichzeitig sprach sich der Mahdi nicht gegen die Abschaffung der Sklaverei aus. Dieses Angebot war daher für seine Anhänger und insbesondere für Händler und religiöse Führer attraktiv. Zu seiner Zeit galt Mahdi als Symbol für Freiheit und Gerechtigkeit, aber auch für gemeinsame Identität und Einigkeit der Bevölkerung im Norden. Denn im Nordsudan gab es verschiedene rivalisierende Stämme.<sup>235</sup>

Der Begriff Madiyya ist die Bezeichnung für die von Muhammad Ahmed Ibn Abdallah geführte Bewegung, die von 1898 bis 1956 gegen die Kolonialisierung des Sudans kämpfte. Ibn Abdallah nannte sich zum Mahdi. Seitdem gilt die Mahdi- Familie im Sudan als einflussreiche Familie. Die Mahdis sind gut ausgebildet und haben sich an den Regierungen des Sudans maßgeblich beteiligt. Die Madiyya konnten sich als antikoloniale Bewegung gegen die türkisch- ägyptische Herrschaft behaupten, aber nicht das Ziel erreichen, den Sudan durch den Islam zu vereinigen. Mit dem Sieg über die Kolonialherrschaft wurde der Weg frei für die Errichtung eines islamischen Staates (Mahdi- Staat) bzw. Mahadiya<sup>236</sup> unter Führung von Muhammad Ahmed Al-Mahdi. Dieser Mahdi- Staat überlebte interne und externe Kämpfe bis 1898.<sup>237</sup>

---

<sup>235</sup> Vgl. Saeed, O., 2002, S. 81.

<sup>236</sup> Mahadiya ist der Name für die Mahdibewegung im Sudan während der Kolonialzeit.

<sup>237</sup> Saeed, O., 2002, S. 82.

### 6.3.1 Der Mahdi- Aufstand und die Gründung des modernen Staates im Nordsudan

Der Aufstand von Muhammad Ahmed Ibn Abdallah kann als Versuch eingeordnet werden, einen modernen sudanesischen Staat, zumindest im Norden des Sudans, zu gründen. So rief er 1881 zum Widerstand gegen die Fremden und Ungläubigen auf. Mahdi nutzte die Religion Islam gezielt als Mittel, um die Bevölkerung mit Erfolg zum Kampf gegen die ägyptische Besatzung 1821 bis 1884 zu mobilisieren. Der sich zum Messias oder „Mahdi“ der Gläubigen berufen fühlende, wollte die Muslime im Nordsudan von der kirchlichen Herrschaft der Briten und ihres Kooperationspartners Ägypten befreien. Mahdi versprach den Gläubigen des sunnitischen Islams, dass er „der Mahdi der für das Ende der Zeiten erwartete Erlöser, der die Gerechtigkeit auf der Erden wiederherstellen wird.“ sei.<sup>238</sup> Der Krieg der Mahdi gegen die Fremden wurde unter dem Begriff „Jihad“<sup>239</sup> geführt. Mahdi war in der Lage, eine Massenbewegung im Nordsudan gegen die Fremdherrschaft zu mobilisieren. Viele politischen und religiösen Gruppierungen und Bewegungen beteiligten sich an dem Kampf, da sie sich von der neuen Herrschaft unter Mahdiyya<sup>240</sup> Freiheit und vor allem Erleichterungen in Fragen der Sklaverei, Steuern und Diskriminierung erhofften. 1882/1883 konnte Muhammad Ahmed Mahdi Kordofan von Großbritannien erobern.<sup>241</sup> 1883 ergab sich der Gouverneur von Darfur gegenüber der Mahdiyya-Armee. Im Osten Sudans attackierte die Beja- Armee unter Osman Digna die britischen Soldaten. Im April 1884 ergab sich der Gouverneur von Bahr al-Ghazal und im Januar 1885 übernahm Mahdiyya den Verwaltungssitz der Kolonialherrschaft Khartoum. 1885 wurde die Turkiyya-Herrschaft zerschlagen. Am 26.01.1885 fiel der britische Generalgouverneur Charles G. Gordon in Khartoum.<sup>242</sup> Mit der Übernahme von Khartoum konnte Mahdi die Fähigkeit seines Widerstands gegenüber der Kolonialmacht Großbritannien unter Beweis stellen. Obwohl die Mahdi- Aufständigen mit Speeren und Schwertern gegen die modernen Waffen der Kolonialtruppen kämpften, waren sie erfolgreich. Mit der Eroberung von Khartoum rief der Mahdi den „Mahdi- Staat“ bzw. einen islamischen Staat aus. Allerdings wurde dieser Erfolg des Mahdi- Aufstandes durch innere Kämpfe verschiedener Stämme begleitet. 1885 war Muhammad Ahmad Ibn Abdullah Mahdi plötzlich tot. Zu seinem Nachfolger wurde Khalifa Abdallahi

---

<sup>238</sup> Stein, 1998/99, S. 16.

<sup>239</sup> Jihad ist eine islamische Kriegserklärung gegen so genannte „Ungläubige“ („Heiliger Krieg“).

<sup>240</sup> Bewegung gegen die britisch- ägyptische Besatzung 1885 bis 1898

<sup>241</sup> Khalid, M., 1990, S. 34.

<sup>242</sup> Vgl. Khalid, M., 1990, S. 35.



bestimmt. Abdallahi institutionalisierte den Mahdi- Staat und brachte den gesamten Nordsudan unter seine Kontrolle bis zur britischen Invasion im Jahr 1898.

Der Mahdi- Aufstand wird von zahlreichen Sudanesen und vor allem von Nordsudanesen als Anfang des sudanesischen Nationalismus betrachtet. Obwohl der Mahdi- Staat mehr als die Durchsetzung des Islams im Sudan war, konnte er die Einheit der Muslime im Norden des Landes bringen. Für seine Anhänger war Mahdi derjenige, der sie als Mesias befreien wird: “It is a universal belief amongst the Muslim masses throughout the ages that at the End of the Time a man of the family of the Prophet must manifest himself to confirm the faith and proclaim justice. The Muslims will follow him and he will establish his rule over the Islamic Kingdoms, he will be called the Mahdi. Such messianic belief is popularly rooted in Sunni Islam, proving an ideology for the oppressed which has resulted in the frequent appearances of Mahdis throughout the history of Islam. To many modern Sudanese, Muhammad Ahmad Al-Mahdi is the father of nationalism- but neither his motivation nor his aims were ever nationalistic. The view of the Mahdist Movement as being nationalist in origin has come about because it threw upon the unity created by the oppression of the Turco-Egyptian regime; and also because the Mahdi managed to overcome, perhaps for the first time, the system of tribal and religious loyalties, to allow the Muslim Sudanese people to act one with a common motivation and a common loyalty. The Mahdi was an astute politician, keenly aware of the feelings of the various Sudanese groupings, and endowed with the enviable attributes of a personal charisma and organizational ability.“<sup>243</sup> Diese Vorstellung einte die Menschen.

Der Mahdi ist mit seinem Staatsmodell jedoch auch aus verschiedenen Gründen gescheitert. Diese können wie folgt benannt werden:

1. Der islamische Staat unter Muhammad Ahmed Al-Mahdi hatte Interesse daran, einen islamischen Staat und eine islamische Kultur im Sudan zu etablieren. Deshalb wurden andere Stammesgruppen von der Beteiligung an der Staatsführung ausgeschlossen. Wittrock schrieb „Der Beginn der Herrschaft des Mahdi beendete die Autonomie der Stammesgruppen. Auch Sufi- Bruderschaften wie die Khatmiyya verloren ihre politische Macht. Ein wesentlicher Grund für die Entstehung der Mahdiyya war die zunehmende Einschränkung des Sklavenhandels aufgrund britisch- ägyptischer Verträge. Um ihre Profite zu sichern, entledigten sich die nomadischen Händler der ägyptischen Herrschaft.

---

<sup>243</sup> Khalid, M., 1990, S. 35.



Der Mahdi garantierte den Fortbestand der Sklaverei. Seine Herrschaft und die seines Nachfolgers wurde bis 1899 durch ständige Raubzüge- den *gazawat* aufrechterhalten.<sup>244</sup>

2. Die Sklaverei innerhalb des eigenen Staates wurde nicht beendet, da sich der Mahdi gegen die verschiedenen und mächtigen Sklavenhändler nicht durchsetzen konnte. Obwohl die Sklaverei von der Kolonialmacht Großbritannien, aber auch international in dieser Zeit formell abgeschafft wurde, wurde sie während der Mahdi- Ära im Sudan, v.a. im Westen, Osten und Süden des Sudans, weitergeführt. Mit dem Fortbestand der Sklaverei machte sich der Mahdi- Staat nicht nur innerhalb des Sudans unbeliebt, sondern auch international. “The Overthrow of the Turko-Egyptian regime did not give the tribes of the region the freedom they desired, for the coming of the Ansar<sup>245</sup> was the signal for the slave traders to resume operations. However, in 1885 the Mahdist army left Bahr El-Ghazal, and traditional life was able to re-establish itself in that area until the Anglo-Egyptian regime in the twentieth century.”<sup>246</sup>
3. Muhammad Ahmed Mahdi konnte die verschiedenen Provinzen im Sudan und vor allem im Südsudan nicht in seinen Staat integrieren. Am Süden interessierte den Mahdi- Staat nur die Sklaverei. Mahdi wollte einen islamischen Staat errichten, die „ungläubige“ Bevölkerung im Südsudan passte da nicht hinein. Der Südsudan war ein Ort, woher man Sklaven holen sollte. Deshalb wurde die Erweiterung des Mahdi-Staates nach Süden verlangsamt. Im Süden war der Widerstand gegen die Fremden groß. Auch die Reisewege nach Südsudan waren sehr beschwerlich. Viele Missionare und britische Angestellte verloren ihr Leben auf dem Weg in den Südsudan wegen den zahlreichen Krankheiten. Im Nordsudan galt der Mahdi als Befreier, Nationalist und religiöser Führer. Im Süden galt er als Sklavenhändler und Unterdrücker. Bis heute hinterlässt er daher schlechte Erinnerungen und ein tiefes Misstrauen bei der südsudanesischen Bevölkerung.<sup>247</sup> „Scars of the brutality inflicted on the Southern Sudanese still remain.”<sup>248</sup> “This period fixed a collective memory that the northern was the primary sources of danger. Those polarized images remain potent today.”<sup>249</sup>

---

<sup>244</sup> Wittrock, M., 1999, S. 382-383, 379,

<sup>245</sup> Ansar ist der Name für die Anhänger der Mahidiya und später für die Wählerschaft der UMMA- Partei im Sudan.

<sup>246</sup> Nhial, 1990, S. 11.

<sup>247</sup> Vgl. Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 28.

<sup>248</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 29.

<sup>249</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 29.

### 6.3.2 Die Mahdi- Revolution und Auswirkungen auf die Etablierung der Eliten

Einer der Gründe für die Mahdi- Revolution gegen die türkische Herrschaft war der Versuch der türkischen Kolonialregierung, im Sudan eine neue Politik einzuführen, die nicht den Interessen der herrschenden Elite entsprach. Dabei ging es um den Versuch, die wirtschaftliche, politische und religiöse Macht dieser Elite zu ändern. Die sudanesischen Staatsführungen von Mahdi bis Bashir versuchten, Religion und Politik zu vereinen, indem sie die Trennung zwischen Staat und Religion ablehnten.

„Solche Versuche einer religiösen Legitimation von Nation und Herrschaft haben im Sudan Tradition. So gehört die kurze Periode der Mahdiyya (1885-98) zum Gründungsmythos des modernen Staates: Muhammad Ahmad ibn Abdallah hatte als Mahdi, dem messianischen Erneuerer der Welt und des islamischen Glaubens, die Bevölkerung erfolgreich zum Kampf gegen die ägyptische Besatzung (1821-84) mobilisiert.“<sup>250</sup>

Durch diese Politik verloren einige Mitglieder der Elite ihre bevorzugte Stellung. Diejenigen aus der Elite, die gegen die türkische Verwaltung waren, wurden entlassen. Während des Mahdi-Staates verloren wiederum diejenigen aus der Elite an Einfluss, die mit den türkischen Herrschern kooperiert hatten.

Die Mahdiyyiya erlaubten keine religiösen Fraktionen, sondern nur die Lehre von Mahdi. Wer sich gegen diese Lehre aussprach oder Zweifel äußerte, durfte während der Zeit der Mahdiyyaya nicht als religiöser Führer beschäftigt werden. Dadurch verloren zahlreiche religiösen Führer an Einfluss und Macht. Händler konnten ebenso geschwächt werden, sie verloren schrittweise den Einfluss über die Bevölkerung und die Rückendeckung von der Regierung. „The Mass lost their traditional form of representation and had to seek alternative forms in a newly established system which they did not understand.“<sup>251</sup> Die Rolle der führenden Familien wurde zunehmend durch Verwaltungsbeamte ersetzt, die durch den „Khalifa of the Mahdi“ bestellt oder berufen wurden.<sup>252</sup> Die Revolte des Mahdis gegen die anglo- ägyptische Kolonialherrschaft ermöglichte die Entstehung der so genannten „sufitischen Bruderschaften“ im Sudan.

1889 brach der Mahdi- Staat zusammen. Zahlreiche interne und externe Faktoren waren an dem Zusammenbruch des islamischen Staates des Sudans beteiligt. Die Uneinigkeit zwischen dem Mahdi- Staat und der Elite war einer der wichtigen internen Faktoren. Die alte traditionelle Elite

---

<sup>250</sup> Wittrock, Matthias, 1999, S. 379.

<sup>251</sup> Ahmed Ghaffer M., 2002, S. 75 - 76.

<sup>252</sup> Vgl. Ahmed, Ghaffer M., 2002, S. 75 - 76.

(„traditional elite“) war mit dem neuen System unter dem Mahdi- Staat nicht einverstanden. Der Mahdi- Staat versuchte, einen neuen zentralisierten Staat zu gründen, ohne die seit Jahren praktizierte Vermittlungsrolle der Eliten zwischen der Bevölkerung und dem Staat zu gewähren oder in Anspruch zu nehmen. Aus diesen Gründen war die traditionelle Elite bereit, jede Art von Machtwechsel zu unterstützen, die ihre Rolle in der Staatsführung und ihre Bedeutung respektierte. Als Großbritannien und Ägypten den Mahdi- Staat 1897 angriffen, war es die „traditionelle Elite“ und nicht die Mehrheit der Bevölkerung, die die neuen Kolonialmächte unterstützten.

#### **6.4 Die anglo – ägyptische Kolonisation des Sudans**

Der Sieg des Mahdi konnte die soziale Lage der Sudanesen nicht ändern, im Gegenteil: „Der errungene Sieg brachte jedoch für die Bevölkerung keine Verbesserung ihrer Lage. Neben den Auswirkungen und Folgen des Krieges litten sie v.a. unter dem Sklavenhandel, der durch die Mahdiyya verstärkt ausgebaut wurde“.<sup>253</sup>

Im Jahr 1896 begann der islamische Mahdi- Staat in sich zusammen zu fallen. Neben den Kriegen zwischen dem Mahdi- Staat einerseits und Großbritannien andererseits gab es Konflikte zwischen Frankreich und England über die Besetzung des Südsudans.

Nur vier Jahre nach Errichtung des Mahdi- Staates, das heißt 1898, wurde dieser von Großbritannien niedergeschlagen und abgeschafft. Unter dem britischen General Lord Kitchner wurde seit 1892 der Gegenschlag gegen den Mahdi- Aufstand systematisch und nach den damaligen „Regeln europäischer Kriegsführung“ vorbereitet. Ein massiver Angriff der Mahdi- Armee erfolgte bei der Schlacht um Omdurman am 02.09.1896. 22.000 Mann britische und ägyptische Truppen standen 25.000 Mann der Mahdi- Armee gegenüber. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Tote und Verletzte. Mit dieser Niederlage zog die westliche Modernisierung im Sudan ein<sup>254</sup> und es begann die britische Herrschaft im Sudan.

Die anglo- ägyptische Invasion im Jahr 1898 brachte nicht nur den Nordsudan unter Muhammad Ahmed Mahdi unter ihre Kontrolle, sondern auch einige Grenzgebiete zum Südsudan. Die britische und ägyptische Kolonialverwaltung waren zunächst nicht sehr an der Besetzung des Südsudans interessiert, weil sie den Süden als arm und nutzlos betrachteten. Allerdings begann 1898 auch der Konflikt um Beschaffung von neuen Kolonialgebieten zwischen Frankreich und

---

<sup>253</sup> Saeed, O., 2002, S. 82.

<sup>254</sup> Stein 1998/ 99, S. 16 - 17.

Großbritannien. Dieser Konkurrenzkonflikt führte zu einem offenen Krieg zwischen beiden europäischen Staaten. Dies verstärkte Englands Interesse an der Kontrolle des Südsudans. Zwei Monate vor dem letzten Kampf zwischen den Mahdi- Truppen unter Khalifa Abdullah und der anglo- ägyptischen Armee nahm die französische Armee die südsudanesische Stadt Fashoda ein. Nach der Besetzung von Fashoda kam der britische General Kitchener nach Fashoda und erklärte den Franzosen, dass ihre Anwesenheit in Fashoda „die britischen und ägyptischen Hoheitsrechte“ über den Sudan verletze. Er rief Frankreich auf, seine Truppen aus Fashoda/ Südsudan zurückzuziehen. Im Dezember 1898 zogen sich die französischen Truppen aus Fashoda zurück. Dies eröffnete den Weg der britischen Besatzung des Südsudans.

Am 19. Januar 1899 einigten sich Großbritannien und Ägypten, den Sudan gemeinsam zu kolonialisieren und zu verwalten („*anglo-egyptian Condominium Rule*“<sup>255</sup>). Durch den Vertreter Ägyptens, Boutros Ghali Pasha, und den Vertreter von Großbritannien, Lord Cromer, wurde mit der Unterzeichnung des „The Condominium Agreement“<sup>256</sup> im Januar 1899 eine neue Ära der britisch- ägyptischen Herrschaft begonnen. „In diesem Vertrag wurde der Sudan weder als Kolonie noch als Teil Ägyptens betrachtet, sondern zu einem Kondominium mit britisch- ägyptischer Souveränität erklärt. Tatsächlich ist der Sudan aber eine britische Kolonie gewesen und wurde wie andere europäische Kolonien auch zu einem Territorialstaat mit vertraglich festgelegten Grenzen, die bereits zur Zeit der türkisch-ägyptischen Administration anerkannt waren.“<sup>257</sup>

Das Britisch- Ägyptische Kondominium (Anglo-Egyptian Condominium) dauerte von 1899 bis 1956.<sup>258</sup>

Nach Gründung der Kolonialverwaltung unter der „Condominium Rule“ im Sudan durch Großbritannien und Ägypten wurde die Stellung der verschiedenen Eliten wieder eingeführt und neue Eliten wurden dazu gebildet. Die alten und die neuen Eliten wurden gebraucht bei dem Aufbau der Verwaltung und der Herrschaft über das Land. Durch ihre Mitarbeit fand die Kolonialverwaltung die Akzeptanz der Bevölkerung. Die so genannten „Traditional Families“ oder die führenden Familien, die während der türkischen Besetzung und zum Teil während der Mahdiyya ausgeschlossen wurden, wurden wieder voll in die Verwaltung integriert. Sie wurden in Regierungspositionen eingestellt und erhielten Gehälter. Zugleich wurden sie ermächtigt,

---

<sup>255</sup> Vgl. Lyons, Charles H., 1986, S. 161 ff.

<sup>256</sup> Beshir, 1968, S. 18.

<sup>257</sup> Saeed, O., 2002, S. 83.

<sup>258</sup> Vgl. Eprile, Cecil, 1974, S. 16 – 17.

Steuern im Auftrag der Kolonialverwaltung zu erheben. Ihnen wurde auch erlaubt, wirtschaftliche Ressourcen und Ländereien für sich in Anspruch zu nehmen. Die Wirtschaftselite bildete sich wieder, da sich der Handel in verschiedenen Regionen des Landes und mit dem Ausland gut entwickelte. Die Wirtschaftselite war mit Unterstützung durch die Kolonialverwaltung in der Lage, ihre wirtschaftlichen Vorteile in politische Macht über die Massen und vor allem in den ländlichen Gebieten durchzusetzen. Sie wurden in den lokalen Rat „Local Council“ bestellt und teilten sich die Macht mit der Kolonialverwaltung. Dagegen wurden die religiöse und die Wirtschaftselite nicht groß an der Macht beteiligt, da ähnliche Widerstände bis hin zur Revolution befürchtet wurden. Insgesamt war es für die Entwicklung der Elite in diesem Zeitraum eine wechselhafte Zeit.

Großbritannien führte ein eigenes Rechts- und Verwaltungssystem in allen Provinzen und Städten des Sudans ein. Der Sudan wurde zentral und zwar aus Khartoum regiert. Auf dem Land („Rural Areas“) wurden so genannte „Authority of tribal Leaders“ etabliert. Zugleich wurden islamisch religiöse Führer („Shaikhs“) ermächtigt, mit zu regieren. Die Shaikhs wurden ermächtigt, Probleme auf lokaler Ebene in so genannten „Traditionellen Gerichten“ oder „Tribal Courts“ zu regulieren. Dazu wurden ungewöhnlicherweise Gehälter für Shaikhs gewährt, aber nicht für andere traditionelle Führer, die die gleichen Aufgaben wahrnahmen. Einige traditionelle Familien konnten somit ihre Macht und ihren Einfluss ausbauen, andere Familien verloren an Macht und Einfluss. Dies hatte maßgeblich mit den Beziehungen der einzelnen Familien zur Kolonialverwaltung zu tun.<sup>259</sup> *„British officials cultivated close relations with the leaders of the principal Islamic religious orders. The most important were Sayyid Ali al-Mirghani, leader of the Khatmiyya, whose leaders had been closely allied with the Turkiyya and who opposed the Mahdiyya, al-Sharif Yusuf al-Hindi, head of the Hindiyya tariqa; and the posthumous son of the Mahdi, Sayyid Abdal-Rahman al-Mahdi, who was wooed by the British during World war.“*<sup>260</sup>

Nach der Feststellung der Wichtigkeit des Südsudans hatte die Kolonialherrschaft England entschieden, Sicherheit und eine neue Verwaltung im Süden zu gewährleisten. Da die verschiedenen Stämme im Süden zuvor unter der türkisch- ägyptischen Herrschaft im Sudan und der Mahdi- Herrschaft gelitten hatten, waren sie nicht daran interessiert, eine neue Fremdmacht zu dulden oder willkommen zu heißen. Die Briten und Ägypter konnten vor 1900 keine neue

---

<sup>259</sup> Vgl. Lesch, Ann Mosely, 1998, S.29, Beshir, M.O., 1968, S. 1 ff.

<sup>260</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 29.

Verwaltung im Südsudan gründen. Um 1900 waren sie nur in der Lage, militärische Stationen mit britischen Offizieren ins Leben zu rufen.<sup>261</sup>

„Only gradually did British officers win the confidence of the African peoples in the Southern Sudan, sometimes by cajolery, gifts, and peaceful displays of force, and at other times by offers of protection, threats and even playing on the enmities of the tribes. Pacification was not an easy task. Some of the tribes looked upon the new administration in the same light as they looked upon the Turco-Egyptian or the Mahdist administration.“<sup>262</sup>

Der Versuch der Briten, ihre Herrschaft, zum Beispiel durch Geschenke an verschiedene Stämme, zu sichern und Vertrauen zu gewinnen, konnte nicht schnell funktionieren. Deshalb kam die Kolonialmacht auf die Anwendung von militärischen Mitteln zurück. So schickte die Kolonialmacht zahlreiche militärische Expeditionen gegen die rebellierenden Stämme des Südens, die sich nicht der neuen Herrschaft unterordnen wollten. Einer der Stämme im Süden, der am Heftigsten und Längsten Widerstand gegen Großbritannien leisteten, war der Stamm der Nuer. Gegen die Nuer wurden allein in den folgenden Jahren militärische Expeditionen von der Kolonialmacht durchgeführt: 1902, 1910, 1911, 1914, 1917, 1919, 1920, 1923, 1924 und 1928. Gegen die anderen Stämme des Sudans wurden ebenfalls militärische Expeditionen von der Kolonialmacht durchgeführt, so u.a.:

Jahr der Expedition	Expedition gegen die Stämme
1907	Atuok Dinka
1908	Beir
1911	Twig Dinka
1912	Beir
1914	Anuak
1916	Latuka
1918	Aliab –Dinka
1919	Aliab –Dinka
1920	Aliab –Dinka
1921	Aliab- Dinka
1923	Aliab-Dinka

<sup>261</sup> Beshir, 1968, S. 18.

<sup>262</sup> Beshir, 1968, S. 18.

1922	Toposa
1922	Didinga

Bis 1928 mussten fast alle Stämme im Südsudan die britische Kolonialverwaltung akzeptieren. Die Nuer leisteten bis 1930 Widerstand gegen die Briten. Im Jahr 1928 schrieb der britische Gouverneur- General im Sudan zu der Sicherheits- und politischen Situation und Entwicklung im Sudan Folgendes:<sup>263</sup>

„The complete pacification of tribal sections, unaccustomed to any form of control and rely on their improvement and capacity for flight into inaccessible country, must be a gradual process dependent on the improvement of communications and the establishment of closer touch with the chiefs. As late as 1931-2 army patrols were sent into Upper Nile Province to quell fighting between the tribes. The establishment of law and order and government authority took a long time to achieve. With the limited human and financial resources available the economic and social advance of the South was retarded. In the meantime Northern economic and educational development went ahead.“<sup>264</sup>

Der Ausbau der modernen Verwaltung nach europäischem Vorbild und die Entwicklung von Handelszentren ermöglichte die Bildung von modernen Eliten. Um 1900 nahm die Einwohnerzahl der Menschen in den Handelzentren und vor allem im Nord- und Zentralsudan zu. Durch die neu gegründeten Industriezentren entstanden nicht nur neue Arbeitsmöglichkeiten, sondern es wurden auch Menschen benötigt, die das System verstanden. Neue Verwaltungszentren wurden gegründet. Für die qualifizierte Arbeit, unter anderem in der Verwaltung, musste eine neue Elite ausgebildet werden. Die Regierung musste staatliche Schulen im Norden aufbauen. Bei dem Aufbau von Schulen im Südsudan hatten die Missionare den Vorrang. An einer Ausbildung in den neuen Schulen waren besonders die Söhne der führenden Familien interessiert. Dagegen hatten die Söhne von religiösen Führern kein großes Interesse an den staatlichen Schulen, sondern bevorzugten die Ausbildung in den Koranschulen. Hier musste die Regierung den Besuch von staatlichen Schulen anordnen. Die Unterstützung durch die traditionelle Elite war erforderlich, um die Regierungspolitik durchzusetzen. Die Regierung benötigte in der Zeit Mitarbeiter aus der lokalen Bevölkerung als „Local Administrative Staff“, um das ausländische Personal, vor allem aus Ägypten, zu reduzieren. Es war daher als gutes Beispiel für die Bevölkerung erforderlich, dass die Mitglieder der traditionellen Elite ihre eigenen

<sup>263</sup> Beshir, 1968, S. 19.

<sup>264</sup> Beshir, 1968, S. 19.



Kinder in die öffentlichen Schulen schickten. Um 1940 gab es bereits eine ansehnliche Zahl einer „new urban elite“ (Urbanisierung) für die Verwaltung. Die Meisten davon entstammten der traditionellen Elite. Diese „new urban elite“ übernahm die Rolle eines politischen Führers für den Sudan und verlangte die Rolle eines Sprechers für die Bevölkerung gegenüber der Kolonialverwaltung. Die „urban elite“ wandte sich an die Bevölkerung, um Unterstützung und Anerkennung als deren Vertretung zu erhalten.

Während im Jahr 1930 die britische und ägyptische Kolonialherrschaft im Südsudan von fast allen Stämmen akzeptiert war, war die Entwicklung im Norden des Sudans weiter fortgeschritten. Die Verwaltung, sowohl im Süden als auch im Norden, konzentrierte sich hauptsächlich in den Händen von so genannten „British District Commissioners“ (D.C.). Daneben war die offizielle Politik der Kolonialverwaltung im Süden die Kooperation und Unterstützung der einheimischen Autoritäten (Traditional Authorities). Die Zusammenarbeit und Unterstützung zwischen Kolonialverwaltung und den traditionellen Führern basierte auf folgender Grundlage:

„Permitting them to rule according to customary practices, more often than not the tribal leaders had to be broken to establish uncontested British Control or to halt inter-tribal warfare or both.“<sup>265</sup>

Obwohl der Mahdi- Staat von den anglo- ägyptischen Streitkräften besiegt worden war, hatte er zahlreiche Anhänger hinterlassen, die politisch und militärisch in dem neuen System besiegt oder integriert werden mussten. Um den verschiedenen Kräften in der neuen Kolonialverwaltung das Gefühl der Integration zu vermitteln, wurde das Konzept der so genannten „indirekten Herrschaft“ konzipiert. Mit dieser neuen Politik sollten beispielsweise die „traditionellen Führer“ der Stämme oder Religionsgemeinschaften mitbeteiligt werden. „Großbritannien übernahm die Oberhoheit über den Sudan, ließ die sozialen Strukturen und das lokale Führungspersonal aber unangetastet. Wie schon unter ägyptischer Herrschaft wurden Traditionen ‘erfunden’: Wo die Briten auf keine historisch gewachsenen Strukturen zurückgreifen konnten, wurden diese neu geschaffen.“<sup>266</sup>

Die britischen Kolonisatoren schufen homogene Gruppen auf klar begrenzten Territorien mit je einem Stammesführer an der Spitze als Voraussetzung der verfolgten indirekten Herrschaft über den Sudan. Während der britischen Kolonialherrschaft wurde der Südsudan in drei Verwaltungseinheiten eingeteilt, nämlich:

---

<sup>265</sup> Beshir, 1968, S. 19.

<sup>266</sup> Wittrock, 1999, S. 383.



- Fashoda,
- Mongalla und
- Bahr al Ghazal.

1902 wurden Verwaltungsänderungen auf der Provinzebene vorgenommen. Dadurch wurde die Fashoda Provinz in Upper Nil Provinz umbenannt.

Außerdem wurde eine landwirtschaftliche Nutzung und Verarbeitung geschaffen. Die Kooption von lokalen Führern „(...) ermöglichte den Pflanzgesellschaften die Ausbeutung einer großen Zahl semi- industriell arbeitender Bauern. Damit hatte sich eine prinzipielle Interessengleichheit zwischen wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Kontrolle herauskristallisiert.“<sup>267</sup> Dieses System war mit Migrationsbewegungen der Einwohner verbunden. Dadurch wurden neue Territorien geschaffen, was insbesondere den Muslimen Pilgerreisen aus Westafrika zu den heiligen Stätten im heutigen Saudi- Arabien ermöglichte. Diese Menschen benötigten Geld zur Finanzierung ihrer Reise und blieben während der Reise manchmal mehrere Jahre im Sudan.<sup>268</sup>

Großbritannien hatte zahlreiche Gründe für die Eroberung des Sudans. Einige sind:

- Die Absicherung der Nilquellen gegenüber anderen europäischen Mächten wie Frankreich. Der Nil, der im Sudan fließt, war für die Absicherung der britischen Interessen im Norden und Ostafrika sehr wichtig. Denn der Nil verbindet Nord- und Ostafrika mit dem Ausland. Da der Nil auch für Ägypten außerordentlich wichtig war, erhoffte sich England, mit der Absicherung des Nils ein politisches Druckmittel gegenüber Ägypten in der Hand zu haben. Der Blaue Nil ist für das Überleben von Ägypten existentiell. Ägypten hat keine andere Wasserquelle außer dem Nil. Aus diesem Grund wurde der Plan eines Wasserstaudamms in Aswan initiiert.
- Der Sieg über den Mahdi- Staat.
- Die Einigung zwischen Frankreich und England über den „Fashoda- Konflikt“ und über die Kontrolle des Südsudans.
- Ferner konnte Großbritannien seinen Einfluss mit Inbetriebnahme des Suezkanals 1869 ausbauen. Durch die Zusammenarbeit mit Ägypten konnte sich Großbritannien uneingeschränkten Zugang über das Rote Meer zu seinen Kolonialterritorien in Asien, Afrika und Australien sichern.

---

<sup>267</sup> Wittrock, 1999, S. 383.

<sup>268</sup> Vgl. Wittrock, 1999, S. 384.

- Sudan war für den Anbau von Baumwolle und für die Ernte von Gummi Arabicum wichtig.

Die anglo- ägyptische Kolonisation dauerte bis zur Unabhängigkeit Sudans 1956. Die anglo- ägyptische Verwaltung des Sudans wurde durch Gouverneur- Generäle abgesichert. Eine Übersicht über die Personen der Gouverneur- Generäle beinhaltet der Anhang.

Im Jahr 1953 etablierte die britische Kolonialverwaltung den so genannten „*britischen Selbstverwaltungsstatus*“ für den Sudan.<sup>269</sup> Im Januar 1956 wurde die erste Übergangsverfassung für den Sudan verabschiedet. Während der Kolonialherrschaft begannen Großbritannien und Ägypten mit der Etablierung von Eliten. Zunächst wurden Kinder von Stammeshäuptlingen (Tribes) oder örtlichen islamischen Führern (Sheiks) in die Verwaltung einbezogen. Während des Unabhängigkeitsprozesses wurde die so genannte „Sudanization“ vorgenommen. Sudanization meint die schrittweise Übertragung der Macht und verschiedener Ämter und Positionen der britischen Kolonialverwaltung an die sudanesischen Staatsbürger. Als Mittel der Etablierung einer Elite wurde auch die Bildung eingesetzt.

Ein wichtiges Thema der anglo- ägyptischen Kolonialherrschaft war die Abschaffung der Sklaverei. Offiziell wurde der Sklavenhandel bereits vorher nicht mehr betrieben. Allerdings unterstützten die türkischen Kolonisatoren und auch später das Mahdi- Regime die Kriege zwischen verschiedenen Stämmen und spielten diese gegen einander aus, um die Gefangenen der Auseinandersetzungen der Kriegsparteien als Sklaven in das Ausland zu verkaufen.<sup>270</sup>

Um die Sklavereipraxis schrittweise zu beseitigen, wurden seitens des britischen Kolonialregimes folgende Maßnahmen ergriffen:

1. Sklaven sollten nicht mehr beschäftigt werden. An ihrer Stelle wurden nur billige Arbeitskräfte zugelassen.
2. Antisklaverei- Kampagne und weitere Maßnahmen, ähnlich wie die in anderen afrikanischen Ländern, wurden zur Eindämmung dieser Praxis von Europäern durchgeführt.
3. Sklaven unter Besitz mussten von ihrem „Master“ befreit werden.
4. Alle Sklavenbesitzer wurden verpflichtet, Sklaven freizulassen<sup>271</sup>.

---

<sup>269</sup> Vgl. Aguda, Oluwardare, 1972, S. 333.

<sup>270</sup> Vgl. Beshir, 1968, S. 20.

<sup>271</sup> Vgl. Beshir, 1968, S. 21.

Während Großbritannien auf zahlreiche Erfolge im Kampf gegen die Sklaverei verweisen konnte und die Sklaverei seit vielen Jahren abgeschafft hatte, wurde sie dennoch von Arabern im Sudan und Ägypten fortgeführt, u.a. auf den Märkten des Nahen Ostens.<sup>272</sup>

Das Ergebnis der Kolonialpolitik der Eindämmung der Sklaverei im Sudan kann dem Anhang entnommen werden.

Im Lauf der britisch- ägyptischen Kolonialzeit wurde es Al-Mahdi erlaubt, Steuern (Zakat) von seinen Anhängern oder den Ansar zu erheben. Die meisten Arbeiter der Ansar stammten aus Westafrika. Für ihre Tätigkeit erhielten sie Kleidung und Essen. Die Wirtschaftsmacht, die sie durch die Unterstützung der Kolonialmacht Großbritannien erreichten, half den Ansar und Khatmiyya, eigene politische Parteien vor der Unabhängigkeit des Sudans zu gründen. Da die beiden Parteien sowohl religiösen als auch wirtschaftlichen Einfluss hatten, konnten sie die Sudanpolitik in den letzten 50 Jahren dominieren. Im Jahr 1920 gründete eine kleine Bildungselite<sup>273</sup> des Sudans eine Organisation namens „White Flage League“ mit Hilfe von Ägypten. Der Führer der White Flage League war Ali Abdal-Latif, ein gebürtiger ägyptischer Muslim. Abdal-Latifs Großeltern waren Dinka und wurden im Zusammenhang mit der Sklaverei nach Ägypten transportiert. Er zählte zu den Elitesoldaten der Kondominiumverwaltung. Die ägyptische Revolution gegen Großbritannien von 1919 war ein Vorbild für die sudanesishe Freiheitsbewegung, da sich die ägyptische Elite 1922 nach der Unabhängigkeit von Ägypten politisch und militärisch durchsetzen konnte. Nach der Unabhängigkeit Ägyptens rief die Elite in Kairo nach der politischen Einheit mit dem Sudan „Nile Valley“ auf und begeisterte die Demonstranten in sudanesischen Städten mit ihren Ansichten gegen die Kolonialisierung und Ausbeutung des Landes. Die White Flage League war attraktiv für Araber und südsudanesishe Offiziere, Regierungsangestellte, Arbeiter der sudanesischen Bahn u.a.m. Die Zahl der League-Mitglieder war gering, jedoch schlossen sich auch Mitglieder der so genannten „new Urban low-Middle class“ an, die gegen die Macht der traditionellen Tribal<sup>274</sup> und secretarian<sup>275</sup> Eliten eingestellt waren. Die Revolution unter Ali Abdal-Latif gilt unter den Historikern als erste sudanesishe nationalistische Bewegung. Sie wird jedoch häufig in der Beschreibung der sudanesischen Freiheitsbewegung ausgeblendet, da Ali Abdal-Latif von den Dinka und Sklaven abstammt. Die White Flage League wurde letztendlich von den Kolonialkräften geschlagen,

---

<sup>272</sup> Saeed, O., 2002, S. 83.

<sup>273</sup> Bildungselite = Elite, die aufgrund ihrer Ausbildung zum Kreis der Elite des Sudans aufgestiegen ist. Diese befinden sich sowohl im Norden und Süden des Sudans.

<sup>274</sup> Tribal Elites sind Eliten, die aufgrund des afrikanischen Herrschaftssystems entstanden sind. Diese genossen besondere Rechte und Befugnisse während und nach der Kolonialzeit.

<sup>275</sup> In der sudanesischen Politik spricht man von einer Sectarian Elites. Damit ist die Elite gemeint, die hauptsächlich aus den Ali al-Mirghani- und Mahdifamilien stammen.

bleibt aber im historischen Gedächtnis als „*The first Modern struggle for Freedom in the Sudan. Such analyses, however, often omit Abdal-Latif 's Dinka heritage and his parent's slave background, as that would imply that a southern of slave origin could be the authentic leader of an interethnic Sudanese national movement. Moreover, analyses sometimes omit the fact that Mahdi and Mirghani-along with other religious and tribal elites-viewed Abdal-Latif as a >>dangerous upstart<<. Since the White Flage League threatened the established social order, that elite welcomed its repression.*“<sup>276</sup>

Aus der “Eliten- Revolution” unter Ali Abdal-Latif wurden durch die Kolonialmacht Konsequenzen gezogen. Der Zugang zu Bildungsmöglichkeiten im Nordsudan wurde relativ eingeschränkt. Damit wollte man verhindern, dass eine weitere Bildungselite geschaffen wird, die gegen die Kondominiumherrschaft arbeiten kann. Diese Maßnahmen der Einschränkung des Zugangs auf Bildung wurden im Jahr 1936 fortgesetzt. Ausnahme war der Zugang zum „Gordon Memorial College“, das Berufsgruppen für die Zwecke der Kolonialherrschaft ausbildete. Die meisten Absolventen des Gordon Memorial College gingen im Anschluss sofort in die Politik und stellten sich gegen die Kolonialherrschaft.

Im Jahr 1938 kamen mehr als 5.000 Absolventen von Grundschulen, Realschulen und Colleges zusammen und gründeten den so genannten „Graduates General Congress (GGC)“ mit dem Ziel, die politischen Interessen zu vertreten. Ismail Al-Azhari wurde zum Vorsitzenden des GGC gewählt. Al-Azhari wurde nach der Unabhängigkeit zum ersten Premierminister des Sudans ernannt. Der GGC war damit beschäftigt, die Nordsudanesen über die Vorteile der Unabhängigkeit zu informieren und sie darauf vorzubereiten. Im April 1942 schrieb der GGC ein Memorandum an den Gouverneurgeneral des Sudans und verlangte darin

- (1) Die Selbstbestimmung des Sudans,
- (2) Die Vertretung der Sudanesen im Hochschulbildungsrat,
- (3) Reformen im sudanesischen Recht,
- (4) Eine bessere Entwicklung in Bildung und Wirtschaft.

Innerhalb des GGC gab es große Machtkämpfe zwischen den Gruppen unter der Führung von Mahdi und Mirghani. Deshalb gründete Al-Azhari 1943 die Gruppe der „Ashiqqa oder Blutsbrüder“. Ziel dieser neuen Organisation war die Forderung der Unabhängigkeit des Sudans

---

<sup>276</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 30.

von Großbritannien einerseits und andererseits die Einheit des „Nile valley“ zwischen Sudan und Ägypten. Damit konnte sich die Ashiqqa die politische Unterstützung von Ägypten sichern. Dagegen gründete Abdal-Rahman Al-Mahdi im Jahr 1945 die Umma- Partei. Die Umma- Partei verlangte zwar auch komplette Unabhängigkeit von Großbritannien, wollte aber keine politische Einheit mit Ägypten. Diese beiden Parteien stimmten zwar nicht immer in ihren Zielen überein, regierten aber dennoch nach der Unabhängigkeit des Landes entweder gemeinsam oder in Koalition unter der Führung einer der Parteien. Zugleich konnten sie sich eine führende Rolle in der politischen und sozialen Entwicklung des Sudans erarbeiten.<sup>277</sup> Der Kampf um die Unabhängigkeit durch die nordsudanesischen Parteien ist ihren Landsleuten im Südsudan kaum bekannt, da dort ganz andere politische und soziale Entwicklungen stattfanden. *„Southern political life developed along a different trajectory from the north. Although Anglo-Egyptian troops made incursions into the south in 1898 and established outposts there by World War I, thirty years passed before the many uprisings were subdued. Religious figures and tribal chiefs led local and uncoordinated) efforts to resist the new rulers”.*<sup>278</sup> Ziel der Menschen im Südsudan war 1898 die Abschaffung von hohen Steuern und Sklaverei und nicht an erster Stelle die politische Unabhängigkeit von Großbritannien.

#### **6.4.1 Die Rolle des Christentums während der britisch- ägyptischen Kolonialherrschaft**

Die Zeit der türkisch- ägyptischen Herrschaft und den Mahdi- Staat im Sudan war von Kriegen und Sklaverei gezeichnet und stieß daher auf große Ablehnung bei den verschiedenen Stämmen des Sudans. Zur gleichen Zeit kam das Christentum in den Sudan. Die europäischen und amerikanischen Missionare wollten nach der Wiedereroberung des Sudans durch anglo- ägyptische Truppen 1898 dort arbeiten.

Nach der Eroberung des Sudans durch England wurden die britischen Gouverneure, in Ägypten Lord Cromer und General Kitchener im Sudan, von zahlreichen christlichen missionarischen Gesellschaften aus Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika bedrängt, den Sudan für die Christianisierung zu öffnen. Aus dem folgenden Zitat kann man einige Motive für diese Bemühungen ablesen: „The image of General Gordon as a Christian hero who gave his life fighting the slave trade, and their attitudes toward Islam as an evil power encouraging slavery and challenging Christianity, were factors behind this zeal and enthusiasm. Their interest in the Sudan

---

<sup>277</sup> Vgl. Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 30.

<sup>278</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 31.

and especially the South did not lapse till after 1885 when the Turco-Egyptian administration was overthrown. In 1885 a Gordon Memorial Mission was established in London. Both the Church Missionary Society and the Roman Catholics maintained in Egypt a Sudan Mission in exile. The reconquest thus provided the opportunity for the long drawn plans to be carried out.”<sup>279</sup> Bereits am 29.09.1898 fragten die christlichen Missionare die britische Verwaltung in Kairo und Khartoum, ob sie ihre Arbeit als christliche Missionare im Sudan aufnehmen dürften. Die Antwort war ablehnend. Nach einer großen Mobilisierung der Missionare wurde eine Versammlung am 13.12.1899 einberufen und weitere Argumentationen gesammelt, die gegenüber der Kolonialverwaltung im Sudan vorgetragen werden sollten. „The religious feeling of this country [England] justly demands that an effort to perpetuate Gordon’s memory shall include the direct proclamation of the gospel of Jesus Christ to all the races inhabiting the upper basis of the Nile. They will therefore continue to strengthen their base in Egypt with the intention of extending their mission to Khartoum and the surrounding district, as soon as it may be possible in the providence of God to go there also.”<sup>280</sup>

“In February 1899, Sir John Kennaway moved a resolution in the British Parliament to the effect that it was the duty of Christian England to promote missionary activities in the Sudan, including education. In July 1901 a memorandum signed by the Archbishop of Canterbury and Sir John Kennaway criticizing the Sudan Government’s <sup>281</sup> policy on missionaries was sent to the British Government. The memorandum accused the Sudan administration of infringement on principles of religious liberty and acting contrary to policies of , a country guided by Christian principals.”<sup>282</sup>

Im Jahr 1899 schickten die missionarischen Gesellschaften (Societies) eine Delegation in die sudanesishe Hauptstadt Khartoum, um die Lage zu analysieren. Die Lobbyarbeit der christlichen Gesellschaften zeigte Erfolge. Denn um 1900 wurden neue kirchliche Stationen, zum Beispiel in den Städten Aswan, Dongola und Halfa, nördlich des Sudans gegründet. Diese christlichen Gesellschaften operierten zuerst unter dem Dach „Sudan United Mission“ und hatten politische Unterstützung.<sup>283</sup> „The Catholics, backed up by the Austrian Government; the High Church Party, with various influential Bishops, behind them; the Church Mission and other societies all joined in the cry.”<sup>284</sup> Die missionarischen Gesellschaften, die als erste ihre Arbeit im Bereich

---

<sup>279</sup> Beshir, 1968, S. 23.

<sup>280</sup> Beshir, 1968, S. 23

<sup>281</sup> Mit dem Sudan Government ist die Kolonialverwaltung im Sudan gemeint.

<sup>282</sup> Beshir, 1968, S. 25 - 26.

<sup>283</sup> Vgl. Beshir, 1968, S. 24.

<sup>284</sup> Beshir, 1968, S. 24.

Bildung und Christianisierung im Südsudan 1899 als erste tätig waren und damit zur Elitenformierung beigetragen haben, sind:

- i. Die Italian Roman Catholic Verona Fathers,
- ii. Die Anglican Missionary Society,
- iii. Die American United Mission,
- iv. Die Australian,
- v. New Zealand United Mission (ab 1913).

Zwischen 1900- 1901 kamen die ersten CMS- Mitarbeiter in den Südsudan, um ihr zukünftiges Tätigkeitsgebiet zu erkunden. Die CMS<sup>285</sup> und die Presbyterianer schlugen der Kolonialverwaltung vor, den Süden in drei Zonen zu teilen. In Folge dessen wurde folgende Einteilung vorgenommen:

- Die Austrian Mission „The Verona Fathers“ bekam das Gebiet White Nile zugewiesen.
- Die American Presbyterians wurden zugelassen, in Sobat und Zaraf Valley zu arbeiten.
- Die CMS durften sich in Bahr al-Jabal und in den Gebieten zwischen der Austrian Mission und den American Presbyterians niederlassen.

Aus diesem Grund eröffnete die österreichische Missionsgesellschaft „The Verona Fathers“ vier Schulen in Bahr al-Ghazal und zwei Schulen in der Upper Nile Provinz. 1906 gründete die CMS ihre erste Schule in Malek bei Bor und die zweite 1915 in der Stadt Bor. Die Doleib Hill Schule wurde von American Presbyterians 1902 eröffnet.

Da die einzelnen Missionarsgesellschaften jedoch untereinander in Konkurrenz standen, war die Zusammenarbeit nicht reibungslos “The Lado Enclave, which reverted to the Sudan in 1910, was claimed by both the Austrian mission and the CMS. As a result of the CMS’s poor record, Wingate decided to allot the area to the Austrian mission. However, he compensated the CMS by granting them part of the Azande district in Bahr al-Ghazal.”<sup>286</sup>

Bis heute hat sich an der Einteilung des Südsudans in die genannten Zonen nicht viel geändert und diese kann daher als koloniale Hinterlassenschaft betrachtet werden. „The government refrained from opening schools, even in case where there was a genuine demand for education,

---

<sup>285</sup> CMS ist die Abkürzung für Church Missionary Society (Kirchliche Missionarische Gesellschaft).

<sup>286</sup> Warburg, ebd., S. 90 – 93.



on the grounds of lack of finance and of Islam. Every encouragement and inducement was offered to missionary societies to open elementary and technical schools.”<sup>287</sup>

Diese Einteilung diente der Vermeidung von Konflikten innerhalb und zwischen den missionarischen Gesellschaften. Innerhalb ihrer Einflusszone trugen die zuständigen Missionare für die Gestaltung der Bildung die Verantwortung und hatten Handlungsfreiheit. Sie bestimmten die Art der Bildung, die Unterrichtsfächer nach ihren Möglichkeiten wie Finanzen und Erfahrungen usw.

Allerdings war sich die britische Verwaltung im Sudan und England nicht einig über die Rolle der Missionare im Sudan. Während einige Gouverneure die Zulassung und Unterstützung der Arbeit der Missionare forderten, waren andere Gouverneure dagegen. In Großbritannien war man sich darüber einig, den Sudan zu christianisieren und den Einfluss der Mohammedaner, der bereits unter Mahdi und Muhammad Ali Pasha etabliert war, einzuschränken. Im Jahr 1947 wurde die Regierungspolitik in dieser Hinsicht formuliert: „The Sudan Government reminded the Southern Sudanese that the Arabs tribes in the North did not yet dismiss the idea of slavery from their minds, and warned that kidnapping was occasionally carried on by the nomad Arabs of the North. Sir A. Cadogan, the British representative in the Security Council, reminded the members that until the coming of the British to the Sudan they [Southerns] were constantly being raided by the Northerns and carried of as slaves.”<sup>288</sup> Aber die Missionarisierung des Südens stand bei der Kolonialverwaltung nicht an der ersten Stelle. Für die Briten war zunächst die Herstellung von Ordnung, Anerkennung und Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung wichtig. Auch wollte die Regierung keine neuen Feindschaften, weder mit Muslimen, Christen noch mit Pagan (Ungläubigen), schaffen. Aus diesen Gründen überließ die Kolonialverwaltung die Bildung und das Gesundheitssystem den Missionaren, allerdings mit großen Einschränkungen.

Die Zulassung von missionarischen Gesellschaften im Sudan wurde von dem muslimischen Norden nicht begrüßt, da die Muslime durch die mitregierenden Ägypter falsch informiert wurden, dass die Missionare das Ziel hätten, Muslime und „Ungläubige“ im Süden zum Christentum zu konvertieren. Diese Informationen der ägyptischen Muslime entsprach auf keinen Fall der Regierungspolitik der Kolonialmacht Großbritannien. Trotz der Zulassung von missionarischen Gesellschaften im Sudan hatten viele Mitarbeiter der britischen Kolonialverwaltung Bedenken, dass die Missionare die Etablierung von Verwaltung und

---

<sup>287</sup> Warburg, ebd., S. 90 - 93.

<sup>288</sup> Beshir, 1968, S. 22.



Sicherheit im gesamten Sudan gefährden könnten. General Kitchener begründete seine Bedenken zu der Arbeit der missionarischen Gesellschaften so: „The Muslim population in the North was disturbed by rumours spread by the Egyptian in the Sudan that the conquest was made in order to convert the population to Christianity. Permission for missionaries would, therefore, confirm the rumours, raise suspicions and create serious problems for the administration. Sir Reginald Wingate, when he became Governor-General, looked upon himself as the representative of the Khedive, and with an equal obligation to him for the protection of the interests of the Muslims over whom he ruled, and maintained , an even balance over all subjects in the Sudan whether Christians or Muslim. He did not want to take any action which would have compromised such a situation. Colonel Jackson, who acted for the Governor-General during his absence, opposed missionary work in the South on the grounds that Christianity would ruin the life of the tribes. Some other British administrators in the Sudan held that Islam was a good enough religion for the Southerners and therefore Christian missionaries should be kept out of the South as well as the North.”<sup>289</sup> Die unsichere Politik der britischen Kolonialverwaltung über die zukünftige Entwicklung zwischen dem Norden und Süden des Sudans begünstigte die Entstehung des heutigen Konflikts zwischen beiden Landesteilen.

Hanspeter Mattes führt einen Teil der heutigen Konflikte im Sudan auf seine Geschichte und insbesondere Kolonialgeschichte zurück. Der Konflikt basiert auf den historischen Fakten, wie zum Beispiel der so genannten „Southern Policy“<sup>290</sup> der britischen Kolonialmacht. Großbritannien setzte eine Politik der Trennung zwischen Süd- und Nordsudan in der Zeit zwischen 1918 und 1948 ein. Bei dieser Politik („Southern Policy“) spielten die ethnischen und religiösen Unterschiede der beiden Landesteile eine bedeutsame Rolle. Damit wurden die Voraussetzungen für die unterschiedlichen sozial- ökonomischen Ausgangsbedingungen und Entwicklungen geschaffen.<sup>291</sup>

*„During the Turco-Egyptian and Anglo-Egyptian phase two separate political units existed in Northern and Southern Sudan. Social, economic, urban and educational development took place in the North but little in the South. This excuse offered by the British was that the South was largely inaccessible and took decades to “pacify.” In 1930, their Southern Policy aimed to divide the North and South so completely that Arab influence would be eliminated. Regardless of whether this Southern Policy was ever really affected, minimal development and even the*

---

<sup>289</sup> Beshir, 1968, S. 25.

<sup>290</sup> Bei South Policy handelte sich hauptsächlich um britische Kolonialpolitik, in der Südsudan von dem Norden politisch, religiös und wirtschaftlich getrennt war.

<sup>291</sup> Vgl. Mattes, Hanspeter, 1993, S. 164.

*simplest of technology was far behind that of the Northern Sudanese. There was only one Government School in the Southern region and one secondary school, whilst the North was far ahead educationally.*"<sup>292</sup>

#### **6.4.2 Bildung als ein Merkmal der modernen Eliten**

Die Bildung wurde in vielen Staaten Afrikas unmittelbar nach der Unabhängigkeit als ein wesentlicher Faktor zur Entwicklung und Freiheit betrachtet und diente auch als Zugang zur Elite und sollte deshalb entwickelt werden. Man war der Auffassung, dass ökonomische und soziale Probleme im Zusammenhang mit der Bildung stehen. Nach der Unabhängigkeit mangelte es in vielen Ländern Afrikas als Folge der kolonialen Unterentwicklung des Bildungswesens an qualifizierten Fachkräften. Dies führte zur geringen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zahlreicher Staaten Afrikas, darunter auch der Republik Sudan. Für den Sudan lieferte das Schulsystem einen wichtigen politischen Beitrag zur Bewältigung der Gegensätze zahlreicher Sprachen und ethnischer sowie tribaler Gruppen. Außerdem wurde die Bildung von einer Mehrzahl der Bevölkerung im Sudan als Möglichkeit der Modernisierung gesehen, einen Berufsabschluss zu erwerben und nahm damit einen neuen Stellenwert ein.<sup>293</sup> Nach der britischen Kolonialpolitik folgte daher die "moderne Bildungspolitik"<sup>294</sup> im Sudan. In den 1950er Jahren wurde die Bildung nicht nur als Zugang zum modernen Arbeitsmarkt in Afrika, sondern auch als „Elitenkarte“ betrachtet.

*Der Begriff der Bildung* wird in der Regel als lebenslanger Prozess der Aneignung der Welt und der Selbst- Konstitution der Person verstanden.<sup>295</sup> Hans Thiersch versteht den Begriff Bildung wie folgt: „Bildung kann als allgemeines anthropologisches Konzept verstanden werden. Er ist der menschliche Prozess der Aneignung von Welt und der Ausformung und Entwicklung der Person in dieser Aneignung.“<sup>296</sup>

Das Bildungswesen im Sudan war während der Kolonialherrschaft nicht einheitlich. Ab dem 17. Jahrhundert wurden zunächst Koranschulen in den Städten und Dörfern etabliert. Diese Koranschulen wurden an Moscheen für die religiöse Unterweisung von Jugendlichen

---

<sup>292</sup> Beswick, Stephanie F., 1991, S. 194.

<sup>293</sup> vgl. Tait, John, 1980, S. 45.

<sup>294</sup> Bei der „modernen Bildung“ handelt es sich um mit dem westlichen Bildungssystem vergleichbare Modelle.

<sup>295</sup> vgl. Treptow, Rainer/ Liegle, Ludwig, 2002, S. 14.

<sup>296</sup> Thiersch, H., 2002, S. 76.

angegliedert. Sie boten das Auswendiglernen des Korans, Lesen, Schreiben und Rechnen an. Während der Mahdi-Herrschaft befanden sich allein in der zweitgrößten sudanesischen Stadt Omdurman circa 800 Koranschulen. Die Lehrer dieser Schulen wurden während der Mahdi-Herrschaft vom Staat bezahlt.

Ab 1885 wurde ein formales Bildungssystem im Nordsudan von der türkisch- ägyptischen Herrschaft eingeführt. Dabei handelte es sich um Primär- und Berufsschulen. Einen Versuch, dieses Bildungssystem im Südsudan aufzubauen, scheiterte. 1880 wurden im Nord- und Westsudan mehrere Missionsschulen errichtet, aber durch die Mahdi- Regierung 1885 geschlossen.

Nach der anglo- ägyptischen Eroberung des Landes waren bis zum ersten Bürgerkrieg die britischen Offiziere die Verwalter des Sudans auf zentraler, provinzieller und auf Regierungsebene. 1898 begann die britische Kolonialverwaltung, Bildungsziele zu formulieren. Diese Ziele wurden maßgeblich von der ideologisch- politischen Stabilisierung der neuen britischen Regierung im Sudan beeinflusst. „Hierzu gehörte auch die Abschirmung und Isolierung der Sudanesen gegenüber dem anti-kolonialen arabischen Nationalismus und seinen potentiellen ägyptischen Propagandeauren im Verwaltungsapparat des Sudan.“<sup>297</sup>

Die koloniale Bildungspolitik der britischen Verwaltung hatte folgende Ziele:

- Es sollte eine kompetente Handwerkerklasse geschaffen werden, da es in dieser Zeit kaum solche Arbeitskräfte gab.
- Die Bildung sollte unter den Massen verbreitet werden, damit die Bevölkerung die Abläufe und Vorgänge der Regierung und ihres Handelns verstehen könnte.
- Eine kleine einheimische Verwaltungsklasse sollte geschaffen werden, so dass diese die Verwaltungsposten in Zukunft einnehmen könnte.
- Sudanesen sollten ausgebildet werden, damit sie die Ägypter in der Armee, Syrer und Libanesen in den unteren Verwaltungsrängen ersetzen könnten.
- Ein weiteres Ziel des Ausbaus des Bildungssystems war die Schaffung einer modernen politischen Elite, der auch traditionelle Führungsgruppen im Lande angehören sollten.

Der zögernde Aufbau des kolonialen Bildungswesens und der Politik im Sudan war widersprüchlich. Die Verwaltung war sowohl gegen islamische als auch missionarische Bildungseinrichtungen eingestellt. Diese Haltung basierte auf den Erfahrungen der britischen Kolonialherrschaft in Indien, wo viele Menschen ohne Rücksichtnahme auf die

---

<sup>297</sup> Tait, John, 1980, S. 46.

Arbeitsmarktsituation ausgebildet wurden. In der Folge waren massive Arbeitslosigkeit und eine große Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Kolonialregierung zu verzeichnen. Aus diesem Anlass sollten Bildungseinrichtungen und die Einschulungsquoten unmittelbar an die Arbeitskraftnachfrage des administrativen Apparates gekoppelt werden. Die (Aus-) Bildung der Masse der Bevölkerung war nicht vorgesehen, der Zugang zu Bildung wurde vielmehr abhängig von Loyalität und politischer Zuverlässigkeit durch Unterordnung ermöglicht oder verhindert.

Im Südsudan wurden für die Bildungseinrichtungen andere Ziele bestimmt. Hier sollte in erster Linie das Vordringen des arabischen Nationalismus und der arabischen Kultur unterbunden werden. Durch die Übertragung der Bildungsverantwortung an die Missionare sollte dieses Ziel erreicht werden. Arabisch als Unterrichtssprache wurde im Süden verboten. Das Verhältnis zwischen der Kolonialmacht Großbritannien und den Missionaren war durch ein „Gentleman Agreement“ bestimmt, denn einerseits sollten die Missionare die Verantwortung für die Bildung im Süden übernehmen. Andererseits wurden sie durch die Kolonialregierung bis circa 1940 nicht offiziell anerkannt. Für die Bildung im Südsudan hatte die Kolonialregierung folgende Ziele: „The Principal aim was to stop the process of Islamization while the proselytizing efforts of the missionaries were treated as being only of secondary importance. The government was not altogether successful in pursuing this policy. The missionaries complained, justifiably, about the government’s inconsistency and insisted that it was impossible to induce the southerners to learn English, as long as Arabic remained the official government language. Wingate admitted the soundness of these arguments and suggested introducing English as the Semi-Official language in the Bahr al-Ghazal. At the same time Wingate proposed introducing Sunday as a weekly holiday in the remote districts of the Bahr al-Ghazal and Mongalla provinces. He wrote that although he realized that the introduction of English and of the Christian Sunday might cause Muslim resentment, ... we must remember that the bulk of the inhabitants of both ... Provinces are not Moslems at all, that the whole of Uganda has accepted Christianity almost without a murmur, and that furthermore English is a very much easier language to learn than Arabic...“<sup>298</sup>

Im Norden des Landes sollten die Koranschulen weitergeführt werden. Sie wurden allerdings nicht in das organisierte Schulwesen aufgenommen. Die Förderung von Koranschulen wurde von einer Säkularisierung des Lehrplans abhängig gemacht. Die Errichtung eines islamischen Bildungszentrums - primär zur Lehrerausbildung – wurde nach drohenden sozialen Konflikten toleriert. In die Missionsschulen und Koranschulen wurden bis 1908 nur junge Männer

---

<sup>298</sup> Warburg, 1971, S. 83-84.

eingeschult. Die Bildung der Mädchen hatte sowohl in der kolonialen Bildungsstrategie als auch in den islamisch orientierten Koranschulen keinen Platz.

In der Zeit zwischen 1898 bis 1900 waren die britische und ägyptische Verwaltung im Sudan stark mit Fragen von Ordnung und Sicherheit beschäftigt. Bis dahin war das Militär auch in der zivilen Verwaltung eingesetzt. Ab 1901 wurden die ersten acht Zivilisten (britische Angehörige) in die sudanesisch öffentliche Verwaltung einschließlich Schulen eingestellt. Sie wurden als „Assistant Inspectors in the Provinces“ eingesetzt. Die britische Verwaltung war mit der Tätigkeit der Ägypter im Sudan nicht zufrieden: „Wingate’s belief that a substantial number of Egyptian officials and officers’ ... sympathize with the Turks, or at any rate they do not sympathize with the new protectorate nor the appointment of the Sultan ...’ The Pronounced fear of Egyptian nationalism and of its effects on the people of the Sudan, brought about a plan for the reorganisation of Gordon College which aimed at reducing the Egyptian teaching staff.”<sup>299</sup> In diesem Zusammenhang wurde Schritt für Schritt eine neue Bildungspolitik mit dem Ziel veranlasst, Sudanesen zu qualifizieren, um ägyptische und libanesisch Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst durch Sudanesen ersetzen zu können. 1903 wurde das Training des sudanesischen Personals durch Gouverneur Cromer verkündet: ”It is, to say the least, very difficult to govern any country properly without some administrative assistance from its inhabitants. In the Soudan the whole governing agency is practically foreign, for it must not be forgotten that the Egyptian is quite as much a foreigner as an Englishman ... I do not doubt, therefore, that Sir Reginald Wingate...will do all in his power to create a class of Soudanese who will before long be capable of filling some of the subordinate posts under the Government. High education is, of course, for the time being quite out of the question, but if we limit our ambition to reading, writing, and arithmetic we ought to be able to produce some satisfactory results...”<sup>300</sup>

Im Jahr 1905 wurde die Initiative ergriffen, Absolventen der britischen Hochschulen für die Dienste im Sudan zu gewinnen. Zwischen 1905 und 1916 wurden mehr als 50 Universitätsabsolventen, hauptsächlich aus Oxford und Cambridge sowie vom Trinity College, in der sudanesischen Zivilverwaltung eingestellt. Antragsformulare für die Aufnahme in den Öffentlichen Dienst im Sudan waren in allen britischen Universitäten ausgelegt. Für das Einstellungsverfahren war das so genannte „Appointment boards“, seinerzeit mit Sitz in Kairo,

---

<sup>299</sup> Warburg, 1971, S. 83-84.

<sup>300</sup> Warburg, 1971, S. 87 - 88.

verantwortlich.<sup>301</sup> Die hohen Positionen wurden von britischem Personal besetzt. Untere Grade der Verwaltung wurden von Ägyptern und Libanesen besetzt. Positionen, die keine Qualifikationen benötigten, standen für Sudanesen zur Verfügung. Bis Ende 1906 wurden mehr als 70 Absolventen in der zentralen Verwaltung und in den Provinzen aufgenommen. Mit diesem Ziel wurde ein Bildungssystem für die Sudanesen im Sudan ins Leben gerufen. In seinem ersten Jahresbericht legte der Direktor für Bildung Ziel und Zweck der Bildungsreform fest. Es sollte eine Grundausbildung, „artisan class“, etabliert werden, damit die Bevölkerung die Regierungsarbeit verstehen könnte. Um dieses Ziel zu erreichen, mussten Bildungsinstitute eingerichtet werden.

Nachdem die britische Kolonialverwaltung in Khartoum ihren langjährigen Widerstand gegen die Arbeitsaufnahme von christlichen Missionaren im Sudan und vor allem im Süden aufgegeben hatte, nahmen die Missionare ihre Tätigkeit auf. Erstes wichtiges Vorhaben war die Gründung von Schulen und Kirchen. Dieser Prozess der Gründung von Schulen konnte aus folgenden Gründen nicht schnell gewährleistet werden:

1. Der Sudan ist groß und dies erschwert die Kommunikation und damit die Arbeit.
2. Die größten Stämme des Sudans, nämlich die Nuer und Dinka, waren den christlichen Missionaren nicht zugänglich und damit war es sehr schwer, die Einflüsse der europäischen Kirchen auf das Nuerland und Dinkaland zu übertragen.
3. Im Vergleich zum Nordsudan stand der Süden wirtschaftlich schlechter da. Hier konnten die erforderlichen wirtschaftlichen Ressourcen für den Bau von Verwaltung, Schulen und Kirchen nicht erhoben werden.
4. Es gab mehrere Sprachen im Süden und daher hatten die Missionare Schwierigkeiten, eine Sprache als Kommunikationsmittel zu bestimmen. Da die arabische Sprache im Norden weiter entwickelt war, tendierten die Missionare zu Arabisch. Zugleich hatten sie Bedenken hinsichtlich der Einführung der arabischen Sprache im Südsudan.

Aus diesen Gründen bevorzugten die meisten europäischen Mitarbeiter der kirchlichen Missionare, im Nordsudan oder in ostafrikanischen Staaten wie Uganda und Kenia zu arbeiten. Interesse am Aufbau im Süden als Lehrer zeigten nur Ethnologen und Soziologen. Die Regierung im Sudan erwartete von den Missionaren nicht die Verbreitung des Christentums, sondern auch die Einführung von westlicher Zivilisation in verschiedenen Stämmen im Süden.<sup>302</sup> „From the

---

<sup>301</sup> Vgl. Warburg, 1971, S. 78,81

<sup>302</sup> Vgl. Beshir 1968, S. 30-31.

Government's point of view the work of the missionary societies was „rather that of civilizing agents than an attempt to at once introduce Christianity among the pagan tribes<sup>303</sup>“.

Auf der anderen Seite verfolgten die Kirchen andere Ziele als die Kolonialregierung. „The Christian missions were therefore expected to emphasise social and educational work rather than proselytism. The missionary societies on the other hand made proselytism their main object without neglecting the fact that education was a necessary part of their work. The establishment of a church in the South always went hand in hand with the opening of a school usually on the same premises<sup>304</sup>“. Zum Beispiel waren die römisch-katholischen Missionare finanziell gut ausgestattet und bereits vor der Wiederbesetzung 1899 im Sudan tätig. Sie waren schnell in der Lage, Kirchen und Schulen aufzubauen. Die Katholiken verfolgten folgende Politik: „If a native wishes to read he must first be baptised<sup>305</sup>“. Das heißt, wer lernen wollte, musste zunächst das Christentum annehmen. Für die Katholiken wurden die technische und industrielle Ausbildung als Unterrichtsfächer eingeführt. Die amerikanischen und britischen protestantischen Missionare legten Wert auf Lesen und Schreiben und hielten das für eine Voraussetzung auf Annahme des kirchlichen Glaubens. Unterrichtet wurden die afrikanischen Sprachen, die in den jeweiligen Gebieten eingesetzt worden waren. Später wurden Arabisch und Englisch als Unterrichtssprachen eingeführt. Arabisch galt als Handelssprache einiger großer Städte im Süden, wie Bahr al-Ghazal und Ober Nil. Einige Stämme im Südsudan, wie Dinka und Shilluk, hatten aufgrund ihrer Kontakte mit arabisierten Stämmen im Nordsudan so genanntes „Pidgin Arabic“ erlernt.<sup>306</sup> 1904 wurde Arabisch als Unterrichtssprache im Süden ausgenommen.

*„Wingate informed the Governor of Bahr al Ghazal that Arabic should not be taught to the non-Moslems in Bahr al Ghazal because it was not in the first place the language of the tribes there. He informed him that as Arabic contained references to the Prophet, and he was not at all keen to propagate Mohamedanism in countries in which that religion is not the religion of the inhabitants, English should be the language of instruction.“<sup>307</sup>*

Es gab jedoch auch Probleme, so u.a. mit der Umsetzung des Unterrichts der englischen Sprache. Die größte und mächtigste Gruppe der kirchlichen Gesellschaften, die Katholiken, waren Deutsche und Italiener und sprachen sehr schlecht Englisch und unterrichteten daher mit diesen Sprachproblemen. 1910 wurde entschieden, nur englische Muttersprachler als Lehrer zu

---

<sup>303</sup> Beshir, 1968, S. 31.

<sup>304</sup> Beshir, 1968, S. 31.

<sup>305</sup> Beshir, 1968, S. 31.

<sup>306</sup> Beshir, 1968, S. 32.

<sup>307</sup> Beshir, 1968, S. 32.



beschäftigen. Initiatoren dieser Politik waren Bischof Gwynne und Pfarrer A. Shaw. Im Namen der missionarischen Gesellschaften übermittelten sie dem Gouverneur-General Wingate im Sudan Folgendes: „If the Government would as far as possible encourage the use of English as the medium through which business with the natives could be transmitted, it would be an inducement on the part of the natives to learn our language and would give Christian missionaries some slight chance against the overwhelming advantages which Islam seems to have at present in the Southern Sudan<sup>308</sup>“.

Diese Bitte der missionarischen Gesellschaften, Englisch einzuführen, wurde zu der offiziellen Politik der Kolonialregierung im Südsudan. So wurde Englisch zur offiziellen Sprache des Südens. Dagegen wurde Arabisch als offizielle Sprache dem Norden überlassen. Diese Schritte teilten den Süden und Norden nicht nur sprachlich und politisch, sondern auch in Bezug auf das Entstehen von Eliten. Hier entstanden Elite, die entweder nur English oder nur arabisch sprechen und schreiben konnten.

#### Auswirkungen auf die Entstehung der sudanesischen Eliten

Südsudanesische Schüler besuchten vier Jahre lang die Grundschulen und für sechs Jahre die Hauptschulen (Intermediate). Nach Abschluss der Schule konnten sie zum Beispiel als Religionslehrer, Gerichtsmitarbeiter und Lehrer in den Schulen eingesetzt werden. Dieser Einsatz war von den missionarischen Gesellschaften im Süden nicht vorgesehen. Also wurden zwar Menschen ausgebildet, sollten aber ihre gelernten Beruf nicht ausüben. Im Norden zielte die Ausbildung auf Arbeitsaufnahme nach der Ausbildung. „The missionary societies had succeeded in laying the foundations, but failed to bring about a unity in the system, as each of them had a different policy. While education in the North was geared to employment, this was not the case in the South where it was geared to the spread of Christianity and the prevention of the southward spread of Islam. Educational policy and practice in the Southern Sudan was very different from that in the North.“<sup>309</sup>

Im gesamten Sudan lernten 1903 circa 600 Jugendliche in den Grundschulen. Unterrichtssprache war Englisch. Es gab nur die Primärschulbildung, die vier Schuljahre dauerte. In den Elementarschulen wurde Arabisch als Unterrichtssprache aufgenommen. In den Aufnahmeverfahren für Schulen stand jedoch nicht die Begabung der Schüler an erster Stelle,

---

<sup>308</sup> Beshir, 1968, S. 33.

<sup>309</sup> Beshir, 1968, S. 35 - 36.



sondern die soziale Stellung. So wurden z.B. Söhne lokaler Scheichs oder reicher Bürger im Aufnahmeverfahren bevorzugt. 1905 kostete der Besuch einer Sekundarschule circa 25 Prozent des Jahresgehaltes eines Ingenieurs. Diese Schulkosten konnten nur von circa einem Prozent der Bevölkerung im Sudan geleistet werden.

1906/07 wurden mehrere Workshops in Kassala, Omdurman und im Gordon College in Khartoum eingerichtet, um an diesen Institutionen Schüler als Metallarbeiter, Waldarbeiter, Steinarbeiter und Baumwollarbeiter auszubilden. 1908 konnten 54 junge Männer ihre Ausbildung mit Erfolg abschließen. Sie wurden alle je nach ihrem Fachgebiet eingestellt. Reiche sudanesishe Familien lehnten allerdings ab, ihre Kinder in solche Schulen zu senden. In der Folge begannen verschiedene Abteilungen, eigene Workshops zu gründen. Sudanesen wurden als Telegraphisten in einer Spezialschule in Khartoum trainiert. Die Dampfer- und Boot-Departments verfügten über 60 Auszubildende in ihren Workshops in Khartoum. 1908 wurden die ersten sudanesischen Jugendlichen für die Ausbildung zum „forest ranger“ nach Indien gesandt. Im Nordsudan wurden sechs Grundschulen (Primary schools) in den Städten Halfa, Suakin, Berber, Omdurman und Khartoum sowie in Wad Madani gegründet. Unterrichtet wurden Koran, Schreiben, Lesen, Mathematik und Geographie.

Während die Bildung im Südsudan sowohl von der Regierung als auch von christlichen Missionaren betrieben wurde, wurden im Norden die Aktivitäten von christlichen Missionaren durch die Kolonialverwaltung massiv behindert und sogar verboten. Die Sudanverwaltung unter Gouverneur Lord Cromer war gegen Christianisierung im gesamten Sudan, vor allem im Norden: „Missionary activities in the northern Sudan were strictly forbidden by Cromer. There was, however, one field where he had to give way, namely in Missionary education. As there was a fairly large Christian Community in Khartoum, the Catholic and the Presbyterian Missionary societies were allowed to open schools for their co-worshippers. The Church Missionary Society (CMS) could not then be stopped from opening a school too, though there were no children belonging to the Anglican denomination. All these schools, ostensibly set up for Christian children, in fact accepted Muslims too. Cromer´s basic belief was that missionary activities were the concern of private institutions and should not in any way be supported by the government. Furthermore, he believed that the Muslims would regard any activity undertaken by Europeans, let a lone English Missionaries, as a government-sponsored movement. These views were fully shared by Wingate, and remained government policy through his governor-generalship. Education was a subject on which Cromer had very definite views. He insisted that educational

policy should aim at providing a basic elementary education for the general masses. As for higher education, this was to be developed only as far as was necessary to supply manpower for government and private-sector jobs, while the primary aim was to extend technical training to as many youths as possible.”<sup>310</sup>

Im Nordsudan wurde es den Missionarsgesellschaften ermöglicht, medizinische Stationen oder Zentren zu gründen. Außerdem bekamen sie die Genehmigung, Schulen in den Muslim-Provinzen zu bauen. Den drei missionarischen Gesellschaften „The Verona Fathers“<sup>311</sup>, American Presbyterians<sup>312</sup> und CMS (Christliche Missionsgesellschaft)<sup>313</sup> wurde erlaubt, im Norden zu arbeiten. Vor der Genehmigung verpflichtete sich die CMS, „The Government Policy of non-proselytization“ einzuhalten. „Hence, although they opened schools and medical Stations in the north they concentrated their efforts in the southern, non-Muslim Provinces.”<sup>314</sup>

1903 wurden die Einschränkungen für die Missionare gelockert. Ihnen wurde erlaubt, Schulen im Norden zu eröffnen. Während des christlichen Unterrichts mussten muslimische Kinder vom Unterricht entfernt werden. Außerdem wurde ihnen erlaubt, innerhalb ihrer Zentren zu christianisieren.<sup>315</sup> Im Jahr 1903 gründete die CMS eine Mädchenschule in Khartoum. 1907 besuchte Lord Phipp (The Civil Secretary) alle Missionars- Schulen und stellte in seinem Besuchsbericht fest, dass alle muslimischen Kinder in den katholischen Schulen vom Religionsunterricht befreit waren. Erst 1908 wurden die Missionsschulen im Norden systematisch aufgebaut und gefördert. Die Verwaltung wurde schrittweise ausgebaut. Dies führte zum Bedarf an inländischen Fachkräften in Bereichen wie Landvermessung, Assistenzingenieuren und in den Handwerksberufen, was die Entwicklung des Schulwesens vor allem im Nordsudan beflügelte. Bis zum Jahr 1918 gab es 6.000 Schüler in den 73 Primärschulen. Eine berufsbezogene Sekundarschule existierte im Sudan, nämlich das Gordon Memorial College in Khartoum, das 1905 gegründet wurde. Jedoch gab es weder im Südsudan noch im Norden höhere Schulen.

---

<sup>310</sup> Warburg, 1971, S. 30-31.

<sup>311</sup> Diese römisch-katholische Gemeinschaft stammte hauptsächlich aus Österreich und begann ihre Tätigkeit im Sudan 1848. Während des Mahdi- Staats wurden ihre Aktivitäten untersagt und viele von ihnen inhaftiert. Nach der Wiedereroberung des Sudan waren „The Verona Fathers“ die ersten, die in den Sudan zurückkehrten.

<sup>312</sup> Die Amerikanische Presbyterianische Kirche kam im Jahr 1899 in den Sudan und baute ihre erste Kirche um 1901 in Sobat.

<sup>313</sup> Warburg, 1971, S. 25: Die CMS kam nach dem Tod von Gouverneur Gordon im Jahr 1885 in den Sudan. Anlässlich des Todes von Gordon sammelte die CMS in London ca. 3.000 britische Pfund, um die Gordon Memorial Mission im Sudan zu errichten. Seit der erneuten Besetzung des Sudan durch Großbritannien und Ägypten äußerten die Missionare den Wunsch, Kirchen in Nordsudan zu etablieren. Dies wurde von der Regierung abgelehnt. Trotzdem blieben die CMS- Mitarbeiter in Khartoum und bauten letztendlich ihre Hauptabteilung in Khartoum mit Unterstützung der Regierung des Sudans.

<sup>314</sup> Warburg, 1971, S. 25.

<sup>315</sup> Vgl. Warburg, 1971, S. 112 – 113.

Die einzigen Bildungsmöglichkeiten für Südsudanesen bestanden in der Militärverwaltung: „The three southern Provinces were not included in these educational schemes. The initiative taken by southern governors in establishing schools in their provinces was rebuked by Currie<sup>316</sup>, who feared that the schools would help in spreading Islam. The only educational facilities provided by the government for the inhabitants of the south were those required by the military administration. In 1903 the first thirty boys from the southern provinces were admitted to three years' course at Gordon College.“<sup>317</sup>

Ziel war es, die Zahl der südsudanesischen Offiziere zu erhöhen. Ein Jahr später wurde die Gründung einer militärischen Schule in Khartoum beschlossen. Hier sah man die Möglichkeit, Schüler aus dem Süden in der neuen Schule ausbilden zu können. 30 Absolventen staatlicher Schulen wurden in die militärische Schule „Cadets School“ für eine dreijährige Ausbildung aufgenommen. Nach Abschluss der Ausbildung wurden sie als Offiziere in die Armee eingestellt und lösten die ägyptischen Offiziere ab. „A special effort was made in the southern provinces to substitute Sudanese for the Egyptian Muslim army-clerks.“<sup>318</sup> 1914 wurden viele Absolventen der staatlichen Grundschulen in niedrigen Regierungsämtern und Ämtern der militärischen Verwaltung eingestellt.

Allerdings wurde die Bildungspolitik der Kolonialverwaltung von zahlreichen Bevölkerungsgruppen nicht mit Begeisterung aufgenommen. Es gab zwei Gründe für die Bedenken der Bevölkerung: erstens glaubten sie, dass die Regierung die christliche Religion in und durch die Schulen verbreiten wird. Zweitens wurden die Absolventen dieser Schulen gezwungen, als Offiziere in die Armee zu gehen. Diese Bedenken der Bevölkerung verlangsamten die erhoffte Entwicklung der Bildung im Sudan. Auf der anderen Seite sahen viele Eltern die (Aus-) Bildung ihrer Kinder als Chance für den Eintritt in Regierungspositionen.<sup>319</sup>

Im April 1911 wurde im Süden der Sonntag als Feiertag eingeführt. In den folgenden Jahren wurde Englisch als Amtssprache im Südsudan angenommen. Ab 1910 begannen die britischen Behörden mit ihrer aktiven „anti- islamischen Politik“. Diese Politik wurde durch die Missionare aktiv unterstützt, insbesondere im Bereich der Bildung. Denn die Bildung war im Südsudan Sache der Missionare.<sup>320</sup>

---

<sup>316</sup> Lord Currie war Direktor für Bildung im Sudan.

<sup>317</sup> Warburg, 1971, S. 90-93.

<sup>318</sup> Warburg, 1971, S. 90-93.

<sup>319</sup> Vgl. Warburg, 1971, S. 90-93.

<sup>320</sup> Sanderson, Passmore Lillian, 1980, S. 158.

Die Einführung der englischen Sprache im Süden war entscheidend für die Entwicklung zweier Bildungssysteme im Sudan. Sie setzte die Grundlage für die politische und administrative Entwicklung im Sudan, deren Auswirkungen noch bis heute wahrzunehmen sind. Für diese Maßnahme nannte die Kolonialverwaltung folgende Gründe:

„In adopting this policy the government believed that it was acting in the best interest of the inhabitants of the Sudan. The unhappy relations between the northern jallaba<sup>321</sup> and the southern tribes during the Turco-Egyptian period, and the raids of the Ansar<sup>322</sup> in the south during the Mahdi, were regarded as ample proof that separation was essential. An additional argument justifying this policy was forwarded by the first british inspector of the Lado Enclave, who argued that a complete separation of the south was required for the economic development of that area.“<sup>323</sup>

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918 änderte die Kolonialverwaltung im Sudan ihre Bildungspolitik, um einheimische Ressourcen zu mobilisieren. Zur neuen Bildungspolitik gehörte die Stärkung der lokalen Autoritäten nicht nur im Bereich der Bildung, sondern auch in der Verwaltung. Die erste Konzeption einer Bildung für die Mehrheit der Bevölkerung wurde nicht im Primärschulbereich verwirklicht, sondern vielmehr in den Koranschulen. Das erscheint widersprüchlich angesichts der Haltung der Regierung zum Säkularisierungsziel, das sie vorher vertrat. Durch die Förderung der Koranschulen stieg ihre Anzahl in der Zeit zwischen 1918 und 1930 von sechs auf 768 Schulen. Primärschulen, die zur Ausbildung von Verwaltungskräften dienten, wurden nicht ausgebaut, um ein Überangebot an Absolventen zu vermeiden. Bis 1926 war die Bildung im Südsudan ausschließlich in den Händen von Missionaren. Bis 1927 unterstanden die Missionare nicht der Regierungskontrolle.<sup>324</sup> “The government took little interest in education in the South and then only through financial and professional co-operation with the Missions.“<sup>325</sup> Ende 1927 wurde die Bildung im Süden schrittweise unter Aufsicht des Education Department gestellt. Die CMS erhielt dadurch staatliche Subventionen für Bildungsaktivitäten im Süden. In den folgenden Jahren wurde eine Aufsichtsperson (Education Resident Inspector) für den Südsudan einberufen. Schritt für Schritt interessierte sich die Kolonialverwaltung für die (Aus-) Bildung im Südsudan. So verabschiedete die Regierung eine Verordnung, durch die die CMS verpflichtet wurde, qualifizierte Lehrer in ihren Schulen

---

<sup>321</sup> Jallaba ist eine Bezeichnung für Araber im Sudan.

<sup>322</sup> Ansar sind Anhänger der ehemaligen Herren vom Nordsudan, der Mahdi.

<sup>323</sup> Warburg, 1971, S. 122-123.

<sup>324</sup> Vgl. Al-Khalifa, Al-Khatim, 1963, S. 35 ff.

<sup>325</sup> Al-Khalifa, Al-Khatim, 1963, S. 35 ff.

einzustellen. Damit verdeutlichte die Regierung den CMS, dass die Vermittlung von Lese- und Rechtschreibkenntnissen zum Studium der Bibel als nicht ausreichend betrachtet wurde. Das zentrale Problem des Bildungssystems im Süden war der Mangel an Koordination, da die einzelnen Missionarsgesellschaften keine Verbindung mit anderen CMS- Schulverwaltungen unterhielten.

In der Zeit zwischen 1920 und 1940 begann eine enge Zusammenarbeit zwischen den Missionarsgesellschaften und der Regierung Sudans unter anderem in Fragen der Bildung im Süden. Mehr Geld wurde unbürokratisch für die Bildungsarbeit der Missionare bereitgestellt. Die Kolonialverwaltung im Süden war mit der eigenen Arbeit dort nicht zufrieden. Im Südsudan wurde analog zu der Koranschulen- Regelung ein System der Förderung geschaffen, in dem Missionsschulen unterstützt wurden. Eine neue Lehrplanreform unter staatlicher Aufsicht wurde akzeptiert. Zusätzliche Unterrichtsfächer wie Hygiene, Stammesgeschichte, Geographie und Geschichte wurden eingeführt. Diese offizielle Kooperation der Regierung mit den Missionsschulen setzte die Expansion der Elementarschulen im Südsudan in Gang. Bis 1938 gab es im Süden nur 34 Primärschulen. Die anti- arabische Bildungs- und Kulturpolitik wurde in diesen Schulen weitergeführt.

1928 wurde eine spezielle Sprachpolitik im Südsudan veranlasst. Die englische und einheimische Sprachen (Vernacular Languages) sollten im Süden unterrichtet werden und wurden daher als Unterrichtssprachen im Süden zugelassen. Ebenso wurden Geschichte und Geographie im Süden als Unterrichtsfächer eingeführt. "The government 's determination to see this policy through event to the ridiculous extent of issuing directives prohibiting the use of Arabic names and warring the gallabia<sup>326</sup> in Southern Schools."<sup>327</sup>

Arabisch wurde als Amts-, Schul- und Regierungssprache des Südens abgeschafft. Katholische und evangelische Missionarsschulen wurden im Südsudan zugelassen. Dagegen wurden islamische Schulen und Moscheebauen und islamischer Unterricht im Süden verboten. Im Bundesland Bahr al-Ghazal erteilten die britischen Beamten nicht nur das Verbot der arabischen Sprache und der Praktizierung der arabischen Kultur, sondern vertrieben auch Afrikaner, die den Islam angenommen hatten, aus der Bahr Al-Ghazal (Kordofan und Darfur) im Jahr 1930. Begründet wurde dieser Schritt mit der Vermeidung von Kontakt zwischen Arabern und Südsudanesen. Bahr Al-Ghazal galt als Hochburg der Araber und Muslime, die sich dort seit Hunderten von Jahren niedergelassen hatten. Insgesamt war die britische Politik gegenüber dem Südsudan voller Widersprüche. Zum einen unterstützten sich nicht die soziale und wirtschaftliche

---

<sup>326</sup> Gallabia ist ein arabisches Kleidungsstück.

<sup>327</sup> Al-Khalifa, Al-Khatim, 1963, S. 36.

Entwicklung im Südsudan. Die wenigen Missionsschulen waren nicht in der Lage, technische Mitarbeiter, Soldaten, Lehrer und Angestellte, die das Land führen konnten, auszubilden. Bis zum Ende des 2. Weltkrieges gab es keine einzige staatliche Schule im Südsudan. Britische Beamte blockierten jede Art von Entwicklung in dieser Richtung. Auch private Initiativen, zum Beispiel für den Bau von Schulen u.a.m., wurden durch die Verwaltung verhindert. Das einzige von der Kolonialregierung initiierte Projekt im Südsudan war der Anbau von Baumwolle (cotton) im Azande Land 1945. Das konnte sich allerdings nicht weiterentwickeln, da die soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Südsudan hinter der Entwicklung des Nordsudans zurück blieb. Nach der Unabhängigkeit musste im Süden alles von Grund auf entwickelt werden. Das Bruttosozialprodukt (BSP) des Sudans lag im Jahr 1956 bei 119 Sudanesischen Pfund. Im Zentralsudan (Gezira Gebiet) lag es bei 71 Sudanesischen Pfund und dazu im Vergleich im Süden des Landes nur bei 12 Sudanesischen Pfund.

Um gegen die koloniale Bildungspolitik zu wirken, wurde durch einige nordsudanesischen Eliten die Initiative ergriffen, Privatschulen zu gründen. Die erste Privatschule wurde 1927 gegründet. Ziel dieser Initiative war die Absicht, ein einheitliches und arabisch- islamisches Bildungssystem zu etablieren. Dies konnte durch die Kolonialmacht nicht verhindert werden, da die Lobby für diese Gruppe groß war.

1932 wurde ein umfassendes staatliches Bildungssystem veranlasst. 1938 entschied das Education Department, das Bildungssystem im Süden zu entwickeln. Bis 1949 gab es keine staatlichen Schulen im Südsudan und auch heute sind zahlreiche Schulen im Südsudan unter dem Dach der christlichen Kirchen.<sup>328</sup> Die Regierung eröffnete daraufhin die erste staatliche Schule im Süden. Außerdem wurden für die Missionarsgesellschaften mehr Subventionen bereitgestellt, wodurch diese in der Lage waren, mehrere Schulen aufzubauen und qualifizierte Lehrer einzustellen. Die Regierung konnte durch die Vergabe von Subventionen Einfluss auf die Aktivitäten der CMS und die Qualität der Bildung nehmen. 1938 wurde der Stellvertretende Direktor für Bildung der Regierung im Südsudan mit Sitz in Juba etabliert.

1946 wurde das Bildungssystem im Süden maßgeblich geändert. Nordsudanesen gelangten schrittweise in die Verwaltung und übten damit Einfluss auf die Entwicklung im Sudan aus. Die Nordsudanesen waren insbesondere mit den Aktivitäten der Missionare im Bereich der Bildung und Christianisierung nicht zufrieden.<sup>329</sup> Ab 1946 durften keine neuen Missionarsschulen im Süden aufgebaut werden. Durch den neuen Bildungsplan 1938 und 1946 sollten

---

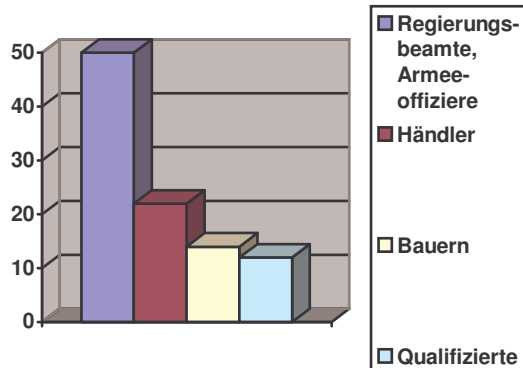
<sup>328</sup> Vgl. Beasley/ Starkey, ebd., S. 296.

<sup>329</sup> Vgl. Sanderson, 1980, S. 164-169.



Strukturprobleme „(...) als unmittelbare Folge der kolonialpolitischen Instrumentalisierung der Bildung (...)“ beseitigt werden. Diese wurden jedoch „(...) in das entstehende nationale Bildungssystem einprogrammiert (...)“ und prägten die sozialen und politischen Herrschaftsstrukturen in der nach- kolonialen Zeit entscheidend mit.<sup>330</sup>

„Der Zugang zu Bildungseinrichtungen und damit (im Rahmen einer starren Verbindung zwischen Schulabschlussniveau und möglicher Berufsposition) zugleich zu politisch-administrativen Schlüsselpositionen wie bereits bei der Gründung des Sekundarschulwesens, wies starke regionale und soziale Disparitäten der Schülerzusammensetzung auf, die sich bis zur Unabhängigkeit (1956) eher verstärkten als nivellierten. Die Aufschlüsselung der Schülerzahlen nach sozialer und regionaler Herkunft am Gordon College 1944 ergibt, dass auf die Provinzen Khartoum, Northern und Blue Nile zusammen 91,6 % aller Schüler entfielen, wobei Khartoum mit einem 5 % Anteil an der Gesamtbevölkerung allein 45 % der Schüler stellte. Nach Berufen der Väter entstammten 84% der Schüler Berufsgruppen, die Bildung zur Grundlage hatten: 50 % Regierungsbeamte und Armeeeoffiziere, 22 % Händler und 12 % qualifizierte Handwerker, dagegen nur 14 % Bauern.“<sup>331</sup>



Die Struktur des Bildungssystems im Südsudan basierte auf so genannten Dorfschulen („Village School“). Die Schulen auf Dörfern wurden aufgebaut, damit die Schüler in ihren Elternhäusern wohnen konnten. Zwei Jahre lang gingen die Kinder in die Schule und lernten Schreiben, Lesen, Mathematik und die Bibel. Hauptunterrichtssprache waren einheimische afrikanische Sprachen. Vier Jahre nach der Unabhängigkeit wurden die Dorfschulen nicht nur im Süden, sondern auch

<sup>330</sup> Tait, 1980, S. 46-49.

<sup>331</sup> Tait, 1980, S. 47-49.

im Norden aufgebaut. Nach Abschluss der zwei Jahre Dorfschule gingen die Kinder auf eine Internatsschule („Boarding School“) und lernten dort vier Jahre lang. Da es keine hohe Schule im Süden gab, war der Schulbesuch nach den vier Jahren zu Ende.<sup>332</sup> Bis 1950 gab es im Sudan nur drei anerkannte Intermediate Schools (für fortgeschrittene Anfänger). In der Kolonialzeit wurden die Elite und Führer des Sudans in den drei Intermediate Schools, darunter der Gordon Primary School, ausgebildet. Aus unterschiedlichen Gründen gab es bis Ende der 1960er Jahre kein wirkliches einheitliches Bildungssystem für den Gesamtsudan. Im Nordsudan stand die Schulbildung nicht nur unter staatlicher Aufsicht, sondern der Aufbau dieser Schulen war Sache des Staates. Aus diesem Grund war das Bildungssystem des Nordens im Vergleich zum Süden fortschrittlicher.

Vor der Unabhängigkeit des Sudans bestanden drei nebeneinander laufende Bildungssysteme, das staatliche, islamische und missionarische Bildungssystem. Bis heute wurde diese Entwicklung nicht abschließend überwunden.

Diese Bildungspolitik im Süden galt bis 1950. Kurz vor der Unabhängigkeit des Landes wurden Änderungen vorgenommen, da es der Kolonialverwaltung bereits bekannt war, dass Nord- und Südsudan einen vereinigten Staat bilden werden.<sup>333</sup> 1950/1951 wurde die Aufsicht über die Missionarsschulen intensiviert. Mehrere Beamte vom Ministerium für Bildung wurden in den Süden entsandt und es wurde mehr Geld für den Aufbau von staatlichen Schulen, nämlich den Elementary, Intermediate und Secondary Levels, zur Verfügung gestellt. 1951 wurde die Sprachpolitik geändert und Arabisch neben Englisch und einheimischen Sprachen in den Schulen im Südsudan eingeführt. Die Einführung der arabischen Sprache wurde mit der Absicht verbunden, die englische sowie die afrikanischen Sprachen im Süden abzulösen.

Während sich das Land im Jahr 1954 auf seine Unabhängigkeit vorbereitete, ließ sich ein rascher Ausbau der Bildungseinrichtungen in allen Zweigen erkennen. Diese Expansion ist dadurch zu erklären, dass das Land 1954 den so genannten „Selbstverwaltungsstatus“ erhalten hatte und damit Vorbereitungen für die Unabhängigkeit treffen durfte. Zusammenfassend kann Folgendes festgestellt werden:

Die moderne Bildung kam durch die britische Kolonialbesatzung im 19. Jahrhundert in das Land und liegt der Elitenbildung im Lande zu Grunde. Die Kolonialmacht wollte ihre Interessen, d.h. die effektive Kontrolle eines fremden Landes (Kolonie), durch den Aufbau einer geeigneten

---

<sup>332</sup> Vgl. Al-Khalifa, Al-Khatim, 1963, S. 37-40.

<sup>333</sup> Vgl. Sanderson Passmore, 1980, S. 163.



Verwaltung durchsetzen. Von einer politischen Neutralität der Verwaltung konnte zu dieser Zeit nicht gesprochen werden, da die Beherrschung der Kolonie im Vordergrund der Verwaltungsstrukturen stand. Dabei hinterließ Großbritannien Strukturen öffentlicher Verwaltung.

Im Bereich der Bildung wurde die britische Kolonialpolitik ebenfalls stark vom Ziel der ideologisch- politischen Stabilisierung der britischen Herrschaft im Sudan bestimmt. Großbritannien beabsichtigte die Ausbildung von Arbeitern und Handwerkern. Die Bildung sollte unter der Bevölkerung verbreitet werden, damit sie die Arbeit der Kolonialverwaltung verstehen könnte. Es war jedoch nicht geplant, der Mehrheit der Bevölkerung tatsächlich einen umfassenden Zugang zur Bildung zu ermöglichen. Daher gab es seitens der Kolonialverwaltung keine nennenswerten Aktivitäten im Bereich der staatlichen Schulausbildung, vor allem im Süden. Erklärte Aufgabe der Bildungsbemühungen war es hingegen, die politische Elite Sudans auszubilden, um sie in das britische Verwaltungssystem einbinden und um Ägypter, Syrer und Libanesen ablösen zu können. Es ist festzustellen, dass Großbritannien insgesamt sehr zögernd im Aufbau eines sudanesischen Bildungswesens war, was auf verschiedene Gründe, wie beispielsweise die negativen Erfahrungen der Kolonialverwaltung mit der Verbreitung von Bildung in Indien, zurückzuführen ist.

Die Politik der Kolonialverwaltung richtete sich einerseits gegen die Verbreitung von islamisch orientierter Bildung im Südsudan. Im Südsudan beabsichtigten die Kolonialherren, das Vordringen des arabischen Nationalismus und der arabischen Kultur zu unterbinden. Ab 1910 begannen die britischen Behörden im Südsudan mit ihrer anti- islamischen Politik, die von den christlichen Missionaren intensiv unterstützt wurde. Im Südsudan überließ man lange Zeit die Bildung den Missionaren, obwohl man deren Ausbildung als nicht ausreichend betrachtete. Erst zwischen 1920 und 1940 begannen erste Aktivitäten einer engen Zusammenarbeit zwischen den Missionarsgesellschaften und der Kolonialregierung. Andererseits wurden die Missionare im Norden des Landes lange Zeit in ihren Aktivitäten stark eingeschränkt und die Koranschulen gefördert. Vor der Unabhängigkeit des Sudans bestanden im Land drei nebeneinander existierende Bildungssysteme: (1) das staatliche, (2) das islamische und (3) das missionarische System. Dies betonte die Unterschiede zwischen Nord- und Südsudan nachhaltig. Der Zugang zum Bildungssystem war abhängig von der sozialen Stellung der Eltern und regional sehr unterschiedlich möglich.

Die modernen Bildungsstrukturen sind auf die Grundlagen der Kolonialverwaltung zurückzuführen (britische Hinterlassenschaft). Insbesondere hat sich die Einführung der

englischen Sprache im Sudan und insbesondere im Südsudan als sehr bedeutsam und nachhaltig für die Entwicklung zweier Bildungssysteme im Sudan erwiesen. Versuche der sudanesischen Regierungen, die englische Sprache abzuschaffen, scheiterten und werden sich auch in Zukunft als schwierig erweisen, da viele Generationen von dieser Sprache beeinflusst wurden und sie zur stammesübergreifenden Kommunikation nutzen. Bedeutsam in der kolonialen Sprachpolitik war auch das Recht von 1928, das bestimmte afrikanische Sprachen des Südsudans gleichberechtigt neben Englisch und Arabisch anerkannte, so dass diese in den Schulen gelehrt wurden. Ebenso langelig erwies sich die Einteilung des Südsudans unter den christlichen Missionaren während der Kolonialzeit in drei Zonen, nämlich: römisch- katholisch in Bahr el Ghazal, anglikanisch in der Region Equatoria und protestantisch in Upper Nile.

### **6.4.3 Vorbereitung des Sudans auf die Unabhängigkeit**

Erst kurz vor der Unabhängigkeitserklärung begannen die Kolonialmächte, die durch die seit Jahrzehnten praktizierte Politik der „Close District Order“ getrennten Landesteile Süd- und Nordsudan wieder zusammenzubringen. Beide Landesteile mussten nach Willen Großbritanniens einen neuen Staat Sudan bilden. *„British policy would have made sense if it had led to the separation of the south from the north, then either turning it into an independent state or attaching it to a neighbouring African country. Although an occasional British official suggested those solutions, they were never considered seriously. In 1946 the British formally acceded to pressure from northern politicians and the Egyptian government to keep the south within a united Sudan.“*<sup>334</sup>

Zunächst wurde 1947 die Juba- Konferenz mit dem Ziel einberufen, die Zustimmung des Südens zur Bildung eines Einheitsstaates mit Nordsudan offiziell zu gewinnen. Allerdings waren die Vorbereitung und die Entsendung von Vertretern des Südsudans merkwürdig. Denn für die Teilnahme an der Konferenz wurden mehrheitlich nichtausgebildete Südsudanesen durch die Kolonialverwaltung und Nordsudanesen und Ägypten ausgewählt. In der Konferenz wurde als Möglichkeit für die Zukunft des Sudans nur die Bildung eines Einheitsstaates bekannt gegeben. Dieser sollte vom Süden zugestimmt werden. Die 17 Teilnehmer aus dem Südsudan waren alle Mitarbeiter der Kolonialverwaltung aus den Bereichen Polizei, finanzierte Häuptlinge von Stämmen (Tribal Chiefs) oder Junior- Angestellte. Einige Teilnehmer aus dem Süden lehnten den Vorschlag ab, da sie unter anderem die Dominanz des Nordsudans befürchteten. Außerdem

---

<sup>334</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 34.

glaubten sie, dass der Süden Zeit benötigte, um sein Wirtschafts- und Bildungssystem voran zu bringen und dass dies vor der Bildung eines Einheitsstaates mit dem Nordsudan geschehen muss. Diese Ablehnung fand keine Berücksichtigung. 1948 wurden die Reisebeschränkungen für Araber und Muslime aus der „Close District Order“ aufgehoben. Der Bau von Moscheen wurde auch im Süden zugelassen. Die erste Moschee wurde 1948 in Juba gebaut. Dem Südsudan wurde versprochen, ihn gut an der zukünftigen Macht zu beteiligen. Zahlreiche nordsudanesischen Beamten und Angestellten im Öffentlichen Dienst sowie Lehrer wurden in den Südsudan geschickt, um ihre Dienste durchzuführen. Während bereits 1944 durch die Kolonialmacht Großbritannien eine Nationalversammlung für Nordsudan einberufen wurde, gab es im Dezember 1948 die erste gemeinsame Nationalversammlung (Legislative Assembly). 14 Prozent der Mitgliedersitze wurden für den Süden freigehalten. 1951 führte das Ministerium für Bildung ohne Zustimmung der Abgeordneten des Südens die arabische Sprache im Südsudan ein. Außerdem verordnete das Ministerium, dass von den Grundschulen bis zu den Hochschulen im Südsudan Arabisch unterrichtet wird. Vor der Unabhängigkeit wurden 1952 und 1953 sudanesischen Delegationen entsandt, um mit Ägypten die Frage der Unabhängigkeit abzustimmen. Insbesondere zu klären waren die Fragen der Einheit mit Ägypten und die Beziehungen zwischen Nord- und Südsudan. 1954 fand die „Sudanisierung“ des Öffentlichen Dienstes statt. Von 800 Stellen des gehobenen Dienstes (Senior administrative Posts) wurden nur sechs Südsudanesen berufen. Der Rest der Stellen wurde von Nordsudanesen besetzt. Die Stellen von Gouverneuren, stellv. Gouverneuren und District Commissioner (DC) durften im Nord- und Südsudan nur von Nordsudanesen besetzt werden. Dadurch fühlte sich der Süden rekolonialisiert, nicht von Großbritannien, sondern von Nordsudan. Nordsudan begründete die Benachteiligung des Südsudans wie folgt: *„Southerners lacked seniority, experience, and academic degrees; their lack of fluency in Arabic was an important, though unstated, factor. Collins terms that the >>single worst act of folly in the south,<< since southern had expected a quarter of the posts and this action confirmed their suspicions of northern intentions. Northern politicians stressed the rights of the numerical majority and formal equality for all citizens. In contrast, southern leaders stressed the need to protect the minority and the need to achieved equi*Tabelle *opportunities and access to economic and political goods. Each side felt it upheld a moral principle; the polarized perspectives deepened the conflict.*“<sup>335</sup> Die Gründe der Änderungen der britischen Politik gegenüber dem Südsudan lagen wohl vor allem im Bestreben Großbritanniens, seinen politischen Verbündeten Ägypten nicht zu verlieren. Ägypten wiederum hatte ein fundamentales Interesse

---

<sup>335</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 34.

daran, den Zugang des Südsudans zum Wasser des Nils zu kontrollieren als auch den Islam und die arabische Lebensweise im Sudan zu verbreiten, was nur in einem einheitlichen Staat Sudan gelingen konnte.<sup>336</sup>

Sudan kann in seiner politischen Geschichte nur auf wenige gute Erfahrungen zurückblicken. Seit 1956 steckt das Land in einer politischen und wirtschaftlichen sowie sozialen Krise. Die Mehrheit der Bevölkerung ist sozial marginalisiert, wirtschaftlich ruiniert und politisch zerstritten. Diese politische Teilung geht maßgeblich auf das Verhalten der sudanesischen politischen Führer zurück. Kalid hebt in diesem Zusammenhang in seinem Buch "The Government They Deserve: the role of the Elite in Sudan ´s Political Evolution" dazu hervor: "While Sudan deserves governments they worked for and deserved. From colonial times to the present day, the capacity for internal change has been the prerogative of this elite, indeed their preserve. In this book I shall deal with the Sudanese elite, of whom I am one, have brought upon themselves and upon the Sudanese people as a whole, and why those governments reflected the intellectual if not moral failures which have characterized that elite both in the days prior to, and after, the declaration of independence in 1956."<sup>337</sup>

Khalid konstatiert seit 1956 eine Dauerkrise im Sudan, deren Ausgang noch ungewiss ist. Diese Situation im Sudan könnte zur Desintegration der sudanesischen Nation führen.

Khalid nennt drei wesentliche Gründe für die Dauerkrise im Sudan:

- (1) Krise der Identität. Dabei geht es um die Frage, ob sich die Sudanesen als Volk und Staat als arabisch- islamisch oder als afrikanisch oder als eine Mischform wahrnehmen. „*Its inhabitants may call themselves Arabs, or Africans or, indeed, Afro-Arabs or Arabo-Africans; they profess a number of religions, including Islam and Christianity; they speak different languages and dialects and pursue a varied range of lifestyles, from the city dwellers to the nomadic tribes of the Sahara and the upper reaches of the Nile. All those diversities are evocative of the African continent.*“<sup>338</sup>
- (2) Krise der nationalen Einheit. Eine Nation wird als eine Gruppe Menschen verstanden, die durch ein gemeinsames Ziel vereinigt wird. Im Sudan fehlt im Moment die verbindende Klammer für alle Staatsbürger. Grundlage dieser nationalen Einheitskrise ist der

---

<sup>336</sup> Vgl. Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 34-35.

<sup>337</sup> Khalid, Mansour, 1990, S. 3.

<sup>338</sup> Khalid, Mansour, 1990, S. 4.

langjährige Bürgerkrieg, seine politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen sowie die Rolle der Elite.

(3) Die Unfähigkeit der politischen Elite zu regieren.<sup>339</sup>

## **6.5 Der moderne Sudan und seine Regierungen ab 1953**

Ab 1953 wurde die so genannte „Sudanisierung der Verwaltung“ durchgeführt. Diese bedeutet, dass verschiedene Ämter, die vorher nur von Briten und Ägyptern geführt wurden, an die Sudanesen übertragen wurden. Wenige Monate später wurden Parlamentswahlen durchgeführt und ein sudanesischer Premierminister, Ismail Al-Azhari, mit der Bildung einer Übergangsregierung beauftragt.<sup>340</sup> Im Januar 1956 wurde die Unabhängigkeit des Sudans erklärt. Seitdem wurde der Sudan von Sudanesen regiert.

Im Januar 1956 wurde der Sudan unabhängig. Der Südsudan bevorzugte zwar eine föderale Beziehung zwischen Nord- und Südsudan,<sup>341</sup> dieser Wunsch wurde durch die Elite im Norden allerdings abgelehnt. Da die Unabhängigkeit des Sudans nicht ein Prozess der Nationsbildung war, sondern ein Produkt der Kolonialverwaltung ist, begann im August 1955 der erste Bürgerkrieg zwischen islamischem Norden und dem christlichen Süden.<sup>342</sup> Von 1955 bis 1972 wurde zwischen Norden und Süden des Sudans 17 Jahre Bürgerkrieg geführt. Bis 1972 wurden circa 1,5 Millionen Sudanesen im Krieg getötet.

Eine Übersicht der Regierungschefs seit der Unabhängigkeit des Sudans ist im Anhang enthalten.

### **6.5.1 Zusammensetzung der Regierung unter Premierminister Ismail Al-Azhari**

(vom 06.01.1954 bis 04.07.1956)

#### Ismail Al -Azhari

Ismail Al-Azhari wurde 1900 in Omdurman- Sudan geboren. Er besuchte das Gordon Memorial College im Jahr 1919 (heute Khartoum University). Später studierte Al-Azhari an der American University from Cairo bis 1924.<sup>343</sup> Er gehörte zu den 5.000 Absolventen von Grundschulen, Realschulen und College, die den so genannten „Graduates General Congress (GGC)“ mit dem

---

<sup>339</sup> Vgl. Khalid, Mansour, 1990, S. 3.

<sup>340</sup> Vgl. Lobban Jr., Richard A., 2002, S. 331.

<sup>341</sup> Vgl. Beswick, Stephanie F., 1991, S. 191.

<sup>342</sup> Vgl. Johnson, Douglas H., 2003, S. 21.

<sup>343</sup> Vgl. Wittrock, Matthias, 1999, S. 388.

Ziel gründeten, die politischen Interessen der Sudanesen während der Fremdherrschaft zu vertreten. Ismail el-Azhari wurde zum Vorsitzenden des GGC gewählt. Al-Azhari wurde nach der Unabhängigkeit zum ersten Premierminister des Sudans bestimmt. Der GGC galt in der Zeit als Organisation der Elite im Nordsudan. El-Azhari war während der Unabhängigkeit Vorsitzender der Partei „National Unionist Party (NUP)“<sup>344</sup>, die die ersten Parlamentswahlen im Oktober 1953 mit 97 Mandaten gewannen.

El-Azhari war Mitglied im „The Northern Sudan Advisory Council“<sup>345</sup>, dessen Aufgabe die Beratung der britischen Kolonialverwaltung in bestimmten Fragestellungen war. Die NSAC wurde im Jahr 1944 gegründet.<sup>346</sup>

Bei der Wahl der Volksvertretung im November/ Dezember 1953 erzielten die sudanesischen Parteien folgende Ergebnisse, die zur Bildung der Regierung im Jahr 1955 führten:

Partei	Gewonnene Sitze
Nationale Unionspartei (NUP)	50
Umma- Partei	22
Süd- Partei	9
Sozialisten	4
Unabhängig	13
Zu den gewonnenen Sitzen kamen 20 ernannte Mitglieder hinzu: NUP: 16, Umma: 2, Südpartei: 2.	

Ismail Al-Azhari war der erste sudanesischer Ministerpräsident des unabhängigen Sudan nach den ersten Wahlen im November und Dezember 1953 und löste damit den britischen Gouverneur General Sir Robert Howe ab. Sir Howe war seit 1946 an der Macht im Sudan. Al-Azhari bildete und führte das erste sudanesischer Kabinett vom 06. Januar 1954 bis 04. November 1955, wobei er neben dem Ministerpräsidentenamt auch das Amt des Innenministers bekleidete.<sup>347</sup> Am 15.11.1955 bildete Al Azhari sein zweites Kabinett.

### Abdallah Khalil

<sup>344</sup> Vgl. Eprile, Cecil, 1974, S. 20 ff.

<sup>345</sup> Henderson, K.D.D., 1946, S. 33.

<sup>346</sup> Vgl. Eprile, Cecil, 1974, S. 50.

<sup>347</sup> Vgl. Internationales Handbuch 1954, 24/54, S.1-2/5.

Abdallah Khalil wurde 1888 im Nordsudan geboren. Khalil war von 1910 bis 1924 in der ägyptischen Armee. Nach Gründung der so genannten „Sudan Defense Force“ diente er dort von 1915 bis 1944. Er war der erste sudanesischer Staatsbürger, der die Position eines „Brigadier General“ in der Kolonialarmee erlangt hatte. Abdallah Khalil war nubischer Herkunft, d.h. er gehörte zu den so genannten „arabisierten Schwarzafrikanern“ des Sudans. 1944 wurde er zum „Advisory Council of the Northern Sudan“ ernannt, einen Rat für die Angelegenheiten des Nordsudans. Khalil war Gründungsmitglied der Umma- Partei im Jahr 1945 und wurde zum ersten Generalsekretär der Umma. Khalil arbeitete eng mit der Kolonialregierung zusammen. Er wurde 1947 Minister für Agrarwirtschaft. Khalil war Führer der so genannten „Legislative Assembly“ im Jahr 1948. 1953 wurde er Abgeordneter und zum Ministerpräsidenten und Nachfolger des Ministerpräsidenten Ismail Al-Azhari gewählt. Er war der Ministerpräsident und Verteidigungsminister bis das Staatsreich durch General Ibrahim Abboud im November 1958<sup>348</sup>. Er gehörte der Umma- Partei an und bekam den Posten des Ministerpräsidenten und Verteidigungsministers im Juli 1956. Er löste die von der DUP geführte Regierung ab.<sup>349</sup> Khalil war zuvor Außenminister des Sudan unter Premierminister Mahgoub. Er regierte das Land vom 07. Juli 1956 bis 17. November 1958. Khalil war der Nachfolger der Regierung von Ismail el-Azhari.

#### Mohamed Ahmed Mahgoub

Mohamed Ahmed Mahgoub wurde im Jahr 1908 im Nordsudan geboren. Er galt als führender sudanesischer Politiker und Intellektueller. Er studierte am „Gordon Memorial College“, der heutigen Khartoum- Universität und absolvierte dort das Studium der Rechtswissenschaften. Er war Führer der sog. „Hashimab Gruppe“ der Intellektuellen und Schriftsteller. Mahgoub war auch während des Kampfes für Unabhängigkeit des Sudans sehr aktiv und gehörte zum „Graduates Congress“, einer Vereinigung von sudanesischen Freiheitskämpfern und Intellektuellen während der Kolonialzeit. Er wurde 1953 in das Parlament gewählt und gehörte der „Constitutional Commission“ an. Mahgoub war sudanesischer Außenminister von 1956 bis 1958 während der Regierung von Abdallah Khalil. Er war weiterhin Ministerpräsident der Koalitionsregierung zwischen der Umma und der National Unionist Party (NUP) von 1965 bis 1966. Zum zweiten Mal war Mahgoub von 1967 bis 1968 Ministerpräsident des Sudans nach Rücktritt der Regierung<sup>350</sup> von Saddig Al-Mahdi 1966.<sup>351</sup>

---

<sup>348</sup> Vgl. Lobban Jr., 2002, S. 153.

<sup>349</sup> Vgl. Internationales Handbuch 1958, 8/58, S.-1-2/11.

<sup>350</sup> Vgl. Lobban Jr., 2002, S. xlvii



## 6.5.2 Einfluss der Bildungspolitik ab 1956 auf die Entwicklung der sudanesischen Elite

Der Sudan bekam am 01. Januar 1956 seine Unabhängigkeit und wurde damit selbst zuständig für die Weiterentwicklung und Gestaltung der Bildungspolitik. Das Interesse an Schulen und Hochschulen war sehr hoch. Denn es fehlte qualifiziertes Personal, das die Arbeit in der Verwaltung, in Schulen und Finanzbehörden erledigen konnte. 1956 lag die Rate der Analphabeten sehr hoch. Das Versagen der britischen Kolonialverwaltung, Bildung zu vermitteln, wird als wichtiger Grund für den Analphabetismus im Sudan gewertet. Der Sudan und Nigeria gehörten zu den britischen Kolonien in Afrika, die unter der schlechten Bildungspolitik Englands besonders zu leiden hatten. Hier hatte der Staat Sudan und seine Elite und Führung versagt und war genauso verantwortlich für den Analphabetismus wie die Kolonialverwaltung. Mit mehr Bemühungen durch sie könnte die Lage der Bildung nach vierzig Jahren Unabhängigkeit anders aussehen.<sup>352</sup>

Finanziell war der neue Staat Sudan nicht in der Lage, mehrere neue Schulen oder Hochschulen zu gründen. Denn der Krieg im Süden und die militärische Machtergreifung verhinderten langfristige Planungen. Die beiden Bildungssysteme in Nord- und Südsudan konnten nicht vereinigt werden.

Nach der Unabhängigkeit versuchte 1957 die Regierung Sudans, das Bildungssystem im Süden von den Missionarsgesellschaften zu übernehmen. Mehrere Schulen wurden zwangsweise verstaatlicht. Damit wollte man ein einziges Bildungssystem für den unabhängigen Sudan schaffen. 1950 übergaben die ausländischen Missionare ihre Schulen an die sudanesischen Christen. Bis 1957 wurden die Missionarsschulen verstaatlicht.

Nach der Unabhängigkeit wollte man die sudanesische Verwaltung und Bildung reformieren und anpassen. Ende der 1950er Jahren galt in der sudanesischen öffentlichen Verwaltung das Prinzip der Unparteilichkeit: "The Sudan Civil Service that emerged at independence in 1956 operated on the principle that it should be politically neutral and ready to serve loyally any government that came to power. Until 1969 it was basically a career service whose members enjoyed perment tenure of office. In spite of interference from time to time, especially under military rule from

---

<sup>351</sup> Vgl. Lobban, 2002, S. 180ff.

<sup>352</sup> Vgl. Lyons, 1968, S. 1.



1958 to 1964, the principles of political neutrality and security of tenure were general accepted.”<sup>353</sup>

An der Bildung und Ausbildung hatte man nach der Unabhängigkeit ein großes Interesse, da die Quote der Analphabeten sehr hoch lag und man dringend ausgebildetes Personal für den Aufbau des Landes und die Übernahme der Verantwortung in der Verwaltung, den Schulen und den Finanzen benötigte.

Die politischen Unruhen im Land, die kurz nach der Unabhängigkeit begannen, trugen allerdings erheblich zu den Problemen in der Verwaltung und beim Aufbau des Bildungssystems bei. Aufgrund dieser Schwierigkeiten wurde versäumt, eine „politisch neutrale“ Verwaltung aufzubauen. Die Qualität der Dienstleistungen und des Service sank erheblich. Die verschiedenen Bildungssysteme des Nord- und Südsudans konnten nicht vereinigt werden.

Der Ausbruch des Bürgerkrieges im Südsudan im August 1955<sup>354</sup> erschwerte jedoch beträchtlich die Umsetzung der staatlichen Bildungspolitik im Südsudan. Außerdem waren die christlichen Missionargesellschaften, vor allem „The Catholic Mission“, nicht bereit, ihre Schulen zu verstaatlichen. Sie verlangten, dass Christen auch weiterhin religiösen Unterricht erhalten konnten. Diese Forderung wurde von der sudanesischen Regierung unter der Leitung von Muslimen im Norden abgelehnt. Im Laufe der Bildungsexpansion wurde das ehemalige Gordon College im Jahr 1955 zur Universität von Khartoum erhöht. Seit 1947 galt dieses einzige College im Land als vorbereitende Einrichtung für akademische Studiengänge, die aber nur an der Universität von London abgeschlossen werden durften. 1956 erhielt das Gordon College in Khartoum die Lizenz zum University College und war damit die einzige Hochschule, um qualifizierte Menschen für die Verwaltung auszubilden<sup>355</sup>. Ab 1960 wurde das Khartoum University College zur Universität erhöht.

Zwischen 1956 und 1957 waren circa 802 Studenten an der Universität von Khartoum eingeschrieben. Zwischen 1968 und 1969 stieg die Zahl der Studenten auf 3448. Im Jahr 1955 wurde auch die Khartoum Branch of the University of Cairo gegründet. In den oben genannten Jahren schrieben sich 422 bzw. 4.595 Studenten ein. Außerdem studierten in den Jahren 1966, 1967 circa 6.000 Studenten an technischen Fachhochschulen. 3.000 Studenten befanden sich in Lehrerbildungsanstalten.

---

<sup>353</sup> Aguda, 1972, S. 333.

<sup>354</sup> Vgl. Hermann, 1995, S. 56-63.

<sup>355</sup> Vgl. Norris, 1983, S. 56-57.

Nach der Unabhängigkeit waren 20 Prozent der Grundschüler im Internat untergebracht. Auf der Realschulebene lebten 50 Prozent der Schüler im Internat und auf den Gymnasien 75 Prozent. Auf Hochschulebene lebten alle Studenten im Internat. Die Kosten für Schulen und Internate waren sehr hoch für einen jungen Staat wie den Sudan. Diese führten dazu, dass wenige Kinder eingeschult werden konnten.

Im März 1958 wurden Parlamentswahlen im Sudan durchgeführt, an denen sich folgende Parteien beteiligt haben. Das sudanesische Parlament bestand aus 173 gewählten Mitgliedern.

Name der Partei	Anzahl der gewonnenen Sitze	Bundesland, aus der die Partei stammt
Nationale Unionspartei (NUP)	45	Nordsudan
Umma- Partei	68	Nordsudan
Volkspartei	31	Nordsudan
Unabhängig	4	Nordsudan
Liberale und Andere	25	Nordsudan
Ernannte Mitglieder <sup>356</sup>	20	

**Tabelle 2**

Nach der Wahl wurde Abdullah Khalil zum Premierminister des Sudans von der Umma Partei mit der Regierungsbildung beauftragt. Die Regierung vom 20.03.1958 ist im Anhang dargestellt.<sup>357</sup>

### **6.5.3 Der Sudan unter General Ibrahim Abboud (1958 – 1964)**

1958 wurde die sudanesische Regierung von Ministerpräsident Abdullah Khalil (07.07.1956-17.11.1958) durch einen Staatsstreich aufgelöst. Die Armee unter General Ibrahim Abboud bildete nun ein Kabinett.

#### Ibrahim Abboud

<sup>356</sup> Die ernannten 20 Mitglieder verteilten sich wie folgt: Umma=14, NUP=5, Demokratische Volkspartei=5, Südsudan=6.

<sup>357</sup> Vgl. Internationales Handbuch, 1958, S. 1-2

Ibrahim Abboud wurde im Jahr 1900 im Nordsudan, in Donglo, geboren. Er studierte am Gordon Memorial College in Khartoum. Später besuchte er The Khartoum Military College (Khartoum Militäarakademie) und diente ab 1925 in der „Sudan Defense Force“. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er 1954 zum General ernannt. Ministerpräsident Abdallah Khalil ernannte ihn zum Kommandanten der sudanesischen Streitkräfte. Da die Koalitionsregierung von Umma und der DUP zahlreiche Probleme im Land hatte, unter anderem, um den Krieg im Süden und die wirtschaftliche Situation in Ordnung zu bringen, führte Abboud am 17.11.1958 einen erfolgreichen Staatsstreich durch und ernannte sich zum Präsidenten und Ministerpräsidenten des Landes. Abboud bildete eine Regierung, die fast ausschließlich aus Militärgenerälen bestand. Nach der Machtübernahme verbot er alle Parteien und Gewerkschaften. Die Abboud-Regierung führte massiv einen Krieg gegen den Süden. Ihre Politik lautete: „Ein Land, eine Sprache und eine Religion“. Mit Gewalt versuchte Abboud, eine Islamisierungs- und Arabisierungspolitik des Sudans vor allem in den Jahren 1958 bis 1964 durchzusetzen. *"With independence, adherents of ethnic nationalism sought to promote the country 's Muslim-Arab identity. General Ibrahim Abbud (1958-1964) Arabized administrative and educational Systems in the south and expelled foreign Christian Missionaries"*<sup>358</sup>.

1962 verabschiedete seine Regierung den so genannten „Missionary Societies Act“, ein Gesetz, mit dem alle im Sudan tätigen Christen ausgewiesen wurden. Arabisch wurde zur Amtssprache erklärt und mehrere Koranschulen wurden im Süden gegründet.<sup>359</sup> Die Regierung von Abboud wurde im Oktober 1964 durch Volksdemonstrationen gestürzt. Ibrahim Abboud starb 1983.<sup>360</sup>

Das Kabinett der Armee unter General Abboud ist im Anhang dargestellt.<sup>361</sup>

Im Jahr 1963 wurde der Sudan von einem so genannten Obersten Staatsrat (Supreme Council of State) geführt. Dieser Rat regierte das Land neben dem Regierungschef. Die Zusammensetzung des Obersten Staatsrates enthält der Anhang.<sup>362</sup> Dieser Oberste Staatsrat wurde 1964 durch Staatsstreich aufgelöst. Eine Übersicht über die Mitglieder der Regierung von Ibrahim Abboud bis zum 30.10.1964 ist dem Anhang zu entnehmen.

---

<sup>358</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 22.

<sup>359</sup> Vgl. Christmann 1995, S. 120.

<sup>360</sup> Lobban, 2002, S.2-3.

<sup>361</sup> Vgl. Munzinger- Archiv/ Internationales Handbuch, Sudan , 9 / 63, S. 19.

<sup>362</sup> Vgl. Munzinger- Archiv/ Internationales Handbuch, Sudan, 14 / 65, S. 22.

#### **6.5.4 Arabisierung und Islamisierung der Bildungspolitik und Eliten unter General Ibrahim Abboud**

Ab 1961 war es die offizielle Bildungspolitik der sudanesischen Regierung, das Bildungssystem zu arabisieren. Viele Missionare wurden ab 1961 aus dem Sudan ausgewiesen. Der „Missionary Societies Act“ von 1962 gab der Regierung im Sudan das Recht, Genehmigungen zur Aufnahme von Arbeit durch Missionare ohne Grund zu widerrufen und Missionare auszuweisen. 1964 wurden alle Missionare aus dem Sudan ausgewiesen, was nicht nur die Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden belastete, sondern die aus den unterschiedlichen Entwicklungen entstandenen Probleme weiter verschärfte. Denn es wurden nicht nur die Missionare ausgewiesen, sondern auch allgemein die Aktivitäten der Christen im Land während der Herrschaft von General Abboud (1958 bis 1964) massiv eingeschränkt. Nach Willen des Ministeriums für Bildung sollten alle Grundschulen im Sudan arabisiert werden, Arabisch musste als Hauptunterrichtsfach eingeführt werden. Die arabische Sprache und islamische Religion wurden in Elementary und Intermediate Schulen zwangsweise eingeführt. Lokale afrikanische Sprachen wurden nicht mehr unterstützt. Diese Maßnahmen wurden als gegen den Südsudan gerichtet betrachtet und führten zu einer Verschärfung des Krieges bis 1972. Einige Schulen im Südsudan (junior elementary schools) wurden ausgenommen, da es noch keine qualifizierten arabischen Lehrer gab. In diesen durften weiterhin afrikanische Sprachen unterrichtet werden bis qualifiziertes Personal für die Aufgabe zur Verfügung stand. Englisch wurde als zweite Sprache eingestuft. Auf der Seniorebene (Post-intermediate Level) und auf der Ebene der Universität durfte die englische Sprache als Hauptunterrichtsfach (language of instruction) weiterhin geführt werden. Alle Schulen wurden nach Geschlecht getrennt. An der Universität und an technischen Instituten wurden jedoch alle Geschlechter ohne Trennung zugelassen.

Im Süden konnte die Koordination verbessert und die Bildung erweitert werden.

In den 1960er Jahren gab es den so genannten „4-4-4- Plan“, um das Schulsystem zu strukturieren. Zuvor existierte kein vergleichbares, einheitliches System. Gemäß des neuen Plans sollten die Schüler auf akademischem Gebiet die Schule wie folgt besuchen, für

- Vier Jahre Grundschule (elementary),
- Vier Jahre die Intermediate oder Junior Secondary School und
- Vier Jahre das Senior Secondary level (Gymnasium).

Nach dem Besuch der Senior Secondary School konnte das sudanesisches Abitur abgelegt werden, das sich in eine technische oder geistige Richtung einteilen ließ.

Wenn man die Intermediate School erfolgreich abschließen konnte, bestand für die Schüler die Möglichkeit, eine zweijährige Lehrerausbildung anzuschließen. Die Institute Bakht-er-Ruda, Shendi, Dilling und Maridi boten solche Lehrerausbildungen für Jungen, junge Männer an. Mädchen, junge Frauen konnten eine solche Ausbildung in Omdurman und Wad Medani absolvieren. The Higher Education Teacher Training Institute in Omdurman bot eine vierjährige Lehrerausbildung an. Nach Abschluss dieses Kurses konnten die Absolventen als Lehrer in Secondary Schools eingesetzt werden.

Bis 1964 konnten die meisten der Reformvorhaben nicht umgesetzt werden. In den folgenden Jahren empfahl die Weltbank eine rasche Reform im Bildungsbereich und insbesondere die Erweiterung der Bildung im Sudan. So diskutierte man u.a. auch den „4-4-4- Plan“ und Möglichkeiten zur Reform, zum Beispiel durch die Veränderung in ein 6-4-4-System. Aufgrund finanzieller Erwägungen empfahl die Weltbank jedoch beispielsweise die Beibehaltung des „4-4-4- Plans“ und die Reform des „4-4-4- Plans“ wurde daraufhin nicht umgesetzt.<sup>363</sup> Der „4-4-4- Plan“ blieb daher bis zur Machtübernahme durch Numeiri gültig.

Nach dem Sturz der militärischen Regierung unter General Ibrahim Abboud am 30. Oktober 1964 wurde eine Übergangsregierung durch Serr Al- Khatim Al- Khalifa gebildet. Die Mitglieder sind im Anhang dargestellt.<sup>364</sup>

### **6.5.5 Die Ära von General Gaafar Mohammed El Numeiri von 1969 bis 1985**

Am 25.05.1969 kam das Militär unter General Gaafar Mohammed El Numeiri durch Staatsstreich an die Macht.

#### Gaafar Mohamed Al-Numeiri

Gaafar Mohamed Al-Numeiri wurde 1930 in Dongola, Nordsudan geboren. Sein Vater arbeitete als Bürobote. Numeiri absolvierte seinen militärischen Dienst zunächst im Sudan. Am 25. Mai 1969 führte er einen Staatsstreich gegen die Regierung unter Premierminister Mohammad Ahmed Mahgoub durch. Numeiri ernannte sich zum Präsidenten des Landes und zum Premierminister. Nach der Machtübernahme verbot Numeiri alle Parteien im Land und regierte Sudan mit einem so genannten „Revolutionsrat“. In den 1970er Jahren gründete Numeiri eine eigene Partei, die Sudanesische Sozialistische Union (SSU). 1972 schloss das Regime von Numeiri das berühmte

---

<sup>363</sup> Vgl. Gannon, Edmund J., 1965, S. 323 - 330.

<sup>364</sup> Vgl. Munzinger- Archiv/ Internationales Handbuch, Sudan, 50 / 64, S. 21.

„Addis Abeba Abkommen“ mit dem Südsudan. Damit wurde der 17 Jahre andauernde Krieg zwischen Juba und Khartoum beendet. Da Numeiri keine Unterstützung der von ihm verbotenen Parteien bekam, wandte er sich 1970 an die Sudanesische Kommunistische Partei und erhielt ihre Unterstützung.

Mit dem Namen Numeiri verbinden sich in der sudanesischen Geschichte folgende Ereignisse:

- Der Friedensschluss mit dem Südsudan/ Adis- Abeba- Abkommen von 1972,
- Die Einführung des Scharia- Rechts im Sudan,
- Die einseitige Abschaffung des Friedensabkommens<sup>365</sup> vom März 1972 und die Teilung des Südsudans in kleine Verwaltungseinheiten,
- Zahlreiche Tötungen von Sudanesen sowohl im Norden als auch im Süden des Landes durch Numeiri.<sup>366</sup>

Der Sudan wurde vom 25.05. bis 28.10.1969 von einem „Obersten Revolutionsrat“ unter Numeiri regiert. Numeiri ernannte sich zum Präsidenten des Landes und berief General Abul Gasim Mohamed Ibrahim zum Vizepräsident und Rechtsanwalt Abel Alier zum Zweiten Vizepräsidenten und Präsidenten des „Hohen Exekutivrates für den Südsudan“. Zum Dritten Vizepräsidenten und Außenminister berief Numeiri Rashid Al-Tahir Bakr. Präsident Numeiri bildete seine Regierung sechsmal um.

#### Beendigung des Ersten Sudanesischen Bürgerkrieges durch das Addis- Abeba- Abkommen 1972

Der Erste Sudanesische Bürgerkrieg wurde durch den Friedensvertrag von Addis- Abeba in Äthiopien im März 1972 beendet. Eine Autonomieregierung und Religionsfreiheit wurden sowohl für den Südsudan als auch für den gesamten Sudan garantiert.<sup>367</sup> Damals gingen viele Sudanesen davon aus, dass durch den Friedensabschluss der Konflikt im Sudan für immer beendet wäre.

*„The Addis Ababa Agreement of 1972 ended a civil war that had raged in the Sudan for seventeen years. It did by granting an ostensible autonomy to the Southern region under the term of a pact that many regarded as a triumph of Statesmanship; certainly, African leaders of the day hoped this document would end one of the continents, s longest civil wars. However, this study will demonstrate that the Addis Ababa Agreement was at best only a palliative, domed in advance*

---

<sup>365</sup> Vgl. Alier, 1990, S. 225.

<sup>366</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/IH- Länder aktuell 41/84, S.1-2/19.

<sup>367</sup> Vgl. Mattes, Hanspeter, 1993, S. 160.

*because the prevailing social and economic probably have failed.”<sup>368</sup> „The Addis Ababa Agreement of 1972 ended this war, finally granting autonomy to the southern region under a European-style system of parliamentary democracy under the southern Provinces Regional government act, which purported to give the south regional autonomy within a united Sudan.”<sup>369</sup>*

1973 nahm die Autonomieregierung ihre Tätigkeit auf und verabschiedete zahlreiche Gesetze. Der Südsudan versuchte, das britische parlamentarische System umzusetzen und zu praktizieren. Der Friedensvertrag von 1972 wurde allerdings durch den Präsidenten Gafaar Mohammed Al-Numeiri im Jahr 1983 einseitig abgeschafft. Damit wurde der Zweite Sudanese Bürgerkrieg provoziert.

Im Anhang sind beispielhaft zwei der von Numeiri konstituierten Regierungen dargestellt, zum Ersten das Kabinett von Numeiri ab 10.09.1977<sup>370</sup> und zweitens das am 01.02.1979 umgebildete Kabinett.<sup>371</sup>

Bei der Umbildung der Regierung von Numeiri wurden einige Ministerien umbesetzt und andere Ministerien zusammengelegt. Diese Maßnahmen hingen mit den Unruhen innerhalb der „Einheitspartei“ von Numeiri zusammen. Einige Mitglieder des Politbüros der Partei wurden inhaftiert.<sup>372</sup>

### Rashid Al Tahir Bakery

Rashid Al Tahir Bakery wurde 1930 in Karkoj, im Bundesland Blauer Nil geboren. Nach dem Abitur studierte er Jura an der Universität von Khartoum. Nach dem Studium war er zunächst als Anwalt beschäftigt. Er war von August 1976 bis September 1977 sudanesischer Ministerpräsident. 1979 wurde Tahir Bakery zum Außenminister der Regierung Numeiri ernannt. Er war Mitglied der DUP- Partei<sup>373</sup>. Tahir Bakery stammt wie Numeiri aus dem Nordsudan. Seine Jura- Ausbildung an der berühmten Khartoum Universität und seine Mitgliedschaft in der DUP ermöglichten ihm den Aufstieg in den Kreis der sudanesischen Elite.

### Bona Malwal

Bona Malwal wurde 1938 im Südsudan geboren. Er studierte Journalismus in den USA und Großbritannien. Malwal entwickelte sich zum führenden Politiker nicht nur des Südens, sondern

---

<sup>368</sup> Beswick, Stephanie F., 1991, S. 191.

<sup>369</sup> Beswick, Stephanie F., 1991, S. 192.

<sup>370</sup> Vgl. Munzinger- Archiv/ Internationales Handbuch, 1979, S. 1-2/ 12.

<sup>371</sup> Munzinger-Archiv/International Handbuch 1980, S. 1-2.

<sup>372</sup> Munzinger-Archiv/International Handbuch 1980, S. 1-2.

<sup>373</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/Internat. Handbuch 12/80, S.1-2/13 u.14.



im gesamten Sudan. Er war Chefredakteur einer der wenigen englischsprachigen Zeitungen im Sudan, „Vigilant“. Nach dem Friedensvertrag von „Addis Abeba“ im Jahr 1972 wurde er zum Stellvertretenden Minister für Information und Kultur bis 1973 ernannt. Von 1973 bis 1976 wurde er zum Staatsminister im Ministerium für Information und Kultur bestellt. Von 1976 bis 1977 war er Minister für Information und Kultur des Landes. Dort gründete Bona Malwal das internationale englischsprachige Magazin „Sudanow“. Nach dem Staatsstreich der Islamisten im Sudan unter General Omer Hassan Ahmed Al-Bashir 1989 ging Bona Malwal ins Exil nach Großbritannien und gründete dort die Zeitschrift „The Sudan Democratic Gazette“<sup>374</sup>. Bona war enger Vertrauter des Rebellenführers der SPLM/ SPLA<sup>375</sup>, Dr. John Garang de Mabior. 1999 kündigte er seine Zusammenarbeit mit John Garang auf und kehrte in den Sudan zurück. Seitdem zählt Malwal zu den Kritikern von John Garang.

#### Al-Gizouli Dafalla

Al-Gizouli Dafalla war Arzt, bevor er in die Politik ging. Dr. Dafalla wurde zum Übergangsmministerpräsidenten 1985 bis 1986 bestimmt und war damit der Nachfolger des „Transitional Military Council“, des Militärischen Übergangsrates unter Vorsitz von General Surwar Al-Dahab<sup>376</sup>. Er stammte aus den Gewerkschaften.

#### Abdullah Hassan Al-Turabi

Abdullah Hassan Al-Turabi wurde in Kassala im Norden des Sudans im Jahr 1932 geboren. Al-Turabi ist verwandt mit dem religiösen Lehrer Scheich Hamad Al-Turabi. Dr. Hassan Abdullah Al-Turabi hat Rechtswissenschaften an der Universität von Khartoum studiert. Er erwarb 1957 in London den Master- Abschluss. 1962 beendete Al-Turabi seine Doktorarbeit an der Universität Sorbonne in Paris. Er war aktives Mitglied der „Muslim Bruderschaft“ und deren Sprecher. 1964 wurde er in das Parlament gewählt. Al-Turabi war Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Khartoum. Er wurde 1979 während der Numeiriregierung zum Justiz- und Staatsanwaltschaft ernannt. Er war Initiator der Einführung des islamischen Systems und vor allem der Scharia- Rechte im September 1983. Von 1992 bis 1999 war er Parlamentssprecher der regierenden islamischen Partei „National Congress“. Al-Turabi ist der Vorsitzende des „Popular National Congress“. Seit 2001 ist er inhaftiert.<sup>377</sup> Turabi hat maßgeblich zu der Einführung der

---

<sup>374</sup> Vgl. Lobban, 2002, S. 183.

<sup>375</sup> Sudan People Liberation Movement and Sudan People Liberation Army

<sup>376</sup> Vgl. Lobban, 2002, S. 112.

<sup>377</sup> Vgl. Lobban, 2002, S. 297-298.

Scharia beigetragen und die Unterscheidung zwischen Muslimen und Nichtmuslimen besonders betont.

Im März und Juni 1980 bildete Präsident Gaafar Mohamed Numeiri seine Regierung erneut um. Die Mitglieder sind im Anhang aufgelistet.<sup>378</sup> Am 24.11.1981 erfolgte die nächste Umbildung durch Numeiri (siehe Anhang)<sup>379</sup>. 1981 bildete Numeiri nicht nur sein Kabinett um, sondern löste die sudanesisch Nationalversammlung mit 151 Abgeordneten auf. Im Februar 1982 ernannte Numeiri ein neues 144- köpfiges Parlament, mit dem der Versuch unternommen wurde, Vertreter aller Interessensrichtungen im Land (mit Ausnahme der Kommunisten) aufzunehmen. Nach Zerschlagung der inneroppositionellen Gruppen im Norden und einer Phase der Ruhe und Konsolidierung zeichneten sich 1981 wieder wachsende Spannungen zwischen dem arabischen und islamischen Norden und dem christlich- afrikanischen Süden ab. Diese führten auch zur Auflösung des regionalen Parlaments und dem Präsidenten der Autonomiebehörde „Hoher Executivrat für den Südsudan“.<sup>380</sup>

### Der Beginn des Zweiten Sudanesischen Bürgerkrieges 1983

Im Mai 1983 brach der Zweite Sudanesisch Bürgerkrieg aus. Die SPLM wurde gegründet und führte den Krieg hauptsächlich aus dem Südsudan und Äthiopien. In den 1980er Jahren konnte der militärische Flügel der politischen Bewegung, die SPLA, 80 Prozent des Territoriums des Südens unter ihre Kontrolle bringen. Ende der 1980er Jahre trug die SPLA den Krieg in den Norden, Westen und Osten des Landes. Mehrere Menschen aus den oben genannten Gebieten traten der SPLA bei und führten Krieg gegen die Regierungen in Khartoum. Der Anführer der SPLA war John Garang de Mabor, ein Christ aus dem Südsudan und Colonel in der sudanesischen Armee sowie promovierter Wirtschaftswissenschaftler. Seine Vision war die Schaffung einer gerechten Gesellschaft im Sudan, in der Religion, Rasse oder Herkunft keine Rolle mehr spielen. Diese Vision nannte er „New Sudan“.<sup>381</sup>

Am 01. Mai 1984 wurde erneut die Regierung durch Präsident Numeiri umgebildet (siehe Anhang).<sup>382</sup> Ziel der oben genannten Umbildung war eine Verbesserung der Bekämpfung von

---

<sup>378</sup> Vgl. Munzinger- Archiv/ Internationales Handbuch, 1981, S. 1-2.

<sup>379</sup> Vgl. Munzinger- Archiv / Internationales Handbuch 1981 und 1982, S. 1-2/ 15, 16.

<sup>380</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/ Internationales Handbuch 1982, S. 1-2, 16.

<sup>381</sup> Vgl. Biel, M. R.: Der Sudan zwischen Krieg und Frieden, 2002.

<sup>382</sup> Vgl. Munzinger- Archiv/ ICH- Länder aktuell 1984, S. 1-2.

Korruption und Opportunismus. Außerdem sollte das islamische Recht Scharia im ganzen Sudan eingeführt und auch die Verwaltungsarbeit effektiver gestaltet werden.<sup>383</sup>

### Abel Alier

Abel Alier wurde 1933 in Bor im Südsudan geboren. Er besuchte die Schule in Wad Saidna, Nordsudan und Rumbek im Süden. Alier studierte Rechtswissenschaften an der Khartoum Universität im Sudan. Er studierte auch an der Yale Universität in den Vereinigten Staaten von Amerika. Abel Alier erhielt die Doktorwürde der Universitäten Juba und Khartoum. 1965 war er Richter im Sudan und der erste Richter aus dem Südsudan. Von 1971 bis 1973 war er Minister für Südsudan- Angelegenheiten. Nach dem Friedensvertrag von Addis Abeba 1972 wurde er 1980 bis 1981 zum Vizepräsidenten<sup>384</sup> von Numeiri und zum Präsidenten des „Hohen Exekutivrats für den Südsudan“ ernannt.

Von seinen Kritikern wurde Abel Alier vorgeworfen, die Stammespolitik zu betreiben und einzelne Stämme zu bevorzugen und andere zu benachteiligen. Dies führte zu Unruhen unter den Südsudanesen und half dem Norden, die Autonomieregierung im Südsudan abzuschaffen. Dennoch wurde Alier von Vielen anerkannt.<sup>385</sup>

### Lawrence Wol Wol

Lawrence Wol Wol gehörte zu den bekannten sudanesischen Politikern. Er stammt aus Bahr Al-Ghazal im Südsudan. Lawrence Wol Wol studierte in Deutschland und Frankreich und erlangte seine Doktorwürde in Frankreich. Neben seinem Studium war er Vertreter der Befreiungsbewegung für den Südsudan (Southern Sudan Liberation Movement (SSLM)) und Repräsentant für diese Organisation in Europa. Er war Chefredakteur der „Voice of the Southern Sudan“ in London. Dr. Wol Wol gehörte zum Verhandlungsteam des SSLM, das das Abkommen von 1972 abgeschlossen hat. Nach dem Friedensvertrag wurde er zum Minister für Planung ernannt. 1973 wurde er in das südsudanesisches Parlament gewählt („Southern Sudan Regional Peoples Assembly“). 1976 wurde er zum sudanesischen Botschafter in Uganda und 1984 zum Gouverneur für Bahr Al-Ghazal bestellt. Dr. Wol verstarb 1996 an einer Krankheit.<sup>386</sup>

## **6.5.6 Das Bildungssystem und die Elitenbildung unter General Numeiri**

---

<sup>383</sup> Vgl. Munzinger- Archiv/ICH-Länder aktuell 1984, S.1-2

<sup>384</sup> Vgl. Munzinger- Archiv/Internationales Handbuch aktuell 17/77, S.-1-2/

<sup>385</sup> Vgl. Alier, 1990, S. 12 ff.

<sup>386</sup> Vgl. Lobban, 2002, S. 313.

Das Regime von Präsident Gaafar Mohamed Al-Numeiri versuchte nach der Machtübernahme am 25. Mai 1969, das sudanesisches Bildungswesen wesentlich zu reformieren. Das bisherige Schulsystem vor Numeiri bestand aus dem so genannten „4-4-4-System“. Das Numeiri-Regime änderte dieses System und führte ein „6-3-3-System“ ein.

- Die Schuldauer bestand nun aus
- sechs Jahren Primary School,
- drei Jahren Junior Secondary School
- drei Jahren Senior Secondary School (hier konnte die Abiturprüfung abgelegt werden).

Nach der Primary School hatte der Schüler die Möglichkeit, sich für eine Schule je nach Interesse und Leistung in technischer oder geistiger Richtung zu entscheiden. Daneben bestand die Gelegenheit zu einer Ausbildung, zum Beispiel als Bankangestellter oder Metallarbeiter. Dieses Schulbildungssystem wurde zum großen Teil von der Kolonialzeit übernommen und wird nach wie vor im Sudan praktiziert.

Ziel der Bildungsreform von Numeiri waren erhoffte Einsparungen in den Ausgaben für Bildung durch Verkürzung der Schuljahre, zum Beispiel in den Sekundarstufen. Außerdem sollte die Primärschulbildung intensiviert werden, damit die hohe Verlernrate der Lese- und Schreibfähigkeiten der Schulkinder vermieden werden konnte. Bereits bei der Einführung dieses Schulsystems wurde heftige Kritik von sudanesischen Wissenschaftlern geübt. Sie bezweifelten den Erfolg dieses Vorhabens, da nach ihrer Meinung dieses System nur gelingen könnte, wenn weitere Maßnahmen, z.B. zur Entwicklung und Förderung der Bildungsinhalte, folgen würden. 1969 wurde eine Differenzierung der Sekundarstufe II in technische und akademische sowie in Lehrerbildungszweige eingeführt. Trotz dieser Differenzierung wurden mehr Schüler in die technischen Zweige, z.B. in den Jahren 1970 und 1977, aufgenommen. Der Unterricht beinhaltete mehr naturwissenschaftliche Einheiten. Durch national einheitliche Prüfungen wurden die Übergänge von einer Schulstufe zur anderen gewährleistet. Es gab Zulassungsquoten. Die Anzahl der Prüfungspunkte bestimmten die Bildungschancen der jeweiligen Schüler. In den Städten gingen die Kinder und Schüler bis Mittag in die Schule und kamen dann nach Hause. Im ländlichen Raum gab es dagegen mehr Internate. Mehr als 50 Prozent der Sekundarschüler lebten in Internaten. Kindern mit schlechten Schulabschlüssen stand noch die Möglichkeit offen, Privatschulen zu besuchen, die allerdings Geld kosteten. Für den Schulbesuch insgesamt mussten die Sekundarstufe I und II bezahlt werden. Für die Bildungschancen war der Lehrstandard der jeweiligen Schule entscheidend.

„Ungleichheit der Bildungschancen entsteht darüber hinaus bereits durch den sehr unterschiedlichen Leistungsstandard der Primarschulen in den Städten, der sich deutlich in den Prüfungsergebnissen niederschlägt und offensichtlich auch von der Qualität des Wohngebietes, in dem sich die Schule befindet, abhängt.“<sup>387</sup>

Für die Lehrbildung wurden folgende Aufnahmevoraussetzungen bestimmt:

- Bewerber für die Tätigkeit als Primärschullehrer mussten die Sekundarschule I und vier Jahre Lehrerausbildung nachweisen.
- Wer an der Sekundarschule I lehren wollte, musste über den Abschluss der Sekundarstufe II und zwei Jahre Lehrbildung verfügen.
- Abgeschlossene Universitäts- oder Fachhochschulausbildungen ermöglichten die Arbeit als Lehrer in der Sekundarstufe II.
- Zwischen 1970/ 71 waren alle Schulstufen mit Lehrern unterversorgt.

Die Bildungsreform im Sudan konnte wegen des Krieges im Südsudan leider nicht vollzogen werden. Die Beendigung des Bürgerkrieges im März 1972 bot dem Sudan die Möglichkeit, die lang erwarteten Vorhaben der Bildungsreformen zu realisieren. Die Autonomie- Regierung im Südsudan konnte neue Schulen, Institute und Hochschulen ins Leben rufen. Religionsinstitute wurden nach dem Abkommen etabliert. Dort sollten wieder, wie seinerzeit von der Kolonialverwaltung bevorzugt, die einheimischen Sprachen trainiert werden. Lehrer für einheimische Sprachen sollten im Süden wieder ausgebildet werden, um diese Aufgabe wahrzunehmen. Folgende afrikanischen Sprachen sollten in Grundschulen (Klassen 1-3) als Hauptunterrichtsfach zugelassen werden:

- Baria,
- Dinka,
- Nuer,
- Kresh,
- Lotuho,
- Moru,
- Shilluk,
- Zande und

---

<sup>387</sup> Tait, 1980, S. 45 ff.

- Ndogo.

Das Autonomie- Parlament im Südsudan verabschiedete 1974 ein Gesetz zur Wiedereinführung der afrikanischen Sprachen in den Schulen im Süden gemäß des 1928 festgelegten Rechts, nach dem diese Sprachen wie die englische und arabische Sprache anerkannt wurden.<sup>388</sup> Auf der Ebene der Grundausbildung (Pre- University Education) wurden afrikanische, englische und arabische Sprachen als Hauptunterrichtsfächer im Südsudan zugelassen. Außerdem wurde die arabische Sprache in der Verfassung des Sudans und Südsudans als Amtssprache für den gesamten Sudan anerkannt. Englisch wurde als Hauptsprache für den Südsudan in die Verfassung der Republik Sudan aufgenommen.

### Finanzierung der Bildung im Sudan

In den Jahren 1973 und 1974 betrug das Bildungsbudget 46,3 Millionen Sudanesische Pfund (1 Sudanesisches Pfund entsprach in dieser Zeit circa 2 US- Dollar). 39 Prozent der Summe wurden für Primärbildung, 15 Prozent für die Sekundarstufe I und 7,7 Prozent für akademische Zweige der Sekundarstufe II ausgegeben. Außerdem wurden 15 Prozent für universitäre und Fachhochschulbildung investiert. 21 Prozent der Gelder gingen in die zentrale und lokale Bildungsverwaltung.



■ Primärbildung
■ Sekundärstufe 1
■ Sekundärstufe 2
■ universitäre und Fachhochschulbildung
■ zentrale und lokale Bildungsverwaltung

1965 betragen die Bildungsausgaben nur 2,7 Prozent der genannten Summe. 1970 lagen die Ausgaben bei 4,5 Prozent und im Jahr 1974 bei 8,0 Prozent.

<sup>388</sup> Im Gesetz von 1928 wurden zunächst nur die Sprachen Nuer, Dinka, Zande, Shilluk und Lotuho als Unterrichtsfächer in Grundschule zugelassen. „The medium of instruction at higher levels of education, from the primary three onwards, was to be English. In addition, English was made the principle language of the Southern Sudan, while Arabic was made the principle language of the northern Sudan.” Nyombe, B.G.V., 1994, S. 11.

Der Sechsjahresplan, der in den Jahren 1977 und 1978 sowie zwischen 1982 und 1983 begonnen wurde, zählte zu den wichtigen und umfassenden Bildungszielen und – strategien im Sudan. Als Ziele dieser Reform wurden unter anderem formuliert:

Vollständige Einschulung in den Primärschulen sollte bis 1990 erreicht werden.

Bis 1983 sollten 87 Prozent Jungen und 62 Prozent der Mädchen eingeschult werden.

Um das zu gewährleisten, müssten circa 5.466 neue Schulen erbaut werden.

Neben dem Ausbau von staatlichen Schulen sollten die Koranschulen erweitert werden.

Um die bestehenden regionalen Ungleichheiten zu vermindern, sollten mindestens 260 Schulen der Sekundarstufen I erbaut und möglichst auf alle Regionen des Landes verteilt werden.

Die Kapazitäten sollten sich nicht mehr am Bedarf weiterbildungswilliger Primärschulabgänger orientieren, sondern höhere Bildungsgänge sollten verstärkt und aufeinander abgestimmt werden.

Zugleich sollte die Bildung der Sekundarstufe II verstärkt werden. Es war vorgesehen, Schulen mit landwirtschaftlichen und technischen sowie mit wirtschaftswissenschaftlichen Sektionen einzurichten. Auch hier sollten regionale Ungleichheiten der Schulstandorte berücksichtigt werden.

Im Jahr 1977 verfügte die Hauptstadt Khartoum allein über mehr als 40 Schulen, während der Südsudan mit mehr als 10 Millionen Einwohnern nur 13 Schulen besaß. Im Ost- und Westsudan sah die Lage 1977 in Bezug auf Schulen nicht besser als im Süden aus. Also bestand die Notwendigkeit, regionale Verteilungen der Schulen vorzunehmen.

Anlass für die Reform waren die schlechten Arbeitsmarktbedingungen für Absolventen der höheren Bildung und der Mangel an handwerklich- technischen Facharbeitern, die das Land in der Zeit unbedingt benötigte. Zwischen 1978 und 1979 mussten jedoch einige Ziele der Bildungsreform, wie z.B. der Ausbau von Primärschulen und die Entakademisierung der Sekundarschulbildung, aufgrund finanzieller Schwierigkeiten zurückgenommen werden. Der Ausbau der Sekundarstufe I war von diesen Schwierigkeiten nicht betroffen.

In der Sekundarstufe II wurden mehr als 47 Schulen mit akademischem Lehrplan erbaut. Auf dem Plan der Reform stand auch die Errichtung von mehreren Zentren für berufliche Bildung, zunächst für Schulabgänger der Primär- und Sekundärstufe I. Außerdem wurden für die Primärschüler in circa zehn Provinzen 180 handwerkliche Bildungszentren geplant. Für die Sekundarschulabgänger sollte dagegen der Besuch der so genannten Industrieschulen gefördert werden, mindestens acht Schulen sollten dafür gegründet werden. Weiterhin wurde beschlossen, mehr in die berufliche Bildung zu investieren.



Mit der Bildungsreform sollte ein zentrales Problem des Landes angepackt werden: der Analphabetismus. Mehr als 60 Prozent der Bevölkerung war in den 1970er Jahren nicht in der Lage, ihren Namen zu schreiben. Das Sudanesisches Bildungsministerium nahm dieses Problem in die Bildungsreform auf und startete eine „*Alphabetisierungskampagne*“ mit dem Ziel, die Analphabetenrate bis 1983 von 80 Prozent auf 30 Prozent zu reduzieren. Leider ist es der Regierung nicht gelungen, dieses Ziel zu erreichen. Diese Niederlage der Regierung Numeiris war damit verbunden, dass sie mit der Abschaffung der Partizipation der traditionellen Führer und der seit Jahren das Land regierenden Parteien UMMA und DUP keinen Zugang zu den traditionellen Führern und den ihnen zugeordneten Gebieten fanden. Mehr als 85 Prozent der Bevölkerung Sudans lebte in der Zeit im ländlichen Raum und hatte keine Verbindung zu den großen Städten, wo Politik und Entscheidungen der Regierung fielen. Ein anderes Problem, das zu der Nichtrealisierung des Vorhabens beitrug, waren die finanziellen Schwierigkeiten.

Außerdem wurden mit der Reform der Schulbildung folgende Ziele verfolgt:

- Frauen und Mädchen sollten im Rahmen des Rechts der Frau auf Bildung unterstützt werden.
- Bei der Entwicklung von Lehrplänen und der organisatorischen Form der Bildung sollte Wert auf die Verbindung von Theorie und Praxis und Wissenschaftlichkeit gelegt werden.
- Die höhere und universitäre Bildung sollte stärker für eine berufliche Qualifizierung entwickelt werden.
- Naturwissenschaftliche und technologische Studiengänge sollten ausgeweitet werden.
- Insgesamt wurden diese Ziele der Reform verfehlt. Dennoch kann die Zielrichtung als gut bewertet werden.<sup>389</sup>

Einige Jahre nach der Unabhängigkeit wurden zahlreiche Studien durchgeführt, die eine Vielzahl von bildungsorganisatorischen und pädagogischen Problemen im sudanesischen Bildungswesen aufdecken konnten. Folgende Probleme wurden u.a. in den Studien festgehalten:

- Die Arabisierung der Sekundarstufe,
- Die Probleme der Bildungsplanung,
- Die Lehrerausbildung,
- Die technische Erziehung und der Lehrplan.

---

<sup>389</sup> Vgl. Tait, 1980, S. 46-47.

Trotz dieser Feststellungen wurden jedoch keine nennenswerten Veränderungen der Situation vorgenommen. Wichtige Fragen, wie die der inhaltlichen Bedeutung der Ausbildung für die zukünftige Beschäftigungssituation oder die Mängel in der technisch-beruflichen Bildung, wurden nicht behandelt.

Dass das Bildungssystem aus der Kolonialzeit ohne größere Reformationen übernommen wurde, hatte verschiedene Konsequenzen für das Bildungswesen im Sudan zur Folge:

Erstens war das Bildungsprinzip kumulativ geworden, d.h. die Art des Abschlusses spielte keine entscheidende Rolle. Bedeutsam hingegen war die Länge der Bildungsgänge. Der Hauptwert des Abschlusses bemaß sich an der Möglichkeit, die nächsthöhere Schulstufe zu besuchen. Infolge dessen ergab sich eine systematische Abwertung der Lehrerbildung in technisch-beruflicher Bildung. In den 1970er Jahren war die Tendenz wahrzunehmen, dass nicht-naturwissenschaftliche und nicht-wirtschaftswissenschaftliche Studienfächer bevorzugt wurden. 1971 lag das Verhältnis zwischen Studienanfängern der Geisteswissenschaften und den Naturwissenschaften bei 2:1. Dieses Verhältnis hat sich in den 1980er Jahren relativiert und lag bei 1:1. Das sudanesisches bildungsplanerische Ziel lag bei einem Verhältnis von 3:7. In den Jahren 1977/78 waren mehr als 50 Prozent der Absolventen an der Kairo-Universität in Khartoum im Öffentlichen Dienst beschäftigt. Viele von ihnen studierten nicht, um eine Stelle zu erlangen, sondern um ihre Beförderungschancen und Lohnbedingungen zu verbessern.

Das kumulative Bildungsprinzip führte zur Zersplitterung der Arbeitsteilung und Zuständigkeit innerhalb des sudanesischen Hochschulwesens. Zwischen den Jahren 1976 und 1977 wurden circa 7.600 Studenten an der Universität von Khartoum immatrikuliert. Khartoum war die einzige Hochschule im Sudan, die über ein naturwissenschaftliches Fächerangebot verfügte. Mit der Gründung der Universitäten von Juba und Wad Medani 1977 verbesserte sich das Studium der Naturwissenschaften, so dass im selben Jahr 11.500 Studenten an der Universität von Kairo in Khartoum studierten. Die im Jahr 1965 gegründete Islamische Universität in Khartoum konnte nur 1.000 Studienplätze anbieten, wobei dieses Angebot auf philologische und gesellschaftswissenschaftliche Fächer beschränkt blieb. Im Vergleich zur Universität von Khartoum war das Niveau hier sehr niedrig. Außerdem wurde festgestellt, dass mehr als die Hälfte aller sudanesischen Studenten im Ausland studierten. Bildungswirksame, am Arbeitsmarkt orientierte Reformen wurden nicht veranlasst. So kam es beispielsweise 1965 zur Arbeitslosigkeit von Absolventen der geisteswissenschaftlichen Fachrichtungen. Daraufhin wurde im Jahr 1966 ein Sonderfonds zur Einstellung von arbeitslosen Sekundar- und Hochschulabsolventen im Öffentlichen Dienst eingerichtet bzw. fortgesetzt. Diese Maßnahmen wurden 1970 offiziell

aufgehoben. In der Praxis ist diese Behandlung von Hochschulabsolventen allerdings noch zu finden, d.h. diese Gruppe hat weiterhin das Recht, in der öffentlichen Verwaltung beschäftigt zu werden, auch wenn keine entsprechenden Stellen vorhanden sind. Damit handelte es sich um eine politisch- staatliche Entscheidung, nicht mehr.<sup>390</sup>

Die öffentliche Verwaltung (Civil Service) steht seit 1958 unter politischem Druck. Die militärischen Regierungen unter General Ibrahim Abboud von 1958 bis 1964 und von General Gaafar Mohamed Al Numeiri 1969 bis 1985 vernichteten alle Bemühungen und Ansätze, eine politisch unabhängige, neutrale öffentliche Verwaltung zu etablieren. Die Verwaltungsmitarbeiter wurden gezwungen, parteilich zu agieren. Bei Nichtmitarbeit wurde ihre Zuverlässigkeit in Frage gestellt. Einige kompetente Mitarbeiter der Verwaltung wurden entlassen, weil sie nicht kooperativ mit der Partei arbeiteten. Stattdessen wurden nichtqualifizierte und unerfahrene Beamte und Angestellte in die Verwaltung eingesetzt.

„The public service in all its branches was involved in the destructive competition, being incited or manoeuvred into taking sides, or being purged for alleged disloyalty.“<sup>391</sup>

Bei der Einstellungspolitik standen nicht die Qualifikation, Erfahrungen und Kompetenzen der Bewerber im Vordergrund, sondern die Kooperation der Mitarbeiter mit dem Regime. Da Einstellungen im Öffentlichen Dienst aus politischen Gründen erfolgten, wurden zu viele Personen in die Verwaltung eingestellt. Dadurch ergaben sich verschiedene Probleme der Kommunikation und Koordination zwischen den verschiedenen Abteilungen.<sup>392</sup> Löhne und Gehälter wurden fast ausschließlich während politischer Unruhen erhöht, ohne Rücksicht auf die Frage, ob genügend Finanzen dafür zur Verfügung standen oder nicht.

„Between 1958 and 1969, the government was changed from civilian to military, then to civilian, and again to military rule. With each change the civil service was purged and the country lost many of its able administrators and professionals. They were purged in the time they were gaining experience after they replaced the British professionals and administrators.“<sup>393</sup>

Seit den Militärregierungen von General Abboud und Numeiri kristallisierte sich heraus, dass sich die Regierung immer wieder in die Verwaltung einmischte. Jeder dieser Eingriffe bedeutete die Entlassung von hochqualifizierten Mitarbeitern, die die Verwaltung unbedingte benötigte. „In fact there has been political interence of two kinds which has weakened the Sudan Civil Service. The first Military regime having, after some time in power, lost its sense of political purpose tried

---

<sup>390</sup> Vgl. Tait, 1980, S. 51-53.

<sup>391</sup> Abdelrahmen, 1983, S. 180-181.

<sup>392</sup> Vgl. Abdelrahmen, 1983, S. 2 ff.

<sup>393</sup> Aguda, 1972, S. 334-335.

to gain popularity by doing favours of all kinds especially by finding civil service posts for relatives and supporters. The civilian rulers of 1964 to 1969 resorted to similar tactics.”<sup>394</sup>

Hinzu kam das Missmanagement in verschiedenen Branchen, was zu wirtschaftlichen und sozialen Krisen führte. Aufgrund des fehlenden qualifizierten Personals konnten einige bedeutende Entwicklungsprojekte nicht erfolgreich realisiert werden. Die Verwaltungs- und Bildungsstrukturen im Sudan widersprechen damit fundamental den Vorstellungen von einer gut funktionierenden Verwaltung, wie sie Max Weber formuliert hat, insbesondere den Prinzipien von Unparteilichkeit und Neutralität. Es wird deutlich, dass die Ämter nicht – wie von Max Weber gefordert – über die zur Erfüllung seiner Pflichten notwendigen Kompetenzen und Weisungsbefugnisse verfügten. Das Personal wurde nicht (nur) wegen seiner Ausbildung ausgewählt und eingestellt, sondern wegen seiner politischen Einstellung. Aufgrund der beschriebenen Strukturen basierte das Handeln der Verwaltung insgesamt nicht auf den Grundsätzen der Rationalität, d.h. Sachlichkeit, Unpersönlichkeit und Berechenbarkeit. Vielmehr beeinträchtigte diese Praxis aller (auch später folgenden militärischen oder nichtmilitärischen) Regierungen, die Verwaltung für eigene politische Ziele zu funktionieren und zu missbrauchen, den Aufbau einer funktionierenden Verwaltung im Sudan und hinterließ Korruption, Parteilichkeit und damit Unzuverlässigkeit der Verwaltung, die dem Land Schaden zufügten.<sup>395</sup> Eine Transparenz der Reformen und Entwicklungen war gegenüber der Bevölkerung nicht gegeben. Aufgrund der Macht der Verwaltung, anhand politischer Einstellungen über die Verteilung von Finanzen oder Ressourcen zu bestimmen, wurde die Verwaltung in weiten Kreisen der Bevölkerung mit Korruption assoziiert und verlor zunehmend an Akzeptanz, vor allem von den Stammesführern (traditional Leader). Je weniger die Verwaltung in der Lage war, ihre Aufgaben für alle transparent und nachvollziehbar nach anerkannten Standards (wie u.a. von Weber formuliert) wahrzunehmen und durchzusetzen, desto einflussreicher wurden die Stammesführer (traditional Leaders). Da das Verhältnis zwischen der Verwaltung einerseits und den mächtigen Stammesführern andererseits nicht gut war, konnten Gesetze und Ordnungen angesichts der Größe des Landes ohne die Unterstützung der lokalen Machthaber nur schwer auf nationaler Ebene durchgesetzt werden. Der Verwaltung war es aufgrund der politischen Situation, vor allem des Bürgerkrieges, unmöglich, Einfluss auf alle Gebiete des Landes zu nehmen. Insbesondere der Süden des Landes war sehr häufig von den Reformbemühungen ausgeschlossen.

---

<sup>394</sup> Aguda, 1972, S. 334-335.

<sup>395</sup> Vgl. Abdelrahman, 1983, S. 180-181.

Die Politisierung der Verwaltung betraf ebenso die Ämter der öffentlichen Einrichtungen im Bereich der Bildung.

Hier setzte die sudanesische Regierung nach der Unabhängigkeit zunächst auf die Verstaatlichung der von den ausländischen Missionaren betriebenen Schulen. Bis 1957 wurden gegen den Widerstand der Missionare die Schulen zwangsweise verstaatlicht. Das Gordon College in Khartoum wurde 1956 zum University College und 1960 zur Universität erhöht. Ab 1961 verfolgte die sudanesische Regierung unter General Abboud die Arabisierung des Bildungssystems: Die Missionare wurden insbesondere nach dem „Missionary Societies Act“ von 1962 des Landes verwiesen und die Aktivitäten der Christen eingeschränkt. Alle Grundschulen sollten arabisiert, d.h. Arabisch als Hauptunterrichtsfach sowie die arabische Sprache und islamische Religion verbindlich eingeführt werden. Im Südsudan wurden lokale afrikanische Sprachen nicht mehr unterstützt. Der Südsudan betrachtete diese Maßnahmen als gegen sich gerichtet, was den Bürgerkrieg bis 1972 weiter verschärfte.

Präsident Numeiri versuchte nach seiner Machtübernahme 1969 das sudanesisches Bildungssystem wesentlich zu reformieren. Er intensivierte die Primärschulbildung (auf sechs Jahre) und verkürzte die Sekundarstufen (Junior und Senior Secondary School) auf je drei Jahre, um Kosten einzusparen. Die sudanesischen Lehrpläne wurden reformiert, um sie besser an die Umwelt- und Lebensbedingungen anzupassen. Bestehende regionale Unterschiede sollten gemindert, Mädchen und Frauen „im Recht der Frau auf Bildung“ unterstützt werden. Dennoch führten das Fehlen ausgebildeter Lehrer, schlechte Schulgebäude und Ausstattung, der Mangel an Lehrmaterial und hohe Klassenstärken und –frequenzen zu einem unbefriedigenden Bildungsniveau, dessen Folgen noch bis heute spürbar sind. Weiterhin wurden verschiedene Ziele, wie der Ausbau von Primärschulen, die Entakademisierung der Sekundarschulbildung sowie die Einführung der französischen Sprache als zweite Fremdsprache vorgenommen und konnten aufgrund finanzieller Schwierigkeiten nicht realisiert werden. Der Bürgerkrieg verhinderte ebenfalls die Umsetzung der verschiedenen Reformvorhaben.

1974 verabschiedete das Autonomieparlament des Südsudans ein Gesetz zur Wiedereinführung der lokalen afrikanischen Sprachen als Hauptunterrichtsfächer in Grundschulen. Arabisch wurde in der Verfassung des Sudans und Südsudans als Amtssprache anerkannt, Englisch als Amtssprache für Südsudan. Damit knüpfte man an das in der Kolonialzeit 1928 festgelegte Recht an, nach dem bestimmte lokale afrikanische Sprachen wie Baria, Dinka, Nuer, Kresh, Lotuho, Moru, Shilluk, Zande und Ndogo gleichberechtigt mit Englisch und Arabisch an Schulen im Süden gelehrt werden sollten.

Aus dem Bereich der Verwaltung wanderten in den 1970er und 1990er Jahren zahlreiche qualifizierte Mitarbeiter in die Golfstaaten aus, da dort bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zur Verfügung standen. Bis heute scheint es den Regierungen im Sudan nicht zu gelingen, eine erfolgreiche und attraktive Politik für die ausgebildeten Sudanesen zu etablieren und sie für die Mitarbeit in der Verwaltung zu begeistern. Im Gegenteil wanderten aufgrund der Bürgerkriegssituation viele ausgebildete oder ausbildungswillige Sudanesen weiter ins Ausland ab. Experten warnen daher, dass das Land unter dem Mangel an Manpower massiv leiden wird.<sup>396</sup> Im Bereich der Bildung blieb leider festzuhalten, dass das sudanesisches Bildungsministerium zwischen 1972 und 1989 große Probleme hatte, Lehrer für die Schulen und Institutionen auszubilden, da die Hochschulen nicht über genug Kapazitäten zur Aufnahme von Schulabsolventen verfügten, notwendige Finanzen für Reformen und Modernisierungen der Hochschulen und eine geeignete Infrastruktur fehlten. Außerdem waren die Kosten für Hochschulen im Sudan sehr hoch, da viele Studenten in den vom Staat finanzierten Studentenwohnheimen lebten und keine Studiengebühren entrichten mussten.

#### Islamschulen in Wandlung (Khalwa<sup>397</sup>)

Die so genannten „Khalwa-Schulen“ gehören zu den ältesten Schularten im Sudan. Sie wurden im 14. Jahrhundert im Nordsudan etabliert und existierten überwiegend im West-, Ost- und Nordsudan. In den 1950er Jahren wurde diese islamische Schulart auch im Südsudan eingeführt, jedoch mit wenig Erfolg. Khalwa- Schulen konnten sich nur in den kleinen Städten und Dörfern behaupten. In diesen Schulen wurde der Koran auswendig gelernt. Außerdem lernten die Schüler das Lesen und Schreiben. Im 19. Jahrhundert mussten sich die Khalwa- Schulen auf Konkurrenz zu den modernen europäischen Schularten einstellen. Die modernen Schularten verfügten über bessere Infrastruktur, qualifizierte Lehrer und Möglichkeiten zur Weiterbildung und Arbeitschancen im Vergleich zu Khalwa-Schulen. In den modernen staatlichen Schulen wurden Arabisch, Mathematik, Naturwissenschaften, Geschichte, Geographie und Religion, d.h. Islam, gelehrt. Khalwa-Schullehrer, Sheikhs, wurden an die staatlichen Schulen versetzt. Trotz dieser Konkurrenz und des Bedarfes an modernen Schulen wurde das Angebot der Khalwa- Schulen in den kleinen Städten und Dörfern angenommen. Einige Stämme im Ostsudan bevorzugen noch heute die Unterrichtung ihrer Kinder, vor allem der Mädchen, in Khalwa- Schulen.

---

<sup>396</sup> Vgl. Abdelrahmen, 1983, S. 180-182.

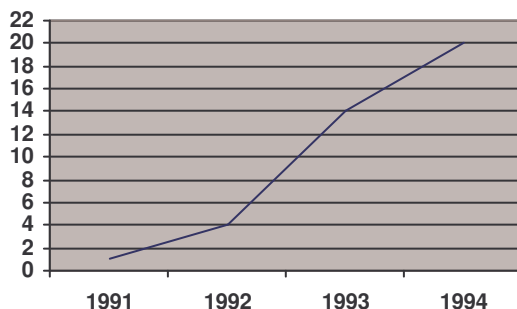
<sup>397</sup> Khalwa ist eine Schule, in der hauptsächlich Koran (Qur'an) und islamische Kultur und Verhalten gelehrt wird. Sie kam mit der islamischen Religion in den Sudan.

Folgende Kurse wurden in den Islamschulen angeboten:

- i. “Teaching reading and writing.
- ii. Memorizing the Holy Qur’an.
- iii. Instructing students in the Foundations of the Islamic religion.
- iv. Developing a spirit of teamwork among students and giving them the chance to do some physical labour connected to their academic life.”<sup>398</sup>

Seit 1966 gab es Versuche des sudanesischen Ministeriums für Bildung, Islamschulen zu reformieren. Koran- Schulen und Institute wurden gegründet, um Islamschulen zu ersetzen. In den Koran- Schulen wurde der Koran auswendig gelernt wie in den Khalwa- Schulen auch. Eingeführt wurden die arabische Sprache und die Scharia (islamisches Rechtssystem), aber auch moderne westliche Bildungssysteme. Letztendlich wurden diese Koran- Schulen in moderne Schulen transformiert, da der Bedarf dafür groß war. 1977 stellte das Bildungsministerium in einer Untersuchung der Islamschulen fest, dass diese Schule nicht in der Lage waren, eine Basisbildung („basic education“) für die Schüler zu vermitteln. Nach dem Besuch von Khalwa- Schulen wird den Schülern die Möglichkeit angeboten, das normale staatliche Schulsystem, nämlich Primary School, Intermediate School und Secondary School zu besuchen. Danach haben sie die Chance, eine Hochschulausbildung zu absolvieren. Sie können auch zwei Jahre lang Kurse am Qur’an Institute absolvieren und die Qualifikation als Lehrer an Intermediate und Secondary Religious Institutes oder ein Studium an islamischen Universitäten aufnehmen. 1991 wurde diese Transformation in so genannte „Universalization of Basic Education“ vollzogen, in dem das Islamschulensystem an das moderne westliche Bildungssystem unter „Koran Schools in Sudan“ angepasst wurde. Nach wie vor bestimmt hier die islamische Religion den Unterricht.

Die Entwicklung der Koran Schools im Sudan stellte sich von 1991 bis 1994 wie folgt dar:<sup>399</sup>



<sup>398</sup> Abdel Halim, Mustafa Inayat, 1997, S. 1.

<sup>399</sup> Vgl. Abdel Halim, ebd., S. 50-51.



Anhand der Zahl der Schulen kann festgestellt werden, dass durch die Reformen der Islamschulen in Koran- Schulen diese an Attraktivität in der sudanesischen Gesellschaft, insbesondere bei Muslimen, gewonnen haben.<sup>400</sup>

#### Modernisierung des Bildungssystems auf der universitären Ebene

Seit der Unabhängigkeit der Republik Sudan bemüht sich die Regierungen, Hochschulreformen durchzuführen, um damit den Bedarf an qualifiziertem Personal in allen Bereichen zu decken. Viele Experten hielten es nicht für möglich, dass sich das Land ohne gut ausgebildetes Personal weiterentwickeln könnte. Die erste Maßnahme im Hochschulbereich war die Entwicklung des Gordon College zum University College im Jahr 1956.<sup>401</sup> Ziel war die Ausbildung von Personal für die öffentliche Verwaltung.<sup>402</sup> Die Universität von Khartoum war bis in die 1980er Jahre die dominierende Hochschule im Land, die für die Hochschulausbildung zuständig war und die Lizenz hatte. Sie verfügte über acht Fakultäten:

- (1) Kunst,
- (2) Naturwissenschaften,
- (3) Ingenieurwissenschaften,
- (4) Medizin,
- (5) Tierwissenschaften,
- (6) Landwirtschaft,
- (7) Jura,
- (8) Betriebswirtschaft und
- (9) Zahnmedizin.

An der Khartoum Universität konnten zwischen 1.750 und 3.000 Studenten zugelassen werden. 1971 wurde "The Khartoum Branch of the University of Cairo" ausgebaut. Sie bot Abendkurse in Kunst, Arabisch, Geographie, Geschichte, Soziologischem Recht und Handel an. 1.200 Studenten wurden jährlich in der University of Cairo aufgenommen. Außerdem bot The Khartoum Technical Institute eine vierjährige Ausbildung mit Bachelor Degree an.

Zwischen 1974 und 1975 wurden die Juba Universität im Südsudan und die Gezira University in Wad Medani sowie die Omdurman Islamic University dank des Friedensabkommens von 1972 gegründet. Weitere Institute wie das Muradie Institut für Landwirtschaft und The Khartoum Polytechnic wurden etabliert.

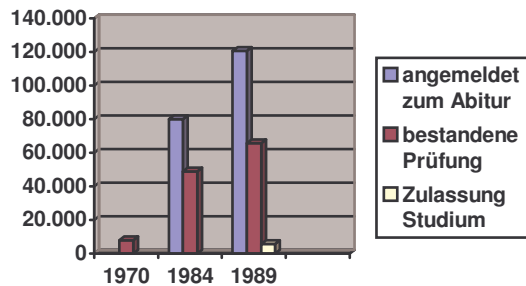
---

<sup>400</sup> Vgl. Abdel Halim, ebd., S. 2-24.

<sup>401</sup> Vgl. Norris, 1983, S. 56.

<sup>402</sup> Vgl. Abdel-Rahim, Muddathir, 1973, S. 206-213.

Leider konnten diese Weiterbildungsinstitute den Bedarf der Einwohner des Sudans nicht befriedigen. Zum Beispiel legten 1970 circa 8.000 sudanesische Schüler das Abitur ab. 1984 meldeten sich 80.000 Schüler zur Abiturprüfung an. Nur 48.880 durften die Prüfung bestehen. 1989 nahmen 120.816 Schüler an der Prüfung teil. 65.651 legten das Abitur erfolgreich ab. Leider konnten aus Platzmangel nur 5.574 Studenten zum Hochschulstudium zugelassen werden<sup>403</sup>.



Das sudanesische Bildungsministerium hatte von 1972 bis 1989 Probleme, Lehrer für die Schulen und Institutionen auszubilden. Nach Angaben des Ministeriums wurden jährlich circa 70 Lehrer an der Universität von Khartoum, Fakultät für Bildung und Erziehung, ausgebildet. Folgende Gründe wurden für die Reformunfähigkeit der Regierung genannt:

Die Hochschulen hatten nicht genug Kapazität, Schulabsolventen aufzunehmen.

Es fehlten notwendige Finanzen für die Reform und Modernisierung von Hochschulen.

Fehlende Infrastruktur.

Die Kosten für Hochschulen im Sudan waren sehr hoch, da viele Studenten in vom Staat finanzierten Studentenwohnheimen lebten. Es gab keine Studiengebühren.

### 6.5.6 Übergangszeit nach Präsident Numeiri

Am 06. April 1985 wurde Numeiri nach einem Besuch in Ägypten durch das Militär unter Führung seines ehemaligen Verteidigungsministers Abdulrahman Suwar Al-Dhahab geputscht. Danach wurde das Land von einem 15-köpfigen Militärrat unter dem Vorsitz von General Suwar al-Dahab regiert.

#### Abdulrahman Suwar Al-Dhahab

<sup>403</sup> Vgl. Higher Education Policies, Time for change, 1990, S. 6-9.

Abdulrahman Suwar Al-Dhahab wurde 1934 in der zweitgrößten sudanesischen Stadt Omdurman geboren. 1958 absolvierte er die Militärhochschule in Omdurman. Er durchlief weitere militärische Ausbildungen in Großbritannien und Jordanien. Suwar Al-Dhahab wurde zum Militärattaché in Uganda berufen. Er erreichte den Grad eines Brigadegenerals der sudanesischen Armee. Präsident Gaafar Mohammed Al-Numeiri ernannte ihn zum Staatschef und Marschall, um den christlichen Widerstand im Süden zu bekämpfen. Im März 1985 wurde er von Gaafar Numeiri zum Verteidigungsminister des Landes ernannt. Suwar Al-Dhahab putschte im April 1985 gegen seinen Vorgesetzten Numeiri und führte eine Übergangsregierung als Präsident bis zu den Wahlen im Jahr 1996.<sup>404</sup> Al-Dhahab ließ die Parteien wieder zu und ermöglichte eine Rückkehr zur Demokratie im Sudan. Dennoch war Al-Dhahab wie Omer Al-Bashir und Dr. Hassan Al-Turabi ein überzeugter Islamist.

Nach der Absetzung der Numeiri-Regierung durch General Abdulrahman Suwar al-Dhahab sagte die neue sudanesische Staatsführung Reformen zu. So wurde die Rückkehr zu den verfassungsmäßigen Organen ab 1985 ermöglicht. General Suwar Al-Dhahab war enger und loyaler Mitarbeiter des Präsidenten Numeiri. Er wurde wahrscheinlich vom Militär wegen der in der Zeit anhaltenden schlechten wirtschaftlichen Lage sowie dem Krieg im Süden angehalten, seinen Chef aus dem Amt zu vertreiben.

Am 22.04.1985 wurde eine Übergangsregierung unter Ministerpräsident Gizouli Dafallah gebildet (siehe Anhang)<sup>405</sup>

Am 15.05.1986 wurde die erste demokratische Parlamentswahl überwiegend im Nordsudan durchgeführt. Aufgrund des herrschenden Krieges im Süden konnten dort keine ordentlichen Wahlen gewährleistet werden, da die meisten südsudanesischen Städte unter Kontrolle der Widerstandsbewegung SPLM/SPLA<sup>406</sup> waren. Die Umma Partei gewann die Mehrheit der Parlamentssitze. Die Demokratische Unionistische Partei belegte den zweiten Platz. Beide hatten keine Mehrheit, um eine eigene Regierung zu bilden. Deshalb bildeten sie eine Koalitionsregierung, die im Anhang aufgeführt wird.

### **6.5.7 Kabinett von Saddig Al-Mahdi**

#### Saddig Al-Mahdi

---

<sup>404</sup> Vgl. Munzinger- Archiv/IH- Länder aktuell 16/85,S.1-2/20

<sup>405</sup> Vgl. Munzinger- Archiv/ ICH-Länder aktuell 35/ 1984, S. 1-2/21.

<sup>406</sup> SPLM/SPLA ist die Abkürzung von Sudan People Liberation Movement und the Sudan People Liberation Army.

Saddig Al-Mahdi stammt aus dem Nordsudan und wurde im Dezember 1935 geboren. Sein Vater ist der Ansar- Führer Abdalrahman Al-Mahdi, der 1970 von Präsident Numeiri ermordet wurde. Saddig Al-Mahdi ist der Urenkel des sudanesischen Freiheitsführers Mahdi, der 1881 einen Aufstand gegen England und die Türken organisierte. Mahdiya<sup>407</sup> ist eine einflussreiche Muslim-Sekte im Sudan. Großbritannien nutzte die Mahdi- Familie für ihre eigenen politischen Zwecke. Sogar der Gouverneur des Sudans, Wingate, bat die Familie um Mitarbeit gegen die Osmanische Pan- Islamische Propaganda gegen England.<sup>408</sup> Dafür wurden der Familie zahlreiche Vergünstigungen versprochen. Sie bekam Land in Aba- Isel und politische Unterstützung Großbritanniens. Dadurch setzten sich die Mahdi gegenüber der Al-Mirghani- Sekte oder der Khatmiyya durch. „AbdAl-Rahman Al-Mahdi would succeed in establishing, with British support, a Mahdist monarchy in the Sudan.“<sup>409</sup> Nach dem Tod seines Vaters wurde Mahdi 1961 zum Vorsitzenden der UMMA- Partei ernannt. Damit wurde er Chef der Ansar- Sekte oder Anhänger des Mahdi- Aufstandes.<sup>410</sup> Saddig Al-Mahdi studierte an der Universität von Khartoum und Universität Oxford in Großbritannien. Er ging in das sudanesisches Parlament als Vertreter der Aba Isel (Aba Island). Im Jahr 1966 wurde Mahdi zum Ministerpräsidenten des Sudans gewählt und damit zum jüngsten Ministerpräsidenten der Welt. Dieses Amt behielt er allerdings nur bis 1967. 1986 war er Ministerpräsident der Koalitionsregierung zwischen seiner Partei, Umma, und der DUP. Seine Regierung wurde durch den Staatsstreich vom 30.06.1989 gestürzt. Saddig Al-Mahdis Schwester heiratete den Islamistenführer Dr. Hassan Al-Turabi.<sup>411</sup> Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Saddig Al-Mahdi nicht in der Lage war, die von Numeiri zwangsweise eingeführten Scharia- Gesetze (islamisches Recht) rückgängig zu machen. Es gelang ihm nicht, Frieden zwischen der SPLM/ SPLA und der Regierung unter seiner Führung zu schaffen. Er war nicht in der Lage, die Milizen gegen die südsudanesischen Zivilisten an der Grenze zu entwaffnen. Insgesamt kann Saddig Al-Mahdi dennoch zu den Demokraten des Sudans gezählt werden.

Ergebnis der Wahlen von 1986:

Umma: 99, DUP: 63, NIF<sup>412</sup>: 51, SSPA: 7, PPP: 4, Kommunisten: 3, weitere kleine Gruppen und Unabhängige: 29.

---

<sup>407</sup> Mahidiya ist der Namen der Bewegung von Mohammed Ahmed Al-Mahdi während der Kolonialzeit.

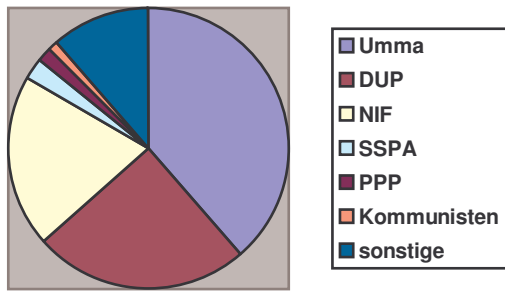
<sup>408</sup> Vgl. Holt, 1963.

<sup>409</sup> Holt, 1963 S. 147.

<sup>410</sup> Vgl. Munzinger- Archiv/ ICH- Länder aktuell 21/89.

<sup>411</sup> Vgl. Lobban Jr., 2002, S. 178-179.

<sup>412</sup> National Islamic Front



Am 03.06.1987 bildete Premierminister Al-Mahdi seine Regierung um (siehe Anhang).<sup>413</sup>

Am 15.05.1988 kam es erneut zu einer Regierungsumbildung der Koalition unter Führung von Sadding Al-Mahdi.<sup>414</sup>

### 6.5.8 Der Sudan unter Hassan Ahmed Al-Bashir

#### Omer Hassan Ahmed Al-Bashir

Omer Hassan Ahmed Al-Bashir wurde 1944 in Shandi, Nordsudan geboren. Er absolvierte die Militärhochschule in Omdurman. Danach ließ er sich weiter militärisch in den USA und in der Arabischen Republik von Ägypten ausbilden. Am 30. Juni 1989 putschte er gegen die gewählte Regierung von Premierminister Sadding Al-Mahdi und bildete das so genannte „Revolutionary Command Council (RCC)“, dessen Vorsitzender er wurde. Später ernannte er sich zum Präsidenten des Landes, verbot alle demokratischen Parteien und Gewerkschaften im Land und inhaftierte zahlreiche Politiker und Bürger des Landes. 1991 rief er den Sudan zum islamischen Staat aus und führte die arabische Sprache als Landessprache ein. Al-Bashir gehört zu den Hardlinern der Islamisten im Sudan. Er wollte den Krieg gegen die Christen im Südsudan militärisch beenden, konnte aber dieses Ziel nicht durchsetzen. Im April 1996 schloss er ein Friedensabkommen mit den Rebellen im Süden, unter anderem mit dem South Sudan Independence Movement und der South Sudan Independence Army (SSIM/SSIA) unter Vorsitz von Commander Dr. Riek Machar, ab. Das Abkommen von April 1996 wurde jedoch nicht umgesetzt. Daraufhin kehrte Riek Machar im Jahr 2000 in den Busch zurück. Al-Bashir wird aufgrund seiner unversöhnlichen Haltung als „Khomeny von Afrika“<sup>415</sup> oder auch als „Taliban

<sup>413</sup> Vgl. Munzinger- Archiv/ ICH- Länder aktuell 44/ 87, S. 1-2.

<sup>414</sup> Vgl. Munzinger- Archiv/ ICH- Länder aktuell 21/ 89, S. 1-2 und 46/88, S. 1-2.

<sup>415</sup> Vgl. Akok / Biel / Lado: Terrorismus in Namen des Islam und Horn von Afrika, 2002.

von Afrika“ bezeichnet.<sup>416</sup> Durch seine fundamentalistische Islamisierungspolitik hat sich Omer Al-Bashir kaum Freunde, aber viele Feinde geschaffen.<sup>417</sup>

Zum ersten Mal in der sudanesischen Geschichte führte eine Regierung einen Krieg gegen die schwarzafrikanischen Muslime in Darfur und in den Nuba- Bergen gegen arabisierte Muslime durch. Der Krieg konnte nicht mehr mit Glaubensfragen legitimiert werden und stellt sich als ein Krieg von Muslimen gegen Muslime dar.

Am 30.06.1989 wurde die Koalitionsregierung zwischen der UMMA und der DUP durch das Militär abgesetzt. Das Land wurde von einem fünfzehnköpfigen Militärrat unter Vorsitz von General Omer Hassan Ahmed Al- Bashir regiert, der eng mit der islamistischen Partei, der National Islamic Front (NIF) verbunden ist. Die Zusammensetzung des Militärrates bestand aus sieben Brigadegenerälen, fünf Oberst, zwei Oberstleutnants und einem Major. Zu dem oben genannten Militärrat gehörten zwei Oberstleutnants aus dem Südsudan. Dieser Militärrat vom Juli 1989 ist im Anhang aufgeführt.<sup>418</sup> Am 10.07.1989 bildete Al-Bashir eine ordentliche Regierung (siehe Anhang).<sup>419</sup> Von 1989 bis 2001 wurden keine wesentlichen Umbildungen der Bashirregierung durchgeführt. Vereinzelt wechselten Minister ihre Ressorts oder ein neues Amt wurde geschaffen. Auf eine Aufstellung der Änderungen der Kabinettliste wird daher an dieser Stelle verzichtet. Am 22.02.2001 bildete Bashir sein Kabinett wesentlich um. Eine Aufstellung ist dem Anhang zu entnehmen.<sup>420</sup>

### **6.5.9 Die Entstehung einer neuen Bildungselite ab 1989**

Mit der Machtübernahme durch „The National Salvation Revolution“ unter Präsident Omer Hassen Ahmed Al-Bashir am 30. Juni 1989 verkündete die Regierung weitgehende Reformen, nicht nur des politischen und sozialen Systems, sondern auch im Bereich der Bildung. Unter dem Motto „Time for Change“ verordnete Präsident Al-Bashir:

“To return to our people the educational rights they have lost, so that their sons can have opportunities for higher education and technical training that will qualify them to lead society into the 21st century.”<sup>421</sup>

---

<sup>416</sup> Munzinger- Archiv/ICH- Länder aktuell 30/02, S.3.

<sup>417</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/IH- Länder aktuell 36/96, S.1-2.

<sup>418</sup> Vgl. Lesch, 1998, S. 226-227.

<sup>419</sup> Vgl. Munzinger- Archiv/ ICH- Länder aktuell 37/89.

<sup>420</sup> Vgl. Munzinger- Archiv/ ICH- Länder aktuell 32/ 03, S.1-2.

<sup>421</sup> Higher Education Policies, Time for change, 1990, S. 6-9.

Zu Bashirs Plänen zählten:

- (1) Mehr Abiturienten sollten ab dem Jahr 1989 an den Hochschulen zugelassen werden.
- (2) Die existierenden Institute sollten ausgebaut werden.
- (3) Alle existierenden Hochschulinstitute und Colleges sollten als Universitäten anerkannt werden und Diplom- und Degree- Abschlüsse verleihen können.
- (4) Mehrere Universitäten in allen Regionen im Sudan sollten gegründet werden.
- (5) Die arabische Sprache sollte auch im Hochschulbereich eingeführt werden.
- (6) Die Hochschulgesetze müssten geändert werden, um die neue Hochschulreform umzusetzen.

Um diese Vorhaben zu implementieren, wurde eine Kommission unter Leitung von Universitätsprofessoren und anderen Experten berufen.<sup>422</sup>

Es erfolgte die Gründung von mehreren Universitäten und Hochschulen wie:

- Omdurman University
- Kordofan University
- Kassala University
- Shendi University
- Nile Valley University
- The Ahfad University for Women
- International University of Africa (IUA)
- Atbara University
- Bayan Science and Technology College
- El Neilen University
- University of Holy Quaran and Islamic Science.
- Malakal University
- Bahr El Ghazal University.

Die Zahl der Colleges und Institute erhöhte sich seit der Umsetzung der Regierungsreform Schritt für Schritt deutlich. In jede Hochschul- und Universitätsverwaltung wurde ein so genannter „Board of Directors and a Vice-Chancellor“ berufen, um Bürokratie abzubauen und eine reibungslose Umsetzung der Reform zu sichern. Jede dieser Universitäten und Hochschulen

---

<sup>422</sup> Vgl. Higher Education Policies, Time for change, 1990, S. 6-9.



beinhaltete eine Fakultät für Bildung und Erziehung. Damit sollte aus Sicht der Regierung der Mangel an qualifizierten Lehrern landesweit beseitigt werden.<sup>423</sup> Alle sudanesischen Universitäten erhielten nach der Hochschulreform von 1990 die Berechtigung, Diplom, Bachelor (B.A. und B.Sc.) sowie Master, aber auch Dokortitel zu verleihen.<sup>424</sup> Nur wenige Hochschulen, wie Colleges und Institute, durften keine Dokortitel vergeben. An einigen Universitäten und Fakultäten konnten Studenten ausnahmsweise zum Studium zugelassen werden, auch wenn sie kein Abitur hatten. Diese Studenten erhielten nach dem erfolgreichen Abschluss allerdings kein Diplom oder Degree, sondern nur ein Zertifikat. Das Universitätsstudium dauerte in der Regel vier Jahre und endete mit dem Bachelor.<sup>425</sup>

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Präsident Bashir sowohl im Bereich der Verwaltung als auch bezüglich des Bildungssystems weitreichende Veränderungen veranlasste. Die Verwaltungsreform während der Bashirregierung war eine Mischung des libyschen politischen, sozialen aber auch wirtschaftlichen Systems. Das System war stark islamisch orientiert. Artikel 18 der sudanesischen Verfassung vom 01.07.1998 betonte die starke Rolle der Religion, d.h. des Islam, in allen Bereichen des alltäglichen Lebens und der staatlichen Planung, Politik und des Rechts. Ziel der Reformen war nicht, die Bürokratie in der Verwaltung abzubauen oder die Verwaltung effektiver zu gestalten – wie u.a. im New Public Management<sup>426</sup> angestrebt – sondern die Regierung wollte ein neues politisches System im Sudan einführen<sup>427</sup> und insbesondere die etablierten Parteien, vor allem die UMMA, Demokratische Unionist Partie, Sudanesische Kommunistische Partei durch die islamische Partei, National Islamic Front (NIF), ablösen. Der Zusammenhalt des Landes sollte durch die Islamisierung und Arabisierung gesichert werden. Dabei soll die islamische Elite das Land führen. Im Bereich der Bildung beabsichtigte Bashir die Erweiterung der Zulassung von Abiturienten an Hochschulen, den Ausbau der existierenden Bildungsinstitute und ihre Anerkennung als Universitäten einschließlich der Kompetenz, Diplom- und Degreeabschlüsse zu verleihen und die Einführung der arabischen Sprache im Hochschulbereich.

Bashirs Reformen, insbesondere im Bereich der Bildung, sind insofern besonders und hervorzuheben, als er viele seiner Reformziele umsetzen konnte. Er hat jedoch auch viele negative Auswirkungen verursacht, u.a. indem er die öffentliche Verwaltung islamisierte und die

---

<sup>423</sup> Vgl. Bukhiet, Jamila Hassan, Learning to blossom, New Universities, In: Sudanow, Khartoum, 1990, S.12.

<sup>424</sup> Vgl. [www.sudan.net/education](http://www.sudan.net/education).15.09.2003.

<sup>425</sup> Vgl. Hijja, Zul, 1985, S. 20-21.

<sup>426</sup> Vgl. Naschold/ Bogumil, ebd., S. 79.

<sup>427</sup> Bundesministerium des Innern, ebd., S. 19 ff.

traditionellen Führer von der politischen Beteiligung ausschloss. Von einer politisch neutralen Verwaltung kann keinesfalls gesprochen werden. Bashir wird auch dafür kritisiert, dass er das gesamte sudanesisische Volk militarisierte. Seit 1991 müssen jeder erwachsene Mann und zum Teil auch Frauen militärische Dienste leisten. Inzwischen werden auch Kinder teilweise in den militärischen Dienst eingezogen. Sicherlich ist die Qualität der Ausbildung noch weit vom notwendigen Bedarf entfernt. Es mangelt in allen Hochschulen und Universitäten im Sudan an qualifiziertem Personal im Bereich der Lehrer und Verwaltung, ebenso an Geldern, Büchern und geeigneter Ausstattung. Die Einführung der arabischen Sprache an den Hochschulen wird von Vielen als Hindernis der Reformen gesehen, da zahlreiche Bücher nur auf Englisch vorhanden waren und ins Arabische übersetzt werden müssen. Die Übersetzung geht jedoch nur mühsam voran, da Geld und qualifizierte Übersetzer fehlen. Ein zentrales Problem am bestehenden Bildungssystem ist weiterhin, dass sich der Wert des Studiums nicht an der Art des Abschlusses bemisst, sondern an der Dauer des Studiums. In Folge dessen wurden die technischen und naturwissenschaftlichen Studiengänge abgewertet, obwohl sie für den Aufbau des Landes sehr bedeutsam sind. Es muss daher noch viel getan werden, um das Bildungssystem entsprechend den Erfordernissen der sudanesischen Gesellschaft weiter zu entwickeln.

## **7. Die Entstehung der modernen Elite im Sudan**

Seit der Gründung der sudanesischen Staaten durch die verschiedenen Mächte, die das Land regiert haben, bestanden die sudanesischen Eliten als Repräsentanten der Mehrheit der Bevölkerung. Diese Rolle ergab sich dadurch, dass die Kolonialmächte Türkei, Großbritannien, aber auch die Mahdiyyiya versucht hatten, ein zentrales Regierungssystem für den Sudan zu etablieren. Alle Eliten und Sub- Eliten spielten in dieser Zeit die Rolle eines Vermittlers zwischen der Masse der Bevölkerung und diesen (Kolonial-) Mächten.

Im Sudan kann man von einer dreistufigen Elite sprechen:

- Traditionelle Elite,
- Moderne Elite,
- Sub- Elite.

Traditionelle Elite. Diese Elite definiert sich über ihre Abstammung von der früheren historischen Elite, religiösen Führern oder Stammesführern<sup>428</sup>. Diese Gruppe vertritt die „alten“ Werte und Vorstellungen vom alten Sudan. Sie nennen sich "Walad Al-Balad", die Söhne der Nation. Die

---

<sup>428</sup> Die traditionale Elite wird auch als Tribal Elite bezeichnet.

traditionellen Eliten waren die Herrscher von verschiedenen Regionen bzw. Staaten, bevor die Kolonialmächte den modernen Einheitsstaat Sudan bildeten. Sie haben nach der Unabhängigkeit des Sudans den Machtapparat geerbt und sind bis heute nicht bereit, andere Bevölkerungsgruppen oder neue Eliten an der Macht zu beteiligen. Ausnahmen bilden die Elite im Süden und vor allem die Stammesführer im Südsudan.

Moderne Elite. Die modernen Eliten sind zum großen Teil Ergebnis oder Produkt der Kolonialmächte. Ihren Aufstieg haben sie dem modernen europäischen Bildungssystem zu verdanken. Die moderne Elite entstammt hauptsächlich der Bildungsschicht, d.h. der ausgebildeten Klasse. Ihre Mitglieder haben das Know-how in Verwaltung und Wirtschaft erworben und fühlen sich nun dazu in der Lage, einen modernen Staat zu führen. Sie verfügen über einen relativen Reichtum und führen ein modernes Leben.

Die sudanesische moderne Elite besteht aus

- (1) Modernen politischen Parteienführern,
- (2) Mitarbeitern der bürokratischen Verwaltung,
- (3) Beamten des gehobenen Dienstes,
- (4) Mitgliedern der Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Akteure,
- (5) Modernen Geschäftsleuten und Freiberuflern,
- (6) Unternehmern aus den verschiedenen Wirtschaftszweigen,
- (7) Universitätsprofessoren,
- (8) Hohen Offizieren der Armee,
- (9) Stammesführern,
- (10) Militärs und Warlords.

Die Macht und der Einfluss der traditionellen Elite sind in den letzten Jahren zurückgegangen und haben sich zugunsten der modernen Elite verlagert.<sup>429</sup> Die Konkurrenz zwischen moderner und traditioneller Elite bezieht sich hauptsächlich auf das Regieren und weniger um die Beseitigung der Missstände im Sudan, wie die Beendigung des Bürgerkrieges, die Modernisierung der Bildung u.a.m.

---

<sup>429</sup> Vgl. Khalid 1990, S. 6-7.

## Sudanesische Außenminister seit 1989 nach regionaler Verteilung

<b>Name</b>	<b>Von</b>	<b>bis</b>	<b>Region</b>
Ahmed Ali Sahloul	Juli 1989	Februar 1993	Nordsudan
Sulaiman Abu Salih	Februar 1993	Februar 1995	Nordsudan
Ali Osman Mohammed Taha	Februar 1995	Februar 1998	Nordsudan
Mustafa Osman Ismail	Februar 1998	September 2005	Nordsudan
Lam Akol	September 2005	bis heute	Südsudan <sup>430</sup>

### Aktuelle sudanesische Botschafter weltweit:

- 84 Prozent der Botschafter kommen aus dem Nordsudan,
- 3 Prozent aus dem Südsudan,
- 2 Prozent aus anderen sudanesischen Regionen.

### Aktuelle sudanesische Konsulate weltweit:

- Nordsudan: 84 Prozent
- Ostsudan: 3 Prozent
- Kordofan: 9 Prozent
- Darfur: 2 Prozent
- Südsudan: 2 Prozent<sup>431</sup>

<sup>430</sup> Black Book, March 2004, S. 36.

<sup>431</sup> Vgl. Black Book, 2004, S.54.

### Leiter des Sudanesischen Verfassungsgerichts seit 1989:

Name	Region
Jalal Ali Lutfi	Nordsudan
Hassan Mohammed Al-Beeli	Nordsudan
Mahdi Al-Fahal Al-Tahir	Nordsudan
Mohammed Ahmed Abballa	Nordsudan
Ali Yahia Abballa	Darfur
Ongay Kasia	Südsudan
Yousif Al-Wali	Nordsudan

#### Zusammenfassend:

6 Richter stammen aus dem Nordsudan,

1 Richter aus dem Südsudan,

1 Richter aus Darfur<sup>432</sup>.

### Leiter der Sudanesischen Sicherheitsbehörde seit 1989

Lfn:	Name	Region	Religion
1.	Lt. General Nafayi Ali Nafayi	Nordsudan	Muslim
2.	Lt. General Mohamed A. Al-Dabi	Nordsudan	Muslim
3.	Lt. General Hassan Dahawi	Nordsudan	Muslim
4.	Lt. General Al-Hadi Abdalla	Nordsudan	Muslim
5.	Qutbi Al-Mahdi	Nordsudan	Muslim
6.	Lt. General Awad Ibn Oaf	Nordsudan	Muslim
7.	Lt. General Abdel Kareem Abdalla	Nordsudan	Muslim
8.	Lt. General Ahmed Mohamed Alass	Nordsudan	Muslim
9.	Lt. General Al-Jaili Al-Misbah	Nordsudan	Muslim
10.	General Yahia Hussein	Nordsudan	Muslim
11.	Lt. General Salah Abballa	Nordsudan	Muslim
12.	Lt. General Mohamed Atta	Nordsudan	Muslim

<sup>432</sup> Vgl. Black Book, 2004, S.34 ff.

## Zusammenfassend:

Seit 01. Juli 1989 kamen alle Leiter der Sicherheitsbehörde im Sudan ausschließlich aus dem Norden. Alle gehören dem islamischen Glauben an. Es handelt sich um eine islamische Elite. Andere Bevölkerungsgruppen und Glauben sind von diesen wichtigen nationalen Diensten ausgeschlossen<sup>433</sup>.

## Präsidenten der sudanesischen Universitäten nach Regionen von 1989 bis 2002<sup>434</sup>

Gesamtsumme der Regionen	Norden	Kordofan	Darfur	Südsudan	Ostsudan
N = 54	36	7	9	0	2
Anteil in %	66 %	13 %	17 %	0 %	4 %

Sub-Elite. Unter Sub-Elite versteht man diejenige Elite, die über eine niedrige Ausbildung und wirtschaftliches, politisches und soziales Prestige verfügt.<sup>435</sup> Die Mehrheit dieser Elite stammt aus den marginalisierten Regionen des Sudans, Süd-, West- und Ostsudan.

Mit der Eroberung des Landes Sudans durch Kolonialmächte wurde die Macht der traditionellen Eliten eingedämmt. Einige verloren ihre dominante Rolle als Herrscher. Einige Elitengruppen durchliefen zahlreiche Umwandlungen und überlebten. Die britische Kolonialverwaltung im Sudan modifizierte und passte ihre eigene Herrschaft an das System der Stammesführer an und integrierte diese in ihr System. *„Die britischen Verwaltungsoffiziere waren durchdrungen von der Idee der Wiederherstellung eines traditionellen Sudan der Stämme, so wie sie sich den unverfälschten Sudan vor dem Sündenfall des mahdistischen Aufstandes und Chaos vorstellten. Lange vor der Formulierung der britischen Verwaltungsdoktrin der Indirekten Herrschaft wurden im Sudan Stämme zu Verwaltungseinheiten und Stammesführer zu Vermittlungsinstanzen zwischen der höheren Verwaltung und ihren Stämmen.“*<sup>436</sup>

Die Stammesführer und Shaikhs wurden durch die britische Kolonialverwaltung mit der Verabschiedung von "Sheikhs Ordinance von 1922" reglementiert. Dabei wurden die Sheikhs

<sup>433</sup> Vgl. Black Book 2004, S. 47-48.

<sup>434</sup> Vgl. Black Book 2004, S. 62-63.

<sup>435</sup> Khalid 1990, S. 7.

<sup>436</sup> Beck, Kurt, 1989, S. 25.

ermächtigt, Konflikte innerhalb ihres Stammesgebiets zu schlichten und Rechtsprechung zu fällen. Sie waren die Richter, die Verwaltungsangestellten oder Beamten, die als Vermittler zwischen der Kolonialmacht England und der lokalen Bevölkerung fungierten.<sup>437</sup> Administrative Gewalt wurde den Stämmen verliehen und schrittweise etabliert. "Mit der Stabilisierung der Stämme und der neuen Rolle als Vermittler der Zentralgewalt wurden die Stammesführer weitgehend von dem Zwang entlastet, Attraktion auf ihre Anhängerschaft auszuüben."<sup>438</sup> Allerdings gliederte die Kolonialverwaltung das System der Stammesherrschaft und der Shaikhs neu. Es entstanden neue Herrschaftsgebiete und damit neue Shaikhs.

## 7.1 Das System der sudanesischen Stammesführerschaft

Das System der sudanesischen Stammesführerschaft untergliedert sich wie folgt:<sup>439</sup>

(1) Auf der obersten Stufe befindet sich Nazir.

Er ist das Oberhaupt der Stammesverwaltung und hat politische, verwaltungs- und verfassungsrechtliche Macht.

(2) Auf der zweiten Stufe befindet sich Sharaty.

Diese Position beschreibt eine Unterordnung unter die erste Ebene und charakterisiert sich dadurch, dass dieser Autorität Macht über die Verwaltung und verfassungsrechtliche Autorität bestimmter regionaler Gebiete/ Unterteilungen des Stammes zugeordnet werden.

(3) Auf der dritten Stufe finden sich die Sheikhs.

Der Sheikh verfügt über die entsprechenden Vollmachten auf der Ebene der Verwaltung eines Dorfes.

Dieses System wurde von britischen Kolonialverwaltung im Sudan im Jahr 1922 im gesamten Sudan eingeführt. Es blieb als ein Teil der sudanesischen Verwaltung bestehen.<sup>440</sup> Insbesondere die männlichen Nachkommen der Nazir, Sharaty und Sheikhs waren die Ersten, die von der modernen westlichen Bildung profitierten und die erste moderne sudanesische Elite bildeten.

Ghaffer M. Ahmed nannte folgende Gründe für das Überleben dieser Stammeselite:

- Die neue zentrale Regierung mit Sitz in Khartoum benötigte die Mitarbeit der traditionellen Eliten. Insbesondere sollten die Eliten den notwendigen Kontakt zwischen Regierung und der Bevölkerung wahrnehmen.

---

<sup>437</sup> Vgl. Beck, 1989, S. 27.

<sup>438</sup> Beck, 1989, S. 34.

<sup>439</sup> Vgl. Salih, M., 2004, S. 37-38.

<sup>440</sup> Salih, M., 2004, S. 172 ff.



- Die Rolle der Eliten war von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert und anerkannt, da die meisten Eliten aus den führenden Stämmen stammten und über bestimmte Ideologien verfügten, die von den Massen mitgetragen waren.

Die Gründung von modernen Städten nach westlichem Vorbild brachte neue Beziehungen zwischen den neuen Städten und Dörfern/ der ländlichen Umgebung. In den Städten oder urbanen Zentren entstanden neue Eliten. Die Form der Elitenbildung wurde modernisiert. Neue Faktoren waren bedeutsam für den Aufstieg zur Elite.

1964 änderte sich die Struktur der traditionellen Elite im Sudan. Die traditionelle Elite begann, mit den Händlern in den Städten oder urbanen Zentren zusammenzuarbeiten, um ihre Interessen besser zu repräsentieren.<sup>441</sup>

Die Entwicklung des modernen Bildungssystems und die Industrialisierung ermöglichten die Verbreitung der Anzahl der „Urban Elite“, d.h. derjenigen Elite, die sich aufgrund des städtischen Bedarfes entwickelte. Durch die Akzeptanz des modernen Bildungssystems und des Ausbaus von Schulzentren war eine steigende Zahl der Bevölkerung, vor allem im Nordsudan, in der Lage, ihre Kinder in die Schule zu senden. Zunächst war der Schulbesuch nur in den Städten Khartoum, Omdurman und El-Obeid möglich.

Im Süden galten nur die Missionen als Bildungszentren. Die traditionelle Elite, Händler und führende Familien sowie die religiösen Führer sorgten sich nur um die Absicherung ihrer eigenen Interessen und nicht um die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung. Sie waren durch das so genannte „Nativ Administration System“ an die Kolonialverwaltung gebunden. Durch diese Administration durften sie in bestimmten Gebieten regieren. 1964 wurde dieses System durch das Militärregime unter General Ibrahim abgeschafft. Diese Eliten verloren ihre Machtstellung für kurze Zeit bis 1958. Anfang der 1960er Jahre gewannen sie wieder an Stellung und Einfluss.

Die Entwicklung der sudanesischen Elite wurde maßgeblich von der

- Funj Herrschaft,
- Türkei,
- Mahdi- Staat und von
- anglo- ägyptischer Herrschaft unter dem „Kondominium“ bis 1956 bestimmt.

Im Lauf dieser Entwicklung sicherte die kleine Elite im Nordsudan ihre Stellung ab, zu dem Preis, dass sie die Mehrheit der Bevölkerung nicht an der Macht beteiligen wollte<sup>442</sup>.

---

<sup>441</sup> Vgl. Ahmed, Ghaffer M.: „Tribal “Elite: A Base for Social Stratification in the Sudan, In: AAbdel Ghaffar M. Ahmed 2002, S.65-67.

<sup>442</sup> Vgl. Ghaffer M. Ahmed 2002, S. 77-79.

Für die Etablierung der modernen sudanesischen Elite spielen folgende Faktoren eine wesentliche Rolle:

- A) Die Bildung,
- B) Die religiöse und soziale Herkunft,
- C) Die politische Zugehörigkeit,
- C) Die Zugehörigkeit zum Militär.

A) Die Bildung: Wer einen Hochschulabschluss, zum Beispiel an der Khartoum Universität, Juba oder Gezera erlangt hat, zählt im Sudan zu der mittleren Elite. Der weitere Aufstieg in die "Top Elite" hängt allerdings von verschiedenen Faktoren ab.

Die post- koloniale Elite bestand zum Teil nur aus Absolventen von Grundschulen. Der erste sudanesischer Präsident, Ismael Al-Azhari, zählte zu den ersten "Eliten der Grundschule" im Sudan. Absolviert wurde in der Regel im Sudan das „Gordon College“ in Khartoum. In Nigeria wurde der erste Premierminister, Tafawa Balewa, nur in einer Realschule ausgebildet. Während der Kolonialzeit waren die islamischen Kadis und afrikanischen traditionellen Führer die Elite, die ihren Anspruch aus dem notwendigen Vermögen, Reichtum, Macht und Einfluss ableitete. Sie wurden in die Kolonialverwaltung eingliedert und bauten dadurch ihren Einfluss aus. Die Einführung der modernen westlichen Bildung trug zur Bildung von Eliten in Afrika und dem Sudan bei.<sup>443</sup> Im Sudan gilt insbesondere der Besuch der Universitäten in Khartoum, Gezera und Juba als angesehener Abschluss innerhalb des Landes. Diese Abschlüsse gelten auch international als wettbewerbsfähig. Das Hochschulstudium ist mittlerweile eine wichtige Grundlage für den Aufstieg einer Person zum Kreis der Elite, nicht nur im Sudan, sondern auch in Europa, beispielsweise in Großbritannien.<sup>444</sup> Für die südsudanesischen Elite ergaben sich im Wesentlichen erst ab 1972 Bildungsmöglichkeiten in größerem Umfang und damit auch die Möglichkeit des Zugangs zum Kreis der Elite. Denn ab 1974 wurden zahlreiche Schulen im Süden aufgebaut. Der Zugang zu Universitäten und Hochschulen war befriedigend. Die Gründung der Universität von Juba ermöglichte es den Südsudanern, dass eine ausreichende Zahl von ihnen nicht nur Abitur ablegen, sondern auch ein Studium aufnehmen konnte. Als Bestandteil des Abkommens von 1972 wurde eine Quote von Studienplätzen für Südsudanern an ägyptischen Universitäten und Hochschulen geschaffen. Diese Hochschulabsolventen kamen nach Hause zurück und ließen sich häufig in das regionale oder nationale Parlament im Sudan

---

<sup>443</sup> Vgl. Lyons, Charles H., 1968, S. 161 ff.

<sup>444</sup> Vgl. Frances und John Wakeford, 1974, S. 188-190.

wählen. Einige wurden in die öffentliche Verwaltung eingestellt. Die Elite im Süden konnte ab 1972 aufgrund ihres Bildungsstandes in folgende Gruppen eingeteilt werden:

Diejenigen, die ausschließlich nur Englisch sprechen und schreiben konnten und zur „Alten Elite der Kolonialverwaltung“ zählten. Hier begannen die Ausbildung und der Aufstieg während der Kolonialzeit.

Die zweite Gruppe ist diejenige, die ihren Aufstieg in den Kreis der Elite nach 1972 erworben hat. Diese können häufig Arabisch oder Englisch oder beide Sprachen gleichzeitig sprechen.

B) Die religiöse und soziale Herkunft: Die Herkunft eines Menschen ist in der sudanesischen Gesellschaft und vor allem im Norden von großer Bedeutung. Die Religionszugehörigkeit wird im Sudan seit langem politisiert, so dass es den muslimischen Gläubigen in allen Bereichen leichter möglich ist, in den Elitenkreis aufzusteigen. In der Geschichte des Sudans hat die Mehrheit der Bevölkerungsgruppe im Norden im Vergleich zu ihren Landsleuten im Süden, Westen und Osten des Landes einen günstigeren Zugang zur Elite, da sie besser die Voraussetzungen erfüllen und vorbereitet sind. Wer Muslim war, hatte beispielsweise während der Mahdiherrschaft und Turkiyaverwaltung („Turkiya“<sup>445</sup>) gute Chancen, in die Armee aufgenommen oder einfacher Verwaltungsmitarbeiter zu werden. Einige Kinder dieser Gruppe konnte es auch schaffen, in mittlere Elitenposition zu gelangen. Währenddessen brachte die Zugehörigkeit zum Christentum auch während der britischen Herrschaft keine besonderen Vorteile bei der Aufnahme in den Kreis der Mitarbeiter oder für den Aufstieg in die britische Elite. Hingegen konnte sich die Abstammung von Stammesführern für den Aufstieg in die Elite als günstig erweisen, solange diese das Kolonialsystem unterstützten bzw. kooperierten.

Aus welchen Regionen stammt die Elite im Sudan? Mansour Khalid stellt fest, dass die sudanesische Elite, sei es die traditionelle oder moderne Elite, hauptsächlich aus Nordsudan stammt und insbesondere aus folgenden Städten und nördlichen Regionen: Khartoum, Blauer Nil, Weißer Nil, Provinzen im Norden.<sup>446</sup>

Alle Präsidenten des Sudans stammen aus dem Norden. *„It has been from amongst those people that Sudan’s ruling elite has traditionally arisen, and has held, for the greatest part of Sudan’s history, total monopoly on political power, garnering all the wealth derived from the exercise of such power.“*<sup>447</sup>

---

<sup>445</sup> Turkiya wurde der Name für das türkisch- ägyptische Kolonialregime im Sudan in der Zeit von 1821 bis 1881. „The Sudan was Egyptian in the sense that the Sudan was formally ruled by the governor of Egypt, and it was Turkish in the sense that Egypt itself was still formally a part of the Ottoman Turkish Empire“.

<sup>446</sup> Khalid, 1990, S. 11.

<sup>447</sup> Khalid, 1990, S. 11.

Der Vorsprung der nordsudanesischen Elite ergibt sich unter anderem aus folgenden historischen Faktoren:

- Die türkisch- ägyptische Kolonialzeit ermöglichte es den Ansar oder Anhängern der Mahdiyya- Bewegung und Khatmiyya- Gruppe, sich an der Wirtschaft zu beteiligen. Sie waren Händler und vor allem sehr involviert in die Sklaverei- Beschäftigung im Sudan. Dadurch konnten ihre Söhne und Töchter die Schulen besuchen und nach der Unabhängigkeit und der "Sudanisierung der Verwaltung" wichtige Posten besetzen.
- Die Kolonialverwaltung versöhnte sich mit den islamischen Führern des Nordens bezüglich einer Zusammenarbeit in allen Bereichen. Den islamischen Führern wurde es nach Einschätzung von Khalid durch die britische Kolonialverwaltung erlaubt, ihre Ziele zu verfolgen, einschließlich der Gründung eines islamischen Staates nach der Unabhängigkeit<sup>448</sup>.
- Die arabische Sprache wurde staatlicherseits während der Kolonialzeit unterstützt.

C) Die politische Zugehörigkeit: Der Sudan wird seit 1954 hauptsächlich von zwei Parteien, nämlich der UMMA- Partei und der DUP regiert. Ausnahmen bestanden in den Staatsstreichen von General Numeiri, Aboud und Bashir. Die Politik sorgte in beiden Parteien dafür, dass ihre Anhängerschaft an der Macht beteiligt war. Diese Beteiligung fand in verschiedenen Formen statt. Aufgrund der Konfrontation zwischen Christen im Süden und Muslimen im Norden zählt die Bevölkerung im Südsudan nicht zu der Anhängerschaft der beiden Parteien und konnte damit nicht von der Beteiligung profitieren.

D) Die Zugehörigkeit zum Militär. Das sudanesische Militär ist vier Mal durch Staatsstrieche an die Macht gekommen. Dabei hat sich eine militärische Elite herausgebildet. Zu den einflussreichen Personen innerhalb der militärische Elite zählte General Gaffaar Mohammed Numeiri, der das Land von 1969 bis 1985 regierte und Feldmarschall Omer Hassan Ahmed Al-Bashir, der von Juni 1989 bis heute an der Macht ist. Hinzu kommt General Ibrahim Aboud, der von 1958 bis 1964 an der Macht war und das islamische Scharia- Recht zum ersten Mal in den Sudan einfuhrte und damit den Bürgerkrieg im Sudan intensivierte.

Aufgrund der politisch- historischen Gründe kam es zu einer Teilung der sudanesischen Elite, und die arabische Sprache, arabische Kultur und der Islam wurden seitens der nördlichen Elite

---

<sup>448</sup> Khalid, 1990, S. 14 - 15.

besonders betont. Die südsudanesische Elite hingegen war britisch orientiert und hielt sich an der englischen Sprache einerseits und der afrikanischen Kultur andererseits fest. Khalid stellt fest, dass der Unterschied zwischen der Süd- und Nordelite hauptsächlich kultureller Art ist. Die südsudanesische Elite ist weniger an der Macht und Wirtschaft beteiligt und gilt landesweit als "Sub- Elite". Es gibt nur wenige Gemeinsamkeiten zwischen beiden Eliten. Durch diese Unterschiedlichkeit waren die beiden Eliten bisher nicht in der Lage, eine gemeinsame „Nationale Identität“ oder ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und gemeinsamen Geschichte zu entwickeln. *"The existence of a national Identity demands a loyalty to the nation as a whole, rather than a single sector of society, be it an ethnic group, religious sect, or geographic region."*<sup>449</sup>

Die Elite im Norden betrachtet sich als Muslime und Verfüger über die allgemeine Moral und Integration. Sie unterhalten intensive soziale Kontakte und Beziehungen untereinander und heiraten teilweise untereinander. Ein prominentes Beispiel dafür ist die Mahdi- Familie und der Führer der National Islamic Party (NIF), Dr. Hassan Abdullah Al-Turabi. Turabi heiratete die Schwester von Saddig Al-Mahdi und sicherte sich darüber die Unterstützung der Mahdi- Familie. Saddig und Turabi konkurrieren um Macht und Einfluss, sind sich aber in vielen Angelegenheiten einig.

Die Beziehungen zwischen der Elite im Süden und Norden ist ambivalent zu betrachten. Sie ist mehr politisch als sozial. Eheschließungen zwischen der Elite im Nord- und Südsudan sind nahezu ausgeschlossen, es sei denn, dass die Angehörigen der südsudanesischen Elite zum Islam konvertieren. Für die nordsudanesischen Elite ist es dagegen möglich, eine Person, z.B. eine Frau aus der südsudanesischen Elite zu heiraten, ohne zum Christentum konvertieren zu müssen. Die sudanesischen Eliten und vor allem die im Norden können als so genannte „Uniform elites“ betrachtet werden, d.h. dass sie gegenüber Aufnahmen von anderen gesellschaftlichen Gruppen in ihren Kreis, zum Beispiel durch Heirat, verschlossen sind. Sie sind sozial und politisch eng miteinander verbunden<sup>450</sup>. Diese schwierigen Beziehungen haben auch dazu geführt, dass die Nationenbildung bzw. Integration nicht zustande kam, da es weniger Gemeinsamkeiten als Unterschiede gibt.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass im Sudan zwar eine sudanesischen Elite anzutreffen ist, wobei eine Grobunterteilung in südliche und nördliche Elite mehr Unterschiede zwischen diesen Gruppen, als Gemeinsamkeiten aufzeigt. Während die Elite des Nordens über Macht,

---

<sup>449</sup> Khalid, 1990, S. 13.

<sup>450</sup> Vgl. Giddens, Anthony, 1974, S. 5.

Einfluss auf Landesebene und Reichtum verfügt, ist die südsudanesische Elite eher regional orientiert und mit geringeren Einflussmöglichkeiten ausgestattet. Deshalb kann man von einer Sub- Elite sprechen. Nur wenige südsudanesische Persönlichkeiten haben es geschafft, landesweit an Einfluss zu gewinnen und sich für den Gesamtsudan eine herausragende Position zu erarbeiten. Zu diesen Persönlichkeiten zählt beispielsweise

- Der verstorbene Vorsitzende der Sudan People Liberation Army/ Sudan People Liberation Movement (SPLA/SPLM), Dr. John Garang de Mabor,
- Der Rechtsanwalt und ehemalige Vize-Präsident des Sudans, Abel Alier,
- Dr. Riek Machar Teny, ehemaliger Assistent von Präsident Beshir und Vorsitzender des South Sudan Independence Movement (SSIM).

Bei der Auswertung der sudanesischen Regierungen von 1954 bis 2002 hinsichtlich der Beteiligung von Eliten im Süden und Norden sind folgende Ergebnisse zu erkennen:

- 283 Kabinettsminister kamen aus dem Nordsudan,
- 265 davon sind bzw. waren Muslime,
- 42 davon kamen aus dem Südsudan,
- Davon gehörten 41 dem Christentum an.
- Nur 2 Minister konnten anhand der Datenlage nicht zugeordnet werden, da die Informationen dazu fehlten.
- 219 sudanesischer Minister verfügten über einen Hochschulabschluss.
- 74 Minister wurden in Militärakademien ausgebildet.
- Für 53 Minister konnte nicht erhoben werden, wo sie ausgebildet wurden und über welche Qualifikation sie verfügen.

Insgesamt bekleideten nach meinen Recherchen 671 Sudanesen in der Zeit von 1956 bis 2002 ein Ministeramt, 42 von ihnen stammten aus dem Südsudan. Der überwiegende Rest stammt aus dem Nordsudan. Grundlage meiner Auswertung sind die Tabellen 1 bis 21. Gemäß dem Verständnis von Eliten (wie oben dargestellt) zählen Minister zu der politischen Elite des Sudans.

#### Sudanesischer Nationale Parteien:

Während der demokratische Ära von 1986 bis 1989 konnten im Sudan folgende Parteien mit ihren politischen Programmen beschrieben werden, die das Ziel hatten, eine Wählerschaft quer durch die Republik Sudan anzusprechen. Zu diesen Parteien zählen:

- Democratic Unionist Party (DUP),
- Sudanese People's Liberation Movement (SPLM),
- UMMA Party,
- Sudan African Congress (SAC),
- People's Progressive Party (PPP),
- Sudan People's Federal Party (SPFP),
- National Congress Party (NCP),
- National Islamic Front (NIF),
- Popular National Congress (PNC),
- Sudanese Communist Party (SCP),
- National Democratic Alliance (NDA).<sup>451</sup>

Als nationale Parteien im Sudan werden insbesondere die DUP, die SPLM, die UMMA und die SAC, die NCP, die NIF, die NDA sowie die PNC betrachtet. Sie werden von vielen Sudanesen sowohl im Norden als auch im Süden des Landes als nationale Kraft angesehen und haben ihre Anhänger in mehreren Bundesländern im Sudan. Die PPP, SPFP und SSPA sind programmatisch regionale Parteien und vertreten mehrheitlich die Interessen des Südsudans. Deshalb sind sie bei den Wahlen von 1986 nur im Süden angetreten.<sup>452</sup> Außerdem sind sie finanziell nicht in der Lage, in mehreren Bundesländern des Sudans aktiv zu werden.

## **7.2 Kommunikation zwischen der sudanesischen Elite**

In diesem Kapitel werden die Kommunikationsmöglichkeiten zwischen der Elite im Süden und Norden des Sudans analysiert. Dabei soll Kommunikation nach Roland Burkart als der Prozess der Bedeutungsvermittlung zwischen Lebewesen definiert werden. Kommunikation ist in einem sozialwissenschaftlichen Verständnis eine „spezifische Form der sozialen Interaktion“ und damit für Integration zwischen den Menschen wichtig.<sup>453</sup> Im weitesten Sinn umfasst der Begriff Kommunikation die Ebenen Verhalten<sup>454</sup>, Handeln<sup>455</sup> und Verständigung<sup>456</sup>.

---

<sup>451</sup> Cook, Traci D., 2005, S. 67.

<sup>452</sup> Verney, Peter, 1995, S.7 und 25.

<sup>453</sup> Vgl. Burkart, Roland, 1995, S. 30.

<sup>454</sup> Unter Verhalten soll jede Regung eines Organismus verstanden werden. Es geht um Prozesse der Wahrnehmung, des Fühlens und Denkens.

<sup>455</sup> Als Handeln wird intentionales Verhalten bezeichnet, das auf ein Ziel gerichtet ist. "Handeln wird als dasjenige menschliche Verhalten, welches der jeweils handelnde Mensch mit subjektivem Sinn verbindet." Burkart, Roland, 1995, S. 21 - 23.

<sup>456</sup> Verständigung ist, wenn die Kommunikationspartner die tatsächlichen Bedeutungen der gemeinten Botschaft miteinander geteilt haben (Vgl. Burkart, Roland, 1995, S. 26). Kommunikation kann also als Verständigungsprozess betrachtet werden (Vgl. Burkart, Roland, 1995, S. 33).



Kommunikation braucht ein Mittel oder ein „Medium“, um die Botschaft zu senden. Medium wird als das Ausdrucksmittel der kommunikativen Aktivität verstanden. Medien sind Transportmittel, die den Bedeutungsinhalt als Form von Äußerungen der Lebewesen zwischen diesen hin und her transportieren. In diesem Sinn zählt die Sprache zu den wesentlichen Medien und Ausdrucksmitteln der Verständigung.<sup>457</sup>

Kommunikation spielt bei der Bildung von Nationen eine wesentliche Rolle.<sup>458</sup> Deshalb ist eine Verständigung der Eliten im Norden und Süden des Sudans für die Nationbildung bzw. für das "Nationwerden" außerordentlich wichtig. Gelingende Kommunikation benötigt eine Vielzahl an unterschiedlichen Faktoren sowohl auf der Seite des Senders einer Botschaft, des Empfängers und des benutzten Mediums. Die gewählte Sprache ist dabei, wie bereits erwähnt, von besonderer Bedeutung. Deshalb soll in diesem Kapitel die Kommunikation zwischen den sudanesischen Eliten besonders untersucht werden und insbesondere auf die Aspekte der unterschiedlichen Sprachen und Sprachkenntnisse näher eingegangen werden.

Nyombe hielt in seiner Analyse zur den Rollen der verwendeten Sprachen in sudanesischer Politik fest: „The language Problem has never been far from the surface of politics in the present conflict in the Sudan. In the Sudan, issues of language, culture, religion and races are too closely interlinked as to be inseparable. For the Northern Sudan Arab government which constitutes the de facto central government, there has been an obsession since independence, with the political need to project the Sudan to the outside world as homogeneous Arab nation; a nation with one language (Arab), religion (Islam), one culture (Arab-Moslem culture) and most importantly, one race (Arab).The reality is of course far different.

A fact is that the Sudan is a country of two distinct nationalities. The northern half is occupied by people of Arab origin and or arabized Africans who have become Moslems, have acquired the Moslem culture and speak the Arab Language. The southern half of the country on the other hand, is made up of people of African stalk who speak a variety of African languages and believe in Christianity and traditional religions.”<sup>459</sup>

Nyombe beschreibt ein zentrales Verständigungsproblem in der Kommunikation zwischen Nord- und Südsudan. Zwei Faktoren sind dafür besonders bedeutsam:

(1) Die Kolonialpolitik gegenüber dem Norden und dem Süden des Landes sowie

---

<sup>457</sup> Vgl. Burkart, Roland, 1995, S. 35.

<sup>458</sup> Vgl. Hobsbawm, Eric J., 1992, S.13 ff.

<sup>459</sup> Nyombe, B.G.V., 1994, S. 9.

## (2) Die Politisierung der Sprachen und deren Mischung mit Religion.

Zu dem Faktor der Kolonialpolitik bleibt festzuhalten:

Bis zum Jahr 1928 gab es keine klare Politik der britischen Kolonialverwaltung in Bezug auf die Sprachen im Südsudan. Der Versuch von Missionaren, die englische und die afrikanischen Sprachen im Süden zu vermitteln, um beispielsweise die Bibel lesen zu können, wurden durch die Verwaltung mehrfach behindert oder zumindest nicht unterstützt. Erst 1928 wurde die erste Sprachkonferenz im Südsudan durch die Regierung einberufen. Ziel der Konferenz war, die Entwicklung einer Sprachpolitik für den Südsudan zu entwickeln. In dieser Konferenz wurden verschiedene Stammsprachen für die Bildung und Verwaltung ausgewählt. In der Rejaf<sup>460</sup> Konferenz wurden die folgenden südsudanesischen Sprachen als Unterrichtssprachen im Südsudan ausgewählt:

- Dinka
- Bari
- Nuer
- Lotuho
- Shilluk
- Zande.

Für den Besuch einer hohen Schule und die Universität wurde Englisch als Bildungssprache gewählt.<sup>461</sup> Außerdem wurde Englisch als Amtssprache für den Südsudan bestimmt. Zugleich wurde Arabisch zur Amtssprache im Nordsudan deklariert. Im Südsudan wurde gesetzlich verboten, die arabische Sprache zu sprechen und zu schreiben.<sup>462</sup> Zwei Jahre später wurde die Politik der Trennung zwischen Nord- und Südsudan weiter forciert. Diese Politik war als „Closed District Act“ bekannt. Dabei ging es unter anderem um die Einschränkung der sprachlichen Kontakte und der Beweglichkeit zwischen den beiden Landesteilen. Die Kolonialmacht begründete die Aktivitäten damit, den arabischen und islamischen Einfluss im Süden einzudämmen und somit die afrikanischen Kulturen und Sprachen wertzuschätzen. *„The orders were intended to Stop Arab tribes from seizing slaves, cattle, and grain from the south, and to end the alleged pressure to convert to Islam. Missionaries and many government officials were hostile toward Islam. More broadly, British officials sought to keep Arab and Islamic influences*

---

<sup>460</sup> Rejaf ist ein Stadtteil der südsudanesischen Hauptstadt Juba und galt damals als Verwaltungssitz der britischen Kolonialmacht im Bundesland Quatoria Province.

<sup>461</sup> Vgl. Biel, M. R.: Modernisierung der Bildung und Verwaltung im Sudan, eine Land zwischen Bürgerkriegen, Diktaturen und Fremdherrschaft, 2004.

<sup>462</sup> Nyombe, B.G.V.,1994, S. 11-12.

*out of East Africa, which should fall under the sway of English values and Christianity. As initially articulated through the Close District Order of 1922, which applied to Kordofan, Darfur, and parts of Kassala and the White Nile provenances as well as the south, Sudanese who lived outside those areas could travel to or lives there only if they obtained a special permit.*”<sup>463</sup>

Im Jahr 1925 wurde nordsudanesischen Geschäftsleuten (jallaba) verboten, in den genannten Gebieten der Close District Order zu arbeiten. 1924 wurden ägyptische Beamte und Nordsudanesen aus dem Süden vertrieben. Arabisch- islamische Kleidung (jallabiyya) sowie bestimmte islamische Namen wurden im Südsudan verboten. Die britische Kolonialmacht wollte den Südsudan zu einem eigenen Staat entwickeln. „Besides keeping out the unwanted influence of Islam and Arabism from these regions, the British had wanted to treat at least the Southern Sudan as a different socio-political and economic entity. As a matter of fact, this policy continued up to independence.”<sup>464</sup>

1946 wurde die Politik des “Closed District Act” gelockert und der Kontakt zwischen Nord- und Südsudan wieder ermöglicht. 1949 wurde eine verfassungsgebende Versammlung („Sudanese Legislative Assembly“) für den Sudan einberufen. Allerdings wurden keine Südsudanesen in die Versammlung berufen. Diese Versammlung verabschiedete, dass die arabische Sprache die Amtssprache für den gesamten Sudan sein wird. Die englische Sprache sowie afrikanische Sprachen, die 1928 eingeführt worden waren, wurden vernachlässigt. Diese Politik des Nordens gegenüber dem Südsudan beschwor den Widerstand der Elite im Süden des Sudans und belastete die Kontakte mit der Elite im Norden. Die Mehrzahl der nordsudanesischen Elite wurde in Ägypten mit der arabischen Sprache ausgebildet. Demgegenüber wurde die damalige südsudanesische Elite während des ersten Bürgerkrieges ab 1955 bis 1972 im Exil in Ostafrika mit Englisch als Amtssprache, z.B. in Uganda, ausgebildet.

Die britische Sprachpolitik legte den Grundstein für zwei unterschiedliche Schul- und Bildungssysteme im Sudan und damit für die Etablierung zweier verschiedener Eliten im Sudan. Im Norden entstand eine Arabisch sprechende Elite und im Süden eine englisch-afrikanische Elite, deren Ausbildung am britischen „Way of Life“ orientiert war. „*The results of the shift in language policy were twofold. Firstly, two tiers of education were born; one in the North and the other in the South. Secondly, many educated Southernns who could only function in English was rendered functionally illiterate overnight and therefore socially and economically underprivileged due to the shift to Arabic.*”<sup>465</sup>

---

<sup>463</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 32.

<sup>464</sup> Nyombe, B.G.V., 1994, S. 12.

<sup>465</sup> Nyombe, B.G.V., 1994, S. 13.

## Sprachpolitik nach der Unabhängigkeit und die Auswirkung auf Elitebildung im Sudan

In den 1950er und 1960er Jahren galt die englische Sprache im ganzen Sudan unter den Eliten sowohl im Süden als auch im Norden des Landes als wichtiges Mittel der Kommunikation. Im Vergleich zur südsudanesischen Elite beherrschten allerdings nur wenige Nordsudanesen die englische Sprache. Dies ist darauf zurückzuführen, dass ein Großteil der südsudanesischen Elite in den benachbarten Ländern, z.B. in Uganda, Kenia oder in der Demokratischen Republik von Kongo, aber auch in den Missionsschulen innerhalb des Sudans ausgebildet wurde. Im Zeitraum von 1956 bis 1969 wurden durch die sudanesischen Regierungen verschiedene Versuche unternommen, den Süden durch die arabische Sprache an den Norden anzubinden. Dazu wurde Arabisch an fast allen Schulen im Südsudan eingeführt. Leider ging es nicht nur um die Vermittlung der Sprache Arabisch, sondern auch um die Verbreitung des Islam und der arabischen Traditionen. Diese Bemühungen stießen daher auf Widerstand bei den Christen und Gläubigen afrikanischer Religionen.<sup>466</sup>

„The period between 1956- 69 saw frantic and concerted efforts from the new rulers, both civil and military to bring the South to the stream of →Sudan way of life← i.e. an Arab Islamic way of life. The Northern Arab immoderate zeal to convert Southern into Moslem Arab speakers often drifted into excesses verging on genocide.”<sup>467</sup>

Die sudanesische Volksversammlung von Oktober 1966 belastete die Beziehungen und die Kommunikation zwischen den Eliten im Norden und Süden. Alle Missionsschulen, die im Süden auf Englisch arbeiteten, wurden verstaatlicht und arabisiert. Alle Lehrer im Süden mussten ihre Arbeit aufgeben, da sie nicht in arabischer Sprache unterrichten konnten. Die Elite im Süden fühlte sich dadurch entmachteter, die Elite im Norden nicht verstanden. Nach Nyombe hat die Einführung der arabischen Sprache und Ausbildung im Südsudan große Auswirkungen auf das Leben der Menschen dort: *„Education has always been used as a political weapons in the South by first the British and then the Northern Sudanese. It has been a means to gain control over the Southernns. The introduction of Arabic into the South as a national language had far reaching political, educational and psycho-social implications. Many Southernns, especially teachers in the village schools were rendered redundant and jobless since the local languages which were emphasized under the British, lost their importance. Also with the shift to Arabic, the predominantly mission and English educated southern elite could no longer function adequately*

---

<sup>466</sup> Nyombe, B.G.V., 1994, S. 13.

<sup>467</sup> Nyombe, B.G.V., 1994, S. 13.

*in their places of work in the newly imposed language.*<sup>468</sup> Die Mehrheit der Südsudanesen verstand nicht, warum ihre Sprachen durch Arabisch ersetzt werden sollten. Sie waren gegen diese Entscheidung der Nachkolonialregierung.

Das sudanesisches Ministerium für Bildung gab im Mai 1954 eine Verordnung für die Bildung für Jungs bekannt: *„One, who speaks Arabic and is a Moslem, is an Arab. As far as the North is concerned, these are sufficient and necessary requirement to qualify one as a Sudanese. This may seem strange, but it makes good political sense. For that reason, issues of language and religion will continue to occupy centre stage in Sudanese politics so long as the North continues to define its identity in terms of language and religion.*“<sup>469</sup> Viele dieser Maßnahmen zielten auf die Islamisierung des Südsudans und die Verdrängung von afrikanischen Kulturen.

Im Jahr 1972 wurde eine neue Bildungspolitik in Bezug auf die arabische Sprache unternommen. Arabisch wurde als Amtssprache im Sudan akzeptiert. Englisch wurde als Arbeitssprache des Sudans anerkannt und gleichzeitig als Amtssprache für Südsudan festgelegt. Zugleich wurden lokale Stammessprachen („Local Languages“) nach dem Friedensabkommen von Addis- Abeba im Jahr 1972 im Süden anerkannt.

Der „Self- Government Act“<sup>470</sup> legte folgende Sprachpolitik im Sudan fest: *„Arabic shall be the official language for the Sudan and English the principle language for the southern Sudan, without prejudice to the use of any language or languages which may serve the practical necessity for the efficient and expeditious discharge of executive and administrative function of the region.*“<sup>471</sup> Der Self-Government Act hält also fest:

1. Arabisch ist die Amtssprache für den Sudan.
2. Englisch ist die Arbeitssprache im Süden.
3. Lokale afrikanische Sprachen sollen unterstützt und entwickelt werden.
4. Die afrikanische Kultur soll unterstützt und entwickelt werden.<sup>472</sup>

Damit konnte Arabisch in den Schulen im Süden unterrichtet werden, ohne den Islam in den Vordergrund zu stellen. Zweitens wurde Englisch als Amtssprache im Süden anerkannt. In allen

---

<sup>468</sup> Nyombe, B.G.V., 1994, S. 15.

<sup>469</sup> Nyombe, B.G.V., 1994, S. 16.

<sup>470</sup> Self-Government Act war die Rechtsverfassung des Südsudans, die unter anderem die dortige Regierungsführung innerhalb des vereinigten Sudans regelte.

<sup>471</sup> Nyombe, B.G.V., 1994, S. 18.

<sup>472</sup> Nyombe, B.G.V., 1994, S. 18.

Regierungsbüros im Süden wurde nur in Englisch gearbeitet.<sup>473</sup> Im Laufe der 70er Jahre hat sich jedoch die arabische Sprache auch im Süden befestigt. Vor allem bei den jungen Menschen wird arabisch gesprochen und zum großen Teil geschrieben.

Kommunikationsmedien wie Fernsehen, Hörfunk und Zeitungen wurden nur gestattet und unterstützt, wenn ihr Programm in arabischer Sprache erschien. So war es für die englischsprachige Elite sehr schwierig, ihre Meinungen auf nationaler Ebene zu veröffentlichen.<sup>474</sup> Innerhalb der südsudanesischen Elite ist die englische Sprache Kommunikationsmittel untereinander. Englischsprachige Zeitungen wie „The Sudan Times“, „The Sudan Democratic Gazate“, „The Nile Mirror“, „The Khartoum Monitor“ usw. dienen der Kommunikation und dem Austausch zwischen südsudanesischen Intellektuellen im Ausland, aber auch zwischen den Eliten im Nord- und Südsudan.

Die Sprachteilung zwischen Nord- und Südsudan erschwerte die Kommunikation der Bürger und damit auch der Eliten des Landes erheblich. Die Nutzung der einzelnen Sprache ist immer auch gleichzeitig eine Aussage über das eigene Identitätsgefühl und politische Stellungnahme, so dass eine übergreifende nationale Kommunikation deutlich erschwert wird. Dennoch gibt es auch eine, wenn zwar geringe, Anzahl von Süd- und Nordsudanesen, die sowohl Englisch als auch Arabisch sprechen. Zu dieser Gruppe zählen diejenigen Sudanesen, die im Inland und Ausland studiert haben. Trotz der Einführung der arabischen Sprache auch in den wissenschaftlichen Bereich, gilt die englische Sprache weiterhin auch als Sprache der Wissenschaft und Forschung und damit als ein Merkmal der gut ausgebildeten Menschen, also der Elite.

### **7.3 Auswirkungen von Krieg und Militarisierung auf die sudanesischen Elitenbildung**

An dieser Stelle soll der Faktor Krieg und Militarisierung auf die Elitentransformation bzw. Bildung von Eliten analysiert werden.

Der Sudan wurde am 01. Januar 1956 von der britischen Kolonialverwaltung in die Unabhängigkeit entlassen. Die neugewonnene Freiheit löste jedoch nicht langfristige Begeisterung, sondern bereits im August 1955 den ersten Bürgerkrieg zwischen dem islamischen, arabisierten Norden und dem kirchlichen, afrikanisch dominierten Süden aus.<sup>475</sup> Der 1955

---

<sup>473</sup> Vgl. Nyombe, B.G.V., 1994, S. 16.

<sup>474</sup> Nyombe B.G.V., 1994, S. 18.

<sup>475</sup> Nhail, 1990, S. 2.

begonnene Bürgerkrieg wurde als religiöser, aber auch als Krieg zur Durchsetzung der Interessen des rebellierenden Südens betrachtet.

Am 17. November 1958 wurde die parlamentarische und erste frei gewählte Regierung des Sudans durch das Militär entmachtet. Der Staatsstreich wurde unter General Ibrahim Abboud geführt, einem aus Dongola stammenden arabisierten Nordsudanese. Die Gründe für diesen Staatsstreich wurden von bekannten sudanesischen Historikern wie Mohammed Omer Beshir wie folgt beschrieben: „The take-over by the Army on November 17, 1958, was yet another example of the failure of political parties to give the people a government dedicated to the solution of the economic problems and the problem of national unity.“<sup>476</sup>

Die Armee übernahm die politische Macht im Wesentlichen aus folgenden Gründen:

Der Krieg im Süden sollte militärisch entschieden und beendet werden. Dies war jedoch nur möglich, wenn die Politik im Nordsudan sich einig zu diesem Ziel bekannte. Zur Zeit des Staatsstreiches konnten sich die regierenden Parteien nicht über die Kriegsführung einigen.

Abboud war Islamist und wollte die Islamisierung und Arabisierung im Südsudan durchsetzen.

Aufgrund des Bürgerkrieges hatte sich die Wirtschaftslage verschlechtert. Die neue Regierung wollte eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme.

Die neue Regierung verfolgte die Politik „Ein Land, eine Sprache, eine Religion“. Die gesamte Bevölkerung sollte durch die Arabisierung (der Sprache und Kultur) und Islamisierung vereinigt werden.

Erster Schritt wurde die Ausweisung der kirchlichen Missionare im Sudan und vor allem in Südsudan durch den „Missionary Societies Act“. Der Krieg im Süden wurde kompromisslos weiter geführt. 1964 konnte Abboud seine muslimische Anhängerschaft im Norden nicht überzeugen, dass seine Politik zum Erfolg führen wird und dies führte zu Demonstrationen gegen seine Regierung.

Nach der Entmachtung Abbouds kam von 1965 bis 1969 durch Parlamentswahlen eine Koalition von Umma und DUP an die Macht. Innerhalb von vier Jahren war die Koalition unter Premierminister Saddig Al-Mahdi nicht in der Lage, die Wirtschaft in Ordnung zu bringen und den Bürgerkrieg im Süden zu beenden und wurde deshalb vom zweiten Staatsstreich unter Major Gaafar Muhammad Al-Numeiri geputscht. Numeiri übernahm die Macht am 25. Mai 1969 mit dem Ziel, den Krieg zu beenden. In weniger als zwei Jahren beendete das Regime den Bürgerkrieg im Sudan durch das Addis- Abeba- Abkommen im März 1972. Im Südsudan wurde

---

<sup>476</sup> Beshir, 1968, S. 80.



eine Autonomieregierung etabliert, der christliche Glauben wurde im Sudan wieder zugelassen, die Wirtschaft erholte sich langsam. Englisch wurde als offizielle Sprache im Südsudan wieder zugelassen, die arabische Sprache im Norden als Amtssprache anerkannt und auch im Südsudan akzeptiert.

Aufgrund der neuen wirtschaftlichen und politischen Situation konnten auch Südsudanesen in den Kreis der politischen und wirtschaftlichen Elite aufsteigen. Zahlreiche Südsudanesen erhielten politische Ämter, sowohl Ministerialämter in der zentralen Regierung in Khartoum als auch in der regionalen Regierung des Südsudans. Zuvor hatten sich die militärischen Regierungen unter Abboud und Numeiri das Recht genommen, den Kreis der Elite selbst festzulegen, indem sie Menschen von heute auf morgen zur Elite bestimmten und ihnen Positionen eines Ministers oder Präsidenten, beispielsweise der Armee oder Polizei, auch ohne eine entsprechende Ausbildung ermöglichten.<sup>477</sup> Das Militär trug damit ganz wesentlich zur Elitenbildung und Transformation im Sudan bei.

Die Elite, insbesondere die militärische Elite, im Nordsudan war sich in den vergangenen 50 Jahren nach der Unabhängigkeit einig, dass der Sudan nur durch den Islam nach Vorbild der Mahdi vereinigt werden könnte. *„Die islamische und arabische Identität der regierenden Militärs diente aber nicht nur zur Herrschaftslegitimation, sondern in zunehmendem Maße auch als Methode, den Sudan zu vereinen. So ließ die Militärregierung im Südsudan Koranschulen errichten und erklärte 1960 in den Südprovinzen den Sonntag ebenfalls zum normalen Arbeitstag.“*<sup>478</sup> Diese Politik der Islamisierung des Sudans durch das Militär wurde im „Black Book“ ausführlich dokumentiert. *„Political Islam offered a solution to Sudan’s seemingly intractable political crises and failures of economic development“*<sup>479</sup>.

Im Sudan wurde der Nationbildungsprozess mehrfach seitens des Militärs durch die zwangsweise Einführung des Islam und der arabischen Sprache forciert, um den Prozess der Nationenbildung zu beschleunigen. *„With independence, adherents of ethnic nationalism sought to promote the country’s Muslim-Arab identity. General Ibrahim Abbud (1958-1964) Arabized administrative and educational Systems in the south and expelled foreign Christian Missionaries“*<sup>480</sup>.

*„Im Juni 1989 putschten Militärs gegen die demokratisch gewählte Regierung des Sudans und übernahmen die Macht in Khartoum. Von Anfang an trug die National Islamic Front (NIF) das Regime mit. Unter Bezug auf den Islam sollte das Ende der traditionellen Parteienstruktur besiegelt und die sudanesishe Nation neu geschaffen werden. Solche Versuche einer religiösen*

---

<sup>477</sup> Vgl. Christmann, 1995, S. 115-121.

<sup>478</sup> Wittrock, Matthias, 1999, S. 389.

<sup>479</sup> Flint, Julie/ De Waal, Alex, 2005, S. 19.

<sup>480</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 22.

*Legitimation von Nation und Herrschaft haben im Sudan Tradition. So gehört die kurze Periode der Mahdiyya (1885-98) zum Gründungsmythos des modernen Staates: Muhammad Ahmad Ibn Abdallah hatte als Mahdi, dem messianischen Erneuerer der Welt und des islamischen Glaubens, die Bevölkerung erfolgreich zum Kampf gegen die ägyptische Besatzung (1821-84) mobilisiert.“*  
481

Die Einigkeit der islamischen Elite im Norden über die Islamisierung und Arabisierung des Sudans einschließlich des christlichen Südens<sup>482</sup> belegen auch Flint/ De Waal (2005).<sup>483</sup> „Weil sich die Nordsudanesischen Eliten hauptsächlich auf den Islam zur Legitimation ihrer Alleinherrschaft berufen, ist im Süden eine oppositionelle Historiographie entwickelt worden. Diese betont z.B. das Afrikanische Element in der Benennung der Hauptstadt des Sudans und die gewaltsamen Episoden der frühen Islamisierung, woraus Lehren für die heutige Situation zu ziehen seien.“<sup>484</sup>

In der Folge entstanden auch im Südsudan Gruppen von Milizen, die den Kampf aufnahmen. Von Mai 1983 bis Januar 2005 bekriegten sich im Zweiten Sudanesischen Bürgerkrieg die Muslime im Norden und die Christen im Süden. Der Konflikt eskalierte 1983, als

- Das Addis- Abeba- Abkommen von 1972<sup>485</sup> abgeschafft wurde,
- Die Autonomieregierung für den Südsudan ebenfalls abgeschafft wurde,
- Der Südsudan in kleine Verwaltungseinheiten aufgeteilt und
- Reiche Ölstädte des Südens wie Bentiu, Abyei und Renk zum Nordsudan annektiert wurden.

In diesem Zusammenhang führte John Garang im Mai 1983 seine Anhänger unter dem Dach der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee in den Kampf gegen die Regierung des Sudans. Diese militärische Bewegung kann daher als Miliz, Rebellen oder auch Warlords verstanden werden. Sie ist als ein Teil einer lokalen Elite zu betrachten, die in einem begrenzten Gebiet parallel zu den staatlichen Strukturen Macht ausübt. Im Sudan waren diese Gebiete hauptsächlich im Südsudan angesiedelt und wurden seitens der SPLM/ SPLA als „Befreite Gebiete“ oder „Neuer Sudan (New Sudan)“ bezeichnet. Voraussetzung für das Erstarken einer Rebellenbewegung sind vor allem schwache staatliche Strukturen, insbesondere auch schwache und politisch

---

<sup>481</sup> Wittrock, Matthias, 1999, S. 379.

<sup>482</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 22.

<sup>483</sup> Flint, Julie/ De Waal, Alex, 2005

<sup>484</sup> Wittrock, Matthias, 1999, S. 379.

<sup>485</sup> Vgl. Nhail, 1990, S. 34.

instrumentalisierte Verwaltungsstrukturen sowie politische Instabilität, wie im Sudan seit langem gegeben.<sup>486</sup> Hinzu kommt häufig „(...) eine lange gewalttätige Geschichte in der Gesellschaft, die zu einer Gewöhnung und einer Selbstverständlichkeit führen kann, Gewalt täglich zu erleben und zu nutzen. Gewalt wird dann als ein legitimer Bestandteil politischer Strategien anerkannt.“<sup>487</sup>

Unter Führung von John Garang und Riek Machar kämpften die Südsudanesen gegen den Norden des Sudans, um nach Angaben der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung und Sudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLM/SPLA<sup>488</sup>) durch militärische Mittel folgende Ziele zu erreichen:

- Die Schaffung eines gerechten politischen und sozialen Regierungssystems, an dem alle marginalisierten Regionen des Sudans, so u.a. die Nuba- Berge, Blauer- Nil- Gebiete (Beja) und Südsudan sowie Darfur beteiligt werden sollen.
- Diese Regionen sollen sowohl an der Führung als auch an der Verwaltung des Sudans beteiligt werden.
- Das im September 1983 eingeführte islamische Scharia- Gesetz sollte abgeschafft werden.
- Könnten diese Forderungen nicht umgesetzt werden, sollte eine schwache Konföderation zwischen Südsudan und Nordsudan gegründet werden.<sup>489</sup>

Seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs im Sudan 1983 wurde die Rekrutierung von Milizen durch die offizielle Politik der sudanesischen Regierungen zielgerichtet genutzt und eingesetzt. Im Nordsudan herrschten die Janjawid, arabische Milizen, die gegen die südsudanesischen Zivilbevölkerung an der Grenze von Nord- und Südsudan eingesetzt werden. Ab 2001 wurden diese Milizen auch gegen Menschen in Westsudan und vor allem in Darfur eingesetzt. Im Südsudan versuchte die Regierung in Khartoum zusätzlich, die Opposition bzw. die Befreiungsbewegung der Rebellen zu teilen, indem sie bestimmte Rebellen unterstützte, aber andere nicht und die Ungleichheiten und Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Volksgruppen/ Stämme versuchte, gegeneinander auszuspielen. Traditionelle Konflikte um Weidegründe, Viehdiebstähle, Gebietsgrenzen u.a.m. zwischen einzelnen Stämmen wie beispielsweise den Nuer und Dinka wurden gezielt durch die Regierung instrumentalisiert, um das Erstarken einer geeinten Rebellenbewegung zu verhindern. Die Bevölkerung wurde bewaffnet und ein Zustand der Gesetzeslosigkeit und Plünderung geduldet, damit die Regierung die politische Macht behalten konnte. Die Regierung bediente sich also der bereits von den

---

<sup>486</sup> Vgl. Roth, 2005, S. 48, 49.

<sup>487</sup> Roth, 2005, S. 52

<sup>488</sup> SPLM/ SPLA ist die Abkürzung von Sudan People Liberation Movement and Sudan People Liberation Army.

<sup>489</sup> Vgl. Nhail, 1990, S. 1.

Kolonialherren praktizierten „Teile- und Herrsche- Strategie“, um ihren geringen Einfluss und Kontrolle auf das Land und die Staatsgebiete auszugleichen.

In den 1990er Jahren entstanden zahlreiche Bemühungen aus der Zivilbevölkerung, um die verfeindeten Stämme wieder miteinander ins Gespräch zu bringen und entstandene Probleme im gemeinsamen Konsens zu lösen. Ein bekannt gewordenes Beispiel war der „Nuer - Dinka – Friedensprozess“ und die „Grassrout“- Bewegung („Frieden von unten“).

Im Südsudan lag die Zahl der Milizen bei 32. Die Mehrheit wurde finanziell und militärisch von der Regierung in Khartoum unterstützt. Die führenden und dominierenden Gruppen unter den Milizen im Südsudan stellen die Nuer mit 26 Gruppen dar. Nur 6 weitere Gruppen stammten aus anderen Stämmen im Südsudan. Ab dem Jahr 2002 bezeichneten sich die südsudanesischen Milizen als „South Sudan Defence Forces (SSDF)“. Die SSDF wurde unter Leitung von General Paulino Matiep Nhail, einem Nuer aus der Region Bentiu, Western Upper Nile, gestellt.<sup>490</sup>

Die südsudanesischen Milizen von 1983 bis 2005 können folgenden Stämmen zugeordnet werden:

Die mächtigsten militärischen und politischen Bewegungen im Südsudan waren bzw. sind:

- **SPLM/A** - Sudan People Liberation Movement und Sudan People Liberation Army

Die SPLM/A wurde von Dr. John Garang geführt und seine Anhänger waren mehrheitlich Dinka.

- **SPDF** - Sudan People Democratic Front

Die SPDF wurde von Dr. Riek Machar Teny nach der Abspaltung der SPLM/A im Jahr 1991 gegründet und geführt. Anhänger der SPDF waren mehrheitlich vom Stamm der Nuer.

**SPLM-United** - Sudan People Liberation Movement

**SSLM** - South Sudan Liberation Movement

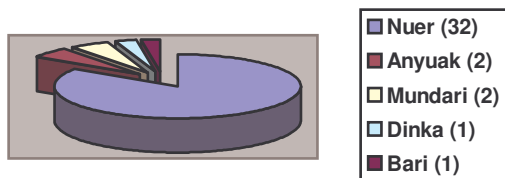
Die SSLM entstand im Jahr 2000. Mitglieder der SSLM waren fast ausschließlich Nuer. Der Vorsitz der SSLM wurde von Michael Wall Deany bekleidet.

---

<sup>490</sup> Vgl. Human Rights Watch, March 2006, S. 7 ff.

Die SPLM/A kontrollierte die Mehrzahl der Städte im Südsudan. Dazu zählten die Regionen Bahr-el-Ghazal, Equatoria und Teile von Upper Nile.

In der Equatoria- Region befanden sich die von der Regierung Sudans (GOS) unterstützte Miliz (aus dem Stamm der Mandari) unter Brigadier Clement Wani und die Equatoria Defence Force (EDF) unter der Leitung des Warlords Capt. Martin Kenyi. Kenyi gehört dem Stamm oder der Volksgruppe der Madi-Acholi an. Sein Militär kooperierte mit der so genannten "Lords Resistance Army (LRA<sup>491</sup>)" von Joseph Kony aus Uganda.



Charakteristisch für die Rebellenbewegungen der „Neuen Kriege“ ist auch, dass die Führer der Rebellenbewegungen über hohe Kompetenzen und Ressourcen verfügen. So sind die Rebellenführer in der Regel gut ausgebildet, verfügen über ein hohes Bildungsniveau, sprechen Englisch und verfügen über alle notwendigen Ressourcen, um zu reisen und zu kommunizieren. Dass heißt, einerseits haben sie Zugang zu Kommunikationsmedien wie Telefon, Fax, Internet, Satelliten- TV und sind mit internationalen Währungen ausgestattet. Andererseits verfügen sie auch über die notwendigen internationalen politischen und wirtschaftlichen Kontakte und können global agieren, weil sie nicht– wie die Zivilbevölkerung– Einschränkungen in der Mobilität und des Reisens unterliegen.<sup>492</sup> Die im Folgenden dargestellten Personen der südsudanesischen Elite belegen mit ihren Biografien eindrücklich die aufgestellten Thesen von Frau Roth hinsichtlich Ausbildung und internationalen Kontakten.

Die Führer der Rebellenbewegungen nutzen die Prozesse der weltweiten Globalisierung, insbesondere auch der Wirtschaftsstrukturen, um auf legalen oder halb legalen Märkten Rohstoffe und Ressourcen gegen Kriegsausrüstung einzutauschen. „Die Existenz globaler Märkte und externer Interessen ist konstruktiv für die Entstehung gewaltoffener Räume, in denen Warlords ihre Existenzgrundlage finden. (...) Die Destabilisierung bedeutet damit keineswegs die Abkopplung vom Weltmarkt.“<sup>493</sup>

<sup>491</sup> House of Nationalities, 2002, S. 41-42.

<sup>492</sup> Vgl. Roth, 2005, S. 48, 49

<sup>493</sup> Roth, 2005, S. 52, 53

Die Zugehörigkeit zu einer Rebellenbewegung oder Miliz ist für Söldner/ Soldaten eine Möglichkeit, zu Anerkennung, Macht und Reichtum zu gelangen, die ansonsten durch die instabilen staatlichen Strukturen für die Bevölkerung kaum zu erreichen wären. Der anhaltende Zustand von Gesetzlosigkeit gibt jungen Männern die besten Möglichkeiten, durch Raub und Gewalt als Miliz aufzusteigen und damit zu Einfluss und Anerkennung zu gelangen.<sup>494</sup>

Ein Merkmal von Warlords und Milizen ist auch, dass sie lokale Ressourcen und Rohstoffe in Besitz nehmen, um ihre „Privatarmeen“ davon zu bezahlen und somit ihre Interessen durchzusetzen. Teilweise plündern sie die Zivilbevölkerung und handeln mit den geraubten Gütern. Die Warlords profitieren also in hohem Maß von den gewalttätigen Auseinandersetzungen und den schwachen staatlichen Strukturen. Deshalb sind sie auch daran interessiert, diese Gewaltstrukturen aufrecht und staatliche Machtstrukturen schwach zu halten, um ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen weiter verfolgen zu können.<sup>495</sup> Für den Friedensprozess im Sudan wird daher nicht nur von großer Bedeutung sein, ob die Regierung die verhandelten Abkommen tatsächlich ernst nimmt und auch umsetzt, sondern ebenso, ob es gelingt, den in den verschiedenen lokalen Gebieten operierenden Warlords, Rebellen und Milizen eine Perspektive für die Friedenszeit und Einbindung in die Gesellschaft zu ermöglichen. Insbesondere die Kämpfer und Söldner, die nur Krieg erlebt haben und über keine ausreichenden Ausbildungen für ein weiteres berufliches und gesellschaftlich integriertes Leben in Friedenszeiten verfügen, sind ein Risikofaktor für den gesamten Friedensprozess, weil sie ohne konkrete und akzeptable Perspektive nicht auf Macht, Anerkennung und Reichtum aus ihren militärischen Aktivitäten verzichten werden.

Führende Persönlichkeiten der südsudanesischen Elite, die maßgeblich auch durch den Krieg geprägt wurden, sind v.a. Dr. John Garang de Mabior, Dr. Riek Machar Teny Dhurgon, Dr. Lam Akol, Salva Kiir Mayardit und Dr. David de Chand. Sie werden im Folgenden kurz vorgestellt.

#### John Garang de Mabior

John Garang de Mabior wurde am 23. Juni 1945 in der Oberen- Nil- Provinz im Südsudan geboren. Garang besuchte die Schule im Südsudan und in Dar Al-Salam im benachbarten Tansania. 1960 absolvierte er ein Wirtschaftsstudium in den USA und erhielt das Diplom (B.A.) in Wirtschaft. Nach seinem Studium ging er 1968 zur Widerstandsbewegung für die Befreiung

---

<sup>494</sup> Roth, 2005, S. 54

<sup>495</sup> Vgl. Roth, 2005, S. 50, 51

des Südsudans, der „Anyanya“. Nach dem Friedensvertrag vom März 1972 wurde er in die sudanesisch-Ägyptische Armee in den Rang als Captain integriert. Aufgrund seiner Erfahrungen wurde Garang vom ehemaligen sudanesischen Präsidenten Numeiri zum Leiter der Militärforschung der sudanesischen Armee ernannt. 1981 absolvierte er seine Doktorarbeit in Wirtschaftswissenschaften an der Iowa State University in den USA. 1982 war er als Dozent an der Universität von Khartoum und an der sudanesischen Militärakademie tätig. Am 16. Mai 1983 gehörte Dr. John Garang zu den südsudanesischen Soldaten, die gegen die Regierung in Khartoum rebellierten. Diese Rebellion führte 1984 zur Gründung der „Sudan People Liberation Army and The Sudan People Liberation Movement (SPLA/ SPLM)“. Garang wurde zum Führer der SPLA/ SPLM gewählt und war bis zu seinem Tod im Juli 2005 der Vorsitzende der SPLM/ SPLA. Im Januar 2005 unterschrieb die SPLM/ SPLA ein Friedensabkommen (CPA)<sup>496</sup> mit der Regierung des Sudans unter Führung von General Omer Hassan Ahmed Al-Bashir in Nairobi, Kenia<sup>497</sup>. Der Führer der Befreiungsbewegung im Sudan wurde am 9. Juli 2005 in Khartoum als erster Vizepräsident gemäß des Comprehensive Peace Agreement verteidigt worden. Nach 22 Jahren im Exil kam John Garang am 08. Juli 2005 in die sudanesisch-Ägyptische Hauptstadt Khartoum und wurde von mehr als 6 Millionen Sudanesen empfangen und gefeiert. Seine Anhänger stammen aus allen Teilen des Sudans. Garang gilt in den Augen der Menschen sowohl innerhalb des Sudans als auch im Ausland als ein charismatischer und intelligenter Führer. Er war ein wichtiger Gegenspieler für die islamischen Regierungen in Khartoum. Garang führte die SPLM/ SPLA von 1983 bis zum 30.08.2005. Zu seinem politischen Werk zählt die Deklaration des so genannten „New Sudan“ im Jahr 1984. Unter „New Sudan“ wurden die Gebiete unter der SPLM/ SPLA-Kontrolle bezeichnet, die der Ausgangspunkt für einen gerechten Sudan werden sollten, in dem alle Bürger unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion gleichberechtigt integriert sind.<sup>498</sup> Am 30. Juli 2005 kam Garang bei einem Hubschrauberabsturz an der sudanesisch-ugandischen Grenze ums Leben.

### Riek Machar Teny Dhurgon

Riek Machar Teny Dhurgon wurde 1953 in Leer bei Bentiu im Südsudan geboren. Sein Vater war Häuptling (Traditional Chef). Nach dem Abitur besuchte Riek Machar die Universität von Khartoum. Er absolvierte 1984 die Doktorarbeit an der Universität von Bedford in

---

<sup>496</sup> Am 09. Januar wurde das so genannte „Comprehensive Peace Agreement“ zwischen der Regierung Sudans und der SPLM/ SPLA unter Führung von Dr. John Garang unterschrieben. Damit wurde der 22 Jahre andauernde Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südsudan beendet. Zurzeit wird an der Umsetzung des Abkommens gearbeitet.

<sup>497</sup> Vgl. <http://members.aol.com/newsudan/government.htm> von 18.02.200.

<sup>498</sup> Vgl. Mayom, Manyang, 2005, S. 3.



Großbritannien mit einem Ph.D. Er gehörte zu den ersten Führern der SPLM/ SPLA und wurde zum Kommandanten des Westlichen Oberen Nil<sup>499</sup> ernannt.

Machar war der Führer der so genannten „Nasir- Rebellion“ am 28.08.1991 in Nasir gegen John Garang de Mabor. Er gründete zusammen mit Lam Akol und Gordon Kong Chuol die SPLM-United<sup>500</sup>. Später brach diese Koalition zusammen. Riek Machar gründete die Südsudanesishe Unabhängigkeits- Bewegung/ Südsudanesishe Unabhängigkeitsarmee (SSIM/ SSIA).<sup>501</sup> Er schloss 1996 das „Khartoum- Abkommen“ mit der Regierung von Omer Hassan Ahmed Hassan Al-Bashir ab. 1998 wurde er zum Assistenten des Präsidenten Bashir und Vorsitzenden des Koordinationsrates für den Südsudan „Southern Sudan Coordination Council“ ernannt.

Heute ist Dr. Machar Stellvertretender Vorsitzender der SPLM/ SPLA und einer der gefragten Führer der SPLM. Er ist zum Stellvertretenden Präsidenten der Südsudanesischen Regierung und Minister für Städtebau bestellt wurden. Zu seinen historischen Verdiensten gehört, dass er die Volksabstimmung für den Südsudan gegenüber der Regierung im Norden und der SPLM zumindest auf dem Papier durchgesetzt hat.

### Lam Akol

Lam Akol studierte nach dem Abitur an der Universität von Khartoum. Später verfasste er seine Doktorarbeit und war als Professor an der Universität von Khartoum tätig. Er ging 1985 zu den Rebellen der SPLA /SPLM. Dr. Akol war Außenminister der SPLM/ SPLA bis 1991. Nach der Spaltung der SPLM/ SPLA im August 1991 gründete Dr. Akol mit Riek Machar und Gordon Kong Chuol die SPLA/ SPLM- United.<sup>502</sup> 1997 spaltete sich die SPLM/ SPLA- United und Dr. Akol führte eine Fraktion der SPLM/ SPLA- United. Im Anschluss schloss seine Fraktion ein Friedensabkommen mit der Regierung Sudans ab. Er wurde zum Minister für Transport und Kommunikation der Regierung Bashirs ernannt. Im Jahr 2003 ging er wieder in den Busch zurück und versöhnte sich mit John Garang und Riek Machar. Heute ist Akol wieder in der Führung der SPLM<sup>503</sup> vertreten und Mitglied des „National Liberation Council“, des höchsten Gremiums der SPLM.

---

<sup>499</sup> Vgl. Lobban Jr., 2002, S. 170-171.

<sup>500</sup> Akol, 2003, S. 12 ff.

<sup>501</sup> Vgl. Lobban Jr., 2002, S. xlvii

<sup>502</sup> Akol, 2003, S. 12 ff.

<sup>503</sup> Vgl. Lobban Jr., 2002, S. 164.

### Salva Kiir Mayardit

Salva Kiir Mayardit stammt vom Stamm der Dinka aus dem Bundesland Bahr al-Ghazal im Südsudan. Kiir Mayardit war Schullehrer in der Stadt Akon in Bahr al-Ghazal. Wann er geboren ist, ist nicht bekannt.<sup>504</sup> Das gilt auch für seine Ausbildung. Salva Kiir Mayardit war vor seiner Rebellion im Jahr 1983/84 Mitglied der sudanesischen Armee, in der Sicherheitseinheit der Armee. Kiir stammt aus Bahr al-Ghazal. Salva Kiir Mayardit zählt zu den Gründungsmitgliedern der SPLM/ SPLA und galt bis vor kurzem als enger Vertrauter des SPLM/ SPLA- Führers John Garang. Nach der Abspaltung von Kerubino Kwanyin Bol wurde Kiir zum Stellvertretenden Vorsitzenden der SPLM. Ab 1994 war Salva Kiir der Vorsitzende der SPLM- Delegation zur Friedensverhandlung mit Khartoum.<sup>505</sup> Im SPLM-Ranking war er die fünftwichtigste Person. Nach dem Tod von Dr. Garang glaubten viele, dass der Friedensvertrag nicht zu retten wäre. Die SPLM bestimmte in einer dringlichen Sitzung des „National Liberation Council“ Generalleutnant Salva Kiir Mayardit<sup>506</sup> zum Nachfolger von Dr. Garang. Inzwischen wurde Kiir Mayidat als Erster Vizepräsident des Sudans vereidigt. Das CPA sieht vor, dass das Amt des Ersten Vizepräsidenten des Sudans von der SPLM (Süden) besetzt werden muss. Sowohl die SPLM als auch die GoS erklärten, die Umsetzung des Friedensvertrages weiter umzusetzen.<sup>507</sup>

### David de Chand

David de Chand wurde in Pajak im Süden des Sudans geboren. Er studierte an der Universität in Liberia, Westafrika und an der Universität von Maine in Orono sowie an der Atlanta Georgia Universität in den Vereinigten Staaten von Amerika. Er war als Professor für Politikwissenschaft an der Georgia State University von 1988 bis 1989 tätig.<sup>508</sup> 1991 war Dr. de Chand Vertreter der SPLM/ SPLA- United unter Führung von Riek Machar in der UNO in New York. 1995 wurde er zum Sprecher der South Sudan Independence Movement und South Sudan Independence Army (SSIM/ SSIA) und Direktor für Außenbeziehung der SSIM. Nach dem Khartoum Agreement vom 1997 wurde er zum Direktor für Menschenrechtsfragen im sudanesischen Außenministerium. Professor David De Chand wurde zum Botschafter des Sudans ernannt.<sup>509</sup> Nach dem Zusammenbruch des Abkommens zwischen der Regierung Khartoums und der SSIM im Jahr 2000 ging Dr. de Chand ins Exil und lebt heute in den USA.

---

<sup>504</sup> Vgl. Mayom, Manyang, 2005, S. 4.

<sup>505</sup> Vgl. Lobban Jr., 2002, S. 159

<sup>506</sup> Vgl. Southern Sudanese Movement calls for international probe into death of Vice President Garang, 03.08.2005.

<sup>507</sup> Vgl. Uganda calls emergency east African Summit im Sudan After Garang ´s death, In:www.sudan.net vom 04.08.2005.

<sup>508</sup> Vgl. Curriculum Vitae von Dr. D. Chand vom 11.09.1995.

<sup>509</sup> Vgl. SSIM, 11. Juli 1996.

#### 7.4 Die sudanesische Wirtschaftselite

Die sudanesische Wirtschaftselite hat lange Tradition im Einflussnehmen auf die politische und gesellschaftliche Ebene des Staates. Die Mehrheit dieser Elite ist arabisch und islamisch geprägt. Im Lauf der Entwicklung sind einige Eliten aus den Regionen Darfur und Blue Nil hinzugekommen. Vor der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1956 war diese Elite hauptsächlich mit dem Handel beschäftigt. Der Handel gehörte zu den Bereichen, die größtenteils nur von Einheimischen betrieben wurde. Nach der Unabhängigkeit war diese Elite sehr eng mit der politischen Elite verbunden. Die großen politischen Parteien im Sudan, nämlich die UMMA und DUP sowie die NIF, bezog einen wesentlichen Teil ihrer Wählerschaft aus der Wirtschafts- und Handelselite.

Wie Pahl und Winkler beschreiben, ist die wirtschaftliche Elite diejenige, die die Verteilung der Ressourcen im Land bestimmt. "The economic elite; they are those who control the allocation of capital."<sup>510</sup> Der Einfluss der wirtschaftlichen Elite in den so genannten "kapitalistischen Gesellschaften" besteht darin, dass sie über die Macht über den Markt verfügt. Damit wäre sie in der Lage, die Verteilung von Ressourcen zu bestimmen und darüber auch die politische Entwicklung zu beeinflussen.

Max Weber sprach von einer "Market Power": "*Market power is meant control over the distribution of economic resources, the power to employ resources or to withdraw them, in line with one 's own interests and preferences*<sup>511</sup>".

Im Fall des Sudans ist die wirtschaftliche Elite ebenfalls in der Tat in der Lage, das Schicksal von Millionen von Menschen zu bestimmen und dabei rücksichtslos nur die eigenen wirtschaftlichen Interessen zu berücksichtigen. Die sudanesische Wirtschaftselite besteht aus Firmenbesitzern und Wohnungsgesellschaftern sowie Grundstücksbesitzern. Ein Großteil dieser Elite sind gleichzeitig Funktionäre der herrschenden Parteien. Sie besitzen uneingeschränkte Lizenzen zur Wareneinführung und -ausfuhr. Die Wirtschaftselite im Sudan stammt nahezu vollständig aus dem Norden. Südsudanesen sind fast nicht anzutreffen.

---

<sup>510</sup> Pahl, R.E. / Winkler, J.T., 1974, S. 45.

<sup>511</sup> Pahl, R.E./Winkler, J.T., 1974, S. 114.

Seit Beginn der Ausfuhr des Erdöls im Jahr 1999 entwickelte sich die Republik Sudan zu einem Wirtschaftszentrum in Ost- und Nordafrika, ja sogar im gesamten Afrika. Die Entdeckung des Erdöls im südlichen Sudan 1978 gilt als einer der Hauptgründe für den zweiten Krieg zwischen Khartoum und Juba. Mit der Entdeckung des Öls wurde eine neue Verwaltungsreform durch die damalige Regierung des Präsidenten Gafaar Mohamed Al-Numeiri auf den Weg gebracht, um die Gebiete, in denen sich das Erdöl befindet, Nordsudan zuzuordnen. So wurden Städte wie Bentiu, Renk, Mulut (Upper Nil), Kafia Kingi, Hofrat El Nahas (Bahr El Ghazal) u.v.m. geographisch nach Nordsudan verlegt. Damit konnten die Bewohner im Norden den Anspruch stellen, dass sich das Erdöl auf ihrem Gebiet befindet. "The Introduction of new players, recourses and agendas with the discovery of oil shifted the parameters of north-south conflict in Sudan, and gave rise to new configurations of power amongst factions in both the north and south. The distributive issues raised by imminent oil revenue streams initiated new modes of uncompromising political conflict. These resulted in the incitement of separatist sentiments in the south and maneuverings by northern elites to gain exclusive control over the prospective oil rent."<sup>512</sup> "Since oil, like all strategic resources, is a source of power<<, >>It logically becomes an important element in the conflict."<sup>513</sup> "Curiously, from today`s perspective, the central government was hesitant to allow oil exploration in the south. Abel Alier, past President of the Southern Regional Government, describes the thinking of political leaders and the bureaucracy in northern Sudan at the time."<sup>514</sup> Nach der Verlegung von Erdölrohren von Bentiu in den Norden nach Port Sudan wurde im ganzen Norden ab August 1999 mit der Ausfuhr des Öls begonnen. Die Ölfirmen produzierten in der Zeit 200.000 Barrel pro Tag.<sup>515</sup>

"Sudan is working to become a significant world oil producer. According to the oil and Gas Journal (OGJ), Sudan contained proven conventional reserves of 563 million barrels as of January 2006. This is more than twice the proven 262 million barrels estimated in 2001. The Sudanese Energy Ministry estimates total oil reserves at five billion barrels. Due to civil conflict, oil exploration has been mostly limited to the central and south-central regions of the country. It is estimated that vast potential reserves are held in northwest Sudan, the Blue Nile Basin, and the Red Sea area in eastern Sudan. Oil production has risen steadily since the July 1999 completion of an export pipeline that runs from central Sudan to the Port of Bashir. In 2005, crude oil production averaged 363,000 barrels per day (bbl/d), up from 343,000 bbl/ d during 2004. The

---

<sup>512</sup> Seymour, L.J.M., 2001, S. 6.

<sup>513</sup> Seymour, L.J.M., 2001, S. 6.

<sup>514</sup> Seymour, L.J.M., 2001, S. 6.

<sup>515</sup> Seymour, L.J.M., 2001, S. 3.

Sudanese government has set a production target of 600,000 bbl/ d by the end of 2006. This target will likely be achieved if new projects come online and proposed output increases are realized. In 2005, Sudanese oil consumption averaged 82,000 bbl/ d. This was a 15 percent increase over the 70,000 bbl/d consumed during 2004.<sup>516</sup>

Im Jahr 2003 stieg das Bruttonationalprodukt (BSP) um 6 Prozent und im Jahr 2005 um 9 Prozent an. Dieser Anstieg geht auf den zunehmenden Ausbau der Ölgewinnung zurück. Der Anteil der Ölgewinnung am BSP liegt im November 2005 bei 25 Prozent. Das CPA hat ermöglicht, dass der Sudan nach langer Zeit wieder Billionen von der Internationalen Gemeinschaft, der so genannten "Development Aids" bekommen, darf. Im Jahr 2004 produzierte der Sudan 270.000 Barrels pro Tag (b/ d). Im Oktober 2005 lag die Produktion bei 400.000 pro Tag (b/ d). Die Einnahmen lagen bei 1,7 Billionen Dollar in 2004, 3,6 Billionen im Oktober 2005. Bis Dezember 2005 wird der Output 500.000 b/ d erreichen. Die Regierung der Nationalen Einheit gab bekannt, dass der Output auf 750.000 b/ d im Jahr 2006 steigen wird. Nach Angaben der führenden Ölfirmen im Sudan und vor allem der Malayischen Petronas wird Sudan in der Lage sein, im Jahr 2008 eine Million Barrel Öl b/ d zu produzieren. Sollte sich die Entwicklung der Wirtschaft im Bereich der Erdölförderung positiv weiter entwickeln, wären die GONU und GOSS also durchaus in der Lage, einige wichtige Projekte zur Wirtschaftsförderung und gesellschaftlichen Entwicklung zu finanzieren. Nach den Vereinbarungen im CPA müssen die Öleinnahmen jeweils zur Hälfte zwischen der Regierung der Nationalen Einheit (GONU) und der Regierung von Südsudan (GOSS) geteilt werden.<sup>517</sup>

Nach der Bildung der Regierung der Nationalen Einheit in Khartoum und der Regierung des Südsudan in Juba scheint nun auch die Zuständigkeit des sudanesischen Ministeriums für Energie und des Ölministeriums geklärt.<sup>518</sup> Diese neue Klarheit lässt auch zu, dass die Ölprojekte und operierenden Firmen ihre Tätigkeit in diesen Gebieten nicht verheimlichen, sondern ihre Verträge in Form von Presseerklärungen bekannt machen können.<sup>519</sup> Die Ölverträge werden nach Blöcken oder Gebieten<sup>520</sup> vergeben, in denen die Firmen hauptsächlich operieren. Seit 2001 haben folgende Firmen Lizenzen für die Gewinnung von Öl im Sudan erhalten:

---

<sup>516</sup> Energy Information Administration, March 2006, S. 2-3.

<sup>517</sup> Vgl. Oxford Analytica, 2005, S. 2.

<sup>518</sup> Sudan Tribune: Sudanese Minister, Chinese Delegation discuss Oil investment, In: www.sudantribune von 13.12.2005, S.1.

<sup>519</sup> Lundin: Lundin Petroleum to resume field operation in Block 5B, Onshore Sudan, Presse Release von 07.12.2005, S. 1-2.

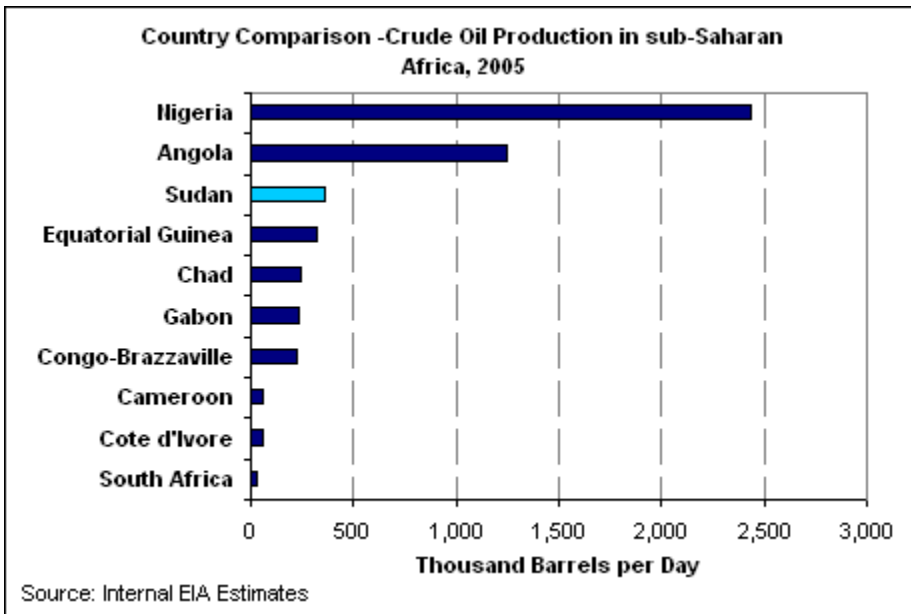
<sup>520</sup> Sudan Tribune: Sudan Offers India more Oil Exploration Blocks, refinery project, In: www.sudantribune.com von 13.12.2005, S.1-2.

Name der Firma	Block	Prozente der Förderung
White Nile	5B	39 %
Lundin	5B/BV	24,5 %
ONGC Videsh	5B/BV	23,5 %
Sudapet	5B/BV	13 %
WNPOC	5A/B 8	Nicht veröffentlicht
African Arabian Petroleum Ltd (AAP)	B3/7	Nicht veröffentlicht
Petrolian Nasional Berhad (PET.YY)	5 B	40 %
Sudapet Ltd	5B	8 %
China Petroleum & Chemical Corp.	5B	6 %
Talisman Energy Inc (Kanada) <sup>521</sup>	5A/B	12,5 %
Chinanes National Petroleum Company(CNPC)	Süden und Norden	40 %
Petronas Carigali (Malaysia)	Süden des Sudans	30%
Arakis	Süden ,,	12,5 %

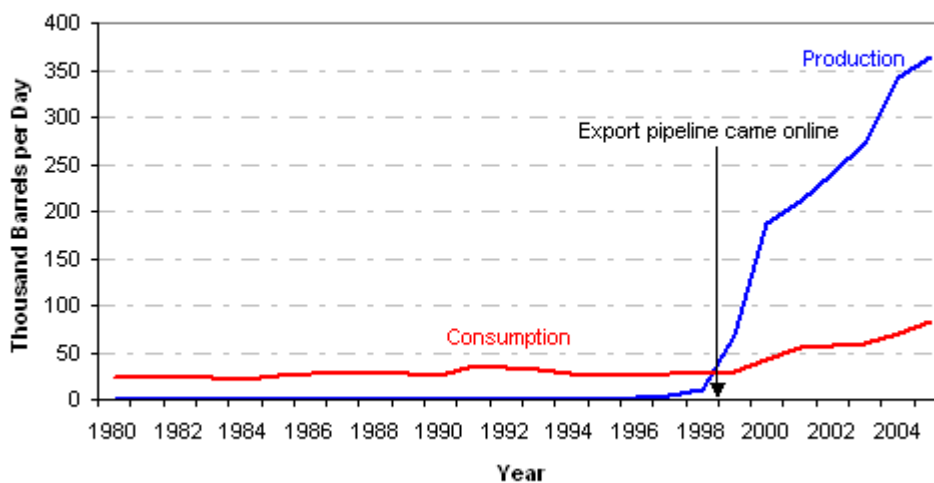
Firmen aus folgenden Ländern waren bzw. sind an der Ölförderung im Sudan aktiv beteiligt: Deutschland, Frankreich, Österreich, Schweden, Italien, Niederlande, Großbritannien, USA, Kanada, China, Malaysia, Argentinien und Sudan.<sup>522</sup>

<sup>521</sup> Vgl. European Coalition on Oil in Sudan, 2002, S. 10 ff.

<sup>522</sup> Vgl. European Coalition on Oil in Sudan, 2002, S. 10 ff.



**Sudan's Oil Production and Consumption, 1980-2005**



Source: International Energy Annual, IPM

Die Unterzeichnung des CPA hat dazu beigetragen, dass die sudanesische Wirtschaft insgesamt und vor allem im Bereich des Erdöls sich positiv entwickelt und stabilisiert hat. Wie in Diagramm I zu sehen ist, lag der Sudan in der Ölproduktion im Jahr 2005 auf dem dritten Platz<sup>523</sup>.

Mit der Unterzeichnung des CPA im Januar 2005 sind die Chancen für eine weitere positive wirtschaftliche Entwicklung gestiegen. Eine der wichtigen Einnahmequellen des Sudans sind zurzeit die Öleinnahmen. Billionen von US- Dollar kommen durch das Öl in das Land.

<sup>523</sup> Energy Information Administration, 2006 , S. 1.



Hunderttausende von internationalen Firmen und Konzernen lassen sich im Sudan nieder und investieren in das Land. Allerdings können auch die Öleinnahmen nicht allein das von Krieg zerrissene Land schnell wieder aufbauen. Die Regierung der Nationalen Einheit und die Regierung Südsudans sind mit ernst zu nehmenden sozialen Problemen konfrontiert, die hauptsächlich auf die ungerechte Verteilung der Ressourcen und damit die ungleiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Sudan zurückzuführen sind. Diese ungerechte Umverteilung war einer der Gründe für die langjährigen Konflikte im Sudan. In der Übergangszeit müssen daher beide Regierungen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes voran bringen. An erster Stelle steht dabei der Aufbau notwendiger Infrastrukturen und Institutionen, insbesondere:

- (1) Bildungswesen,
- (2) Gesundheitswesen,
- (3) Infrastruktur,
- (4) Beschäftigung (Arbeit).

Die Arbeitslosigkeit im Sudan ist nach wie vor sehr hoch. Das wird sich auch in den kommenden Jahren nicht wesentlich ändern. Da sich seit 1989 die sudanesisch wirtschaftliche und politische Macht in den Händen von nur wenigen Gruppen, nämlich der "Shayqiya und Ja'aliya"<sup>524</sup> befindet, muss als eine der zentralen Aufgaben die Wirtschaftsliberalisierung durchgesetzt werden, "Individuals from the Shayqiya and Ja'aliya tribes dominate positions of economic as well as political power. A small number of public and private companies with close links to the government largely control certain business areas, to the exclusion of other private companies."<sup>525</sup>

Der umfassende sudanesisch Friedensvertrag (CPA) gibt ein Stück Hoffnung auf eine positive Entwicklung im Land. Viele Nordsudanesen glauben, dass das von der Regierung Sudans verfolgte Ziel der friedlichen Beilegung des Krieges im Südsudan für sie persönlich und das Land positive Auswirkungen haben wird. Nach Meinung von vielen Nordsudanesen könnte der Süden vom Friedensabkommen mehr profitieren als der Rest des Landes. Das wird damit begründet, dass dort über 23 Jahre die meisten Kriegshandlungen geführt und dadurch die meisten Schäden angerichtet wurden.

Mit dem Frieden wünschen sich die Menschen im Norden Folgendes:

---

<sup>524</sup> Präsident Bashir ist Shayqiya und Vize-Präsident Ali M. Taha gehört dem Stamm der Ja'aliya an.

<sup>525</sup> Oxford Analytica 2005, S. 1.

- Wirtschaftliche Entwicklung,
- Mehr Klarheit und Transparenz,
- Direkte Teilhabe an den Öleinnahmen und der Industrie,
- Mehr Beteiligung an der Entscheidungsfindung in der Regierung.

Viele Nordsudanesen glauben, dass der Süden durch das Abkommen (Comprehensiv Peace Agreement) im Vergleich zu anderen Bevölkerungsteilen des Landes mehr Rechte bekommen hat. Zugleich gibt es genügend Leute, die skeptisch bleiben und die Auffassung vertreten, dass die Vereinbarung (CPA) die Probleme des Landes nicht lösen wird, da zahlreiche Bevölkerungsgruppen im früheren regierungskontrollierten Gebiet nicht daran beteiligt waren. Die Mehrzahl der Sudanesen im Norden will dem Frieden und der neu gebildeten "Government of National Unity" eine Chance geben.<sup>526</sup>

## **8. Der Sudan nach dem Friedensvertrag vom Januar 2005**

### **8.1 Der Südsudan in den Jahren 1991 - 2002**

Im Südsudan leben circa 60 "Nationalitäten oder Völker" (The House of Nationalities 2002, S.53). Diese sprechen eigene Sprachen, haben eigene Kultur, Traditionen und Sitten. Einige Nationalitäten haben Gemeinsamkeiten, dennoch bestehen zwischen vielen deutliche Unterschiede. Diese historischen Unterschiede der Nationalitäten erschweren es, einen "Nationalbildungsprozess" durchzusetzen. Für die Mehrheit der Bevölkerung fehlt eine gemeinsame Sprache. 70 Prozent der Südsudanesen können nicht lesen und schreiben. Nur ungefähr 20 Prozent der südsudanesischen Bevölkerung hat die Schule in Arabisch oder Englisch besucht und ist daher in der Lage, in diesen Sprachen miteinander zu kommunizieren. 5 Prozent der Bevölkerung zählt zur Elite. Um die Vielfältigkeit der sudanesischen Gesellschaft zu verstehen und damit auch die Schwierigkeiten in der Herbeiführung eines Nationenbildungsprozesses, werden an dieser Stelle die Völker im Südsudan vorgestellt:

---

<sup>526</sup> Vgl. Cook, Traci D., 2005, S.54 ff.

**Nationalitäten / Stämme im Südsudan:**<sup>527</sup>

1. Acholi	11. Bari	21. Imatong	31. Logir	41. Mundu	51. Shatt
2. Aja	12. Beli ("Jur-Bel")	22. Jiye	32. Lokoya	42. Murle	52. Shilluk
3. Anyuak		23. Jurchol (Luo)	33. Lolubo	43. Ndogo	(Collo)
4. Atuot	13. Binga		34. Lopit	44. Nuer	53. Suri
5. Avukaya	14. Bongo	24. Jur-Mananger	35. Lugbwara	(Nädh)	("Kachipo")
6. Bai	15. Dinka (Jieng)	25. Kakwa	36. Maban	45. Nyangwara	54. Tenet
7. Baka		26. Keliku	37. Madi		55. Teuth
8. Balanda-Bor	16. Didinga	27. Kreish	38. Makaraka	46. Nyangatom	56. Tid
9. Balanda-bviri	17. Dongatona	28. Kuku	39. Moro	47. Otuho	(Tirma)
10. Banda	18. Feroqhe	29. Lango	40. Mundari	(Lotuho)	57. Toposa
	19. Gollo	30. Larim ("Boya")		48. Päri	58. Uduk
	20. Horiok			49. Pöjulu	59. Yulu
				50. Sere	60. Zande

**Nationalitäten und Stämme im Südsudan zu den einzelnen Bundesländern zugeordnet:**<sup>528</sup>

Bundesland Upper Nile (UN) mit den dazu gehörigen Stämmen und Städten	Bahr Al-Gahzal (BZG) mit den dazu gehörigen Stämmen und Städten	Equatoria (EQ) mit den dazu gehörigen Stämmen und Städten
Stamm / Stadt / BL	Stamm / Stadt / BL	Stamm / Stadt / BL
1. Anyuak / Pibor / UN	1. Aja / Raga / BGZ	1. Acholi / Torit / EQ
2. Dinka / BZG / UN	2. Atuot / Yirol/ BGZ	2. Avukaya / Maridi / EQ
3. Jiye / Pibor / UN	3. Bai / Wau / BGZ	3. Baka / Maridi / EQ
4. Maban / Renk / UN	4. Balanda-Bor / Wau / BGZ	4. Bari / Juba / EQ
5. Murle / Pibor / UN	5. Balanda-Bviri/ Wau / BGZ	5. Dindinga / Kapoeta / EQ
6. Nuer / Akoba, Bentiu, Fangak, Nasir / UN	6. Banda - Wau/BGZ	6. Dongatona / Torit / EQ
	7. Beli- Jur- Bel/ Rumbek	7. Horiok / Torit / EQ

<sup>527</sup> Vgl. House of Nationalities 2002, S. 19

<sup>528</sup> Vgl. House of Nationalities 2002, S. 41-42.

7. Shilluk / Kodok / UN	/BGZ	8. Imatong / Torit / EQ
8. Suri / Pibor / UN	8. Binga / Wau / BGZ	9. Kakwa / Yei / EQ
9. Uduk / Renk / UN	9. Bongo / Tonj / BGZ	10. Keliku / Yei / EQ
	10. Dinka / BZG / UN	11. Kuku / Yei / EQ
	11. Feroqhe / Raga / BGZ	12. Lango / Torit / EQ
	12. Gollo / Raga / BGZ	13. Larim / Kapoeta / EQ
	13. Jurchol (Luo) / Aweil / BZG	14. Logir / Torit/EQ
	14. Jur-Mananger / Gogrial / BZG	15. Lokoya / Torit / EQ
	15. Kreish / Wau, Raga / BGZ	16. Lolubo / Juba / EQ
	16. Ndogo / Wau, Raga / BGZ	17. Lopit / Torit / EQ
	17. Sere / Raga / BGZ	18. Lugbwara / Yei / EQ
	18. Shatt / Wau / BGZ	19. Madi / Torit / EQ
	19. Yulu / Raga, Wau / BGZ	20. Makaraka / Yei / EQ
		21. Moro / Maridi, Mundri / EQ
		22. Mundari / Juba / EQ
		23. Mundu / Maridi, Yambio / EQ
		24. Nyangwara / Juba / EQ
		25. Nyanagatom / Kapoeta / EQ
		26. Otuho / Torit / EQ
		27. Päre / Torit / EQ
		28. Pöjulu / Yei / EQ
		29. Tenet / Torit / EQ
		30. Teuth / Kapoeta / EQ
		31. Tid / Kapoeta / EQ
		32. Toposa / Kapoeta / EQ
		33. Zande / Yambio / EQ
9 Stämme	19 Stämme	33 Stämme

Südsudan wurde traditionell in drei große Provinzen bzw. Bundesländer eingeteilt, nämlich Oberer Nil, Bahr-Al-Ghazal und Equatoria. Inzwischen wurde eine Verwaltungsreform im Sudan durchgeführt und seit 1991 besteht der Süden aus zehn Bundesländern. Zur Vereinfachung des Verständnisses habe ich die drei historischen Bezeichnungen der Bundesländer verwendet.<sup>529</sup>

Von 1991 bis 2002 spaltete sich die Befreiungsbewegung im Südsudan, die Sudan People Liberation Movement/ Sudan People Liberation Army (SPLM/ SPLA), in zwei Faktionen. Seitdem entstanden mehrere Milizen und Warlords, die sich gegenseitig bekämpften. Große Teile dieser Gruppen wurden indirekt und direkt von der Regierung in Khartoum finanziell und militärisch unterstützt, um die Kerneinheiten der SPLM/ SPLA zu schwächen. Seit 1994 gab es Versuche, diese Gruppierungen zu versöhnen. Der umfassende Frieden im Sudan wäre nicht möglich gewesen, wenn sich die verschiedenen Völker im Süden des Sudans nicht vorher bereits versöhnt hätten. Das CPA ist nicht nur ein Kompromiss zwischen den Eliten im Norden und Süden, sondern auch zwischen den Süd- Süd- Eliten.

## **8.2 Kommissionen für den Frieden**

Die Implementierung des sudanesischen Friedensabkommens vom 09. Januar 2005 sieht die Gründung von zahlreichen Kommissionen und Maßnahmen auf Bundes- und südsudanesischer Ebene vor. Nennenswert sind insbesondere die Folgenden:

Nach dem Protokoll über die Machtverteilung (Power Sharing) zwischen Nord- und Südsudan müssen die nachgenannten Institutionen und Maßnahmen bis Mai 2005 gegründet und durchgeführt werden:

1. Assessment and Evaluation Commission,
2. Staffing and Formation of National Assembly,
3. Establish Council of Ministers,
4. Establish South Sudan Assembly,
5. Appoint Southern Presidency and Justices,
6. Establish Council of Ministers of GOSS,
7. Establish National Judicial Service Commission,
8. Enact and Establish Constitutional Courts,
9. Enact Human Rights Act and Establish National HR Commission,
10. Establish Commission to protect the rights of non-Muslims in Khartoum,

---

<sup>529</sup> Vgl. House of Nationalities, A Space for Preserving the Unity and the Diversity of the South Sudan, 2002, S. 19

11. Establish South Sudan Legislature,
12. Establish Judiciary of South Sudan,
13. Establish Population Census Council.

Für die Durchsetzung des Protokolls um die Verteilung der Ressourcen und vor allem die Öleinnahmen ist die Gründung folgender Institutionen vorgesehen:

- Appoint Board of Directors at Central Bank of Sudan and Restructure Central Bank of Sudan (CBOS),
- Establish Bank of South Sudan (BOSS),
- Establish system to monitor oil revenue and Oil Revenue Stabilisation Account (ORSA),
- Establish Southern Sudan Petroleum Commission.

Leider wurde bis heute die Mehrheit dieser Kommissionen noch nicht gegründet und die vorgesehenen Maßnahmen noch nicht durchgeführt. Das hängt zum Teil mit dem Tod von Dr. John Garang de Mabior am 31.07.2005 zusammen, da Garang der Motor für den Friedensprozess und die Umsetzung der Abkommen war.

### **8.3 Die Bildung der Regierungen des Sudans und Südsudans**

Die Regierung der Nationalen Einheit im Sudan wurde am 22. September 2005 gemäß dem Abkommen CPA von Kenia gebildet. Zum ersten Mal wurde damit eine Regierung der Nationalen Einheit gebildet, die die Hauptakteure aus dem Norden und dem Süden, insbesondere den Parteien National Congress Party (NCP) und Sudan People Liberation Army (SPLM), beteiligt. Außerdem wird die "Government of South Sudan" (GOSS)<sup>530</sup> unter Einbeziehung der politischen Zugehörigkeit und Stammeszugehörigkeit analysiert. Dies ist bedeutsam, da das CPA vorsieht, soweit wie möglich die unterschiedlichen Volksgruppen sowohl in der nationalen als auch in der regionalen Regierung im Süden stärker zu berücksichtigen und zu beteiligen.

Ziel der Übersicht ist die Analyse der Verteilung der politischen Positionen nach Region und Religionszugehörigkeit der Amtsinhaber.

---

<sup>530</sup> Government of Southern Sudan (GOSS)

<u>Name</u>	<u>Amt</u>	<u>Region</u>	<u>Religion</u>
Omer Hassan al-Bashir	Präsident	Nordsudan	Muslim
Salva Kiir Mayiridit	1. Vize Präsident	Südsudan	Christ
Ali Osman Taha	2. Vize Präsident	Nordsudan	Muslim
Nafie Ali Nafie	Ass. des Präsidenten	Nordsudan	Muslim
Lam Akol	Außenminister	Südsudan	Christ
Zubeir Beshir	Innenminister	Nordsudan	Muslim
Awad Ahmed al-Jaz	Minister für Energie	Nordsudan	Muslim
Addel Rahim M. Hussein	Verteidigungsminister	Nordsudan	Muslim
Mohammed Ali al-Mardi	Justizminister	Nordsudan	Muslim
Zahawi Ibrahim Malek	Informationsminister	Nordsudan	Muslim
Zubeir M. Hassan	Finanzminister	Nordsudan	Muslim
George Boreng Niyami	Minister für Außenhandel	Südsudan	Muslim
Al-Tigani Saleh Fedail	Minister für Intern. Koop.	Nordsudan	Muslim
Mohammed al-Amin I. Kabashi	Minister für Agrarwirtschaft	Nordsudan	Muslim
Jalal al-Dugair	Minister für Industrie	Nordsudan	Muslim
Malek Agar Ayar	Minister für Investment	Nordsudan	Muslim
Addel Basit Saleh Sabdarat	Minister für Föderalismus	Nordsudan	Muslim
Deng Alor Kol	Minister für Kabinettangelegenheiten	Südsudan	Christ
Joseph Okel	Minister für Parlamentsverwaltung	Südsudan	Christ
Bakri Hassan Saleh	Minister für Präsidentialamt	Nordsudan	Christ



Galwak Deng	Minister für Südsudan Tierwirtschaft	Christ
Paul Mathiang	Minister für Bildung Südsudan	Christ
Mohammed Y. Abdallah	Minister für Kinder, Nordsudan Sport	Muslim
Peter Nyot Kok	Minister f. Höhere Südsudan Bildung	Christ
Koul Manaing Jouk	Minister f. Transport Südsudan	Christ
Kamal Ali	Minister f. Nordsudan Wasserwirtschaft	Muslim
Mohammed		
Joseph Malwal	Minister für Tourismus Nordsudan	Christ
Azhari Al-Tagani	Minister für religiöse Nordsudan Angelegenheit	Muslim
Awad al-Saad		
Tabita Sokaya	Minister für Gesundheit Nordsudan	Christ
Kosti Manibe	Minister für Humanitäre Südsudan Angelegenheiten	Christ
Alison Manani	Minister für Arbeit Südsudan	Christ
Magaya		
Ahmed Babkir Nahar	Minister für Umwelt Nordsudan	Muslim

### **Staatsministerien der Regierung der Nationalen Einheit**

<b><u>Name</u></b>	<b><u>Amt</u></b>	<b><u>Region</u></b>	<b><u>Religion</u></b>
Idris Mohammd A. Kader	Präsidialamt	Norden	Muslim
Telar Ring Deng	Präsidialamt	Süden	Christ
Kamal Addel Latif	Kabinettt- angelegenheiten	Norden	Muslim
Ali Ahmed Kerti	Außenminister	Norden	Muslim
Samari al-Wasila al-Sheikh	Außenminister	Norden	Muslim

John Angalo	Föderalismus	Süden	Christ
Farah Ibrahim Agar	Information	Norden	Muslim
Alio Abini Alio	Innenministerium	Süden	Christ
Ali Mohammed A. Rassul	Finanzen	Norden	Muslim
Ahmed al-Majub	Finanzen	Norden	Muslim
Lual Ashweil Deng	Finanzen	Süden	Christ
Salman Suleiman al-Safi	Außenhandel	Norden	Muslim
Al-Samih Sadik	Außenhandel	Norden	Muslim
Abdelkader M. Zein	Ministerium für Kultur u. Jugend	Norden	Muslim
Mohammed A. A. Kalabish	Ministerium für Kultur u. Jugend	Norden	Muslim
Mohammed A. Zeid Mustafa	Ministerium für Kultur u. Jugend	Norden	Muslim
Omer Suleiman	Transport	Norden	Muslim
Mohammed Merkazu Kok	Umwelt	Norden	Muslim
Teresa Eyru	Umwelt	Süden	Christ
Fateh Mohammed Said	Gesundheit	Norden	Muslim
Mohammed Yusuf Mustafa	Arbeit	Norden	Muslim
Mubarak Majub Mohammed	Höhere Bildung	Norden	Muslim
Saleh Ali Adam	Bildung	Norden	Muslim
William Ajak Deng	Justiz	Süden	Christ
Angela Teny	Energie	Süden	Christ
Barnaba Marial Benjamin	Internationale Kooperation	Süden	Christ
Mayom K. Malika	Wasserwirtschaft	Süden	Christ

Ann Ito	Agrarwirtschaft	Süden	Christ
Ali Ahmed Osman	Industrie	Norden	Muslim
Timothy Tut Chol	Industrie	Süden	Christ
Daniel Akot	Tierwirtschaft	Süden	Christ
Ahmed Mohammed	Humanitäre	Norden	Christ
Harun	Angelegenheiten		
Sami Yassin A. Dayem	Sozialangelegenheiten	Norden	Muslim

### **Spezielle Berater der Regierung und des Präsidiums**

Diese sind einem Minister gleichgestellt.

#### **Namen:**

#### **Region und Religion:**

1. Riak Gai Kok \_\_\_\_\_ Südsudan/Christ
2. Ahmed Ali Imam \_\_\_\_\_ Nordsudan/Muslim
3. Mustafa Osman Ismail \_\_\_\_\_ Nordsudan/Muslim
4. Majub al-Khalifa \_\_\_\_\_ Nordsudan/Muslim
5. Ghazi Salaheddin al-Attabani \_\_\_\_\_ Nordsudan/ Muslim
6. Bono Malwal Woll \_\_\_\_\_ Südsudan/Christ
7. Farida Ibrahim Ahmed Hussein \_\_\_\_\_ Nordsudan/Muslim
8. Mansur Khaled \_\_\_\_\_ Nordsudan/Muslim
9. Harun Ruun Lual \_\_\_\_\_ Südsudan/Christ
10. Ali Tamin Fartak \_\_\_\_\_ Südsudan/Muslim
11. Ahmed Bilal Osman Abdallah Ali Masar \_\_\_\_\_ Nordsudan/Muslim

**Zusammenfassend:** In der Regierung der Nationalen Einheit sind 19 Ministerien von Muslimen besetzt, 13 Minister gehören dem Christentum an. 18 Staatsminister kommen aus dem Nordsudan und gehören dem muslimischen Glauben an. 7 Staatsminister stammen aus dem Südsudan. Die Regierung ist sowohl von muslimischen und christlichen Eliten besetzt. Nicht- Muslime sind nicht vertreten.

## I. Positionen der südsudanesischen Minister in der Nationalen Einheitsregierung

<u>Name</u>	<u>Amt</u>	<u>Stamm</u>	<u>Region</u>
1. Dr. Lam Akol Ajawin	Außenminister	Shilluk	Südsudan
2. Kuol Manyang	Transport, Straßenverkehr und Brückenbau	Dinka	"
3. Malik Agar	Investition	Ingansa/Beja	Blue Nile
4. Kosti Manibi	Humanitäre Angelegenheiten	Equatoria	Südsudan
5. Prof. G. Boreng	Außenhandel	Equatoria	"
6. Dr. Peter Nyot Kok	Hohes Hochschulwesen	Dinka	"
7. Dr. Tabitha Batros	Gesundheit	Nuba	West Sudan
8. Deng Alor Kol	Kabinetts- Angelegenheit	Dinka	West Sudan
9. Atem Garang de Kuek	Stellv. Sprecher der Nationalversammlung	Dinka	Südsudan
10. Dr. Hurun Ron Lual	Berater des sudanesischen Präsidenten	Dinka	

## II. Positionen von SPLM-Staatsministerien in der nationalen Regierung

<u>Name</u>	<u>Amt</u>	<u>Stamm</u>	<u>Region</u>
(1) Timothy Tot Chol	Industrie	Nuer	Südsudan
(2) Dr. Ann Itto	Agrar und Forstwirtschaft	Equatoria	"
(3) William Ajal Deng	Justiz	Dinka	"
(4) Aleu Ayiey Aleu	Innenministerium	Dinka	"
(5) Dr. Barnaba Marial Benjamin	Internationale Kooperation	Dinka	"
(6) Dr. Yusuf Mustafa	Arbeit	Nuba	West Sudan
(7) Telar Deng	Berater des sudanesischen Präsidenten	Dinka	"
(8) Dr. Lual Deng Achiek	Finanzen	Dinka	"
(9) James Thuoc Rial	Umwelt und Tourismus	Dinka	"

Einige Dinka gehören geopolitisch zum West Sudan.

Nach der Vorstellung der Mitglieder der „Nationalen Einheitsregierung“ des Sudans und vor allem mit Blick auf die Einwohner des christlichen Südens, wird nachfolgend die Regierung des Südsudans „Government of South Sudan (GOSS)“ vorgestellt:

### III. Die Regierung von Südsudans und andere wichtige Institutionen werden hier aufgelistet:

<u>Name</u>	<u>Amt</u>	<u>Stamm</u>	<u>Partei</u>
1. Salva Kiir	Präsident von Südsudan	Dinka	SPLM
2. Dr. Riek Machar Teny	Stellv. Präsident von Südsudan	Nuer	"
3. Dr. Justin Yac Arop	Kabinetttangelegenheiten	Dinka	"
4. Daniel Awet Akot	Polizei und Sicherheit	Dinka	"
5. Arthur Akien Chol	Finanzen und Wirtschaft	Dinka	"
6. Michael Makuei Lueth	Justiz	Dinka	"
7. Nhial Deng Nhial	Regionale Kooperation	Dinka	"
8. Gier Cuang Aluong	Telekommunikation & Post	Dinka	"
9. Rebecca Nyandeng Mabor	Verkehrswesen & Brückenbau	Dinka	"
10. David Deng Athorbei	Arbeit und Öffentliche Dienste	Dinka	"
11. John Luk Jok	Kultur, Jugend und Sport	Nuer	"
12. Dr. Theophilus Ochieng	Gesundheit	Equatoria	"
13. Anthony Makana	Handel	Equatoria	"
14. Dr. Samson Kwaje	Information	Equatoria	"
15. Dr. Festo Kumbo	Tierwirtschaft	Equatoria	"
16. Mary Kedin	Gender & Sozialangelegenheit	Equatoria	"

### VI. Berater des Präsidenten der Regierung vom Südsudan

<u>Name</u>	<u>Amt</u>	<u>Stamm</u>	<u>Partei</u>
Lual Ding Wol	Politische Angelegenheiten	Dinka	SPLM
Samuel Abu John	Föderale Angelegenheiten	Equatoria	"
Pfarrer George Kinga	Religiöse Angelegenheiten	Equatoria	"

Awut Deng Achuiel	Gender & Menschenrechte	Dinka	"
Paul Mayom Akec	Justizangelegenheiten	Dinka	"
Pagan Amum Okec	Diplomatische Angelegenheiten	Shilluk	"

## **VII. Judikatives Organ des Südsudans**

<b>Name</b>	<b>Amt</b>	<b>Stamm</b>	<b>Partei</b>
Ambrose Ring Thiik	Präsident des südsudan. Gerichtshofes	Dinka	SPLM
Elija Malok Aleng	Gouverneur der Südsudan. Bank	Dinka	"
Abdun Agaw Jok	Generalsekretär d. Reg. d. Südsudans	Dinka	"

## **VIII. Regionalregierung des Bundeslandes „Upper Nile State“**

Die Beteiligung von verschiedenen politischen und militärischen Gruppierungen und Parteien sollen im Folgenden beispielhaft an der Region des südsudanesischen Bundeslandes „Upper Nile State“ vorgestellt werden. Am 13. Dezember 2005 wurde die Regierung des Upper Nile State (UNS) gebildet. Es hat lange gedauert, bis sich die Interessengruppen auf dieses Kabinett einigen konnten. Das Kabinett ist wie folgt besetzt: <sup>531</sup>

Lf.-Nr.	Name	Amt	Partei bzw. Gruppe
1.	Dock Jok Dock	Deputy Governor and Minister for Social Development	SPLM <sup>532</sup>
2.	Kom Bidonk Nebwat	Minister of Finance and Economic Planning	SPLM
3.	Jak Deng Obor	Minister for Local Government and Legal Affairs	SPLM
4.	James Toyo Opaul	Minister of Health	SPLM
5.	Ton Moun Kijol	Minister for Information and	SSDF <sup>533</sup>

<sup>531</sup> Vgl. Sudantribune: Sudan Vice-President appoints Upper Nile State Cabinet, 13.12.2005

<sup>532</sup> Sudan People Liberation Movement

		Communications	
6.	Samuel Aban	Minister for Agriculture	NC <sup>534</sup>
9.	Veter Gal	Minister of Urban Planning	USAP <sup>535</sup>
10.	Moma Tiger	Adviser on Economic Affairs	SPLM
11.	Anthony Edward Niawla	Adviser on Security Affairs	SPLM
12.	Both Lual Waal	Adviser on Political Affairs	NC

Laut des sudanesischen Friedenabkommens (CPA) vom Januar 2005 sollen 70 Prozent der Positionen sowohl in der Regierung des Südsudans als auch der lokalen Regierung (State Government) von der SPLM besetzt werden. Die Partei National Congress erhält 15 Prozent und andere Gruppierungen bekommen laut Friedensabkommen 15 Prozent der Sitze.

Nach langen Versöhnungsgesprächen erklärte sich die National Democratic Alliance (NDA) bereit, sich unter der Führung von Mohamed Osman al-Merghani an der Regierung der Nationalen Einheit und am Bundesparlament in Khartoum zu beteiligen. Die NDA bekommen das Ministerium für Wissenschaft und Technologie, das Ministerium für Allgemeine Bildung und einen Posten als Staatsminister im Ministerium für Agrar und Forstwirtschaft. Die Vereidigung fand am 12. Dezember 2005 vor dem Staatspräsidenten Omer Hassan Ahmed Al-Bashir statt. Zugleich wurden sieben Mitglieder der NDA in das Parlament entsandt. Damit sind alle wichtigen regionalen Gruppierungen und Parteien außer Darfur und Ostsudan gemäß dem Comprehensive Peace Agreement (CPA) im neuen sudanesischen politischen System vertreten.<sup>536</sup>

Zum ersten Mal in der Geschichte des Sudans werden die Einwohner des Südsudans in einer Nationalen Regierung ausreichend beteiligt, wenn man einmal davon absieht, dass der Süden überwiegend nur unwichtige Ministerien besetzt. Das ist im Vergleich zu früheren

---

<sup>533</sup> South Sudan Defence Forces

<sup>534</sup> National Congress

<sup>535</sup> Union of Sudan African Parties

<sup>536</sup> Vgl. Sudantribune: Sudan alliance ministers to be sworn in on 12 December, 13.12.2005.



Regierungsbeteiligungen des Südens eine Verbesserung des Gewichts des christlichen Südsudans.

Für Südsudan besonders bedeutsam sind vor allem folgende Vereinbarungen des CPA:

- Im Norden soll das islamische Recht (Sharia) praktiziert werden.
- Im Südsudan soll keine Scharia eingeführt werden, sondern der christliche Glaube soll im Süden Vorrang haben.
- Die Staatseinnahmen, zum Beispiel aus der Erdölgewinnung im Südsudan, sollen zwischen Nordsudan und Südsudan jeweils zu 50 Prozent während der Übergangszeit von sechs Jahren aufgeteilt werden.
- Die Südsudanesen erhalten 30 Prozent der Positionen in der „Nationalen Regierung“ in Khartoum und seiner Auslandsvertretungen.
- Im Süden wird eine Autonomie- Regierung unter Leitung von Dr. John Garang, dem SPLM- Vorsitzenden, gebildet.
- John Garang soll auch das Amt des ersten Vize- Präsidenten bekleiden.<sup>537</sup>

Zugleich kann festgestellt werden, dass die Mehrheit der Mitglieder der Ministerien in der Regierung der Nationalen Einheit in Khartoum vom Stamm der Dinka ist. Der zweite Platz wird von Personen aus der Region Equatoria belegt. Damit ist allerdings Equatoria nicht überrepräsentiert, sondern im Gegenteil. Die Nuer, der zweitgrößte Stamm im Südsudan, ist schlecht vertreten und besetzt nur eine Position als Staatsminister. In der Regierung des Südsudans ist es wieder vorgekommen, dass die dortige Regierung von den Dinka dominiert ist. Das wird von den meisten Stämmen sowohl im Süden als auch in den marginalisierten Gebieten im Norden nicht gut aufgenommen. Man spricht schon von „Dinkazation“ der Regierung des Südsudans. Einige Stämme fordern bereits die Umbildung der Regierung des Südsudans, um eine faire Beteiligung anderer Volksgruppen zu ermöglichen. Ob Präsident Salva Kiir dieser Forderung nachkommen wird, muss noch abgewartet werden.

#### **8.4 Die Rolle der sudanesischen Elite bei der Erarbeitung des Friedensvertrages**

Der Begriff Frieden im Sudan war für meisten Sudanesen sowohl im Nord- und als auch im Südsudan ein Traum und schien lange Zeit ein unrealisierbarer Wunsch. Das führende

---

<sup>537</sup> Vgl. Friedensvertrag vom 09.01.05, S. 1 ff. Vgl. AP: Sudan's vice President and main rebel leader sign comprehensive peace agreement to end Africa's longest-running conflict, In: [www.sudan.net](http://www.sudan.net) von 07.03.05

amerikanische Institut „National Democratic Institute for International Affairs“ hat im Zeitraum vom 16. bis 28. Juni 2005 Befragungen zu der Einstellung gegenüber dem Friedensvertrag vom 09. Januar 2005 in Kenia und über die Wünsche der Menschen für die Zukunft durchgeführt. Die Befragung wurde unter dem Titel "Citizen Views on Sudan's Future After the CPA, The Voice of the People" durchgeführt.<sup>538</sup> Das Institut stellte fest, dass sich viele der im Nordsudan lebenden Menschen einen positiven Effekt durch das Friedensabkommen erhoffen. Unter anderem wurden folgende Äußerungen und Wünsche veröffentlicht: *“Peace and national unity are putting us on the right way. (...) We are all Sudanese; we are all family to each other. (...) The government doesn't have the right to tell people how to worship. (...) The notion that links the North to the South to the East to the West is that all want a democracy. (...) Islam is compatible with democracy because Islam itself is freedom. (...) Islam has much in common with democracy. If there 's no fraud, if the votes are really counted, elections are great. (...) Shari'a can't be applied for non-Muslims because it is not part of their religion.( ...) We want all Sudanese to be together. We don't want our country to be divided into two. We have to work together. We need to be united, but should give a choice for our brethren in the South on whether they want to join a united Sudan or not. (...) Sir, a national unity government must include all of Sudan... Not just the North and South. All of Sudan. Sudan is a very vast country so you can't have a centralized government. (...) Equality and development [will solve conflict in Sudan].(...) At first we were really worried [about the SPLM] but all praise be to Allah, we now have peace. We are really happy now and we don't have any animosity towards anyone. (...) Let everyone live where he wants. Sudan is one. (...) We [women] do very much seek equality as the constitution recommended.(...) They [United States] impose their policies on other countries... they have a certain agenda in the Southern Sudan.”*<sup>539</sup>

Seit 1994 wurden zahlreiche Friedensgespräche unter Vermittlung unter anderem der „Intergovernmental Authority and Development (IGAD)“- Länder geführt. Zum ersten Mal konnten die IGAD- Staaten die so genannte „Declaration of Principals (DOP)“ gegenüber den sudanesischen Parteien durchsetzen. Dabei ging es um die Richtlinie der zukünftigen Friedensgespräche. Trotz dieser Vereinbarung der Richtlinie der Gespräche konnte in den letzten Jahren kein Friedensvertrag abgeschlossen werden. Nur nach massivem internationalem Druck, vor allem von IGAD, USA und einigen europäischen Staaten, waren die Regierung in Khartoum

---

<sup>538</sup> Cook, Traci D., 2005, S. 8.

<sup>539</sup> Vgl.Cook, Traci D., 2005, S. 8.

und die SPLM bereit, ein Friedensabkommen zu unterschreiben. Der erste Durchbruch wurde mit dem „Machakos Protocol“ im Juli 2002 erzielt.

Das Protokoll legte die Basis für den Friedensvertrag vom Januar 2005 und kann wie folgt zusammengefasst werden:

“The Machakos Protocol, of July, 20. 2002, endorsed a historical compromise between the Government of the Sudan (GOS) and the SPLM/A summarised: a Sharia for the North, Self-determination for the South. Under the agreement, the SPLM/A accepted that Sharia would remain the source of legislation in Northern Sudan, while the South would be ruled by a secular administration. In exchange, Khartoum accepted an internationally monitored referendum on self-determination would be held in January 2011, in which “the people of South Sudan” would either confirm the Sudan ´s unity by voting to adopt the system of government established under the peace agreement, or vote for secession.

The agreement was remarkable because it formalized the parties´ mutual renouncement of their respective historical aim: The *Islamicization of South Sudan* on the one hand, and the *secularization of the entire country* on the other. At the same time, the GoS secured the prevalence of Islam at least in Northern Sudan, while the SPLM/A gained a referendum on self-determination for its followers.”<sup>540</sup>

Das Machakos- Protokoll war für sich kein Friedensvertrag und deshalb blieben noch einige wichtige Punkte offen. Diese waren:

- Die territoriale Abgrenzung des Südsudans vom Nordsudan. Diese Grenzenklärung war wichtig, weil die Nuba- Berge und Menschen in der Region des Blue Nile- Gebiets sich dem Süden angeschlossen haben im Kampf gegen Khartoum und deshalb im Fall einer Abspaltung des Südens dem neuen Staat angehören wollen;
- Die Abhaltung von Wahlen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene nach der Übergangsperiode;
- Die Einbindung des SPLM/ SPLA in die Regierung (Vizepräsident, Co- Präsident oder rotierende Präsidentschaft, prozentuelle Anteile im Kabinett und in den beiden Parlamentskammern);
- Die Hauptstadtfrage. Das heißt, ob Khartoum Scharia- frei sein soll oder eine neue zweite Hauptstadt im Süden gegründet werden könnte;

---

<sup>540</sup> Vgl. Rogier, E., April 2005, S. 26.

- Die Frage der Kommandogewalt über die noch zu gründenden sudanesischen Streitkräfte aus GOS und der SPLM/A;
- Stationierungsfragen. Das heißt Teilabzug der Regierungsarmee aus dem Südsudan, Präsenz der SPLA in Khartoum nach dem Friedensvertrag;
- Die Abrüstung der Regierungsarmee und der SPLA;
- Stellung der mit Regierung verbundenen Milizen oder Warlords im Südsudan;
- Die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen;
- Der Status von Nordsudanesen im Süden und Südsudanesen im Norden;
- Die Aufteilung der Öleinnahmen (das Ölvorkommen befindet sich hauptsächlich im Süden);
- Die Währungsfrage (Gemeinsame Währung im Süden und Norden oder soll eine neue Zentralbank und Währung im Südsudan geschaffen werden?);
- Der Status der mit der SPLM/ SPLA verbündeten nordsudanesischen Regionen, wie zum Beispiel: Abyei, Nuba- Berge, Southern Blue Nile<sup>541</sup>.

Nach 22 Jahren Bürgerkrieg zwischen dem islamischen Norden und dem christlich orientierten Süden wurde nun ein Friedensabkommen am 09. Januar 2005 im benachbarten Kenia unterschrieben. Das Abkommen ist inzwischen als Comprehensive Peace Agreement (CPA) bekannt geworden. Es war ein mühsamer Kompromiss der Kriegsparteien, der Regierung des Sudans unter der „National Congress Partei“ (NCP) und der „Sudan People Liberation Movement und der Sudan People Liberation Army“. Ohne die Vermittlungsbemühen der IGAG, USA und EU wäre ein Friedensschluss zwischen der Regierung und der SPLA kaum zustande gekommen. Denn die beiden Kriegsparteien verfolgten ganz unterschiedliche Ziele. Die Regierung wollte unter anderem die Islamisierung und Arabisierung des Sudans. In den 1990er Jahren wurde der Sudan zu einer islamischen Republik erklärt. Das Land galt 1991 bis 1999 in den Augen der Kenner der sudanesischen Politik als „Taliban von Afrika“.<sup>542</sup> Währenddessen betrieb die SPLA/ SPLM die Säkularisierung des Landes und strebte die Trennung zwischen Religion und Staat an und möglichst eine Afrikanisierung der sudanesischen Innen- und Außenpolitik. Die SPLM/ SPLA hat ihre größte Anhängerschaft in den so genannten marginalisierten Teilen des Sudans, nämlich im Südsudan, den Nuba- Bergen, Blue Nile und Darfur.

---

<sup>541</sup> Vgl. das Machakos Protocol vom 20.07.2002.

<sup>542</sup> Akok,G./ Biel, M. R./ Lado ,T., 2002, S. 15.

## 8.5 Bestandteile des Friedensvertrages vom Januar 2005 (CPA)

Das Comprehensive Peace Agreement<sup>543</sup> besteht aus den unten genannten Protokollen.<sup>544</sup>

<b>Serial Nr.</b>	<b>Title of the Protocol:</b>	<b>Date of signature</b>
1.	Agreement on Security Arrangements during the Interim Period	25.09.2003.
2.	Agreement on Wealth Sharing during the Pre-Interim and Interim Period	07.01.2004.
3.	Protocol on Power Sharing	26.05.2004
4.	Protocol on the Resolution of Conflict in Southern Kordofan and Nubian Mountains and Blue Nile States	26.05.2004
5.	Protocol on the Resolution of Abyei Conflict	26.05.2004
6.	Agreement on Permanent Ceasefire and Security arrangements	31.12.2004
7.	Agreement on the Implementation Modalities	31.12.2004
8.	The Machakos Protocol	20.07.2002

Im Folgenden sollen die Protokolle kurz im Einzelnen vorgestellt werden:

Der sudanesische Friedensvertrag sieht eine Übergangszeit von sechs Jahren vor. In dieser Zeit soll ein Vertrauen zwischen Süden und Norden wiederhergestellt werden. Dazu sollen zahlreiche Maßnahmen auf regionaler und nationaler Ebene getroffen werden. Auf diese Maßnahmen wird im Protokoll über die Machtverteilung ausführlich eingegangen.

Nach Ablauf der Übergangszeit sollen die Südsudanesen über den Verbleib im Sudan und über die Unabhängigkeit entscheiden. Nach drei bis vier Jahren soll eine parlamentarische Wahl im gesamten Sudan durchgeführt werden.

---

<sup>543</sup> Sudan's vice president and main rebel leader sign Comprehensive peace agreement to end African's longest-running conflict, In: [www.Sudan.net/news/posted](http://www.Sudan.net/news/posted) vom 07.03.05

<sup>544</sup> Vgl. Das Comprehensive Peace Agreement (CPA) vom 09. Januar 2005.

### **8.5.1 Vereinbarung über die Sicherheitsordnung während der Übergangszeit<sup>545</sup>**

Das Protokoll über die Machtverteilung zwischen Süd- und Nordsudan besagt, dass sich die sudanesischc Armee innerhalb von 30 Monaten aus dem Südsudan zurückziehen muss. Die Grenze zum Südsudan wird gemäß der Grenze vom 01. Januar 1956 festgelegt; also der Grenze, die von der Kolonialmacht Großbritannien festgelegt wurde. Im Gegenzug sollen sich die Soldaten der SPLM/ SPLA binnen eines Jahres aus Gebieten im Zentralsudan zurückziehen. Mit dem Begriff Zentralsudan sind dabei die Gebiete der Nuba- Berge, Abyei und Southern Blue Nile bezeichnet. Aus den bisher getrennten Armeen werden 24.000 Soldaten zusammengefasst, um gemeinsam die Probleme und Streitigkeiten in den verschieden militärisch besetzten Gebieten zu lösen. Diese Soldaten symbolisieren die Einheit der sudanesischen Armee während der Übergangszeit. Die 24.000 Soldaten sollen den Kern der neuen sudanesischen Streitkräfte bilden, wenn das vorgesehene Referendum im Jahr 2011 für den Verbleib im vereinigten Sudan votiert. Während der Übergangszeit von sechs Jahren bestehen beide Armeen der GoS und SPLM gleichberechtigt. Allerdings wurde die Finanzierung der SPLA während der Übergangszeit nicht eindeutig geregelt. Berichte aus den Friedensverhandlungsgesprächen besagen, dass die Internationale Gemeinschaft und vor allem die USA die Finanzierung der SPLA übernommen hat.

Nach dem „Protocol on Power-Sharing“ sollen zahlreiche national unabhängige Kommissionen gebildet werden. Ihre Aufgaben bestehen in der Implementierung und Umsetzung des Friedenvertrages (CPA). Einige dieser Institutionen sind bereits ins Leben gerufen worden, so

1. National Constitutional Review Commission;
2. National Electoral Commission;
3. Human Rights Commission;
4. National Judicial Service Commission;
5. National Civil Service Commission;
6. Fiscal and Financial Allocation and Monitoring Commission;
7. A Special Commission for the rights of non-Muslims in Khartoum;

---

<sup>545</sup> Agreement on Security Arrangements during the Interim Period

8. An Ad Hoc Commission to Monitor and ensure the accuracy, legitimacy and transparency of the Referendum.

Von den oben genannten Kommissionen wurde bis zum Inkrafttreten des CAP nur die „National Constitutional Review Commission“ gebildet und nahm ihre Arbeit im Mai 2005 in Khartoum auf. An der Kommission „An Ad Hoc Commission“ sollen nicht nur sudanesische Staatsbürger, sondern auch internationale Beobachter beteiligt werden, da es in ihrer Tätigkeit auch um die Vorbereitung und Durchführung des Referendums für den Südsudan geht.<sup>546</sup>

### **8.5.2 Vereinbarung über die Verteilung von Reichtum während der Übergangszeit<sup>547</sup>**

In dieser Vereinbarung (Wealth- Sharing Agreement) handelt es sich um die Absprache der Kriegsparteien, nämlich der GOS und der SPLM, wie während der Übergangszeit die Haupteinnahmen des Landes aufgeteilt werden sollen. Unter anderem ist in ihr festgelegt, dass 50 Prozent der Einnahmen aus Steuern und Erdölförderung in den Süden gehen und der Rest der 50 Prozent dem Norden verbleiben soll. Diese Vereinbarung war sehr bedeutsam, da sich die Ölquellen als ein bedeutsamer Faktor der Staatseinnahmen im Süden befinden, so dass ohne eine solche Vereinbarung möglicherweise kein Friedensvertrag zustande gekommen wäre.

Protokoll über die Lösung des Konflikts in Südkordofan, den Nuba-Bergen und Blauem Nil <sup>548</sup>

Das „Protocol on the Resolution of Conflict in Southern Kordofan, Nubian Mountains and Blue Nile States“ soll die Probleme in diesen Gebieten regulieren helfen. In diesen Gebieten soll kein Referendum wie im Süden und Abyei abgehalten werden. Die Regionen Nuba-Berge und Western Kordofan werden nach diesem Protokoll zusammengelegt und ein gemeinsames Bundesland mit Southern Kordofan gebildet. Das neue Bundesland „Southern Kordofan“ soll unter die Verwaltung des Präsidialamts in Khartoum unterstellt werden. Die Bevölkerungsgruppen dieses Gebietes sind sowohl in der SPLM und GoS bzw. der National Congress Party (NCP) vertreten und werden in der regionalen und nationalen Regierung repräsentiert. In diesem Bundesland erhält die NCP 55 Prozent der exekutiven und legislativen Positionen. Die SPLM dagegen soll 45 Prozent der Ämter auf allen Ebenen besitzen. Die Gouverneure der beiden Bundesländer werden gemeinsam aufgeteilt.

---

<sup>546</sup> Rogier, Emeric, 2005, S. 63.

<sup>547</sup> Agreement on Wealth Sharing during the Pre-Interim and Interim Period

<sup>548</sup> Protocol on the Resolution of Conflict in Southern Kordofan and Nubian Mountains and Blue Nile States



Mit diesem Protokoll wurden die Probleme dieses Gebietes ansatzweise gelöst. Die dortige Bevölkerungsgruppe, vor allem in den Nuba- Bergen, hatte sich gewünscht, ihre Zukunft in Form eines Referendums entscheiden zu können.

### **8.5.3 Vereinbarung über die Machtteilung in der Übergangszeit**

Gemäß dieses Protokolls (*“Agreement on Wealth Sharing during the Pre-Interim and Interim Period Protocol on Power sharing”*) soll innerhalb von sechs Monaten ein so genanntes „Transitionsorgan“ (Übergansorgan) implementiert und weiterhin eine Übergangsverfassung für den Sudan und eine Übergangsverfassung für den Südsudan verabschiedet werden.

Nach der Verabschiedung der beiden Verfassungen sollen

- Ein nationales Parlament und Regierung einberufen und
- Ein Parlament und Regierung für den Südsudan (Government of Southern Sudan) gebildet werden.

Der SPLM- Führer Dr. John Garang sollte in der Übergangsregierung die Position eines Ersten Vizepräsidenten des Landes gemäß des „Power Sharing Protocol“ übernehmen.

Die SPLA/ SPLM sollen 28 Prozent der Positionen sowohl in den Ministerien als auch in den Ämtern der Übergangsregierung sowie in dem Übergangsparlament erhalten.

Die seit 15 Jahren regierende islamische Partei „The National Congress Party“ soll 52 Prozent der Positionen in der oben bezeichneten Regierung besetzen. Der NCP- Führer, Präsident Omer Hassan Al-Beshir, bleibt im Amt.

14 Prozent der Positionen in der Übergangsregierung gehen an die Oppositionen im Norden. Die südsudanesischen Oppositionen erhalten 6 Prozent der Posten in der regionalen und nationalen Regierung.<sup>549</sup>

In den so genannten Umsetzungsgesprächen einigten sich die SPLM und die GoS darauf, in vier Jahren Wahlen auf regionaler und nationaler Ebene abzuhalten, d.h. im Juli 2009. Eine Regierung der Nationalen Einheit „Government of National Unity (GNU)“ soll gebildet werden. Das zu bildende Parlament „National Assembly“ soll aus 450 Mitgliedern bestehen. Die Council of Ministers (Kabinett) soll 30 Ministerien und 34 Staatsministerien beinhalten. Die Machtverteilung zwischen dem Nord- und Südsudan stellt sich demographisch als Verhältnis 70:30 dar. Das Protokoll sieht auch vor, dass 20 bis 30 Prozent der Zivilverwaltung (Civil Service

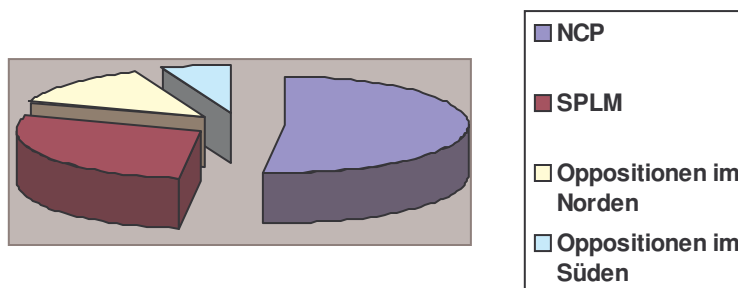
---

<sup>549</sup> Vgl. Tull, Denis M., Januar 2005



Positions) für Südsudanesen reserviert werden sollen. Das Ziel dieser Vereinbarung ist der Abbau der Benachteiligungen von Südsudanesen, um damit das Vertrauen zu gewinnen, so dass die Südsudanesen nach der Übergangszeit für das weitere Verbleiben in einem gemeinsamen Sudan stimmen.

Das Diagramm verdeutlicht den Anteil der Parteien und Gruppen an der Macht gemäß des umfassenden Friedensabkommens vom Januar 2005 sowohl in der Regierung der Nationalen Einheit in Khartoum als auch in den Regierungen der Landesteile im Sudan:



“According to the agreement, the apex of Sudan’s power structure will be the new Institution of the Presidency, which consists of the President and two Vice Presidents. Until presidential election are held, the incumbent President al Bashir will remain in office, and the current SPLM/A Chairman, John Garang, will act as the First Vice President as well as the President of the Government of South Sudan. The Post of Second Vice President should be allocated to the current Vice President and GoS negotiator, Ali Oman Taha, for which it was essentially created. Among others tasks, the President will appoint members of most of the commission created by the peace agreement. The Protocol on Power-Sharing stipulated that elections be held during the third implementation year and left the date for presidential election open.”<sup>550</sup>

Das Protokoll beschäftigt sich weiterhin mit Fragen der Menschenrechte und Freiheitsrechte: „*Human Rights and fundamental freedoms to be enjoyed under Sudanese laws, in accordance with the provision of the [international] treaties. The condition of implementation of these rights remain unspecified, however, as is the composition, mandate, and authority of human Rights*

<sup>550</sup> Johnson, Roger E., S. 27.

*commission called for in the Protocol. The fact that the Commission ' members will be appointed by the Presidency raises concern as to its independence.*" <sup>551</sup>

Das Machtverteilungsprotokoll sieht auch die Gründung von unabhängigen Gerichten im Sudan vor. Deshalb soll ein „Constitutional Court“ und „National Supreme Courts“ geschaffen werden. Richter und andere Beamte in den Gerichten sollen ihre Tätigkeit unabhängig und unbeeinflusst ausüben dürfen. Die Mitarbeiter sollen nach dem Protokoll durch den Präsidenten des Sudans mit Konsens des Ersten Vizepräsidenten ernannt werden. Ferner wurde in dem Protokoll eine Vereinbarung darüber getroffen, dass der existierende „National Security Service“ reformiert werden muss, um anderen Bevölkerungsgruppen des Landes einen Zugang zu ermöglichen. Zurzeit ist der „National Security Service“ zu etwa 90 Prozent von der islamischen Regierung des Sudans besetzt.<sup>552</sup>

#### **8.5.4 Vereinbarung über die Lösung des Abyei<sup>553</sup>- Konfliktes**

Das Protokoll zur Lösung des Abyei- Konfliktes („*Protocol on the Resolution of conflict of Abyei*“) soll diesen Konflikt zumindest für die kommenden sechs Jahre beizulegen helfen. Das CPA garantiert Abyei einen besonderen Verwaltungsstatus unter der direkten Übersicht des Präsidenten (Special administrative Status under the Institution of the Presidency). Die Angelegenheiten des Gebietes werden durch den Präsidenten, den Ersten Vizepräsidenten und den Zweiten Vizepräsidenten im Konsens geregelt. Die Bewohner von Abyei werden nach CPA in der Verwaltung und Regierung des Südsudan (Bahr al Ghazal) und Nordsudans (Southern Kordofan) vertreten. Im Juli 2011 werden die Einwohner von Abyei zur gleichen Zeit mit dem Südsudan über die Zukunft ihres Gebietes im Rahmen eines Referendums entscheiden. Dabei soll es um die Frage gehen, ob sie zukünftig dem Nord- oder Südsudan angehören wollen. Das Wealth- Sharing- Agreement regelt auch die Beteiligung von Abyei an den Staatseinnahmen, insbesondere den Erdöleinnahmen, da teilweise auch dort Öl gewonnen wird. Die Erdölverteilung erfolgt entsprechend der Verteilung:

- 50 Prozent für die Nationalregierung.
- 42 Prozent für die Regierung von Südsudan.
- 8 Prozent wird an die Gebiete gegeben, wo das Öl gewonnen wird.

---

<sup>551</sup> Designing an Integrated Strategy for Peace, Security and Development in Post-Agreement Sudan, April 2005, S. 27.

<sup>552</sup> Vgl. Designing an Integrated Strategy for Peace, Security and Development in Post-Agreement Sudan, April 2005, S. 28.

<sup>553</sup> Abyei befindet sich im Südsudan, wurde aber aus politischen Gründen nach Norden verlegt. Die Bewohner dieses Gebietes sind zu 90 Prozent Südsudanesen und hauptsächlich vom Stamm der Dinka.

- In diesem Zusammenhang soll Abyei 2 Prozent der Öleinnahmen erhalten.
- Außerdem soll eine Grenzregelungskommission (Abyei Boundaries Commission) gebildet werden.<sup>554</sup>

### **8.5.5 Vereinbarung über eine dauerhafte Waffenruhe und Implementierung der Sicherheitsordnung**

Nach dem CPA und insbesondere der Vereinbarung *“Agreement on Permanent Ceasefire and Security arrangements, Agreement on the Implementation Modalities”* soll der Frieden und dauerhafte Sicherheit in folgenden Phasen implementiert werden:

- Erste Phase, „Pre- Interim Period“, von Januar bis Juli 2005,
- Zweite Phase „Interim Period“, von Juli 2005 bis Juli 2008,
- Dritte Phase der Interim Period, von Juli 2008 bis Juli 2011.
- Vierte Phase „Post- Interim Period“, von Juli 2011 bis Januar 2014.

Im Juli 2011 soll das Referendum für den Südsudan und das Abyei- Gebiet abgehalten werden<sup>555</sup>. Diese vereinbarten Phasen wurden bisher nicht von den Kriegsparteien eingehalten, da auch andere Faktoren bei dem Beginn der Implementierung berücksichtigt werden sollten, so zum Beispiel die Berücksichtigung der Opposition bei der Bildung der „National Constitutional Review Commission“ durch die GoS und die SPLM. Das kostete Zeit und führte zu Verzögerungen in der Arbeit der Kommission.

### **8.5.6 Regelung des finanziellen Systems**

Das CPA sieht die Gründung von zwei Banksystemen im Sudan vor. Es soll eine zentrale Bank von Sudan „Central Bank of Sudan“ geben. Diese soll sich zum Teil am islamischen Finanzsystem orientieren.

Im Süden soll eine „The Bank of South Sudan“ gegründet werden. The Bank of South Sudan wird nach dem System internationaler Banken arbeiten. Außerdem wurde vereinbart, während der Übergangszeit zwei Geldwährungen zu nutzen. Der Norden wird mit der Währung „Sudanesischer Dinar“ arbeiten. Südsudan wird mit der Währung „Sudanese Pound“ operieren.

---

<sup>554</sup> Vgl. Rogier, Emeric, 2005, S. 29.

<sup>555</sup> Vgl. Rogier, Emeric, 2005, S. 26.

Bei diesem Währungssystem sprechen die Regierung des Sudans und die SPLM von einem so genannten „A dual Banking System“.<sup>556</sup>

### **8.5.7 Die Rolle der Internationalen Gemeinschaft im sudanesischen Friedensprozess**

Seit dem Beginn der Friedensverhandlungen für den Sudan haben sich zahlreiche Länder des afrikanischen, europäischen und arabischen sowie amerikanischen Kontinents eingesetzt. Diese Länder wurden maßgeblich von den USA, Norwegen und Großbritannien geführt. Der Beitrag der afrikanischen Staaten entstand unter dem Dach der IGAD (Intergovernmental Authority for Development), deren Mitglieder aus Äthiopien, Djibuti, Uganda, Sudan und Kenia bestehen.

Das Comprehensive Peace Agreement ist ein Produkt der jahrelangen Bemühungen zahlreicher Länder. Ohne die Internationale Gemeinschaft wären die SPLM und GoS nicht bereit gewesen, ein Abkommen zu unterschreiben. Vor der Unterzeichnung des Vertragswerkes in Nairobi im Januar 2005 hatte sich die Internationale Gemeinschaft verpflichtet, bei der Implementierung des Friedens mitzuwirken. Dabei wurden z.B. Billionen von Geldern für den Wiederaufbau des Landes versprochen. Außerdem hat sich die UNO bereit erklärt, ca. 10.000 Blauhelmsoldaten in den Südsudan zu schicken und den Waffenstillstand und die Implementierung des Abkommens zu beobachten. Einige Länder werden unter dem Dach der UNO Soldaten in den Sudan senden. Die Meinung der Internationalen Gemeinschaft ist allerdings in Bezug auf die Umsetzung des Comprehensive Peace Agreement geteilt. Einige Länder unterstützen die Einheit des Sudans und wollen dafür arbeiten, dass es bei dem Referendum nicht zur Abspaltung des Landes kommt. Andere halten die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Südsudan und Nordsudan für lang genug und wollen daher das Ergebnis des Referendums auch dann unterstützen, falls sich die Mehrheit der Menschen im Südsudan für die Gründung eines eigenen Staates ausspricht. Diese Meinungen der Internationalen Gemeinschaft spiegeln sich auch in der Finanzierung des Wiederaufbaus wider.<sup>557</sup>

Als Teil der Absicherung des Sudanesischen Friedensvertrages zwischen der Government of Sudan (GOS) und der Sudan People Liberation Movement (SPLM) wurde die Bildung von Kommissionen auf nationaler und internationaler Ebene vereinbart. Eine der wichtigsten Kommissionen ist die „Assessment and Evaluation Commission (AEC)“. Diese wurde nach langer Verzögerung am 30. Oktober 2005 durch ein Dekret des sudanesischen Staatspräsidenten Omer Al-Beshir ins Leben gerufen. Die AEC wird von dem Botschafter Tom Vraalsen geleitet.

---

<sup>556</sup> Vgl. Jooma, Mariam, 23. August 2005, S. 13.

<sup>557</sup> Rogier, Emeric, 2005, S. 78.

Folgende Länder sind Mitglieder in der AEC: 1. Norwegen, 2. Sudan, 3. Kenia, 4. Äthiopien und 5. Großbritannien. Die UNO, die Afrikanische Union (AU) und die Arabische Liga haben einen Beobachterstatus. Das Mandat der Evaluations- Kommission ist in dem Abkommen vom 09. Januar 2005 in Kenia festgesetzt. Die Kommission soll die Umsetzung des Friedens evaluieren und wird im regelmäßigen Abstand Berichte über den Fortschritt, Probleme oder Hindernisse anfertigen. Sie wird die sudanesishe Staatsführung "Sudanese Presidency" beraten. Zugleich wird sie Informationen über den versprochenen Beitrag der Internationalen Gemeinschaft für die Friedenssicherung im Sudan anfordern. Das Mandat gilt für die so genannte Übergangsperiode von sechs Jahren und endet nach der Durchführung der Volksabstimmung für den Südsudan im Juli 2011, wo die Südsudanesen über die Abspaltung des Südens oder den Verbleib im Sudan entscheiden sollen.

#### Der Beitrag der UNO zur Friedenssicherung im Sudan

Der UNO- Sicherheitsrat hat nach dem Sudanesischen Friedensvertrag vom 09. Januar 2005 beschlossen, mehr als 10.000 UNO- Blauhelme in den Sudan zu senden. Diese Unterstützung ist mittlerweile zum Teil geschehen. Nach dem Plan sieht der UNO- Beitrag (UN Mission Sudan oder UNMIS) im Südsudan so aus:

- 750 militärische Beobachter,
- 715 Zivilpolizisten,
- 1.018 internationale Zivilmitarbeiter,
- 2.623 nationale Mitarbeiter und
- 214 freiwillige UNO- Mitarbeiter

Am 31. Juli 2005 wurden 1.419 UNO- Blauhelmsoldaten bereitgestellt, 1.204 Soldaten aus Armeetruppen, 145 militärische Beobachter, 70 Zivilpolizisten und 469 internationale Zivilmitarbeiter. Hinzu kommen 615 lokale sudanesishe Zivilisten und 48 freiwillige UNO-Mitarbeiter.

An der Bereitstellung von militärischem Personal der UNO im Sudan haben sich folgende Länder beteiligt: Australien, Ägypten, Bangladesh, Benin, Brasilien, BRD, China, Dänemark, El Salvador, Fidschi, Finnland, Großbritannien, Guatemala, Indonesien, Italien, Jordanien, Kambodscha, Kanada, Kenia, Kirgisien, Kroatien, Malawi, Malaysia, Moldawien, Mongolei, Mozambique, Namibia, Nepal, Nigeria, Norwegen, Österreich, Pakistan, Paraguay, Peru, Polen,

Rumänien, Russland, Ruanda, Sambia, Spanien, Schweden, Schweiz, Simbabwe, Türkei und Uganda.

Das Personal der Zivilpolizei kommt aus den folgenden Staaten: Argentinien, Bangladesch, Ghana, Indien, Jamaika, Finnland, China, Fidschi, Jordanien, Kenia, Malaysia, Nepal, Norwegen, Nigeria, Russland, Philippinen, Sri Lanka, Schweden, Tansania, Großbritannien, Türkei und Zimbabwe.

Die Arbeit des oben bezeichneten UNO- Einsatzes hat im Zeitraum Juli bis Oktober 2005 ca. 300.000 Millionen Dollar<sup>558</sup> gekostet.

Geberkonferenz in Oslo - Norwegen im April 2005

Der erste Versuch der Internationalen Gemeinschaft, einen konkreten Beitrag nach dem Friedensvertrag vom 09. Januar 2005 zu leisten, war die Veranlassung der "Oslo Donor Conference on Sudan", die vom 11.-12. April 2005 stattfand. Die Oslo-Konferenz wurde nicht nur von internationalen Regierungsorganisationen besucht, sondern auch von NGOs weltweit. Sogar der UNO- Generalsekretär Kofi Annan nahm an der Konferenz teil. Er schlug einen zukünftigen Umgang der Internationalen Gemeinschaft mit der Regierung Sudans vor, da die Weltgemeinschaft in einer schweren Lage ist, wie er folgendermaßen begründete:

1. Der Frieden im Süden soll politisch, finanziell und moralisch durch die Weltgemeinschaft unterstützt werden. Die Voraussetzung dafür ist die Unterzeichnung des Abkommens im Januar 2005 in Kenia. Man spricht von der Wichtigkeit der "Internationalen Garantie", da der Südsudan bereits schlechte Erfahrungen mit Abbrüchen von Friedensverträgen gesammelt hat und ein erneutes Scheitern durch die Verpflichtung und Beobachtung der Welt vermieden werden soll.

2. Der Staat Sudan hat unzählige Menschenrechtsverletzungen begangen. Deshalb liegt eine Anklage wegen Völkermord, z.B. in Darfur/ Sudan, bei dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vor. Die Anklage richtet sich an erster Stelle gegen die jetzigen Regierungsvertreter, die auch an der "Regierung der Nationalen Einheit" beteiligt sind. In diesem Zusammenhang machte Kofi Annan diesen Vorschlag:

*"A Balance must be struck between rewarding the South, but not ignoring Darfur. The situation in Darfur is extremely grim. The UN Security Council sanctions and ICC referral is not aimed at the people of Sudan, at the government of Sudan or at Islam. The objective is to target individuals responsible for crimes against humanity."*<sup>559</sup>

---

<sup>558</sup> Vgl. Sudan Focal Point- E, Brief 19.08.2005

<sup>559</sup> Kofi Annan, April 2005, S. 2.

Wie schon erwähnt, diente die Konferenz in Oslo der politischen und finanziellen Unterstützung des Friedensabkommens. Auf dieser Konferenz in Oslo wurden durch den UNO- Generalsekretär Kofi Annan die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Hilfe für den Wiederaufbau des zerstörten Sudans durch die Internationale Gemeinschaft betont: *“All the people of Sudan want clean water, food for their families, schools for their children, proper healthcare, and the prospect of development. They have earned this peace. We should not fail them.”*<sup>560</sup> „The Oslo Donor Conference was a conference where representatives from over 60 countries and international organisations pledged funds in support of humanitarian, recovery and reconstruction needs in Sudan. A Joint Assessment Mission report (JAM) undertaken by the World Bank and the UN laid out the recovery and reconstruction needs of Sudan for the next six years. This report excluded an assessment of humanitarian needs, including in Darfur, security sector reform, including DDR and peace-keeping operations, and debt relief. The amount requested from the international community for 2005-2007 USD 2.6 billion. The funding mechanism recommended by the JAM was Multi Donor Trust Funds (MDTFs), a pooled funding vehicle aimed at reducing transaction costs, donor duplication and Sudanese ownership of the process. The World Bank, with the GoS, GoSS, UN and other donors included in the the Steering Committee, will administer the MDTFs. The UN also made a request for funding of UN Work Plan for 2005. This Work Plan which requires \$ 1.5 billion to meet humanitarian needs across Sudan (including in Dafur), was only 37% funded at the time of the Conference.”<sup>561</sup>

Bei der Oslo- Geberkonferenz wurden folgende Gelder als "Ausgangspunkt" für den Wiederaufbau des Sudans gefordert: 4,5 Billionen Dollar. Davon wurden allerdings nur 1,8 Billionen in Aussicht gestellt. Ewa 500 Millionen Dollar wurden zusätzlich für den so genannten "Multi Donor Trust Funds (MDTF)" in Aussicht gestellt. Für die Arbeit der UN im Sudan 2005 wurde etwa 1 Billion Dollar vorgeschlagen. Beteiligte Länder an dem oben genannten Finanzierungsplan für den Sudan sind: USA, Norwegen, Italien, Schweden, Schweiz, Niederlande, Kenia, EU, Japan, Ägypten, Deutschland, Irland, Großbritannien, Dänemark, Luxemburg und Frankreich. Für die Jahre 2005- 2007 sollen 7,9 Billion Dollar ausgeschüttet werden. Die Regierung der Nationalen Einheit und die Regierung des Südsudans sollen voraussichtlich 5,3 Billionen Dollar erbringen. Für die so genannte Phase II in den Jahren 2008-2011 werden 1,5 Billionen, für das Jahr 2007 2,6 Billionen Dollar benötigt. Am 11.April 2005 wurden 2 Billionen Dollar versprochen.

---

<sup>560</sup> Kofi, Annan 13.04.2005, S. 1-2.

<sup>561</sup> Report from Oslo Donor Conference on Sudan, April 2005, S. 1.



Folgende Staaten und Institutionen erklärten sich nach Aufruf von Kofi Annan am Montag, den 11.04.05 in Oslo bereit, einen Beitrag zum Wiederaufbau im Sudan zu leisten<sup>562</sup>:

Lfn.	Staat bzw. Institutionen	Betrag in Million Dollars	Zeitraum
1.	USA	900	2005-2007
2.	EU	756	„
3.	Großbritannien	545	„
4.	Norwegen	250	„
5.	Italien	90	„
6.	Dänemark	90	„
7.	Weltbank	50	„
8.	BR Deutschland	40	„
9.	Irland	20	„
10.	Sudan	5.2	„
11.	USA	1,8 Billion Dollar	2008-2009

Bis Oktober 2005 wurden allerdings nur wenige der in Aussicht gestellten Gelder durch die oben bezeichneten Länder freigegeben. Zwei Gründe können dafür als ausschlaggebend vermutet werden.

- Der plötzliche Tod des SPLM- Führers, Dr. John Garang bei einem Hubschrauberabsturz am 30. Juli 2005 führte zu Befürchtungen, dass das CPA im Sudan nicht umgesetzt werden würde.
- Die Krise in Darfur beeinflusst die Weltgemeinschaft dahingehend, zurzeit nicht im Sudan zu investieren.
- Die Uneinigkeit der Internationalen Gemeinschaft und vor allem unterschiedliche Auffassungen zwischen den USA und Europa erschweren es, ein gemeinsames Verfahren gegenüber dem Sudan zu vereinbaren.

*"Following a pre-interim period of 6 months, the leader of SPLM, Dr. John Garang de Mabior, was sworn in on July 9 as first ever Southern vice president in Sudan, frenetically welcomed after*

<sup>562</sup> Vgl. Kofi, Annan, 13.04.2005, S. 1-2.



22 years "in the bush" at his return to Khartoum by hundred thousands of people, among them many people from northern Sudan, Muslims and opponents to GOS, all of them putting all their hope in him as a leader capable to change the political and social environment in Sudan to the better. But the high expectations, the positive emotions were turned upside down when this very leader got killed in a helicopter crash, on his way from Uganda to his base in south Sudan, on July 30, under circumstances which are still investigated. The deep sorrow, disappointment on how the government reacted to this loss of the first ever southern vice president-which was completely different from the time a northern vice president also died in a plane crash-and the profound mistrust found its expressions in severe riots following the official announcement of the death of Dr. John on August 1, especially in the capitals Khartoum and Juba, but also in Wau, Malakal and some other places, causing the death and injuries of hundreds of people, demolished houses cars and food in stock. The spontaneous riots soon changed into "Jihad" declared in mosques, resulting in some northern "light" Muslim groups chasing "Blacks", disregarding whether they come from the south itself, Kordofan/the Nuba Mountains or Darfur."<sup>563</sup>

#### Die USA und der Sudanesische Friedensprozess

Die U.S. Assistant Secretary für afrikanische Angelegenheiten, Frau Dr. Jendayi E. Frazer besuchte den Sudan und führte unter anderen am 25.10.05 in Juba Gespräche mit dem südsudanesischen Präsidenten Kiir und dem Vize-Präsidenten Riek Machar. Ziel ihres Besuches war es, sich über die Umsetzung des Friedensabkommens im Sudan, die Möglichkeiten zur Beendigung der Krise in Darfur und die amerikanisch-sudanesischen Beziehungen zu informieren.

Der 1. Vize-Präsident und der Regierungschef vom Südsudan besuchten die USA auf Einladung von Präsident Bush am 31.10.05. Kiir wurde vom Außenminister Lam Akol und anderen sudanesischen Beamten der Khartoumer Regierung der "Nationalen Einheit" begleitet.

Präsident Mwai Kibaki gab am Mittwoch, 02.11.05, die Eröffnung von Kenianischen Konsulaten in der südsudanesischen Hauptstadt Juba bekannt. "We have decided to open a Kenyan consulate in Juba, which will become fully operational before the end of the year. The consulate will coordinate our activities in Southern Sudan."<sup>564</sup> "The time to reap the peace divided in the region is now. I urge the Kenyan business community to venture to the two countries to take advantage of

---

<sup>563</sup> Peter, SFP-E, 9/2/05, Part I.

<sup>564</sup> AFP, 04.11.05

the opportunities that are opening up. The government will provide the needed support.”<sup>565</sup> Am 11. November 2005 wurde das US- Konsulat in Juba - Südsudan von dem Stellv. US Secretary of State, Mr. Robert Zoellick eröffnet.<sup>566</sup>

Insgesamt hat die US- Regierung nach dem Staatsstreich des sudanesischen Militärs unter General Beshir und nach der Versöhnung des SPLM- Führers John Garang mit der US- Administration die Befreiungsbewegung im Süden unterstützt. Diese Unterstützung wurde allerdings offiziell von beiden Seiten (USA und die SPLM) verneint. Kenner der US- Politik bejahen allerdings diese Unterstützung. In den 1980er Jahren wurde die SPLM von kommunistischen Ländern wie Äthiopien und Kuba militärisch und auch finanziell unterstützt. Mit der Erklärung des Sudans als islamische Republik nach dem iranischen Vorbild und der Verbindungen der sudanesischen Regierung mit radikalen Islamisten wie der Osama Bin Laden- Gruppe oder der Hamas und Islamische Jahid, verschlechterten sich die Beziehungen des Landes mit dem Westen und vor allem mit den USA. In der Folge wurde die sudanesische Hauptstadt Khartoum im Jahr 1998 von der Clinton- Administration bombardiert. Ziel war eine so genannte „Waffenfabrik“ in Khartoum. Allerdings wurde keine Waffenfabrik getroffen, sondern eine harmlose Arzneimittelfabrik und gleichzeitig kamen zahlreiche Zivilisten zu Schaden. Da die sudanesische Regierung von 1996 bis 1993 arabische Terroristen, darunter Osama Bin Laden, beherbergt hat, wurde der Sudan durch die USA als „terrorismusfreundlich“ eingestuft und Sanktionen gegen das Land von den westlichen Staaten verhängt. Die USA und viele andere westliche Staaten sind an der Eindämmung des islamischen Terrorismus im Sudan und am Horn von Afrika interessiert. Außerdem ist der Sudan seit 1978 ein wirtschaftlich interessantes Land geworden. Amerikanische Firmen wie Chevron waren die ersten, die nach der Entdeckung des Erdöls im Südsudan mit der Erschließung und Förderung begannen. Aufgrund des Krieges im Sudan und insbesondere im Südsudan wurde der Ausbau der Ölgeschäfte im Sudan gestoppt. Es scheint, dass sich die USA am Öl des Landes besonders interessieren. Weiterhin gibt es zahlreiche Christen in den USA, die die Unterstützung der Christen im Südsudan gegen die mächtigen Islamisten fordern. Aus diesen Gründen waren die USA im Sudanesischen Krieg und in den Friedensbemühungen und – vermittlungen im Sudan sehr aktiv.<sup>567</sup>

---

<sup>565</sup> Vgl. USDOS 17.11.05, S. 1.

<sup>566</sup> Vgl. USDOS 17.11.05, S. 1.

<sup>567</sup> Garang, Akok, 2002, S. 52 ff.

## 8.6 Das Friedensabkommen CPA als eine Form des „Schweizerischen politischen Modells der Konsensdemokratie“ ?

Die politische Krise im Sudan, vor allem zwischen dem Süd- und Nordsudan, wurde formell vorübergehend durch das Comprehensive Peace Agreement (CPA) vom Januar 2005 gelöst. Ob diese Lösung zu einem dauerhaften Frieden führen wird, hängt von der Umsetzung des Abkommens ab. Das CPA beinhaltet ein „Schweizerisches politisches Modell“, nach dem die Regierung im Südsudan (Government of Southern Sudan) mehr Entscheidungsbefugnisse bekommt und der Sudan als eine „Konföderation“ gestaltet wird.

### 8.6.1 Das konföderale Modell der Schweiz

Die Schweiz besteht seit 1352 als funktionierendes konföderales System, wobei sich die Mehrzahl der Bundesländer (Kantone<sup>568</sup>) im 18. Jahrhundert an den Bundesstaat anschlossen.<sup>569</sup> „The Swiss Confederation is a democratic Republic composed of twenty two cantons. There is much discussion among Swiss lawyers to discover whether from the legal standpoint the cantons have remained sovereign States or not.“<sup>570</sup>

Die Ausgestaltung der Schweiz als Konföderation wird wie folgt begründet:

- Die Unabhängigkeit abzusichern.
- Den Frieden und Ordnung innerhalb der Schweiz abzusichern.
- Den Schutz von Liberalismus und Verfassungsrechten der Bürger zu gewährleisten.
- Unterstützung und Absicherung des gemeinsamen Nationalwohls.<sup>571</sup>

Die Einwohner der Schweiz sind nicht homogen, sondern verschieden in Sprache und Religionen. In der Schweiz gibt es kein Staatsvolk mit gleicher Ethnie, Sprache, Religion und Kultur. Seit der Gründung der Schweiz am 12. September 1848 ist der Staat eine multikulturelle Nation.<sup>572</sup> Beispielsweise ist die Schweiz von vier Sprachen geprägt, die alle vier als Landessprachen („National Languages“) durch die Verfassung garantiert sind. Dabei handelt es sich um die Sprachen

- Französisch,
- Deutsch,

---

<sup>568</sup> Cantons ist die Bezeichnung für Bundesländer der Schweiz

<sup>569</sup> Sauser-Hall, George, 1946, S. 24, 31 ff.

<sup>570</sup> Sauser-Hall, George, 1946, S. 43.

<sup>571</sup> Sauser-Hall, George, 1946, S. 47.

<sup>572</sup> Linder, Wolf, 2005, S. 30.

- Italienisch und
- Romanche<sup>573</sup>.

Italienisch, Deutsch und Französisch sind Amtssprachen der schweizerischen Konföderation. Sie sind gleichberechtigt und werden damit im Parlament und den Gerichten zugelassen. „*Every citizen and the authorities of each Canton have the right to correspond in their own Language with the Federal and cantonal authorities. Federal statutes and ordinances are published in French, in German and in Italian. All these texts are considered as originals, and none may be regarded as being merely a translation of another.*“<sup>574</sup>

Das Schweizer Modell der „Konsensdemokratie“ hat das Ziel, die Bürger des Landes voll in das Staatssystem zu integrieren. Das wird als außerordentlich wichtig erachtet: „Es soll keinen Gewinner geben, der alles bekommt, und keinen Verlierer, der leer ausgeht. Das Stichwort dazu heißt: Machtteilung durch politische Institutionen.“<sup>575</sup> Das Modell der Konsensdemokratie der Schweiz basiert dabei auf folgenden Annahmen:

- Bei der Gründung der multikulturellen Schweiz 1848 wurde auf jeglichen Vorrang von einer Kultur bzw. Ethnie verzichtet. Den Kantonen (Bundesländern) wurden die gleichen Rechte wie dem Bundesstaat zuerkannt.
- Im föderalistischen Kompromiss der Verfassung von 1848 wurde der Ausgleich zwischen den Kriegsparteien, den Protestanten, Katholiken, Radikalen, Konservativen und Zentralisten sowie Kantonsföderalisten vereinbart.
- 1918 wurde eine proportionale Repräsentation im Wahlrecht des Nationalrates geschaffen. Diese proportionale Repräsentation der verschiedensten strukturellen Minderheiten wurde später im Bundesrat und im Bundesgericht sowie in den Expertenkommissionen, aber auch in der öffentlichen Verwaltung berücksichtigt.
- Durch das System der Konkordanz wurden alle referendumsfähigen Gruppen im Land am Entscheidungsprozess beteiligt und die Mehrheitspolitik im 20. Jahrhundert durch den Politikstil des Verhandeln und des Kompromisses abgelöst.

Mit der „umfassenden politischen Machtteilung“ des konsensbasierten Herrschaftssystems konnten die verschiedenen kulturellen Gegensätze überwunden und die Integration der Bevölkerung geschaffen werden. Dies führte dazu, dass sich die Bevölkerung unabhängig von ihrer Herkunft mit der schweizerischen Gesellschaft identifiziert. Dabei spielten die politischen

---

<sup>573</sup> Romanche sind eine Volksgruppe in der Schweiz

<sup>574</sup> Sauser-Hall, George, 1946, S. 12.

<sup>575</sup> Linder, Wolf, 2005, S. 369.

Institutionen eine wesentliche Rolle. „Das Multikultunität einen offenen und permanenten Prozess der Aushandlung und des Kompromisses differenter Lebensstile, politischer Ordnungsvorstellungen und Symbolwelten bedeutet, in dem Differenzen in einen ‚Modus vivendi‘ zwischen den beteiligten Gruppen überführt werden, nicht jedoch institutionell aufgehoben werden können“<sup>576</sup>.

Wie bereits dargestellt stellte Arendt Lijphart in seiner Untersuchung vier Merkmale fest, die in sprachlich, religiös und ethnisch gespaltenen Gesellschaften zu stabiler Demokratie führen können. Zu diesen Merkmalen zählen Koalition, Proporz bei Wahlen und Ämtervergabe, Minderheitenenveto, Autonomie für die Minderheiten, bestimmte Angelegenheiten zu regeln.

Bedeutsam bei dieser Vereinbarung ist, dass die politische Elite in den geteilten Gesellschaften den Willen hat, zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Dieser Prozess ist als „Konsensdemokratie“ zu bezeichnen.<sup>577</sup>

Aus der Sicht Linders sind im Vergleich zu einem Mehrheits- Modell einige Bedingungen für den Erfolg einer Konsensdemokratie zu beachten:

- Die proportionale Beteiligung hat hohe symbolische und politische Bedeutung für die gegenseitige Anerkennung von verschiedenen Gruppen als gleichwertige Partner. Denn es ist bewiesen worden, dass es bei vielen ethnopolitischen Konflikten auf der Erde nicht nur allein um materielle Vorteile bzw. Benachteiligungen geht, sondern um den Wert der Anerkennung der Gesellschaft für die kulturellen Minderheiten. Bei diskriminierten Gruppen ist die Anerkennung eine Vorbedingung für eine Verhandlungspolitik.
- Das Konzept proportionaler Beteiligung favorisiert Verhandlungslösungen, bei denen auch Minderheiten zum Zuge kommen. Dabei dürfen die Minderheiten nicht leer ausgehen.
- Die politischen Strukturen der Machtteilung verlangen interkulturelles Verständnis. Mit dem Verständnis der verschiedenen Gruppen und gut überlegten, transparenten Entscheidungen bei der Konfliktbearbeitung kann das Vertrauen der Eliten beibehalten werden.
- Lösungen von Kulturkonflikten und politischer Integration müssen in langen Zeiträumen gedacht werden.
- Politische Machtteilung ist nur sinnvoll und möglich unter Anerkennung der Gleichwertigkeit von verschiedenen Gruppen und ihren Kulturen.

Das Konzept der Konsensdemokratie lebt von zwei Bedingungen:

---

<sup>576</sup> Behr, Hartmut / Schmidt, Siegmund, 2001, S. 10.

<sup>577</sup> Linder, Wolf, 2005, S. 369 - 374.

- (1) Der Bereitschaft zu einem gesellschaftlichen Wertpluralismus und dem Verzicht des Staates auf die Bevorzugung einer bestimmten Ethnie, Religion oder Kultur.
- (2) Das Modell braucht den Rahmen der europäischen Demokratien, welcher die Unparteilichkeit des Staates gegenüber den religiösen Bekenntnissen durch Grundrechte und die Trennung von Kirche und Staat garantiert.

Demokratiemodelle lassen sich nicht einfach von einem Kulturkreis in einen anderen exportieren. Deshalb ist die Entwicklung einer demokratischen Kultur ein wichtiges Instrument für die Realisierung von Demokratie. „Mögliche Formen von Demokratie, Verfassungsstaat und Grundrechten hängen nicht nur mit wirtschaftlichen Gegebenheiten eines Landes zusammen, sondern vor allem auch mit seiner Gesellschaftskultur. Die Entwicklung einer politischen Kultur der Demokratie muss daher auf der eigenen und vorhandenen Gesellschaftskultur aufbauen. Demokratie und Machtteilung sind also keine Rezepte, die in Ländern mit anderen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen ohne weiteres übernommen werden könnten.“<sup>578</sup>

### **8.6.2 Schlussfolgerungen für den sudanesischen Friedensprozess**

Die Theorie der historischen Pfadabhängigkeit hat eindrucksvoll belegt, dass die Vergangenheit einer Gruppe von Menschen ihre Zukunft wesentlich mitbestimmt. Im Sudan hat das koloniale System, wie in anderen ehemaligen Kolonien auch, ganz wesentlich die Weichen für die weitere Entwicklung gestellt und u.a. politische Instabilität, Militärregierungen, Einparteiensysteme, Stammeskongflikte u.a.m. mit verursacht. Bisher ist es dem Land und seiner politischen Elite noch nicht gelungen, ein funktionierendes und von der Bevölkerung akzeptiertes politisches System zu entwickeln, das die unterschiedlichen Interessen ausbalanciert und einen demokratischen Rahmen der Entscheidungsfindung gewährleistet. In der Analyse der Institutionen konnte auch nachgewiesen werden, dass die einmal gegründeten Institutionen langfristige Wirkungen (Dauerwirkung) erzielen und dass Entscheidungen in der Gründungsphase als Weichensteller für die zukünftige Entwicklung fungieren. Z. B. verfügt die Institution „Kirche“ im Sudan seit der Kolonialherrschaft über großen Einfluss und Ansehen in der Bevölkerung und hat diese bis heute beibehalten, was sich u.a. an ihrer starken Position im Friedensprozess zeigt. Ein Beispiel im Bereich der Bildung ist die Khartoum Universität. Weil diese Institution die erste Hochschule im Land war, verfügt sie bis heute über ein hohes Ansehen und viele Wohlhabende lassen ihre

---

<sup>578</sup> Linder, Wolf, 2005, S. 377

Kinder dort studieren, obwohl die Qualität der Ausbildung nicht mehr mit dem Niveau der 1950er und 1970er Jahre vergleichbar ist und heute durchaus gleichwertige Angebote bestehen. Beide Theorien weisen jedoch ausdrücklich darauf hin, dass sowohl die allgemeine Entwicklung als auch die von Institutionen vom herkömmlichen Pfad abweichen können, wenn die Umwelt durch externe Schocks oder interne Krisen eine Neuorientierung erzwingt. Es muss daher aus meiner Sicht keineswegs davon ausgegangen werden, dass politische Instabilität, Militärregierungen und die Benachteiligung bestimmter Volks- und Personengruppen auch weiterhin die Entwicklung des Landes Sudan bestimmen müssen.

Eine Liberalisierung des Gesellschaftssystems kann erreicht werden, wenn die Hauptbedingungen für eine Transformation geschaffen sind, nämlich liberale Normen, politische Freiheit, freie Meinungsäußerung oder Diskussionsmöglichkeiten sowie die Teilnahme bzw. Partizipation am gesamten Prozess, Unterstützung der Reformwilligen im politischen Prozess durch die Internationale Gemeinschaft und wirtschaftlich-politischer Wettbewerb der neuen Institutionen. Die Entwicklung der postkommunistischen Länder hat auch gezeigt, dass internationaler Druck, sowohl auf politischer als auch auf finanzieller Ebene, zum Beispiel zur Unterstützung reformwilliger demokratischer Kräfte, die Initiierung und Durchsetzung von Reformen erleichtern kann. Der Sudan ist daher dringend auf das Engagement der Internationalen Gemeinschaft, insbesondere im Friedensprozess und deren Umsetzung, angewiesen.

Empirisch wurde festgestellt, dass es länderspezifisch unterschiedliche Vertrauenswürdigkeit und Glaubhaftigkeit von Institutionen gibt. Wichtig ist allerdings die Regulierbarkeit von multikulturellen Problemlagen durch Institutionen und die Notwendigkeit ihrer Offenheit und Anpassungsfähigkeit für gesellschaftliche Transformationsprozesse.<sup>579</sup> Hier liegt das Problem im Sudan, dass die Elite im Land bisher nicht sehr anpassungsfähig war. Zweitens hat es keine Regierung im Sudan nach der Unabhängigkeit geschafft, ein langfristiges Vertrauen von Bürgern landesweit zu gewinnen. Im Sudan muss daher neben der politischen Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung das Vertrauen zwischen Politik und Gesellschaft hergestellt werden. Auf den ersten Blick scheint es einleuchtend, dass die Konsensdemokratie, wie beschrieben, im Vergleich zur Mehrheitsdemokratie das bessere politische Modell für die gespaltenen Gesellschaften ist.

„Konsensdemokratie bietet einige wichtige Vorteile politischer Integration, die unter dem vorherrschenden Modell der Mehrheitsdemokratie weniger erreichbar erscheinen.“<sup>580</sup>

---

<sup>579</sup> Behr, Hartmut / Schmidt, Siegmund, 2001, S. 10.

<sup>580</sup> Linder, Wolf, 2005, S. 379



Für den Sudan könnte diese Art des politischen Systems auf Basis einer Konsensdemokratie ein erfolgreicher Weg der politischen Beteiligung von Minderheiten und der Aushandlungsprozesse auf politischer Ebene darstellen. Das CPA geht bereits in diese Richtung und eine vollständige Umsetzung des Abkommens und erfolgreiche Weiterentwicklung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen im Sudan könnte eine gute Basis für ein dauerhaftes friedliches Zusammenleben der Sudanesen sein.

Obwohl die Einführung und Reformation des politischen Systems eine wichtige Aufgabe der herrschenden Parteien und Parlamentarier ist, lässt sich die Konsensdemokratie oder das politische Modell der Schweiz zwar für den Sudan empfehlen, aber gleichzeitig nicht von oben verordnen. Das CPA vom Januar 2005 geht bereits in eine Richtung des Schweizerischen Modells. Dennoch fehlt bisher eine Kultur des Kompromisses und der Anerkennung aller gesellschaftlichen Gruppen im Sudan und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern auch tatsächlich. Der Sudan muss daher als Gesellschaft zu einem gesellschaftlichen Wertepluralismus, dem Verzicht des Staates auf die Bevorzugung einer bestimmten Ethnie, Religion oder Kultur und einer Unparteilichkeit des Staates gegenüber den religiösen Bekenntnissen durch Grundrechte und die Trennung von Religion und Staat bereit sein. Außerdem müssen die sudanesischen Eliten sowohl im Süden und Norden dazu bereit sein, ihre Meinungen, Einstellungen und Probleme einander und gegenüber den sudanesischen Bürgern offen und transparent zu lösen. Der Sudan braucht keine Kulturnation<sup>581</sup>, sondern eine Staatsnation<sup>582</sup>. Das schweizerische politische System könnte ein gutes Vorbild für den Sudan sein, da beide Staaten Erfahrungen mit konfessionellen Konflikten haben (Die Schweiz musste religiöse Kriege vom 16. bis zum 18. Jahrhundert durchstehen)<sup>583</sup> und dem Sudan helfen, seine religiösen, ethnischen und kulturellen Konflikte zwischen Muslimen und Christen einerseits und den Arabern und Afrikanern andererseits<sup>584</sup> lösen zu helfen.

### Der Sudan auf dem Weg zur Demokratie?

Der Krieg im Sudan zwingt die Konfliktpartner, ein passendes politisches System zu adoptieren. Dabei erweist es sich als schwierig, dass der Sudan zwischen afrikanischen und arabischen

---

<sup>581</sup> Kulturnation ist als eine Nation zu verstehen, die auf einer gemeinsamen Sprache, Abstammung, Kultur und geschichtlichen Überlieferungen basiert.

<sup>582</sup> Staatsnation gilt als Nation, bei der die politische Gesellschaft im Vordergrund steht und die sich als Gemeinschaft von Bürgern wahrnimmt und vor dem Recht unabhängig von Sprache, Religion oder Abstammung gleichberechtigt ist. Beispiele von Staatsnationen sind Frankreich, die USA, Großbritannien und die Schweiz. vgl. Linder, Wolf, 2005, S. 28

<sup>583</sup> vgl. Linder, Wolf, 2005, S. 28

<sup>584</sup> vgl. Biel, M.R.: Der Sudan zwischen Krieg und Frieden 2004, S.5 ff; Johnson, Douglas H., 2003, S.2 ff.



Einflüssen einerseits und zwischen mehreren Religionen andererseits zerrissen ist. Das Land ist seit der Unabhängigkeit auf der Suche nach einem von der Mehrheit sowohl im Süden als auch im Norden des Landes akzeptierten politischen System. Eine Einigung im Sudan ist kein einfacher Weg, bedenkt man, dass das Land aus mehr als 597 Stämmen bzw. Clans besteht. Allein im Süden des Sudans leben mehr als 60 Stämme (vgl. auch Nationalitäten im Südsudan). Das Christentum hat tiefe Wurzeln im Südsudan. Dagegen sind insgesamt mehr als 50 Prozent der Einwohner Muslime, vor allem im Norden. Der Politische Islam herrscht im Land. Die Elite im Norden war immer diejenige, die die Nachkolonialregierungen des Sudans gestellt hat und in den vergangenen 50 Jahren nicht bereit dazu war, Macht und Ressourcen mit der Mehrheit der Bevölkerung im Süden, Darfur/Westen und Ostsudan zu teilen. Aus diesem Grund war es in der Vergangenheit nicht möglich, ein von allen akzeptiertes politisches System zu vereinbaren.

Die angestrebte Vereinbarung kann nur in Form eines demokratischen Konsenses geschehen. Es ist schwer festzustellen, welches der oben dargestellten demokratischen politischen Systeme für das Dauerbürgerkriegsland Sudan am geeignetsten wäre. Aus meiner Sicht ist die Konsensdemokratie für den Sudan geeignet, da nur ein durch Konsens erreichtes Abkommen eine langfristige Gültigkeit hat. Der im Januar 2005 in Kenia unterzeichnete Friedensvertrag geht in die richtige Richtung einer Konsensdemokratie, da das Comprehensive Peace Agreement (CPA) oder der umfassende Friedensvertrag von Naivasha unter anderem die Verteilung der Macht- und Wirtschaftsressourcen zwischen Südsudan und Nordsudan vorsieht<sup>585</sup>.

Die Elite des Nordsudan verzichtet auf ihre Forderung, das gesamte Land zu islamisieren. Dagegen verzichtet die Elite im Süden auf die Einführung eines säkularen oder islamfreien Sudans. Sollte das CPA erfolgreich umgesetzt werden, könnte das als Modell für die Lösung des Darfurkonflikts bzw. den Konflikten in den anderen „marginalisierten Regionen“ im Sudan gelten. Bis dorthin muss jedoch noch intensiv an der Umsetzung des Abkommens gearbeitet werden<sup>586</sup>.

Im Fall des Sudans ist das Thema „soziale Gerechtigkeit“ eine bedeutsame Voraussetzung zur Vermittlung von Gefühlen der Zugehörigkeit und Akzeptanz des herrschenden Systems. Möhring- Hesse spricht von einem „Konzept der Beteiligungsgerechtigkeit“<sup>587</sup>. „In einer demokratischen Gesellschaft bemisst sich die soziale Gerechtigkeit vor allem daran, ob und in welchem Maße die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Demokratie gewährleistet werden, ob

---

<sup>585</sup> Vgl. Human Rights Watch: The Impact of the Comprehensive Peace Agreement and the New Government of National Unity on Southern Sudan, March 2006, S. 1 ff.

<sup>586</sup> Vgl. United Nations- Mission in Sudan, Januar 2006, S.2 ff.

<sup>587</sup> Möhring- Hesse, Matthias, 2004, S. 10.

also alle Bürgerinnen und Bürger in den für sie jeweils relevanten gesellschaftlichen Prozessen ihre eigenen Interessen vertreten und sich in diesem Sinne umfassend beteiligen können. Das Adjektiv >Allgemein< vor >Beteiligung< signalisiert, dass erstens die Beteiligungsrechte und –möglichkeiten aller Bürgerinnen und Bürger und diese zweitens auch umfassend gesichert werden müssen.“<sup>588</sup>

Im Sudankonflikt kommt dem Faktor der sozialen Gerechtigkeit eine erhebliche Bedeutung zu. Alle Parteien im Land sind sich einig, dass in einer multikulturellen, multireligiösen und multiethnischen und multisprachlichen Nation, wie dem Sudan, soziale Gerechtigkeit gewährleistet werden muss. Mit dem am 09. Januar 2005 in Kenia unterzeichneten Friedensvertrag zwischen der Regierung Sudan (GOS) und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (SPLM) wurde der erste Schritt in Richtung „soziale Gerechtigkeit“ unternommen<sup>589</sup>. Allerdings bleibt abzuwarten, ob die auf dem Papier vereinbarte Ressourcen- und Machtverteilung in die Tat umgesetzt wird<sup>590</sup>. Der Sudan benötigt leistungsfähige politische Institutionen<sup>591</sup>, deren Aufgaben Rechtssicherheit für alle Bürger garantieren. Dabei soll die Gewährung von Stabilität, Dauerhaftigkeit und eine strukturierende politische Ordnung eine besondere Rolle spielen. Die Kulturvielfalt oder Multikulturalität des Landes muss anerkannt und geschätzt werden<sup>592</sup>.

Für diesen Prozess ist Befestigung der Demokratie im Sudan Grundlage für den schrittweisen Aufbau von demokratischen Institutionen, der Durchführung von Wahlen, demokratischen Parteienwettbewerbs usw. Obwohl ein Mehrheitsprinzip<sup>593</sup> in einer Demokratie für notwendig, erforderlich und richtig ist, braucht der Sudan in der Übergangszeit nicht nur eine Mehrheitsentscheidung, sondern auch kollektiv bindende Entscheidungen, die auf einem Konsens beruhen. Eine Kritik am Comprehensive Peace Agreement (CPA) vom Januar 2005 war u.a. die Stärkung der seit 1989 regierenden Islamischen Radikalen Partei “National Congress“ durch den Erhalt von mehr Rechten gemäß des CPA. Dadurch soll die NC- Partei 52 Prozent der

---

<sup>588</sup> Möhring-Hesse, 2004, S. 10.

<sup>589</sup> Vgl. Human Rights Watch: The Impact of the Comprehensive Peace Agreement and the New Government of National Unity on Southern Sudan, March 2006, S. 7 ff.

<sup>590</sup> Vgl. Comprehensive Peace Agreement (CPA) vom Januar 2005.

<sup>591</sup> politische Institutionen sind: Institutionen, die „ als gesamtgesellschaftlich relevante und die politische Ordnung strukturierende Regelsysteme der Herstellung und Durchführung von Entscheidungsleistungen in einer Gesellschaft“ zu verstehen sind. Behr, H. / Schmidt, S., 2004, S. 41.

<sup>592</sup> Vgl. Behr, Hartmut / Schmidt, Siegmund, 2001, S. 9 - 10.

<sup>593</sup> Offe, Claus, 2003, S. 62.

exekutiven, judikativen und parlamentarischen Organe stellen. Das heißt, sie hat die Mehrheit und Entscheidungen können ohne ihre Zustimmung nicht fallen<sup>594</sup>.

Empirisch wurde festgestellt, dass es länderspezifisch unterschiedliche Vertrauenswürdigkeit und Glaubhaftigkeit von Institutionen gibt. Wichtig ist allerdings die Regulierbarkeit von multikulturellen Problemlagen durch Institutionen und Notwendigkeit ihrer Offenheit und Anpassungsfähigkeit für gesellschaftliche Transformationsprozesse<sup>595</sup>. „(...) dass Multikulturalität einen offenen und permanenten Prozess der Aushandlung und des Kompromisses differenter Lebensstile, politischer Ordnungsvorstellungen und Symbolwelten bedeutet, in dem Differenzen in einen ‚Modus vivendi‘ zwischen den beteiligten Gruppen überführt werden, nicht jedoch institutionell aufgehoben werden können“<sup>596</sup>.

Hier liegt das Problem im Sudan, dass die Elite im Land unter anderem nicht anpassungsfähig ist. Zweitens hat keine Regierung im Sudan nach der Unabhängigkeit geschafft, landesweit langfristiges Vertrauen der Bürger zu gewinnen (vgl. meine Ausführungen zur Historie des sudanesischen Konfliktes). Im Sudan muss zunächst grundsätzlich neben der Beteiligung von Bürgern an der Entscheidungsfindung auch das Vertrauen zwischen Politik und Gesellschaft hergestellt werden.

Nach Douglas H. Johnson (2003) sind die Ursachen des Sudanesischen Konfliktes vielfältig. Unter anderem sind folgende historische Faktoren auch für die Entwicklung von Lösungsansätzen zu berücksichtigen:

- Einführung eines militanten oder radikalen Islam durch die Elite des Nordens;
- Ungerechte Entwicklung in Bereichen Wirtschaft, Bildung und Politik;
- Die einseitige Entscheidung der britischen Kolonialverwaltung, Sudan in die Unabhängigkeit zu entlassen, ohne vorher die Vertretung des Südsudans abzusichern oder zu klären;
- Die Benachteiligung bzw. das Scheitern der Eliten im Norden, für eine gerechte Nationenbildung im gesamten Sudan zu arbeiten. Anstelle dessen wurden die arabische Kultur und Religion Islam als Voraussetzung von den Eliten im Norden für eine

---

<sup>594</sup> Vgl. CPA von 09. Januar 2006.

<sup>595</sup> Behr, Hartmut / Schmidt, Siegmund, 2001, S. 10.

<sup>596</sup> Behr, Hartmut, Schmidt, Siegmund, 2001, S. 10.

Nationenbildung unterstützt. Diese führte zu Ablehnung des Südsudans und somit zur Verlängerung des Krieges zwischen Nord- und Südsudan.<sup>597</sup>

Um eine friedliche Koexistenz verschiedener Menschen im Sudan zu gewährleisten, kann die Implementierung des „New Sudan Concept“ von John Garang de Mabor hilfreich sein. Darin soll ein „Neuer Sudan“ etabliert werden, in dem Religion, Rasse, Hautfarbe und Herkunft der Menschen keine Rolle spielen sollen und eine gemeinsame Grundbasis für das Zusammenleben gelegt ist<sup>598</sup>.

Die Möglichkeit zur erfolgreichen Durchführung umfassender Verwaltungsreformen bedingt verschiedene Faktoren, wie von Tarvo Kungla beschrieben:

- Der politische Wille zur Verwaltungsreform muss vorhanden sein.
- Die Gestaltung des politisch- administrativen Systems, d.h. des Parteiensystems, der administrativen Struktur und der Interessenvermittlung, müssen Reformen ermöglichen.
- Die exekutive Führerschaft muss über die notwendige Stärke verfügen.
- Der politische Einfluss der Verwaltung muss transparent sein.<sup>599</sup>

In der Analyse des politisch- administrativen Systems im Sudan habe ich gezeigt, dass hier wesentliche Hürden zu finden sind, die die erfolgreiche Durchführung von Reformen und damit die Nationsbildungsprozess erschweren. Deshalb müssen dringend Lösungen für die Bewältigung der politischen Auseinandersetzungen gefunden werden, bevor Verwaltungsstrukturen erfolgversprechend etabliert und reformiert werden können.

Insbesondere bedarf das Land aus meiner Sicht einer am Gemeinwohl orientierten Politik, in der die unterschiedlichen Interessen der Staatsbürger unabhängig von ihrer Hautfarbe, Rasse, Religion und politischer Überzeugung ausgewogen berücksichtigt werden und demokratische Prozesse der Meinungsbildung unter Partizipation aller Staatsbürger initiiert werden. Die Eliten sollen zur Schaffung von Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung beitragen. Die Demokratisierung des Landes muss eine strikte Enthaltensamkeit des Militärs aus der Politik und die Bereitschaft aller Staatsbürger zur friedlichen Regulierung der Konflikte beinhalten. Dies bedeutet aus meiner Sicht auch die Möglichkeit für den Südsudan, sich nicht nur fortwährend als Opfer zu begreifen, sondern sich in das Land zu integrieren und einen Beitrag zur Entwicklung des Staates zu leisten, um als gemeinsame Nation zusammenzuwachsen. Im derzeitigen Friedensprozess wird u.a. im so genannten „Machakos- Protokoll“ vom 20. Juli 2002 und im

---

<sup>597</sup> Vgl. Johnson, Douglas H., 2003, S. XiX.

<sup>598</sup> vgl. Garang de Mabor, John, 1990, S. 1 ff.

<sup>599</sup> Vgl. Kungla, 2001, S. 10.

CPA von 09. Januar 2005 ein Referendum für den Südsudan vereinbart, nach dem dieser die Möglichkeit und das Recht erhalten soll, über seine Zukunft durch Volksabstimmung zu bestimmen, ob er mit dem Nordsudan als vereinigt Land oder als unabhängiger Staat bestehen will. Unabhängig vom Ausgang dieses Referendums muss man die gleiche Forderung an den Süden stellen, da der Südsudan aus mehreren Stämmen besteht und ein friedliches Zusammenleben, auch als unabhängiger Staat, nur möglich wird, wenn ein gerechtes System etabliert werden kann.

Demokratische Prinzipien wie die Gewaltenteilung von legislativer, exekutiver und judikativer Gewalt müssen eingeführt werden. Die verschiedenen territorialen Gebiete sind an der Macht zu beteiligen und zu berücksichtigen. Khalil schlägt hierbei beispielweise vor, die verschiedenen Regierungsfunktionen des Sudan an verschiedene territoriale Gebiete zu verteilen, um Partizipation und Fairness zu erreichen.<sup>600</sup>

Die Rolle der Religion im Staat und eine Säkularisierung des Staates müssen ernsthaft politisch diskutiert und entschieden werden. Bisher hatten sowohl die christlichen als auch die islamischen Aktivitäten großen Einfluss - nicht nur positiv - auf die Entwicklung des Landes. Sollen Staat und Religion wie in der Geschichte Westeuropas getrennt werden oder welches politische System könnte gefunden werden, das die unterschiedlichen Religionen angemessen und ausgewogen als Basis des Gesetzgebungs- und Rechtssystems berücksichtigt?

## **8.7 Minderheiten, deren Interessen durch das CPA bisher nicht ausreichend berücksichtigt wurden**

### **8.7.1 Die Kopten als besondere Minderheit im Sudan**

Die Kopten gelten als besondere Minderheit im Sudan. Sie sind mit den Kolonialmächten in den Sudan eingewandert. Während der islamischen Herrschaft in Ägypten im 7. Jahrhundert wurden sie dort aufgrund ihres Glaubens als Bürger „Zweiter Klasse“ deklariert, genossen aber Schutz innerhalb der islamischen Gemeinschaft. Sie galten als „Dhimma“<sup>601</sup> in Ägypten.<sup>602</sup> Das so genannte „Unrestricted Egyptian immigration into the Sudan“<sup>603</sup> ermöglichte, dass viele Kopten in den Sudan kamen und sich dort als Ärzte, Geschäftsleute und als andere Berufsgruppen niederließen. Sie blieben auch nach der Unabhängigkeit des Landes, wie zahlreiche Griechen, die

---

<sup>600</sup> Khalil, Mohamed Ibrahim, 2002, S. 1 ff.

<sup>601</sup> Verney, Peter, 1995, S. 48.

<sup>602</sup> Dhimma ist die Bezeichnung für Minderheitsrecht innerhalb eines islamischen Staates.

<sup>603</sup> Giet Jal, Gabriel, 1991, S. 19.

vor allem in den medizinischen Berufen bis in die 1980er Jahre dominierten. Diese verfügten über besondere Kenntnisse im Handel, der Verwaltung und waren christlichen Glaubens und deshalb besonders attraktiv für die britische Kolonialmacht. Außerdem sprachen sie Arabisch und waren von ihrer Herkunft mehrheitlich Araber, mit Ausnahme der Orthodoxen Griechen. Nach dem Aufstand der ägyptischen Armee unter der britischen Herrschaft in Kairo und Khartoum im Jahr 1924 verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Ägyptern als „Junior Partnern“ der Kolonialmacht. Der Aufstand wurde von muslimischen Soldaten der ägyptisch-britischen Armee geführt und gewann unter den sudanesischen und anderen arabischen Muslimen im von den Briten beherrschten Territorium an Sympathie. „In London, however, the British Government instituted, with the approval of the Parliament, a mission under the chairmanship of Lord Milner to proceed forthwith to Egypt with clear instructions to investigate the causes of disorder and possibly to establish and recommend some form of legitimate background on how British special interests in that country and not further p the Nile to the Sudan.“<sup>604</sup> Hier boten sich die Kopten als Ersatz für die arabischen Muslime, die im Dienst der Briten standen, an. Somit wurde ihnen die Einwanderung in den Sudan ermöglicht. Die Kopten bewohnten vor allem die Städte im Norden des Landes wie die Hauptstadt Khartoum, Dongola, Atbara, Wad Medani, Port Sudan, Omdurman. 23 Kirchen gehörten den Kopten im Sudan und wurden von zwei Bischöfen geleitet. Diese Kirchen hatten im Jahr 1995 ca. 200.000 Mitglieder. Die ersten Kopten kamen in den Sudan vor ca. 1.330 Jahren.

Obwohl die Zahl der Kopten gering ist, spielen sie eine positive Rolle im Sudan. Vor allem ihre „ausgezeichnete Schreib- und Rechengewandtheit“<sup>605</sup> machte sie berühmt und verschaffte ihnen Akzeptanz innerhalb des Sudans. Seit vielen Jahren hielten sich die Kopten aus der sudanesischen Politik heraus. „Sie haben eine passive, nicht auf Konfrontation setzende Rolle angenommen, und diese Einstellung, gepaart mit einer Hautfarbe, hat ihnen geholfen, den schlimmsten Exzessen religiöser und rassistischer Diskriminierung zu entgehen.“<sup>606</sup> Doch wurden die Kopten auch während der Islamisierungspolitik der „National Islamic Front (NIF<sup>607</sup>)“ belästigt und eingeschüchert. Ihre Geschäftsaktivitäten wurden eingeschränkt. Der Bau weiterer kirchliche Einrichtungen wurde ihnen genauso verboten wie den südsudanesischen Christen. Die meisten Kopten verließen aus diesen Gründen den Sudan und wanderten ins Ausland aus.

---

<sup>604</sup> Giet Jal, Gabriel, 1991, S.1.

<sup>605</sup> Verney, Peter, 1995, S. 48.

<sup>606</sup> Verney, Peter, 1995, S. 48.

<sup>607</sup> National Islamic Front (NIF) ist eine der radikalen islamischen Parteien, die die Einführung des „Schariarechtes“ September 1993 im Sudan begrüßt hat.

Während des Krieges im Sudan war die Rolle der Kopten wenig erkennbar. Dies spiegelt sich nun auch bei der Bildung der Regierung der Nationalen Einheit im Sudan wider. Die Kopten als Minderheit sind hier nicht vertreten. Daraus kann man ablesen, dass der Einfluss der jeweiligen politischen oder sozialen Gruppen im Sudan für die Beteiligung an der Macht und die Berücksichtigung der eigenen Interessen wichtig ist.

### **8.7.2 Die Beja- Volksgruppe**

Das Volk der Beja lebt mehrheitlich im Ostsudan an der Grenze zu Ägypten und Eritrea und am Roten Meer. Sie gehören zu den Ureinwohnern des Sudans. Die heutige Volksgruppe der Beja ist eine Mischung von afrikanischen Nuba und arabisierten Afrikanern. Im Lauf der Zeit haben die Beja den Islam angenommen. Trotzdem zählen sie zu den so genannten „marginalisierten Volksgruppen“<sup>608</sup> im Sudan. In dem Beja- Gebiet leben ca. 290.000 Menschen und sprechen To-Bedawei. Die Beja können in drei Hauptgruppen unterteilt werden:

- Hadendowa,
- Amarar und
- Bisharyyin.

In der gesamten sudanesischen Politik wurden die Beja nur während der britischen Kolonialzeit in den modernen sudanesischen Staat integriert. Nach der Unabhängigkeit waren die meisten Beja Anhänger der Democratic Unionist Party (DUP). Trotz ihrer Mitgliedschaft in der zweitgrößten sudanesischen Partei, der DUP, konnten sich die Beja keine große Rolle in der sudanesischen Politik verschaffen. Deshalb gründeten die Intellektuellen der Beja im Jahr 1964 den „Beja- Kongress“, der bei den Parlamentswahlen 1965 zehn Mandate im Parlament gewann. Bei den Wahlen 1968 gewann dieser Kongress immerhin drei Mandate im Parlament.

Die Aktivitäten des Beja- Kongresses als politische Partei wurden durch die militärische Regierung von Präsident Gaafar Mohamed Numeiri unterdrückt und massiv eingeschränkt. In den 1980er Jahren wurde mit Zustimmung der Zentralregierung unter der DUP- Umma-Koalition vereinbart, dass der Gouverneur in den Beja- Städten aus dem Beja- Volk kommen musste. Somit wurde Generalmajor M. O. Karrar, ein Beja von Stamm der Amarar, zum Gouverneur ernannt. Doch die Machtübernahme durch die National Islamic Front (NIF) in Zusammenarbeit mit dem Militär im Juni 1989 beendete die oben genannte Vereinbarung. Die NIF wollte die Islamisierung

---

<sup>608</sup> Der Begriff der „marginalisierten Volksgruppe“ bedeutet vielmehr die bewusste oder organisierte Benachteiligung von bestimmten Volksgruppen durch die Regierung.



und Arabisierung des gesamten Sudans und ließ keinen Platz für andere Kulturen. „Der NIF-Putsch im Juni 1989 brachte für die Beja keine positiven Veränderungen. Im Gegenteil war die NIF alarmiert durch den Stolz der Beja auf ihre alte Kultur und Tradition, die sie als nicht vereinbar mit der von der Regierung betriebenen Betonung der arabisch-islamischen Identität betrachtet.“<sup>609</sup> 1990 wurden einige bekannte Gouverneure des Beja- Volkes hingerichtet. Dadurch entstand ein großes Misstrauen zwischen dem Regime in Khartoum und den Beja. Seit dem Jahr 1994 gibt es in dem Beja- Gebiet einen Volksaufstand gegen die Regierungen in Khartoum, der bis heute andauert.<sup>610</sup> Die Beja fühlen sich weiterhin marginalisiert und unterrepräsentiert, sowohl in den politischen Gremien der eigenen Region als auch in der Zentralen Regierung. Sie fordern mehr Rechte für sich. In der Vergangenheit schlossen sich einige Beja den SPLM-Kämpfern politisch an. Allerdings spielten sie innerhalb der SPLM keine große Rolle, waren aber zumindest Mitglied in der Dachorganisation der Oppositionsbewegung „NDA“.<sup>611</sup>

Bei der Bildung der Regierung der Nationalen Einheit nach dem CPA sind die Beja nicht ausreichend vertreten. Für die Nichtbeteiligung der Beja kommen folgende Gründe in Betracht: Seit 1994 leisten die Beja- Volksgruppen einen Aufstand gegen die Regierung in Khartoum. Ab und zu gibt es Friedensverhandlungen, um das „Beja- Problem“ zu lösen. In solchen Gesprächen geht es um die Vertretung dieser Minderheit. Durch ein zukünftig separates Abkommen soll die Beteiligung der Beja festgelegt werden.

Die große Oppositionspartei DUP beansprucht die Vertretung der Beja, da die Mehrheit der dortigen Bevölkerung historisch- politisch der DUP angehörte. Diesen Anspruch der DUP auf die Vertretungsberechtigung der Interessen der Beja lehnen allerdings Intellektuelle der Beja ab. Diese Uneinigkeit zwischen dem Beja- Kongress und der DUP beeinflusst die Beteiligung dieser Volksgruppe an der Macht negativ. Die DUP ist sowohl in der Regierung als auch in der Opposition sehr einflussreich.

Seit einigen Jahren leistet die Beja-Volksgruppe militärischen Widerstand im Osten des Sudans. Zu den militärischen Gruppen der Beja zählen die Eastern Front (EF) und die Free Lions (FL). Die EF wurde vom Beja- Kongress in den 1990er Jahr gegründet, um die Rechte der Beja auch militärisch durchzusetzen. Die Free Lions stammen auch aus dem Ostsudan und kämpfen für das gleiche Ziel wie die Eastern Front. Zum ersten Mal verhandelten die beiden Gruppen mit der

---

<sup>609</sup> Verney, Peter, 1995, S. 50.

<sup>610</sup> Verney, Peter, 1995, S. 52.

<sup>611</sup> NDA ist die Dachorganisation, in der mehrere Parteien gegen die Regierung von Präsidenten Al-Bashir zusammengeschlossen sind.

Regierung in Khartoum über Frieden. Vom 24. bis 25. Dezember 2005 fand ein weiteres Gespräch zwischen „Eastern Sudan Front“<sup>612</sup>- Aufständigen in Libyen statt. Am 27.12.2005 gaben die beiden Gruppierungen Eastern Sudan Front und die Regierung des Sudans bekannt, dass sie eine friedliche Beilegung des Konfliktes in Tripoli/ Libyen vereinbart haben.<sup>613</sup> Die Beja und die Eastern Sudan Front beklagen dennoch weiterhin die mangelnde Beteiligung und Marginalisierung durch die seit der Unabhängigkeit des Sudans herrschenden „arabischen Eliten“<sup>614</sup> im Sudan. Ein weiterer Gesprächstermin wurde für den 17. Januar 2006 vereinbart.<sup>615</sup>

### 8.7.3 Die Volksgruppe von Darfur

Die Region Darfur war bis 1916 ein unabhängiges Sultanat<sup>616</sup> oder unabhängiger Staat. Sie wurde durch die Kolonialmacht Großbritannien mit Gewalt in den modernen Sudanesischen Staat integriert. Die Einwohner von Darfur<sup>617</sup> umfassen circa 4 Millionen Menschen und sind überwiegend Afrikaner. Die Mehrheit dieses Volkers ist muslimisch. Obwohl die Darfurian den Islam angenommen haben und als zuverlässige Muslime innerhalb der sudanesischen islamischen Gemeinschaft gelten, wurde die Bevölkerung Darfurs von der arabisch orientierten Elite in Khartoum systematisch isoliert und vernachlässigt. Dies führte zu Unzufriedenheiten der Einwohner gegenüber den zentralen Regierungen unter der Führung der arabischen Minderheit. In den 1980er Jahren gab es bereits Konflikte in dieser Region. Dieser Konflikt wurde jedoch von der Regierung nicht ernst genommen und als „Naab al Masalah“, d.h. kriminelle Banden bagatellisiert. Bis 1980 lebten die verschiedenen ethnischen Gruppen in Darfur friedlich zusammen. Doch die Politik des ehemaligen Premierministers Saddig Al-Mahdi und des NIF-Regimes von General Omer Hassan al-Bashir unterstützte die arabischen ethnischen Gruppen gegen die Darfurbevölkerung ab 1989 und verschärfte damit diesen Konflikt.

Welche Volksgruppen leben in Darfur?

Das zentrale Gebiet von Darfur ist sehr reich an Wasserressourcen und daher sehr fruchtbar. Hier leben folgende afrikanische Völker:

- Die Fur leben in dem Gebiet Jebel Marra.
- Masalit,

---

<sup>612</sup> Eastern Sudan Front ist der neue Name für Free Lions Group unter der Führung des Stammes Rashayda, der hauptsächlich in Red Sea (Port Sudan Gebiet und Kassala Region im Nordsudan) leben.

<sup>613</sup> Vgl. Sudantribune: Ruling Party, Eastern Sudan Rebel group sign agreement, In: [www.sudantribune.com](http://www.sudantribune.com) vom 28.12.2005, S.1.

<sup>614</sup> Pangech, John, 28.11.2005, S.1-2.

<sup>615</sup> Vgl. AFP, 08.12.2005, S.1-2.

<sup>616</sup> Sultanat ist eine Bezeichnung für den Staat, der von einem islamischen Führer (Sultan) regiert wird.

<sup>617</sup> Der Begriff Darfur bedeutet: Dar heisst Heimat und Fur ist die Bezeichnung für die Stämme in dieser Region.

- Bargu,
- Berti,
- Bergid,
- Tama und
- Tunjur.

Diese afrikanischen Völker sind überwiegend Bauern und leben von landwirtschaftlicher Arbeit.

Im Norden von Darfur leben die Stämme

1. Zaghawa und
2. Bedeyat.

Diese sind bekannt als Kamelnomaden und ebenfalls Afrikaner.

In dieser Region der Libyschen Wüste wohnen auch folgende arabischen Volksgruppen:

- i. Mahariya,
- ii. Mahamid,
- iii. Beni Hussein und
- iv. Irayqat.

In Ost- und Süddarfur leben weitere arabische Stämme wie

- Rezeigat,
- Habbaniya,
- Ta'aisha und
- Ma'aliyya.<sup>618</sup>

Traditionell brechen immer wieder Konflikte zwischen den verschiedenen Stämmen dieser Region, vor allem zwischen arabischen und afrikanischen Volksgruppen, um Wasser und Weideland aus.

### Der Ausbruch des militärischen Krieges in Darfur

Mit der zunehmenden Unterdrückung der afrikanischen Stämme in Darfur durch die arabischen ethnischen Gruppen mit finanzieller und militärischer Unterstützung der Regierungen in Khartoum bricht ein Bürgerkrieg zwischen beiden Hauptgruppen in den 1980er Jahren aus. Zunächst wurde der Krieg als „Kameldiebstahl“- Streitigkeit bezeichnet. Schritt für Schritt zeigte sich jedoch ein Bürgerkrieg, da die verwendeten Waffen nicht von Zivilisten, sondern vom Militär stammten. „Die Fur- Elite in der lokalen Regierung leistete dem Eindringen der Nomaden

---

<sup>618</sup> Verney, Peter, 1995, S. 53.

Widerstand. Polizei und Armee brannten zahlreiche Zaghawa- Siedlungen nieder und richteten auch lokale Zaghawa- Führer hin. Das Element rassistischen Vorurteils verband sich weiter mit den Wurzeln des Konfliktes aufgrund der Umweltprobleme, so dass es zur Bildung einer Allianz aus 27 arabischen Stämmen und ihrer Kriegserklärung gegen die `Zuruq´ (Schwarzen) und die nicht-arabischen Gruppen von Darfur kam. Die Antwort der Fur bestand darin, ihre eigenen Milizen zu bilden, zuerst zur Selbstverteidigung und später als Teil einer kurzlebigen, aber signifikanten Verbindung mit der SPLA.<sup>619</sup> Doch die Bindung zwischen Fur und der Sudan People Liberation Army (SPLA) hielt nicht lang, weil sich die Fur- Elite und deren Milizen nicht in die SPLA integrieren ließen. Die Integration war aber wichtige Voraussetzung für eine Zusammenarbeit mit der SPLA.

Die Fur- Elite war sehr eng mit der Islamischen Partei, der NIF, verbunden und wollte diese Bindung nicht aufgeben. Zugleich war die NIF der Hauptfeind der SPLA und diese verhinderte eine langfristige Kooperation der beiden Gruppen.

1989 versuchten die arabischen und afrikanischen Gruppen, ihren Konflikt friedlich zu lösen. Deshalb wurde mit Zustimmung der Regierung Bashir eine Konferenz einberufen. Während der Konferenz wurde festgestellt, dass beim Krieg in der Zeit zwischen 1980 und 1989 mehr als 5.000 Fur ihr Leben verloren hatten. Die arabische Seite hatte mindestens 400 Opfer zu beklagen. Zehntausende wurden aus ihren Heimatdörfern vertrieben und ca. 40.000 Häuser auf beiden Seiten verbrannt oder zerstört.<sup>620</sup> Dieser Versöhnungsversuch brachte allerdings kein positives Ergebnis wie die Beilegung des Darfur- Konfliktes.

Die Entwicklung der Darfur- Krise und die Reaktion der Vereinten Nationen

*„Die Reaktion auf der Darfur-Krise ist enorm groß und unterschiedlich. Dies hat zahlreiche Hintergründe. Zum einen wollte die Weltgemeinschaft unter dem Dach der Vereinten Nationen vermeiden, dass wieder Völkermord in wenigen Jahren in Afrika begangen wird. Zehn Jahre nach dem Völkermord in Rwanda spielt sich im Westen Sudans ein Drama ab, das unter Umständen ebenfalls den Tatbestand des Völkermords erfüllt. Zwar wird die internationale Gemeinschaft nicht müde zu betonen, dass es nie wieder zu einem Völkermord kommen dürfe, de facto aber wurden bis jetzt keine Maßnahmen eingeleitet, die geeignet sind, die massiven Menschenrechtsverletzungen in Darfur zu beenden.“<sup>621</sup>*

---

<sup>619</sup> Verney, Peter, 1995, S. 55.

<sup>620</sup> Verney, Peter, 1995, S. 55.

<sup>621</sup> Bernhard / Lingnau, 2004, S. 176.

Die Krise in Darfur begann im Februar 2003. Es ist ein Krieg zwischen der Mehrheit der afrikanischen Stämme und der arabischen Minderheit in Darfur, die durch die arabisch geführte Regierung unterstützt wird. Die arabischen Stämme in Darfur nannten sich „arabische Reitermilizen oder Janjaweed“. Sie zogen plündernd durch Dörfer in Darfur und entwurzeln die dort ansässige afrikanische Bevölkerung.<sup>622</sup> Dabei geht es um die Nutzung von Land und Ressourcen.

Die Rebellenorganisationen Sudanesische Befreiungsbewegung und Sudanesische Befreiungsarmee (SLM/ SLA) und die Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit (JEM) griffen im Jahr 2003 zu den Waffen, um die Interessen der Darfurian durchzusetzen. Im Rahmen des Krieges wurden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen von beiden Kriegspartnern begangen, aber vor allem durch die Regierung und die Reitermilizen. 2004 sprachen mehrere Menschenrechtsorganisationen von „organisierten ethnischen Säuberungen und einer Politik der verbrannten Erde.“<sup>623</sup> Folgende Kriegsmaßnahmen wurden gegen die Bevölkerung Darfurs durch die Khartoumer Regierung eingesetzt:

- Massenhafte und systematische Tötung und Vertreibung von Zivilisten,
- Massenhafte und systematische Vergewaltigung von Frauen,
- Massenhafte Zerstörung von Dörfern.
- Allein im Jahr 2004 wurden über 50.000 Menschen in Darfur getötet. Andere Quellen sprechen von Opferzahlen in Darfur mit 70.000 Menschen.<sup>624</sup>
- Über 1,4 Millionen Menschen wurden aus ihrer Heimat vertrieben, von diesen flohen ca. 200.000 in den benachbarten Tschad.

#### Reaktion der UNO auf die Menschenrechtsverletzungen in Darfur

*„Since July 2003, Sudanese security forces and militia forces known as „Janjaweed“ have committed crimes against humanity an war crimes on a massive scale as part of the government ’s counterinsurgency campaign in Darfur, Sudan ’s western region bordering Chad. These forces have displaced more than two million people an have been responsible for tens of thousands of*

---

<sup>622</sup> Vgl. Williams, Paul D. / Bellamy, Alex J., 2005, S. 30 ff.

<sup>623</sup> Bernhard / Lingnau, 2004, S. 176.

<sup>624</sup> Vgl. Williams, Paul D./ Bellamy, Alex J., 2005, S. 31.

*civilians being killed and raped and losing their homes, land and livestock*“<sup>625</sup>, so beschrieb Human Rights Watch die Lage in der Darfur Region in einem Bericht vom Dezember 2005.

Die Reaktion der UNO und des Sicherheitsrates <sup>626</sup> fiel unterschiedlich aus. Dem Staat Sudan wurden von einigen Mitgliedern des Sicherheitsrates und der UNO schwere völkerrechtliche Verstöße gegen das Menschenrecht vorgeworfen. Andere Mitglieder hielten sich mit ihren Äußerungen zurück. Dies betraf Mitglieder wie China, Pakistan und Russland. Diese Länder arbeiten seit mehreren Jahren mit der Regierung Sudans, beispielsweise in Ölgeschäften, eng zusammen und waren deshalb nicht bereit, ihre Interessen wegen Menschenrechtsverletzungen aufzugeben. Vor dem Ende des Jahres 2004 wuchs der Druck auf die UNO und einige Maßnahmen<sup>627</sup> mussten getroffen werden, um die sich zunehmend verschlechternde Menschenrechtslage zu verbessern.

Folgende Maßnahmen wurden von dem Sicherheitsrat veranlasst:

- Am 02. und 14.04. sowie 05.05.04 wurde die Lage in Darfur im Sicherheitsrat diskutiert.
- Am 25.05. wurde in einer Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrates die zunehmende Gewalt gegen Zivilisten scharf verurteilt.
- Juni/ Juli besuchte der UNO- Generalsekretär Kofi Annan den Sudan und übte damit Druck auf die Regierung aus. Bei einem gemeinsamen Kommuniqué zwischen dem UNO- Generalsekretär Annan und der Regierung verpflichtet sich Khartoum, die Reitermilizen „Janjaweed“ zu entwaffnen und die Sicherheit in Darfur wiederherzustellen sowie die internationalen Hilfsorganisationen in dem Kriegsgebiet zuzulassen.

Später stellte sich heraus, dass die Regierung trotz dieser Erklärung ihr Versprechen nicht eingehalten hat. Deshalb wurde über weitere Maßnahmen gegen die Regierung nachgedacht und in der UNO eingebracht. Unter der Führung der USA wurde im Juli 2004 dem Sicherheitsrat ein Resolutionsentwurf vorgelegt. Die Vorlage wurde von dem UNO-Generalsekretär Annan begrüßt und er forderte die Mitglieder auf, die Vorlage baldmöglichst zu verabschieden. Damit stieg der Druck auf die sudanesischen Regierung weiter, um eine Lösung herbeizuführen. Obwohl die Vorlage ein Ergebnis langer Konsultationen und Expertentreffen war, konnte die Vorlage nicht verabschiedet werden. Zwei politische Lager blockierten sich gegenseitig: Zum einen unterstützten den Entwurf folgende Länder: USA, Großbritannien, Frankreich, Chile und Deutschland. Auf der anderen Seite waren Pakistan, China, Russland und Algerien gegen den

---

<sup>625</sup> Human Rights Watch: Entrenching Impunity, Government Responsibility for International Crimes in Darfur, Human Rights Watch Volume 17.No.17 (A), S.1.

<sup>626</sup> United Nations: Security Council Refers situation in Darfur, Sudan, to Prosecutor of International Criminal Court, April 2005, S. 1-2.

<sup>627</sup> Vgl. Williams, Paul D./ Bellamy, Alex J., 2005, S. 30 ff.

Entwurf und begründeten das damit, dass die sudanesisische Regierung gegenüber der UNO im Vergleich zu früheren Jahren kooperationswilliger geworden sei und Fortschritte gemacht habe.

Die jeweiligen Interessen der 15 Mitglieder des Sicherheitsrates und ihr Verhalten bei der Beschlussfassung der UNO im Fall der Darfur- Krise sah folgendermaßen aus:<sup>628</sup>

Name des Landes	Status in der UNO	Interesse
Frankreich	Ständiges Mitglied	Hat bereits Ölkonzessionen und darüber hinausgehende Ölinteressen. Hat im Juli 2004 einen neuen Vertrag mit dem Sudan unterzeichnet. Drängte dennoch auf rasche Verabschiedung einer Resolution, aber ohne Sanktionen. Stimmte für Resolution 1556 und Resolution 1564.
Großbritannien	„	Es gibt Hinweise auf Waffenlieferungen in beträchtlichem Ausmaß. Hat im Juli einem Vertrag über Öl unterzeichnet. Unterhält besondere Beziehungen mit dem Sudan mit der Begründung „ehemalige Kolonialmacht“. Drängte auf rasche Verabschiedung einer Resolution. Stimmte für Resolution 1556 und Resolution 1564.
China	„	Verfügt bereits über Ölkonzessionen in beträchtlichem Ausmaß und ist an weiteren interessiert. Hat im Juli 2004 einen neuen Ölvertrag unterzeichnet.

<sup>628</sup> Vgl. Bernhard / Lingnau, 2004, S. 170-171.



		<p>Hat eine neue Pipeline gebaut, die Darfur mit Khartoum verbindet.</p> <p>Unterhält enge Wirtschaftsbeziehungen zum Sudan.</p> <p>Beliefert den Sudan mit Kleinwaffen.</p> <p>War gegen eine schnelle Verabschiedung einer Resolution und wollte der sudanesischen Regierung mehr Zeit lassen.</p> <p>Gegen Sanktionen und gegen Androhungen von Sanktionen.</p> <p>Hat sich bei der Abstimmung über Resolution 1556 und Resolution 1564 der Stimme enthalten.</p>
Russland	„	<p>Einzelne Unternehmen sind an Ölkonzessionen im Sudan interessiert.</p> <p>Hat im Juli 2004 einen neuen Ölvertrag mit dem Sudan unterzeichnet.</p> <p>Ist einer der wichtigsten Waffenlieferanten Sudans.</p> <p>Lieferte dem Sudan im Juli 2004 Kampfflugzeuge.</p> <p>Forderte lange, der sudanesischen Regierung mehr Zeit zu lassen.</p> <p>Stimmte für Resolution 1556, weil diese keine Sanktionen enthält.</p> <p>Hat sich bei der Abstimmung über Resolution 1564 der Stimme enthalten.</p>

USA	„	<p>Hat Ölinteressen.</p> <p>Pflegt enge bilaterale Beziehungen zur SPLM.</p> <p>Hat Darfur zu einer der vorrangigen Prioritäten der amerikanischen Außenpolitik erklärt.</p> <p>Brachte Resolutionsentwurf in den Sicherheitsrat ein und drängte auf rasche Verabschiedung einer scharfen Resolution, einschließlich Sanktionen.</p> <p>Stimmte für Resolution 1556 und Resolution 1564.</p>
Angola	Nichtständige Mitglied <sup>629</sup>	<p>Betonte vor allem die Notwendigkeit der Unterstützung der Afrikanischen Union.</p> <p>Stimmte für Resolution 1556 und Resolution 1564.</p>
Deutschland	„	<p>Hat eine kritische Haltung.</p> <p>Engagierte sich erfolgreich für eine Befassung des Sicherheitsrates mit der Darfur- Krise.</p> <p>Drängte auf rasche Verabschiedung einer scharfen Resolution, einschließlich Sanktionen.</p>
Chile	„	<p>Stimmte für Resolution 1556 und Resolution 1564.</p> <p>Ist nicht in das Ölgeschäft involviert.</p>
Pakistan	„	<p>Hat Ölkonzessionen in beträchtlichem Ausmaß im Sudan.</p> <p>Verweist auf islamische Solidarität mit Sudan.</p> <p>War gegen eine schnelle Verabschiedung einer Resolution und wollte sudanesischer Regierung mehr Zeit lassen.</p> <p>Gegen Sanktionen und gegen Androhungen von Sanktionen.</p> <p>Hat sich bei der Abstimmung über Resolution</p>

<sup>629</sup> Angola, Chile, Deutschland, Pakistan und Spanien waren Nichtständige Mitglieder des Sicherheitsrates bis Ende des Jahrs 2004. Bis Ende 2005 waren die Länder Algerien, Benin, Brasilien, Philippinen und Rumänien Nichtständige Sicherheitsratsmitglieder.

		1556 und Resolution 1564 der Stimme enthalten.
Spanien	„	Es gibt Hinweise auf Waffengeschäfte mit dem Sudan. Drängte auf rasche Verabschiedung einer scharfen Resolution, einschließlich Sanktionen. Stimmte für Resolution 1556 und Resolution 1564.
Algerien	„	Verweist auf islamische Solidarität mit Sudan. War gegen eine schnelle Verabschiedung einer Resolution und wollte sudanesischer Regierung mehr Zeit lassen. Gegen Sanktionen und gegen Androhungen von Sanktionen. Stimmte für Resolution 1556. Hat sich bei der Abstimmung über Resolution 1564 der Stimme enthalten.
Brasilien	„	Setzte sich teilweise für eine Schwächung des Resolutionsentwurfs ein. Wollte sudanesischer Regierung mehr Zeit lassen.
Benin	„	Setzte sich teilweise für eine Schwächung des Resolutionsentwurfs ein. Wollte den Willen zur Zusammenarbeit der sudanesischen Regierung nicht gefährden. Stimmte für Resolution 1556 und Resolution 1564.

Philippinen	„	<p>War gegen eine schnelle Verabschiedung einer Resolution und wollte sudanesischer Regierung mehr Zeit lassen.</p> <p>Setzte sich teilweise für eine Schwächung des Resolutionsentwurfs ein.</p> <p>Stimmte für Resolution 1556 und Resolution 1564.</p>
Rumänien	„	<p>Einzelne Unternehmen sind an Ölkonzessionen im Sudan interessiert.</p> <p>Förderte rasche Verabschiedung.</p> <p>Stimmte für Resolution 1556 und Resolution 1564.</p>

Im Jahr 2005 konnte der Sicherheitsrat folgende Resolutionen zur Lage in Darfur verschieden:

- Resolution 1590 / März 2005
- Resolution 1556/ Juli 2004
- Resolution 1556/ Juli 2004
- Resolution 1591 und 1593/ März 2005.

Die Resolution 1593 vom 31. März 2005 gilt als die Wichtigste, da die Menschenrechtsverletzungen im Sudan an den Internationalen Gerichtshof verwiesen worden waren. Das bedeutet, dass sich die Geschehnisse in Darfur zumindest teilweise als Genozid oder Verbrechen gegen Menschlichkeit betrachten lassen müssen. Deshalb muss sich der Internationale Gerichtshof damit befassen. Konkrete Täter wurden in dem UNO-Bericht, der dem UNO- Generalsekretär Annan vorgelegt wurde, benannt.<sup>630</sup>

Im Bericht von Human Rights Watch ist zu lesen:

*„The Sudanese government policy of >>ethnic cleansing<< was strategic and well-planned. Since early 2003, the leadership in Khartoum has relied on civilian administration, the Sudanese military and Janjaweed militias to implement a counterinsurgency policy that deliberately and systematically targeted civilians in violation of international law. Ultimate responsibility for the creation and coordination of the policy lies in Khartoum, with the highest levels of the Sudanese*

<sup>630</sup> Human Rights Watch: Entrenching Impunity, Government Responsibility for International Crimes in Darfur, Human Rights Watch, Volume 17, No.17 (A), Dezember 2005, S.72.

*leadership, including President Omer El Bashir, Vice-President Ali Osman Taha, and key national ministers and security chiefs.*”<sup>631</sup>

In dem Bericht, der der UNO vorgelegt worden war, wurde die aktive Zusammenarbeit zwischen der Regierung des Sudans und den arabischen Milizen Janjaweed bei den ethnischen Säuberungen in Darfur festgestellt und deshalb an den Internationalen Gerichtshof Den Haag verwiesen. Nach der UNO- Empfehlung sollte dabei die Rolle u.a. der folgenden sudanesischen Behörden bzw. Beamten durch das Gericht in Den Haag untersucht werden:

- Staatspräsident Omer El Bashir,
- Stellvertreter des Präsidenten Ali Osman Taha,
- Major General Abdurahmeem M. Hussein, ehemaliger Innenminister und Vertreter des Präsidenten in Darfur für den Zeitraum 2003- 2004. Zurzeit ist er Verteidigungsminister.
- Major General Bakri Hassan Salih, ehemaliger Verteidigungsminister, zurzeit Minister für Präsidentialamt- Angelegenheiten,
- Abbas Arabi, Chief of Staff der sudanesischen Armee.
- General Salah Abdallah Ghosh, Direktor der sudanesischen Sicherheitsdienste.
- Ahmed Haroun, ehemaliger Staatsminister im Innenministerium. Er war für Darfur zuständig und ist zurzeit Staatsminister für humanitäre Angelegenheiten.<sup>632</sup>

Die Liste der zu untersuchenden Personen umfasst 150 Personen. Zunächst hat Sudan der UNO zugesagt, bei der Untersuchung zu kooperieren. Bis heute ist jedoch eine Kooperation nicht zu erkennen. *„A United Nations genocide expert today voiced disappointment in the efforts of Sudan’s Government to address the crimes committed in Darfur region, where conflict has been marked by massive displacement, rights abuses and widespread killings. The UN Security Council has asked the International Criminal Court (ICC) to probe the situation, but earlier this week, the Sudanese Government indicated that it would not cooperate with the ICC.*”<sup>633</sup>

Wie dargestellt, sind die Interessen der Mitglieder des Sicherheitsrates sehr weit voneinander entfernt, so dass eine gemeinsame Haltung der Weltorganisation mit Blick auf Sanktionen gegen den Sudan fast aussichtslos erscheint. Doch die Lage in Darfur hat auch Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen und Betätigungen mit der Regierung Sudans. Hier war die Bereitschaft zu einem Kompromiss erforderlich. Während die von den USA geführte Gruppe des

---

<sup>631</sup> Human Rights Watch: Entrenching Impunity, Government Responsibility for International Crimes in Darfur, Human Rights Watch, Volume 17, No.17 (A), Dezember 2005, S.46.

<sup>632</sup> Human Rights Watch: Entrenching Impunity, Government Responsibility for International Crimes in Darfur, Human Rights Watch, Volume 17, No.17 (A), Dezember 2005, S.77.

<sup>633</sup> United Nations: Sudan’s special court on Darfur crimes not enough-UN, 17. Dezember 2005.

Sicherheitsrats von einem Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sprach, setzte sich die Europäische Union dafür ein, dass die Androhung von Sanktionen gegen den Sudan durch die Androhung von Maßnahmen in dem Resolutionsentwurf ersetzt wird. So konnte am 30. Juli 2004 die Resolution 1556 ohne Gegenstimmen verabschiedet werden. China und Pakistan enthielten sich der Stimme. Wichtige Forderung in der Resolution war die 30- Tage- Frist für die Regierung, die „Janjaweed- Milizen“ zu entwaffnen, um weitere „ethnische Säuberungen“ zu beenden und den Konflikt friedlich zu lösen. Am 18. September 2004 wurde erneut die Resolution 1564 ohne Gegenstimmen verabschiedet. Algerien, Russland, China und Pakistan enthielten sich der Stimmen. Diese Resolution war noch schwächer als die erste, so dass die Regierung in Khartoum diese nicht ernst nehmen musste. Alle Resolutionen für Darfur enthalten keine ernstzunehmenden Forderungen und Maßnahmen gegenüber Khartoum und waren deshalb nicht in der Lage, die Menschenrechtsverletzungen in Darfur zu stoppen. Zweitens dauert es zu lange, bis eine Resolution im Sicherheitsrat verabschiedet wird, was durch die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Mitglieder des Rates begründet ist.

Was sind die nationalen Kerninteressen der Mitgliedsstaaten?

Für alle Mitglieder der UNO gilt das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eines Landes, also auch des Sudans. Dies ist wichtig, weil sonst die Länder auch irgendwann Ziel der Interventionen durch die UNO sein könnten. So fürchtet China Einmischungen, weil es beispielsweise seit vielen Jahren Krieg gegen Uiguren und Tibet führt, die für die Unabhängigkeit von China kämpfen. Russland will keine Einmischung, weil das Land selbst vom Tschetschenien- Krieg betroffen würde. Pakistan und Algerien haben Bürgerkrieg und daher Angst vor Interventionen durch die UNO. Zugleich spielen die beiden Staaten mit der so genannten Islamischen Solidarität mit der Khartoumer Regierung. Diese Begründung ist schwach, weil der Krieg in Darfur eine militärische Auseinandersetzung zwischen Muslimen ist. Wichtige Kerninteressen dieser Länder sind an erster Stelle wirtschaftliche Interessen. Zum Beispiel ist Russland nicht nur an Ölgeschäften beteiligt, sondern zählt auch zu den wichtigen Waffenlieferanten des Sudans. Am 20. Juli 2004 lieferte Russland ca. 12 MiG- 29 Fulcrum Kampfflugzeuge an die sudanesishe Regierung. Einige dieser Kampfflugzeuge wurden nach

Angaben der Menschenrechtsorganisationen in Darfur eingesetzt sowie zur Bombardierung von Dörfern und Flüchtlingslagern<sup>634</sup> in Darfur und im Tschad.

Im Fall von Darfur und Südsudan muss festgestellt werden, dass wirtschaftliche und politische Interessen der Mitglieder des Sicherheitsrates Vorrang vor der Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen haben. Dies stellt die Glaubwürdigkeit der UNO insgesamt in Frage. Deshalb gibt es Diskussionen um eine Reform der UNO. Ob nach der Reform solche Probleme besser bearbeitet werden würden, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden. Die Situation in Darfur ist durch die mögliche Abspaltung innerhalb der SLM/ SLA schwieriger geworden. Die Führungskrise zwischen dem SLM- Chairman Abdul Wahid Mohammed Nur und dem SLM- Generalsekretär Mani Arko Minawi ist noch nicht ganz beigelegt. "SLM hardliners holding a congress in Darfur, which was attended by thousands of Darfurians and rebel delegates, announced the dissolution of the group, s institutions. >>Ibrahim Ahmed Ibrahim (meeting chairman) has issued an order dissolving all institutions of the movement except the military<< spokesman Mahjub Hussein told AFP."<sup>635</sup> Die Regierung der Nationalen Einheit ist sich über die Lösung der Darfur- Krise nicht einig. "After meeting US Deputy Secretary of State Robert Zoellick in Washington on Tuesday, Sudanese First Vice President and former southern rebel leader Salva Kiir acknowledged that the Darfur crisis was in an impasse as the government was also split over the issue. He explained that his Sudan People' Liberation Movement and its unity government partners from the northern National Congress Party had not yet reached a common platform for the next round of talks."<sup>636</sup>

Die Abspaltung der Sudan Liberation Movement (SLM) in Darfur einerseits und die Konkurrenz zwischen der Justice und Equality Movement (JEM) andererseits bestätigt die Unfähigkeit der Elite im Sudan, einen Kompromiss einzugehen und somit den Prozess der sudanesischen Nationenbildung zu ermöglichen. Ob die Bevölkerung Darfurs und die Regierung in Khartoum zu einem Abkommen nach dem Vorbild des im Januar 2005 in Kenia unterzeichneten Friedensabkommens zwischen der Sudan People Liberation Movement (SPLM) und der National Congress Party (NCP) gelangen können, bleibt abzuwarten. Denn Darfur will unter anderem an der Macht- und Ressourcenverteilung beteiligt werden.

---

<sup>634</sup> Vgl. Bernhard / Lingnau, 2004, S. 170-172.

<sup>635</sup> AFP: Darfur rebels in disarray as faction holds leadership vote, In: www.sudan.net vom 04.11.2005,1-2.

<sup>636</sup> Kiir Maryidit in USA, 31.10.2005.



## 9. Ergebnisse und Schlussfolgerung

### 9.1 Nationenbildung und der Elitenkompromiss als Grundstein für Demokratie

Seit mehr als 50 Jahren ist der Sudan völkerrechtlich als unabhängiger Staat anerkannt. Das Westminster Modell der britischen Kolonialmacht konnte sich nicht etablieren, da die sudanesischen Elite sowohl innerhalb des Nordsudans als auch im Süden des Landes nicht für einen Kompromiss bereit war. Dieser Faktor führte das Land in einen Dauerkonflikt mit zahlreichen negativen Folgen. Seit der Unabhängigkeit versucht die Elite im Sudan einen Prozess der Nationenbildung und Demokratisierung vergeblich auf dem Weg zu bringen. Konsequenzen der Fehlentwicklung im Sudan sind die politischen Krisen und Konflikte. Diese hängen zum Teil mit den Schwierigkeiten der Staats- und Nationenbildung zusammen, die vor der Entlassung des Landes in die Unabhängigkeit begonnen haben. Die Postkoloniale Elite war nicht in der Lage, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konflikte zu lösen, weil innerhalb der Elite keine Einigung über die Fragen der Identität, Sprachen und Macht- sowie Ressourcenverteilung erzielt werden konnte. Diese Zerstrittenheit der Eliten hat großen Einfluss auf die Suche nach einem dauerhaften Konsens bei der Staats- und Nationenbildung. Seit 1954 sind mehreren Zivil- und militärischen Regierungen an der Macht, die keine stabilen Demokratien<sup>637</sup> herbeiführen konnten. John Higley und György Lengyel (2000) stellten in ihrer Studie fest, dass Elitetransformation und Staatsbildung eng zusammen hängen. Denn die Eliten haben Einfluss auf die Institutionsbildung. Zugleich haben die Institutionen Einfluss auf die Bildung und Zugangsvoraussetzungen von Elite.

Die Ursachen der mangelnden Regierbarkeit im Sudan sind nach Rainer Tetzlaff auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Politische Verteilungskonflikte im historischen Kontext von state-building und nation-building.
- Zwangsvereinigung der beiden ungleichen Landstriche und Kulturräume (Süden und Norden des Sudans)<sup>638</sup>.
- Scharia- Frage als ein zentrales Hindernis für eine nationale Konsensbildung im Sudan.
- Uneinigkeit über das Verhältnis von Staat und Religion: Islamische Republik oder Säkularer pluralistischer föderalistischer Staat.
- Verständigungs- und Wertebasis ging aufgrund von Misstrauen verloren.

---

<sup>637</sup> Vgl. Higley, John/ G. Lengyel 2000, S. 6-7.

<sup>638</sup> Vgl. Tetzlaff 1993, S.68ff.

- Hegemoniestreben des Nordens über den Südsudan.
- Kompromissunfähigkeit zwischen religiösen Konkurrenten im Norden z.b. bei der Anwendung des islamischen Rechtes.
- Zwang zu muslimischer Identität des Landes.

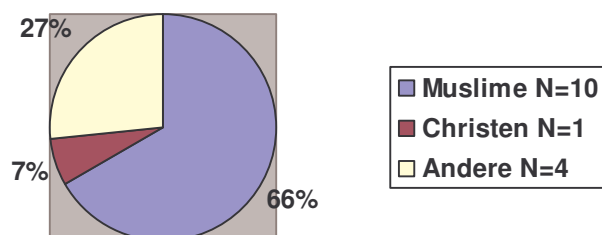
Diese Gründe führten zur Unregierbarkeit des Sudans in den vergangenen fünfzig Jahren. Sie hindern einen positiven Prozess der Nationenbildung.<sup>639</sup>

Im folgenden wird die Zusammensetzung der Regierungen des Sudans hinsichtlich der Religionszugehörigkeit der Parlamentarier für den Zeitraum 1958 bis 22.09.2005 betrachtet.

Hierbei wird die Beteiligung der so genannten Marginalisierten Regionen des Sudans am Beispiel Südsudan untersucht. Diesbezüglich lässt sich feststellen, dass der Süden in diesen Regierungen nur sehr schlecht vertreten war. Ausnahme ist die Regierung der „Nationalen Einheit“, die nach dem Abkommen von Januar 2005 gebildet worden ist. Dort ist der Anteil der Südsudanesischen Vertreter gut, wie in der Abbildung Nr. --- dargestellt.

Allerdings bekleidet der Süden nur zwei wichtige Ministerien: das Außenministerium und das Ministerium für Höheres Hochschulwesen. Während dessen im Auswärtigen Amt der Norden zwei Staatsministerien besetzt. Wiederum ist die Macht im Außenministerium zumindest eingeschränkt.

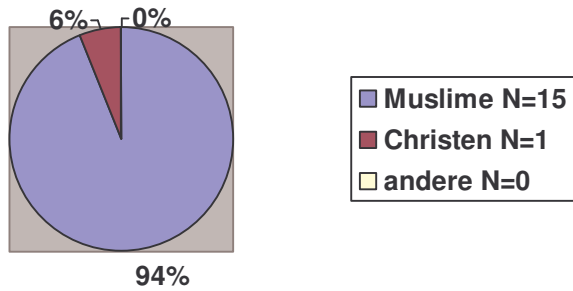
März 1958: Regierungschef: A. Khalil



**Abbildung 1**

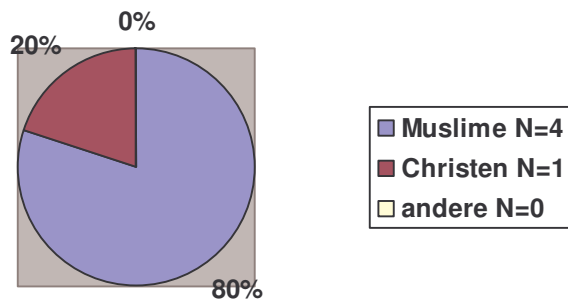
November 1958: Regierungschef: Ibrahim Aboud

<sup>639</sup> vgl. Tetzlaff 1993, S. 184 ff.



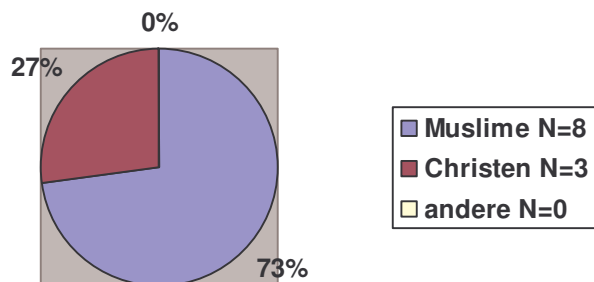
**Abbildung 2**

1963: Regierungschef: Oberst Staatsrat (Supreme Council of State)



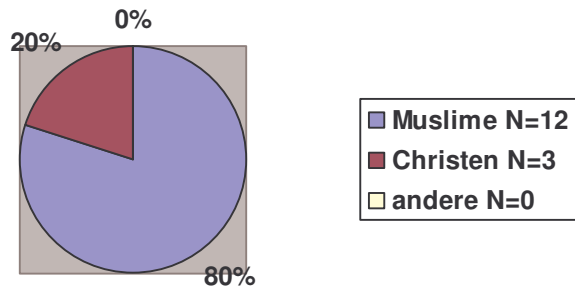
**Abbildung 3**

1964: Regierungschef: Ibrahim Abboud



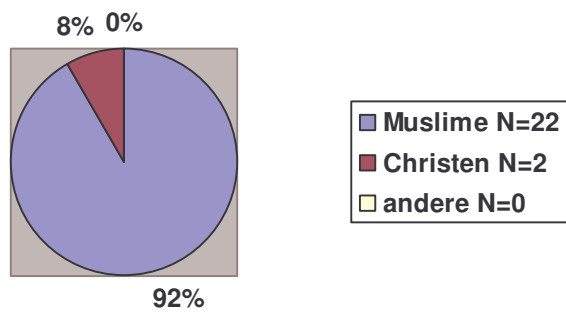
**Abbildung 4**

1964: Regierungschef: Serr al-Khatim al-Khalifa



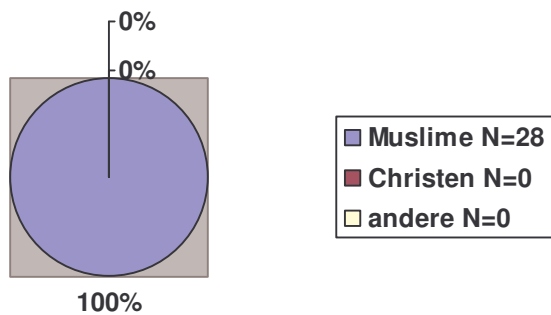
**Abbildung 5**

1977: Regierungschef: Gaafar Mohamed al-Numieri



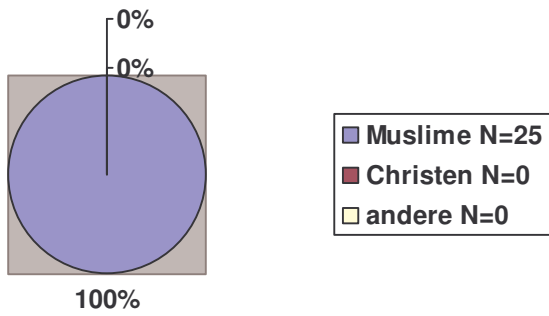
**Abbildung 6**

1979: Regierungschef: Gaafar Mohamed al-Numieri



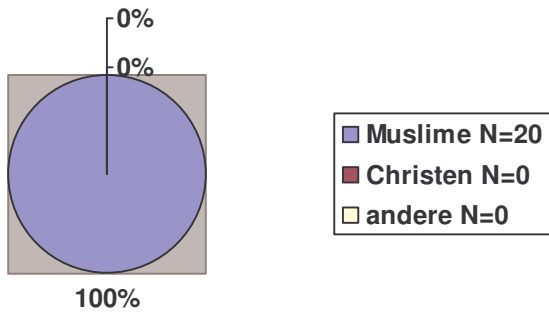
**Abbildung 7**

1981: Regierungschef: Gaafar Mohamed al-Numieri



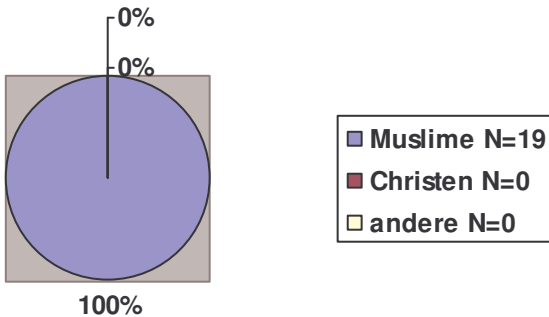
**Abbildung 8**

1984: Regierungschef: Gaafar Mohamed al-Numieri



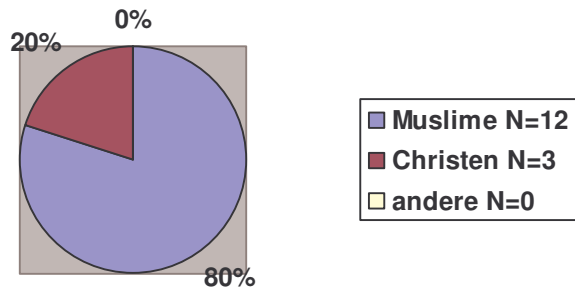
**Abbildung 9**

1985: Regierungschef: Gaafar Mohamed al-Numieri



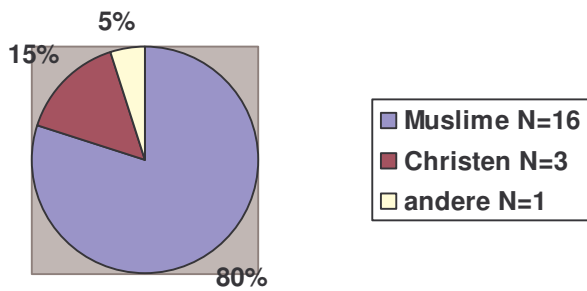
**Abbildung 10**

1986: Regierungschef: Saddig al-Mahdi



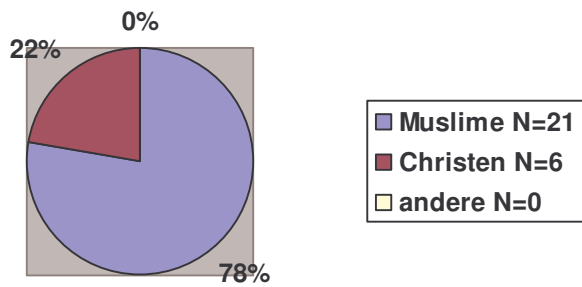
**Abbildung 11**

1987: Regierungschef: Saddig al-Mahdi



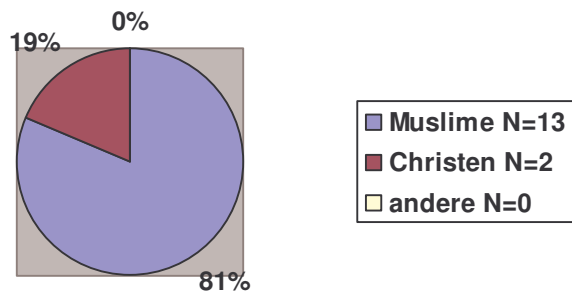
**Abbildung 12**

1988: Regierungschef: Saddig al-Mahdi



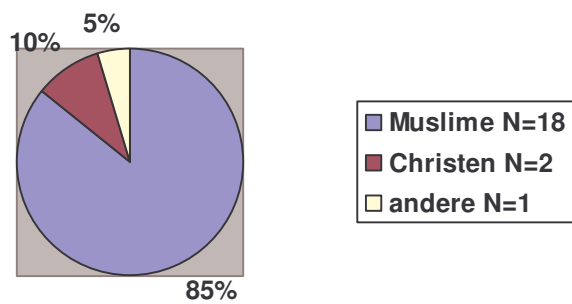
**Abbildung 13**

6/ 1989: Regierungschef: Omer Hassan al-Bashir



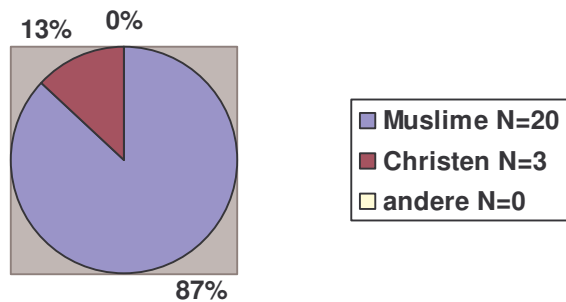
**Abbildung 14**

7/ 1989: Regierungschef: Omer Hassan al-Bashir



**Abbildung 15**

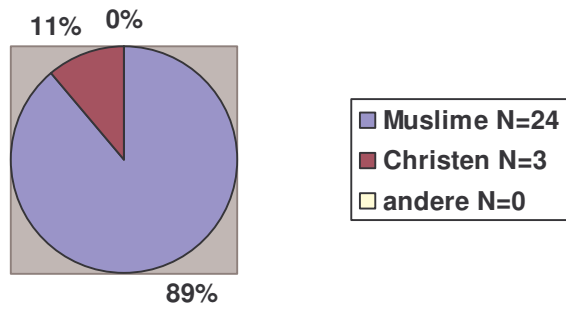
1995: Regierungschef: Omer Hassan al-Bashir



**Abbildung 16**

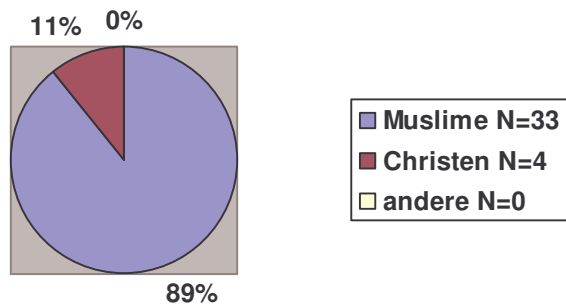
1996: Regierungschef: Omer Hassan al-Bashir





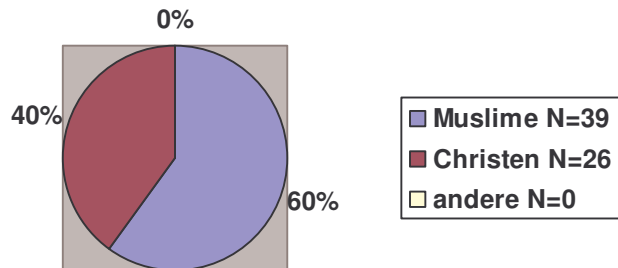
**Abbildung 17**

2001: Regierungschef: Omer Hassan al-Bashir



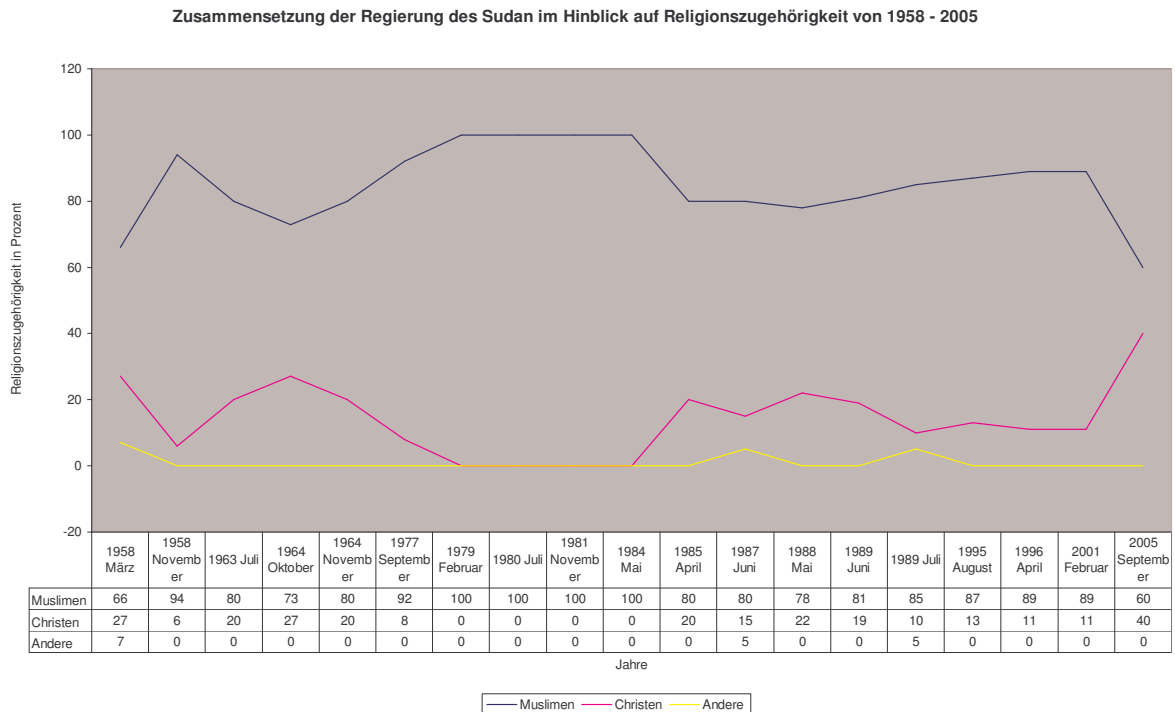
**Abbildung 18**

Regierung der Nationalen Einheit (GONU 22.09.2005) - Koalition zwischen NCP und der SPLM



**Abbildung 19**

Präsidium: Omer Hassan Al-Bashir, Erste Stellv. des Präsidenten Salva Kiir Mayidat und zweite Stellv. Präsidenten Osman Mohammed Taha.



**Abbildung 20**

Graphik: M.R.Biel

Das Comprehensive Peace Agreement (CPA) von Januar 2005 ist ein wichtiger Schritt zu einer Konsensdemokratie und dauerhaften Stabilität und ermöglicht einen weiteren positiven Prozess der Nationenbildung. Die Grundlagen sind durch das CPA gelegt. Insbesondere ist die Beteiligung der sogenannten Marginalisierten Gebiete Darfur, Südsudan, Beja und Nuba- Berge von außerordentlicher Bedeutung.

Dies könnte bedeuten, dass die seit 1956 herrschenden islamischen Eliten ihre dominante Position teilweise verlieren beziehungsweise aufgeben und anderen Bevölkerungsgruppen den Zugang zur Macht eröffnen müssen. Das könnte innerhalb des Sudans zu einem Konsens führen und damit eine Staats- und Nationenbildung mit einer neuen Identität und Orientierung bewirken.

Das CPA (Umfassendes Friedensabkommen) im Januar 2005 hat die sudanesisch-politische Landschaft positiv beeinflusst. Es ist nicht Präsident Bashir und seine Partei „National Congress Party“, die regieren, sondern eine Koalition zwischen SPLM und NCP unter Beteiligung der Oppositionsparteien sowohl im Norden als auch im Südsudan. Das Land wird seit dem 22. September 2005 von einem Präsidium geleitet. Das Präsidium besteht aus:

1. Präsident Omer al- Bashir (Nordsudan),
2. Erster Vizepräsident Salva Kiir Mayidat (Südsudan).
3. Zweiter Vizepräsident Ali Osman Mohammed Taha (Nordsudan).

Aufgrund des CPA ist die sudanesisch-Gesellschaft in einem Zustand der institutionellen und gesellschaftlichen Transformation.

Vor wenigen Wochen wurden zum ersten Mal in der Geschichte des Landes 16 Botschafter aus dem Südsudan ernannt. Dies ist angesichts der Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung an der politischen Teilhabe in der Vergangenheit eine einzigartige politische und historische Entwicklung. Die Regierung der Nationalen Einheit „Government of national Unity“ wird maßgeblich die „Operation of Institutions“ beeinflussen und diese könnte zu einer friedlichen Entwicklung des Landes führen, da Institutionen die Einigung und Meinungsunterschiede zwischen Eliten beeinflussen<sup>640</sup>.

*„Nicht die allgemeine Legitimierung von Macht und Herrschaft ist die besondere Leistung demokratischer Institutionen, sondern die Vermittlung von Konsensus über die Ausübung von Macht und Herrschaft durch ganz bestimmte Personen und Gruppen“<sup>641</sup>.*

Im Sudan wurden in den 1960-er Jahren demokratische Wahlen durchgeführt und Institutionen ins Leben gerufen. Allerdings blieben alle aus unterschiedlichen Gründen erfolglos und konsensunfähig. Z.B. fehlte es an demokratischen Konsens innerhalb der Eliten. Auch nach dem in Kenia 2005 vereinbarten Friedensvertrag zwischen Süd- und Nordsudan, in dem die Macht- und Ressourcenverteilung zum ersten Mal in der vierzig-jährigen Geschichte des Sudans fairerweise gewährleistet ist, wird es darauf ankommen, ob die Parteien und deren Eliten im Land in der Lage sein werden, ihre Konsensfähigkeit langfristig unter Beweis zu stellen. Denn das CPA sieht die Demokratisierung des Landes in drei Jahren durch Wahlen vor. Bei der Niederlage einer der beiden Koalitionsparteien des Friedensvertrags von Kenia, nämlich der „Sudan People

---

<sup>640</sup> Higley, John, Lengyel, György: *Elite After State Socialism, Theories and Analysis*, Lanham, Boulder, New York, Oxford 2000, S. 1.

<sup>641</sup> Best, Heinrich: *Der Langfristige Wandel Politischer Eliten in Europa 1867- 2000: Auf dem Weg der Konvergenz?*, 2003, S.369.

Liberation Movement (SPLM)“ und der „National Congress Party (NCP)“ ist es sehr wichtig zu sehen, ob die nachfolgende Regierung des Sudans die Vereinbarung respektiert und weiter umsetzt. Das CPA kann nur durch eine Regierung durchgesetzt werden und ist ein langfristiges Projekt.

In der Regierung der Nationalen Einheit soll durch Kompromisse und Vereinbarkeit regiert werden. Abschließend kann hervorgehoben werden, dass durch diesen Kompromis die Grundlage für Demokratie im Sudan gelegt ist. Allerdings muss abgewartet werden, wie sich die Regierung der GONU entwickelt und ob das „Comprehensive Peace Agreement“ in seinem vollen Umfang umgesetzt wird.

Seit 1999 zählt Sudan zu den wichtigen Öl- ausführenden Ländern. Die Islamische Elite hat seit 1999 die Öleinnahmen nur unter sich geteilt, so dass man von einer Öldiktatur sprechen kann. Insbesondere die südlichen Gebiete, in denen vorrangig das Öl gefördert wird, wurden nicht beteiligt. Das Ressourcenteilungsabkommen von Januar 2005 ist ein wichtiger Kompromiss der Eliten im Norden und Süden. Zum ersten Mal konnte sich die Elite über Ressourcen- und Machtteilung einigen. Nach diesem Ressourcenteilungsabkommen soll der Norden des Sudans 50 Prozent der Öleinnahmen behalten. Weiterhin sollen 50 Prozent der Erdöleinnahmen an den Südsudan gehen.

Es stellt sich daher die Frage, ob sich der Sudan von einer Öldiktatur („Oil- Dictatorship“) zu einer Öldemokratie („Oil- Democracy“) transformieren lassen wird. Die Voraussetzungen scheinen günstig, das Ergebnis wird sich allerdings erst mit der vollen Umsetzung des Friedensvertrages 2005 langfristig beurteilen lassen. Dabei kommt es auf die Dauerhaftigkeit der Institutionen und Anerkennung der Vereinbarungen durch die verschiedenen Akteure und vor allem durch die Parteien an.

## **9.2 Nationenbildung in Afrika am Beispiel Sudan**

Im Folgenden sollen die wesentlichen Ergebnisse zur Staats- und Nationsbildung in Afrika am Beispiel Sudans kurz zusammengefasst werden. Insbesondere wird hier der Zusammenhang zwischen Eliten- und Nationsbildung vorgestellt. Dabei geht es nicht um einen Vergleich zwischen der Staats- und Nationenbildung in Afrika und Europa, sondern um den Verweis, dass die Staats- und Nationengründungen in Afrika zentrale unterschiedliche Bedingungen und

Voraussetzungen im Vergleich zu Europa hatten. In Afrika wurde die Bildung von Nationalstaaten durch Zwang herbeigeführt.

„In den ehemaligen Kolonialgebieten Europas wurden Ethnien und Völker politisch zusammengefügt, die nicht unbedingt zusammengehörten oder eigentlich nicht zusammen in einem zentral gelenkten Staat moderner Prägung (mit zentraler Bürokratie, einheitlicher Sprache, denselben Feiertagen etc.) leben wollten. Der Sudan gehört in diese Kategorie den mit einem Fluch beladenen Ländern, die >>Staaten<< sein müssen, ohne eine staatlich verfasste Bevölkerung, ein Staatsvolk von Bürgern zu haben.“<sup>642</sup>

Die meisten afrikanischen Staats- und Nationenbildungen sind durch die koloniale Eroberungen entstanden. Integrationsmaßnahmen wie Standardsprachen usw. wurden nicht unterstützt oder gefördert.

Der Prozess einer Staats- und Nationsbildung ist ein langfristiger Prozess, der immer nur schrittweise fortgeführt wird und gepflegt werden muss. Dafür müssen die Voraussetzungen zur seiner Realisierung geschaffen werden. Stein Rokkan hat sich mit der Entstehung bzw. Gründung der Europäischen Staaten und Nationen beschäftigt. Da die staatlichen Gründungsprozesse in vielen modernen afrikanischen Staaten eng mit den Europäern verbunden sind, ist die Arbeit von Rokkan für Afrika sehr interessant.

*„Der Nationalstaat ist einer der zentralen Innovationen Europas, das Resultat einer Entwicklung über viele Jahrhunderte. Obwohl dieses Modell auf die ganze Welt ausstrahlte, hat es in keiner anderen Region (mit der wichtigen Ausnahme von Japan) eine vergleichbare kulturelle Homogenität und historische Verwurzelung erreicht. In großen Teilen (West) Europas ging der Prozess der Staatsbildung dem der Nationalbildung voraus. Hier setzte der Prozess der militärisch-administrativen Zentrumsbildung und der territorialen Konsolidierung schon im Hochmittelalter ein, während die Nationenbildung im engeren Sinne erst später begann.“*<sup>643</sup>

Nach Rokkan begann der Prozess der Bildung von Nationalstaaten im Mittelalter. Rokkan entwickelte eine „Typologie der Bedingungen der Staats- und Nationenbildung in Europa“ vom 16. bis zum 18. Jahrhundert. Diese Typologie gründet sich nach Rokkan auf den Variablen Staat, Wirtschaft und Kultur. Er stellte fest, dass diesen Variablen unterschiedliche Werte im europäischen Raum zukommen. Nach Rokkan ist das Makromodell der europäischen politischen Entwicklung oder des modernen Europas Resultat der Fragmentierung und Reorganisation von

---

<sup>642</sup> Tetzlaff, Rainer: Staatswerdung im Sudan, ein Bürgerkriegsstaat zwischen Demokratie, ethnischen Konflikten und Islamisierung, Münster 1993, S. 57 ff.

<sup>643</sup> Rokkan, Stein, 2000, S.88.

Europa nach dem Zerfall des Weströmischen Reiches. Ihm zu Folge entstand ein neues europäisches System, das als Territorialstaaten bezeichnet wurde. Danach kam es zur Transformation von europäischen Territorialstaaten zu demokratischen Nationalstaaten. Die Bildung von Staats- und Nationenbildung wurde in dieser Zeit begünstigt, da der Zerfall des römischen Imperiums multi-ethnisch und religiös begründet war. Der neue Großraum Europa mit seiner differenzierten religiösen und kulturellen Identität in eine neue Form der politischen Organisation ethnischer Heterogenität geführt, in dem National- und Staaten als System vollzogen wurden.

Zu den wichtigsten Voraussetzungen bzw. Bedingungen für einen Prozess der Staaten- und Nationenbildung zählen nach Feststellung von Rokkan:

- (4) Die Politische Ebene: Militärisch-administrative Struktur und die verallgemeinerte Staatsbürgerschaft.
- (5) Kulturelles System: Hier waren Kommunikationsmittel oder Sprachen wie Latein und Griechisch bedeutsam, da diese als Elitensprachen galten.
- (6) Das Christentum als Staatsreligion war ein wichtiger Integrationsfaktor innerhalb der Bevölkerung und der verschiedenen Völker oder Volksgruppen, da Staat und Religion während der römischen Herrschaft vereinigt waren.

Im 19. Jahrhundert wurde die Idee von Staatsbürgerschaft in Rahmen der Entwicklung von Nationalstaaten schrittweise deutlicher als bisher. Dabei spielte die politische Partizipation eine Rolle, die sich durch Wahlen und Repräsentation niederschlägt. Rokkan sprach in seiner Arbeit von „Staatsbürgerschaft“ oder „citizenship“ und von der sogenannten „Grundeinheit Bürger“ oder „Unit Citizen“. Die Staatsbürgerschaft wurde schon während des Römischen Reiches praktiziert. Die Mitglieder des Römischen Reiches wurden durch klare Regeln bestimmt:

- die Römische Bürgerschaft<sup>644</sup>
- und die Gemeinschaft, die dem christlichen Glauben angehörten oder getauft werden mussten.

Mit der Französischen Revolution wurde die „Plebiszitäre Repräsentation“ eingeführt. Damit wurde die bisher praktizierte Vertretung des einzelnen Bürgers nach Haushalt und Besitz durch einheitliche Vertretung des einzelnen Bürgers in der Nationalversammlung ersetzt. Schrittweise kamen folgende wichtige Rechte und Pflichten für die einzelnen Bürger hinzu:

5. Zivile Rechte wie Gleichheit vor dem Recht
6. Freiheit der einzelnen Person
7. Rede-, Gedanken- und Glaubensfreiheit und Recht auf Besitz sowie Vertragsfreiheit.
8. Politische Rechte wie das aktive und passive Wahlrecht sowie soziale Rechte.<sup>645</sup>

---

<sup>644</sup> Vgl. Flora, Peter/ Kuhnle, Stein/Urwin, Derek: State Formation, Nation-Building, and Mass Politics in Europe, Theory of Stein Rokkan, Oxford 1999, 149.

Zu den oben genannten Rechten zählen weiterhin das Recht auf Beteiligung an wirtschaftlichen Wohlstand und Sicherheit, Recht auf volle Teilhabe an sozialer Erbschaft und das Recht auf zivilisiertes Leben gemäß dem in der Gesellschaft vorgesehenen oder praktizierten Standard.<sup>646</sup>

Die Bedingungen für Nationenbildung in Europa lassen sich wie folgt beschreiben

- Staatsgründung führte zur Bildung von Nationen in Europa.<sup>647</sup>
- Der Prozess der Gründung von militärischen und Verwaltungszentren sicherte eine Konsolidierung und das Territorium.
- Die Französische Revolution beschleunigte die Demokratisierung; die Einführung Staatsbürgerschaftlicher Rechte wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit führte zu einer weiteren Aufklärung.
- Industrialisierung und Allgemeinbildung (Lesen und Schreiben) verbreiteten sich.
- Die Einheit von Religion und Kultur wurde schriftlich festgehalten.
- Die Nationsbildung erleichterte eine Demokratisierung.
- Gemeinsame Identität.
- In Frankreich, aber auch in vielen Europäischen Staaten wurde der Begriff „Nation“ als Gruppen von Menschen, die in der selben Staat oder Nation leben und dieselbe Sprache / Dialekt sprechen („Ile de France“ oder die französische Sprache), definiert.<sup>648</sup> Im Lauf der Staatsgründung wurden Institutionen gegründet, die die Aufgaben übernahmen, Ressourcen für die Entwicklung und Beibehaltung gemeinsamer Verteidigung, Innerer Sicherheit, Politik, Wirtschaft, Kultureller Einheit auf der Ebene der Eliten abzusichern.

Die Staats- und Nationenbildung vor allem in Westeuropa wurden von der folgenden „Schlüsselvariablen“ begünstigt:

10. Die stärksten der frühen Staaten waren in zentralen Territorien, da dort der Besitz von Land höher konzentriert war, zum Beispiel in England, Frankreich und Spanien.
11. Der geringe Grad an Geldwirtschaft und die zunehmende Urbanisierung im Osten ermöglichte den Landbesitzern eine wichtige Stellung in Sachen Nahrungsmittellieferanten und Arbeitskräfte und begünstigte damit als wichtige Ressource den Aufbau des Staatsapparates.

---

<sup>645</sup> Vgl. Rokkan, Stein, 2000, S. 92-93.

<sup>646</sup> Vgl. Rokkan, 2000, S. 93.

<sup>647</sup> Die Staatsgründung begann in Europa sehr früh, etwa im Mittelalter.

<sup>648</sup> vgl. Flora, Peter 1999, S.64ff.

12. Die Interaktion zwischen städtischen und ländlichen ökonomischen Ressourcen trug zum Prozess der Staatsbildung bei.
13. In dem protestantischen Norden wurden Staatskirchen eingerichtet und waren das zentrale Organ der Nationenbildung. Volkssprachen wurden in den Staatskirchen legitimiert und gefördert.
14. In dem katholischen Süden Europas wurde der Prozess der Nationenbildung<sup>649</sup> verlangsamt, allerdings durch Latein als über-ethnische Elitensprache beibehalten. Nach der Französischen Revolution unterstützte die Katholische Kirche die Integration von peripheren Nationalismen z.B. in Polen, Belgien und Irland.
15. Dialekte, die in bestimmten Regionen als bedeutsam für die Nationenbildung galt, wurden verstärkt, z.B. in Portugal, Dänemark, Schweden, England, Frankreich und den Niederlanden.
16. In Ländern wie Deutschland und Italien, in denen sprachliche Homogenisierung früher praktiziert wurde, diente diese als Grundlage für die spätere politische Vereinigung.
17. In den Ländern, in denen multilinguale Strukturen herrschten, wurden zwei oder mehrere Sprachen innerhalb des Staatsgebiets bzw. Territoriums amtlich anerkannt und praktiziert. Das ist beispielsweise der Fall in der Schweiz, Belgien und Spanien.
18. Staaten, die schon eigene Sprachen aufgebaut hatten und sich von Peripherien abspalten konnten, führten eigene Sprachen durch. Beispiel dafür sind Norwegen, Island, Luxemburg und Finnland.<sup>650</sup>

Die Entwicklung von Standardsprachen in Europa begünstigte die Staaten- und Nationsbildung. Durch die Standardsprachen konnte beispielsweise landesweit zeremoniell vermittelt werden. Dadurch konnte eine territoriale Identität des Staates bekräftigt oder herbeigeführt werden. Viele frühere europäische Eliten erkannten die Wichtigkeit von Standardsprachen und unterstützten diese deshalb. Die Entwicklung von schriftlicher Kommunikation war ebenfalls sehr bedeutsam, da darüber die Grundlagen durch die Schulen weiter an neue Generationen vermitteln konnten. Obwohl die Entwicklung der Sprachen durch Eliten gefördert wurde, waren ein existierendes Zentrum und ein Netzwerk von Zentren sehr hilfreich für die Entwicklung der Standardsprachen. Anfänglich hatten in Europa nur die Eliten ein Vorrecht auf das Schreiben. Die Sprache war für die Eliten ein besonderes Symbol für die Vermittlung von territorialer Identität.<sup>651</sup>

---

<sup>649</sup> Vgl. Rokkan, 2000, S.105.

<sup>650</sup> Vgl. Rokkan, 2000, S.105.

<sup>651</sup> vgl. Rokkan, Stein, 2000, S. 213.



Die Einführung von Schulpflicht in den protestantischen Staaten ermöglichte die Etablierung von Standardsprachen. Außerdem waren die Medien hilfreich bei der Erreichung von Massenbildung zum Beispiel auch durch religiöse Zeremonien. Wenn man die europäischen Einigungsprozesse betrachtet, hat Haller festgestellt, dass die Europäisierung des Kontinents vor allem von den Eliten betrieben wurde. Diese Feststellung zeigt, welche wichtige Rolle die Eliten bei der Umwandlung einer Gesellschaft oder Entscheidungen, welche die Massen betreffen, einnehmen.<sup>652</sup>

Die oben beschriebenen Prozesse wurden maßgeblich durch die Mitwirkung von folgenden Gruppen realisiert:

- ❖ Händler und Industrielle Besitzer in großen Zentren.
- ❖ ausgebildete Eliten in den Kirchen, Universitäten und Schulen.
- ❖ Vereinigungen von Landbesitzern und militärisch- administrative Beamten.

Diese drei wesentlichen Gruppen halfen den wirtschaftlichen, kulturellen und militärisch-administrativen territorialen Zentren, die Macht der Regierenden zu befestigen.<sup>653</sup>

### Bedingungen für Nationenbildung in Afrika

Auf dem afrikanischen Kontinent gab es vor der europäischen Eroberung circa im 15. Jahrhundert Staaten und Nationen. Diese können allerdings nur schlecht mit der europäischen Staats- und Nationsbildung verglichen werden, wenn wir ein modernes Verständnis von Staat und Nation zu Grunde legen. Dies resultiert aus folgenden Ursachen:

- Die Staatsgründung kam durch die Kolonialbesatzung nach Afrika.
- Gemeinsame Sprachen und Kultur fanden nur wenig Verbreitung und Unterstützung.
- Wenig Bemühen um die Herstellung von gemeinsamen Staatsbürgerschaftlichen Rechten.
- Wenige aktive politische Partizipation.
- Medien wurden nicht für die Aufklärung, sondern fast ausschließlich für die Unterstützung der herrschenden Klasse verwendet.
- Oppositionsparteien wurden nur eingeschränkt zugelassen.
- Es fehlt in vielen afrikanischen Ländern an einer gemeinsamen Identität.
- Die Verteilung von Ressourcen auf der nationalen Ebene wurde nur beschränkt zugelassen.
- Demokratisierung ist nur bedingt gewährleistet, z.B. im Sudan.

---

<sup>652</sup> Haller, Max: Die Europäische Einigung als Elitenprozess, In: Hradil, Stefan/ Imbusch, Peter (Hrsg.) Oberschichten – Eliten - Herrschende Klassen, Sozialstrukturanalyse Band 17, Opladen 2003, S.337 ff.

<sup>653</sup> Vgl. Flora, Peter, 1999, S. 110.

In Fall des Sudans ist es zu hoffen, dass durch die Bildung der Regierung der Nationalen Einheit und der Bildung von neuen Institutionen im Land auf Grundlage des Comprehensive Peace Agreement (CPA) und der Zulassung von neuen Eliten zu einer Demokratisierung des Landes beigetragen werden kann. Der Konsens in dem CPA muss in der bereiten Gesellschaft eingeführt wird. Wie Stein Rokkan (2000) und Peter Flora (1999) feststellten, nehmen die Eliten großen Einfluss auf die Gestaltung der Institutionen.

Die sudanesische Elite und vor allem die regierende Klasse hat in den vergangenen 50 Jahren nicht verantwortlich für das Land Sudan gehandelt, sondern die öffentliche Meinung manipuliert und einzelne Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt, um eigene wirtschaftliche und machtpolitische Interessen zu erreichen. Das Ergebnis ist ein gesellschaftlich geteiltes und zerstrittenes Land mit einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise. Anstelle der Arbeit für das Gemeinwohl und der Entwicklung einer gemeinsamen Nation, verfolgte die politisch mächtige Elite, unterstützt auch von den nichtregierenden Gruppen, nahezu ausschließlich eigene wirtschaftliche Interessen, Glauben und Werte mit dem Ziel, an der Macht zu bleiben.<sup>654</sup>

Es muss daher festgestellt werden, dass sowohl traditionelle als auch moderne sudanesische Elite in den letzten 50 Jahren versagt haben, das Land im positiven Sinn zu regieren, umzuwandeln, zu modernisieren und die Bevölkerungsgruppen zusammenzubringen und zu integrieren.

Die Elite im Norden beruft ihre Alleinherrschaft auf den Islam zur Legitimation. Dagegen entwickelte die Elite im Süden eine oppositionelle Haltung und betont die afrikanischen Elemente stark. Zum Beispiel bezieht sich auch die Benennung der sudanesischen Hauptstadt Khartoum (Kartum) auf die Nilotischen Völker der Nuer und Dinka und bedeutet „meeting place oder joining“.<sup>655</sup>

*"In all that the elite has failed, the history of their failure is the history of modern Sudan. The elite has lacked intellectual daring and bravura, and as agent of change, they were immobilised being torn from within between the traditional values and institutions to which they were wedded and the progressive values to which they supposedly adhere. Like Janus they viewed their country with two eyes, one eye gazing cravenly into the future, the other riveted unheroically on a past which had increasingly become synonymous with reaction. On the other hand, despite all the calls for social justice, the manner in which this group strives to achieve social advancement and*

---

<sup>654</sup> Vgl. Khalid, 1990, S. 6.

<sup>655</sup> Wittrock, M., 1999, S. 379.

*material well-being for themselves weighs heavily on the economy, making the economically marginalized more so since there is no pie from the sky.*"<sup>656</sup>

Die Gründung der Sudan People's Liberation Army and the Sudan People's Liberation Movement (SPLA/ SPLM) im Jahr 1984 versuchte, neue Impulse nicht nur in den Beziehungen zwischen der Elite aus dem Norden und Süden, sondern auch im Ost- und Westsudan anzuregen. Sie wollte die Gründung eines „Neuen Sudans“. Unter einem „Neuen Sudan“ nach der SPLM/ SPLA sollte ein Sudan verstanden werden, in dem Religion, Rasse, Herkunft und Sprache keine Rolle mehr spielen sollte. Gleichheit und Gerechtigkeit sollen eine besondere Bedeutung im gesamten Sudan bekommen. Diese Vision der SPLM, die von Südsudaneseen gegründet wurde, stieß auf Zustimmung bei einigen Nordsudaneseen und vor allem bei der nichtregierenden Elite. Im Lauf der 1980er und 1990er Jahre fand diese Idee mehr Zustimmung auch von der regierenden Elite oder Klasse im Norden. Einige traten sogar der SPLM bei. Die Führungen der DUP, NIF und der Sudanesischen Kommunistischen Partei suchten die Zusammenarbeit mit der SPLM. Die Vision der SPLM für einen neuen Sudan bot eine neue Dimension der Beziehungen zwischen der nord- und südsudanesischen Elite an. Die Chance für ein gemeinsames nationales Zusammengehörigkeitsgefühl ist durch das SPLM- Konzept gestiegen.

Die Unterzeichnung des Comprehensive Peace Agreement im Januar 2005 war ein Beweis für diese Politik und die mögliche Bereitschaft, neue Wege der Beilegung des Dauerkonflikts im Sudan auf der Ebene der Eliten zu finden. Eine endgültige Auswertung der Kompromissfähigkeit und Versöhnungsbereitschaft der beiden Eliten muss nach Ablauf der "Übergangszeit" von sechs Jahren beurteilt werden.<sup>657</sup> Das CPA- Abkommen wurde von den Eliten im Nord- und Südsudan ausgehandelt. Es gab nur wenig Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung. Das Friedensabkommen kann deshalb als Vereinbarung unter Eliten bezeichnet werden. Es war ein positiver Versuch der Eliten, über die Zukunft des Landes nachzudenken und Kompromisse zugunsten einer positiven Entwicklung des gesamten Landes einzugehen. Die Auswirkung des „Comprehensive Peace Agreement“ auf das gesamte Land hängt unter anderem von der Verpflichtung der Eliten und insbesondere der Umsetzung des Abkommens ab. Das CPA kann zu einem dauerhaften Frieden im Sudan beitragen, wenn es in vollem Umfang umgesetzt wird und die Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft nicht nachlässt. Im Wesentlichen kommt es

---

<sup>656</sup> Khalid, 1990, S. 7-8.

<sup>657</sup> Vgl. Khalid, 1990, S. 16 - 17.

darauf an, ob die Regierung in Khartoum das CPA ernst nimmt. Denn Khartoum hat bereits mehrere Abkommen mit Vertretern des Südens nicht respektiert.<sup>658</sup>

### **9.3 Kann die Staatskrise im Sudan als institutionelles Wandlungsproblem betrachtet werden?**

Diese Frage soll mit dem der Theorie der „pfadabhängigen Institutionenreform“ von A. Kaiser (2002) erklärt werden. Nach Kaiser ist der Institutionenwandel als Resultat von strukturellen Veränderungen in der institutionellen Umwelt aufzufassen. Der Wandel von Institutionen ist meist ein Ergebnis von Reformen, die von Politik auf der Grundlage bestimmter politischer Strategien oder Ziele erarbeitet sind. Institutionenwandel ist vor allem ein sichtbares Resultat eigendynamischer Prozesse der institutionellen Anpassungen an äußere Herausforderungen. Dabei wird die Richtung in hohem Maße von der institutionellen Kultur geprägt. Dabei wirkt erschwerend, dass einmal gegründete Institutionen langfristige Wirkungen entfalten und Entscheidungen in der Gründungsphase als „Weichensteller“ für den langfristigen Wandlungsprozess wirken. Somit sind die Pfade für Entwicklungen und Veränderungen oftmals schon vorgezeichnet. Dennoch kann die Entwicklung auch vom herkömmlichen oder vorgezeichneten Pfad abweichen, wenn die Umwelt durch externe Schocks oder interne Krisen eine Neuorientierung erzwingt.

Aus dieser Sicht lässt sich die Staatskrise im Sudan als institutionelles Wandlungsproblem betrachten. Die Probleme in Sudan können als Unfähigkeit der Politik aufgefasst werden, den Wandel der Umwelt institutionell zu bewältigen, wobei es nicht nur um das politische System geht, sondern um den Wandel der gesamten Gesellschaft und seiner Institutionen von einer alten in eine moderne Form.<sup>659</sup>

Die vor und während der Kolonialzeit entstandenen Institutionen blieben auch nach der Unabhängigkeit bestehen. Dies gilt sowohl für einen Großteil der Verwaltungsstrukturen, aber auch für Bildungsstrukturen, wie z.B. Schul- und Ausbildungsformen der Koran- oder Missionsschulen. Trotz der historischen Brüche, Kriege, Revolutionen und Neuanfänge wurden zentrale Strukturen beibehalten und entwickelten sich nur bedingt weiter. So konnten verschiedene historische Bildungs- und Verwaltungsreformen der Regierungen im Sudan nicht den angestrebten Erfolg erzielen, wie an anderer Stelle in dieser Arbeit bereits dargestellt.

---

<sup>658</sup> Alier, Abel, 1990, S. 1ff.

<sup>659</sup> Kaiser, Andre, 2002, S. 18 - 19.

Dennoch ist es für die Weiterentwicklung der sudanesischen Gesellschaft und die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und der Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Macht bedeutsam, die bestehenden Strukturen und Institutionen zu reformieren. André Kaiser hielt dazu fest: *„Institutionenwandel vollzieht sich viel häufiger in zwei weniger spektakulären Modi. Institutionen können einmal so umgebaut werden, dass sie neuen Herausforderungen besser gerecht werden, ohne dass ein abrupter Bruch mit der den etablierten Institutionen zugrundeliegenden Logik der instrumentalen Handlungschancen oder symbolischen >Leitidee< (Lepsius 1995) erfolgt.“*<sup>660</sup>

In der Theorie der pfadabhängigen Institutionenreform wird festgestellt, dass gelegentlich fremde institutionelle Lösungen aus anderen Kontexten übernommen werden mit dem Ziel und der Hoffnung, in der neuen Umgebung funktionieren zu können. Allerdings verlangen diese Übernahmen eine bewusste Entscheidung für einen Pfadwechsel oder eine Modellorientierung.<sup>661</sup> Im Fall des Sudans wurden zahlreiche Abkommen und Vereinbarungen getroffen, um eine Lösung zu finden, zum Beispiel das Addis- Abeba- Abkommen vom März 1972, das Khartoum Abkommen vom April 1997, das Fashoda Abkommen von 1998 u.a.. Diese Abkommen konnten jedoch nicht lange bestehen und keine umfassenden Wirkungen begründen, vermutlich weil sie keine bewussten, kollektiv gesellschaftlichen Vereinbarungen waren. Denn alle diese Abkommen wurden von militärischen Führern veranlasst, quasi verordnet und hatten damit nur wenig gesellschaftlichen Konsens und Bindungskraft.

*„In der Institutionenreform als Pfadwechsel und Lernen von Modellen“*<sup>662</sup> wird festgehalten, dass demokratische Systeme bessere Lernbedingungen bereitstellen als nichtdemokratische.<sup>663</sup> Dies war sicher auch ein Grund für die Schwierigkeiten im Sudan bei der Zulassung und Umsetzung von Reformen. Mit dem CPA vom Januar 2005 sind daher günstigere Voraussetzungen geschaffen, um neben einem politischen Wechsel auch eine Reform der Institutionen zu ermöglichen.

Das westliche Verständnis einer Nation beinhaltet als charakteristische Elemente ein gemeinsames historisches Territorium, gemeinsame historische Erinnerungen und Mythen, eine gemeinsame Massenkultur, gemeinsame Rechte und Pflichten für alle Mitglieder der Nation und

---

<sup>660</sup> Kaiser, Andre, 2002, S. 13-14.

<sup>661</sup> Kaiser, Andre, 2002, S. 14.

<sup>662</sup> Kaiser, Andre, 2002, S. 111.

<sup>663</sup> Kaiser, Andre, 2002, S. 111.

eine gemeinsame Ökonomie mit territorialer Freizügigkeit für alle Angehörigen einer Nation. Der Staat hält sich aus religiösen, ideologischen und weltanschaulichen Auseinandersetzungen seiner Angehörigen weitgehend heraus und sichert die Auseinandersetzung durch politische Einbindung seiner Bürger und einen politischen/ demokratischen Prozess der Auseinandersetzung.

Für den Großteil der afrikanischen Länder, so auch für den Sudan, greifen diese westlichen Theorien nicht. Analysiert man den Sudan anhand der genannten Merkmale, stellen sich viele Probleme des Landes dar. Diese sind sowohl auf die Hinterlassenschaften und Erblasten durch die Kolonialregierungen als auch auf das Versagen der Regierungen und staatlichen Institutionen zurückzuführen. Im Sudan bestehen die historischen Konstruktionsfehler der Kolonialzeit vor allem darin, dass Nord- und Südsudan sowohl hinsichtlich der tolerierten Religionen, Sprachen, dem Einbezug von traditionellen Herrschafts- und Stammesstrukturen, dem Aufbau von Bildungseinrichtungen und dem Zugang der Bürger zu staatlichen Institutionen, politischen Ämtern oder Verwaltungsstrukturen unterschiedlich behandelt wurden. Eine gezielte Vorbereitung des Landes auf seine Unabhängigkeit durch die Kolonialmacht fehlte. Aufgrund eigener Interessen von Großbritannien, die darin bestanden, die guten Beziehungen zu Ägypten nicht zu gefährden, wurde der im Vergleich zum Nordsudan schwach entwickelte Süden des Landes in einen gemeinsamen sudanesischen Staat gepresst. Dabei bestanden durchaus andere Überlegungen für die Zeit nach der Unabhängigkeit des Südsudans und das Gebiet war historisch ganz anders entwickelt worden als der Norden (um den arabischen und islamischen Einfluss einzudämmen).

Aufgrund dieser Entwicklungen kann der Sudan als ein klassisches Beispiel eines „Failed State“ beschrieben werden. D.h. der Staat Sudan war über lange Zeiträume nicht in der Lage, sein Staatsterritorium zu kontrollieren und die Grundsicherheiten und Menschenrechte seiner Bürger zu gewährleisten. „Der Sudan steht für einen Staat, in dem die verschiedenen Fraktionen der politischen Klasse des Landes seit mehr als dreißig Jahren offenbar unfähig sind, die politische Souveränität über das Territorium real auszuüben, das ihr die Völkergemeinschaft am Ende der Kolonialzeit unter Federführung der Regierung in London zugebildet hatte.“<sup>664</sup> Vielmehr fanden sich in der jüngeren Geschichte des Sudans wiederholt Beispiele dafür, wie die staatliche Macht dafür genutzt wurde, die eigenen Staatsbürger zu unterdrücken und ihre Menschenrechte, wie das Recht auf Freiheit, Gleichheit, Unversehrtheit, Eigentum, Meinungs- und Glaubensfreiheit,

---

<sup>664</sup> Tetzlaff, Rainer, 1997, S. 1-12.

Gestaltung des persönlichen Lebens nach eigener Einsicht/ persönlichen Vorstellungen, Gerechtigkeit und Widerstand gegen Unterdrückung, einzuschränken.

Seit Jahren ist der Sudan in Bürgerkrieg verstrickt. Zahlreiche Wissenschaftler wie Rainer Tetzlaff haben die verschiedenen Ursachen des sudanesischen Krieges analysiert und dabei im Kern folgende Gründe hervorgehoben:

- Sozio-ökonomische Verteilungsprobleme. Hier kann festgestellt werden, dass die Elite im Norden versagt hat, eine gerechte wirtschaftliche und ökonomische Umverteilung in den letzten 50 Jahren vorzunehmen. Dabei geht es nicht nur um die Umverteilung der Ressourcen zwischen Süd- und Nordsudan, sondern quer durch das gesamte Land. Die Menschen im Osten und zum Teil auch im Norden leiden unter der Rücksichtslosigkeit der regierenden Elite aus der „Shamalia Provinz“ genauso wie ihre Landsleute im Süden. Tetzlaff sprach von einer ökonomischen Diskriminierung als eine Kriegsursache im Sudan.
- Die Mehrheit der Menschen in den marginalisierten Gebieten fühlt sich nicht ausreichend an den politischen Entscheidungen beteiligt.
- Die ethnisch- kulturelle Vielfalt des Sudans wurde bewusst oder unbewusst unterdrückt.
- Eine Religion, nämlich die des Islams, wurde bevorzugt und politisch instrumentalisiert. Die Bevorzugung des Islams führte zur Unterdrückung anderer Religionen und einer Art „Kulturkampf zwischen fundamentalistischen Islamisten und nicht- islamischen und nicht- arabischen Süd- und Westsudanesen“.<sup>665</sup>

Die Konflikte um die kulturelle Identität der sudanesischen Volksgruppen haben sich derart verschärft, dass die Aussöhnung der Menschen unterschiedlicher Ethnien, Rasse, Religion, Regionen, Sprachen und Gebräuchen nun sehr schwierig ist.<sup>666</sup> Nach Ahmed Ibrahim Diraige kann das Land nur zusammen gehalten werden, wenn die Unterschiedlichkeiten beachtet und anerkannt werden. *„What is needed to maintain this unity is a clear understanding that Sudan is a country of diverse religion, cultural, ethnic and regional people, and that these diversities should be mutually respected by all the Sudanese groups. What happened after independence is that those who inherited political power from the colonial forces refused to recognise and respect the diversity of the Sudan. Instead they only recognised the Arab and Moslem culture and refused to recognise the non-Moslem and non-Arab cultures. They also refused to accept a decentralised*

---

<sup>665</sup> Tetzlaff, Rainer, 1992, S. 216-217.

<sup>666</sup> Tetzlaff, Rainer, 1992, S. 216-217.



*system of government, which would have been better placed to accommodate the regional diversity of the country.*”<sup>667</sup>

#### **9.4 Schlussfolgerung für die sudanesischen Eliten**

Die modernen Eliten in den so genannten Entwicklungsländern wie auch im Sudan sind zumindest teilweise auf die Hinterlassenschaften des Kolonialsystems zurückzuführen. Sie sind Resultat der „Wandlungen dieser Gesellschaftsstrukturen“, die mit dem Aufstieg und Fall der Eliten verbunden waren. Denn kurz vor der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten ersetzten die neuen Eliten die Kolonialbeamten (vergleiche die Ausführungen zur „Sudanisierung“ der kolonialen Verwaltungsstrukturen im Sudan). Diese Entwicklungen hatten Einfluss auf die Etablierung einer sudanesischen Elite. Im Umkehrschluss nahm die sudanesische Elite wiederum Einfluss auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen im Land und versuchte, ihre Vorstellungen durch- und umzusetzen. In der vorliegenden Dissertation konnte ich feststellen, dass es im Sudan keine einheitliche sudanesische Elite gibt. Dies ist, wie erwähnt, auf die historische Unterschiedlichkeit in der Entwicklung der einzelnen Landesteile zurückzuführen und insbesondere auf die Faktoren Bildungsmöglichkeiten und Religionszugehörigkeit. Für die Etablierung der sudanesischen Elite konnte ich vier maßgebliche Faktoren beschreiben. Diese sind

- Die soziale Herkunft,
- Der Zugang zu Bildungsmöglichkeiten,
- Der Einfluss der Religion,
- Die Kriegs- bzw. Friedenssituation und das militärische Eingreifen.

Zum einen entstand die Mehrzahl der Eliten im Süden wie auch im Norden durch moderne Bildung und kann auf akademische Abschlüsse mit Auslandsaufenthalten verweisen. Andererseits bildete sich die Elite auch durch die Kriege in den 1960er und 1970er Jahren heraus. Die heutige südsudanesische Elite kristallisierte sich mehrheitlich in den 1980er Jahren heraus. Hier gilt der Krieg und militärisches Engagement für die Idee eines gleichberechtigten Südsudan als fördernder Faktor für die Elitenbildung.

Im Norden stammt die Elite einerseits von wohlhabenden Familien, z.b. den Mahdi, Marghani sowie von großen Handelsfamilien ab, die sich im Lauf der Kolonialzeit ihre Herrschaftsstellung

---

<sup>667</sup> Diraiqe, Ahmed Ibrahim, 1995, S. 113- 114.



in Wirtschaft und Politik erarbeitet haben. Zum anderen kommt eine große Zahl von Mitgliedern der nördlichen Elite aus dem Militär. Während der Abboud-, Numeiri- und Al- Bashir-Regimes konnte sich eine Art Militärelite herausbilden, der es auch nach dem Wegfall der militärischen Herrschaft gelang, ihre Positionen zu erhalten.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass 80 Prozent der sudanesischen Elite aus dem Nordsudan und vor allem aus der Provinz „Shamalia“ stammt. Diese Provinz Shamalia grenzt an Ägypten und ist die Heimat des ersten Regierungschefs des Sudans, Ismail el Azhari und weiterer Führer. Auch der amtierende Präsident Omer el-Bashir kommt aus der Shamalia Provinz. Dadurch haben die Menschen in Shamalia seit langer Zeit Zugriff auf Macht und Ressourcen des Landes und das wiederum ermöglicht ihnen leichter den Einstieg in den Elitenkreis.

Die Zugehörigkeit zu verschiedenen Religionsgruppen war im Sudan mehrfach Gegenstand politischer Auseinandersetzungen und ein zentraler Faktor für den Zugang zu elitären Positionen in Politik und Wirtschaft. Hier erwies sich insbesondere die Zugehörigkeit zum Islam als Voraussetzung für den Zugang zu elitären Positionen und entwicklungsbeherrschend und verschaffte der nordsudanesischen Elite einen Vorsprung. Die Religion Islam wurde durch die nordsudanesischen Eliten politisiert. Der Sudan sollte auf Basis der Religion Islam und der arabischen Kultur mit Druck und Zwang als Nation vereinheitlicht und zusammenfasst werden („Ein Land, eine Religion, eine Sprache“). Entsprechende Versuche unternahmen sowohl General Abboud (1958 bis 1964), General Gafaar Mohamed el-Numeiri, der 1983 das islamische Recht im gesamten Sudan einführte und General Omer Hassan Ahmed el-Bashir<sup>668</sup> (1989 bis 2006), der 1991 das Land zur islamischen und arabischen Republik erklärte. Geführt werden sollte das Land von einer islamischen Elite. Von der nordsudanesischen Elite wurde die Einführung des Islam im gesamten Land lange Zeit als einzige Möglichkeit betrachtet, die Probleme des Sudans zu lösen.<sup>669</sup>

Diese Versuche stießen im multikulturellen Sudan mit seinen verschiedenen Religionszugehörigkeiten auf heftigen Widerstand der anderen Volksgruppen. Nicht nur im Südsudan, sondern auch im Westen und Osten des Landes mussten sich die Bevölkerungsgruppen mit der Dominanz und gewaltsamen Durchsetzung von Islam und arabischer Kultur auseinandersetzen. Die Konflikte in der Region Darfur belegen zudem, dass selbst Bevölkerungsgruppen, die den Islam als Religion im Lauf der Geschichte angenommen

---

<sup>668</sup> Garang, John, 1992, S. Viii.

<sup>669</sup> Flint, J. / De Waal, A., 2005, S. 19

haben, aufgrund ihrer afrikanischen Herkunft nicht vor kriegerischen Übergriffen geschützt waren.

Bereits ab 1946 gelangten die Nordsudanese schrittweise in die Verwaltung und konnten dadurch Einfluss auf die Entwicklung der Bildungs- und Verwaltungsstrukturen im Südsudan nehmen. Insbesondere die Aktivitäten der Missionare missfielen den Nordsudanese.<sup>670</sup> Bis zur Unabhängigkeit des Sudans bestanden drei nebeneinander laufende Bildungssysteme: das staatliche, das islamische und das missionarische Bildungssystem. Der südsudanese Elite blieb lange Zeit als einzige Bildungsmöglichkeit die Ausbildung in der Militärverwaltung, nach deren Abschluss sie als Offiziere in die sudanese Armee eingestellt wurden.<sup>671</sup> Erst ab 1972 standen Südsudanese auch in größerem Umfang andere Bildungswege offen. Ab 1974 wurde der Ausbau von Schulen im Südsudan gefördert und der Zugang zu Hochschulen und Universitäten verbesserte sich für Südsudanese. Mit den politischen Veränderungen durch die Numeiri- Regierung und die zwangsweise Einführung der Schariagesetze im Südsudan blieb ab 1983 der christlich und afrikanisch orientierten südsudanese Elite vielfach nur, ihre eigenen politischen Überzeugungen militärisch und im Kampf durchzusetzen. Unter Führung von Dr. John Garang und Dr. Riek Machar kämpften die Südsudanese gegen die Regierung in Khartoum, um ihre Beteiligungsrechte durchzusetzen.

Die Etablierung der sudanese Elite war kein demokratischer Vorgang wie in anderen Ländern und diente in der Regel auch nicht einem sozialen und politischen Integrationsvorgang. Mehrfach übernahm das Militär die politische Macht, demokratisch gewählte Regierungen wurden durch Staatsstreich entmachtet (wie erstmals 1958 durch Abboud). Seit der Unabhängigkeit regierten sowohl demokratische und militärische Regierungen den Sudan, davon demokratische Regierungen in den Jahren 1956 bis 1958; 1964 bis 1969; 1985 bis 1986; 1986 bis 1989 und militärische Regierungen in den Zeiträumen 1958-1964; 1969–1985; 1989-2006 (teilweise).<sup>672</sup> Das Militär hatte einen großen Einfluss auf die Etablierung der Eliten, da die Generäle, wie beispielsweise Abboud oder Numeiri, den Kreis der Elite selbst bestimmten, indem sie bestimmte Personen, auch ohne dass diese die notwendigen Voraussetzungen hinsichtlich der Ausbildung besaßen, in hochrangige politische Ämter oder militärische Positionen einsetzten. Da die militärischen Regierungen in der Regel von islamisch und arabisch geprägten Nordsudanese

---

<sup>670</sup> Sanderson, 1980, S. 164-169

<sup>671</sup> Warburg, 1971, S. 90-93

<sup>672</sup> Tetzlaff, R., 1997, S.1- 12.

geführt wurden, diente die Religion nicht nur als Legitimationsgrund für die militärische Machtübernahme sondern auch als Methode, den Sudan insgesamt zu vereinigen.

Die sudanesische Elite stammt aus drei wichtigen Bereichen:

- i. Bildungseinrichtungen, Hochschulen
- ii. Kriegerische Auseinandersetzungen und entsprechende militärische Gruppen, Warlords, Rebellenbewegungen, Militärakademien
- iii. Händlern und Partei- Funktionären.

Im Laufe der sudanesischen Geschichte entstand dabei der Eindruck, dass Kriege und Unruhen von den politischen Eliten gefördert wurden, um ihre Macht abzusichern. Während den demokratischen Perioden 1956, 1964 und 1966 sowie 1986 bis 1989 hielt der politische Konsens zwischen den Parteien, nämlich zwischen Umma und DUP, aber auch NIF, nie länger als drei Jahre an. Wenn die Parteien ihre politischen Auseinandersetzungen nicht mehr auf politischer Ebene miteinander regulieren konnten, wurde das Militär indirekt aufgerufen, die Macht zu übernehmen. Die Machtergreifung durch das Militär führte im Sudan bisher entweder zu kriegerischen Auseinandersetzungen oder einem kurzfristigen Frieden mit strategischen Zielen und anschließendem Krieg. Rainer Tetzlaff bezeichnet die Situation im Sudan als „Selbsterfleischung eines rassistisch zweigeteilten Landes.“<sup>673</sup> Bashir wurde zudem von Beobachtern vorgeworfen, dass er das Land militarisierte, indem er seit 1991 jeden Mann und teilweise auch Frauen zu militärischen Diensten verpflichtete. Die Regierungen bewaffneten weiterhin mehrfach gezielt einzelne Volksgruppen/ Stämme und duldeten einen Zustand der Gesetzlosigkeit und Plünderung, um die Konflikte einzelner Volksgruppen für sich zu instrumentalisieren, das Erstarken einer vereinigten Rebellenbewegung zu verhindern und dadurch die eigene Macht zu stabilisieren. Kritiker der sudanesischen Krise betrachten den seit 40 Jahren andauernden Konflikt zwischen dem Norden und Süden des Sudans als Konflikt der Eliten. Die Frage der „Nationalen Identität“ („Contested National Identities“<sup>674</sup>) zwischen Afrikanern und Arabern, Muslimen und Angehörigen anderer Religionsgruppen bleibt dabei bisher ein ungelöstes Problem der sudanesischen Eliten.

In meiner Untersuchung konnte ich feststellen, dass die sudanesischen Eliten sowohl im Süden als auch im Norden unterschiedliche Interessen verfolgen. Diese Interessen können auf drei Hauptmotive zusammengefasst werden:

---

<sup>673</sup> Tetzlaff, Rainer, 1992, S. 215-247.

<sup>674</sup> Lesch, Ann Mosely, 1998, S. 3 ff.

Einige verfolgen ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen und wechseln dafür die Verbündeten je nach Angebot bzw. wo ihre Vorteile am besten befriedigt werden können. Diese Gruppen der Eliten sind sowohl im Nordsudan als auch im Südsudan anzutreffen. Die zweite Gruppe sind diejenigen, die ihre politischen Programme und Ideologien auf nationaler Ebene durchzusetzen versuchen. Zu ihnen zählen die Umma, DUP, NIF und die SPLM, NCP. Die dritte Gruppe sind die Warlords, die zum großen Teil keine ausgefeilten politischen Programme haben bzw. langfristige Ziele verfolgen. Sie werden von den oben genannten Parteien zur Durchsetzung ihrer Interessen und Programme genutzt, vor allem indem sie finanziell oder durch Befugnisse, Ressourcen des Gebietes oder der Bevölkerung zu nutzen, unterstützt und an die Auftraggeber gebunden werden. Die meisten sudanesischen Warlords sind nicht ausgebildet. Einige sprechen weder Arabisch noch Englisch, zum Beispiel Major General Poulino Matip Nhai al oder Major General Gordon Koug Chol. Diese Gruppe profitiert besonders durch den Krieg, da die gewaltsamen Auseinandersetzungen Aufstiegsmöglichkeiten und Zugriff auf Macht, Einfluss und wirtschaftliche Ressourcen für diese Personen bedeuten, die sie unter friedlichen Bedingungen wohl kaum in dem Maße erreichen könnten. Aus dieser Sicht ist der Einfluss dieser Gruppe für den weiteren Friedensprozess nicht zu unterschätzen.

Von der Elite, als besonders gebildeter und gesellschaftlich hochstehender Schicht, werden in allen Gesellschaftsformen besondere Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen erwartet. Die Elite soll zur Schaffung von Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie beitragen. Im Sudan wird daher seit langem von der Elite erwartet, sich auszusöhnen und für das Land einen gerechten und dauerhaften Frieden abzuschließen. Nachdem ich bereits kritisch analysierte, dass die sudanesische Elite an der Fortführung der kriegerischen Auseinandersetzungen einen großen Anteil hatte, bleibt auch die Rolle der Elite beim Erarbeiten eines dauerhaften und gerechten Friedensabkommens zu würdigen. Die sudanesische Elite, zumindest Teile von ihr sowohl im Norden als auch in den anderen Landesteilen, unternahmen vielfältige Bemühungen, den Sudan zu befrieden.

Im Zuge des Bürgerkriegs im Süden und dem zunehmenden Einfluss der SPLM unter Dr. John Garang auf das politische Geschehen im gesamten Sudan wurden seit 1986 Gespräche zwischen den politischen Eliten des Sudans unter Vermittlung der Internationalen Gemeinschaft durchgeführt, um einen gemeinsamen politischen Konsens zu finden. Einige dieser Bemühungen werden an dieser Stelle nochmals besonders herausgegriffen:

- Am 08. Januar 1992 wurden Friedensgespräche in Atlanta, Georgia, USA organisiert.
- Am 17. April 1993 wurde die „Nairobi Declaration“, „Religion and State“ verabschiedet. Darin wurde die Trennung zwischen Staat und Politik vereinbart. Die Religion sollte – anders als bisher - keine Rolle mehr in der sudanesischen Politik spielen.
- Im Oktober 1993 wurde die „Washington Declaration“ vereinbart und darin das Selbstbestimmungsrecht zunächst für den Süden des Sudans festgelegt.
- Im Jahr 1994 fanden unter dem Dach der „Inter- Governmental Authority and Development (IGAD)“ Friedensgespräche zwischen der Regierung des Sudans und der Sudan People Liberation Movement (SPLM) als Vertreter der sudanesischen Opposition statt. Am Ende der Gespräche wurde die so genannte „IGAD Declaration of Principles (DOP)“ vereinbart. In der DOP wurde vorgeschlagen, wie der Sudan in Zukunft regiert werden sollte. Zum Beispiel sollten zwei Systeme im Sudan, nämlich Islam im Norden und ein säkulares System im Südsudan etabliert werden. Ein „Neuer Sudan“ („New Sudan“) sollte als „a Secular, Democratic, United Sudan“ etabliert werden und - sollte dieses nicht zum Erfolg führen - eine Volksabstimmung für den Südsudan mit der Option auf Abspaltung zugelassen werden. Die Menschen in den Nuba- Bergen sollten zu dem so genannten „Greater Southern Sudan“ angehören dürfen.
- Im Dezember 1994 wurde das „Chukudum Agreement“ von allen politischen Kräften im Süden und Norden verabschiedet. Wiederum wurde die Neutralität der Religion und kulturelle Vielfalt im Sudan anerkannt. Auch die Vereinigung des Sudans wurde zum ersten Mal in der Geschichte des Landes nur als freiwillige Entscheidung angesehen und sollte nicht erzwungen werden.<sup>675</sup>
- Im Jahr 1995 wurde von der Mehrheit der sudanesischen Parteien in West-, Nord-, Ost- und Südsudan eine Konferenz einberufen, um die gemeinsame Verfassung „New Sudan Constitution“ zu diskutieren. Die Konferenz, die in Asmara, Eritrea stattfand, endete mit der so genannten „Asmara Declaration“. Gemäß dieser Vereinbarung sollen unter anderem die Verschiedenheiten der sudanesischen Gesellschaft, Religionen und Kulturen in die neue Verfassung aufgenommen werden. Damit könnte die Einheit des Sudans bewahrt und Frieden gewährleistet werden.<sup>676</sup>
- Im April 1997 wurde das „Khartoum Peace Agreement“ zwischen der South Sudan Independence Movement (SSIM) und der Regierung des Sudans unter der regierenden

---

<sup>675</sup> Rahhal, Suleiman Musa, 1995, S. 115-117.

<sup>676</sup> Diraiqe, Ahmed Ibrahim, 1995, S. 114.

National Congress Party unterzeichnet. Zum ersten Mal wurde die Volksabstimmung für den Südsudan von einer Regierung im Sudan als mögliche Lösung des andauernden Konflikts im Sudan akzeptiert. Dieses Abkommen wurde innerhalb kurzer Zeit nicht umgesetzt und die SSIM- Führungselite musste im Jahr 2000 wieder in den Busch zurückkehren, um den Befreiungskampf wieder aufzunehmen.

- Im Januar 2005 wurde das Comprehensive Peace Agreement zwischen der SPLM und der Regierung des Sudans (NCP) unterzeichnet. Es erfolgte die Bildung der Regierung der Nationalen Einheit und der Regierung von Südsudan. Die seit Juni 1989 regierenden islamischen Fundamentalisten der „National Congress Party (NCP)“ erhalten gemäß der Vereinbarung CPA 52 Prozent in beiden Kammern der Parlamente in Khartoum. In den wichtigen Institutionen wie dem Landesverfassungsgericht, den Öl- Kommissionen und so weiter hat die NCP die Mehrheit. Die anderen Parteien im Norden erhalten 14 Prozent in den Parlamenten und der Regierung. Die Parteien im Südsudan bekommen nach dem CPA-Abkommen 6 Prozent. Die Öleinnahmen werden jeweils zu 50 Prozent zwischen Nordsudan und Südsudan geteilt.<sup>677</sup> Im Süden wird kein islamisches Recht eingeführt. Im Norden dagegen soll das Islamische Schariagesetz trotz Widerstand einer großen Zahl von Muslimen erhalten bleiben. Alle diese Vereinbarungen und Konferenzen wurden durch die Eliten im Norden und Süden des Landes veranlasst.

Leider zeigen Erfahrungen von Friedensabkommen zwischen dem christlichen Süden und dem islamischen Norden wiederholt große Mängel bei dem tatsächlichen politischen Willen der Nordsudanesen, die Vereinbarungen einzuhalten und umzusetzen. In der Vergangenheit wurden immer wieder gute Abkommen erzielt und unterschrieben, dann aber innerhalb weniger Jahren durch den Norden abgebrochen. Deshalb wurde die Rolle der sudanesischen Eliten sowohl im Inland als auch im Ausland kritisch beurteilt und ihnen vorgeworfen, das Land in Krieg und wirtschaftliche Krisen geführt zu haben.

Das letzte Friedensabkommen CPA ist jetzt 15 Monate alt. Die Fortschritte bei der Umsetzung des CPA-Abkommens werden durch die Beobachter unterschiedlich interpretiert. Die „International Crisis Group“ beurteilt die Umsetzung des „Comprehensive Peace Agreement“ als sehr schlecht und weist die Schuld der National Congress Party zu.<sup>678</sup> *„Nearly 15 Months after the peace agreement was signed, implementation in Khartoum in national government*

---

<sup>677</sup> Lomodong Lako, Philip, 2006, S. 32 ff.

<sup>678</sup> International Crisis Group: Sudan ´s Comprehensive Peace Agreement: The Long Road Ahead, March 31.2006, S. 1ff.

*institutions is slow and uneven. The NGU, originally expected to be formed on 9. August 2005, was officially announced on 20. September, and sworn in two days later. Initial delays were due to Garang's unforeseen death, but subsequent extended delays in establishing key bodies and commissions under the CPA illustrates the fragile state of the agreement. The key to peace holding will be the consolidation of the agreement, through consistent implementation by both parties, to the point where the momentum for peace becomes difficult to reverse and undo. This is not yet the case.*"<sup>679</sup>

## **9.5 Ausblick und Perspektiven für den Sudan**

Der Sudan kann die herrschende Staatskrise als Einheit nur überleben, wenn das System von Kriegsführung, Islamisierung, Arabisierung und ausschließlicher Beteiligung einer Minderheit an Reichtum und Macht reformiert wird. Die Politik der Kriegsführung, Militarisierung der Bevölkerung, Instrumentalisieren von einzelnen Volksgruppen durch eine Politik des „Teile und Herrsche“ sowie die systematische Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten bis hin zum Völkermord/ Genozid<sup>680</sup> kann nicht fortgeführt werden. Vielmehr muss an Reformen des Staatssystems gearbeitet werden.

Zu der Reformierung zählt die langfristige Lösung folgender Fragen:

- Identität: Selbstverständnis des Landes als ein arabisches oder ein afrikanisches Land oder eine arabisch- afrikanische Doppelidentität,<sup>681</sup>
- Zusammenleben zwischen den unterschiedlichen Religionen,
- Respekt für ethnische Normen, traditionelle Bräuche und religiöse Bekenntnisse,
- Wirtschaftliche Teilhabe und notwendige Umverteilung zwischen den einzelnen sudanesischen Regionen,
- Verhältnis von Staat und Religion, Trennung zwischen Staat und Religion, Herstellung eines säkularen Rechtsstaates, Verzicht auf die Politisierung und Bevorzugung einzelner Religionen wie des Islams im Sudan.
- Trennung der verschiedenen Staatsgewalten, d.h. von legislativer, exekutiver und judikativer Gewalt,
- Politische Partizipation unter Berücksichtigung der regionalen örtlichen Bedingungen, Einbezug traditioneller Formen der lokalen Willensbildung und Rechtssprechung,

---

<sup>679</sup> International Crisis Group, 31.3.2006, S. 3.

<sup>680</sup> Burton, John W., 1991, S. 511.

<sup>681</sup> Tetzlaff, Rainer, 1997, S. 298.



- Die Wiederherstellung von guten Beziehungen zu den benachbarten Ländern.<sup>682</sup>

Die Bürger des Sudans brauchen ein friedliches Land und eine positive Perspektive für jeden Einzelnen, unabhängig von seiner ethnischen, sprachlichen, religiösen und sozialen Herkunft. Das Land muss wieder aufgebaut und ganze Kriegsgenerationen müssen auf ein Leben in Frieden vorbereitet werden. Sie brauchen eine klare Perspektive für friedliche Erwerbstätigkeit, Zugang zu Bildung und zum Gesundheitswesen, eine gerechte Rechtssprechung und ein Leben in der Gemeinschaft unter Berücksichtigung und Ausleben der eigenen Kultur, Sitten und Religion. Nur die Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen und ihre gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft können langfristig den Frieden sichern.

All dies muss im Konsens vereinbart werden. Der Glaube der Mehrheit der politischen Elite in den letzten 50 Jahren, die Einheit des Sudans sei nur durch eine zwanghafte Islamisierung und Arabisierung des Landes zu bewahren, scheint gescheitert. Die Auseinandersetzungen in Darfur, Ostsudan (Beja) und in den Nuba- Bergen, wo die Menschen seit langer Zeit die islamische Religion und arabische Kultur angenommen haben, belegen das. Für die Befriedung und Entwicklung des Sudans sind neue Konzepte notwendig. Das CPA ist ein Schritt in die richtige Richtung und kann eine Lösung der Probleme und Konflikte und gleichzeitige Einheit des Sudans ermöglichen.

Das Schweizer Modell der „Konsensdemokratie“ könnte mit seinem Ziel, die Bürger des Landes voll in das Staatssystem zu integrieren, ein guter Pate für den Sudan darstellen. Das Modell der Konsensdemokratie der Schweiz basiert dabei auf folgenden Annahmen:

Auf jeglichen Vorrang von einer Kultur bzw. Ethnie wird verzichtet.

Der Ausgleich zwischen den verschiedenen Kriegsparteien wird vereinbart.

Eine proportionale Repräsentation im Wahlrecht des Nationalrates wird geschaffen. Diese proportionale Repräsentation der verschiedensten strukturellen Minderheiten muss auch in den anderen politischen Gremien, dem Gerichtshof sowie in den Expertenkommissionen, aber auch in der öffentlichen Verwaltung berücksichtigt werden („Machtteilung durch politische Institutionen“<sup>683</sup>).

Durch das System der Konkordanz werden alle referendumsfähigen Gruppen im Land am Entscheidungsprozess beteiligt.

---

<sup>682</sup> Tetzlaff, Rainer, 1997, S.1-10.

<sup>683</sup> Linder, Wolf, 2005, S. 369.



Die Mehrheitspolitik wird durch einen Politikstil des Verhandeln und des Kompromisses abgelöst.

Nur durch die „umfassende politische Machtteilung“ des konsensbasierten Herrschaftssystems konnten in der Schweiz die verschiedenen kulturellen Gegensätze überwunden und die Integration der Bevölkerung geschaffen werden. Dies führte zu der Identifikation der Bevölkerung mit der schweizerischen Gesellschaft unabhängig von ihrer sprachlichen, religiösen und ethnischen Herkunft.

Arendt Lijphart beschrieb vier Merkmale, die in sprachlich, religiös und ethnisch gespaltenen Gesellschaften zu stabiler Demokratie führen können. Diese Merkmale sind

- Eine große Koalition,
- Proporz bei Wahlen und Ämtervergabe,
- Minderheitenveto,
- Gewisse Autonomie für die Minderheiten, bestimmte Angelegenheiten zu regeln.

Weiterhin ist erforderlich, dass die politische Elite den Willen hat, zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Dieser Prozess wird als „*Konsensdemokratie*“ betrachtet.<sup>684</sup>

Die Einführung und Reformation des politischen Systems ist die vorrangige Aufgabe der herrschenden Parteien und Parlamentarier. Dennoch lässt sich die Konsensdemokratie der Schweiz zwar für den Sudan empfehlen, aber nicht von oben verordnen. Das CPA vom Januar 2005 geht bereits in eine Richtung des Schweizerischen Modells. Dennoch ist momentan für den Sudan festzuhalten, dass bisher eine Kultur des Kompromisses und der gelebten Anerkennung aller gesellschaftlichen Gruppen fehlt. Der Sudan muss daher als Gesellschaft zu einem gesellschaftlichen Wertepluralismus, dem Verzicht des Staates auf die Bevorzugung einer bestimmten Ethnie, Religion oder Kultur und einer Unparteilichkeit des Staates gegenüber den religiösen Bekenntnissen durch Grundrechte und die Trennung von Religion und Staat bereit sein. Die sudanesischen Eliten sowohl im Süden und Norden müssen dazu bereit sein, ihre Meinungen, Einstellungen und Probleme miteinander und gegenüber den sudanesischen Bürgern offen und transparent zu lösen. Das schweizerische politische System kann ein gutes Vorbild für den Sudan sein, da beide Staaten Erfahrungen mit konfessionellen Konflikten haben und dem Sudan helfen, seine religiösen, ethnischen und kulturellen Konflikte zwischen Muslimen und Christen einerseits und den Arabern und Afrikanern andererseits<sup>685</sup> zu lösen.

---

<sup>684</sup> Linder, Wolf, 2005, S. 369-374.

<sup>685</sup> vgl. Biel, M.R.: Der Sudan zwischen Krieg und Frieden 2004, S.5 ff; Johnson, Douglas H., 2003, S.2 ff.

Internationaler Druck auf die Bemühungen der sudanesischen Elite, den erzielten Konsens auch umzusetzen und dabei auftretende Probleme gemeinsam und konstruktiv unter internationaler Vermittlung zu lösen, kann dabei sicher hilfreich sein. Die Internationale Gemeinschaft und vor allem die UNO können dazu beitragen, dass das CPA, im Unterschied zu früheren sudanesischen Abkommen wie das Addis- Abeba- Abkommen von 1972<sup>686</sup>, das Khartoum -Abkommen von 1997, das Fashoda- Abkommen von 1998 und die Vereinbarung von Juba im Jahr 1947, die zur Bildung des heutigen modernen Sudans stattfand, umgesetzt wird. Sollte in den nächsten Jahren im Sudan kein Konsens gefunden werden können, bleibt dem Südsudan und möglicherweise auch weiteren Gebieten wie Darfur nur die Abspaltung vom gesamten Bundesstaat, um die eigenen Rechte und Lebensvorstellungen umzusetzen.

## 10. Literaturverzeichnis

- Abdel Halim, Mustafa Inayat: From Khalwa to Qur`an School, Khartoum 1997
- Abdel-Rahim, Muddathir: The Development of British Policy in Southern Sudan 1899-1947, Khartoum 1968
- Abdel-Rahim, Muddathir: Imperialism & Nationalism in the Sudan - A Study in Constitutional & Political Development 1899-1956, Khartoum 1986
- Abdel-Rahim, Muddathir: Training. The Sudanese Experience, 1973
- Abdelrahmen, Mohamed Bushara: Bureaucracy and Development - A Study of the Civil Service in Sudan, Michigan 1983
- Abu Hasabu, A.A. Majid: Factional Conflict in the Sudanese Nationalist Movement 1918-1948, Graduate College Publications No. 12, Khartoum 1985
- Abusabid, Mohamed: Art, Politics and Cultural Identification in Sudan, Uppsala 2004
- Adam, Konrad: Berge gibt es auch im Flachland - Oder: Wozu Elitenbildung?, in: Bude/Schleissing: Junge Eliten. Selbständigkeit als Beruf, Köln 1997, S. 63
- Adar, Korwa G./ Yoh, John G. Nyuot/ Maloka, Eddy: Sudan Peace Process: Challenges and Future Prospects, Africa Institute of South Africa, Pretoria 2004
- Agence France-Presse: Darfur rebels in disarray as faction holds leadership vote, in:[http://www.sudantribune.com/imprimable.php3?id\\_article=12389](http://www.sudantribune.com/imprimable.php3?id_article=12389), am 18.08.2006, S. 1-2

---

<sup>686</sup> Vgl. Richova, Blanka, 1991, S. 294.

- Agence France-Presse: Darfur`s main rebel group set to split as vote looms, in:<http://www.sudan.net/news/posted/12465.html>, am 04.11.05, S. 1- 2
- Agence France-Presse: Kenya to open consulate in oil- rich southern Sudan, in: <http://www.sudan.net/news/posted/12475/>, am 04.11.2005, S. 1
- Agence France-Presse (AFP): Sudans vice President and main rebel leader sign comprehensive peace agreement to end Africas longest-running conflict, in: <http://www.sudan.net/news/postd/10773>, am 07.03.2005
- Agence France-Presse (AFP): Sudanese Government launches HIV/ AIDS awareness Campaign, in: [http://www.sudantribune.com/imprimable.php3?id\\_article=12138](http://www.sudantribune.com/imprimable.php3?id_article=12138), am 18.08.2006, S. 1-2
- Agence France-Presse (AFP): Sudan unsure of eastern rebels`unity as peace talks loom, in: <http://www.sudan.net/news/posted/12465/> am 08.12.2005
- Aguda, Oluwadare: The Sudan Civil Service 1964-1971, in: Quarterly Journal of Administration: A Quarterly review of the Institute of University of Ibadan, Heft 3, 1972, S. 332-347
- Ahmed, Abdel Ghaffar M.: Anthropology in the Sudan: Reflections by a Sudanese Anthropologist, Utrecht 2002,S.11ff
- Ahmed, Abdel Ghaffar M.: “Tribal” Elite. A Base for Social Stratification in the Sudan, in: Ahmed, Abdel Ghaffar M.: Anthropology in the Sudan: Reflections by a Sudanese Anthropologist, Utrecht 2002,S.65ff.
- Akok, Garang: Ethnische Konflikte in Afrika und die Wahrnehmung in Deutschland am Beispiel Sudan, Diplomarbeit im Fach Sozialwissenschaften, Humboldt- Universität zu Berlin, Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften, Berlin 2001
- Akok, G./ Lado, T./ Biel M.: Terrorismus im Namen des Islam und das Horn von Afrika. Der vergessene Konflikt im Sudan und die Rolle Osama Bin Ladens, Marburg 2002
- Akol Ruay, Deng D.: The Politics of Two Sudan: The South and the North 1821- 1969, Uppsala 1994
- Akol, Lam.: SPLM/ SPLA, The Nasir Declaration, Lincoln 2003
- Al-Afif Mukhtar, Al-Baqir: The Crisis of Identity in Northern Sudan: A Dilemma of Black People with a White Culture, Evanston 2004
- Albino, Oliver: The Sudan: A Southern Viewpoint, London 1970
- Alier, Abel: Southern Sudan: Too Many Agreements Dishonoured, London 1990

- Amnesty International (Arbeitsgruppe Sudan): Massenvertreibungen, -morde und Gräueltaten, Bielefeld 2004
- Annan, Kofi: Report from Oslo Donor Conference on Sudan, Oslo April 2005, S. 2
- Annan, Kofi: Annan, Sudanese Officials urge donors to help rebuild south Sudan, <http://www.sudan.net/news/posted/12465/> am 08.12.2005
- Ag am 13.04.2005
- Annan, Kofi: Annan warnt vor Katastrophe im Westsudan, <http://www.Tagesschau.de> am 07.04.2004
- Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt am Mainz 1998
- Anderson, G. Norman: Sudan in Crisis: The Failure of Democracy, Florida 1985
- Arkell, A. J.: A History of the Sudan. From the Earliest Times to 1821, London 1954
- Arnold, Guy: Historical Dictionary of Civil Wars in Africa, Historical Dictionaries of War, Revolution and Civil Unrest No. 12, Lanham, Maryland and London 1999
- Beasley, Ina/ Starkey, Janet: Before the wind changed. People, places and education in Sudan, Oxford 1960
- Beck, Kurt: Stämme im Schatten des Staates. Zur Entstehung administrativer Häuptlingstümer im nördlichen Sudan, in: Sociologus: Zeitschrift für empirische Ethnosoziologie und Ethnopsychologie, Volume 39, 1989, S.19-35
- Behr, Hartmut/ Schmidt, Siegmund (Hrsg.): Multikulturelle Demokratien im Vergleich: Institutionen als Regulativ kultureller Vielfalt?, 2001, S. 9-21
- Bernhard/ Lingnau: Die Vereinten Nationen und die Darfur-Krise, in: Vereinte Nationen 05/ 2004, S. 170- 172
- Beshir, Mohammed Omer: The Southern Sudan: Background to Conflict, New York 1968
- Beshir, Mohammed Omer: The Sudan: Ethnicity and National Cohesion, Bayreuth African Studies Series 1, Bayreuth 1984
- Best, Heinrich: Der langfristige Wandel politischer Eliten in Europa 1867-2000: Auf dem Weg der Konvergenz?, in: Hradil, Stefan/ Imbusch, Peter (Hrsg.): Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen, Opladen 2003, S.369ff
- Beswick, Stephanie: The Addis Ababa Agreement 1972- 1983: Harbinger of the Second Civil War in the Sudan, in: Northeast African Studies, Volume 13, Numbers 2 and 3, 1991, S. 190-215

- Beyme, Klaus von: Der Führungsanspruch der politischen Klasse, In: Bude, H./ Schleissing, Stephan, 1997, S. 39 ff.
- Biel, M. R.: Der Sudan zwischen Krieg und Frieden, Marburg 2004
- Biel, M. R.: Modernisierung der Bildung und Verwaltung im Sudan: ein Land zwischen Bürgerkriegen, Diktaturen und Fremdherrschaft. Studien zur Entwicklungsökonomie, Münster 2004
- Bottomore, T. B.: Elite und Gesellschaft. Eine Übersicht über die Entwicklung des Eliteproblems, München 1966
- Brockhaus: Die Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden, 20., überarbeitete und aktualisierte Auflage, 5. Band, Leipzig/ Mannheim 1996
- Bukhiet, Jamila Hassan: Learning to blossom, New Universities, In: Sudanow, Khartoum 1990, S.10 ff
- Burkart, Roland: Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft, Wien, Köln, Weimar 1995
- Burton, John W.: Development and Cultural Genocide in the Sudan, in: Journal of Modern African Studies, Vol. 29, Heft 3, 1991, S. 511-520
- Christmann, Brunhild: Der Neue Sudanese Kirchenrat, In: Länderheft Sudan, Weltmission Heute Nr.16, Evangelisches Missionswerk (Hrgs.), Hamburg1995, S.115 ff
- Christmann, Brunhild: Bevölkerung, ethnische Zuordnung, Religionszugehörigkeit, in: Länderheft Sudan, Weltmission Heute Nr.16, Evangelisches Missionswerk (Hrgs.), Hamburg1995, S.115 ff
- Cicero, Marcus Tullius: De republica, zitiert nach: Zippelius, Reinhold: Geschichte der Staatsideen, München 1991
- Comprehensive Peace Agreement (CPA) zwischen Regierung des Sudans und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung der SPLM, Naverisha – Kenia, 9. Januar 2005, S.1 ff
- Cook, Traci D: Embracing the Promise of Peace, Citizen Views on Sudan`s Future After the CPA, Findings from Focus Groups with Men and Women in Northern Sudan, In: National Democratic Institute(Hrgs.), Washington D.C., 2005, S.25.
- Corbyn, E. N.: Introductory Historical Note, in: Henderson, K. D. D.: Survey of the Anglo-Egyptian Sudan 1898- 1944, London 1946, S. 7

- Daloz, Jean-Pascal: "Big Men" in Sub-Saharan Africa: How Elites Accumulate Positions and Resources, in: Dogan, Mattei: Elite Configurations at the Apex of Power. International Studies in Sociology and Social Anthropology, 2003, S. 271
- Daly, M. W.: Empire on the Nile: The Anglo-Egyptian Sudan 1898- 1934, Cambridge 1986
- Daly, M. W.: Imperial Sudan: The Anglo-Egyptian Condominium 1934- 1956, Cambridge 1991
- Dann, Otto: Nation und Nationalismus in Deutschland 1770-1990, München 1994
- Deng, Francis Mading: Dynamics of Identification: A Basis for National Integration in the Sudan, Khartoum 1973
- Deng, Francis Mading: War of Visions: Conflict of Identities in the Sudan, Washington 1995
- Diraige, Ahmed Ibrahim: Unity in Diversity: It is possible in Sudan?, in: African Rights
- Dogan, Mattei: Elite Configurations at the Apex of Power, International Studies in Sociology and Social Anthropology 2003
- Dreitzel, Hans P.: Elitebegriff und Sozialstruktur: Eine soziologische Begriffsanalyse, Göttinger Abhandlungen zur Soziologie unter Einschluss ihrer Grenzgebiete, 6. Band, Stuttgart 1962
- Ellis, Susan: USDOS, US opens new Consulate in Juba, Sudan, In: [www.sudan.net/news/posted/12440.html](http://www.sudan.net/news/posted/12440.html), am 17.11.2005
- El Nasri, Abdel Rahman: A Bibliography of the Sudan 1938-1958, London/ New York/ Toronto 1962
- Energy Information Administration: Analysis Briefs, in: <http://eia.doe.gov> am 28.03.2006
- Eprile, Cecil: War and Peace in the Sudan 1955- 1972, London 1974
- Erdmann, Gero: Menschenrechte und Konflikte, in: Fachtagung "Menschenrechte in Afrika" des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik und des Bundesarbeitskreises Menschenrechte der CDU Deutschland, Berlin 2001, S.21
- European Coalition on Oil in Sudan: Die Folgen der Ölförderung im Sudan. Eine Dokumentation des Europäischen Bündnisses „Öl im Sudan“, 2002, S. 10 ff.
- Faath, Sigrid/ Mattes, Hanspeter: Gewaltsame Konflikte in Nordafrika/ Nahost: Analytische Defizite, schwierige Früherkennung und limitierte Interventionsmöglichkeiten, Arbeitspapier des Deutschen Überseeinstitutes, Forschungsgruppe „Krisenprävention und Peace-Building“, Köln 2001
- Fadl Hasan, Yusuf: The Arabs and the Sudan: From the Seventh to the early Sixteenth Century, Edinburgh 1967

- Fikentscher, Wolfgang: Demokratie. Eine Einführung, München 1993
- Flint, Julie/ De Waal, Alex: Darfur: A Short History of a Long War (African Arguments), London 2005
- Flora, Peter/ Kuhnle, Stein/ Urwin, Derek: State Formation, Nation-Building, and Mass Politics in Europe: The Theorie of Stein Rokkan, Oxford 1999
- Gannon, Edmund J.: Education in the Sudan, London 1965
- Garang, John: The call for Democracy in Sudan, London 1990
- Garang, John/ Machar Teny-Dhurgon, Riek: Approval of Special Joint Committee Recommendations, Nairobi 2002
- Gebauer, Gunter/ Braun, Sebastian: Die Besten und die Tüchtigsten: Nationale Repräsentation durch Sporteliten in Deutschland und Frankreich, in: Kraiss, Beate: An der Spitze. Von Eliten und herrschenden Klassen, Konstanz 2001, S. 71
- Gesellschaft für bedrohte Völker: 10 Jahre zu spät: Internationale Gemeinschaft bedauert Völkermord in Ruanda – Genozid im Westsudan erreicht Höhepunkt, Göttingen 2004
- Giddens, Anthony: Elites in the British Class Structure, in: Stanworth, Philip/ Giddens, Anthony: Elites and Power in British Society, Cambridge 1974, S. 1 ff.
- Giet Jal, Gabriel: The Sudan Question in The Anglo-Egyptian Negotiation 1919-1933, Bergen 1991
- Haller, Max: Die Europäische Einigung als Elitenprozess, in: Hradil, Stefan/ Imbusch, Peter (Hrsg.): Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen, Opladen 2003, S.337 ff
- Hardallo, A./ Woodward, P.: Sudan since Independence: Studies of the Political Development since 1956, Department of Political Science, University of Khartoum 1986, S. 1
- Hartmann, Michael: Top-Manager: Die Rekrutierung einer Elite, Frankfurt 1996
- Hartmann, Michael: Klassenspezifischer Habitus oder exklusive Bildungstitel als soziales Selektionskriterium? Die Besetzung von Spitzenpositionen in der Wirtschaft, in: Kraiss, Beate: An der Spitze. Von Eliten und herrschenden Klassen, 2001, S. 191
- Hein, Wolfgang: Vom Entwicklungsstaat zum Staatsverfall, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28-29/2005, S.12
- Henderson, K. D. D.: Sudan Republic, London 1960
- Henderson, K D. D.: Survey of the Anglo-Egyptian Sudan 1898-1944, London/ New York/ Toronto 1946



- Hermann, Gunther J.: Die Bevölkerungsgruppen im Südsudan, In: Eangelische Missionswerk(Hrgs.): Länderheft Sudan, Weltmission Heute Nr.16, Hamburg 1995, S.42
- Hewitt, Christopher J.: Elites and the distribution of Power in British Society, in: Stanworth, Philip/ Giddens, Anthony: Elites and Power in British Society, Cambridge 1974, S. 45
- Higley, John/ Lengyel, György: Elite After State Socialism: Theories and Analysis, Lanham/ Boulder/ New York, Oxford 2000
- Hijja, Zul: Islamic Education: No definite philosophy, Khartoum 1985
- Hobsbawn, Eric J.: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt a.M. und New York 1992
- Holt, P. M.: A Modern History of the Sudan: From the Funj Sultanate to the Present Day, London 1961
- Holtmann, Eberhard (Hrsg.): Politik-Lexikon, München/ Wien 1991
- House of Nationalities: A Space for Preserving the Unity and the Diversity of the South Sudan, 2002
- Human Rights Watch: Entrenching Impunity. Government Responsibility for International Crimes in Darfur, Human Rights Watch, Volume 17, No. 17 (A), 2005, S. 46, 72, 77
- Human Rights Watch: The Impact of the Comprehensive Peace Agreement and the New Government of National Unity on Southern Sudan, Number 1, March 2006, S. 7 ff.
- Imbusch, Peter/ Hradil, Stefan: Oberschichten – Eliten - Herrschende Klassen, Opladen 2003
- International Crisis Group: Sudan`s Comprehensive Peace Agreement: The Long Road Ahead, Africa Report No. 106, Nairobi/ Brüssel 2006
- International Crisis Group: Darfur Rising: Sudan`s New Crisis. An International Crisis Group Report, Africa Report No. 76, Nairobi/ Brüssel 2004
- International Crisis Group: The Khartoum-SPLM Agreement: Sudan`s Uncertain Peace, Africa Report No. 96, Nairobi/ Brüssel 2005
- International Crisis Group: Garang`s Death: Implications for Peace in Sudan, Africa Briefing No. 20, Nairobi/ Brüssel 2005
- Johnson, Douglas H.: The Root Causes of Sudan`s Civil Wars, Kampala 2003
- Johnson, Roger E.: Peaceful Change and the Rise of Sudan`s Democracy Movement, in: African Security Review 11 (4), S.15
- Jooma, Mariam: Feeding the peace: Challenges facing human security in post-Garang South Sudan, in: Situation Report, Institute for Security Studies, Pretoria 2005, S. 13



- Käufeler, Heinz: Die Dynamik islamistischer Ideologien in der iranischen Revolution von 1978/79, in: Sociologus: Zeitschrift für Empirische Ethnozoziologie und Ethnopsychologie, Vol. 37, Heft 2, 1987, S. 97-117
- Kaiser, André: Mehrheitsdemokratie und Institutionenreform. Verfassungspolitischer Wandel in Australien, Großbritannien, Kanada und Neuseeland im Vergleich, Frankfurt am Main und New York 2002
- Kern, Ernst: Moderner Staat und Staatsbegriff, Berlin 1949
- Khalid, Mansour: The Government They Deserve: The Role of the Elite in Sudan`s Political Evolution, London/ New York 1990
- Khalil, Mohamed Ibrahim: Power Modell in Sudan, in: Sudanese Movement for Justice and Equality. Principles of Desired Constitution for Sudan, Asmara 2002
- Knoll, Joachim H.: Führungsauslese in Liberalismus und Demokratie: Zur politischen Geistesgeschichte der letzten hundert Jahre, Stuttgart 1957
- Kok, Peter Nyot: Governance and Conflict in the Sudan 1985 bis 1995, Hamburg 1996
- Krais, Beate (Hrsg.): Die Spitzen der Gesellschaft. Theoretische Überlegungen, in: Krais, Beate: An der Spitze. Von Eliten und Herrschenden Klassen, Konstanz 2001,S.7
- Kungla, Tarvo: Modernisierung auf der Kommunalen Ebene: Deutschland und Großbritannien im Vergleich: 1980er und 1990er Jahre, Wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des akademischen Grades „Master of Politics“, Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2001
- Langenau, Lars: In Afrika droht ein neuer Völkermord, in: <http://www.Spiegel.de> am 21.05.2004
- Langewiesche, Dieter: Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000
- Leggewie, Claus: What`s Next? Junge Eliten in den USA, in: Bude, H./ Schleissing, St.: Junge Eliten. Selbständigkeit als Beruf, Stuttgart, Berlin und Köln1997,S.23
- Lesch, Ann Mosely: The Sudan-Contested National Identities, Indiana 1998
- Linder, Wolf: Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven, Bern, Stuttgart undWien 2005
- Lobban Jr., Richard A./ Kramer, Robert S./ Fluehr- Lobban, Carolyn: Historical Dictionary of the Sudan, Third Edition, African Historical Dictionaries No. 85, London 2002
- Lomodog Lako, Philip: South Sudan Watch: Wealth Sharing Agreement,Washington D.C. 2005

- Lundin: Lundin Petroleum to resume field operation in Block 5B, Onshore Sudan, Presse Release, Stockholm 07.12.2005
- Lyons, Charles H.: Education and the Formation of National Elites: Katsina and Khartoum, in: Columbia Essay in International Affairs, Volume III, The Dean`s Papers, New York/ London 1968, S. 161 ff.
- MacMichael, Sir Harold: The Anglo-Egyptian Sudan, London 1965
- Mair, Stefan: Einführung in die politischen Rahmenbedingungen, in: Fachtagung "Menschenrechte in Afrika" des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik und des Bundesarbeitskreises Menschenrechte der CDU Deutschland, Berlin 2001
- Makec, John Wuol: Rights and Role of Women in Traditional Society with Reference to South Sudan, Khartoum 2001
- Makki, Maureen/ Ismail, Ellen: Frauen im Sudan – Afro- arabische Frauen heute, Wuppertal 1999
- Malwal, Bona: People & Power in Sudan: The Struggle for national Stability, London 1981
- Mangan, J.A.: The Education of an Elite Imperial Administration: The Sudan Political Service and the British Public School System, in: International Journal of African Historical Studies Vol. 15, No. 4, 1982, S. 671-699
- Marschall, Stefan: Parlamentarismus. Eine Einführung, Studienkurs Politikwissenschaft, Baden-Baden, 2005
- Martin, Percy F.: The Sudan in Evolution: A Study of the Economic, Financial and Administrative Conditions of the Anglo-Egyptian Sudan, London 1921
- Mattes, Hanspeter: Sudan, in: Handbuch der Dritten Welt, Band V, Bonn 1993, S. 156-177
- Mayardit in America & More, Presse Statement, Human Right Watch, Washington, 03.11.2005
- Mayom, Manyang: Sudan SPLM Leadership Bio-Data and Profiled, in: [http://www.sudantribune.com/article\\_impr.php3?id\\_article](http://www.sudantribune.com/article_impr.php3?id_article), am 30.12.2005, S. 3-4
- Meyers Großes Universal Lexikon, Band 5, Mannheim/ Wien/ Zürich 1996
- Meyers Großes Universal Lexikon, Band 15, Mannheim/ Wien/ Zürich 1994
- Möhring- Hesse, Matthias: Die demokratische Ordnung der Verteilung. Eine Theorie der sozialen Gerechtigkeit, Frankfurt a.M. 2004
- Mohamed, Abbas Ahmed: White Nile Arabs: Political Leadership and Economic Change, New Jersey 1980
- Münkler, H.: Die Neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg 2002

- Naschold, Frieder/ Bogumil, Jörg: Modernisierung des Staates. New Public Management und Verwaltungsreform, Opladen 1998
- Neil (Nhial), W. Y.: War and crisis resolution: The African- Arab ethnic conflict in the Sudan and its consequences for the nation state Sudan. A study in Conflict Resolution, Master Degree Thesis in International Relations, Faculty of the International Relations Department of Webster University in Leiden 1990
- Neumann, Franz: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, 1986
- Norris, Malcolm: Sudan: Administrative versus Political Priorities, London 1983
- Nyombe, B.G.V.: The Politics of Language, Culture, Religion and Race in the Sudan, in: Frankfurter Afrikanistische Blätter Nr. 6, 1994, S. 9-21
- O`Balance, Edgar: Sudan, Civil War and Terrorism, 1956-99, London 1999
- Offe, Claus: Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen, 2003
- Oxford Analytica: Sudan: Increased revenues present economic challenges, 18.11.2005, S. 2
- Pahl, R. E./ Winkler, J. T.: The economic elite: Theory and Practise, In: Stanworth, Philip/ Giddens, Anthony: Elites and Power in British Society, Cambridge 1974, S. 144, 122
- Pakenham, Thomas: The Scramble for Africa: White Man`s Conquest of the Dark Continent from 1876 to 1912, New York 1991
- Pangech, John: New Sudan Consciousness- The Unity. Revolutionary nationalism and black consciousness: a true national cause for the oppressed people in the Sudan, [http://www.sudantribune.com/article.php3?id\\_article=12777](http://www.sudantribune.com/article.php3?id_article=12777), am 28.11.2005
- Perthes, Volker: Elite Change and Systems Maintenance, in: Perthes, Volker: Arab Elites: Negotiating the Politics of Change Boulder, London 2004
- Peter, M.: Ecumenical lobby and advocacy in the post peace agreement period, Discussion paper, Oslo Donor Conference on Sudan, Oslo 2005
- Peterson, Dave: Peaceful Change and the Rise of Sudan`s Democracy Movement, in: African Security Review 11 (4), 2002, S. 60
- Press statement: Norway heads monitoring commission of Sudan peace deal, Norway Government appointed Ambassador Tom Vraalsen to lead the Assessment and Evaluation Commission (AEC), Oslo 2005
- Prunier, Gerard: Darfur: The Ambiguous Genocide, Purdue University, London 2005

- Rahhal, Suleiman Musa: What peace for the Nuba?, in: African Rights, London 1995, S. 115-120
- Rehhahn, K.: Eliten- oder Nieten- Manager? Eine Analyse der Darstellung deutscher Top-Manager in der Medien- Öffentlichkeit, Magisterarbeit zur Erlangung des akademischen Grades M. A. an der F. S. U. Jena, 2004, S. 7- 8
- Reinhold, Gerd/ Lamnek, Siegfried/ Recker, Helga: Soziologie-Lexikon, München/ Wien 1991
- Richova, Blanka: The Ethnic Conflict as the factor of State Coherency in Africa: The Case of the Sudan, in: Quarterly Journal of African and Asian Studies, Vol. 59, Heft 3, 1991, S. 289-312
- Rogier, Emeric: Designing an Integrated Strategy for Peace, Security and Development in Post-Agreement Sudan, Den Haag 2005
- Rohrauer, Monika: Demokratietheorie nach Kant, Europäische Hochschulschriften, 2004, S. 37 ff.
- Rokkan, Stein: Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans, Frankfurt am Main, 2000
- Roth, Maria/ Biel, M. R./ Majak, W.: Das Scheitern des Zusammenlebens zwischen arabischen und afrikanischen Stämmen im Sudan, Frankfurt am Main 2005
- Saeed, Osman: Der Sudankonflikt als Beispiel für den Konflikt zwischen Staat und Kultur. Freie wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Grades eines Diplom- Soziologen, Freie Universität Berlin, FB Philosophie und Sozialwissenschaften I, Berlin 2002
- Salih, Mohammed: The Interdependence between Rural Communication Systems and Mass Media, Case study, applied in Abu Surur-West Kordofan Sudan, Faculty of Social Science and Philosophy at the University of Leipzig, submitted as Dissertation in November 2004, S. 172 ff.
- Sanderson, Passmore Lillian: Education in the Southern Sudan. The Impact of Government-Missionary-Southern Sudanese Relationships upon the Development of Education during the Condominium Period, 1898-1956, London 1980
- Sauser-Hall, George: The Political Institutions of Switzerland, The Swiss National Tourist Office, 1946
- Scheuch, Erwin K.: The Structure of the German Elites across Regime Changes, in: Dogan, Mattei: Elite Configurations at the Apex of Power, International Studies in Sociology and Social Anthropology, 2003, S. 91 ff.

- Schlichte, Klaus: Krieg und Vergesellschaftung in Afrika. Ein Beitrag zur Theorie des Krieges, Münster 1996
- Schulz von Thun, Friedemann: Miteinander Reden 1- Störungen und Klärungen. Allgemeine Psychologie der Kommunikation, Hamburg 1998
- Seymour, Lee J. M.: The Oil-Conflict Nexus in Sudan: Governance, Development and Statebuilding, Money Makes the War Go Round: Transforming the Economy of War in Sudan, Maison International Bruxelles 2001
- Smith, Anthony D.: National Identity, London 1991
- Stammer, Otto: Das Eliteproblem in der Demokratie, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 71. Jg., II. Halbband, Berlin 1951, S. 50
- Stein, Nikolaus: Länderheft Sudan, Deutsche Afrika Stiftung, Heft 71, Bonn/ Königswinter 1998/ 99
- Steiner, Helmut: Über 50 Jahre ostdeutsche Elitenentwicklung seit 1945- Einige Thesen, in: Bollinger, Stefan/ Von der Heyden, Ulrich: Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland, Berlin 2002
- Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): Die Afro- Arabischen Beziehungen: Zusammenarbeit und Probleme, SWP-S 278, Fo.P1.IV.3c/80, 1980, S. 80ff.
- Sudan Focal Point Europe, Brief der SFP- E vom 19. 08.2005, S. 1- 3
- Sudantribune: East Sudan rebels vow to control Hameshkorib instead of SPLA, in: [http://sudantribune.com/article\\_impr.php3?id\\_article](http://sudantribune.com/article_impr.php3?id_article), am 28.12.2005
- Sudantribune: Ruling Party- Eastern Sudan rebel group sign agreement, in: [http://www.sudantribune.com/article\\_impr.php3?id\\_article](http://www.sudantribune.com/article_impr.php3?id_article), am 28.12.2005
- Sudantribune: Sudan alliance ministers to be sworn in on 1 December, in: [http://www.sudantribune.com/article\\_impr.php3?id\\_article](http://www.sudantribune.com/article_impr.php3?id_article), am 13.12.2005
- Sudantribune: Sudanese Minister, Chinese Delegation discuss Oil investment, in: [http://www.sudantribune.com/article\\_impr.php3?id\\_article](http://www.sudantribune.com/article_impr.php3?id_article), am 13.12.2005
- Sudantribune: Sudan Offers India more Oil Exploration Blocks, refinery project, in: [http://www.sudantribune.com/article\\_impr.php3?id\\_article](http://www.sudantribune.com/article_impr.php3?id_article), am 13.12.2005
- Sudantribune: Sudan Vice-President appoints Upper Nile State Cabinet, in: [http://www.sudantribune.com/article\\_impr.php3?id\\_article](http://www.sudantribune.com/article_impr.php3?id_article), am 13.12.2005
- Tait, John: Staat und Gesellschaft, Hamburg 1980

- Tetzlaff, Rainer: Demokratisierungsanläufe im Sudan- Ein Fall von Selbstblockierung durch eine politische Klasse, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Hamburg 1997, S. 6-12
- Tetzlaff, Rainer: Die politische Klasse des Sudans- unfähig zu demokratischer Konsensfindung und friedlicher Kompromissbildung?, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Heft 1, Baden-Baden 1997, S. 6-12
- Tetzlaff, Rainer: Selbstzerfleischung eines rassistisch zweigeteilten Landes, Hamburg 1992
- Tetzlaff, Rainer: Staatswerdung im Sudan: Ein Bürgerkriegsstaat zwischen Demokratie, ethnischen Konflikten und Islamisierung, Münster 1993
- Tetzlaff, Rainer: Staat und Gesellschaft, Verfassung und Regierung, Partei, Hamburg 1980, S. 31- 40
- The House of Nationalities: A Space for preserving the Unity and the Diversity of the South Sudan, January 2002
- Thiersch, H.: Bildung und Soziale Arbeit, Freiburg 2002
- Thomson, Alex: An Introduction to African Politics, London 2000
- Tombe Lako, George: Southern Sudan: The Foundation of a War Economy, Nairobi 1993
- Treptow, Rainer/ Liegle, Ludwig: Welten der Bildung in der Pädagogik der frühen Kindheit und in der Sozialpädagogik, Freiburg 2002
- Tull, Denis M.: Der Sudan nach dem Naivasha- Friedensvertrag. Noch kein Anlaß zur Euphorie, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2005
- United Nations: Security Council Refers situation in Darfur, Sudan, to Prosecutor of International Criminal Court, 2005
- United Nations: Sudan`s spezial court on Darfur crimes not enough, UN, 17.12.2005
- UNMIS: The CPA Monitor, Monthly Report on the Implementation of the CPA, March 2006, S. 1 ff.
- U.S. Embassy Khartoum, Sudan, News Release: U. S. Assistant Secretary for Africa Frazer to Visit Sudan, 20.10.2005, S. 1- 2
- Vaatz, A.: Die Rolle von Eliten im Transformationsprozess der neuen Bundesländer, In: Bude, H./ Schleissing., Stuttgart, Berlin und Köln1997, S. 51
- Verney, Peter: Sudan: Soziale Gruppen und Minoritäten- Konflikte, London1995, S. 48
- Voll, John Robert/ Voll, Sarah Potts: The Sudan: Unity and Diversity in a Multicultural State, London/ Sydney 1985

- Wakeford, Frances und John: Universities and the Study of Elites, in: Stanworth, Philip/ Giddens, Anthony: Elites and Power in British Society, Cambridge 1974, S. 185-187
- Warburg, Gabriel: The Sudan under Wingate. Administration in the Anglo-Egyptian Sudan 1899-1916, Haifa 1971
- Williams, Paul/ Bellamy Alex J.: The Responsibility to Protect and the Crisis in Darfur, In: Security Dialogue Vol. 36, No. 1, 2005, S. 30 ff.
- Wittrock, Matthias: Die Konstruktion von Geschichte, Nationalität und Herrschaft: Zu den Hintergründen der Konflikte im Sudan, In: Die Friedens-Warte, Journal of International Peace and Organization, Band 74, Heft 3, 1999, S. 379-394
- Woodward, Peter: Islam and Politics, in: Abdel-Rahim, M./ Badal, R./ Hardallo, A: Sudan Since Independence. Studies of the Political Development Since 1956, Colorado 1986, S. 1-6
- Woodward, Peter: Sudan, 1898-1989. The Unstable State, London 1990
- Woodward, Peter: Sudan After Nimeiri, London/ New York 1991

## 11. Anhang

### 11.1 Tabellen

Tabelle 2: die Herrscher des Funj-Königreiches

Lfn	Namen der Herrscher	Beginn	Ende
1	Amara Dunkas	1504	1534
2	Nayil Ibn Amara	1534	1551
3	Abdal-Qadir I Ibn Amara	1551	1558
4	Amara II Abu Sakikin Ibn Nayil	1558	1569
5	Dakin Al-Adil Ibn Nayil	1569	1586
6	Dawra Ibn Dakin	1586	1587
7	Tabl Ibn Abdal-Al-Qadir I	1587	1591

8	Abdal-Qadir II, Ibn Unsa I	1592	1604
9	Abdal-Qadir II, Ibn Unsa I	1604	1606
10	Adlan I, Ibn Unsa I	1606	1611
11	Badi I, Ibn Abdal-Qadir II, Sid Al-Qawm	1611	1617
12	Rubat I, Ibn Badi I	1617	1645
13	Badi II Abu Diqn Ibn Rubat I	1645	1681
14	Unsa II, Ibn Nasir Ibn Rubat	1681	1692
15	Badi III Al-Ahmar Ibn Unsa II	1692	1716
16	Unsa III, Ibn Badi II	1716	1720
17	Nul	1720	1724
18	Badi IV Abu Shulukh Ibn Nul	1724	1762
19	Nasir Ibn Badi IV	1762	1768
20	Ismail Ibn Badi IV	1768	1769
21	Adlan II, Ibn Ismail	1775	1776
22	Awkal Nasir Wad Muhammad	1780	1786
23	Tabl	1788	1789
24	Badi V, Ibn Tabl	1789	1790
25	Hassan Rabihi	1790	1791
26	Nuwwar	1791	1792
27	Badi VI, Ibn Tabl	1792	1793
28	Ranfa Idris Wad Muhammad	1798	1805



29	Badi VI Ajban	1805	1807
30	Beginn des Zerfalls des Sennar Königreichs <sup>687</sup>	1820	1821

Tabelle 3: In der Zeit vom 1650 bis 1889 regierten folgende Sultane in Darfur:

<b>Lfn</b>	<b>Namen der Herrscher</b>	<b>Beginn</b>	<b>Ende</b>
1	Sulayman Solong	1650	1680
2	Musa Ibn Sulayman	1680	1700
3	Ahmad Bakr Ibn Musa	1700	1720
4	Muhammad Dawra Ibn Ahmad Bakr	1720	1730
5	Umar Ibn Muhammad Dawra	1730	1739
6	Abu Al-Qasim Ibn Ahmad Bakr	1739	1752
7	Muhammad Tayrab Ibn Ahmad Bakr	1752	1786
8	Abdalrahman Al- Rashid Ibn Ahmad Bakr	1787	17803
9	Muhammad Al-Fadl Ibn Abdalrahman	1803	1838
10	Muhammad Husayn Ibn Muhammad Fadl	1838	1873
11	Muhammad Husayn Ibn Muhammad Fadl	1838	1873
12	Hasab Allah Ibn		1874

<sup>687</sup> Vgl. Lobban Jr., 2002, S. 329 - 330.

	Muhammad Fadl		
13	Bosh Ibn Muhammad Fadl		1874
14	Muhammad Harun Sayf Al-Rashid Ibn Bosh	1875	1880
15	Abdallah Dud Banja Ibn Bakr	1880	1884
16	Yusuf Ibn Ibrahim	1884	1888
17	Abu Al-Khayrat Ibn Ibrahim	1888	1889
18	Ali Dinar Ibn Zakariya Ibn Muhammad Fadl	1898	1916

Tabelle 4: Die türkisch-ägyptische Herrschaft „Tarikh al-Sudan“<sup>688</sup>, die ab 1821 begann, wurde von den nachfolgenden Gouverneuren gewährleistet:

Lfn	Namen der Herrscher	Beginn	Ende
1	Uthman Bey	1825	1826
2	Mahu Bey		1826
3	Khurshid Pasha	1826	1839
4	Ahmad Pasha Abu Widan	1839	1844
5	Ahmad Pasha Al- Manikli	1844	1845
6	Khalid Pasha	1846	1850
7	Abdal-Latif Pasha	1850	1851
8	Rustum Pasha	1851	1852
9	Ismail Pasha Abu Jabal	1852	1853
10	Salim Pasha	1853	1854

<sup>688</sup> Die Zeit der Türkischen Herrschaft wird als Tarikh al-Sudan bezeichnet.

11	Ali Pasha Sirri	1854	1855
12	Ali Pasha Jarkis	1855	1857
13	Arkil Bey Al-Armani	1857	1859
14	Hasan Bey Salamah	1859	1862
15	Muhammad Bey Rasikh	1862	1863
16	Musa Pasha Hamdi	1863	1865
17	Jafar Pasha Sadig		1865
18	Jafar Pasha Mazhar	1866	1871
19	Mumtaz Pasha	1871	1873
20	Ismail Pasha ayyub	1873	1877
21	Gordon Pasha	1877	1879
22	Rauf Pasha	1879	1882
23	Abdal-Qadir Pasha Hilmi	1882	1883
24	Alaal-Din Pasha Siddig		1883
25	Gordon Pasha	1884	1885

Tabelle 5: Die anglo- ägyptische Verwaltung des Sudans wurde durch folgende Personen abgesichert, die als Gouverneur- Generäle fungierten:

LfN	Name des Gouverneurs	Beginn der Herrschaft	End der Herrschaft
1	H.H. Kitchener	1898	1899
2	F.Reginald Wingate	1899	1916
3	Lee Stack	1916	1924
4	Geoffrey Archer	1924	1926
5	John Maffey	1926	1933
6	Stewart Symes	1934	1940
7	Hubert Huddleston	1940	1946
8	Robert Howe	1947	1955
9	Alexander K. Helm	1955	1956

Tabelle 6: Das Ergebnis der Kolonialpolitik der Eindämmung der Sklaverei im Sudan kann in der unter genannten Tabelle gesehen werden:

Jahr	Zahl der wegen Sklavenhandel angeklagten Menschen	Zahl der verurteilten Händler
1905	85	47
1906	68	23
1907	33	21
1908	34	11
1909	24	20
1910	36	28
1911	45	32
1912	41	37
1913	28	23
Gesamtzahl	394	242 <sup>689</sup>

Tabelle 7: Bis heute haben folgende Regierungschef den unabhängigen Sudan regiert:

LfN	Namen	Amt	Amtszeit	Ende
1	Ismail Al-Azhari	Ministerpräsident	1954	1956
2	Abdallah Khalil	Ministerpräsident	1956	1958
3	Ibrahim Abboud	Vorsitzender des Militärrates und Präsidenten des Sudans	1958	1964
4	Sirr Al-Khatim Al-Khalifah	Ministerpräsident	1964	1965

<sup>689</sup> vgl. Beshir 1968, S. 21.

5	Muhamed Ahmed Mahjoub	Ministerpräsident	1965	1966
6	Sadig Al-Mahdi	Ministerpräsident	1966	1967
7	Muhamed Ahmed Mahjoub	Ministerpräsident	1967	1969
8	Babiker Awadallah	Ministerpräsident	1969	1971
9	Jaafar Mohammed Numieri	Ministerpräsident und Präsident	1969	1985
10	Suwar Al-Dhaab	Vorsitzender des Militärrates (TMC)	1985	1986
11	Dafalla El-Gizouli	Ministerpräsident	1985	1986
12	Sadig Al-Mahdi	Ministerpräsident	1986	1989
13	Omer Hassan A. Al-Bashir	Vorsitzender des Militärrates und Präsident	1989	Bis heute

Tabelle 8: Nach der Wahl wurde Abdullah Khalil zum Premierminister des Sudans von Umma Partei mit der Regierungsbildung beauftragt. Am 20.03.1958 bildete er folgende Regierung<sup>690</sup>:

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunfts-region</b>	<b>Religions-zugehörigkeit</b>	<b>Ausbildung</b>
Mirghani Hamza	Stellv. Premierminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Mohammed Ahmed Mahgub	Außenminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent

<sup>690</sup> Vgl. Internationales Handbuch, 1958, S. 1-2.

Ibrahim Ahmed	Finanzminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mirghani Hamza	Innen und Bewässerungs- minister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Dr. Mamum Hussein Sherif	Verkehrminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Ziada Arbad	Erziehungs- und Justizminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Ali Abdel Rahman	Handel und Landwirtschafts- minister	N.	Muslim	N.B.
Mohammed Ahmed Abusin	Minister für Soziales	N.	Muslim	N.B.
Buth Diu	Minister für Öffentliche Arbeiten <sup>691</sup>	S.	N.B.	N.B.
Mohammed Nureddin	Minister für Gesundheit	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Abdelrahman Ali Taha	Minister für Lokale Regierung	N.	Muslim	N.B.
Santino Deng Tang	Minister <sup>692</sup> für Viehbestand	S.	Christ	N.B.
Ferdinand Adyang	Minister <sup>693</sup> für Bodenschätze	S.	N.B.	N.B.
Amin Eltom	Staatsminister	N.	N.B.	N.B.
Abdullah Abdelrahman	Minister. O.P.	N.	N.B.	N.B.

<sup>691</sup> Der Minister Buth Diu war offensichtlich ein Mitglied der Umma Partei, da das Ministerium für Arbeiten nach DUP-UMMA-Koalition der Umma zugeordnet war.

<sup>692</sup> Der Minister Santino Deng Tang war wahrscheinlich Mitglied der UMMA-Partei. Sein Ministerium gehörte der Umma nach der Koalitionsvereinbarung der beiden Parteien.

<sup>693</sup> Der Minister Ferdinand Adyang war Mitglied der UMMA-Partei.

Nugdalla				
----------	--	--	--	--

Tabelle 9: Die Armee unter General Ibrahim Abboud bildete folgendes Kabinett<sup>694</sup>:

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunfts- region<sup>695</sup></b>	<b>Religions- zugehörig- keit</b>	<b>Ausbildung</b>
Ibrahim Abboud	Präsident, Ministerpräsident und Verteidigungs- minister	N.	Muslim	Militärhochschule
Magboul Al Amin Al Hadj	Minister für örtliche Selbstverwaltung	N.	Muslim	Militärhochschule
Mohammed Talaat Farid	Erziehungsminister	N.	Muslim	Militärhochschule
Mohammed Ahmed Irwa	Innenminister	N.	Muslim	Militärhochschule
Suleiman Hussein	Verkehrminister	N.	Muslim	Militärhochschule
Ahmed Rida Farid	Landwirtschaftsminis- ter	N.	Muslim	Militärhochschule
Hassan Bechir Nasr	Kabinettschefminister	N.	Muslim	Militärhochschule
Ziada Osman Arbab	Arbeitsminister	N.	Muslim	N.B.
Abdel Magid Ahmed	Finanz- und Wirtschaftsminister	N.	Muslim	Hochschulabsolve- nt
Santino Deng	Viehzuchtminister	S.	Christ	N.B.
Ahmed Mohamed	Außen- und Bodenschatzminister	N.	Muslim	Hochschulabsolve- nt

<sup>694</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/Internat. Handbuch, Sudan/9/63, S. 19.

<sup>695</sup> Bei der Herkunftsregion wird nur Südsudan und Nordsudan betrachtet, da die politische Darstellung auf diese beide Landesteile beschränkt wurde.

Kheir				
Dr. Ahmed Ali Zaki	Gesundheitsminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Magboul Al Amin Al Hag	Handel und Industrieminister	N.	Muslim	Militärhochschule
Mekki Al Manna	Verkehr-, Wasserkraft- und Bewässerungsminister	N.	Muslim	N.B.
Ahmed Magdoub el Bahary	Minister für Selbstverwaltung	N.	Muslim	Militärhochschule
Mohammed Nasr Osman	Minister für Information und Arbeit	N.	Muslim	Militärhochschule

Tabelle 10: Im Jahr 1963 wurde der Sudan von einem sogenannten Obersten Staatsrat (Supreme Council of State) geführt. Dieser Rat regierte das Land neben dem Regierungschef. Der Oberste Staatsrat bestand aus folgenden Personen<sup>696</sup>:

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunftsregion</b>	<b>Religionszugehörigkeit</b>	<b>Ausbildung</b>
Dr. Mubarak Shaddat	Mitglied	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Dr. Tigani Al Mahi	Mitglied	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Dr. Abdul Halim Mohammed	Mitglied	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Lewis Adwok	Mitglied	S.	Christ	N.B.

<sup>696</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/Internat. Handbuch, Sudan 14/65, S. 22.



Ibrahim	Mitglied	N.	Muslim	N.B.
Jussef				
Suliman				

Tabelle 11: Mitglieder der Regierung von Ibrahim Aboud bis zum 30.10.1964

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunfts- region<sup>697</sup></b>	<b>Religions- zugehörig- keit</b>	<b>Ausbildung<sup>698</sup></b>
Serr Al- Khatim Al- Khalif	Ministerpräsident und Verteidigung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Clement Mboro	Innenminister	S.	Christ	N.B. <sup>699</sup>
Asbum Mandiry	Fernmeldewesen	S.	Christ	N.B.
Henery Paul	Arbeitsminister	S.	Christ	N.B.
Mubarak Zarrug	Finanz- und Wirtschaftsminister	N.	Muslim	N.B.
Al Rashid Al Tahir	Viehzucht	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mohamed Ahmed Mahgoub	Außenminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mohmed Ibrahim Khalil	Minister für Lokale Verwaltung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Ahmed Al Mahdi	Minister für Bewässerung und Energie	N.	Muslim	N.B.

<sup>697</sup> N.= Nordsudan, S.=Südsudan, O.=Ostsudan, W.= Westsudan.

<sup>698</sup> Bei der Ausbildung wurden nur Hochschulabsolventen eingetragen, da ein entsprechender Abschluss als wichtige Voraussetzung für die Aufnahme in den Kreis der Eliten im Sudan gilt.

<sup>699</sup> N.B.= Nicht bekannt.

Saleh Mahmud Ismail	Minister für Information und Arbeit	N.	Muslim	N.B.
Mohamed Subara Al Awad	Kabinetts- angelegenheiten	N.	Muslim	Hochschul- absolvent

Tabelle 12: Nach dem Sturz der militärischen Regierung unter General Ibrahim Abboud am 30. Oktober 1964 wurde eine Übergangsregierung<sup>700</sup> durch Serr Al-Khatim Al-Khalifa gebildet:

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunfts- region</b>	<b>Religionszu- gehörigkeit</b>	<b>Ausbildung</b>
Rahamtall ah Abdallah	Erziehungsminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Clement Mboro	Innenminister	S.	Christ	Hochschul- absolvent
Ambrose Wol	Verkehrsminister	S.	Christ	N.B.
Ahmed Sulaiman	Landwirtschafts-minister	N.	Muslim	N.B.
Asbum Mandiry	Verkehrs-verbinding- minister	S.	Christ	N.B.
Al Amin Mohamme d al Amin	Gesundheitsminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Abdel Rahman Alagib	Minister für Arbeit und Bodenschätze	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Maorak Zarroug	Finanzen und Wirtschaftsminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent

<sup>700</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/Internat. Handbuch, Sudan, 50/64, S.21.

Mohammed Salih Omer	Viehzuchtsminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Mohamed Ahmed Mahgoub	Außenminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Abdel Ismail	Minister für lokale Angelegenheiten	N.	Muslim	N.B.
Abdel Karim	Handel-, Industrie- und Versorgungsminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Ahmed al Sayed Hamad	Minister für Bewässerung und Energie	N.	Muslim	N.B.
Khalafalla Babiker	Informations- und Arbeitsminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Shafie Ahmed el Shaikh	Minister für Kabinettsangelegenheiten	N.	Muslim	Hochschulabsolvent

Tabelle 13: Kabinett von Numeiri ab 10.09.1977<sup>701</sup>

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunftsregion</b>	<b>Religionszugehörigkeit</b>	<b>Ausbildung</b>
Gaafar Mohammed Numeiri	Präsident, Regierungschef und Verteidigungsminister	N.	Muslim	Militärhochschule
Rashid Al Tahir Bakr	Außenminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Baha Al Din Mohammed Idris	Personalfragen im Amt des Präsidenten	N.	Muslim	Hochschulabsolvent

<sup>701</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/Internationales Handbuch, 1979, S.1-2/12.

Khalid Hassan Abbas	Gesundheitsminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Bona Malwal	Minister für Kultur und Information	S.	Christ	Hochschulabsolvent
Dafalla Al Hadj Jussef	Minister für Erziehung und Nationale Führung	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Abdel Hamid Abballa	Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Naturre Ressourcen	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Jussuf Abdallah Sidi Ahmed	Minister für Bauwesen und Öffentliche Arbeiten	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Bashir Abbadi	Minister für Industrie	N:	Muslim	Hochschulabsolvent
Osman Hashim Abdel Salam	Minister für Finanzen und Wirtschaft	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Karamalla Al Awad	Minister für Öffentliche Dienste und Verwaltung	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Yahia Abdul Magid	Minister für Bewässerung und Wasserkraft	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Mustafa Osman Hassan	Minister für Transport	N.	Muslim	N.B.
Ahmed Abdel Karim Badri	Minister für Kommunikation	N.	Muslim	Hochschulabsolvent

Mohamed Hashim Awad	Minister für Handel, Versorgung und Zusammenarbeit	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Nasr Al Din Mustafa	Minister für Planung	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Mohamed Sherif Al Tuhami	Minister für Bergbau und Energie	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Mohadi Al Fahal	Minister für Justiz und Generalstaatsanwalt	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Francis Deng	Staatsminister im Außenministerium	S.	Christ	Hochschulabsolvent
Ismail Al Hadj Musa	Staatsminister im Ministerium für Kultur und Information	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Ezzedin Hamed	Staatsminister für ägyptische Fragen	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Yasin Hakim	Staatsminister in Landwirtschaft und Ernährungsministerium	N.	Muslim	N.B.
El Sheich Bashir Al Sheich	Staatsminister im Ministerium für Lokalverwaltung	N.	Muslim	N.B.
Mohamed Mahgoub	Staatsminister für Presse	N.	Muslim	N.B.

Tabelle 14: Am 01.02.1979 fand eine Umbildung des Kabinetts der Numeiri- Regierung statt. Diese sah so aus:

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunfts- region</b>	<b>Religionszu- gehörigkeit</b>	<b>Ausbildung</b>
Gaafar Mohammed Numeiri	Präsident und Regierungschef	N.	Muslim	Militärhochschule
Rashid Al Tahir Bakr	Außenminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Baha El Din Mohammed Idris	Personalfragen im Amt des Präsidenten	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Khalid Hassan Abbas	Gesundheitsminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Ismail Al Hadj Musa	Minister für Kultur und Information	S.	Muslim	Hochschul- absolvent
Dafalla Al Hadj Jussef	Minister für Erziehung und Nationale Führung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Abdel Hamid Abballa	Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Naturressourcen	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Jussuf Abdallah Sidi Ahmed	Minister für Bauwesen und Öffentliche Arbeiten	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Abdulmagid Hamid Khalil	Minister für Verteidigung	N:	Muslim	Militärhochschule
Osman Hashim Abdel Salam	Minister für Industrie	N.	Muslim	Hochschul- absolvent

Badreddin Mohammed Ahmed Suleiman	Minister für Finanzen und Wirtschaft	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Yahia Abdul Magid	Minister für Bewässerung und Wasserkraft	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mustafa Osman Hassan	Minister für Transport	N.	Muslim	N.B.
Ahmed Al- sayed Hamad Badri	Minister für Kommunikation	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Faruk Almagbool	Minister für Handel, Versorgung und Zusammenarbeit	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mohamad Sherif Al Tuhami	Minister für Bergbau und Energie	N.	Muslim	N.B.
Mohamed Sherif Al Tuhami	Minister für Bergbau und Energie	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Nasr Al Din Mustafa	Minister für Planung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Hassan Al- Turabi	Minister für Justiz und Generalstaatsanwalt	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Galal Ali Lutfi	Staatsminister für Parlament Angelegenheit	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mohamed Mirgani	Staatsminister im Außenministerium	N.	Muslim	Hochschul- absolvent

Ismail Al Hadj Musa	Staatsminister beim Ministerium für Kultur und Information	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Ezzedin Hamed	Staatsminister für ägyptische Fragen	N.	Muslim	N.B.
Hassan Al-Gak	Staatsminister für Landwirtschaft und Bodenschätze	N.	Muslim	N.B.
Osman Alamin	Staatsminister für Ernährung	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
El Sheich Bashir Al Sheich	Staatsminister für Lokalverwaltung	N.	Muslim	N.B.
Mohamed Mahgoub	Staatsminister für Presse	N.	Muslim	N.B.
Haidar Kabsoon	Staatsminister für Öffentliche Dienste und Verwaltungsreform	N.	Muslim	N.B.

Tabelle 15: Im März und Juni 1980 bildete Präsident Gaafar Mohamed Numeiri seine Regierung erneut um. Das neue Kabinett<sup>702</sup> sah wie folgt aus:

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunftsregion</b>	<b>Religionszugehörigkeit</b>	<b>Ausbildung</b>
Gaafar Mohammed Numeiri	Präsident und Regierungschef	N.	Muslim	Militärhochschule
Ahmed Abdelrahmen Mohamed	Innenminister	N.	Muslim	N.B.

<sup>702</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/Internationales Handbuch 1981, S. 1-2



Baha El Din Mohamed Idris	Minister im Amt des Präsidenten	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Abu Bakr Osman Mohamed Salih	Minister im Amt des Präsidenten	N.	Muslim	N.B.
Khalid Hassan Abbas	Minister für Gesundheit	N.	Muslim	Militärhochschule
Ismail Al Hadj Musa	Minister für Kultur und Information	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Da falla Al Hadj Jussef	Minister für Ernährung und Nationale Führung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Omar Al Amin	Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Naturressourcen	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mohamed Sidi Ahmed Abdallah	Minister für Bauwesen und Öffentliche Arbeiten	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Abdulmagid Hamid Khalil	Minister für Verteidigung	N.	Muslim	Militärhochschule
Izz ad-Din Hamid	Minister für Industrie	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Badreddin Mohamed Ahmed Suleiman	Minister für Finanzen und Wirtschaft	N.	Muslim	Hochschul- absolvent

Rayah Abdel Salam	Minister für Bewässerung und Wasserwerkskraft	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Mustafa Osman Hassan	Minister für Transport	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Ahmed As-Sayed Hamad	Minister für Kommunikation	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Faruk Ibrahim Al Makbul	Minister für Handel und Versorgung und Zusammenarbeit	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Nasr El Din Mustafa	Minister für Planung	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Mohamad Sherif Al Tuhami	Minister für Bergbau, Energie	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Mohamad Sherif Al Tuhami	Minister für Bergbau, Energie	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Hassan Al-Turabi	Minister für Justiz und Generalstaatsanwalt	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Omer Mohamed Al Tayed	Minister für Nationale Sicherheit	N.	Muslim	Militärhochschule
Haida Kabsoon	Minister für Öffentliche Dienste und Verwaltungsreform	N.	Muslim	Hochschule
Mohamed Mirgani Mubarek	Staatsminister im Außenministerium	N.	Muslim	Hochschulabsolvent

Ismail Al Hadj Musa	Staatsminister für Kultur und Information	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Ezzedin Hamed	Staatsminister für ägyptische Fragen	N.	Muslim	Hochschulabsolvent

Tabelle 15: Am 24.11.1981 wurde das Kabinett<sup>703</sup> der sudanesischen Regierung unter Gaafar Mohamed Numeiri erneut umgebildet und stellte sich folgendermaßen dar:

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunftsregion</b>	<b>Religionszugehörigkeit</b>	<b>Ausbildung</b>
Gaafar Mohammed Numeiri	Präsident Regierungschef und Landwirtschaftsminister	N.	Muslim	Militärhochschule
Ahmed Abdelrahman Mohamed	Innenminister	N.	Muslim	N.B.
Abdulmagid Hamid Khalil	Minister im Amt des Präsidenten	N.	Muslim	Militärhochschule
Baha Al Din Mohamed Idris	Verteidigungsminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Khalid Al Kheir Omer	Minister im Amt des Präsidenten	N.	Muslim	N.B.
Jussef Michael Bakhit	Rechtsberater des Präsidenten	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Mohamed Mirgani Mubarak	Außenminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Abu Bakr	Minister für	N.	Muslim	Hochschul-

<sup>703</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/Internationales Handbuch 1981 und 82, S. 1-2/15,16.

Osman Mohamed Salih	Kabinetts- angelegenheiten			absolvent
Ali Mohamed Fadel	Gesundheitsminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mohamed Mahgoub Osman	Minister und Informationsberater	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
El Nazir Dafalla	Erziehungs- und Nationaler Führungsminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Babiker Ali Al Tom	Minister für Bauwesen und Öffentliche Arbeiten	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mohamed Al Bashir Elwagi	Industrieminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Ibrahim Moneim Mansour	Minister der Finanzen und Planung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Khalid Hassan Abbas	Minister für Transport und Kommunikation	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Faruk Ibrahim Al Magboul	Minister für Handel, Versorgung und Zusammenarbeit	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Hyder Mohamed Kabsoun	Minister für Beschäftigungsfragen	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mohamed Sharif Al Tuhami	Minister für Bergbau und Energie	N.	Muslim	Hochschul- absolvent

Hassan Al Turabi	Minister der Justiz und Generalstaatsanwalt	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Gismalla Abdalla Rassas	Chef der Lokalregierung des Südsudans	S.	Muslim	Militärhochschule

Tabelle 16: Am 01. Mai 1984 wurde die Regierungsumbildung<sup>704</sup> durch Präsidenten Numeiri wie folgt vorgenommen:

Namen	Funktion	Herkunftsregion	Religionszugehörigkeit	Ausbildung
Gaafar Mohammed Numeiri	Präsident Regierungschef und Verteidigungsminister	N.	Muslim	Militärhochschule
Omer Mohamed Al Tayeb	Chef der Staatssicherheit	N.	Muslim	Militärhochschule
Ali Jassin Ibrahim	Innenminister	N.	Muslim	N.B.
Osman Abdel Rahman Hakim	Landwirtschaftsminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Siegnoun Al Zein Siegnoun	Minister für Bewässerung	N.	Muslim	N.B.
Farah Hassan	Minister für Arbeit und Sozialversicherung	N.	Muslim	N.B.

<sup>704</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/ICH-Länder aktuell 1984, S.1-2

Awad Al Jeed Mohamed Ahmed	Minister im Präsidentialamt	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Haskim Osman	Außenminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Abu-Bakr Osman Mohamed Saleh	Kabinettsminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Abdelsalam Saleh Isa	Gesundheitsminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Ali Mohamed Shumo	Minister für Nationale Führung und Information	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Osman Sid Ahmed Ismail	Erziehungsminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Abel Alier	Minister für Bauwesen und Öffentliche Arbeiten	S.	Muslim	Hochschulabsolvent
Mohamed El Bashir Al Wagie	Industrieminister	N.	Muslim	N.B.
Ibrahim Moneim Mansour	Minister der Finanzen und Planung	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Khalid Hassan Abbas	Minister für Transport und Kommunikation	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Jaafar Al Hassan Saleh	Minister für Handel, Versorgung und Zusammenarbeit	N.	Muslim	N.B.

Mohamed Sharif Al Tuhami	Minister für Bergbau und Energie	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Rashid Al-Tahir Bakr	Minister für Justiz und Generalstaatsanwalt	N.	Muslim	Hochschulabsolvent

Tabelle 17: Am 22.04.1985 wurde eine Übergangsregierung<sup>705</sup> unter Ministerpräsidenten Gizouli Dafallah gebildet. Diese setzte sich wie folgt zusammen:

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunftsregion</b>	<b>Religionszugehörigkeit</b>	<b>Ausbildung</b>
Gizouli Dafallah	Ministerpräsident	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Samuel Aro Bol	Vizeministerpräsident und Minister für Bewässerung	S.	Christ	Hochschulabsolvent
Ibrahim Taha Ayyub	Außenminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Osman Abdallah Mohamed	Verteidigungsminister	N.	Muslim	Militärhochschule
Abbas Medani	Innenminister	N.	Muslim	Militärhochschule
Awad Abdel Megid	Finanzen- und Planungsminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Sid Ahmed Sayed	Handels-, Kooperations- und Versorgungsminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Abdelaziz Osman	Minister für Industrie, Energie und Bergbau	N.	Muslim	Hochschulabsolvent

<sup>705</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/ICH-Länder aktuell 35/ 1984, S.1-2/ 21

Moussa				
Sadig Abdin	Minister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mohamed Bashir Hamed	Minister für Kultur und Information	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Bashir Hadj-Tomi	Minister für Erziehung und Ausbildung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Hussein Abu Saleh	Minister für Gesundheit und Soziales	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Amin Mekki Madani	Minister für Wohnungs- und Bauwesen	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Oliver Albino	Minister für Öffentlichen Dienst und Arbeit	S.	Christ	Hochschul- absolvent
Peter Gatkuoth	Minister für Verkehr und Fernmeldewesen	S.	Christ	Hochschul- absolvent

Tabelle 18: Koalitionsregierung

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunfts- region</b>	<b>Religionszu- gehörigkeit</b>	<b>Ausbildung</b>
Saddig Al- Mahdi	Ministerpräsident	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Sharif Sein Al abdin Al-Hindi	Stellv. Ministerpräsident	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Abdul Mahmoud Hadj Saleh	Minister für Finanzen und Planung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent



Adam Mussa Madido	Minister für Energie und Bergbau	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Omer Nur Al Daim	Minister für Landwirtschaft und Naturschätze	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Ismail Abu- Bakr	Minister für Tierhaltung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mubarak Abdallah Al Mahdi	Minister für Industrie	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mohamed Ahmed Yagi	Minister für Verfassung und Befriedung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Sid Ahmed Al-Hussein	Innenminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Bakri Ahmed Adeel	Minister für Erziehung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mohamed Taher Al- Geylani	Minister für Öffentliche Arbeiten	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Hussein Abu Saleh	Gesundheitsminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mohamed Taufik	Minister für Kultur und Information	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mohamed Jussef Abu Harira	Minister für Handel und Versorgung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Sarafino Wani Swaka	Minister für Transport und Fernverbindungen	N.	Muslim	Hochschul- absolvent

Walter Koni Jok	Minister für Öffentliche Dienste	S.	Christ	Hochschul- absolvent
Joshua Dei Wall	Minister für Lokalverwaltung	S.	Christ	Hochschul- absolvent
Aldo Ajo Deng	Minister für Bewässerung	S.	Christ	N.B.
Saleh Al Din Abdelsalam	Minister im Amt des Präsidenten	N.	Muslim	Hochschul- absolvent

Tabelle 19: Am 03.06.1987 bildete Premierminister Al-Mahdi seine Regierung<sup>706</sup> um:

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunfts- region</b>	<b>Religionszu- gehörigkeit</b>	<b>Ausbildung</b>
Saddig Al- Mahdi	Ministerpräsident und Verteidigungs- minister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mohamed Taufik Ahmed	Außenminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Abdul Mahmoud Hadj Salih	Justizminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Beshir Omer	Finanzen und Planungsminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Lawrence Mode Tombe	Minister für Arbeit	S.	Christ	Hochschul- absolvent
Rashid Ibrahim Abdul- Karim	Minister für Soziale Fragen	N.	Muslim	Hochschul- absolvent

<sup>706</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/IH- Länder aktuell 44/87, S.1-2.

Hassan Mohamed Mustafa	Minister für Jugend und Sport	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Adam Musa Madibu	Minister für Energie und Bergbau	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Omer Nour el-Daim	Minister für Landwirtschaft und Naturschätze	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Mubarak Al-Fadel Al-Mahdi	Minister für Industrie	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Sid Ahmed Al-Hussein	Innenminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Bakri Ahmed Adeel	Erziehungsminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Mohamed Taher Al-Geilani	Minister für Öffentliche Arbeiten und Wohnungswesen	N.	Muslim	N.B.
Hussein Abu Saleh	Minister für Gesundheit	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Maamoun Sinada	Minister für Kultur und Information	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Ibrahim Hassan Abdelgalil	Handels- und Versorgungsminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Aldo Ajo Deng	Minister für Transport und Fernverbindungen	S.	Christ	N.B.
Red Choul Gok	Minister für Lokalverwaltung	S.	Christ	N.B.

Mahmoud Beshir Gamaa	Minister für Bewässerung	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Salah Abdelsalam Al-Kalifah	N.B.	N.B.	N.B.	N.B.

Tabelle 20: Am 15.05. 1988 kam es wieder zu einer Regierungsbildung<sup>707</sup> der Koalition unter der Führung von Saddig Al-Mahdi. Diese sah wie folgt aus:

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunftsregion</b>	<b>Religionszugehörigkeit</b>	<b>Ausbildung</b>
Saddig Al-Mahdi	Ministerpräsident	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Mubarak Al-Fadel Al-Mahdi	Innenminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Sid Ahmed Al-Hussein	Außenminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Mubarak Osman Rahma	Minister der Verteidigung	N.	Muslim	Militärhochschule
Osman Omar Al-Sharif	Minister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Omer Nour Al-Daim	Minister für Finanzen und Wirtschaftsplan	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Okasha Babikr Al-Tayyeb	Minister für Arbeit und Soziale Sicherheit	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Hadj Mohamed	Minister für Soziales und Flüchtlinge	N.	Muslim	N.B.

<sup>707</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/IH- Länder aktuell 21/89, S.1-2 und 46/88, S. 1-2.

Mussa				
Hassan Ali Shabu	Minister für Flüchtlingshilfe	N.	Muslim	N.B.
Joseph Ocelle	Minister für Jugend und Sport	S.	Christ	N.B.
Beshir Omer	Minister für Energie und Bergbau	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Aldo Ajo Deng	Minister für Landwirtschaft und Naturschätze	S.	Christ	Hochschulabsolvent
Mirghani Abdel Rahman Suleyman	Minister für Binnenhandel und Versorgung	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Paulino Zizi	Minister für Tierhaltung	S.	Christ	N.B.
Ibrahim Radwan	Minister für Industrie	N.	Muslim	N.B.
Al-Sheikh M. Gaafar	Minister für Erziehung, Wiss. Und Forschung	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Ismail Abaker	Minister für Öffentliche Arbeiten und Wohnungswesen	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Abdel Rahman Abu Al-Koull	Minister für Gesundheit	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Hussein Suleyman Abu Saleh	Minister für Kultur und Information	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Robert Bandi	Minister für Lokalregierungen	S.	Christ	Hochschulabsolvent

Mohamed Hamad Kowa	Minister für Tourismus	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Abu Zeid Mohamed Saleh	Minister für Verwaltungsreform	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Richard Makobi	Minister für Regionale Koordination	S.	Christ	Hochschulabsolvent
Mahmoud B. Gamaa	Minister für Bewässerung und Wasserkraft	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Abdel Malek Al-Jaali	Minister für Religiöse Fragen	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Salah A. Al-Kalifah	Minister für Präsidenten und Kabinettsfragen	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Anglo Beda	Minister	S.	Christ	Hochschulabsolvent

Tabelle 21: Die Zusammensetzung des Militärrates bestand aus sieben Brigadegenerälen, fünf Oberst, zwei Oberstleutnant und einem Major. Zu dem oben genannten Militärrat gehörten zwei Oberstleutnant aus dem Südsudan. Dieser Militärrat sah im Juli 1989 wie folgt aus:<sup>708</sup>

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunftsregion</b>	<b>Religionszugehörigkeit</b>	<b>Ausbildung</b>
Omer Hassan Ahmed Al-Bashir	Ministerpräsident und Verteidigungsminister sowie Vorsitzender des Militärrates	N.	Muslim	Militärhochschule
Al-Zubair Muhammed	Stellv. Ministerpräsident	N.	Muslim	Militärhochschule und Hochschul-

<sup>708</sup> Vgl. Lesch, 1998, S. 226-227.

Salih				absolvent
Ibrahim Shams Al- Din	Vorsitzender des Verwaltungs- und Rechtsausschusses der Regierung	N.	Muslim	Militärhochschule
Bakri Hassan Salih	Vorsitzender des Sicherheits- und Operationsausschuss der Regierung	N.	Muslim	Militärhochschule
Salah Al- Din Muhammad Ahmed Karrar	Vorsitzender des Wirtschaftsausschuss	N.	Muslim	Militärhochschule
Dominique Kassiano	Politischer Beauftragter für Equatoria-Region	S.	Christ	Militärhochschule
Muhammad Al-Amin Al-Khalifa Yunis	Politischer Beauftragter für Ostregion	N.	Muslim	Militärhochschule
Osman Ahmad Hassan	Politischer Beauftragter für Nordregion	N.	Muslim	Militärhochschule
Faisal Ali Abu Salih	Innenminister	N.	Muslim	Militärhochschule
Pio Yukwan Deng	Politischer Beauftragter für Ober Nil	S.	Christ	Militärhochschule
Martin Malwal Arup	Politischer Beauftragter für Bahr al-Ghazal	S.	Christ	Militärhochschule

Faysal Madani Mukhtar	Politischer Beauftragter für Kordofan Region	N.	Muslim	Militärhochschule
Titani Adam Al- Tahir	Politischer Beauftragter für Darfur-Region	N.	Muslim	Militärhochschule
Sulaiman Muhammad Sulaiman	Sprecher des Militärrates, Vorsitzender des Informationsrates und politischer Beauftragter für Zentralregion	N.	Muslim	Militärhochschule
Ibrahim Nayil Idam	Vorsitzender der Nationalsicherheit	N.	Muslim	Militärhochschule
Abdal- Rahim Muhammad Hussain	Sekretär des Militärrates	N.	Muslim	Militärhochschule

Tabelle 22: Am 10.07.1989 bildete Al- Bashir eine ordentliche Regierung. Diese setzte sich so zusammen:<sup>709</sup>

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunfts- region</b>	<b>Religionszu- gehörigkeit</b>	<b>Ausbildung</b>
Omer Hassan Ahmed Al- Bashir	Ministerpräsident und Verteidigungsminister	N.	Muslim	Militärhochschule
El Zubier Mohamed Saleh	Stellv. Ministerpräsident	N.	Muslim	Militärhochschule

<sup>709</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/IH- Länder aktuell 37/89



Ibrahim Al Tayeb	Minister für Kabinettsangelegenheiten	N.	Muslim	Hochschule
Faisal Ali Abu Saleh	Innenminister	N.	Muslim	Militärhochschule
Hassan Ismail Al Beili	Justizminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Sayed Ali Saki	Minister für Finanzen und Wirtsch. Planung	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Ali Sahlul	Außenminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Ali Schumo	Minister für Kultur und Information	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Ahmed Ali Geneif	Minister für Landwirtschaft, Naturre Ressourcen	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Abdallah Deng Lual	Minister für Politische Orientierung und Führung	S.	Muslim	Hochschulabsolvent
Natali Bankar Ambo	Minister für Lokalregierung	S.	N.B.	N.B.
Mahgoub E. Badawi Mohammed	Minister für Erziehung	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Mohammed El Hadj Mamoun Al Mahdi	Minister für Wohnungsfragen und Öffentliche Arbeiten	N.	Muslim	N.B.
Peter Arwat Ador	Minister für Flüchtlinge und Eingliederung	S.	Christ	N.B.

Ali Ahmed Ibrahim	Minister für Transport	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Rev. George Kinga	Minister für Arbeit und Sozialsicherung	S.	Christ	Hochschulabsolvent
Faruk Al Bushra	Minister für Versorgung, Handel und Kooperation	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Schakir Al Siraj	Minister für Gesundheit und Soziales	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Mohamed Omar Abdallah	Minister für Industrie	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Jakub Musa Abu Schora	Minister für Bewässerung	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Abdel Moneim Khogali	Minister für Energie und Bergbau	N.	Muslim	Hochschulabsolvent

Tabelle 23: Am 12.08.1995 bildete General Al- Bashir seine Regierung um und stellte folgendes Kabinett zusammen:<sup>710</sup>

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunfts-region</b>	<b>Religionszugehörigkeit</b>	<b>Ausbildung</b>
Omer Hassan Ahmed Al-Bashir	Staatspräsident und Premierminister	N.	Muslim	Militärhochschule
El Zubier Mohammed Saleh	Vizepräsident	N.	Muslim	Militärhochschule

<sup>710</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/IH -Länder aktuell 50/95, S. 1-2

George Kongor Arop	Zweiter Vizepräsident	S.	Christ	Polizeihochschule
Ali Osman Mohammed Taha	Außenminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Abdel Rahim Mohammed Hussein	Minister für Präsidialangelegenheiten	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Bakri Hassan Saleh	Innenminister	N.	Muslim	Militärhochschule
Hassan Abdelrahman Ali	Verteidigungsminister	N.	Muslim	Militärhochschule
Abdel Aziz Shiddu	Justiz- und Generalstaatsanwalt	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Abdullah Hassan Ahmed	Minister der Finanzen	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Kabshour Kuku	Minister für Bildung	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Ahmed Ali Geneif	Landwirtschaftsminister	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Ibrahim Ahmed Omer	Minister für Höhere Bildung und Wissenschaft	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Awad Ahmed Al-Jaz	Minister für Bergbau und Energie	N.	Muslim	Hochschulabsolvent
Mohammed Tahi Aila	Minister für Handel	N.	Muslim	Hochschulabsolvent

Badr M. Ahmed Sulaiman	Minister für Industrie	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Ali Fateh M. Ali	Minister für Transport	N.	Muslim	Militärhochschule
Osman Abdul Gadir Abdul Latif	Minister für Straßenwesen und Kommunikation	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Al-Tayed Ibrahim M. Khair	Minister für Arbeit und Verwaltungsreform	N.	Muslim	Militärhochschule
Galwak Deng	Minister für Gesundheit	N.	Christ	Militärhochschule
Yacoub Musa Abu Shora	Minister für Bewässerung	N.	Muslim	N.B.
Mohammed Amin Al- Khalifa	Minister für Soziales	N.	Muslim	Militärhochschule
Abdel Bassit Sabdarat	Minister für Kultur und Information	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Dominic Kassiano Bakhit	Minister für Tourismus und Umwelt	N.	Christ	Militärhochschule
Ali Al-Haj Mohamed	Minister für Bundesverwaltung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Al-Tigani Adam Al- Tahir	Minister für Luftfahrt	N.	Muslim	Militärhochschule

Salah Mohamed Ahmed Karrar	Minister für Kabinetts- angelegenheiten	N.	Muslim	Militärhochschule
-------------------------------------	---	----	--------	-------------------

Tabelle 24: Am 21.04.1996 wurde wieder der sudanesischen Regierung unter Präsidenten Bashir umgebildet. Das folgende Kabinett<sup>711</sup> wurde zusammengestellt:

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunfts- region</b>	<b>Religionszu- gehörigkeit</b>	<b>Ausbildung</b>
Omer Hassan Ahmed Al- Bashir	Staatspräsident und Premierminister	N.	Muslim	Militärhochschule
Al-Zubair Mohammed Saleh	Erster Vizepräsident	N.	Muslim	Militärhochschule
George Kongor Arop	Zweiter Vizepräsident	N.	Muslim	Polizeihochschule
Salah Mohammed A. Karrar	Minister für Kabinetts- angelegenheiten	N.	Muslim	Militärhochschule
Abdel Rahim M. Hussein	Kabinetts- angelegenheiten	N.	Muslim	Militärhochschule
Ali O. Mahammed Taha	Außenminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Bakri Hassan Saleh	Innenminister	N.	Muslim	Militärhochschule

<sup>711</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/IH -Länder aktuell 36/96, S.1-2

Hassan Abdelrahman Ali	Verteidigungsminister	N.	Muslim	Militärhochschule
Abdel Bassit Sabdarat	Justizminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Abdel Wahab Osman	Wirtschafts- und Finanzminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Nafi Ali Nafi	Land- und Forstwirtschaftsminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Moussa Al- Mek Kor	Minister für Viehzucht	N.	Muslim	N.B.
Osman Al- Hadi Ibrahim	Minister für Außenhandel	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Yagoub M. Abou Choura	Minister für Bewässerung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Badr M. Ahmed Suleiman	Minister für Industrie	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Awad Ahmed Al- Jaz	Minister für Bergbau und Energie	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Albino Akol Akol	Minister für Transport	S.	Christ	Militärhochschule
Al-Hadi Bouchra	Minister für Straßenbau und Kommunikation	N.	Muslim	Militärhochschule

Galwak Deng Garang	Minister für Bauwesen	S.	Christ	Militärhochschule
Al-Tigani Adam Al- Taher	Minister für Luftfahrt	N.	Muslim	Militärhochschule
Mohammed Tahi Eila	Minister für Umwelt und Tourismus	N.	Muslim	N.B.
Kabshour Kuku	Minister für Bildung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Abdel Wahab Abdelrahim	Minister für Wissenschaft und Forschung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mohammed Amin Al- Khalifa	Minister für Soziales	N.	Muslim	Militärhochschule
Angelo Beda	Minister für Öffentlichen Dienst	S.	Christ	N.B.
Ihsane Abdallah Al- Ghabshawi	Minister für Gesundheit	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Al-Tayeb Ibrahim M. Khair	Minister für Kultur und Information	N.	Muslim	Militärhochschule
Ali Al-Haj Mohammed	Minister für Bundesverwaltung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent

Tabelle 25: Am 22.02.2001 kam es zu einer wesentlichen Umbildung des Kabinetts von Bashir. Das neue Kabinett sah wie folgt aus:<sup>712</sup>

<sup>712</sup> Vgl. Munzinger-Archiv/ICH-Länder aktuell 32/03, S.1-2.

<b>Namen</b>	<b>Funktion</b>	<b>Herkunfts- region</b>	<b>Religionszu- gehörigkeit</b>	<b>Ausbildung</b>
Omer Hassan Ahmed Al- Bashir	Präsident	N.	Muslim	Militärhochschule
Ali Osman Mohammed Taha	Erster Vizepräsident	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Moses Kashol Mchar	Vizepräsident	S.	Christ	Hochschul- absolvent
Mubarak Al-Fadil Al-Mahdi	Assistent des Präsidenten	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Ali Hassan Taj Eddin	Präsidentenberater	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Al-Tayyib I.M. Khayir	Minister im Präsidialamt	N.	Muslim	Militärhochschule
Tayyar Abdullah Ali Safir Al-Nur	Kabinettsminister	N.	Muslim	Militärhochschule
Bakri Hassan Saleh	Minister der Verteidigung	N.	Muslim	Militärhochschule
Mustafa Osman Ismail	Außenminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Abdel Rahim M. Hussein	Innenminister	N.	Muslim	Militärhochschule



Ali Mohammed Osman Yassin	Justizminister	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Ibrahim Mahmoud Hamid	Minister für Humanitäre Angelegenheiten	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Al-Zahawi Ibrahim Malek	Minister für Information und Kommunikation	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Nafie Ali Nafie	Minister der Bundesverwaltung	N.	Muslim	N.B.
Ahmad Hassan Al- Zobeir	Minister für Wirtschaft und Finanzen	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Yusuf Suliman Takana	Minister für Internationale Kooperation	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Abdel Hamid Moussa Kasha	Minister für Außenhandel	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Jalal Yusuf Muhammad Al-Dioqair	Minister für Industrie	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Al-Sherif A. Omar Badir	Minister für Investitionen	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Majzoub Al-Khalifa Ahmed	Minister für Land- und Forstwirtschaft	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Galwak Deng	Minister für Tierzucht	S.	Christ	Militärhochschule

Kamal Ali Mohamede	Minister für Bewässerung und Wasserressourcen	N.	Muslim	N.B.
Awad Ahmed Al- Jaz	Minister für Energie und Bergbau	N.	Muslim	N.B.
Al- Sammani Al-Sheikh Al- Waseilah	Minister für Transport	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Mohammed Tahir Eila	Minister für Straßen	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Joseph Malwal	Minister für Luftfahrt	S.	Christ	Hochschul- absolvent
Abdel Basset A. Maged	Minister für Kultur	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Abdel Galil Al-Basha	Minister für Tourismus und Nationales Erbe	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Ahmed Babikir Nahar	Minister für Bildung	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Ali Tamim Fartak	Minister für Elektrizität	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Alison Manani Magaya	Minister für Arbeit und Verwaltung	S.	Christ	Militärhochschule
Ahmed Bilal Osman	Minister für Gesundheit	N.	Muslim	Hochschul- absolvent

Issam Ahmed Al- Bashir	Minister für Religions- angelegenheiten	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Samia Ahmed Mohammed	Minister für Soziales	N.	Muslim	N.B.
Al-Tigani Adam Al- Tahir	Minister für Umwelt und Stadtentwicklung	N.	Muslim	Militärhochschule
Abdel Basset Sabdarat	Minister für Parlaments- angelegenheiten	N.	Muslim	Hochschul- absolvent
Hassan Osman Rizq	Minister für Jugend und Sport	N.	Muslim	N.B.

## 11.2 : Sudans historische Daten

- 600-1500      Ankunft des Islams im Sudan
- 1820-1884    Turko- Ägyptische Herrschaft
- 1884 –1897   Mahdi -Herrschaft im Nordsudan und Intensivierung der Sklaverei im Süden
- 1874           Mahdi besetzt Darfur und integrierte es in seinem Staat.
- 1878           Mahdi wird von Großbritannien und Ägypten geschlagen und der Mahdi- Staat aufgelöst
- 1898           begannt die Britisch- Ägyptische Kondominiums- Herrschaft.
- 1916           Ali Dinar von Darfur wird militärisch besiegt und Darfur kam unter Britische Herrschaft.
- 1930           Die Briten führen die sog. „Native Administration“ im Sudan ein.
- 1947           Durchführung der „Juba Conference“ und der Einigung zur Bildung eines Gesamten Sudans zwischen Nord- und Südsudan.
- 1955           Beginn des 1. Bürgerkrieges zwischen Islamischen Nord- und mehrheitlich

- Christlichen Südsudan.
- 1956 Unabhängigkeit des Sudans.
- 1972 Unterzeichnung des Addis- Abeba- Abkommens zwischen Süden und Norden; Autonomieregierung für den Süden wurde gegründet.
- 1983 Abschaffung der Autonomie- Regierung des Südsudans; Einführung des Islamischen Scharia- Rechtes; Teilung des Südens in kleine unkoordinierte Verwaltungseinheiten; Beginn des zweiten Bürgerkriegs im Sudan.
- 1983 Gründung der Sudan People Liberation Movement und Sudan People Liberation Army (SPLM/SPLA) unter Führung von Col. Dr. John Garang de Mabior.
- 1989 Präsident Omer Ahmed Al- Bashir übernahm die Macht durch Staatsstreich.
- 1991 Aufspaltung der SPLM/SPLA in zwei Flügel: SPLM/SPLA- „Torit- Fraktion“ unter Dr. John Garang de Mabor und SPLM/SPLA-United unter Dr. Riek Machar Teny.
- 1997 Unterzeichnung eines Friedenabkommens zwischen Machar Teny Fraktion und der Regierung von Sudan; Südsudan wurde unter Machar wieder vereinigt; es folgte die Bildung eine Autonomie-Regierung „Coordination Council for Southern States“; Machar Teny wird zugleich zum Assistenten des Sudanpräsidenten ernannt.
- 2000 Einigung von Dr. John Garang und Dr. Riek Machar Teny unter dem Namen SPLM/SPLA.
- 02.2003 Gründung der Sudan Liberation Army (SLA) in Darfur: Vorsitzender Abdul Wab al Nur
- 03.2003 Gründung der Justic and Equality Movement (JEM) in Darfur: Vorsitzender Dr. Ibrahim Khalil.
- 2005 Unterzeichnung des „Comprehensive Peace Agreements“ zwischen Regierung von Sudan und der SPLM/SPLA. Dr. John Garang wird Stellv. Präsident des Sudans und Präsident der Regierung des Südsudans (GOSS).
- 30.07. 2005 starb Dr. John Garang bei einem Hubschrauberabsturz an der sudanesischen ungandischen Grenze.
- 11.08. 2005 wird Salva Kiir Mayadit Nachfolger von Dr. John Garang de Mabior und übernahm die Funktionen des Stellv. Präsidenten des Sudans und Präsidenten der Regierung des Südsudans (GOSS).

30.09.2005 Bildung der Regierung der „Nationalen Einheit“ zwischen SPLM und der bisherigen regierenden islamischen Partei „National Congress“

### **11.3: Währungen**



Das oben abgebildete Geld wurde im „New Sudan“ oder in den von SPLM- Kontrollierten Gebieten des Sudans als Währung verwendet und von den benachbarten Ländern des Sudans anerkannt. Der New Sudan umfasst sowohl Gebiete des Südsudans, der Nuba-Berge, des Beja-Landes (Ostsudan) und Westsudans z.B. Abyei.

#### 11.4: SUDAN PEOPLES' LIBERATION MOVEMENT (SPLM)

- Office of the SPLM Secretary General
- THE SPLM INTERIM POLITICAL BUREAU

## FINAL COMMUNIQUE

April 5, 2006 (RUMBEK) — Between the 2nd and 5th April 2006, the Interim Political Bureau (IPB) of the Sudan Peoples' Liberation Movement (SPLM) held its first meeting at Rumbek. The meeting was attended by all members of the Bureau and chaired by the SPLM Chairman Comrade Salva Kiir Mayardit. The meeting observed a minute of silence in the memory of SPLM/A martyrs and the late Great Leader, Dr. John Garang de Mabior.

At the top of the IPB's agenda was **the transformation of the SPLM into a political organization** and equipping it to face multiple transitions: the transitions from war to peace, from a liberation movement to a political party competing on level ground with other political forces in a multi-party democracy, from a party limited by the circumstances of war to operating in the "liberated areas" to one operating openly all over the country. In this connection, **the IPB reaffirmed the national vocation of the SPLM and its commitment to continue the struggle, through political democratic means, to achieve its objective of creating a new Sudan.**

To that end, the IPB endorsed the structures created, based on **the 1994 SPLM National Convention**, by the Chairman vide Resolution 4, dated 21st February 2006, and created organizational structures all over the country to enable it achieve the above objectives. It also adopted Basic Rules, Financial Regulations and codes of conduct to govern its activities as well as actions by its leaders and members. However, the first business to which the IPB and the General Secretariats shall give immediate attention to is **the building of the Movement from the grass roots level leading to the Second SPLM Convention which shall take place at a time and in a place to be determined in the very near future.**

Furthermore, the IPB deliberated on progress made in the implementation of the Comprehensive Peace Agreement (CPA) and endorsed actions taken, hitherto, by its Chairman, to **ensure full implementation of the CPA** and called upon him to continue his efforts in that regard so that the CPA is fully implemented in letter and in spirit. In particular, IPB deplors that **the administration of Abyei Area** is not yet put in place and calls upon the Presidency to urgently implement the Abyei



Boundary Commission's final decision as stipulated in the CPA. In this connection, the IPB reaffirms that there shall be no going back from the on-going peace process, while asserting that in order for that peace to be implemented fully, both parties to the CPA must internalize the demands of that Agreement and desist from the fantasy of believing that things can go as they used to do before the signing of the CPA.

Consequently, **the IPB recommits itself to working seriously and transparently with the National Congress Party (NCP)** in order to achieve full implementation of the CPA within the parameters and time-frame stipulated in that Agreement. Also, in the process of reviewing progress made in the implementation of the CPA, the IPB identified failures, gaps and shortcomings in that process, especially with regards to practices that derogate from, or are contrary to, the Interim National Constitution and the Bill of Rights enshrined in that Constitution. A checklist of those failures and shortcomings was made for discussion with the NCP at the appropriate level and thorough a mechanism established for that purpose.

However, **the IPB is compelled to take exception to certain actions that were recently taken, purportedly in the name of the Government of the National Unity.** Those actions, if continued, shall be detrimental to the peace process. For example, **the recent dissemination of the language of war, including calls for Jihad,** are divisive as they are detrimental to the environment of peace created by the CPA. Equally, the SPLM takes exception to **the uncalled for attacks against the UN, the AU** and their personnel given their role in the maintenance of peace, development and reconstruction in Sudan.

In addition, **the IPB reviewed issues relating to security at the national and Southern Sudan levels.** These issues covered a wide gamut ranging from foreign insurgencies and reorganization of the National Security Agency and other law enforcement agencies along the lines established by the CPA and Interim National Constitution, to war legacies such as presence of landmines, proliferation of small arms in civilian hands, tribal conflicts, poaching etc. The IPB took the appropriate resolutions regarding matters that fall within the purview of the authority of the Government of Southern Sudan and entrusted to its Chairman to take up the other issues with NCP and the Government of National Unity with a view to their resolution.

The IPB, moreover, deliberated on matters pertaining to **relations with the NDA and other political forces** and resolved to continue dialogue and cooperation with those forces, especially the NDA, based on political commonalities and commitment to the CPA. In particular, the IPB resolved



that the SPLM should maintain close contacts and cooperation with those forces in order to realize genuine democratic transformation of the country as required by the CPA and the Interim National Constitution.

In this regard, the IPB **welcomes the call by President Beshir to engage all Sudanese political forces in an effort to reach consensus on matters of national concern.** However, it urges that this engagement should not only be limited to current topical issues, but should also cover all other issues whose resolution, within the bounds of the CPA, shall result in the creation of a healthy democratic environment. This shall be in line with para. 1.7 of the Power Sharing Protocol of the CPA which stipulates; “The Parties agree to initiate a comprehensive process of national reconciliation and healing throughout the country as part of the peace building process”.

Last, but not least, the IPB resolved that the peaceful resolution of the conflicts in Darfur and Eastern Sudan should be given priority over all other matters of State and, to that end, issued a specific resolution on that subject, which is attached hereto.

## 11.5: SPLM position on Darfur and Eastern Sudan

Rumbek, April 5, 2006

In its inaugural meeting in Rumbek, the Interim Political Bureau (IPB) of the Sudan Peoples' Liberation Movement (SPLM) discussed the conflict in Darfur and the situation in Eastern Sudan and their internal and external ramifications.

- Conscious of its responsibilities as a major partner in the Government of National Unity (GoNU) and aware of the international and regional responsibilities of Sudan as a member of the UN and the AU, the SPLM IPB:
- Recognizes that the problems of Darfur and Eastern Sudan are essentially political and that the people of Darfur and Eastern Sudan have genuine grievances.
- Resolves that the GoNU should give urgent, immediate and undivided attention to the peaceful settlement of the conflicts in Darfur and Eastern Sudan, so that peace becomes comprehensive and all-embracing.
- Commits itself to continue working with National Congress Party (NCP) on a joint and common position on Darfur in order to achieve a just and sustainable peace in Darfur
- Believes that the resolution of the conflict in Darfur requires the unity of all Darfurian movements and undertakes to initiate open and direct dialogue with all those movements with the aim of achieving peace, reconciliation and unity.
- Endorses regional contacts undertaken by its Chairman with a view to engage regional players in the resolution of Sudanese conflicts and normalization of relations with neighbours. In that context it encourages the initiative of its Chairman to engage the Eritrean Government and the Eastern Front to set up a mutually acceptable negotiating forum in Asmara with the involvement of the Libyan Government.

- Supports and expresses appreciation of the decision taken on March 10th by the AU Peace and Security Council in giving the attainment of peace in Darfur the priority it deserves.
- Maintains that the CPA offers a reasonable framework for the resolution of the problem in Eastern Sudan.
- Calls on all parties to the conflict to refrain from the use of inflammatory, derisive or intimidating language that is prejudicial to peace and instead seek to build confidence based on mutual respect especially at the negotiations fora.
- Further calls on all parties to respect the humanitarian cease-fire agreements and protocols and provide a peaceful environment conducive to the effective delivery of humanitarian assistance and protection of civilian life.
- Urges all parties to commit themselves to cessation of hostilities and to conclude the Enhanced Ceasefire Modalities tabled by the mediators at Abuja Talks.

## **11.6: South South Dialogue SPLM/A Press Release & Covenant of People of South Sudan.**

### **PRESS RELEASE**

*21<sup>st</sup> April 2005*

1. The representatives of the Southern Sudanese political parties, spiritual leaders, civil society and armed groups (herein referred to as the participants) met for Sudan South-South Dialogue Conference between 18<sup>th</sup> April and 21<sup>st</sup> April in Nairobi, Kenya under the auspices of the Moi Africa Institute (MAIN). The participants expressed their full support to the initiative taken by H.E. Daniel T. Arap Moi, Chairman of Moi Africa Institute, to bring together Southern Sudanese to bridge their differences and chart a common future.
2. The participants carried out extensive discussions on a number of pertinent issues with regards to reconciliation of Southern Sudanese.
3. The participants noted with satisfaction the successful completion of the Comprehensive Peace Agreement (CPA) and expressed their full support and commitment towards its implementation. In this regard, the parties pledged to protect the CPA and as a sign of good faith signed a covenant in support and protection of the CPA. In this regard, the parties agreed to popularize the CPA within their respective constituents.
4. The participants further agreed to take this window of opportunity to renew their resolve and redouble their efforts to work towards peace, reconciliation, and co-existence. The participants therefore called for forgiveness, continuous dialogue and general amnesty as a way of healing the past grievances. They emphasized that peace and reconciliation process must continue and be completed through dialogue.
5. The participants underlined the importance of the principles of inclusiveness to enhance their full participation in the affairs of their governance. To this extent, the participants called for adherence to democratic ideals, respect of fundamental human rights and basic freedoms, and good governance. To this end, the participants called for the establishment of the separation of powers between the executive, legislature and the judiciary.

6. Recognizing the massive challenges faced by women, the participants stressed the need for affirmative action in order to empower women and exploit their full potential. In this connection, they called for the representation of women in all levels of government.
7. The participants underscored the importance of security and stability as a pillar for development. In this regard, they took note with concern the fact that there are unregulated armed civilian personnel and armed regiments, which do not augur well for peace in Southern Sudan. To this end, the participants called on the Government of Southern Sudan to be fully responsible for security and put in place efficient and ethnically balanced security organ to protect all the people of southern Sudan. The participant therefore called on the SPLM/A to enter into immediate dialogue with the armed groups with a view to integrate them as part of the territorial army of southern Sudan. In order to avert the danger posed by this armed elements, the participants urged all parties with armed groups under their control to adhere to the demobilization, disarmament and reintegration of combatant.
8. The participants underlined the encouragement of the voluntary, orderly and secure return of internally displaced persons and refugees through proper sensitization programmes. The participants agreed that all programmes will be executed as laid down by the Joint Assessment Mission (JAM).
9. Regarding recovery and development, the participants agreed that recovery, development and poverty alleviation worked out by JAM and endorsed by the donor conference shall be the basis. The participants stressed the need to have equitable and balanced distribution of the development projects. They emphasized that wealth should be shared equitably in southern Sudan.
10. In view of the critical need to implement the resolutions of this conference, the participants agreed to form a follow-up committee that will meet once every two months to report on progress and implementation of the outcome of South-South Dialogue and the CPA. They emphasized that such reporting should continue until the establishment of the Government of Southern Sudan.

## **11.7. THE COVENANT OF THE PEOPLE OF SOUTHERN SUDAN**

*Done on 21<sup>st</sup> April, 2005*

*at the Kenya College of Communication Technology, Mbagathi Nairobi*

We, the sons and daughters of Southern Sudan, represented in our political, military and civil society organizations;

**MOTIVATED** by the conclusion of the Comprehensive Peace Agreement (CPA) between the Government of the Sudan and the Sudan People's Liberation Movement/Army in Kenya on the 9<sup>th</sup> January, 2005 and the subsequent ending of the war in Southern Sudan in particular;

**COMMITTED** to upholding and defending the CPA and its total implementation as expressing the highest aspirations of the people of Southern Sudan;

**RECALLING** the struggle and sacrifice made by our fallen heroes and martyrs in defence of the land, people and integrity of Southern Sudan, long bound together by our common brotherhood, cultures, geography, history, politics and concerted resistance and perseverance;

**ACKNOWLEDGING** that many mistakes and excesses have been committed by all during the war era in Southern Sudan;

**DESIROUS** to usher in a new era of hope, stability and prosperity in Southern Sudan; held a dialogue from 18<sup>th</sup> to 21<sup>st</sup> April, 2005 in Nairobi, Kenya under the auspices of Moi Africa Institute to articulate the most pressing issues of the post-war era in Southern Sudan;

**DO HEREBY:**

**ORDAIN** this covenant as an instrument representing our will and commitment to dialogue towards reconciliation, forgiveness and unity of the people of Southern Sudan by which all people and institutions of Southern Sudan shall be inspired in the discharge of their affairs.

## **1. UNITY OF SOUTHERN SUDAN:**

The unity of the people and territory of Southern Sudan shall be supreme and shall have precedence over other considerations. No legislation in Southern Sudan shall override this interest.

## **2. THE COMPREHENSIVE PEACE AGREEMENT (CPA)**

The CPA is the outcome of the sacrifices of the people of Southern Sudan and the fruit of our struggle. Its defence shall be a noble and sacred duty for all the people of Southern Sudan.

The delegates to the Conference acknowledge the collective and individual role of Southern Sudanese in the implementation of the CPA. The Government of Southern Sudan headed by the SPLM/A shall assume responsibility for the implementation of the CPA in accordance with the spirit of this covenant.

## **3. FORGIVENESS AND RECONCILIATION**

Wars all over the world witness the perpetration of unwarranted abuses against the human person and property. The war in the Southern Sudan was not an exception; the delegates acknowledge these abuses with much regret considering the grievances and differences occasioned thereby among Southern Sudanese. The delegates declare and commit themselves and all parties involved to a process of forgiveness, reconciliation and national healing.

## **4. COMMITMENT TO GOOD GOVERNANCE**

The Government and the people of Southern Sudan shall, in the discharge of their functions, be governed by, and observe the following principles and values:-

### **a) Democracy:**

The universal values of democracy shall be upheld; but shall be re-stated to conform with the circumstantial needs and priorities of the people of Southern Sudan. This shall serve to ensure consensus, accountability, inclusivity, transparency, harmonious decentralization, gender equality

and affirmative action, the respect of the rule of law, human rights and above all, the preservation of the unity of Southern Sudan and its people.

**b) Institutional Change:**

The delegates commit themselves and the government of Southern Sudan to reform and transform the institutions of governance in conformity with the provisions of the CPA and to better respond to the needs of the people. Such changes shall aim to:-

- (i) Prioritize the security of the people of Southern Sudan.
- (ii) Secure genuine inclusivity, participation and equitable representation.
- (iii) Acknowledge that Southern Sudan is undergoing a long transition that requires institutional adjustments.

**5. RECONSTRUCTION OF SOUTHERN SUDAN**

The delegates recognize the urgency to rehabilitate and reconstruct the human and material infrastructure of the Southern Sudan. The delegates and the government of Southern Sudan pledge to:-

- a) Rehabilitating the basic infrastructure to enhance development.
- b) Replacing the corrupt and inept government institutions that have caused intolerable human suffering in Southern Sudan.
- c) Curbing and eliminating pervasive and endemic poverty in Southern Sudan.
- d) Containing rising ethnic and regional polarization in Southern Sudan.

**6. THE CONSOLIDATION OF OUR CULTURE AND HERITAGE**

Our culture is the sum total of our human values and the pride of our existence. It has been neglected over the years. The delegates to the conference in collaboration with the government of Southern Sudan shall work together to reconstruct the pillars of our cultural heritage.



**7. THE HONOURING OF OUR HEROES AND MARTYRS**

Our heroes and martyrs in all our wars of liberation have paved the way for our liberty, freedom and prosperity. History and good conscience requires that they be accorded honour and memory in our lives. The delegates deem it a national duty to honour our great leaders, heroes and the martyrs who paid the ultimate sacrifice for the freedom, honour and glory of Southern Sudan.

**8. COMMITMENT TO HONOUR THE CPA**

The delegates to the Conference affirm their total commitment to give recognition and full-faith to the CPA. The Parties, military groups and the organizations to the Conference further declare that they shall neither engage nor abet in the breach of all or any provisions of the CPA.

**WHEREUNTO** we append our signatures in Nairobi, Kenya, this 21<sup>st</sup> day of April, the year 2005.

**Signed by the Parties:**

**SPLM:**

---

**Dr. John Garang De Mabior**

**Chairman SPLM**

---

**NC:**

**Prof. Moses Machar**

---

**UDSF:**

**Mr. Jacob Duang**

---

**USAP:**

**Mr. Joseph Ukel**

---

**SANU :** **Ms Theresa Siricio Iro**

---

**South Sudan Democratic Forum:** **Dr. Martin Elia Lomuro**

---

**UDF:** **Hon. Peter A. Sule**

---

**PRM:** **Mr. Alfred Ladu Gore**

---

**SSLM:** **Cdr. Gabriel Yuol Dok**

---

**SSLM (2):** **Mr. Andrew Kuong Ruea**

---

**USAP (2):** **Mr. Eliaba James Surur**

---

**Churches:** **Arch. Paulino Luduku Loro**

---

**NSCC:** **Rev. Moses Idoru Nyama**

---

**SCC:** **Rev. John Tong Puk**

---

**NSIC:** **Mr. Mohamed Marjan**

---

**IASS:** **Mr. Paul Lili Mathot**

(i) \_\_\_\_\_

**Elders:** **Sayed Abel Alier Kwai**

(ii) \_\_\_\_\_

**Lt. Gen. (Rtd) Joseph Lagu Yanga**

(iii) \_\_\_\_\_

**Mr. Bona Maluual Madut**

---

**Women:** **Ms Philister Baya**

On behalf of the Women

---

**Youth:** **Mr. Akol Paul Kordit**

On behalf of the Youth

---

**Chiefs:** **Chief Deng Macham**

On behalf of the Chiefs

**Traditional Leaders:**

---

**King Adol Agada Akwai**

On behalf of Kings and Traditional Leader

**IDPs:**

---

**Mr. Deng Dau Malek**

On Behalf of IDPs

**Witnessed By:**

**H.E. Daniel Toroitich Arap Moi, CGH**

Former President of the Republic of Kenya and Chairman Moi Africa Institute

=====



**JUBA DECLARATION ON UNITY AND INTERGRATION  
BETWEEN THE SUDAN PEOPLE'S LIBERATION ARMY (SPLA)  
AND THE SOUTH SUDAN DEFENCE FORCES (SSDF)**

*January 8<sup>th</sup> 2006*

**PREAMBLE**

The SPLA and SSDF having met in Juba between the 6<sup>th</sup> and 8<sup>th</sup> January, 2006 and fully aware of the provisions of the Comprehensive Peace Agreement (CPA) regarding the status of the Other Armed Groups (OAG's).

**Committed** to upholding and defending the Comprehensive Peace Agreement and its full implementation;

**Motivated** by their desire for peace, reconciliation and unity among the people of Southern Sudan;

**Determined** to end all forms of conflict and hostilities among themselves, so as to usher a new era of hope, stability and sustainable development in Southern Sudan;

**Further determined** to build trust and confidence among themselves and to avoid past mistakes that have led to divisions and internecine conflict between themselves and among the people of Southern Sudan in general;

SKM

**Cognizant** of the fact that the SPLM led Government has already included members of the SSDF in the institutions of Government of National Unity, the Government of Southern Sudan and the Governments of the States to ensure SSDF participation;

**Acknowledging** that the people of Southern Sudan have one indivisible destiny;

**Inspired** by the struggle and the immense sacrifices and suffering of our people in defence of their land, freedom, dignity, culture identity and common history; and

**Remembering** our fallen heroes, heroines and martyrs who paid the ultimate price for the freedom of our people and to ensure that these sacrifices are not in vain;

Do hereby make the following Declaration to be known as the **Juba Declaration on Unity and Integration**:

- Complete and unconditional unity between the SPLA and SSDF.
- Agree to immediately integrate their two forces to form one unified, non partisan Army under the name of SPLA as stipulated in the Comprehensive Peace Agreement.
- Immediate and total cessation of all forms of hostilities and to ensure that all their forces and persons under their control observe and comply with this declaration.
- Guarantee freedom of movement of people, goods and services in all areas in Southern Sudan.
- Declaration of general amnesty covering any criminal acts committed during the past period of hostilities between the two forces.

*RES*

*RAL*

*SKm*

- Appeal to any armed persons or groups outside the two forces to join the process of unity and reconciliation in order to promote peace, stability and development throughout Southern Sudan.
- The unified Movement shall mobilize the people of Southern Sudan behind this agreement and to support its implementation.

## IMPLEMENTATION

In implementation of this declaration the two parties agree to form the following committees:

### 1. High Political Committee

There shall be a High Political Committee to oversee the overall implementation of this unity agreement. It shall be established by the Chairman of the SPLM and C- in – C of SPLA in consultation with Major- General Paulino Matip Nhial, Chief of Staff of the SSDF.

### 2. Military Technical Committee

There shall be established a Military Technical Committee consisting of equal numbers to implement the terms of this declaration. It shall be established by the Chairman of the SPLM and C- in – C of SPLA in consultation with Major General Paulino Matip Nhial, Chief of Staff of the SSDF. The Joint Military Technical Committee shall report to the High Political Committee and handle inter alia the following issues:

- ♦ Integration of SSDF into the SPLA and its command structures and all its component units including the Joint Integration Units.



- ◆ Harmonisation of ranks and deployment of forces and to report to the principals.
- ◆ Handle issues of demobilisation and downsizing of forces in accordance with the provisions of the CPA.
- ◆ Report to the High Political Committee on all matters relating to this Unity Declaration.

### 3. Administrative and Civil Service Committee

This committee shall deal with the integration of non military personnel of SSDF into the Civil Service of the Government of Southern Sudan and the Governments of the States.

#### ❖ Call on the National Congress Party and the Sudan Armed Forces (SAF)

The Sudan People's Liberation Movement/Army (SPLM/A) calls upon its partner the National Congress Party (NCP) and the Sudan Armed Forces (SAF) to support this agreement which has been guided by the provision of the Comprehensive Peace Agreement regarding the status of the Other Armed Groups (OAG's). The decision by the SSDF to be integrated into the SPLA is a legitimate decision which will consolidate peace and security in Southern Sudan and the Sudan at large. The two parties signatory to the agreement call on all other Sudanese political forces to support this declaration.



SKm  
—



❖ Appeal to the International Community

The two parties also appeal to the international community to support this agreement as it will consolidate peace in the Sudan and bring about lasting peace among the people of Southern Sudan.


Handwritten signature of Salva Kiir Mayardit, consisting of a large stylized 'S' with 'K IIR' written below it and 'Salva' written to the right.

H.E Lt. General Salva Kiir Mayardit  
1<sup>st</sup> Vice President of the Republic of Sudan,  
President of the Government of South Sudan  
Chairman of the SPLM and  
Commander- in-Chief of SPLA.

Handwritten signature of Paulino Matip Nhial, appearing as a series of connected loops and lines.

Major Gen. Paulino Matip Nhial  
Chief of Staff of Southern Sudan  
Defence Force (SSDF)

Witnessed by

Handwritten signature of Aaron R. Tuikong S.S., appearing as a stylized cursive signature.

Mr. Aaron R. Tuikong S.S.  
Chief Executive,  
Moi Africa Institute (MAIN)

## **Agreement between the Government of Sudan and the National Democratic Alliance**

**Cairo, 16<sup>th</sup> June 2005**

*Whereas* the GoS and the NDA (the Parties to the Agreement) have held a series of rounds of negotiation in Jeddah and Cairo culminating in the Cairo Meeting held from 14-16<sup>th</sup> June 2005 under the auspices of the Government of Egypt;

*Acknowledging* the decision by the two parties that the point of reference between them in these talks is the Framework Agreement signed between them in Jeddah, Saudi Arabia on the 4<sup>th</sup> December 2003 and the Comprehensive Peace Agreement signed in Nairobi between the GoS and the SPLM/A in January 9<sup>th</sup>, 2005,

*Reaffirming* commitments of the GoS and the NDA to realize a transformation to democracy and to the consolidation of a comprehensive peace in all parts of the country and to curb all forms of dangers that constitute a threat to national security and threatens the country's stability and unity,

*Recognizing* the fact that peace, democracy, development, unity and stability are the common aspirations of all the people of Sudan,

The Two Parties do hereby announce that they have entered an agreement and confirm their determination to safeguard the same until a comprehensive peace and a transition to a strong democracy is realized.

The Two Parties further confirm their determination to continue to resolve the root causes of the crisis in Sudan which have brought and still continue to bring hardship and suffering and hinder her aspirations towards development and the realization of social justice.

The Two Parties hereby agree on the following:

### **1. General Principles**

- 1.1. The political system in the Sudan shall be based on a pluralist democratic basis, peaceful, democratic transition of power, guarantee for freedom, respect for human rights and the creation of a conducive climate for political practice and the correction of the trend in political, economic and social life as to guarantee stability.
- 1.2. That citizenship shall be the basis for fundamental rights and public obligations, establishment of the right to citizenship that guarantees equality between citizens and respect for their beliefs and traditions and non-discrimination between citizens on the basis of religion, belief, race, gender, culture or any other reason.
- 1.3. Commitment to respect for human rights and fundamental freedoms as stipulated in international conventions and charters with articles governing this commitment enshrined in the Interim Constitution

- 1.4. The Two Parties acknowledge that the woman in Sudan play a basic role in the realization of peace, democracy and development in the country and confirm her participation at all levels of decision-making.
- 1.5. Recognition of the role of the labor unions in the realization of peace, development and democracy and confirmation of the independence of these unions and freedom of its activities based on a democratic law.
- 1.6. That the Sudan be governed during the Interim Period on the basis of a decentralized (federal) presidential system in compliance with the provisions of the peace agreement that realizes participation in power and equitable distribution of wealth, and to empower the people of the different regions to run the affairs of their regions through the consolidation of the institutions of the federal system in the Sudan, entrench democracy and expand decentralization through granting more powers to the states coupled with more resources and a just distribution of the same on an efficient, scientific and studied basis and through bias to the development of the relatively backward regions in order to assist them to reach relatively advanced levels.
- 1.7. Commitment to the establishment of good governance, accountability, and transparency and the entrenchment of development and the rule of law at all levels of governance.
- 1.8. The Two Parties commit themselves to take all necessary measures to realize unity and make it an attractive option.
- 1.9. All parties agree on a program for a national consensus to govern the Interim Period and are committed to the implementation of a broad-based government and to all the interim institutions. All the different parties shall be guided by this in their political activities in implementation of the agreement and realization of unity.
- 1.10. Realization of a national reconciliation based on alleviation of grievances and payment of compensation.
- 1.11. The Two Parties shall work to support the efforts for peace exerted in the Abuja forum in Nigeria under the auspices of the African Union to resolve the conflict in Darfur and confirm their support for the resolutions that may come up to put an end to bloodshed in the region and in realization of the legitimate aspirations of the people of the region.
- 1.12. The Parties subscribe to the need to lobby all political forces in the Sudan for the realization of a national consensus over the peace agreements, the consolidation of national unity in accordance to mechanisms to be agreed upon.
- 1.13. The Two Parties agree on the freedom of political work in the country and the return of the factions of the NDA to the country and on commitment to the renunciation of violence, support for national dialogue and that the (political) organizations operate according to the laws to be agreed upon.

## **2. Democratic Transition**

- 2.1. Lifting of the state of emergency proclaimed that was dictated by the necessities of war and the different conflicts in compliance to the peace agreement.
- 2.2. Amendment of all prevailing laws through repeal of provisions that violate the freedom of association, of expression, of the press and all other fundamental freedoms in order to guarantee compliance to the provisions of the peace agreement and relevant international conventions.
- 2.3. The formation of a Commission for Human Rights in accordance with a law that guarantees its independence and nationalism and that specifies its powers and mechanism of operation in compliance to international standards and that these be enshrined in the Interim Constitution.
- 2.4. Regulate political activity in the country through a law initiated by the political forces.
- 2.5. Correction of the trend in political activities in the Sudan requires giving example and leadership in exercising political activity.
- 2.6. Political parties are institutions open to the public based on their respective programs and statutes whereby they practice democracy within as to allow for democratic change in their respective leadership and put to the fore the high interests of the country

### **3. Elections:**

- 3.1. The Two Parties agree to issue a democratic electoral law with the participation of all political forces.
- 3.2. The Two Parties agree to form an Electoral Commission whose resolutions, procedures and statutes will be subject to monitoring from the independent judiciary.
- 3.3. The Two Parties agree to hold legislative elections at all levels after the population census is carried out and that will be before the end of the first four years of the Interim Period, and presidential elections at the end of the first four years as stipulated in the peace agreement.

### **4. Constitutional Issues:**

- 4.1. The Two Parties agree to the representation of the NDA with all its functions and the other political forces and civil society organizations in the National Constitution Review Commission and grant all parties the chance to present their expertise, documents and proposals.
- 4.2. The Two Parties agree that the Interim Constitution stipulate that the state shall be subject to the Constitution and the rule of law.
- 4.3. The Two Parties agree that the Interim Constitution provide for the following principles:
  - 4.3.1. The system of government in the Sudan is a pluralistic democracy based on guarantee for freedom, human rights, the independence of the judiciary, rule of law and separation of powers in compliance to the principles and regulations stipulated in the relevant international charters and conventions on human rights.



- 4.3.2. All principles and relevant human rights standards cited in the international charters and conventions on human rights shall be considered inseparable parts of the Constitution of the Sudan and any law on human rights and fundamental freedom will only serve to regulate, not curb these rights
- 4.3.3. The law shall guarantee total equality between citizens in establishment of the rights of the citizen, respect for belief and traditions and non-discrimination on the basis of religion, belief, race, gender, culture or any other reason.
- 4.3.4. The Constitution shall provide for multi-religion, respect for belief, efforts to realize peaceful co-existence and interaction, equality, tolerance between religions and beliefs, and allow for the peaceful propagation of religion and outlaw coercion or any act or measure that may incite religions conflict, hatred or racism in the Sudan.
- 4.3.5. The Constitution shall guarantee the independence and impartiality of the judiciary and all that leads to the achievement of such a goal in compliance to the deep-rooted Sudanese legal jurisprudence and legacy
- 4.3.6. The Constitution shall provide for the independence of judges and put in place all measures to guarantee the realization of such an independence including measures to isolate them.
- 4.4. The Two Parties confirm the impartiality and independence of judges and support the provisions relative to the Judiciary and relevant arrangements as stipulated in the peace agreement.
- 4.5. Guarantee the legal trade and lawyers total independence and support their role in safeguarding the rule of law and consolidating management of justice in the country in accordance to new laws that guarantee such freedoms.

## **5. Decentralized Government**

- 5.1. The Two Parties agree that the federal system of governance is the most appropriate system for governing the Sudan. it enables the people of Sudan to rule themselves and run their own affairs. The parties shall work to support the federal system in compliance to the schedules annexed in the Protocol on Wealth Sharing in confirmation of participation and in a bid to expand development and support the powers of the states.
- 5.2. The Two Parties agree to generalize to all states in the Sudan the model of the peace agreement on federal government as stipulated in the protocols on Power and Wealth Sharing.
- 5.3. The Two Parties agree to form a national committee to evaluate the experiences in the decentralized system of government.

## **6. Joint work to preserve voluntary unity of the country**

- 6.1. The Two Parties confirm their commitments to voluntary unity of the country based on democracy and free will and to respect for diversity and that the Sudan is a country of diverse races, religions, cultures and languages and that its unity is based on citizenship rights and on equality in

rights and obligations based on the standards set forth in the constitution and in international charters on human rights.

- 6.2. The Two Parties agree with all the political forces to draft a national program of governance for the Interim Period that will facilitate implementation of the articles of this agreement in a way as to realize political stability and guarantee the country's unity. The Two Parties also commit themselves that the Interim Government plan and institute the necessary measures to guide the right to self determination with the view to support the unity option.
- 6.3. The Two Parties agree to form a committee of the various political forces and civil society organizations to prepare programs and methods through which to consolidate the option of unity of the country and the people

#### **7. Nationalism for the civil services**

- 7.1. The Two Parties subscribe to the provisions of Article 2-6 of the Protocol on Power Sharing signed between the GoS and the SPLM concerning public service and that is in a bid to consolidate the independence and impartiality of the public service and in confirmation of its active role.
- 7.2. The Two Parties agree to form a national committee to study and review the Civil Service laws, its structures, councils and specialized organs with the aim of improving them and galvanize them in a way to guarantee nationalism, impartiality, efficiency, competitiveness and independence.

#### **8. Nationalism of the Armed and other regular forces**

- 8.1. The Two Parties confirm that a peaceful solution and comprehensive resolving of the problems obligate, as per the Jeddah Framework Agreement and the Comprehensive Peace Agreement confirmation of nationalism and professionalism of the armed forces and the other regular forces and the security organs and that they should not be biased on political grounds.
- 8.2. The Two Parties agree that the security organs be a national, professional, non-partisan body that represents all people of the Sudan – professional in composition and function – and advises the state on issues pertaining to national security and specifies that law.

#### **9. Alleviation of grievances and compensation:**

- 9.1. The Two Parties confirm that alleviation of grievances and compensation represent important elements for the realization of national reconciliation and confirm the need to resolve issues in such a way as to assist in the realization of stability and entrench national unity.
- 9.2. The Two Parties agree to form a National Committee for Grievances and Compensation through agreement. They also agree to specify the duties, functions, scope, operational aids and timetable for the launch of this committee. The committee shall meet to study grievances presented from individuals, institutions or parties and resolve them in a manner as to guarantee an alleviation of grievances and compensation resulting from any

excesses against human right or any other adverse physical or moral practices.

9.3. The Two Parties agree to form a specialized committee to look into the conditions of the retrenched civil servants or those relieved on the basis of political reasons from all institutions of the state without exception.

9.4. The Two Parties agree to form a national commission charged with resolving issues pertaining to IDPs and refugees as per the peace agreement.

**10. Resolving of the issue of all factions of the NDA in compliance to the references of negotiations.**

10.1. The Two Parties agree that resolving of the issues pertaining to the NDA come within the framework of freedom of political work in the country and the return to the country of the factions of the NDA and the commitment of the Two Parties to renounce violence and support national dialogue and the practices of the organizations in compliance to the laws to be agreed upon.

10.2. The Two Parties agree to form a joint committee between them for the return of all property and vehicles of the factions of the NDA and of individuals subjected to any decisions or affected by any administrative measures, and to resolve the issue through return to the owner or compensation.

10.3. The Two Parties agree to form a joint committee to settle the issue of the armed groups in the factions of the NDA. This committee shall start with setting principles and the foundations for such an operation immediately after the signing of this agreement and shall complete all its task before the end of the Pre-Interim Period as stated in the peace agreement (see annex).

**11. Economic Issues**

11.1. Acknowledge that economic stability, equitable development and social justice form the key foundations for political stability and a comprehensive and lasting peace in the Sudan.

11.2. Adoption of a strategy to eliminate poverty through acknowledgement of its dimensions and causes and tighten it strategic interventions to curb it and resolve its root causes and to funnel policies and a considerable portion of resources in favor of poor sectors of the community as a guarantee to continue economic reform.

11.3. Continue in the program of economic reform through sectorized strategies aimed at focusing on rural development and modernization of the traditional agricultural sector in both the plant and animal parts to strike a complement between agricultural and animal production in agriculture, traditional rainforests and large agricultural schemes and to galvanize the stalled capacities in the industrial and social services sectors to realize a development balance that will form the basic plaster to conflicts through combating poverty; confirmation to a loan system characterized by justice, participation in risk and focus on productive investment.

11.4. Adoption of complementing grassroots national planning with the regional and local planning based on true participation of the grassroots as a basic



tool for the realization of equitable development and justice between the regions and within each region. This means development through participation as noted by the UNDP and that require a high level of respect for fundamental human rights be it political, social or economic.

- 11.5. Bolster development and production through practical scientific plans and dependency on support for self-renaissance and development of the local resource base and adherence to the role of the state to meet the most necessary service requirements especially in the health and education domains with a priority given to health and potable water; and to a comprehensive, compulsory and free basic education.
- 11.6. To adopt the necessary measures to mobilize the actual and potential economic surplus through reforms in the traditional sector, review of the tax component, review of work relations between projects of the new sectors, adoption of flexible and practical investment standards in the services sector that meets the basic needs of the citizen.
- 11.7. Cautious and serious evaluation of the effects of globalization through identifying the points of strength and weakness of the Sudanese economy if integrated into the international economy. This should be done through detailed studies of the effects of globalization on all sectors and a review of the measures taken for privatization.
- 11.8. Acknowledgement of the dire need for a comprehensive study of the infrastructures of road, bridges, railway lines, river transport utilities, sea ports, organizing of irrigation, power-generation plants that require major repairs or revamping in order to comply to the developmental aspirations expected. Strategic priorities must be mapped to develop new utilities to infrastructure.
- 11.9. Confirmation to pay heed to the regions affected by war and rehabilitating these areas through a rehabilitation fund in compliance to what has been adopted in the peace agreement with a preservation of the balance in the other region in order that no structural problems may occur that may lead to refueling of conflict.
- 11.10. Creation of a strong base for the development of the human element, bolster capabilities to meet the requirements for development and efficiency through earmarking considerable resources for rehabilitation, training and supporting existing human resource development centers with a review of the systems of selection and criteria for occupational hierarchy and performance assessment.
- 11.11. Confirmation of the role of the state in planning, directing, monitoring and finding a studied balance between market mechanisms and the role of the state in major national projects with the aim of restoring developmental balance and cutting out harmful competition of the private sector and setting plans and programs with the state institutions to encourage through incentives Sudanese cadres outside the country to return.
- 11.12. Equally distribute the burden of tax and funnel monetary policies to serve the economy. Avail appropriate funding according to priorities to serve economic growth and maintain stability. Such funding shall be available and just. The banking structure shall be reviewed with the aim of



strengthening the banks and ensure their adherence to the directives of the central bank, increase its resources and prepare them for competition; lobby foreign resources for the service of development in the country avail funding for the expected economic boom, expand the base for administrative participation and strive to develop the specialized banks in development, industry, funding of small-scale entrepreneurs and small projects.

- 11.13. The state budget is the mechanism through whose framework resources are specified, development, preserved and utilized according to priority to realize equal distribution between the regions, sectors and citizens, regulation of general expenditure, guiding such expenditure and a just distribution of the same and confirmation of the powers of the Ministry of Finance over public funds and non-spending of such funds outside the budget, shunning from illegal levies or avoiding revenue.
- 11.14. Adoption of the principles of transparency and openness, responsibility and administrative and financial monitoring and accountability.
- 11.15. Establishment of a nation-wide agreed mechanism which citizens aggrieved by the state can resort to.
- 11.16. Confirmation of the active participation of all parties in the planning, implementation and monitoring mechanisms of economic policies on a national basis to guarantee arrival at an agreed-upon goal.

## **12. Mechanisms for Implementation of the Agreement**

The Two Parties agree to form a joint committee between them made up of five members from each side to supervise the implementation of this agreement in accordance to a timetable to be agreed upon.

CONFERENCE OF THE NATIONAL DEMOCRATIC ALLIANCE  
ON FUNDAMENTAL ISSUES

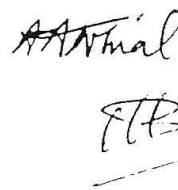
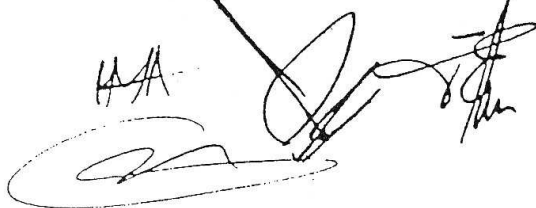
FINAL COMMUNIQUE

The National Democratic Alliance (NDA) convened an extra ordinary conference in the city of Asmara, the capital of the State of Eritrea under the motto "Conference On the Fundamental Issues of the Nation", in the period between the 15<sup>th</sup> and 23<sup>rd</sup> of June, 1995. The Conference was attended by leaders and delegates representing the Democratic Unionist Party, the Umma Party, the Sudan Communist Party, Union of Sudan African Parties, Sudan Peoples' Liberation Movement and Sudan Peoples' Liberation Army, Legitimate Command of the Sudanese Armed Forces, Sudanese Alliance Forces, The Beja Congress, Sudanese Trades Unions and Independent National Personalities.

The Conference deliberated extensively on the following fundamental issues :

1. **Ending of the Civil War and Establishment of Peace in the Sudan**
  1. In order to realize this objective, the conference addressed and resolved the following issues :
    - a) Right of self-determination
    - b) Relationship between religion and politics
    - c) System of rule during the interim period
  2. Programmes and modalities for the intensification of struggle to overthrow the NIF regime.
  3. Arrangements and tasks of the interim period.
  4. Foundational bases for the future Sudan.
  5. Humanitarian issues.
  6. Structuring of the National Democratic Alliance.

The NDA held its conference in full awareness of the hard and oppressive conditions currently endured by the Sudanese people as a result of the policies pursued by the illegitimate fascist National Islamic Front (NIF) regime. Those policies have degraded the dignity of our people, tarnished and put in disrepute the image of our country in the outside world, threatened other countries by exporting violence and sowing discord in more than one country. The NIF aggressive policies have also led to their rejection of all peace initiatives and the escalation of civil war in Sudan. Therefore the NDA affirms its resolve to continue the struggle by all means available to uproot the repugnant NIF regime.



*Pursuant* to the NDA's declared objectives and principles enshrined in its charter; and

*Inspired* by our people's struggle against successive dictatorial regimes and guided by our past experiences in consolidating national unity; and

*Committed* to the establishment of a new democratic system of governance based on pluralism and respect for human rights;

The Conference resolves the following :

*First:* Ending of war and Establishment of Peace in the Sudan

A) **Self-Determination**

- i. Affirms that the right of self-determination is a basic human, democratic and people's right which may be exercised at any time by any people.
- ii. Recognizes that the exercise of the right of self-determination constitutes a solution to the on-going civil war and facilitates the restoration and enhancement of democracy in the Sudan.
- iii. Affirms that this right shall be exercised in an atmosphere of democracy and legitimacy and under regional and international supervision.
- iv. Affirms that the areas afflicted by war are Southern Sudan, Abyei District, the Nuba Mountains and Ingessena Hills.
- v. Declares that the people of Southern Sudan (within its borders as they stood on 1.1.1956) shall exercise the right of self-determination before the expiration of the interim period.
- vi. Resolves that the views of the people of Abyei District as regards their wish to either remain within the administrative set up of Southern Kordofan region or join Bahr El Ghazal region shall be ascertained in a referendum to be held within the interim period but before the exercise of the right of self-determination for the South. If the outcome of the referendum establishes that the majority of the people of this district wish to join Bahr El Ghazal, the people of Abyei shall accordingly exercise the right of self-determination as part of the people of Southern Sudan.
- vii. Resolves that with respect to the Nuba Mountains and Ingessena Hills a political solution to redress the injustices suffered by the people of these areas shall be sought by the interim government and that a referendum to ascertain their views on their political and administrative future shall be organized and carried out within the interim period.

up

HAA  
FAA  
AABDrial  
NRS



- viii. Reaffirms its commitment to a just peace, democracy and unity based on the free will of the people of the Sudan and to resolving the present conflict by peaceful means through a just and lasting settlement. To this end the NDA endorses the IGADD Declaration of Principles (DOP) as a viable basis for such a just and lasting settlement.
- ix. Reiterates that true peace in the Sudan cannot be viewed within the framework of the problem of the South but rather from the standpoint that our problem is of a national origin.
- x. Affirms that our national problems cannot be solved except through clear, serious and continuous dialogue among all Sudanese national groups.
- xi. Asserts that the nature and history of the Sudanese conflict has proved that permanent peace and stability in the country can not be achieved through a military solution.
- xii. The constituent members of the NDA shall adopt a common stand on the options to be presented in the referendum in the South, which options shall be a) unity (confederation/federation) and b) independent statehood.
- xiii. The NDA affirms that the Central Authority shall within the interim period devise and implement the necessary confidence-building measures and the appropriate restructuring of the State and socio-economic institutions and processes, so that the exercise of the right of self-determination could have the best chances of upholding the unity option.

**B. Relationship between Religion and Politics**

- i. All human rights norms and principles enshrined in regional and international human rights instruments and covenants shall be an integral part of the constitution of the Sudan and any law, decree, executive order or policy measure contrary thereto shall be considered null and void and unconstitutional.
- ii. All laws shall guarantee full equality of citizens on the basis of citizenship, respect for religious beliefs and traditions and without discrimination on grounds of religion, race, gender or culture. Any law contrary to the foregoing stipulation shall be considered null and void and unconstitutional.
- iii. No political party shall be established on religious basis.
- iv. The state shall acknowledge and respect religious pluralism in the Sudan and shall undertake to promote and bring about peaceful interaction and co-existence, equality and tolerance among religions and noble spiritual beliefs, and shall permit peaceful religious proselytisation and prohibit coercion in religion, or the perpetration in any place, forum or location in the Sudan of any act or measure intended to arouse religious sedition or racial hatred.

A collection of handwritten signatures and initials. From left to right: a large signature, the letters 'HAA', a signature with a large flourish, the signature 'John', the letters 'FAA', the signature 'A. A. Ahmad', and the initials '(TFB)'.

- v. The NDA undertakes to preserve and promote the dignity of the Sudanese woman, and affirms her role in the Sudanese national movement and her rights and duties as enshrined in international instruments and covenants without prejudice to the tenets of prevailing religious and noble spiritual beliefs.
- vi. National programmes in the fields of information, education and culture shall be formulated and disseminated in accordance with the regional and international instruments and covenants on human rights.

**C. System of Rule During the Interim Period :**

- i. The Sudan shall be ruled during interim period on the basis of decentralization. The interim constitution shall stipulate the powers and competence of the Central and Regional Entities and the manner of their distribution.
- ii. The NDA shall formulate a law for the decentralized system of rule in the Sudan.
- iii. The decentralized system of rule shall be based on the distribution of powers and competence, as agreed upon between the Centre, Northern Entities and the Southern Entity. An agreement as to the names to be applied to those entities shall be reached subsequently.
- iv. The role of local government and the system of native administration shall be taken into account in the formulation of the law on decentralization.
- v. In organizing the interim administrative set up the following issues shall be put into account:
  - a) Redressing injustices and root causes of the war and the creation of a conducive atmosphere for the rehabilitation, reconstruction and rebuilding of the country.
  - b) Gauging the wishes of the people of the various areas as regards the evolving democratic process in the country.
- vi. In implementing the system of decentralization, due regard shall be given to the difficult economic conditions of the country, austerity measures shall be taken with the view to reducing unnecessary public spending. It is also emphasised that wide-based popular participation at all decision-making levels should be ensured within the framework of democratic decentralization.

Handwritten signatures and initials at the bottom of the page, including 'HAA', 'FPA', 'AAD' (with 'A' crossed out), 'ITB', and a large signature on the left.

**II. Programmes and modalities for the intensification of the struggle to overthrow the NIF regime**

1. The legitimacy of the armed struggle being waged by the various forces of the NDA with a view to overthrowing the NIF regime in accordance with agreed upon mechanisms.
2. Provision of material and other means required to execute this programme.
3. Establishment of a high politico-military committee to undertake the task of coordination, supervision and implementation of the programmes of intensifying the struggle to overthrow the regime.

**III. Military and security arrangements during the interim period**

The conference adopted all the recommendations proposed by the ad hoc technical committee on this matter.

**IV. Foundational basis of the New Sudan**

For the purpose of laying down the foundations of the New Sudan the conference adopted the following programmes for the interim period:

- a) Economic Action Plan for the interim period
- b) Plan on foreign policy and regional and international cooperation
- c) Measures to eradicate the vestiges of the NIF regime
- d) Laws governing political parties
- e) Trades Unions code of ethics
- f) Press and Publications law

**V. Humanitarian issues**

The erroneous economic policies of the regime and its escalation of the civil war have resulted in unprecedented internal migration and displacement. These have, in turn, caused a serious damage to the environment and subjected large sections of the population, especially women, to untold suffering. Furthermore war, instability, political subjugation and violation of human rights have all combined to force huge numbers of citizens to seek refuge abroad.

Out of concern for the welfare of the Sudanese people and their right to free movement inside and outside the country, and in an attempt to address some of the urgent problems facing displaced people and refugees, the conference adopted a practical programme of action to be implemented during the interim period. The conference also decided to take measures to assist refugees and victims of the regime's brutal policies both in the short and long terms, in cooperation and coordination with the international community and appropriate organizations inside the Sudan.

Handwritten signatures and initials at the bottom of the page, including 'AAA', 'FAA', 'ATORIAL', 'ICP', and other illegible marks.



VI. The Structuring of the National Democratic Alliance and amendment of its charter.

The conference adopted the new organizational structure of the NDA which shall consist of the conference, the Supreme leadership (including Chairman & Vice Chairman), the Executive Bureau and the General Secretariat, the Specialized Departments and the Branches. The conference also adopted a programme for external action and the proposed amendments to the NDA charter with a view to accommodating new and intervening political developments.

By successfully addressing these fundamental issues and adopting the above-mentioned programmes the NDA Conference on National Fundamental issues has reached a consensus formula to which all its forces are committed. These programmes include the removal of the NIF regime, the ending of the civil war and realization of peace, the restoration of democracy and the creation of a conducive atmosphere for the establishment of the new Sudan.

In order to enable it realize these objectives, the NDA earnestly appeals to the international and regional communities, sisterly and friendly countries, peace-and democracy-loving states to come to the help of the Sudanese people in their legitimate struggle to rid themselves of the pariah regime and thus enable the Sudan assume its natural position within the family of nations.

The NDA calls upon all the Sudanese compatriots inside and outside the country to unify their ranks and rally around the banner of the NDA in order to enhance the implementation of its programmes.

The NDA, having been honoured in holding its conference in the land of Eritrea, would like to extend its heartfelt gratitude and thanks to the sisterly and heroic people of Eritrea under the leadership of the Popular Front for Democracy and Justice. The NDA salutes the stand of the Eritrean people in support of the Sudanese cause and the fundamental issues affecting the Sudanese nation. The NDA specially salutes the gallant hero, President Isais Afwerki, for his comprehensive understanding of the Sudanese problem and for the heroic stand he has taken in support of the Sudanese people.

The NDA would like to take this opportunity to commend the positive role being played by the IGADD countries, led by President Daniel Arap Moi, and Friends of IGADD countries in their endeavours to bring about a speedy end to the war and to restore peace and democracy in the Sudan.


The NDA also commends the positive stands taken by the sisterly and friendly countries which have special historic and close relations with the Sudan and its people, namely Egypt, Kingdom of Saudi Arabia, the Gulf states, all the neighbouring countries and all other friends in the world at large.

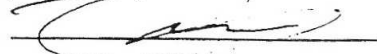
The bottom of the page features several handwritten signatures and initials. From left to right, there is a large, stylized signature, a signature that appears to be 'HAA', a signature that looks like 'JFA', the acronym 'FAA', a signature that looks like 'A. A. A.', and the acronym 'ITB'. There are also some other scribbles and marks.

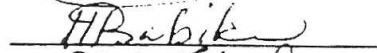
The NDA cannot help but also express its appreciation and thanks to all those friends who cabled the conference to convey messages of support and encouragement.

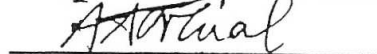
Signed:-

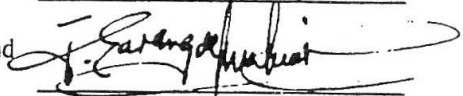
1. Democratic Unionist Party
2. Umma Party
3. Sudan Communist Party
4. Union of Sudan African Parties
5. Sudan People's Liberation movement and Sudan People's Liberation Army
6. Trades Unions
7. Legitimate Command
8. Beja Congress
9. Sudanese Alliance Forces
10. Independent National Personalities

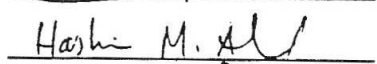
  
\_\_\_\_\_

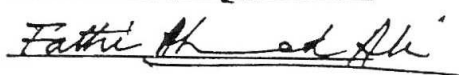
  
\_\_\_\_\_

  
\_\_\_\_\_

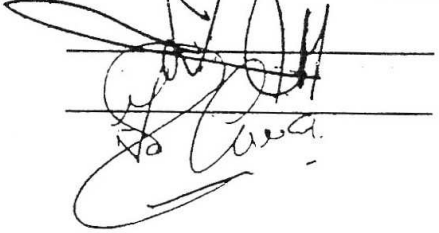
  
\_\_\_\_\_

  
\_\_\_\_\_

  
\_\_\_\_\_

  
\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

  
\_\_\_\_\_



# Wunlit Dinka-Nuer Peace Documents

Dinka-Nuer West Bank Peace and Reconciliation Conference  
27 February – 8 March 1999  
Wunlit, Bahr el Ghazal, Sudan

## Table of Contents

Introduction	<i>i</i>
Wunlit Dinka-Nuer Covenant	<i>iii</i>
Resolutions	1
Signed Commitments of Participants	
Appendix A: Provisional List of Villages and Settlements Abandoned and Considered for Reconstruction	A-1
Appendix B: Peace Council	B-1
Appendix C: Nuer-Dinka Loki Accord	C-1

## A speech by Rev. William O. Lowrey, Conference Facilitator

pages 9-10 of notes for 28th of February,  
Second Day of Wunlit Dinka-Nuer Conference (DRAFT)

*(This section follows Dr. Lowrey's introduction of individuals concerned with the Conference).*

Now I would like to tell you a short story from the Bible, that sets the stage for the Dinka to tell their story before the Nuer, and for the Nuer to tell their story before the Dinka. This is a story that I told for the chiefs and leaders in Lokichokkio (June, 1998), and that was the beginning of three days in which they told their stories, each group to the other. As you know, today is Sunday, which is the first day of the week. It was on a Sunday, after Jesus had died on the cross and been raised from the dead, that this story took place. Most of the disciples were together in a special room, but one was missing. His name was Thomas. And suddenly Jesus appeared in the room, and his message was, "Peace be with you." The disciples were excited to see him, but when they told Thomas, he would not believe it. He said, unless I see him, and put my fingers in his side where the spear went in, I will not believe it. One week later, again on a Sunday, Jesus appeared in the room and Thomas was present. Jesus said to Thomas, "Reach out your fingers and feel the wound where the spear went in."

This is a Conference about reconciliation. Thomas could not be reconciled until he could see the wounds that he had helped to cause, and touch the places where Jesus had been wounded. For seven and a half years now, Nuer have caused wounds and injuries to the Dinka, and for seven and a half years now, Dinka have caused wounds and injuries to the Nuer. If you want to be reconciled you must tell each other the wounds you have suffered. You must look at each other and reach out and touch one another in the places where you have been wounded. It will be important that you speak the truth, that you not hide anything from one another, so that the reconciliation goes deep, and it is a genuine healing of the wounds you have inflicted. When you speak the truth, when you say the hard things to each other, when you identify the issues that must be solved, then you can reconcile relationships, and you can walk out of here saying, "now we are brothers and sisters once again." In just a few minutes, you as the Dinka, will begin to tell the Nuer your stories. Do not hold back. Tell the true stories, no matter how painful it may be. In just a few minutes, when the Dinka tell their stories, you Nuer, you must listen carefully. Do not debate with them, do not argue with them. Relationships begin with listening. And when they have finished you will tell your stories to them. The time of beautiful speeches is over. It is now time for the hard work of peace. You must make a peace that will last. When I sit down, this will be your work. You, Nuer and Dinka, must make this peace and determine how deep the peace will go. May God give you the strength you need.

## **A speech by Awut Dhol Acuil representing the Women of Dinka**

**pages 6-7 of notes for 28th of February,  
Second Day of Wunlit Dinka-Nuer Conference (DRAFT)**

I am called Awut, a daughter of Rek and Agar Dinka. I have nothing great to say today. In terms of age I am younger than most of you. I am only a child. The joy we have in occasions such as this, whether you are young or old, does not prohibit the younger person from speaking. I greet you all and consider you all as my children. A woman gives birth to a man, who becomes a white haired elder.

Our meeting together as Nuer and Dinka gives us great joy for all of us have suffered. Many women and children have been killed during the conflicts between our peoples. I express my appreciation to the NSCC and all affiliated churches that have brought us together. I express my thanks to both for SPLA as well as the USDF, for, if they had not agreed, it would not have been possible for us to meet in this way. I thank all the chiefs and elders, Nuer and Dinka, who have come here knowing that fighting will get us nowhere, and affirming that we must discuss our differences in this important gathering. I thank the foreigners who have come all the way to Wunlit to sit down with us and observe our negotiations. I will not speak long.

This is not a court, but a process of reconciliation. We, the women of Bahr el Ghazal, do not want to have their offspring killed any more. These are our children, those to whom we have given birth to. Yesterday someone said that the women had stopped bearing children. It is not only that they have ceased to bear, but that they wish that those who are in the army, as combatants, could return to their wombs again! It is the women of both Nuer and Dinka who have given birth to children, but it is not our desire that our young should die without good reason.

What I beseech you, the chiefs and elders of Nuer and Dinka, is that you will settle your differences, that you come to final resolutions to stop the killing of our children. I will now do as the Commissioner of Tonj has just done. I call on Deborah Nyandien to come forward that we as women can greet one another (Debora comes forward; Awut begins to sing, "*Dooray, dooray;*" "Peace, peace, we have come for peace . . ."). We hope you have heard our voices. I have come to express my joy in this peace effort. I have nothing more to say, and give place to Deborah.



## **A speech by Debora Nyandien, representing the Women of Nuer**

**page 7 of notes for 28th of February,  
Second Day of Wunlit Dinka-Nuer Conference (DRAFT)**

I will speak using my own language of Nuer. Let me tell you the reason I will speak in Nuer. I am called Deborah Yar Jieng. Those from Yirol and Rumbek will know me. My father and mother were Nuer, but they left their home for Dinkaland long ago. Ultimately they settled near Yirol where my uncle, Nyibol, was residing. My uncles are now here with us. When I married, it occurred that Mathiang Gok came to learn that their daughter had been taken back to Nuerland. I will not say more concerning my own history, and go to the heart of my message.

I greet you in the name of all women who have been created by God to bear children. People of God, you the NSCC, and all related churches, I greet you with appreciation for your efforts to bring our peoples, Nuer and Dinka, together that we might live in peace. I also greet all guests who are here. Specifically, I greet Bill Lowrey, with thanks a hundred times over for his efforts throughout this long process until we have at last met at this stage. Ours are the first two communities who went to Bilpham to train to fight this war against the Arabs. Thus, I greet our elder, Samuel Aru Bol, who has come to witness this meeting.

I am a leader among the women. I have come with eleven women from Bentiu to attend this meeting. Six women have come from Khartoum. As well, there are many Dinka women who have come as observers. The Nuer women have sent a message to the Dinka women, which I now declare. This message is similar to that which was given by our sister, Awut. You, women of Nuer and Dinka, and even those from far lands, I want to challenge the men with a question.

(1) I demand to know from the men why it is that our children should be dying throughout the decades, ever since the beginning of the war of Anyanya I in the 1960s!

(2) I also ask this: since the creation of the earth, in all of human history, has any man ever died with a child in his womb? I'm not demanding an answer, but I want you to think about it. Be quiet, and consider this question.

(3) I'll ask this as well: Has any man ever felt the terrible pains of labour in child birth?

We women, we alone know the pain of giving birth, and our words and our thoughts must be taken seriously! Don't discard the importance of our words! You Dinka and Nuer don't often consider the thoughts of women, but today hear us clearly, concerning all the children who have died among us. I'm saying this because, while you are in discussion, know that we will watch you carefully.

If you don't ultimately take our words seriously, then you must understand we the women will make a revolution: We will stop giving birth! I know you men are laughing because you say that you are married through payment of bride wealth over which women have no control. You say that women have no power to make a revolution against you. However, we are speaking as women of today. We are not women of past times.

Finally, I exhort you also, not to push your discussions ahead without taking a break for refreshment. Take an occasional rest. I conclude here, with thanks.

## Introduction

This brief publication provides the basic documents of the Dinka-Nuer West Bank Peace and Reconciliation Conference held in Wunlit, Bahr el Ghazal, Sudan from 27th February until 8th March 1999. The purpose of this publication is to immediately make the core documents available to:

- The Dinka and Nuer communities who have established the Wunlit Covenant and will be responsible to implement the resolutions;
- The broader Sudanese community who are eager to read the results of the Conference in Wunlit and will be responsible to expand this peace to other areas of Sudan;
- The political movements in south Sudan who have assisted in this people-to-people peace process and will now have key roles in the implementation of the resolutions;
- The Sudanese churches and their partners; and
- The international community with special focus on the partners and donors who have contributed to this process and those who will need to assist in the implementation.

**Background:** The Dinka-Nuer West Bank Peace and Reconciliation Conference is a major step in a much larger process. It is designed to bring reconciliation to many groups and people of south Sudan who are in conflict with one another. As this process grows and expands it carries the potential to transform the dynamics of the macro Sudan conflict.

In June 1998, under the facilitation of the New Sudan Council of Churches (NSCC), thirty-five Dinka and Nuer border chiefs and church leaders on both the west and east sides of the Nile River met in Lokichogio (Loki), Kenya. They considered ways to bring peace and reconciliation to their peoples. They met for nine days to share the stories of the pain and suffering they have inflicted on one another for seven years. After coming to a consensus that they must help their people find a way to make peace, the chiefs and church leaders began planning for major Dinka-Nuer peace conferences. It was anticipated that conferences should be held on the west and east banks of the Nile. The Loki conference ended with the signing of the Nuer-Dinka Loki Accord (see Appendix ). The West Bank conference was established as the next major step in the process.

NSCC established an organising team and hired short-term staff to focus exclusively on the Dinka-Nuer peace process. During the following eight months the team included field mobilisers and organisers, women, chiefs, liaisons from the Sudan Peoples Liberation Movement (SPLM) and United Democratic Salvation Front (UDSF), intellectuals from the Sudanese Diaspora, and a consultant peacemaking facilitator. The SPLM was requested and agreed to release to NSCC the services of Mr. Mario Muor Muor to serve as the conference site organiser at Wunlit, Tonj County. With the organising skills of a local chief nearly three hundred citizens laboured for three months to build an entire village for the peace conference. One hundred fifty *tukul* (houses) and a large meeting hall were built. Cattle, goats and chicken were pledged and provided for meat. A well was drilled,



additional food imported, extensive transportation was planned, and relationships were maintained with all levels of society from local chiefs to the highest levels of the political movements.

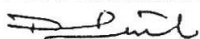
Prior to the Conference a high profile chiefs exchange visit took place between the Nuer and Dinka areas. The Nuer chiefs had to be satisfied that there would be adequate security for their leadership to come into Dinkaland to attend the conference. Dinka chiefs had to be satisfied that the Nuer communities were very serious about this peace effort. These exchange visits took place from the 11<sup>th</sup> to the 16<sup>th</sup> of February in Thiet and Wunlit, Bahr el Ghazal in Dinkaland and in Leer, Western Upper Nile in Nuerland. The visits ignited the enthusiasm of local populations, demonstrated to all that the peace was underway, and convinced the key leaders that security would be guaranteed. Hundreds of delegates, chosen by counties and provinces from Dinka and Nuer communities, began moving toward the site. An airlift was organised to bring 150 Nuer delegates, arriving on the day before the opening. The Conference site became a living peace village with hundreds of security personnel, teams of women cooking and serving each of five "villages," and youth working through the night to meet the water needs of a total community of 1200 and 1500 people. International observers and journalists were free to observe and report the story of the peace process. At the end of the Conference a total of 318 people signed the Covenant.

The Wunlit Conference opened with the ceremonial sacrifice of a large white bull, provided by the chief of Wunlit, Gum Mading. The opening ceremony also included Christian worship led by Dinka and Nuer church leaders followed by words of blessing from traditional spiritual leaders. Welcoming speeches were made by NSCC Executive Secretary Dr. Haruun Ruun, Deputy Chairman of the SPLM/A Commander Salva Kiir Mayardit, Governor Nhial Deng Nhial of Bahr el Ghazal, Commissioners of Tonj and Leer, and women leaders from Dinka and Nuer. The Conference closed with the signing of the Wunlit Dinka-Nuer Covenant and Resolutions. Each person placed his or her thumb print on the final document and some also chose to sign. The Covenant was sealed with Christian worship, traditional sacrifice of a bull and festivities.

A future publication will include key speeches, selected quotes from the many participants, the minutes developed by the Rapporteurs, and a selection of pictures that tell the story of the Wunlit Dinka-Nuer Conference.

This official publication is presented by NSCC and is approved by the following Rapporteur Team:

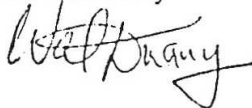
Mr. Dhol Acuil Aleu



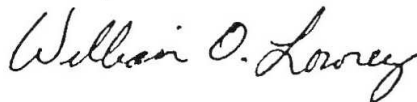
Dr. Peter Nyot Kok

 12.03.91

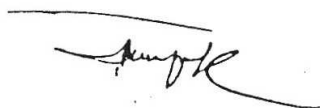
Dr. Wal D'iany



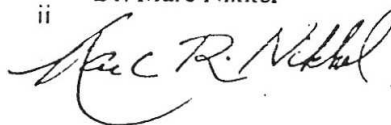
Dr. William O. Lowrey



Mr. John Luk Jok



Dr. Marc Nikkel

ii  


## **Wunlit Dinka-Nuer Covenant**

**Dinka-Nuer West Bank Peace and Reconciliation Conference**  
**27 February - 7 March 1999**  
**Wunlit, Bahr el Ghazal, Sudan**

Dinka and Nuer Chiefs, church, civil and community leaders, elders, women and youth have met in a peace and reconciliation meeting in Wunlit, Bahr el Ghazal, Sudan under the auspices of the New Sudan Council of Churches (NSCC). We have established this Covenant of peace and reconciliation and declare an end to seven and a half years of intense conflict.

We the participants hereby make and adopt the following Covenant and pledge ourselves to observe and implement it scrupulously and conscientiously in keeping with the solemn vows of peace, reconciliation and familial co-existence. We initiated our Conference with the sacrifice of the White Ox (*Mabior Thon Thabor*) and have sealed the Covenant in Christian worship and traditional sacrifice.

We declare the following:

- All hostile acts shall cease between Dinka and Nuer whether between their respective military forces or armed civilians.
- A permanent cease-fire is hereby declared between the Dinka and Nuer people with immediate effect.
- Amnesty is hereby declared for all offenses against people and property committed prior to 1/1/99 involving Dinka and Nuer on the West Bank of the Nile River.
- Freedom of movement is affirmed and inter-communal commerce, trade, development and services are encouraged.
- Local cross-border agreements and arrangements are encouraged and shall be respected.
- It is hereby declared that border grazing lands and fishing grounds shall be available immediately as shared resources.
- Displaced communities are encouraged to return to their original homes and rebuild relationships with their neighbors.
- The spirit of peace and reconciliation this Covenant represents must be extended to all of southern Sudan.

All Resolutions adopted by the Conference are hereby incorporated into this Covenant.

We appeal to the SPLM/A and the UDSF/SSDF to endorse, embrace and assist in implementation of this Covenant and its Resolutions.

We appeal to the International Community to endorse, embrace and assist in implementation of this Covenant and its Resolutions.

# Resolutions

## Dinka-Nuer West Bank Peace and Reconciliation Conference

Wunlit, Bahr el Ghazal, Sudan

27<sup>th</sup> February to 8<sup>th</sup> March, 1999

**Process used at Wunlit Dinka-Nuer Conference to develop Resolutions:** The following process was used to identify issues and develop resolutions that address the issues and provide solutions for the identified problems:

- **Storytelling and Issue Identification:** A little more than a full day was given to Dinka to tell their stories to the Nuer and to surface the issues that were outstanding between Dinka and Nuer. This was followed by a similar amount of time for story telling by the Nuer, including their responses to what had been said by the Dinka. Finally a day was given for dialogue and rebuttal, comments from key border chiefs, and observations from chiefs who had come as observers from the east bank of the Nile River. The three and a half days of speaking generated a list of issues and a number of proposals for solutions.
- **Management Team Synthesis of Issues:** The Conference Management Team developed a list of six major categories that had arisen out of the storytelling. Rapporteurs were assigned for each group. The categories and Rapporteurs were:
  1. Missing Persons and Marriages to Abductees (Mr. Dhol Acuil Aleu)
  2. Reclaiming the Land and Rebuilding Relationships (Dr. Peter Nyot Kok; Rev. Matthew Mathiang Deang)
  3. Institutional Arrangements (Dr. Wal Duany)
  4. Monitoring the Borders (Mr. Telar Deng)
  5. People Outside the Peace Process (Mr. Farouk Gatkuoth Kam)
  6. Extending the Peace to the East Bank of the Nile and Equatoria (Mr. John Luk Jok)
- **Working Groups:** Six working groups were established with each one focused on a single issue category. It was decided that the groups would work only in the Dinka and Nuer languages or Arabic where needed. English translation would not be provided for observers because of the amount of time that would be lost in an additional translation. The six issue areas were explained to the conference delegates and they were encouraged to choose the area of their greatest interest. There were thirty to sixty people in each working group. The groups worked for half a day to develop their proposals.
- **Plenary Presentations and Consensus Approval:** Each working group presented its proposals through its Rapporteur. Discussion was held, additions



and amendments were made and each set of recommendations were adopted when consensus was gained.

## **I. Resolutions Regarding: Missing Persons and Marriages to Abductees**

### **A. Girls who have been abducted but are not yet married.**

1. Shall be repatriated to their parents/relatives as soon as they are identified.

### **B. Girls who have been Married in Captivity**

1. As soon as they are identified they shall be asked by their parents/relatives if they want to remain with their husbands.
2. If a woman declares that she wants to remain with her husband, than the bride wealth must be collected and presented to her parents/relatives.
3. If she desires to return to her parents/relatives she is to be repatriated.
4. If there are children of the marriage, the natural father may choose to redeem the children according to Dinka/Nuer traditions.
5. If the father refuses to redeem the children, the mother is free to leave with them.
6. If a woman is married to or held by a soldier on the SPLA side, a letter should be sent to Commander Salva Kiir Mayardit, Chief of General Staff of SPLA, so that the girl is able to state before her parents/relatives whether she wants to remain with her soldier-husband or return to her family. If a woman is married to or held by a soldier on the UDSF side, a letter should be sent to Commander Elijah Hon Tap, Chief of Staff of SSDF, so that the girl is able to state before her parents/relatives whether she wants to remain with her soldier-husband or return to her family.
  - If she wants to return to her parents, then she must go.
  - Whether she has a single child or several the natural father may choose to redeem the children, according to the custom of the Dinka/Nuer.
  - If the father refuses to redeem the children, the mother is free to leave with them.

### **C. Married Women Abducted into Captivity**

1. As soon as a woman in this category is identified she should be repatriated to her home area with all her children born in captivity.

### **D. Boys or Men in Captivity.**

1. In all cases boys and men who have been abducted and held in captivity shall be freed and repatriated to their natural parents or guardians as soon as they are discovered.
2. A man who has been provided a wife by his captor must be asked where he himself wants to live. If he chooses to return to live with his parents/relatives, then his family shall pay the bride wealth which was paid by his captor.

3. If his father/relatives pay the bride wealth on his behalf, then he is free to return to his land of origin with his children and wife.

**E. Boys or Men who were abducted, then freed, and have settled on their own accord.**

1. This group shall be left undisturbed wherever they are found. (Cases regarding minors shall be handled according to Dinka/Nuer customary law.)

**F. Creation of Abductee Identification Teams**

1. On both Dinka and Nuer sides an Abductee Identification Team shall be formed made up of chiefs. The two teams shall work together, accompanying each other on tours of both Dinka and Nuer territories.

## **II. Resolutions Regarding: Reclaiming the Land and Rebuilding Relationships**

(A provisional list was developed of villages and settlements that have been abandoned due to the Dinka-Nuer conflict during the past seven and a half years and should be considered for reconstruction. The Covenant encourages displaced communities to return to their original homes and rebuild relationships with their neighbours. The provisional list includes the names of more than 400 villages and settlements in Appendix A.)

**A. Formation of a Technical and Planning Committee on Land Settlement and Reclamation responsible for:**

1. Advising on consolidation and relocation of villages and stations.
2. Advising on linking villages and settlements to productive areas, introduction of ox ploughing, provision of bore wells, medical care, and veterinary services. Promotion of joint Dinka-Nuer cattle and commodity markets.

**B. Affirm Freedom of Movement in Peace and Security**

1. We propose a market based near the border where Dinka and Nuer can trade together, with all benefiting from the diversity of items and wealth we will be able to share together.

**C. Promotion of Dinka-Nuer Reconciliation and Familial Co-Existence.**

1. Establishment of a Dinka-Nuer Veterinary Centre to be jointly shared by Dinka and Nuer. This is to encourage a common concern for animal health as a vested interest which needs to be protected.
2. Establishment of Dinka-Nuer co-operatives in agricultural and commercial fields.
3. Establishment of a model Dinka-Nuer Primary School near the border, with both Dinka and Nuer students enrolled.
4. Produce a unified Re-statement of Dinka and Nuer Customary Law to assist the local courts, law enforcement and administrative officials.
5. Establish an annual award that shall be conferred by the Council upon those who are proficient in both Dinka and Nuer languages.

### III. Resolutions Regarding: Institutional Arrangements

#### A. Police\*

(\*The list of border stations or police posts found in this section and the list in section IV will be finalised in a meeting of the Peace Council in Ganyiel in November 1999. Between March and November 1999 the counties and provinces will work to harmonise the two lists.)

1. Bahr el Ghazal Region shall have the following police posts:

- |           |                |
|-----------|----------------|
| 1. Adior  | 6. Meshra Acol |
| 2. Pagrau | 7. Majak Juer  |
| 3. Lucl   | 8. Mayen Jur   |
| 4. Madol  | 9. Mayom Adony |
| 5. Makuac | 10. Mathiang   |

2. Unity State shall have corresponding posts as follows:

- |              |                |
|--------------|----------------|
| 1. Dhiau Rid | 8. Porjuer     |
| 2. Jerweng   | 9. Lucl        |
| 3. Mayom     | 10. Majok      |
| 4. Kaikon    | 11. Rialthiang |
| 5. Tar       | 12. Tangyier   |
| 6. Madol     | 13. Riak       |
| 7. Lony      |                |

3. The composition of the force command and other provisions shall include:

- |                      |                            |
|----------------------|----------------------------|
| • arms & ammunitions | • radio communication sets |
| • uniforms           | • medicines                |
| • stationery         | • rations                  |
| • transport          | • training                 |

4. Joint police forces shall be formed during the dry season in the areas of contact. This will assist in areas where conflict has arisen over grazing lands. A Joint Police force from both Unity State and Bahr el Ghazal will work together in the grazing and fishing areas during the dry season.



#### **B. The Border Courts**

1. We recommend the revival and strengthening of existing border courts as well as training of para-legals to man the courts.
2. Re-affirm the present border chiefs and increase their numbers when necessary.
3. Border courts constituted in Bahr el Ghazal and Unity states shall consist of 5 to 7 members each.
4. Pending further arrangements the law applicable in both courts shall be customary law.
5. Convicts on either side shall be imprisoned where the offence was committed and shall be treated in accordance with international human rights norms.

#### **C. Appeal Processes**

1. Border courts shall be courts of original jurisdiction except in capital offences. (Capital offences go directly to the county or province judge.)
2. Appeals from border courts shall lie to the relevant peoples' regional court.
3. Appeals from the peoples' regional court shall lie to the county judge or province judge as the case may be.

#### **D. Dinka-Nuer Peace Council**

1. Composition: Three members, one of whom shall be a woman, shall be chosen by each county/province.
2. The Council shall meet twice a year and may meet upon the emergency call of the chairperson.
3. The Council shall elect its chairperson at its first meeting and this person shall serve in this office for a period of one year with effect from the date of his/her election.
4. The venue for the meetings shall alternate dependent on the security situation.
5. The Functions of the Council.
  - To oversee the implementation of the Wunlit Dinka-Nuer Covenant and Resolutions.
  - A budget shall be considered and prepared by each of the respective administrations. In addition the council is urged to consider ways to involve the local communities in supporting these structures ourselves.
  - The council is also authorised to raise funds through appeals to international and indigenous NGOs.
  - Review annual performance and recommend future plans.
  - Recommend a larger forum or meeting between Dinka/Nuer chiefs, elders and political leaders in the event of serious violations of the Covenant and Resolutions.
  - The Council shall maintain contacts with the political leadership on security issues.

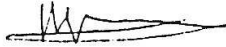
### **IV. Resolutions Regarding: Monitoring the Borders**

- A. Border stations or posts for the purpose of monitoring the peace shall be established at the following locations.**

## II. Rumbek County, Bahr el Ghazal

### Dinka-Nuer West Bank Peace & Reconciliation Conference

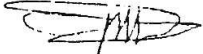
1. Chief Marial Malual Arop



2. Chief Aparer Chut Dhuol



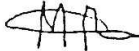
3. Chief Madol Mathok Agolder



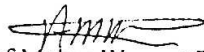
4. Chief Jul Machok Lieng



5. Chief Muorwel Agok Manyiel



6. Chief Manyang Monydhel Macok



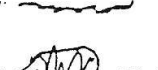
7. Chief Maker Warwut Thok



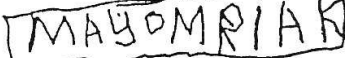
8. Chief Manyiel Lieny Wol



9. Chief Chol Madol



10. Chief Luth Nuer Wol



11. Chief Mayom Riak



12. Chief Barnaba Maluong Wel



13. Chief Macar Maper



14. Chief Paul Makoi Maleth

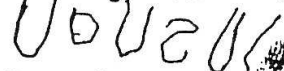


15. Chief Madul Maper Diding

16. Chief Kulong Marial Wol



17. Chief Chol Maguar Gel



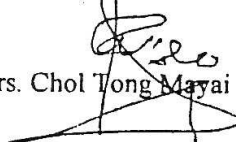
18. Elder Dut Maliet Buong



19. Chief Mataba Yoro

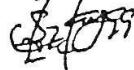


20. Mrs. Monica Ayen Maguat

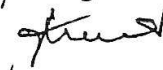


21. Mrs. Chol Tong Mayai

22. Mrs. Sunday Ater Malieth



23. Mrs. Mangar Tur



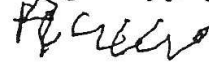
24. Mrs. Mayek Marial



25. Mrs. Salah Alfred



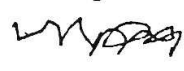
26. Mrs. Agok Anyijong Ater



27. Mrs. Ayen Rok-Koc



28. Mrs. Diing Matok



29. Mrs. Atakwei Dalkoc



30. Mrs. Nyabec Balang Madol

31 - Paul Mayom Ake  
 32 - Enook Manyon Maluac



### III. Tonj County, Bahr el Ghazel

#### Dinka-Nuer West Bank Peace & Reconciliation Conference

- |                                |                                |
|--------------------------------|--------------------------------|
| 1. Chief Madut Aguer Adel      | 16. Mr. Magar Lual Magar       |
| 2. Chief Det Madhieu Anyuon    | 17. Mr. Dhol Maleth Dhol       |
| 3. Chief Ajuong Mading Ruop    | 18. Mr. Lueth Ayiei Baar       |
| 4. Chief Mayik Amenjang Majok  | 19. Mr. Murgic Kiir Ciron      |
| 5. Chief Maria Malok Lual      | 20. Mr. Jok Rual Jok           |
| 6. Chief Wol Lual Wol          | 21. Mrs. Awadia Macot Aruon    |
| 7. Chief Natale Anei Them      | 22. Mrs. Saada Mangok Mabok    |
| 8. Chief Dhor Arik Mawien      | 23. Mrs. Adior Deng Kur        |
| 9. Chief Malek Akuien          | 24. Mrs. Nyanut Mapuol Aruon   |
| 10. Chief Malok Akot Wut       | 25. Mr. Cadar Tong Buoc        |
| 11. Chief Ariath Mayer Mareng  | 26. Mr. Dut Yol Monyok         |
| 12. Chief Chol Malok Deng      | 27. Mr. Malok Wol Madhieu      |
| 13. Chief Makom Majok Makom    | 28. Mr. Madut Mithok Madut     |
| 14. Chief Gum Mading Akuocbany | 29. Mr. Deng Agok Wol          |
| 15. Mr. Wilfred Ring Aduer     | 30. Mr. Arkangelo Maduok Majok |
| 32. Riwol Deng Kwol Ukwol      | 31. Andrew Kuac Mayot          |
| 33. Gabriel Cuot Paliet        |                                |

## IV. Twic County, Bahr el Ghazel

### Dinka-Nuer West Bank Peace & Reconciliation Conference

1. Chief Madhol Lang Luk



2. Chief Garang Nyuol Bol

3. Chief Mayar Majok Deng


4. Chief Ring Chol Ring



5. Chief Manut Atem



6. Chief Majok Cuol



7. Chief Mawien Bol

8. Chief Aker Bol Bhak

9. Chief Michael Ruci Dick

(Bul Nuer)



10. Chief Gahgah Riek Macar

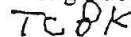
(Bul Nuer)



11. Chief Albino Akang Ayual



12. Chief Tong Buok Deng



13. Chief Gabriel Abut Majak



14. Mrs. Ayuong Deng Mabil

15. Mrs. Akon Nyuol Bol

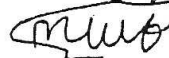
16. Mrs. Atit Bol Yor



17. Mrs. Nyakuol Retheal Rual

18. Mrs. Nyandit Madut Majok

19. Mr. Matthew Wanbang Nyater



20. Mr. Gordon Gatwec Tutrou



21. Mr. Mabany Cirbang Cuol

22. Mr. Madut Deng Yor



23. Alfonse Anai Deng





# V. Yirol County, Bahr el Ghazal

## Dinka-Nuer West Bank Peace & Reconciliation Conference

1. Chief Makeny Kamic Apetbeu

MAKENY

2. Chief Bahon Mabior Deng

BAHON MABIOR

3. Chief Reec Anyieth Reec

Reec dit Anyieth

4. Chief Madit Maker Gum

MADIT

5. Chief Dhor Majak Yek

DHOR MAJAK

6. Chief Mabor Cuot Cap

MABOR CUOT

7. Chief Dhor Macar Kuer

DHOR MACAR

8. Chief Marial Dhieu Malual

9. Ex. Chief Maker Dhol Jok

MAKER

10. Ex. Chief Marial Nyibol Kuer

MARIAL NYIBOL

11. Ex. Chief Rin Gac Ahou

RIN GAC

12. C/M Long Ngolow Jok

LONG NGOLOW

13. C/M Banek Ngucc Ariak

BANEK NGUCC

14. Sub Chief Mayen Balang Kenjok

MAYEN

15. Sub Chf. Makok Manyang Cengaan

MAKOK

16. Spiritual Ldr. Bol Malual Ayuel

BOL

17. Spiritual Leader Reec Ater Bar

REEC

18. Spiritual Leader Dor Majak Ali

DOR

19. Spiritual Leader Majok Cap Kuer

20. Spiritual Leader Apugi Wath Bar

21. Mr. Mayen Kot Thon

MAYEN

22. Mr. Macar Akot Manyuat

MACAR

23. Mr. Tur Telar Gai

TUR

24. Mr. Dhieu Manyar Cap

25. Mr. Mabor Kuol Yuec

MABOR

26. Mrs. Yar Malek Malual

27. Mr. Ajuot Dhieu Akat

28. Amuor Bol Acol

29. Guet Arol Mathiang

## I. Jagei District (Koch), Western Upper Nile

Dinka-Nuer West Bank Peace & Reconciliation Conference

1. Head Chief Kong Kulang Ket

2. Head Chief Magei Ret Wuor

3. Head Chief Yaac Chuol Youc

4. Head Chief Kong Jambil

5. Mrs. Nyabiei Thiec Kuac

6. Mrs. Nyakuota Duop Kaang

7. Mrs. Nyalel Lony Gat Yieko

8. Mrs. Nyapata Gatwic Thiec

9. Mr. Nyuon Yiet Gai

10. Mr. David Tap Kot

11. Elder Peter Kun Lief

## II. Jikany Guet District, Western Upper Nile

Dinka-Nuer West Bank Peace & Reconciliation Conference

1. Head Chief Joseph Koang Yuor

2. Head Chief Peter Rieng Patai

3. Mr. James Kuol Hoth

4. Mrs. Nyakuor Jany Luak

### III. Leek District (Kaljaak), Western Upper Nile

Dinka-Nuer West Bank Peace & Reconciliation Conference

1. Chief George Kuagany Keek

*George Kuagany Keek*

2. Mr. Teresa Diang Kulaang

*Teresa Diang Kulaang*

3. Commander Gabriel Both Yol

*Gabriel Both Yol*  
990603

ABRAHAM JUACTHOR

MADUT AKIER BAAK

ABRAHAM <sup>Muchel</sup> GENY TOP

AMAL IBRAHIM TAWIL

AWA DIA <sup>AWA</sup> HASSAN Abdalla

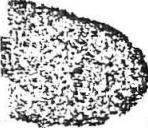
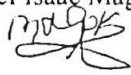





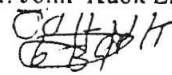

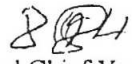

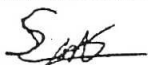





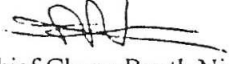











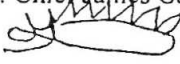





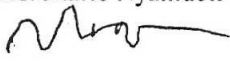







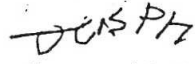

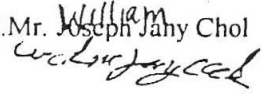

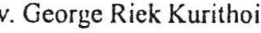




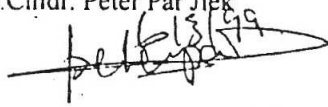
REGINA ACHOL ATEM

Mary Nyaboth NEP

SARAH NYAKUEK TOANG



**IV. Leer District (Dok), Western Upper Nile**  
 Dinka-Nuer West Bank Peace & Reconciliation Conference

- |   |   |   |   |
|---|---|---|---|
|    | 1. Head Chief Isaac Magok Gatluak<br>    |    | 15. Mr. Paul Kuong Doung<br>           |
|    | 2. Head Chief Gideon Biding Jageah<br>   |    | 16. Mr. John Kuok Lieth<br>            |
|    | 3. Head Chief Stephen Kuong Mabel<br>    |    | 17. Mr. Simon Both Niang<br>           |
|    | 4. Head Chief Yoanes Kuol Kai<br>        |    | 18. Mr. John Kuong Chual<br>            |
|    | 5. Head Chief Gabriel Buor Chany<br>     |    | 19. Mrs. Debora Nyadien Jany<br>       |
|    | 6. Head Chief Chany Buoth Niang<br>      |    | 20. Mrs. Martha Makin Kuong<br>        |
|   | 7. Head Chief Lipjiok Buor Ruei<br>     |   | 21. Mrs. Sarah Kuany Choar<br>       |
|  | 8. Exec. Chief James Gatluak Riek<br>  |  | 22. Mrs. Ruth Nyagany Gatchang<br>   |
|  | 9. Exec. Chief George Maawich Dual<br> |  | 23. Mrs. Marie Nyamuon Chuol<br>      |
|  | 10. Exec. Chief Yoak Wuon Tuany<br>    |  | 24. Mrs. Teresa Deng Kuony<br>       |
|  | 11. Exec. Chief Chual Toy Gien<br>     |  | 25. Mrs. Josephina Dalat Mangwet<br> |
|  | 12. Mr. Joseph Jany Chol<br>           |  | 26. Rev. George Riek Kurithoi<br>    |
|  | 13. Mr. Thiekuey Bol Pan<br>           |   | 27. Elder William Matiek Chath<br>     |
|   | 14. Mr. Simon Gatjiaak Nhiaal<br>      |   | 28. Cmdr. Peter Par Jiek<br>          |

29. Alt. Cmdr. Michael Thoat Jany

30. Mr. Simon Gatjuat Jaal

*Signature*  
6-3-9

31. Mr. James Nguang Chackuoth

*Signature*  
6.3.1999

32. Mr. Jeremiah Gatnoor Manguet

*Signature*  
6.3.1999

33. Mr. Peter Machar Kuol

34. Mr. James Gatjung Jiaal

*Signature*  
6-3-1999

35. Mrs. Elizabeth Nyakuer Jany

*Signature*

36. Mr. William Jany Chuol

37. Mr. Ruot Gatwich Ruei

38. Mr. James Gatluok Mabuor

39. Mr. Koryom Teny Deng

40. Mr. Gabriel Gatpan Bapiny

41. Mr. Machiek Nereu Wel

42. Mr. Simon Riek Makuay

43. Mr. Magek Joak

44. Mr. Kot Riak Dong

45. Mr. Thon Nyak Joak

46. Mr. Banguang Kan Lapethor

*Signature*  
BANK

47. Mr. Kong Yar Diu

*Signature*

48. Mr. William Tut Mut

49. Mrs. Nyayang Nhial Chuol

50. Mr. Gatkuoth Riak Kuer

*Signature*

51. Mr. James Majiok Ruot

*Signature*

52. Mr. John Gatluak Duk

*Signature*

53. Mr. Bang Jual

54. Spiritual Leader Gai Jaal Do

55. Mr. Koang Mabuor

56. Mr. Gai Kaang

57. Mr. John Jock Kuac

*Signature*

58. Mr. John Maguet Gai

*Signature*

59. Mr. Peter Kor Puay

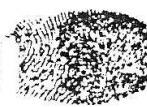

*Signature*


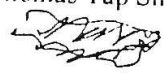
60. Mr. Simon Choudar Gatluak



*Signature*





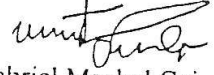



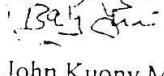
61. Mr. Stephen Tut Gil  
  




62. Mr. Thomas Tap Shilliny  
  



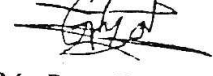
63. Mr. Michael Manyon Beliu  
  



64. Mr. Simon Gatjuat Jaal  


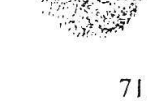
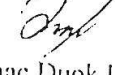
65. Mr. Michael <sup>Thot</sup> Mo Jany  
  



66. Mr. Gabriel Machol Gai  
  



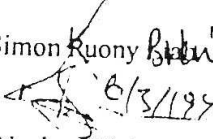
67. Mr. John Kuony Muotick  
  


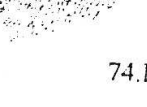
68. Mr. Major Guale  
  



69. Mr. Peter Gut Chual  


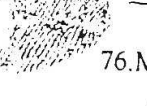

70. Mr. Peter Gatkuoth Chual  
  




71. Mr. Baac Duok Lok  




72. Mr. Simon Kuony <sup>Belu</sup>  
  
  
 6/3/1999



73. Mrs. Nyakon Riek  



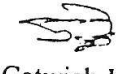
74. Mrs. Ruth Nyagany Gatchong  




75. Mr. Paul Biel Tang  
  


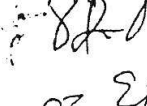
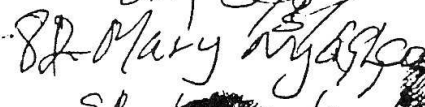
76. Mr. Stephen Choal Garang  
  




77. Commissioner Joseph Juac Kuon  
  
 23/9/99  


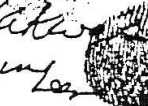

78. Mrs. Nyakueny Ruot Ka  
  



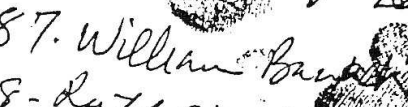
79. Mr. Thiec Ruot Puot  
  




80. Mr. Gatwich Joak Raan  
  
 Joseph Geng Dhol  




81. Mary Nyagany  
  




82. Elizabeth Nyabon  
  




83. Alok Makon  
  




84. Peter Nie Makon  
  


85. Daklak Tergun  
  


86. William Bantok Lal  
  


87. Ruth Nyabon  
  


88. Peter Gal Kong  
  


89. Simon Tuk Luak  
  


# V. Panyijar District (Nyong), Western Upper Nile

## Dinka-Nuer West Bank Peace & Reconciliation Conference

- |   |  |
|---|--|
| 1. Head Chief Daniel Malual Wun                                 | 17. Mrs. Teresa Nyakuoth Pur   |
| 2. Head Chief Peter Nyong Danhier<br><i>PETER NYONG DANHIER</i> | 18. Mr. Mabor Beliu Dor  |
| 3. Head Chief William Ruei Kuong<br><i>WILLIAM</i>              | 19. Mrs. Nyakueka Tong Chany<br><i>NK</i>  |
| 4. Head Chief Keribino Nyuon Yar                                | 20. Mr. Guor Kuerkua Duer  |
| 5. Mr. Simony Kuol Beliu<br><i>6/3/1999</i>                     | 21. Mrs. Nyanget Get Gatkek<br><i>EG</i>   |
| 6. Mr. John Tong Chany  | 22. Mr. Yoal Dowan Dhoar<br><i>~</i>   |
| 7. Mr. Marco Gatjung Diu<br><i>0/2/1999</i>                     | 23. Mr. Kuol Duoth Nual<br><i>r</i>  |
| 8. Mrs. Sarah Nyangut Chuol                                     | 24. Mr. Riak Koang Luak<br><i>RK</i>   |
| 9. Mr. Kabur Teny Dak   | 25. Mr. David Baany Lat<br><i>DL</i>   |
| 10. Mr. Gabriel Kuol Duoth<br><i>GABRIEL KUOL DUOTH</i>         | 26. Mr. Diang Niel Kulang<br><i>DN</i>   |
| 11. Mrs. Nyayuol Ruei Koang<br><i>NK</i>                        | 27. Mr. Kuony Kulaang Deang<br><i>JOSEPH</i>   |
| 12. Mr. Muon Machok<br><i>MA</i>                                | 28. Mr. Thiec Rut Put  |
| 13. Mr. Keel Ruei Kuong<br><i>KEEL</i>                          | 29. Mrs. Nyakuic Ruot Kai  |
| 14. Mr. Peter Gatjung Kuol<br><i>P</i>                          | 30. Mr. Mabor Kuajien Duer<br><i>M</i>   |
| 15. Mr. John Mayak Mat<br><i>M MAYAK MAT</i>                    | 31. Mr. Buor Latjor<br><i>B</i>  |
| 16. Mr. Juljiok Malual Wun<br><i>JULJIOK MALUAL WUN</i>         | <i>Daniel Diu cheth</i><br><i>Cheth</i><br><i>Tereza Alfred Kharas</i><br><i>T cheth</i> |



### Invited Observers

#### Dinka-Nuer West Bank Peace & Reconciliation Conference

1. Head Chief Stephen Wall Kaang

*SWK*

2. Head Chief Peter Kaclech Yuot

*PKY*

3. Head Chief Car Reath Kok

*CRK*

4. Head Chief Stephen Alan

*SA*

5. Head Chief Adoc Lotiti

*AL*

6. The Rt. Rev. Henry Riak

*HR*

7. Mr. Justin Makuac

*JM*

8. Rev. John Okumu

*JO*

9. Mr. Timothy Tot

*TT*  
6/3/99

10. Mr. William Twil

*WT*

11. Mr. Billi Mar

*BM*

12. Pastor Simon Bilil

*SB*

13. Mrs. Mary Abuk

*MA*

14. Costa Aken Arongny

*CA*

**Witnesses to the Covenant,  
NSCC Conference Management Team**

Dinka-Nuer West Bank Peace & Reconciliation Conference

1. Dr. Haruun Ruun

2. Dr. William Lowroy

*William Lowroy*

3. Rev. Matthew Mathian Deng *Matthew Mathian Deng*

4. Judge Telar Deng

*J. Telar Deng*

5. Dr. Peter Nyot Kok

*Peter Nyot Kok* 06/03/99

6. Dr. Michael Waj Duany

*Michael Waj Duany*

7. Mr. Mario Mour Mour

## **Ehrenwörtliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit, dass mir die geltende Promotionsordnung der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena bekannt ist. Die vorliegende Dissertation wurde von mir ohne die Hilfe Dritter angefertigt. Alle von mir benutzten Hilfsmittel und Quellen sind in der Arbeit angegeben. Frau Jana Neukirchner und Frau Antje Nestler haben Korrektur gelesen.

Ich habe weder die Hilfe eines Promotionsberaters in Anspruch genommen noch habe Dritte unmittelbar oder mittelbar geldwerte Leistungen von mir für die Abhandlung erhalten, die im Zusammenhang mit dem Inhalt der vorgelegten Dissertation stehen. Die Arbeit wurde weder im In- noch im Ausland in gleicher oder ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt. Weder früher noch gegenwärtig habe ich an einer anderen Hochschule bzw. anderen Fakultät als Dissertation(Abhandlung) eingereicht. Ich versichere, dass ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen habe.

.....

Melha Rout Biel

.....

Ort, Datum

## **Gutachter:**

1. Erster Gutachter: Prof. Dr. Heinrich Best
2. Zweiter: Prof. Dr. Karl Schmitt

Tag des Kolloquiums: 14.02.2007

# Lebenslauf

**Name:** Melha Rout Biel  
**Geburtsdatum:** 01. Januar 1963  
**Geburtsort:** Bantio  
**Gegenwärtiger Wohnort:** Magnus-Poser-Str. 2  
07749 Jena

## Schulbildung

1986-1988 Hallia Gymnasium in Omdurman/Sudan; Abschluss mit Abitur  
1996 Abschluss des Studienkolleg an der Technischen Universität  
Bergakademie Freiberg mit "Feststellungsprüfungszeugnis" bzw.  
PNdS.

## Hochschulstudium

1997-2001 Studium des Sozialwesen an der Fachhochule Jena; Abschluss  
des Studiums mit akad. Grad „Dipl.-Soz.Päd./ Dipl.-Soz.Arb  
(FH); Bewertung der Diplomarbeit mit Note „Sehr Gut“(1,0),  
Kolloquium zur Diplomarbeit, Bewertung „Sehr Gut“(1,0),  
Gesamtnote des Studium „Gut“.  
2002-2003 Studium an der Friedrich-Schiller-Universität Jena; Abschluss  
mit dem akad. Grad „Master of Politics (MPol.)“; Gesamtnote  
3,1 (Befriedigend).  
Seit 2004 Promotion an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

## Berufliche Tätigkeit

1989-1990 Verwaltungsassistent für die britische internationale  
Organisation "Help The Aged".  
2002-2003 Einstellung als technischer Assistent an der Friedrich-Schiller –  
Universität Jena, Institut für Psychologie.  
April-Mai 2003 Tätigkeit als Angestellter an der Friedrich-Schiller-Universität  
Jena (Vertretung).  
Seit WS 2005/06 Lehrbeauftragter an der FH Erfurt, FB Sozialwesen,  
Schwerpunkt „Sozialarbeit in Afrika,(Internationalen  
Vergleich).

## List der wissenschaftlichen Veröffentlichungen:

1. Melha Rout Biel: Das Scheitern des Zusammenlebens zwischen arabischen und afrikanischen Stämmen im Sudan: Hintergründe, Akteure und Entwicklungsprognose, Frankfurt a. M.: Lang, 2005.
2. Melha Rout Biel: Kopftuch, Islamismus und die Freiheitliche Demokratie in Europa, Marburg: Tectum, 2004.
3. Melha Rout Biel: African Kids :Between Warlords, Child Soldiers and Living on the Street; causes, effects and solution: the cases of Sudan, Uganda, Zambia and Kenya, Frankfurt a. M.[u.a.]:Lang, 2004.
4. Melha Rout Biel: Modernisierung der Bildung und Verwaltung im Sudan: ein Land zwischen Bürgerkriegen, Diktaturen und Fremdherrschaft, Münster[u.a.]:Lit, 2004.
5. Melha Rout Biel/ M. Roth/ S. Skupien: Der Sudan zwischen Krieg und Frieden, Marburg: Tectum-Verlag, 2003.
6. Melha Rout Biel/ Garang Akok/ Thomas Lado: Terrorismus im Namen des Islam und das Horn von Afrika: der vergessene Konflikt im Sudan und die Rolle Osama Bin Ladens, Marburg: Tectum-Verlag, 2002.
7. Melha Rout Biel: Sozialarbeit auf dem afrikanischen: Möglichkeiten und Grenzen europäischer Sozialpädagogik, Marburg: Tectum-Verlag, 2002.
8. Melha Rout Biel: Sozialarbeit in Afrika. Warum können importierte Konzepte keine Lösung für Afrika bringen, In: Ronald Lutz(Hrsg.): Befreiende Sozialarbeit, Skizzen einer Vision, Dialog und Diskurs, zur Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Paulo Freire Verlag, Oldenburg 2005, S.307-323.